Johann Smidt, ein hanseatischer staatsmann, von Wilhelm ...

Wilhelm von Bippen

Salo Baron

Johann Smidt
ein hanseatischer Staatsmann



Senator Smidt

Johann Smidt

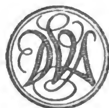
ein hanseatischer Staatsmann

von

Wilhelm von Bippen

Mit 2 Bildnissen

Herausgegeben
mit Unterstützung der Smidt-Stiftung



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin
1921

*

Druck der
Deutschen Verlags-Anstalt
in Stuttgart

Vorwort

Nicht lange nach dem Ableben des Bürgermeisters Johann Smidt vereinigten sich seine Kinder darüber, sein Wohnhaus an der Contrescarpe ganz so zu erhalten, wie es bei ihres Vaters Lebzeiten gewesen war. Dieser hatte schon um das Jahr 1843 in seinem großen bis an die Kohlhökerstraße durchstreckenden Garten für seine drei ältesten Söhne, Hermann, Heinrich und Gustav, drei nebeneinanderliegende Wohnhäuser erbauen lassen. Jetzt sollte Smidts eigenes Haus dem Wunsche des vierten Sohnes entsprechend an Johann und seine Frau übergehen, sobald sie aus Louisville (Nordamerika) zurückgekehrt sein würden. Der fünfte Sohn, Wilhelm, der Landwirt war, erhielt nach seines Vaters Tode die kleine Dunge als Eigentum. Die Tochter Mine, die bis zuletzt mit dem Vater zusammengewohnt und ihm auch schon vor dem Tode der Mutter den Haushalt geführt hatte, sollte nach dem Hinscheiden des Vaters in den ihr vertrauten Räumen bleiben. Außerdem hatte der Vater einen Teil seines Vermögens bestimmt, dessen Zinsen bis an das Lebensende an Mine gezahlt werden sollten.

So war für die sechs Kinder bestens gesorgt. Aber die Erben des Bürgermeisters beschlossen, dessen großen handschriftlichen Nachlaß sowie andere Papiere und Gegenstände, darunter namentlich mancherlei Geschenke, die dem Vater aus Anlaß seines Jubiläums (siehe Kap. 11) dargebracht waren, als Grundstock einer Familienstiftung in gemeinschaftlicher Hand zu behalten und dafür auch den andern Teil des väterlichen Vermögens zu verwenden. Nähere Bestimmungen für die Stiftung zu machen, behielt man sich einstweilen vor, man beauftragte zunächst nur den ältesten Bruder, Hermann, mit der Verwaltung der Wertpapiere, den zweiten, Heinrich, mit der Auswahl der Gegenstände, die Eigentum der Familienstiftung werden sollten.

Während Heinrich noch hiermit beschäftigt war, sollte eine gründliche Veränderung mit dem ehemaligen Hause des Bürgermeisters stattfinden. Der jetzige Eigentümer des Hauses, Johann, wünschte im Obergeschoße, dessen Zimmer niedrig und klein waren, wenigstens ein

größeres zu gewinnen und beauftragte den Architekten Runge mit diesem Bau. Da stellte sich heraus, daß die Balken des Hauses morsch waren, und zwar derart, daß nur wenig an einem Zusammensturze des ganzen Hauses fehlte. Runge erklärte den Abbruch des Hauses für unvermeidlich, doch könne der um das Jahr 1843 errichtete Seitenanbau erhalten bleiben. Er legte zugleich den Plan für einen Neubau vor, doch riet er, diesen nicht ganz an die Stelle des alten treten zu lassen, mutmaßlich weil er einen Teil des Grund und Bodens für die morschen Balken verantwortlich machte. Der Besitzer des ganzen Grundstücks erklärte sich mit dem Plane einverstanden. Der Seitenanbau blieb stehen; er diente, wie früher, zu Mines Wohnung und, gleichfalls wie früher, zur Aufnahme des Familienarchivs. Dieses selbst stand, nach wie vor, unter Heinrichs Aufsicht. Er hat daraus herausgegeben den im ersten Kapitel dieses Buchs vielfach benutzten „Familientag zur Dunge", manche Aufsätze im Bremischen Jahrbuche, die Präsidialreden des Bürgermeisters Smidt, die bei der Säkularfeier seines Geburtstages erschienen.

Er hatte die Absicht, seines Vaters Leben zu schreiben. Niemand würde dafür geeigneter gewesen sein als er, der mehr als dreißig Jahre mit Bewußtsein dieses Lebens begleitet hatte. Leider ist er vor der Ausführung dieses Planes im 73. Lebensjahr gestorben. Jetzt befindet sich der handschriftliche Nachlaß im Besitze des Staatsarchivs, aber nach wie vor im Eigentum der Familie; die Jubiläumsgeschenke sind dagegen als Leihgabe in das Historische Archiv gekommen.

Bremen, Oktober 1921.

W. von Bippen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Ein reiches Leben soll in den folgenden Blättern geschildert werden, reich durch seine enge Verknüpfung mit den Geschicken Bremens und Deutschlands und durch seine mannigfaltigen Beziehungen zu vielen der ersten Männer seines Zeitalters, reich auch durch die von ihm erzielten dauernden Erfolge, reich endlich durch den inneren Gehalt seiner Persönlichkeit.

Es ist unbestritten, daß Johann Smidt der bedeutendste bremische Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts gewesen ist. Seit er vom Lehrstuhl auf den Ratssessel berufen wurde, ist für seine politische Wirksamkeit das Wohl Bremens immer der Ausgangspunkt seiner Gedanken und der Endpunkt seiner Bestrebungen gewesen. Seine amtliche Pflicht und sein persönliches Empfinden trafen zusammen, um diese Stellung unverrückbar zu bewahren.

Aufgewachsen in einer Stadt von ausgeprägter Eigentümlichkeit und rühmlicher Vergangenheit, von einer Bedeutung für das Verkehrsleben Deutschlands, deren nationalen Wert für die Gegenwart er nicht müde wurde, immer wieder zu betonen, war dieser Heimat und durch sie dem Vaterlande zu dienen immer sein Stolz und seine Freude. Er fühlte sich auch durch die Enge des geschäftlichen Wirkungskreises, die sein kleiner Staat ihm bot, niemals beengt, und zwar um so weniger als die außerordentlichen Ereignisse, unter denen er zur Teilnahme an der Regierung berufen wurde, ihn über die Schranken seiner Stellung hinaushoben. Und eben unter diesem Gesichtspunkte hat er von früh auf und noch in späten Jahren das Zusammenhalten der drei Hansestädte betrachtet.

Nach einigen Jahren brachte ihn sein Glück hinein in die Kreise der ersten Staatsmänner Deutschlands, ja Europas. Es wurde ihm durch seine persönliche Tüchtigkeit in den Geschäften und durch seine Bedeutung im Umgange leicht überall anzuknüpfen und so eine Fülle von Erfahrungen zu gewinnen, die ihm für Bremen und für Deutschland gleich wichtig waren. Von diesem Zeitpunkte an gehörte er

selbst zu den Staatsmännern, deren Ansichten und Absichten beachtet wurden und wohl in den höchsten Kreisen Eingang fanden. Es kam dann hinzu, daß er an der Wiege des Deutschen Bundes gestanden hatte und daß er deshalb ein aufrichtiger Freund des Bundes blieb, wenn er auch für seine Fehler und Schwächen nicht blind war. Aber es ist politisch begreiflich, daß Smidt wie andere geistvolle Männer seinerzeit in der schlimmsten Schwäche des Bundes, in dem Widerstreit zwischen Österreich und Preußen, die beste Schutzwehr für die kleinen deutschen Staaten erblickte.

Doch hat er in seiner mehr als halbhundertjährigen Teilnahme an den öffentlichen Geschäften allezeit den Gedanken festgehalten, daß der bremische Staat seine Selbständigkeit nur bewahren könne, wenn er sie durch eine für Deutschland nützliche Tätigkeit fortwährend neu verdiene. Deshalb hat er das innere Staatswesen seiner Vaterstadt von mancherlei veralteten Formen und Gewohnheiten gesäubert, hat er das Staatsbewußtsein in Bremen zu einer lebendigen Kraft erhoben, und hat er die Grundlagen und Bedingungen für eine neue Entwicklung des bremischen Handels und unserer Schiffahrt erst geschaffen. So wurde die Gründung Bremerhavens für ihn die erfolgreichste Tat seines Lebens.

Aber in weit höherem Grade war es ein Glück für Bremen, daß die außerordentlichen Zeiten am Steuerruder der Republik den außerordentlichen Mann fanden, der festen Blickes und mutigen Herzens in die Stürme schaute, die ihn und seine geliebte Vaterstadt umtosten.

Erstes Kapitel

Herkunft und Jugend

Der älteste bekannte Stammvater der Familie, Berend Smidt, war nach glaubwürdiger Überlieferung, wie die Vorfahren anderer in Bremen seßhaft gewordenen Familien, zu Ende des sechzehnten Jahrhunderts „der Religion halber" aus Brabant ausgewandert und hatte an der Weser eine neue Heimat gefunden. Er und alle seine Nachkommen haben, wie oft auch von Dritten ihr Familienname mit dem hochdeutschen Schmidt vertauscht wurde, in Erinnerung an ihre alte flämische Heimat stets die niederländische und niederdeutsche Form des Namens beibehalten.

Wie Berend, der durch seine Verheiratung mit einer bremischen Kaufmannstochter seiner neuen Heimat sich vollends verwandt gemacht hatte, so waren auch sein Sohn und sein Enkel Kaufleute. Sie scheinen es zu Wohlstand und Ansehen gebracht zu haben; jedenfalls gilt dies von dem Enkel, der Mitglied des ersten bürgerlichen Kollegiums, der Älterleute des Kaufmanns, wurde.

Sein ältester Sohn aber, Heinrich Smidt, wählte das Studium der Jurisprudenz, wurde im Jahre 1706 zu Rate gewählt und war von 1731 bis zu seinem Tode im Jahre 1736 Bürgermeister. Fünf Jahre später, 1741, als gerade der hundertjährige Prozeß um die Reichsfreiheit Bremens endlich seinen Abschluß fand, trat sein Sohn Dr. Didericus Smidt, ebenfalls ein Rechtsgelehrter, in den Rat ein, dem er sechsundvierzig Jahre lang, die letzten zwanzig Jahre als Bürgermeister, angehört hat. Ihn, den gleichaltrigen Vetter seines Vaters, hat sein berühmter Neffe in seinen Knabenjahren noch gekannt. Unter der steifen Würde, die damals den gestrengen Herrn Bürgermeister selbst im traulichen Familienkreise zu umgeben pflegte, hat der frühreife Neffe gewiß Funken des Geistes wahrgenommen, der in Diedrich Smidts reformatorischem Wirken namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens und der Justiz zum Besten seiner Stadt vielfach hervorgetreten war.

Ein jüngerer Bruder des Bürgermeisters Heinrich war Reinier (Reinhard) Smidt, der aus seiner Ehe mit Margarete, einer Tochter des Senators Franz Dreyer, eine zahlreiche Kinderschar gewann. Er war Bierbrauer und Altermann des Kaufmanns und besaß am Domshofe am Eingange des Schüsselkorbs ein ansehnliches Haus, wo seine Erben nach dem frühzeitigen Tode des schon 1727 gestorbenen Vaters noch ein halbes Jahrhundert lang, jedenfalls bis zum Jahre 1775 die Bierbrauerei fortbetrieben haben. Von seinen sechs Söhnen und drei Töchtern ist ein Sohn 52, ein anderer 54 Jahre alt geworden, alle übrigen aber haben ein weit höheres Alter erreicht.

Von den Söhnen ist nur einer, der nach dem Vater Reinier hieß, und nach dessen Tode die Brauerei übernahm, dauernd in Bremen seßhaft geblieben, auch er als Altermann in angesehener Stellung. In den andern fünf regte sich das flämische Blut ihrer Vorfahren. Sie sind alle in jüngeren Jahren in die Niederlande gegangen, wo zwei als Kaufleute in Amsterdam mit Holländerinnen sich verheirateten, einer, der ebenfalls eine holländische Frau genommen hatte, das Drostenamt zu Vianen bei Utrecht bekleidete, und zwei als Prediger wirkten. Von ihnen allen sind nur zwei, einer der beiden Kaufleute als kinderloser Witwer und der jüngste Sohn, der Prediger Johann, in späteren Lebensjahren in die Vaterstadt zurückgekehrt.

Nur der letztgenannte ist für uns von wesentlicher Bedeutung. Denn er wurde der Vater des gleichnamigen Sohnes und hat durch diesen allein von allen Nachkommen seines Altervaters Berend den Namen Smidt in männlicher Linie fortgesetzt.

Johann war als jüngster der neun Kinder Reiniers im Jahre 1712 geboren und also beim Tode seines Vaters erst fünfzehn Jahre alt. Er entschied sich nach Absolvierung des Pädagogiums gleich seinem siebzehn Jahre ältern Bruder Franz für das Studium der Theologie, dem er zunächst zwei Jahre auf der bremischen Hochschule, dem Gymnasium Illustre, oblag. Zwanzigjährig folgte er seinen Brüdern in die Niederlande und verbrachte, vornehmlich mit dem Studium der orientalischen Sprachen beschäftigt, ein Jahr bei dem Bruder Franz, der schon damals und bis zu seinem im Jahre 1747 erfolgten Tode Prediger im Fort Lillo an der Schelde, nördlich von Antwerpen, war. Von 1733 bis 1736 besuchte Johann nochmals das Gymnasium Illustre seiner Vaterstadt und kehrte dann nach Holland zurück, um ein Jahr lang in Groningen und zwei Jahre lang in Utrecht seine

theologischen Studien fortzusetzen. Endlich, mehr als neun Jahre nach dem Beginn der Studien, legte er im Januar 1740 sein Kandidatenexamen ab, wobei er „eine tapfere und gelehrte Disputation über das Mysterium der Beschneidung Christi" hielt. Der holländische Scholastizismus hatte sich offenbar tief in ihm festgesetzt und hat seine theologische Auffassung dauernd beherrscht.

Langsam, als ob er geahnt hätte, daß noch eine lange Lebensdauer vor ihm stand, schritt er auch dann seinen Weg weiter. Im September 1741 wurde ihm die Pfarre in Putten übertragen, einem geldrischen Dorfe zwischen Harderwyk und Amersfoort, nicht fern vom Zuidersee, aber erst Ende Januar 1742 trat er das Amt wirklich an. „Nun seid Ihr den Leviten gleich," schrieb ihm damals seine Mutter, „die im dreißigsten Jahr wurden angenommen in den heiligen Dienst; seid getreu und befolget willig den Befehl des Herrn. Der Gott, der das Feuer in dem Tempel bewahret hat, daß es allezeit brennen mußte, lebet noch; er wird Euch kräftig unterstützen mit dem Feuer seines Geistes. Werdet nicht mutlos und haltet an im Gebet und lasset Eure Zuhörer sehen in Eurem Wandel, daß ihr brennet vor Begierde, um so dem Herrn Jesu Seelen zu gewinnen."[1])

Der Sohn hat diese mütterliche Ermahnung treulich befolgt. Er ist seiner Gemeinde, zu der mehrere Dörfer gehörten, achtzehn Jahre lang ein sorgsamer Seelenhirte gewesen und hat sich als der bravste und frömmste Mann, als Helfer und Rater in mannigfachen Angelegenheiten des Lebens, besonders auch als ein guter Kinderfreund ein dankbares Andenken gestiftet. Mehr als fünfzig Jahre nach seinem Abgang von Putten erfuhr der Sohn das aus Erzählungen der alten Leute des Dorfes. Das einzige, was man an ihm zu tadeln gefunden hatte, waren seine übermäßig langen Predigten, die, wie die alten Männer im Jahre 1811 noch mit Schaudern sich erinnerten, niemals unter drei, oft aber vier bis fünf Stunden gedauert hatten!

In dieser Gewohnheit mag man wohl einen Ausdruck der außerordentlichen körperlichen Rüstigkeit erkennen, von der damals in Putten noch manche andere Erinnerung lebte, wie die, daß er den Amboß in der Schmiede habe auflichten oder das schwerste Roggenbrot mit gestrecktem Arm auf der flachen Hand habe halten können.

Mit einer echten Frömmigkeit verband er ein freundliches, zur Heiterkeit geneigtes und in jüngeren Jahren gelegentlich von schalkhaftem

[1]) Der Familientag zur Dungen S. 65.

Humor belebtes Wesen. Für diesen Humor hat die Familienüberlieferung ein bezeichnendes Geschichtchen aus dem Jahre 1745 bewahrt, in dem Smidt die niederländischen Hilfstruppen im Kriege gegen Frankreich während einiger Monate als Feldprediger begleitete. Als da eines Tags ein paar alte Frauen, bei denen er Quartier zu nehmen wünschte, ihn durchaus abweisen wollten, schüchterte er sie mit den Worten ein: dann würde er etwas tun müssen, was er lieber nicht täte. Später bei dem in bester Freundschaft erfolgten Scheiden von seinen Wirtinnen befragt: was das in aller Welt gewesen sein würde? antwortete er schmunzelnd: „Dann wäre ich ein Haus weiter geritten."

Im Sommer 1756, dreizehn Jahre nach dem Tode seiner Mutter, besuchte Smidt nach zwanzigjähriger Abwesenheit seine Vaterstadt wieder, wo sein Bruder der Altermann Reinier und seine drei Schwestern, die beiden jüngeren schon seit mehr als zwanzig Jahren verheiratet, noch lebten. Durch Gastpredigten, die er in Bremen hielt, legte er damals den Grund zu seiner späteren Berufung in die alte Heimat.

Diese erfolgte im Jahre 1760, als er von der Stephanigemeinde zu ihrem dritten Prediger erwählt worden war. Er hat sein Amt in der Gemeinde bis nahe an sein spätes Ende bekleidet, seit 1766 als zweiter und seit 1785 als erster Prediger, Pastor Primarius, wie man noch heute in Bremen sagt.

Die Stephanikirche hat unter den bremischen Stadtkirchen wohl am seltensten Geistliche gehabt, die in ihren religiösen Ansichten von der damals schon seit anderthalb Jahrhunderten hergebrachten kalvinistisch-orthodoxen Richtung abwichen. In der Gemeinde berührte daher der strengreformierte Lehrbegriff der holländischen Kirche, den Smidt mit nach Bremen brachte, durchaus nicht fremdartig. Sein nächster, nur wenig älterer Amtskollege Nikolaus Barkey war ebenfalls nach mehr als zwanzigjährigem Dienste in der holländischen Kirche von der Stephanigemeinde in seine Vaterstadt zurückberufen worden und andere von gleichem Bildungsgange vor ihm. Ja, die Verwandtschaft der vornehmlich in dieser bremischen Gemeinde durch ihre Geistlichen von alters her gepflegten konfessionellen Richtung mit der in Holland herrschenden war eine so enge, daß Smidt in den ersten Monaten nach dem Antritte seines bremischen Amts holländisch predigen konnte, ohne, wie es scheint, sonderlich Anstoß damit erregt zu haben.

Er hatte auch eine holländische Frau mit nach Bremen gebracht, die Tochter eines Amsterdamer Maklers, die er zwei Jahre früher, in

seinem sechsundvierzigsten Lebensjahre geheiratet hatte. Schon nach wenig mehr als vierjähriger Ehe wurde sie ihm durch den Tod wieder entrissen, nachdem von drei Kindern, die sie ihrem Gatten geschenkt hatte, zwei bereits vor ihr gestorben waren. Als wieder zwei Jahre später auch das dritte Kind dem Vater genommen wurde, stand dieser, nun 52 Jahre alt, wieder allein da.

Vier Jahre nach dem Tode seiner ersten Frau entschloß er sich zu einer zweiten Heirat mit Henriette von Rheden, der Tochter eines Predigers an der Johanniskirche. Aber auch diese Ehe wurde schon nach drei Jahren durch den Tod der Frau wieder gelöst, als diese im Kindbette zugleich mit ihrem Kinde starb.

Wenige Monate vorher, am 30. März 1769, war Smidt auf Grund einer Dissertation über Psalm 32 von der theologischen Fakultät der Universität Harderwyk, mit der er während seiner holländischen Zeit von dem nahen Putten aus vielfach in Verkehr gestanden hatte, zum Doktor der Theologie promoviert worden. Es war nicht ein wissenschaftlicher Ehrgeiz, der ihn in so vorgerücktem Lebensalter angetrieben hatte, die Doktorwürde zu erwerben, sondern nur die Rücksicht auf die in der freien Reichsstadt herrschenden strengen Rangverhältnisse, die es einem Mitgliede des Venerandum Ministerium erwünscht machten, bei öffentlichen Aufzügen, wie Hochzeits- und Begräbnisfeiern und andere Anlässe sie mit sich brachten, als Besitzer des Doktortitels einen angemessenen Rang einzunehmen.

Im Mai 1772 schritt der Pastor Smidt, fast sechzig Jahre alt, zur dritten Ehe mit der einunddreißigjährigen Johanna Holler, Tochter des Ratsherrn Melchior Holler. Sie entstammte einem Geschlechte, das schon seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts durch mehrere Mitglieder im Rate vertreten war und im achtzehnten Jahrhundert zu den vornehmsten Familien unserer Stadt gehörte. Indes war Johannens Vater schon vor elf Jahren, erst dreiundfünfzig Jahre alt, und die Mutter vor einem Jahre gestorben. Jener hatte ein Erbgut in Borgfeld hinterlassen, das demnächst auf seinen einzigen Sohn Johann Holler überging, der 1775 im dreißigsten Lebensjahre Ratsherr wurde und schon 1796 starb. Von der Mutter aber Gesche Katharine Edzard stammte ein anderes Gut, die kleine Dunge an der Lesum, das nach dem Tode der Mutter zunächst im gemeinschaftlichen Besitze der drei die Mutter überlebenden Töchter und des genannten Sohnes geblieben war.

Ein Jahr nach seiner Verheiratung mit Johanna Holler aber kaufte der Prediger Johann Smidt aus der Hollerschen Erbschaft dieses Gut, das dann im Leben des alten Predigers sowohl wie seines Sohnes eine bedeutende Stelle eingenommen hat.

Es war ein Gut, wie viele andere im bremischen Landgebiete, von mäßigem Umfange, aber zum Sommeraufenthalte vortrefflich geeignet. Das geräumige Haus umfaßte nach dem Muster der Bauernhäuser in dem vorderen, langgestreckten Teile die Viehställe zu beiden Seiten der großen Diele und am anderen Ende den Herd; daran schloß sich ein Querbau mit den für die Bedürfnisse der Städter eingerichteten Zimmern und darüber, durch eine gewundene Treppe erreichbar, eine Anzahl von Schlafkammern. Die Einrichtung des Hauses, die der Pastor Smidt mit übernahm, enthielt manches wertvolle Stück alten Hausrats, das schon zwei oder drei Generationen gedient hatte, als interessantesten Bestandteil des Nachlasses der Vorbesitzer aber eine Anzahl von Familienporträts in der großen Stube. Denn seit achtzig Jahren war das Gut durch Erbgang, und zwar jedesmal durch weibliche Erbfolge, in die Hände neuer Besitzer gekommen, die natürlich die Erinnerung an ihre Vorfahren, die Hollers, Edzards, Klugkists pietätvoll bewahrten.

Der ausgedehnte Garten, von einer noch heute zum Teil erhaltenen Graft umgrenzt, bot freundliche Ausblicke auf das in mäßigen, vielfach bewaldeten Hügeln aufsteigende jenseitige Ufer der Lesum, von dem die hochgelegene alte Kirche des Dorfes Lesum mit ihrem spitzen Turm herübergrüßte. Der Garten hatte bisher vornehmlich dem Obst- und Gemüsebau gedient. Erst der neue Besitzer fügte in beträchtlichem Maße die Blumenzucht hinzu, die er in Holland lieb gewonnen hatte. Das Säen und Pflanzen, das er im Frühjahr meist allein besorgte, ein mehrwöchentlicher Ferienaufenthalt im Sommer und die Obsternte im Herbste gewährten dem alten Manne Freude und Erholung von den täglichen Geschäften und kräftigten seine Gesundheit. Und das Letzte galt wohl auch von der zarten Frau, die hier in der ihr von früher Jugend her vertrauten Umgebung ihre besten Tage verlebte.

Und als nun dem Ehepaare in demselben Jahre, in dem die Dunge in seine Hände übergegangen war, am 5. November 1773 ein Sohn geboren wurde, da verband sich mit der Freude an dem neuen Besitze die Hoffnung, das Gut künftig in männlicher Erbfolge bleiben zu sehen, wie es denn nun in der Tat schon seit geraumer Zeit in der vierten Generation der Smidtschen Familie sich befindet.

Dem Knaben, der nach seinem Vater den Namen Johann erhielt, folgte nach anderthalb Jahren, am 22. Mai 1775, noch eine Tochter, die Katharina getauft, aber mit dem Kosenamen Trinchen oder Trintje gerufen wurde.

Wie hätte nicht für die beiden Kinder aus dem alljährlich erneuten Leben auf dem Lande und aus der mit den Jahren wachsenden Fähigkeit, die Freiheit und die mannigfachen Freuden solches Lebens zu genießen, ein immer neu sprudelnder Quell des Glücks und der körperlichen, bald auch der geistigen Erfrischung sich bilden sollen!

Da war es anders, als in dem stillen Hause auf dem Stephanikirchhofe, wo der Ernst des Lebens regierte, und wenn der Vater seine langen Predigten oder die Reden für Taufe oder Begräbnis ausarbeitete, die natürliche Fröhlichkeit der Kinder nur sehr gedämpft sich äußern durfte.

Auch der Mutter fehlte es in der Stadtwohnung wohl an der Munterkeit, mit der sie draußen auf dem Lande ihren häuslichen Geschäften nachging. Denn frühzeitig schon scheint die Pastorin gelegentlich unter hypochondrischen Neigungen gelitten zu haben, die mit den Jahren häufiger und für längere Zeiträume sich einstellten und ihr selbst und ihrer Umgebung das Leben erschwerten.

Der alte Vater hatte jedenfalls eine ungleich rüstigere Natur als die Mutter. Er war aufrecht in seinem ganzen Wesen, kerngesund bis in sein hohes Alter und, wie man bei so glücklicher Anlage voraussetzen darf, von ursprünglich fröhlicher Gemütsart. Aber das schwere dogmatische Rüstzeug, mit dem seine niederländische Gelehrsamkeit ihn umkleidet hatte, und die sich daraus ergebende ernste, weit mehr dem Jenseits als dem Diesseits zugewandte Lebensführung drängten in der Regel in ihm die Frohnatur zurück, die doch der Sohn mit der körperlichen Rüstigkeit von dem Vater geerbt hat.

Aber, wenn der greise Vater, der Amtspflichten ledig, unter dem Schatten der alten Eichen seines Gutes sich erfrischte, an seinen geliebten Blumen sich erfreute oder mit Frau und Kindern auf der nahen Lesum segelte, dann erwachten in ihm, je mehr die Kinder, die Freude seines Alters heranwuchsen, um so lebendiger die Erinnerungen an die eigene Kindheit und Jugendzeit, und er erzählte manchen Schwank, der ihn oder durch den er andere einst erheitert hatte. Da erschien der große Abstand der Jahre zwischen Vater und Kindern geringer zu werden, und der Respekt, mit dem diese dem Alten zu begegnen ge-

wohnt waren, löste sich unter der Freundlichkeit des sonst so ernsten Vaters in das natürliche Gefühl kindlicher Liebe auf.

So hat der Sohn, als er vierundzwanzig Jahre alt war, den Vater nicht lange nach dessen Tode in einem epischen Idyll geschildert, das er der geliebten Schwester in der Erinnerung an die fröhliche Kinderzeit auf dem Gute an der Lesum gewidmet und „Der Familientag zur Dunge" benannt hat.[1]) In ihm wird auch der zur Zeit der Dichtung noch lebenden Mutter ein schönes Denkmal der Kindesliebe gesetzt. Hier sehen wir die Vierzigjährige als sorgsame Gattin und Mutter, als rüstige Lenkerin des Haushalts, als freundliche Wirtin ihrer Gäste. Denn der Dichter hat für seine Schilderung einen Tag gewählt, an dem sich Onkel, Tante und jüngere Verwandte zum Genusse des schönen Sommertages auf der Dunge vereinigen. So bot sich ihm die Gelegenheit, in einer Reihe von Persönlichkeiten einen Teil des Kreises zu zeichnen, von dem das Leben seiner Eltern und sein und seiner Schwester fröhlichste Jugendtage umgeben waren. Hier seien nur zwei Männer dieses Kreises genannt, der Bruder der Mutter, der Ratsherr Johann Holler und der Bürgermeister Pundsack, der in erster Ehe mit der ältesten Schwester der Mutter verheiratet gewesen war. Durch sie vornehmlich wurden öffentliche Interessen auch in den Familienkreis hineingetragen, deren Besprechung bei Tische, wenn auch noch nicht in der Zeit, in die das Gedicht uns versetzt, so doch in etwas späteren Jahren die Aufmerksamkeit des Knaben vielleicht zuerst über die Schranken des kindlichen Lebens hinaus auf Dinge gelenkt hat, die in seinen Mannesjahren den wichtigsten Inhalt seines Lebens ausmachen sollten.

Zu andersartigen Betrachtungen gaben die erwähnten alten Familienporträts Anlaß, die die Gedanken der älteren Mitglieder des Kreises zu früheren Generationen zurückführten. Freilich wußte man schon damals von einigen der dargestellten Personen nicht mehr als den Namen, ja von zweien oder dreien selbst diesen nicht: „Alles war schon verhüllt im dunkeln Nebel der Vorzeit." Das aber ist gewiß, daß der Anblick dieser alten Bilder, die in noch fernere Zeit, als zu des Großvaters Großvater zurückwiesen, den Familiensinn und durch ihn

[1]) Das Gedicht ist unter diesem Titel von Senator Heinrich Smidt 1867 als Manuskript gedruckt und mit Erläuterungen versehen worden, die für die Familiengeschichte und für die Jugendzeit Johann Smidts von großem Werte sind. Der geschilderte Familientag wird vom Dichter in den Sommer 1782 verlegt.

das Heimatgefühl, die Heimatliebe belebten, die im Laufe der Jahre in Smidts Leben einer der hervorstechendsten Züge geworden ist.

Frühzeitig schon wurde der lebhafte Geist des Knaben in die Zucht regelmäßigen Unterrichts genommen. Mit fünf Jahren konnte er lesen, bald bemeisterte er sich auch der anderen Elementarkenntnisse. Sie wurden ihm durch den Privatunterricht von Lehrern der Stephani-Kirchspielschule übermittelt. Mit sechs Jahren begann er unter der Leitung des Kandidaten der Theologie Mann, der manchesmal für den Vater predigte, zusammen mit einigen gleichaltrigen Knaben Lateinisch und Französisch zu treiben. Mit den jungen Freunden wurden auf Betreiben Smidts häufig auch Briefe ausgetauscht, darunter auch französische, wie ein aus Smidts zehntem Lebensjahre erhaltenes Billett seines Freundes Engelbert Warneken beweist. Mit den Briefen wanderten Bücher wie Robinson Crusoe, Gullivers Reisen, Hagedorns Gedichte u. a. von einem zum andern. Smidt wurde durch Johann Mann, dessen er immer dankbar gedacht hat, in den Schulwissenschaften so rasch gefördert, daß er schon in seinem zwölften Lebensjahre reif befunden wurde in die Sekunda des Pädagogiums, des Gymnasiums, wie wir heute sagen würden, einzutreten. Die Frühreife, die sich hierin zeigt, ist auch in Smidts weiteren Entwicklungsstufen zu beobachten. Wenig über sechzehn Jahre alt, hatte er das Pädagogium absolviert und trat zusammen mit seinem Freunde Gerhard Lange am 14. Januar 1790 in das Gymnasium Illustre seiner Vaterstadt ein, das, wie wir gehört haben, einst auch der Vater zweimal durch mehrere Jahre besucht hatte.

Das gegen Ende des sechzehnten Jahrhunderts begründete und zu Anfang des folgenden ausgebaute Gymnasium hat eine Mittelstellung zwischen Schule und Universität eingenommen. Es sollte die jungen Leute unter schulmäßiger Fortbildung ihrer Sprachkenntnisse und anderer realer Bildungsstoffe zugleich in die Anfangsgründe der wissenschaftlichen Disziplin, der jeder sich widmen wollte, einführen. Aber es konnte dem wissenschaftlichen Studium schon wegen Mangels genügender Lehrkräfte keinen Abschluß geben, erteilte auch keine akademischen Grade. Die philosophischen und theologischen Lehrstellen wurden gewöhnlich durch Prediger, die juristischen durch Rechtsanwälte, die medizinischen und naturwissenschaftlichen durch praktische Ärzte wahrgenommen. Zur Zeit, als Smidt die Anstalt besuchte, war die Zahl der Studenten schon sehr klein, aber vielleicht bot sich eben deshalb für

den fleißigen Schüler um so bessere Gelegenheit zu tüchtiger Fortbildung. Smidt hat neben dem, was ihm das Gymnasium darbot, auch einzelne Vorlesungen des königlichen Athenäums besucht, einer hannoverschen Konkurrenzanstalt, deren Professoren unter dem gleichen Mangel an Schülern litten wie das Gymnasium.

Im Album studiosorum des Gymnasium Illustre, in das seit dem Jahre 1610 jeder Student seinen Namen eingetragen hat, finden wir Smidt unter dem 14. Januar 1790 als ss. theologie cultor eingezeichnet. Wir besitzen keinerlei Zeugnis dafür, daß er in der Wahl des Studiums und also seines künftigen Berufes geschwankt hätte. Die Theologie, die den höchsten Problemen des Menschenlebens nachforscht, die Wirkung, die der Prediger unmittelbar auf das Gemüt zahlreicher Menschen zu üben vermag, der warmherzige Pietismus, der in seinem Elternhause herrschte, werden auf Verstand und Herz des frühreifen Knaben und Jünglings einen so tiefen Eindruck gemacht haben, daß andere Einwirkungen daneben zurücktraten.

Angesichts des Berufes, den das Leben ihm wirklich gegeben hat, möchte man wähnen, daß das Beispiel der drei Ratsherren, die ihm verwandtschaftlich nahe gestanden hatten, die Bürgermeister Diedrich Smidt und Johann Pundsack und der Senator Johann Holler, und die Erinnerung an eine Reihe anderer Vorfahren, die im Rate der Stadt gesessen hatten, seinen Ehrgeiz angeregt haben würden, eine Laufbahn zu wählen, die ihm die aktive Teilnahme an den Staatsgeschäften eröffnet hätte; aber, wenn solche Neigung je in ihm aufgetaucht sein sollte, so wurde sie doch durch den mit voller Jugendkraft in ihm lebendigen Idealismus überwunden.

Vielleicht hat auch ein älterer Freund Smidts Neigung zur Theologie befestigt. Wir wissen freilich nicht, wann er mit dem etwas mehr als sieben Jahre älteren Henrich Boismann bekannt geworden war, aber gewiß ist, daß dieser, schon als Smidt auf das Gymnasium Illustre überging, auf ihn einen großen Einfluß gehabt hat. Boismann, dessen früh verstorbener Vater Kaufmann gewesen zu sein scheint und dessen Mutter der im Rate und unter den Predigern Bremens bekannten Familie Tiling entstammte, war um das Jahr 1785 zur Universität gegangen, um Theologie zu studieren, hatte nach mehreren Jahren aber dieses Studium mit dem der Medizin vertauscht, ohne doch deshalb seine tief innerliche Neigung zur Theologie, dem großen Universalstudium, wie er es nannte, zu verlieren.

Er war nahe befreundet mit der Witwe und den Töchtern des 1776 verstorbenen Dr. jur. Daniel de Hase, der in erster Ehe mit einer Schwester von Smidts Mutter verheiratet gewesen war. Die durch diese Ehe begründete Verwandtschaft wurde auch auf de Hases zweite Frau, eine geborene von Büren, übertragen und ihre beiden Töchter Henriette und Marie galten im Smidt-Hollerschen Kreise, ebenso als Cousinen, wie ihre ältere Halbschwester aus des Vaters erster Ehe. Sie pflegten mit ihrer Mutter den Sommer auf einem Gute in Tenever zu verbringen, das der Rätin Olrichs, einer Schwester der Mutter, gehörte. Und eben dort war regelmäßig auch der Schwiegersohn der Frau Olrichs Dr. jur. Simon Heinrich Gondela mit seiner Frau zu Gaste. Auch Gondela, der einige Jahre später in den Rat gewählt wurde, war mit Boismann befreundet.

In dem jugendlich heiteren Kreise, der sich auf dem Gute zusammenfand, verkehrten nun auch Smidt und seine Schwester seit ihrer Kinderzeit häufig. Dort war es, wo Smidt, als er herangewachsen war, auch Gelegenheit fand, beim Tanz, bei Spielen und bei Aufführungen, zu denen er wohl den Text dichtete, seine geselligen Talente auszubilden. Und wahrscheinlich ist dort, wenn Boismann die Universitätsferien in der Heimat zubrachte, zwischen ihm und Smidt die Bekanntschaft geschlossen, aus der bald eine innige Freundschaft der beiden geistvollen jungen Männer werden sollte.

Mindestens seit Anfang 1790 hat Smidt mit Boismann, der damals in Jena studierte, eine lebhafte Korrespondenz unterhalten. Sie liegt zu einem großen Teile noch heute vor, da nach Boismanns frühem Tode auch die von Smidt an ihn gerichteten Briefe wieder in den Besitz des Schreibers gekommen sind.

Und diese Briefe berechtigen uns, zu sagen, daß Smidt, freundschaftsbedürftig von Jugend auf und auch im späteren Leben gewöhnt, mit dem großen Kranze von Freunden, der ihn umgab, mündlich oder schriftlich seine Gedanken auszutauschen, doch niemals einem andern Freunde so von Herzen nahe gestanden, sich so wesensverwandt gefühlt hat wie Boismann. Ein redendes Zeugnis dafür ist auch, daß Smidt mit der ihm persönlich unbekannt gebliebenen Mutter des Freundes, die sich in zweiter Ehe nach England verheiratet hatte, nach Boismanns Tode länger als ein Jahrzehnt in Briefaustausch gestanden und dabei der ihm unbekannten Frau den Ehrentitel einer Mutter gegeben hat.

Dem Freunde teilte er alles mit, was ihn beschäftigte und bewegte,

weil er bei ihm auf Teilnahme und volles Verständnis rechnen konnte. Wenn Boismann mahnte, Smidt möge bald nach Jena kommen, so äußerte Smidt immer einmal wieder seine Zweifel, ob er schon genug in seine Schatzkammern gesammelt habe, um sich von der Universität Nutzen versprechen zu können. Und doch trieb er seine Studien daheim mit Ernst und angestrengtestem Fleiße. Wir hören, daß er sich mit Hebräisch und Griechisch, später auch noch mit Arabisch beschäftigte und Latein und Französisch, Geschichte und Geographie repetierte neben den „zeitraubenden Kollegien“, den theologischen, die „außer den dazu nötigen Präparationen im Durchschnitt täglich sieben Stunden wegnehmen“. „Einige Stunden muß ich noch die Woche fürs Durchlesen neuerer Schriften rechnen.“

Während er so in einer täglich mindestens zwölfstündigen Arbeitszeit eine gewaltige Menge von Wissensstoff ansammelte, wurde sein immer reger Geist langsam, aber unwiderstehlich von kritischen Zweifeln befallen, die die Bilder und Vorstellungen seiner Kinderjahre frühzeitig veränderten. Ein Jahr nach seinem Eintritt in das Gymnasium, wenig über siebzehn Jahre alt, machte er die Entdeckung, daß er in Ansehung der Religion beinahe ein völliger Skeptiker geworden sei. „Ob man hierbei zufrieden, ruhig und guter Laune sein kann, wirst Du leicht urteilen können, da Du in diesem Falle auch vermutlich gewesen bist.“

Er sollte rasch erfahren, wie scharfe Krallen der Zweifel hat; unaufhaltsam erfaßte er seinen Geist und seine Seele, um sie nie wieder loszulassen. Im Mai 1791 schreibt er dem Freunde: „Vieles, sehr vieles hat sich in meiner Denkungsart, besonders seit einem Vierteljahr, geändert. Alles heftigen Widerstrebens ungeachtet, hat sich meine Vernunft ihrer Rechte bemeistert. Aus einem rechtgläubigen Orthodoxen (so!) bin ich beinahe förmlich heterodox geworden. Von dem, was ich für wahr hielt, geht mir eins nach dem andern weg, ohne es aufhalten zu können. Freier, heller, allumfassender sind meine Einsichten dadurch geworden, aber bin ich auch ruhiger?“ Er tröstet sich damit, daß er gewiß nicht leichtsinnig verfahre, daß er nur Wahrheit und nicht Wahrheit eines neuen oder alten Systems suche. „Traurig ist's aber, daß ich beinahe allenthalben, ich mag lesen, was ich will, Irrtum finde und selten Wahrheit.“

Und bald sieht er sich vor die alte Frage gestellt: „Sage mir doch einmal, lieber Boismann, was ist Wahrheit? Ich frage mich alle

Tage so, kann mir nicht anders helfen, als daß ich bekennen muß, es gibt keine allgemeine objektive Wahrheit für uns Menschen. Jeder muß sich mit dem begnügen, was er findet, was für ihn Wahrheit ist. Leidiger Trost, besonders da ich Prediger werden will."

Während diese Zweifel ihn quälten, war Smidt, noch nicht achtzehn Jahre alt, schon auf die Kanzel gestiegen, um frühzeitig für den erwähnten Predigerberuf sich auszubilden.

Am 23. Juli 1791 berichtet er dem Freunde nach Jena: „Am 10. Julius predigte ich zuerst in Wasserhorst, am folgenden Sonntag predigten wir beide. Lange (Smidts Freund und Studiengenosse und mit Boismann ebenfalls nahe befreundet) hielt seine erste Predigt in Büren und ich darauf meine zweite in Grambke. Alles ist gut und glücklich vonstatten gegangen. Morgen geht's wieder vorwärts aufs Land, und so diesen und künftigen Monat fort ohne einen Rastsonntag. Du fragst vermutlich, wie wir den Leuten gefallen? Bis jetzt habe ich noch lauter gute Urteile gehört, denn der Kritik der Städter sind wir bisher noch durch die weite Entfernung unserer Rednerbühne entgangen."

Boismann aber, dem Lange auch den Text der Predigten gemeldet hatte, fragte verwundert: „Wie mag es zugehen, daß Ihr unter den vielen tausend Stellen der Bibel, die Ihr wählen konntet, gerade die Stelle nahmet, worüber auch ich meine erste Predigt hielt?" Eine Mitteilung, die Smidt enthusiastisch als ein neues Zeichen der Seelenharmonie der Freunde begrüßte.

Smidt hatte offenbar Freude an der neuen Tätigkeit, die ihn zwang, über manche auftauchende Frage sich Rechenschaft zu geben. „Lange und ich, meldet er dem Freunde am 18. August, predigen noch immer lustig alle Sonntage fort." Er freut sich dabei über einen Beweis zunehmender Toleranz, wenn er, der Reformierte, von dem lutherischen Prediger in Ritterhude ersucht wird, für ihn zu predigen. „Nichts verdroß mich mehr, als daß ich gerade schon zu Borgfeld versagt war."

Die jungen Männer müssen auf der Kanzel einen guten Eindruck gemacht haben. Denn bald schon wurden sie auch von den Stadtpredigern zur Vertretung herangezogen. Im September predigte Smidt in der Rembertikirche, im folgenden Monat übertrug ihm gelegentlich auch der Vater seine Vertretung in der Stephanikirche, obwohl ihm doch schwerlich entgehen konnte, daß des Sohnes theologische Richtung mit seiner eigenen keineswegs übereinstimme. Auch in der Pauli-, in der

Liebfrauen- und in der Martinikirche stand Smidt bald auf der Kanzel. Er hatte bis gegen Ende März 1792, in wenig über acht Monaten, dreiunddreißigmal gepredigt, mehr als einmal zwei Predigten an einem Tage gehalten.

Er war froh, durch diese Tätigkeit die nähere Bekanntschaft von Männern wie Buhl, Tiling und Stolz zu machen, drei rationalistischen Theologen, die ihn auch durch Darleihung von Büchern förderten. „Himmel, was schreibt man doch jetzt alles," ruft da Smidt aus, „der eine schwarz, der andere weiß. Jeder ruft, ich habe recht. Da steht denn so ein armer Sünder, wie ich bin, her, mag es nicht wagen, vor noch hinter sich zu treten, weil er allenthalben Trug und Wahn und Täuschung und Irrtum sieht."

Noch kämpfte beständig in ihm der aus der Kinderzeit in die Jünglingsjahre herübergenommene Positivismus mit dem von allen Seiten anstürmenden Zweifel, aber er täuschte sich schon nicht mehr, wohin der Sieg sich wenden werde. „Wieviel mir in Jena", schreibt er am 1. März 1792, „von meinem bisherigen Glauben wird genommen werden, das seh' ich schon im Geiste voraus. Die andern (Lange und ein zweiter Studiengenosse Coch aus Bremerlehe) werden sich baß wundern über alles, was sie da hören werden. Weil ich manche neuere theologische Schrift, nicht ohne große Revolution in meinem inneren Menschen, gelesen habe, so kann ich etwas mehr davon ahnen."

Wie hiernach Smidt es unterließ, die Zweifel, die ihn selbst gepackt und aus der Bahn der überkommenen Lehre geworfen hatten, auch in den Seelen seiner bremischen Studiengenossen zu erwecken, so hat andererseits Boismann sich gehütet, die aus Smidts Briefen ihm entgegentönenden kritischen Bedenken durch eine Darlegung seiner eigenen inneren Erlebnisse zu unterstützen. Im Gegenteil, er rät ihm wohl an, sich in Bremen auf Sprachen und Literatur, Geschichte, Geographie und Antiquitäten zu beschränken, um dann in Jena mit der Kunde der Alten Welt die moderne der Vernunft zu durchwandern und an dieser Wert und Gehalt der biblischen Welt zu prüfen. Er will den jungen Freund nicht, bevor er, durch methodische Kritik angeleitet, in den Stand gesetzt ist, selbst zu urteilen, weiter in das dunkle Gebiet der Gedanken hineinziehen, aus dem es keine Rückkehr zu dem fröhlichen Kinderglauben gibt.

Unter den beiden Freunden war es längst ausgemacht, daß Smidt die Universität Jena beziehen müsse. Aber je näher die Zeit heranrückte, um so bedenklicher wurde Boismann, ob der Vater Smidt es zu-

lassen werde, daß sein Sohn unter den Einfluß des in Jena herrschenden Rationalismus gerate. Indes wies der Sohn solche Besorgnisse weit von sich. „Ob ich", schrieb er dem Freunde am 1. September 1791, „künftige Ostern nach Jena kommen werde, das steht lediglich bei Dir und mir. Meine Eltern haben mich ganz außerordentlich lieb. Ich kann alles von ihnen erlangen, was ich haben will. In Rücksicht ihrer bin ich ein freier Mensch, der nie das Joch elterlicher Despotie geschmeckt hat." — „Bleibst Du in Jena, so sage ich nur, ich will um Ostern hinkommen, und dann geht alles gut. Mein Wille ist allmächtig. Ich kann alles durch ihn ausrichten, Berge von Schwierigkeiten versetzen."

Man hört in diesen jugendlichen übermütigen Worten zum erstenmal in Smidts Briefen, ihm selbst noch völlig unbewußt, den künftigen Staatsmann sprechen, der in der Welt der Tatsachen es mit jedem Hindernis aufnehmen zu können meint, dessen wichtigstes Instrument zur Beherrschung der Umstände der Wille sein wird.

Dem Vater gewann er wirklich einige Wochen später ohne Schwierigkeit die Zustimmung zur Wahl Jenas ab. „Wenn du glaubst, daß es dein Nutzen erfordere, so will ich dich nicht abhalten," sagte der Alte, der nunmehr im achtzigsten Lebensjahre stand. Er wußte, wie ernst es der Sohn mit der Vorbereitung auf seinen künftigen Beruf nahm, und er hatte das vollste Vertrauen zu der Wahrhaftigkeit und Lauterkeit seines Geistes und Gemüts. Aber, wie er dem Rationalismus mehrerer seiner bremischen Amtsbrüder mißtrauisch gegenüberstand, überhaupt geneigt war, jede Abweichung vom Dogma der alten holländischen Kirche mit den geeigneten Sektennamen zu belegen, so hatte er gewiß hinreichende Kunde von dem in Jena herrschenden Geiste, um dessen Einfluß auf den Sohn ungern zu sehen. Indes wußte er natürlich auch, daß die Jugend anderen Idealen nachgeht, als einst die ältere Generation getan hat, und sie auf anderen Wegen zu erreichen strebt, und daß gar ein achtzigjähriger Vater den achtzehnjährigen Sohn nicht in den Kreis seiner Anschauungen hineinzwingen kann.

Freilich war es ein Kummer für den alten Herrn, daß seine Kinder, auch die Tochter, seinen felsenfesten Glauben in die Worte und die Verheißungen der Bibel nicht teilten und nicht gleich ihm selbst in der Nachfolge Jesu die einzig zuverlässige Richtschnur für das Leben sehen wollten. In rührender Weise spricht er das in den seltenen Briefen, die er demnächst an den Sohn nach Jena richtete, kaum so sehr in Worten als zwischen den Zeilen aus oder etwa so, daß er, an-

statt sich direkt an den Sohn zu wenden, von dessen Schwester Trintje sagt: „Ach, daß sie in der Schule des Herrn Jesus mocht Lust kriegen und kommen zu Ihm und lernen von Ihm nach seiner liebreichen Nötigung, Matth. 11, 28—30 und Matth. 16, 24." Es sind die Worte: „Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erquicken" und „Will mir jemand nachfolgen, der verleugne sich selbst und nehme sein Kreuz auf sich und folge mir." Je mehr der Alte selbst sich in einem langen Leben zu der in diesen Worten liegenden Stimmung durchgerungen hatte, um so tiefer mußte ihn ihre Resignation ergreifen, wenn er auf seine beiden Kinder sah. Er wußte freilich, daß sie unverdorben, an Leib und Seele gesund und daß sie beide mit ausgezeichneten Gaben des Kopfes und des Herzens ausgestattet seien; aber auch, daß sie in einer Welt, in einem Anschauungskreise lebten, die von seiner eigenen Lebensauffassung weit abstand.

Sie waren nicht nur von der Theologie der Aufklärung berührt worden, sondern auch aufgewachsen unter dem mächtigen Eindruck, mit dem die deutsche schöne Literatur die jungen Herzen ergriff. Wir wissen insbesondere aus einem Briefe an Boismann, welche Wirkung Schiller in diesen Jahren auf Smidt ausübte. „Vor ein paar Tagen," schreibt er am 28. Januar 1792, „habe ich Schillers Don Carlos wieder einmal gelesen. Ich las ihn zuerst vor etwa vier oder fünf Jahren, wie er herauskam (Don Carlos erschien 1787, als Smidt vierzehn Jahre alt war), und empfand eben nicht viel dabei, weil ich damals noch nicht Sinn dafür hatte. Aber jetzt konnte ich gar nicht wieder davon loskommen. Er ist in der Art das größte Meisterstück, was ich jemals gelesen habe. So tiefschneidend, so hinreißend, so göttlich, so menschlich und so teuflisch. Wie kann der eine Mann, der eine Schiller, das alles aus dem guten oder bösen Schatz seines Herzens hervorbringen? Doch böse kann er nicht sein, das glaub' ich nimmermehr. Aber groß und weitumfassend muß sein Sinn sein. Kennst Du ihn, weißt Du irgend etwas Besonderes von seinem Charakter, Lebensart usw., so schreibe es mir doch ja. Den Mann muß ich sicher kennen lernen, wenn ich in Jena komme. Sollt's wahr sein, daß er auf die Unsterblichkeit seiner Seele Verzicht tue? Ich kann's kaum glauben, und doch scheint's aus seinem fürchterlichen Gedicht „Ergebung", das ich irgendwo gelesen habe, zu erhellen.[1]) Er muß überhaupt das Fürchter-

[1]) Gemeint ist ohne Zweifel das Gedicht „Resignation", das Schiller schon unter diesem Titel im Jahre 1786 publiziert hat.

liche lieben; in alles, was ich von ihm gelesen habe, sind schreckhafte Szenen verwebt."

Es ist nicht wahrscheinlich, daß der greise Vater jemals einen Blick oder wenigstens einen tieferen Blick in die Werke getan hatte, die die junge Welt mit flammender Begeisterung erfüllten. Und auch die so viel jüngere Mutter, die Mühe hatte, den beschränkten Kreis ihrer Pflichten auszufüllen, wird sich nicht in eine Literatur vertieft haben, deren übermächtige Gestalten und Ideen ihrem schlichten Sinne ganz fern standen. Wie tief der Sohn schon wirklich von der kritischen Revolution ergriffen war, die theologische, philosophische und historische Studien und die schöne Literatur in ihm geweckt hatten, das freilich blieb den Eltern wahrscheinlich verborgen. Es war eine natürliche Scheu, eine kindliche Rücksichtnahme, die den Sohn abhielt, dem Vater, der ihn doch nicht verstanden haben würde, einen Blick in die Probleme zu eröffnen, die ihn innerlich bewegten.

Es war wohl gewiß, daß Smidt über das, was ihm die höhere Schule Bremens bieten konnte, hinausgewachsen war. Es war hohe Zeit, daß er, nun achtzehn und ein halbes Jahr alt, die Universität aufsuchte.

Zweites Kapitel

Studienzeit

Smidt war bisher nur ein einziges Mal über die nächste Umgebung Bremens hinausgekommen. In der Pfingstzeit 1791 hatte er mit seinen Freunden Meister und Lange eine achttägige Fußwanderung durch die Länder am linken Weserufer, Stedingen und Butjadingen bis zum Jadebusen unternommen, wo sie zum erstenmal die See sahen und schmeckten. Den Rückweg hatten die Freunde, bei Brake über die Weser setzend, über Blumenthal, Osterholz und Lilienthal gemacht. Im übrigen war Smidts Horizont fast völlig auf das kleine bremische Staatsgebiet beschränkt geblieben, das nur an der Wumme bei Borgfeld und an der Lesum von der Dunge aus auf gelegentlichen Spaziergängen in die hannoversche Nachbarschaft überschritten worden war.

Aber in der Enge dieses physischen Horizonts hatte sein geistiger Gesichtskreis sich so weit gedehnt, daß er sich in der täglichen Umgebung der Heimat nicht mehr zurechtfinden zu können meinte. Die geistige Kost, die er im Elternhause, die er von seinen Lehrern empfing und die in den doch gern von ihm aufgesuchten geselligen Kreisen ihm geboten wurde, genügte seinen Ansprüchen nicht mehr. In der frohen Aussicht, bald im persönlichen Verkehr mit dem Freunde in Jena bessere Geistesnahrung zu erhalten, schrieb er ihm im Januar 1792: „Auf Deiner reichlich angefüllten Geistestafel werden immer Brote genüg übrig sein, um uns in Bremen beinahe Verhungerte zu laben." Und acht Tage früher hatte er demselben Freund geschrieben: „Wäre es eine angenehme, wünschenswerte Sache für mich, einst Prediger in Bremen zu werden, was bis jetzt noch nicht ist, es sollte mir nicht viel Mühe kosten, mich bei den Einwohnern unseres Stephanikirchspiels dergestalt einzuschmeicheln, daß ich auf kräftige Beförderung rechnen dürfte. Der Himmel weiß, wo ich einst bleiben werde. Ich kann mich in den bremischen common sense nicht schicken. Er ist gar mein Element nicht. Was wirken die Prediger im ganzen genommen hier? Sind sie nicht beinahe überflüssig? Und ein Geschöpf, das den Leuten im Wege stünde, möchte ich doch nicht sein."

Er mußte die Welt draußen erst kennenlernen, um die echte Heimatliebe zu gewinnen, die die Vaterstadt, wie die Eltern ihre Kinder, trotz der erkannten Fehler liebt; er mußte erfahren, daß neben dem hellen Sonnenlichte, in dem ihm die Ferne erschienen war, weil nur die von ihren Höhepunkten ausgehenden Strahlen ihm geleuchtet hatten, auch draußen tiefe Schatten und unerfreuliches Zwielicht die weitesten Gebiete erfüllen. Erst dann wird er erkennen, daß der bremische common sense, dessen geistvollster Vertreter er einst werden sollte, einen unverächtlichen Wert besitzt.

Mit den Freunden Gerhard Lange und Hermann Coch reiste Smidt am 11. April 1792 von Bremen ab. Nach einem kurzen Aufenthalte in Hannover und einem etwas längeren in Göttingen und in Kassel trafen sie in Erfurt mit Boismann zusammen, in dessen Gesellschaft sie am 23. in Jena einzogen. Smidt und Lange wohnten mit Boismann im gleichen Hause, in dem sie auch ihren gemeinsamen Mittagstisch hielten.

Jena war damals dank der Fürsorge des Herzogs Karl August und Goethes die angesehenste Universität Deutschlands. Hier wehte der Geist freier Wissenschaft, während die preußischen Hochschulen unter Wöllners Regiment eine schlimme Reaktionsperiode durchmachen mußten. Von Berlin aus erhielt Kant eine schnöde Verwarnung; in Jena war der große Königsberger der stille Beherrscher der Geister, der seine befreiende Wirkung auf alle Gebiete der Wissenschaft ausübte. Hier vermittelte der Philosoph Reinhold den Wißbegierigen das Verständnis der Kritik der reinen Vernunft und der Kritik der praktischen Vernunft; hier leitete Schütz die Allgemeine Literaturzeitung, das erfolgreichste Organ der Kantischen Lehre; hier wurden durch Schiller, durch Paulus und andere die Ideen Kants vertreten.

In sie wurde nun auch Smidt eingeführt, der im ersten Semester neben den theologischen Kollegien bei Griesbach und Paulus auch Logik und Metaphysik bei Reinhold und Platos Phaedon bei Schütz hörte. Mit gewohntem Fleiße, ja mit übertriebener Arbeitslust, in der Regel schon um 4 Uhr morgens aufstehend, um schon um 6 Uhr im Kolleg zu sitzen, sammelte er eine Fülle neuer Kenntnisse, neuer Gedanken und Anschauungen, die seine innere Umwandlung denn doch noch in anderem Maße förderten, als die Zweifel, die ihn schon in Bremen aus der Glaubenswelt der Kindheit herausgerissen hatten.

Das hatte er in Bremen, wie wir gehört haben, vorausgesehen. Nicht

aber hatte er erwartet, daß er an dem geliebten und verehrten Freunde Boismann in dem Gewoge all der neuen Ideen, die auf ihn einstürmten, so wenig halt finden würde, wie es der Fall war. Boismann, der seine langjährigen Studien durch das medizinische Doktorexamen abzuschließen dachte, war durch seine eigenen Arbeiten völlig in Anspruch genommen; aber es kam hinzu, daß sein schlechtes körperliches Befinden es ihm trotz seiner Vertrautheit mit der Kantischen Philosophie unmöglich machte, sich mit seinem jungen Freunde in die Probleme zu vertiefen, die diesen beschäftigten. Sie lebten trotzdem in der herzlichsten Gemeinschaft und verbrachten manche Abendstunden im vertrautesten Gespräche. Aber Smidt bemerkte bald mit einigem Unmut, wenn auch ohne deshalb dem kranken Freunde zu zürnen, daß dieser das Gespräch immer wieder nur auf einen Punkt lenkte, auf seine Liebe zu Henriette de Hase, der ältern der beiden sogenannten Cousinen Smidts. Smidt selbst hatte, während er das Gymnasium Illustre besuchte, den postillon d'amour zwischen den beiden gespielt; er wechselte auch jetzt Briefe mit der Cousine, die heimliche Einlagen der beiden Liebenden enthielten. Er gab sich dazu her, weil sein Herz zu sehr an Boismann hing, als daß er es ihm hätte abschlagen können. Aber er empfand es doch schmerzlich, daß er eine Einwirkung des Freundes auf seine intellektuelle Ausbildung und die Entwickelung seines Charakters entbehren mußte. Und diese Täuschung seiner hochgespannten Erwartung von der idealen Freundschaft, die ihn an Boismann fesselte, hat Smidt in den ersten Semestern seiner Studienzeit, wie er erst viel später in einem Briefe an seine Schwester eingestand, nicht zu der Freude am Studentenleben, zu der Fidelität, wie die Musensöhne damals sagten, kommen lassen, die er in Jena zu finden gehofft hatte.

Von dem rüden Ton, der in einem großen Teile der Studentenschaft, insbesondere in den „Orden", in den Verbindungen, herrschte, haben Smidt und seine Freunde sich stets ferngehalten. Das war selbstverständlich für junge Leute, die den ernsten Willen hatten, etwas Tüchtiges zu lernen, um im Leben etwas Tüchtiges leisten zu können, aber es war für Smidts Natur doch ein Fehler, daß er in den ersten Semestern seinen Umgang auf einen allzu engen Kreis beschränkte. Er verkehrte fast ausschließlich mit bremischen Landsleuten, zu denen vornehmlich nur ein Rheinländer, der Jurist Schlegtendal, und der aus Delmenhorst stammende Mediziner Thulesius in näheren Beziehungen standen. So verflossen seine Tage meist nur unter fünf oder sechs

Freunden, die fast alle im selben Hause wohnten, auch gemeinsam einen „Weinberg" außerhalb der Stadt gemietet hatten, wo sie wohl einige Abendstunden zubrachten. Und es ergab sich am Ende von selbst, daß der älteste dieses Kreises, Boismann, eben der, dem zuliebe sich Smidt die Beschränkung des Verkehrs auferlegte, den Ton angab, und daß dieser Ton bei Boismanns Körper- und Gemütsverfassung selten so „fidel" war, wie die jüngeren Leute sich wünschten.

Ein kurzer Ausflug, den die Freunde im Oktober über Halle nach Leipzig machten, wo eben die Messe ein großstädtisches Getriebe hervorrief, unterbrach die damals kaum dreiwöchentliche Zeit, die zwischen dem Sommer- und dem Wintersemester lag.

Smidt wollte im Winter neben Griesbach, Paulus und Reinhold auch ein Kolleg über Dogmatik und ein anderes über Jesaias bei Döberlein hören. Kaum aber hatte dieser ein paar Wochen gelesen, als er gegen Ende November erkrankte und nach acht Tagen, am 2. Dezember, noch nicht vierzig Jahre alt, starb. Smidt war tief bewegt von dem Tode des feinsinnigen Mannes, von dem er für seine Ausbildung viel gehofft hatte.[1])

Auch an anderen Gemütsbewegungen fehlte es nicht. Während die furchtbare Entwickelung der Dinge in Frankreich, insbesondere die scheußlichen Septembermorde, bald die Hinrichtung des Königs, sodann die klägliche Schwäche der deutschen Kriegführung gegen die Republik Smidts Aufmerksamkeit auf die politischen und nationalen Vorgänge richteten, mußte er in seinem nächsten Kreise wahrnehmen, wie Boismanns Krankheitszustand sich mehr und mehr verschlimmerte und wie auch Lange in hypochondrische Verstimmung verfiel. Und eben jetzt tat Boismann, der sich über den sichtlichen Verfall seiner Kräfte täuschte, den Schritt, sich brieflich mit Henriette de Hase zu verloben. Smidt sprach schwerlich seine Herzensmeinung aus, als er den Eltern schrieb: „Was sagen Sie denn zu unserm neuen Vetter Boismann? Gefällt Ihnen die Heirat? Mir ganz außerordentlich."

[1]) In seinem Aufsatze Joh. Smidt als Student usw. sagt El. Hugo Meyer im Smidtbuch 1873 S. 43, Smidt habe im Winter 1792/93 zu den 24 Zuhörern eines Privatissimum gehört, das Schiller über Ästhetik las. Eine Quelle für die Mitteilung gibt er nicht an. Ich finde davon in den Briefen Smidts aus Jena niemals etwas erwähnt, wohl aber im Nachlasse Smidts das Konzept eines Briefes an einen Jenenser Professor von ca. 1796/97, worin Smidt über den Wunsch des bremischen Senators Deneken spricht, einen Aufsatz in den Horen abgedruckt zu sehen und hinzufügt, er habe Deneken geraten, doch selbst an Schiller zu schreiben, „weil ich ihn gar nicht kenne". Darnach muß man annehmen, daß Smidt mit Schiller niemals persönlich zusammengetroffen ist.

Wenige Tage später, am 17. März 1793, erhielt er durch die Schwester die Nachricht, daß Dr. Gerhard Castendyk, ein junger Rechtsanwalt, um ihre Hand angehalten habe. Trinchen, noch nicht achtzehn Jahre alt, schrieb, daß die Eltern ihr völlig freien Entschluß lassen wollten, aber sie kenne Castendyk so wenig wie dieser sie, sie wolle sich daher ganz und gar nach dem richten, was der Bruder ihr rate. Wenn Smidt seine Schwester auch minder herzlich geliebt hätte als der Fall war, so würde er schwer an der Verantwortung getragen haben, die die Schwester ihm damit aufbürdete. Er tat, was ihm auch im späteren Leben in mancher kritischen Lage eigentümlich geblieben ist, er suchte die Gedanken, die ihn bestürmten, dadurch zu ordnen, das Für und Wider sich klar zu machen, daß er einen langen Brief schrieb, den er an die Mutter richtete. Er wußte nichts Ungünstiges über Castendyk, aber auch nichts, was entscheidend zu seinen Gunsten sprach, denn daß er reich sei, werde weder für die Eltern noch für Trinchen ein Motiv für Annahme des Antrages sein. So riet er einstweilen nur, den Entschluß nicht zu beeilen. Nach einer fast schlaflos verbrachten Nacht aber bat er am folgenden Tage in einem zweiten langen Briefe die Mutter, da die Osterferien vor der Tür stünden, um die Erlaubnis, auf vierzehn Tage nach Bremen kommen zu dürfen, um selbst zu sehen und zu hören, mit Trinchen, mit Gondela, der den Antrag übermittelt hatte, und mit Castendyk selbst zu sprechen. Wo das Lebensglück der Schwester in Frage stehe, könnten die Reisekosten keine Rolle spielen.

Er erhielt umgehend die Erlaubnis, saß am 2. April auf der Post und traf schon am 5. abends in Bremen ein, wo er bis zum 24. blieb. Da er von Gondela, dessen Urteil er völlig vertraute, nur Gutes über Castendyk hörte, und die Schwester, wenn auch mädchenhafte Scheu gegen den ihr fast fremden Mann, so doch durchaus keinen Widerwillen gegen ihn zeigte, so kam unter Smidts Vermittlung die Verlobung Trinchens zustande, die demnächst zu einer freilich sehr kurzen, aber glücklichen Ehe führte. Neben dieser für Smidt wichtigsten Angelegenheit beschäftigten ihn in Bremen noch zwei andere Verlobungen, die Boismanns und die der jüngeren Schwester von dessen Braut Marie de Hase mit dem Dr. jur Wichelhausen, einem trefflichen Manne, der sich fast zwanzig Jahre später in der schwierigen Stellung eines Maires der französischen Stadt Bremen vorzüglich bewährt hat. Henriette de Hase erfuhr erst durch Smidt, daß Boismann

ernstlich krank sei und nicht nur hypochondrischer Laune, wie sie bisher angenommen hatte. Mit Gondela, der seit dem Juni 1792 Ratsherr war, und mit seiner Frau, mit denen Smidt fast täglich zusammen war, schloß er erst jetzt eine auf wechselseitiger Hochachtung begründete Freundschaft, die unter den schweren Schicksalsschlägen, die sie weit später gemeinschaftlich durchzumachen hatten, nur verstärkt und durch die traurige Lage, in die Gondela bald danach nicht ohne eigene Schuld geriet, nicht gelöst worden ist.

Am 29. April traf Smidt über Göttingen, Kassel und Erfurt wieder in Jena ein, in der Hoffnung, nun, da er über das Schicksal seiner Schwester beruhigt war, ganz seinen Studien leben zu können. Aber er fand Boismann und Lange weit kränker vor, als er sie verlassen hatte, und bald hörte er von medizinischen Professoren, die seinen kranken Freund hochschätzten und genau kannten, insbesondere von Hufeland, daß Boismann, um seine hinschwindenden Kräfte wieder zu gewinnen, für geraume Zeit seine Studien unterbrechen, zunächst in Schwalbach die Kur gebrauchen und dann den Winter im Süden zubringen müsse.

Smidt erkannte den Ernst der Lage, aber Boismann war zu keinem Entschluß zu bringen. Erst, nachdem Lange, der auch für sich Besserung vom Schwalbacher Brunnen erwartete, sich entschlossen hatte, mit Boismann gemeinschaftlich die Kur zu gebrauchen, fügte sich dieser, und auf Zureden der Ärzte erklärte sich Smidt bereit, die beiden kranken Freunde nach Schwalbach zu bringen. Am 19. Mai fuhren sie von Jena ab und kamen in kurzen Tagereisen am 24. in Frankfurt an. Hier machten sie, weil die Ärzte sich von einer Zerstreuung Boismanns in einer großen Stadt eine gute Wirkung versprachen, eine fast dreiwöchentliche Rast. So lernte Smidt zum erstenmal die Stadt kennen, die ihm weit später fast zur zweiten Heimat werden sollte. Boismann, aller Arbeiten ledig, schien sich dort in der Tat zu erholen, und so konnte Smidt die beiden Freunde, die er am 11. Juni nach Wiesbaden und am folgenden Tage nach Schwalbach brachte, dort gutes Muts verlassen.

Am 17. Juni war er wieder in Jena. Die Nachrichten, die ihm Lange gab, lauteten günstig. Wie hätte nicht Smidt mit der Zuversicht der Jugend sich der Hoffnung auf völlige Genesung der Freunde hingeben sollen. Da kam ihm ganz unerwartet die schmerzlichste Kunde. Am 24. Juli notiert er in seinem Tagebuch: „Diesen Morgen kamen Briefe von Lange an Iken und mich — fürchterliche Briefe. Bois-

mann ist tot"; am folgenden Tage: „Ich hatte nur einen Gedanken, den an Boismann."

Dieser war schon am 16. Juli an völliger Entkräftung gestorben. Lange, der bei seinem Tode zugegen gewesen war, hatte wohl wegen seiner eigenen Schwäche nicht alsbald schreiben können.

Smidt hatte noch niemals eine so tiefe Erschütterung erfahren. Sie mußte sein ganzes Wesen ergreifen, und wahrscheinlich ist es seinen Freunden aufgefallen, daß er weicher und hingebender war als sie alle, den einzigen Boismann ausgenommen, ihn früher gekannt hatten. Aus solcher Beobachtung mag die Mahnung hervorgegangen sein, die im Jahre 1794 Schlegtendal, der nun Regierungsreferendar in Kleve war, in einem Briefe an Lange und Smidt an diesen richtete. „Du, mein Smidt, mit Deinem tätigen, vielverschlingenden Geiste, laß Dein Herz nicht über Deine Vernunft in Dürftigkeit versinken, sondern bleibe der Wahrheit und der Liebe treu und vergiß nicht, Boismanns Andenken an jedem neuen Jahrestage, wie das letztemal kurz nach seinem Tode auf meiner Jenaischen Stube, zu feiern, das wird Dich beim Leben erhalten. Das menschliche Herz ist ein trotziges Ding. Wer es ihm an Nahrung fehlen läßt, den mahnet es nicht, sondern legt sich eigenwillig auf eine Ruhebank und schläft festen Schlaf, bis Gewalt es wieder aufrüttelt."

Es hätte dieser Mahnung wohl nicht bedurft. Wenn Smidt auch zu fest am Leben hing und eine zu gesunde Natur besaß, um das Unabänderliche nicht mutig hinzunehmen und nicht in der Erfüllung der ihm obliegenden Pflichten den Schmerz zu besiegen, so hat er doch seiner Freunde niemals und, wieviele ihm auch das Leben immer aufs neue zuführte, auch seiner toten Freunde nicht vergessen.

Er hatte zunächst die schmerzliche Aufgabe, durch Vermittelung Gondelas Henriette de Hase vom Tode ihres Verlobten zu unterrichten. Dann aber schrieb er zum erstenmal an Boismanns Mutter, mit der er von da an, wie schon erwähnt wurde, durch viele Jahre im Briefwechsel gestanden hat. Und wiewohl er seit 1805 keine Briefe mehr von der Frau erhalten hatte, so schrieb er ihr doch wieder während der französischen Zeit, ja noch im Jahre 1820 aus Wien. Man sieht wohl, einen wie tiefen Eindruck die kurzen Jahre seiner Freundschaft mit Boismann in seinem Herzen hinterlassen hatten.

Lange, dem die Kur in Schwalbach wohl tat, kehrte gegen Ende August 1793 gestärkt nach Jena zurück. Er hatte die Hypochondrie,

die ihn bedrückt hatte, völlig überwunden. Aber er kam nur zu einem kurzen Besuche, denn er war ebenso wie Smidt seit geraumer Zeit schon entschlossen, den kommenden Winter in Bremen zuzubringen, um nach einem ihnen beiden, noch ehe sie zur Universität gingen, von Boismann erteilten Rate zu Hause in aller Ruhe „den zurückgelegten Weg zu überschauen und manchen kleinen Seitenweg näher kennenzulernen, als sich's bei dem raschen Gange auf einer Universität, bei dem Forteilen zu immer neuen Gegenständen tun läßt".

Smidt hatte freilich nach Boismanns Tode eine Zeitlang geschwankt, ob er nicht den Winter noch in Jena bleiben und erst den künftigen Sommer in Bremen zubringen sollte, weil eben Reinhold einen Ruf nach Kiel zu Ostern 1794 angenommen hatte. Er habe, schrieb er den Eltern, Reinhold mehr als irgendeinem seiner anderen Lehrer zu verdanken und würde daher gerne auch noch den Winter über seinen Unterricht genießen. Indessen sprachen doch entscheidend für die Ausführung des ersten Vorsatzes der Wunsch der Eltern, die nahe bevorstehende Hochzeit der Schwester und der Umstand, daß Lange, der jetzt Smidts Herzen am nächsten stand, den Winter in Bremen zubringen wollte.

So reisten denn Smidt und Lange am 23. September von Jena ab und trafen am 29. in Bremen ein.

Smidt benutzte die Muße daheim mit gewohntem Eifer, um Klarheit über all die neuen Vorstellungen zu gewinnen, die ihm in Jena eröffnet worden waren. Aber er fand das Resultat dieser Bemühungen keineswegs erfreulich. Er bemerkte, wie er an Paulus nach Jena schrieb,[1]) daß die in seinen Begriffen vorgegangene und noch beständig fortdauernde Revolution ihn äußerst niedergeschlagen und mißvergnügt mache, er konnte sich aus den Widersprüchen, denen er begegnete, nicht herausfinden, nicht glauben, daß es beständig das Los der Menschheit bleiben müsse, im Labyrinth der Meinungen umherzuirren. Er hoffte freilich, in der Kantischen Philosophie den nötigen Faden zu finden, aber wußte auch, daß seine Kenntnis Kants noch zu rhapsodisch sei, um ihm den gewünschten Dienst schon jetzt zu leisten. So machte er denn auch, wie er in demselben Briefe klagt, wenn er gelegentlich predigte, jetzt die Erfahrung, daß ihm die Ausarbeitung ungleich mehr Anstrengung kostete als ehedem. „Ich sehe allenthalben noch etwas Oberflächliches, wovon ich den Grund nicht finden kann, und die Aussicht, daß dies vielleicht noch lange der Fall sein und ich dadurch noch

[1]) Fragment eines Konzepts im Smidts Nachlaß, ohne Datum.

lange Zeit für die mit meinem Studium verbundene Praxis gänzlich unbrauchbar sein werde, trübt mir meine Aussicht in die Zukunft nicht wenig."

Eben durch Paulus war Smidt in den Rationalismus eingeführt worden, der nichts für wahr halten wollte, als was durch klare und unbezweifelte Vernunftsgründe gerechtfertigt werden könne. Wir haben keinen Anhalt für die Annahme, daß Smidt bei der Prüfung der ihm übermittelten Lehre an diesem Axiom der Aufklärungszeit irre geworden wäre. Wenn er es unzureichend fand für die Erklärung vieler Fragen, die ihm im Fortgang seiner Studien aufstießen, so schob er das auf sein mangelhaftes Verständnis und nicht auf den Grundsatz.

Um so mehr vertiefte sich Smidt in philosophische Studien, von denen er Klarheit zu gewinnen hoffte. Und dabei wurde er, wie es scheint, zum erstenmal auf Fichte aufmerksam. Eine gegen Reinhold gerichtete Rezension Fichtes beschäftigte ihn lebhaft, wie aus einem Briefe an den Freund Coch in Jena hervorgeht. Der strittige Punkt war, ob die Freiheit des Willens eben wie das Dasein Gottes ein Gegenstand des Wissens oder bloß ein Postulat der praktischen Vernunft und also nur ein Gegenstand des Glaubens sein könne. Smidt war geneigt, Fichte, der mit Kant die zweite Alternative vertrat, gegen Reinhold recht zu geben, aber deshalb wurde er an diesem keineswegs irre. Vielmehr sagt er in dem gleichen Briefe an Coch: „Willst Du einmal sehen, wie trefflich die Reinholdsche Theorie im Gebrauch ist, wie sie sich allenthalben verwenden läßt und Licht und Ordnung in die Behandlung philosophischer Gegenstände bringt, so lies Schillers Abhandlung über Anmut und Würde. Ich habe sie schon zwei- bis dreimal mit gleichem Enthusiasmus gelesen, es ist ein wahrer geistiger Leckerbissen."

Eine vielleicht noch wirksamere Beruhigung als in der Philosophie, fand Smidt im Verkehr mit zwei etwa zwanzig Jahre älteren Geistlichen. Sie waren beide von Geburt Schweizer, der schon genannte Johann Jakob Stolz, seit fast zehn Jahren Prediger an der Martinikirche, und Johann Caspar Häfeli, erst jüngst von der Anschariigemeinde zum Prediger gewählt. Beide waren von der alten Orthodoxie hergekommen, aber völlig hineingeraten in das Fahrwasser des Zeitalters der Aufklärung, dessen seichte Untiefen ihnen verborgen blieben. Auch von ihnen wurde, was jenseits der engen Schranken vernunftmäßigen Begreifens liegt, als irrational beiseite geschoben oder durch willkürliche Umdeutung dem Verständnis erschlossen. „In ihrer Religion ist alles

klar; sie hat keine Tiefen und Geheimnisse mehr, nachdem die Vernunft so hell zu leuchten angefangen hat."[1])

Im Umgang mit den beiden erfahrenen, selbstgewissen, übrigens von Kopf und Herz trefflichen Männern hat der zwanzigjährige Smidt wohl das bei der Prüfung seiner neu erworbenen Anschauungen ins Wanken geratene Vertrauen wiedergewonnen, daß er ein Prediger werden könne, wenn auch die Vorstellungen der alten Dogmatik eine nach der andern ihm zerflossen waren.

An eine Ausbildung für den akademischen Beruf hat er, wie es scheint, zu keiner Zeit gedacht. Die praktische Wirksamkeit des Predigers, der mit ihr verbundene Einfluß auf zahlreiche Menschen war das Ziel, das er allein ins Auge faßte. Dieser Vorsatz verstärkte sich, wenn er Stolz und Häfeli, deren Predigten er selten versäumte, von der Kanzel sprechen hörte. Insbesondere Häfeli, der einen gewaltigen Zulauf, auch von Lutheranern, hatte, wie Smidt gelegentlich hervorhebt, bewunderte er als Prediger.

Im März 1794 riet ihm Stolz, Smidt möge jetzt in Bremen vor dem Ministerium sein Kandidatenexamen machen, weil Petri, ein anderer rationalistischer Geistlicher der Anschariikirche, und Häfeli jetzt die Examinatoren seien. „Eine solche Gelegenheit, von zwei so aufgeklärten Männern examiniert zu werden," sagte Stolz, „wird Ihnen wahrscheinlich in Ihrem ganzen Leben nicht wieder geboten."[2])

Smidt folgte diesem Rate und bestand, zwanzig und ein halbes Jahr alt, am 7. April das Examen zur vollen Zufriedenheit des Ministeriums. Vier Tage später hielt er seine Probepredigt, die nur zu einigen Anständen wegen des Vortrags Anlaß gab, und wurde dann unter die Kandidaten des Predigtamtes aufgenommen.

In den Ostertagen, 20. und 21. April, predigte der Kandidat Smidt noch zweimal und kehrte dann nach siebenmonatlichem Aufenthalt in Bremen zu Anfang Mai mit Lange über Leipzig nach Jena zurück.

Hier fand er jetzt an Reinholds Stelle den Mann, der von allen seinen Lehrern am nachhaltigsten auf ihn wirken sollte. Fichte war ziemlich gleichzeitig mit Smidt in Jena eingetroffen. Er scheint an dem Schüler, der seiner „Wissenschaftslehre" mit gespannter Auf-

---

[1]) Weck, Geschichte der reform. Kirche Bremens S. 115, wo auch Stolz und Häfeli charakterisiert sind.
[2]) Smidt an Coch März 1794 (ohne Tagesangabe).

merksamkeit folgte, bald Gefallen gefunden zu haben. Ehe drei Monate vergangen waren, zog er Smidt an seinen Tisch.

Smidt berichtet darüber am 4. August an seine Schwester: „Mit meinem Tische habe ich jetzt eine vorteilhafte Änderung getroffen. Ich speise nicht mehr zu Hause, sondern mit drei Professoren bei dem Professor Fichte. (Es waren außer Fichte der Historiker Woltmann und der Philosoph und Theologe Niethammer.) Alle drei sind treffliche Leute von Geist und Herz, die Unterhaltung bei Tische ist äußerst interessant. Ich hätte mich da nicht aufdrängen mögen, da sie es mir aber von selbst anboten, so schlug ich es natürlich nicht aus. Außer mir speisen da noch zwei andere Studenten, von ihnen ist einer ein französischer Bürger, der mir sehr gut gefällt."

Einen Monat später schreibt er: „Die Idee (um Reinholds willen), einmal nach Kiel zu gehen, habe ich jetzt aufgegeben, weil hier jetzt ein Mann voll heiligen Geistes und Kraft ist, der noch eine Stufe höher steht wie jener; es ist der Professor Fichte, bei dem ich täglich speise. Sein Umgang ist mir unbeschreiblich viel wert."

Am 20. Oktober meldet Smidt der Schwester: „An Fichte schließ' ich mich immer näher an. Er gibt mir täglich neue Beweise seines unbedingten Zutrauens, die mir ein Sporn sind, daß ich mich auf alle Art bestrebe, es auch ja zu verdienen."[1])

Als Fichte im Sommer 1795 sich vor den Roheiten eines Studentenordens, der sich von ihm, beleidigt glaubte, nach Osmannstädt bei Weimar grollend zurückzog, schrieb seine Gattin Johanna an Smidt, der gerade wieder in Bremen sich befand: „Wegen der Studentenunruhen und Beschimpfungen will Fichte den Sommer nicht lesen, sondern auf dem Lande, nicht fern von Weimar, leben. Wenn Sie uns dort besuchen mögen, lieber Freund, so machen Sie uns allen eine wahre Freude dadurch; wenn Sie den ganzen Sommer bei uns zubringen

---

[1]) Einige Wochen später heißt es in einem Briefe an die Schwester: „An unserm Mittagstische kommen täglich zehn verschiedene Landsleute zusammen, als da sind Sachsen, Schwaben, Bremer, Oldenburger, Schlesier, Kurländer, Schweizer, Dänen, Franzosen und ein Schottländer. Doch hat der letzte kürzlich seinen Abschied genommen, weil er ein Aristokrat ist und unsere demokratischen Tischgespräche seine Verdauung erschwerten. Unter diesen zehn findet sich nun, um unsere Toleranz recht deutlich zu zeigen, alle mögliche Verschiedenheit der Religion. Dazu kommen noch sehr oft, wenigstens in jeder Woche einmal, durchreisende Fremde, die bei Fichte speisen. Daß es bei so bewandten Umständen niemals an interessanten Neuigkeiten fehlt, könnt ihr leicht denken. Um mit der neuesten Literatur fortzuschreiten, hätte ich jetzt gar nicht nötig, gelehrte Zeitungen zu lesen, denn unser Tischgespräch gleicht einem rezensierenden Journal."

mögen, so ist's um desto lieber; für Sie und für Sie allein haben wir Platz." Und nochmals wiederholte sie vier Tage später im Auftrage ihres Vaters und ihres Mannes, daß „uns alle nichts so sehr freuen würde, als wenn Sie den Sommer bei uns zubringen möchten".

Smidt hat von dieser Einladung nur teilweise Gebrauch gemacht. Doch war er fast in jeder Woche ein paar Tage in Osmannstädt, wo in dem großen Landhause, das der Herzog zur Verfügung Fichtes gestellt hatte, ein Zimmer ausschließlich für Smidt bestimmt war.

Dieser durch mehr als ein Jahr fortgesetzte vertrauliche Verkehr mit Fichte hat die Charakterentwicklung Smidts in außerordentlicher Weise gefördert. Der „transzendentale Idealist", wie Fichte sich selbst bezeichnet hat, dessen Gedankenkühnheit bis zu der Behauptung ging: „Die Dinge werden erst durch unser Ich geschaffen, es gibt kein Sein, sondern nur Handeln, der sittliche Wille ist die einzige Realität," er hat Smidt herausgerissen aus einem Zustande des Unmuts, der Niedergeschlagenheit, des Zweifels an seiner Zukunft und hat in seinem jungen Freunde die Energie des Willens geweckt.

Smidt selbst hat sich darüber am 19. November 1797 in einem Briefe an Fichte so ausgesprochen: „Mein Herz hängt immer noch an Ihnen, nicht an dem Professor in Jena, von dem ich viel gelernt habe — das ist ein ganz anderes Interesse —, sondern an dem edlen und kraftvollen Manne, der mich zu einer Zeit, wo Hypochondrie und Kränklichkeit mein ganzes Wesen drückte, mit Zutrauen und Freundschaft behandelte, mich an seinem Leben teilnehmen ließ und mir durch den vergönnten täglichen Anblick dieses energischen Daseins Mut und Kraft einflößte, nie die eigene Bestimmung eines jeden Schicksals aufzugeben und dadurch aller Verzweiflung für immer überhoben zu sein."

Weder Fichte noch Smidt konnten damals ahnen, daß Smidt einmal berufen sein werde, auf ganz anderen Bahnen, als denen er in der Studienzeit zustrebte, den Willen zu betätigen, den Fichte ihn gelehrt hatte als die wirksamste Emanation der Persönlichkeit zu erkennen. Aber darum ist es doch nicht minder gewiß, daß eine der notwendigsten Eigenschaften des Staatsmannes, der Wille zur Tat, durch Fichte in Smidt aus einem dunklen Instinkte zum klaren Bewußtsein emporgehoben worden ist. Wenn Smidt aus dem Munde des verehrten Lehrers hörte: „Handeln, handeln, das ist es, wozu wir da sind!" so weckte das in seiner Seele einen Widerhall, der immer fortgedauert hat.

Diesem überaus bedeutsamen Verkehre mit Fichte trat ein anders gearteter kaum minder fördernd zur Seite, als im Sommer 1794 ein kleiner Kreis von Studenten eine literarische Gesellschaft zu bilden sich entschloß und Smidt zur Teilnahme aufforderte. Die Gesellschaft nannte sich auch wohl die der freien Männer, weil sie nur solche Studenten aufnahm, die nicht einem „Orden" angehörten. Ihr Zweck war auf gegenseitige wissenschaftliche Förderung ihrer Mitglieder gerichtet, und als Mittel dazu sollten Aufsätze, Vorträge, kritische Disputationen und Unterhaltungen dienen. Fichte und Paulus, die beide die Wahl zu Ehrenmitgliedern der Gesellschaft angenommen hatten, wohnten ihren Sitzungen hin und wieder bei.

Smidt hat der Gesellschaft fast drei Semester angehört und ist durch sie aus dem engen Kreise der Landsleute, in dem er sich während seiner ersten Studienzeit bewegt hatte, in einen ungleich vielseitigeren und anregenden Verkehr geführt worden. Die Gesellschaft war bunt genug zusammengesetzt. Kurländer und Livländer bildeten anfänglich die Mehrheit und traten einzeln auch später noch der Gesellschaft bei; neben ihnen zählte sie zu ihren Mitgliedern gleich zu Anfang oder in der Folge, während Smidt in Jena war, zwei Dänen, einen Franzosen, einen Elsässer, einen Schweizer sowie Deutsche aus Nord und Süd, aus Ost und West. Unter ihnen waren nach Smidts Urteile mehrere, die an Kopf und Herz zu den vorzüglichsten Menschen gehörten.

Mit einigen von ihnen ist Smidt durchs Leben verbunden geblieben: mit Joh. Erich von Berger, der 1833 als Professor der Philosophie in Kiel starb, mit dem Lübecker Friedrich Köppen, der demnächst einige Jahre als Prediger in Bremen, dann aber als Professor der Philosophie in Landshut und zuletzt in Erlangen gewirkt hat, mit Joh. Friedrich Herbart, dem bekannten Philosophen, der, bevor er sich 1802 in Göttingen habilitierte, reichlich zwei Jahre in vertrautem Verkehr mit Smidt in Bremen lebte, mit dem Juristen Friedrich Horn aus Braunschweig endlich, der zu Beginn des neuen Jahrhunderts auf Smidts Veranlassung aus seinem heimischen in den bremischen Staatsdienst übertrat und bald in den Senat gewählt bis an seinen Tod ein treuer Freund Smidts geblieben ist.

In diesem Kreise geistreicher junger Männer, Theologen, Philosophen, Mediziner, Juristen, wurden neben wissenschaftlichen und sozialen häufig auch politische Fragen erörtert, die das stürmische Zeitalter täglich neu aufwarf. Natürlich, daß die Jugend trotz der entsetzlichen Blut-

taten, die jeder Tag aus Paris berichtete, noch erfüllt war von Freiheitsträumen und von Hoffnungen auf eine allseitige Besserung der geistigen, sittlichen und gesellschaftlichen Zustände der Menschheit. Man stimmte harmlos zu, wenn Smidt in einem Vortrage die Erwartung aussprach, daß „der fortschreitende Despotismus deutscher Fürsten in kurzem eine allgemeine Staatsrevolution auch in Deutschland herbeiführen werde", wenn er ausrief: „ich ehre den Genius unseres Zeitalters, wenn seine Energie in Revolutionen sich zeigt." Und wie hätte nicht in diesem Kreise von Angehörigen verschiedener europäischer Staaten die weit verbreitete weltbürgerliche Stimmung herrschen sollen, die mit Schiller eine Nation für einen zu kleinen Bruchteil der Menschheit hielt, als daß ein freier Geist in ihr seine Befriedigung finden könne. Unter weltbürgerlichem Gesichtspunkte mußte selbst eine Frage aufgefaßt werden, die Smidt am Ende des Sommersemesters 1794 ernsthaft beschäftigte und die er in einem Vortrage behandelte unter dem Titel: Sollte man das Predigtamt abschaffen?

Smidt hat auf diesen Vortrag, den einzigen, der uns von ihm aus jener Zeit erhalten ist, einen großen Wert gelegt, wie sich daraus ergibt, daß er nur über diesen seiner Schwester brieflich berichtete, und mehr noch daraus, daß er ihn fast fünf Jahre später auch einer Literarischen Gesellschaft in Bremen vorgelesen hat. Der Aufsatz, wenn auch in seinem vornehmsten Gedankeninhalt abhängig von Lehren und Vorstellungen, die er durch Fichte und Paulus empfangen hatte, ist eben doch ein Ausdruck seiner damaligen Welt- und Lebensauffassung und ein Zeugnis des hohen Idealismus, in dem ihm das Lehramt des Predigers erschien, das er natürlich nicht abgeschafft, sondern nur reformiert wissen wollte.[1])

Freilich enthält der Vortrag viele jugendlich unreife Gedanken und manche völlig unhistorische Anschauungen; doktrinäre Konstruktionen vergangener Epochen treten an die Stelle der geschichtlichen Wirklichkeit und verleiten den Verfasser zu unbegründeten rein ideologischen Hoffnungen auf die Zukunft des Menschengeschlechts. Aber dennoch

[1]) Cl. Hugo Meyer hat im Smidtbuch 1873 S. 51 ff. ein ziemlich ausführliches Resüme des Inhalts gegeben und dabei auch auf die Abhängigkeit von Paulus und Fichte hingewiesen. Irrig ist Meyers Annahme, daß der Vortrag erst Ende Dezember 1794 gehalten worden sei. Schon am 25. September schreibt Smidt an seine Schwester, daß er vor etwa vier Wochen einen Aufsatz geliefert habe über die Frage, ob man das Predigtamt abschaffen sollte. Er erwähnt bei diesem Anlasse, daß der Vortrag einen seiner livländischen Freunde, der bisher Jura studiert hat, bestimmt habe, zur Theologie überzugehen.

sehen wir in der kleinen Untersuchung das ernste Bestreben eines gedankenvollen jungen Mannes, die in ihm gärenden Vorstellungen zu ordnen und sich Rechenschaft darüber zu geben, was er dem Leben schuldig sein.

Es ist merkwürdig, daß eben jetzt, wo er viel über seinen künftigen Beruf als Prediger nachdachte, ihm Fernerstehende den Eindruck gewannen, daß Smidt zu etwas ganz anderm als zum Predigtamte bestimmt sei. Am 21. Dezember 1794 klagt er den Eltern: „Ich weiß nicht, wer mir vor einiger Zeit aus Bremen geschrieben hat, er habe dort gehört, ich wolle umsatteln und nicht mehr Theologie studieren. Mir ist's unbegreiflich, woher ein solches Gerücht entstehen kann, da ich niemals dergleichen geäußert habe und im Gegenteil mit dem von mir gewählten Fache täglich zufriedener werde. Nein, wenn nicht jemals, welches Gott verhüten wolle, kränkliche Umstände mich zu einer solchen Veränderung nötigen sollten, so werde ich mich nie entschließen können, einen anderen Stand zu wählen. Bei der jetzigen politischen Lage der Dinge, wo man auch in Deutschland keinen Augenblick vor einer Revolution sicher ist, sind gute Prediger, wie ich glaube, so sehr Bedürfnis als jemals, und dazu werde ich mich zu bilden suchen, so gut es mir möglich ist." Und noch einmal schreibt er vier Wochen später der Mutter, seine Begriffe von dem, was ein Prediger leisten solle, hätten sich seit einiger Zeit immer mehr berichtigt, da er aber zur Vorbereitung auf den Beruf nirgends bessere Gelegenheit finde als in Jena, so wünsche er hier noch bis Ostern 1796 zu bleiben.

Er hat indes diesen Plan bald wieder aufgegeben und sich mit dem ursprünglich ins Auge gefaßten Triennium begnügt, das mit dem Sommersemester 1795 abschloß. Darauf mögen eine neue schmerzliche Erfahrung und die Zustände, die er bei einem in den Osterferien erneuerten Besuche im Elternhaus vorfand, von Einfluß gewesen sein.

Er hatte die Erlaubnis zu dieser Osterreise sich vornehmlich erbeten, um seinen abermals schwer erkrankten Freund Lange in die Heimat zu begleiten. Aber die gemeinsame Fahrt, die am 2. April angetreten wurde, fand ein jähes Ende. Schon in Naumburg, wenige Meilen von Jena, war der Zustand Langes derart, daß an seine Weiterreise nicht zu denken war; schon in der Nacht vom 4. auf den 5. April sah Smidt den Freund sterben. Er mußte einsam in der fremden Stadt an dem Grabe des Freundes stehen, wie dieser selbst vor zwanzig Monaten am Grabe Boismanns gestanden hatte. Mit Lange verlor

Smidt den dritten seiner bremischen Jugendfreunde, denn auch Coch, der vor drei Jahren mit Smidt und Lange zur Universität gegangen war, war nach einer vergeblichen Kur in Driburg schon im September 1794 in Bremen gestorben. Tief bewegt fuhr Smidt allein weiter. Als er in Braunschweig eintraf, fanden seine dortigen Freunde ihn so angegriffen, daß sie den Arzt herbeiholten, der erst nach etwa achttägiger Ruhe die Weiterreise gestattete.

Und trüb sah es auch daheim aus, als Smidt Bremen erreicht hatte. Die Mutter freilich hatte sich endlich aus ihrer Hypochondrie aufgerafft, dafür aber war der früher so rüstige Vater, nun dreiundachtzig Jahre alt, zur Wahrnehmung seines Amts so wenig wie zum Entschlusse es aufzugeben fähig.

Es gehörte wahrlich die ganze Spannkraft der Jugend dazu, diese Eindrücke verhältnismäßig rasch zu überwinden. Fichte einerseits, der livländische Studienfreunde Bärnhoff andererseits, scheinen vornehmlich dahin gewirkt zu haben. Drei Wochen nach seiner Rückkehr nach Jena schreibt Smidt am 29. Juni an seine Schwester: „Ich bin bisher abwechselnd hier in Jena, bei Fichte in Osmannstädt und bei Bärnhoff in Schwarzburg gewesen." Das schöne Schwarzatal hatte sich Bärnhoff zum Sommeraufenthalte erkoren und Smidt war entzückt, es in der Gesellschaft eben dieses Freundes jetzt erst recht kennen zu lernen. „Einen Menschen von so unerschöpflicher Laune und Witz habe ich in der Tat noch nirgends gefunden; dabei hat dieser Witz nie das Schneidende, was man gewöhnlich diesem Begriffe unterlegt, sondern einen hohen edlen Charakter. Wohin er kommt, ist Frohsinn und Jubel, und doch sieht man's gar nicht, daß er's darauf anlegte zu gefallen; kurz er lebt in einer ganz idealischen Welt und versteht die Kunst von allem, was keine schöne große edle oder witzige Seite hat, völlig zu abstrahieren."

Aber schon nach etwa drei weiteren Wochen entschloß sich Smidt zu einer längeren Reise in Gesellschaft Herbarts und der beiden Braunschweiger Horn und Spiegel. Er berichtet darüber am 7. August der Schwester: „Himmlische paradiesische Gegenden habe ich gesehen, wogegen alles, was ich bisher sah, selbst Schwarzburg, nichts ist. Mit einigen Freunden bin ich gute vierzehn Tage herumgestrichen, bin in Böhmen gewesen, in Karlsbad, in Töplitz, in Dresden, in Meißen und vielen anderen Orten, von denen Du schwerlich jemals etwas gehört hast." Und auf dieser Reise hatten zum erstenmal die Werke der

bildenden Kunst ihn tief ergriffen. „In Dresden war ich drei Tage auf der Bildergalerie und staunte über die schöpferische Kraft der italienischen Künstler. Und vollends die Abgüsse der antiken Statuen, welch ein Leben in den toten Steinen — einen gewaltigen Geist, eine schöpferische Phantasie mußte der besitzen, der eine flüchtige Erscheinung so unverrückt festhalten, sie so auf den Marmor übertragen konnte, als sei das lebende Wesen in einem Augenblicke durch einen Zauberschlag versteinert."

Mit diesen köstlichen Eindrücken, die Natur und Kunst gewährten, schloß im wesentlichen Smidts Studienzeit. Nach ein paar Wochen, die zwischen Jena und Osmannstädt geteilt wurden, verließ Smidt die Universität, trotz der vielfachen Unterbrechungen reich an Kenntnissen, die er in ernstem Studium sich zu eigen gemacht hatte, reich an trüben, ernsten und erhebenden Erfahrungen und, obwohl durch den frühen Tod drei seiner ältesten und liebsten Jugendfreunde schwer getroffen, doch auch reich an Freundesliebe, die ihn nicht nur mit mehreren, geistig bedeutenden Altersgenossen, sondern auch mit einem der ersten Männer Deutschlands verband.

Den Heimweg machte er über Büdingen bei Gelnhausen, wo sein Freund Meister, der später in den bremischen Kirchendienst trat, das Predigtamt verwaltete, und über Göttingen, das er schon wiederholt auf seinen Reisen besucht hatte. Gegen Ende Oktober 1795 traf der Zweiundzwanzigjährige wieder in Bremen ein, unsicher darüber, ob die Heimat ihm auf die Dauer eine zusagende Tätigkeit darbieten werde.

Drittes Kapitel

Kandidat der Theologie und Professor

Wenige Monate vor des Sohnes Heimkehr hatte der Vater im Beginn seines vierundachtzigsten Lebensjahres den Entschluß gefunden, sein Amt niederzulegen, das er fünfunddreißig Jahre lang verwaltet hatte. Die Gemeinde hatte dem alten Manne rücksichtsvoll die Amtswohnung auf dem Stephanikirchhofe belassen. So fand sich der Sohn wieder in den vertrauten Räumen seiner Knabenzeit. Indes war seine Lage keineswegs befriedigend, zumal er bald nach der Heimkehr von einem Augenleiden befallen wurde, das ihm durch viele Monate Schonung auferlegte.[1])

Einige Unterrichtsstunden, die er wahrscheinlich gab, und hin und wieder eine Predigt,[2]) füllten die Tage nur mangelhaft aus, und auch die Korrespondenz mit den nun an vielen Orten zerstreuten Universitätsfreunden mußte auf ein bescheidenes Maß beschränkt bleiben. Im Elternhause aber herrschte bei fortdauernder Kränklichkeit der Mutter und rasch hinschwindenden Kräften des Vaters eine trübe Stimmung. Der Vater starb ein Jahr nach seiner Emeritierung am 18. Juni 1796.

Da war es denn ein Glück für Smidt, daß er bald nach seiner Rück-

---

[1]) Smidt selbst hat später dieses Augenleiden auf den Gebrauch eines scharfen Augenglases in der Dresdner Galerie zurückgeführt, was Köppen brieflich als Vermutung ausgesprochen und Smidt dann 47 Jahre später in der Niederschrift seiner Erinnerungen an Herbart wiederholt hat (Herbarts sämtliche Werke ed. Kehrbach I S. XXXII). Wenn man aber in dem oben zitierten Briefe Smidts an seine Schwester liest, er sei an drei Tagen in der Galerie gewesen und im Tagebuche findet, daß der Besuch jedesmal etwa 2 Stunden dauerte, so muß man an der Richtigkeit jener Vermutung zweifeln, wie es sicher ist, daß Meyers Angabe (Smidtbuch S. 53), Smidt habe die Dresdner Galerie einige Wochen lang täglich besucht, falsch ist. Auch hat nicht erst die Schweizer Reise von 1797. wie Meyer a. a. O. nach Smidt annimmt, die Heilung gebracht, denn Smidt selbst sagt in einem Briefe von Ende 1796, daß er seit dem August von dem Übel befreit sei.

[2]) Smidt an Herbart 28. Februar 1796: auch erbaue ich zuweilen die Bremer durch meine Predigten. Orthodoxie und Heterodoxie sind mir gar keine gefährlichen Klippen mehr, ich spreche immer von ernstlich menschlichen Angelegenheiten und so steure ich glücklich mitten hindurch. Herbarts sämtl. Werke Bd. XIX S. 72.

kehr, vermutlich durch Gondela, in einen geistig angeregten Kreis junger und älterer Männer eingeführt wurde, der ihm neue Anschauungen eröffnete und ihn mit Fragen bekannt machte, die ihm bisher ziemlich fern gelegen hatten. Dort wurden von den beiden Brüdern Syndikus Post und Senator Post, von den Senatoren Georg Gröning, Olrichs und Deneken, dem Altermann Johann Vollmers und einigen anderen, von denen die Genannten nach wenigen Jahren sämtlich Smidts Kollegen werden sollten, die Tagesereignisse und ihr Einfluß auf Bremen und die Hansestädte erörtert. Und nun trat, etwa gleichzeitig mit Smidt, im Herbste 1795 in diesen Kreis auch Georg Kerner, der enthusiastische junge Schwabe, der sich nach dem Sturze Robespierres in überschäumendem Optimismus der französischen Republik in die Arme geworfen hatte, um freilich nach einigen Jahren durch den militärischen Despotismus ernüchtert zu werden.

Er war als Privatsekretär seines Landsmanns Reinhard, während dieser wegen des fortdauernden Reichskrieges gegen Frankreich noch vergeblich auf seine Anerkennung als Gesandter der Republik bei den Hansestädten wartete, von Hamburg nach Bremen geschickt worden, um hier die Stimmung und die führenden Persönlichkeiten kennenzulernen. Seine liebenswürdige sprudelnde Lebendigkeit, der jugendliche Idealismus, mit dem der Fünfundzwanzigjährige die französischen Freiheits- und Beglückungsträume in sich aufgenommen hatte und sie wie Wirklichkeiten behandelte, fanden auch bei den viel älteren Männern eine freundliche Würdigung, knüpften aber zwischen Kerner und dem ihm im Alter am nächsten stehenden Smidt ein Freundschaftsband, das bis zu Kerners frühzeitigem Tode gehalten hat.

Kein Wunder, daß Kerner von der in Bremen herrschenden Gesinnung die günstigsten Eindrücke empfing und an Reinhard berichtete, zumal da man im bremischen Rate und in der Kaufmannschaft die Fortdauer eines freundlichen Verhältnisses zu Frankreich schon aus rein geschäftlichen Gründen lebhaft wünschte.

Smidt fühlte sich in dem Kreise, in dem ihm zum erstenmal ein gewisser Einblick in die politischen Tagesfragen vergönnt wurde, außerordentlich wohl. Er entwarf seinem Freunde Friedrich Horn, der jetzt als Regierungsreferendar in seiner Heimatstadt Braunschweig tätig war, eine sympathische Schilderung der Persönlichkeiten, unter die er sich versetzt sah, und erhielt darauf von Horn unter dem 18. März 1796 die Antwort: „Es freut mich sehr, daß Du

so zufrieden in einem so herrlichen Zirkel guter Menschen lebst. Deine ganze Lage und besonders Deine tolerante Humanität und die unparteiische Würdigung heterogener Charaktere lassen mich die Fortdauer dieses Glücks für Dein ganzes Leben hoffen."

Gegen Ende März kam auch Reinhard selbst, noch immer nicht als anerkannter Gesandter, sondern als Privatmann für einige Monate nach Bremen. Wenn auch zurückhaltender als sein mit ihm wieder erschienener Sekretär, knüpfte doch auch er freundschaftliche Beziehungen zu mehreren der genannten Ratsherren an, und nicht zuletzt mit dem jungen, alle anderen an geistiger Beweglichkeit überragenden Smidt. Die damals angebahnte Verbindung der beiden Männer hat alle Schwankungen überdauert, die sich aus Reinhards Stellung zu den wechselnden französischen Regierungen bis in die Zeit Louis Philipps ergaben.

Wenn nun auch Smidt freilich nicht eingeweiht wurde, in die Verhandlungen, die unter Reinhards Teilnahme zwischen Bremen, Hamburg und Lübeck und zwischen Bremen und Paris geführt wurden, so wurde er doch ohne Zweifel vertraut mit den allgemeinen Wünschen der Hansestädte, die in naiver Vermischung der in ihnen vorherrschenden weltbürgerlichen Gesinnung mit den Interessen des Seehandels auf die dauernde Neutralität der Städte und ihres Handels gerichtet waren. Smidt hat den Gedanken, daß diese Neutralität aus idealen sowohl wie aus praktischen Gründen ebensosehr im Interesse des Reichs, ja Europas, wie der Städte festgehalten, werden müsse, später in verantwortlicher Stellung noch geraume Zeit lebhaft verfolgt. In unmittelbarem Zusammenhange damit trat ihm gleichzeitig das Erfordernis eines engen Zusammenschlusses der drei Hansestädte entgegen. Und diesen Gedanken hat er, unter anderen Gesichtspunkten freilich als die damals obwalteten, sein Leben lang bewahrt.

Damit mag es zusammenhängen, daß er sich im Spätsommer 1796, von seiner Augenkrankheit geheilt, zu einer Reise nach Hamburg entschloß, das er noch nicht kannte. Er traf dort in den letzten Augusttagen ein und wohnte bei seinem Universitätsfreunde und Landsmann Konrad Iken, der Hilfsprediger der dortigen reformierten Gemeinde war. Er hat auch für diesen einmal, am 4. September, in Hamburg gepredigt. In dem ihm wahrscheinlich durch Reinhard geöffneten Reimarus-Sievekingschen Kreise, in dem er gelegentlich auch Johann Heinrich Jacobi traf, knüpfte er Beziehungen an, die von dauerndem

Werte für ihn wurden. So mit dem batavischen Legationssekretär Reinhold, mit dem späteren Senator Westphalen und seiner poetischen Gattin Engel Christine von Axen, mit dem späteren Bürgermeister Bartels, mit dem Domherrn Lorenz Meyer, wahrscheinlich auch mit Gries, dem nachmaligen hamburgischen Syndikus, mit dem Smidt dereinst zahlreiche geschäftliche Verbindungen haben sollte. Auf der Bühne aber entzückte ihn die Kunst Ifflands.

Von dieser erfrischenden Reise um Mitte September kaum zurückgekehrt, begrüßte er in Bremen seine Freunde Horn und Spiegel. Horn war kurz zuvor von Christ. Wilh. von Dohm, als dieser zum preußischen Direktorialgesandten bei dem nach Hildesheim berufenen niedersächsischen Kreistage ernannt worden war, zu seinem Sekretär bestellt und hatte dadurch Gelegenheit erhalten, in die politischen Geschäfte eingeführt zu werden.

Der Kreistag, der nach einer Pause von mehr als sechzig Jahren noch einmal zusammentrat, hatte vornehmlich die Aufgabe, die Kosten, die aus der militärischen Deckung der von Preußen und Frankreich im Baseler Frieden verabredeten Demarkationslinie erwuchsen, auf die geschützten Reichsstände zu verteilen. Aber es konnte natürlich nicht fehlen, daß dabei auch die ganze aus jenem Frieden für Norddeutschland entstandene politische Lage zur Sprache kam. Auch Bremen nahm zum ersten, auch zum letztenmal, denn es ist nie wieder ein niedersächsischer Kreistag gehalten worden, an der Hildesheimer Tagung teil durch den Syndikus Elking und den Senator Gröning. Da war es nicht unwichtig, daß Horn durch Smidt nun auch mit den leitenden Persönlichkeiten in Bremen bekannt wurde. So spannen sich Beziehungen an, die, wie schon erwähnt, nach wenigen Jahren dazu führten, daß Horn in den bremischen Staatsdienst eintrat.[1])

---

[1]) Horn und Spiegel waren erst eben wieder abgereist, als bei Smidt ein Brief Fichtes vom 11. Oktober 1796 eintraf, der originell genug ist, um auszugsweise hier mitgeteilt zu werden. Nachdem Fichte sein langes Schweigen damit entschuldigt hat, daß er mehrere Briefe an Smidt geschrieben, aber aus Zerstreutheit nicht abgeschickt habe, fährt er fort: „Wie sehr ich auf die Fortdauer Ihrer Gesinnungen gegen mich rechne, beweise Ihnen folgendes. Es ist mir am 18. Juli ein gesunder Knabe geboren. Sie sind Pate desselben, weil ich dazu nur wahre Freunde bestimmt habe; und erst jetzt bitte ich Sie um Ihre Einwilligung, weil ich darin keinen Zweifel setzte und eher nicht Zeit hatte, Sie darum zu bitten. Der Knabe heißt Immanuel Hartmann, ist gesund, groß und stark für sein Alter und fängt schon an — er geht jetzt in die dreizehnte Woche — Anteill zu nehmen an der Freude, die er einflößt."

Vgl. hierzu A. D. Biogr. Bd. XLVIII S. 539 den Artikel von Karl Hartmann über den jüngeren Fichte.

Es konnte nicht fehlen, daß Smidt infolge all der neuen Beziehungen, die er gewonnen hatte, sein Interesse mehr und mehr den politischen Dingen zuwandte, und daß dadurch, ihm selbst noch unbewußt, sein Standpunkt gegenüber der Frage nach seinem künftigen Berufe allmählich verrückt wurde. Es kam hinzu, daß seine Freunde, wie früher schon, so auch jetzt immer wieder einmal den Zweifel aussprachen, ob er wohl zum Prediger geeignet sei. Schon Ende 1795 hatte der Freund Berger an Smidt geschrieben: „Christlichen Prediger will ich Dich nicht werden sehen. Es würde dies — auf die Gefahr Dir mißfällig zu sein, sage ich es — eine Rückkehr sein in eine Welt, die nicht bleiben kann; Du aber sollst bleiben, der Du bist." Und um die gleiche Zeit scherzte Köppen in einem Briefe aus Göttingen: „daß sie Dich nur nicht mit dem schwarzen Ornat behängen! Du siehst wahrhaftig nicht klassisch genug aus."

Smidt ließ sich doch durch solche Bemerkungen jetzt und noch erheblich später, sowenig wie früher, in seinen Absichten irremachen. Als Köppen nach einigen Monaten ihn brieflich befragte, ob es wahr sei, daß Smidt umsatteln und Jurist werden wolle, da widersprach er bestimmt. Und wie hätte er denn auch, wenn er nicht wirklich, wie man in Göttingen gefabelt hatte, zu einem neuen Studium auf die Universität zurückkehrte, einen anderen Lebensweg wählen sollen, als den ihm die Theologie anwies?

Nein, wenn auch die aus Freundeskreisen vielfach wiederholten Zweifel nicht danach angetan waren, die Aussicht auf ein Predigtamt für Smidt erfreulicher zu machen, so hielt er doch an der einmal eingeschlagenen Bahn um so mehr fest, als eben jetzt in seinen Weg ein junges Mädchen trat, das sein ganzes Herz gefangen nahm und in ihm alsbald den Wunsch nach einer dauernden Verbindung hervorrief.

Wilhelmine (Minchen) Rohde, war die zweite Tochter des Apothekers Konrad Rohde. Smidt hatte sie vermutlich durch seinen Freund Heinrich Noltenius kennen gelernt, der vor kurzem Minchens ältere Schwester, Annchen, geheiratet hatte. Noltenius, ein junger Kaufmann, der mit einer guten Bildung vielseitige Interessen verband, und heiter und witzig, wie er war, es liebte seine freundschaftlichen Briefe in Versen abzufassen, war schon, ehe Smidt zur Universität ging, mit ihm befreundet gewesen und hatte Smidt auch in Jena gelegentlich besucht. Seine Frau hatte außer Minchen noch zwei jüngere Schwestern Friederike und Metta und aus der zweiten Ehe

[illegible] Syndikus Post einen Bruder, [illegible] Smidt in dem Hause des [illegible] auch Smidts Schwester mit [illegible] gern verkehrten. Minchen aber, [illegible] blieb, fesselte Smidt bald [illegible] natürliche Munterkeit, ihre ge- [illegible] die verbunden mit einem guten [illegible] arbeitsvolles Leben durch ein halbes [illegible] sollten. Aus beiderseitiger Nei- [illegible] Verlobung und mit ihr für Smidt [illegible] sichern Stellung im Leben [illegible]

[illegible] geraume Zeit vor der Verlobung den [illegible] gefaßt und mit mehreren seiner Stu- [illegible] Diesen Plan auszuführen lag Smidt [illegible] als Köppen sich schon längst hatte bereit [illegible] und dann noch einen Livländer Raison, [illegible] in die Gesellschaft der freien Männer ein- [illegible] Reisegefährten gewonnen hatte. Es kam hin- [illegible] auf Rat seiner bremischen Schweizer- [illegible] beschloß, sich in Zürich zum Prediger [illegible] Absicht, die für die Festsetzung der Reise- [illegible] wurde.

[illegible] 1797 reiste Smidt von Bremen ab. Am 29. traf [illegible] wo er mit Köppen und Raison und anderen [illegible] Tage verbrachte. Am 3. Mai setzten Smidt und [illegible] noch Briefe von Hause erwarten mußte, die [illegible] fort. Südlich von Marburg passierten sie [illegible] und der französischen Armee hindurch, die [illegible] eingetroffene Nachricht über den Präliminarfrieden [illegible] bei Fuß einander gegenüber standen. Am 6. gegen [illegible] in Frankfurt an, wo Smidt freundliche und trau- [illegible] an die Zeit erneuerte, die er mit den Freunden [illegible] Lange vor vier Jahren dort verlebt hatte. Hier wurde [illegible] Aufenthalt gemacht, um Raison zu erwarten, der am [illegible] als Smidt gerade einen Ausflug nach Büdingen zu seinem [illegible] Meister unternommen hatte. Am folgenden Tage wurde [illegible] besucht und am 15. endlich die Reise nach Süden fortgesetzt.

In Heidelberg berauschte man sich an Kunst und Natur, machte dann einen Ausflug nach Mannheim und Schwetzingen und einen andern nach Neckargmünd und schwelgte am Wolfsbrunnen in poetischer Stimmung. Diese hielt noch vor als Smidt auf der Weiterreise am 22. Mai den Geburtstag seiner Schwester feierte, in dem er ein langes elegisches Gedicht in sein Tagebuch schrieb.[1])

Dazwischen wurden die Reisenden durch die ihnen oft begegnenden französischen Truppen immer wieder an den kaum beendigten Krieg erinnert. Und nun betraten sie am 24. in Basel die Schweiz, wo der weitverbreitete Unwille des Volks über die aristokratische Herrschaft, die man mit Hilfe der Franzosen zu beseitigen hoffte, schon eine gewitterschwüle Stimmung hervorgerufen hatte. Als Smidt den Bürgermeister Burtorff besuchte, an den ihn Senator Post empfohlen hatte, wurde er mit der politischen Lage der Schweiz bekannt gemacht und hörte dabei von dem erfahrenen Staatsmann ein Wort, das er nicht wieder vergessen hat. „Wir haben uns," sagte Burtorff, immer ein wenig größer gemacht als wir waren, und haben uns sehr gut dabei gestanden." Auch in anderen Häusern nahm Smidt an manchem politischen Gespräch teil. Aber mehr interessierten ihn doch die kirchlichen und kulturellen Zustände des Landes und die klägliche Verfassung, in der sich damals die Baseler Universität befand.

Von verschiedenen Seiten dazu aufgefordert begaben sich die Freunde in Begleitung mehrerer Baseler in den letzten Tagen des Monats nach Aarau, um dort an der Tagung der helvetischen Gesellschaft teilzunehmen. Smidt, der den ihm in Basel flüchtig begegneten blinden Pfeffel dort wieder traf, aber auch Pestalozzi kennen lernte, war enthusiasmiert von der brüderlichen Gesinnung, die er unter den zahlreich Versammelten wahrnahm, und entzückt von einigen neuen Gedichten, die Pfeffel ihm und seinen Freunden mitteilte.

Von Aarau nach Basel zurückgekehrt, sahen die Reisenden am 2. Juni noch den Abschied des soeben zum Mitgliede des Pariser Direktoriums gewählten Barthélemy von seiner Baseler Gesandtschaft und den glänzenden Empfang, der ihm an der nahen französischen Grenze zuteil wurde. Dann setzten sie ihre Reise durch das Münster- und Birstal nach Biel fort. Von hieraus besuchten sie am 6. die Petersinsel und schwärmten in Erinnerungen an Rousseau. Smidt war so ergriffen, daß er gleich vielen früheren Besuchern seiner Emp-

[1]) Meyer hat es im Smidtbuch S. 67 f. abgedruckt.

findung durch ein paar Distichen Ausdruck geben mußte, die er auf die Außenseite der zu Rousseaus Zimmer führenden Tür schrieb.[1]) Dann ging es über Neuchatel und über den Jura, wo sie anstatt des erwarteten herrlichen Blicks auf die Hochalpenkette sich in einen argen Schneesturm versetzt fanden, nach Yverdon und von da über Murten und Freiburg nach Bern.

Hier, wo sie am 13. Juni eintrafen, fand sich ein großer Kreis ehemaliger Jenenser Freunde zusammen. Herbart und Böhlendorf hatten dort kürzlich Hausmeisterstellen angetreten und Berger weilte dort zu seiner weiteren Ausbildung. Zu diesen waren kurz vor Smidts und seiner beider Freunde Ankunft noch Hülsen, Muhrbeck und Rosenkranz gekommen, die sich ebenfalls auf einer Reise befanden.[2])

Der im Jahre 1827 als Professor der Philosophie in Greifswald verstorbene Muhrbeck war erst nach Smidts Abgang von Jena in die Gesellschaft der freien Männer eingetreten. So lernten er und Smidt sich erst in der Schweiz kennen, befreundeten sich aber rasch aufs innigste. Es waren köstliche Tage, die man in Bern und seiner schönen Umgebung, hie und da in Schweizer Familien aufs freundlichste aufgenommen, verbrachte.

Erst am 26. Juni brachen die Reisenden mit Muhrbeck, der sich sobald von Smidt nicht wieder trennen wollte, zu weiterer Wanderung auf. Auf beschwerlichen Wegen ging es nach Vevey, wo ein mehrtägiger Aufenthalt genommen wurde, weil Smidt dort die ihm verwandte Familie Châtelein besuchte, die er nie zuvor gesehen hatte. Die Familie war vor zehn Jahren von Amsterdam, wo ihr Haupt Daniel Zacharias Châtelein, Prediger der französisch-reformierten Gemeinde gewesen war, in die Heimat des Vaters zurückgekehrt. Er war verheiratet mit einer Cousine Smidts, einer Tochter des ältesten Bruder seines Vaters. Sie lebten in einem großen Familienkreise von Kindern und Enkeln und nahmen den unerwartet bei ihnen vorsprechenden Vetter aufs freundlichste auf.

Von Vevey wanderte man weiter nach Genf, von dort nach Chamonix und auf den Montanvert, das Mer de Glace und den Col de Balme, sodann das Rhonetal aufwärts bis Leuk und von hier über die Gemmi

[1]) Sie sind von Meyer im Smidtbuch 1873 S. 70 mitgeteilt.
[2]) Berger, Böhlendorf und Muhrbeck waren mit unseren Reisenden schon in Aarau unerwartet zusammengetroffen; dort wird man eine neue Begegnung in Bern verabredet haben.

an den Thuner See. Smidt ging von da nochmals nach Bern, wo er Briefe erwartete und vorfand. Dann wurde der Weg über Lauterbrunn und Grindelwald durch das Oberhaslital und über die Grimsel nach Süden fortgesetzt. Über den Lago Maggiore traf die Gesellschaft am 2. August in Mailand ein, wo ein mehrtägiger Aufenthalt unter anderm Gelegenheit bot, Bonaparte und seine Frau zu sehen.

Auf dem Rückwege war man am 11. August im Gotthard-Hospiz, am 13. in Altorf und bald in Zürich, wo Smidt sich ordinieren zu lassen wünschte.

Bei den Besuchen, die er dort machte, erfuhr er, daß die Briefe, die Stolz seinethalben nach Zürich gerichtet hatte, und das Zeugnis über sein Kandidatenexamen in Bremen den günstigsten Eindruck gemacht hatten. „Man kommt allen meinen Wünschen zuvor," schrieb er einige Tage vor der Ordination an die Mutter. „Wie die Prediger das Kandidaten-Zeugnis gelesen hatten, sagten sie mir, sie glaubten mich nach diesem Zeugnisse mit gutem Gewissen ordinieren zu können ohne Examen und Probepredigt; wenn ich mich indes dazu verstehen wolle, so werde ihnen das eine angenehme Unterhaltung geben. Natürlich schlug ich es nicht aus. Man wollte mir indes keinen Probetext aufgeben, sondern überließ es mir zu wählen, was ich für gut fände."

Am 1. September fand die Ordination statt, über die Smidt seiner Mutter am 9. aus St. Gallen berichtete. „Das Kollegium bestand außer den Predigern aus vier Ratsherren und mehreren Professoren. Der Antistes Heß sagte, daß man meinen Antrag mit Vergnügen gelesen, daß die Zeugnisse des Bremer Ministeriums und das, was Herr Stolz besonders geschrieben habe, sehr ehrenvoll für mich sei, man werde deshalb meinen Wünschen gern entsprechen. Der Herr Professor Nüschler sei bereit, ein theologisches Gespräch mit mir zu halten."... „Es machte mir so wenig Ehre keine Antwort schuldig geblieben zu sein, daß ich mich bei dem vielen Lobe, das man mir hernach darüber erteilte, wirklich heimlich schämte." Die Probepredigt, die einer der Examinatoren als ein Muster von Beredsamkeit bezeichnete, war eine schon in Bremen von Smidt gehaltene, die er ein wenig abgeändert hatte. Nach einer kurzen Rede des Antistes folgte dann die Ordination.

Diese war für Smidt im Augenblick um so wertvoller, als ihn während der ganzen Reise die Absicht verfolgte, ihn zum Adjunkten des Predigers der reformierten Kirchengemeinde in Lübeck zu erwählen. Sein Freund Iken in Hamburg hatte ihn zuerst tags vor seiner Ab-

reise aus Bremen darüber unterrichtet. Weitere Mitteilungen erhielt er von Iken in der Schweiz, lehnte aber den Wunsch, er möge noch im Laufe des August in Lübeck sich vorstellen, als mit seinen Reiseplänen unvereinbar ab. Am 4. Juli hatte er seiner Mutter aus Lausanne über die Sache berichtet, aber hinzugefügt, daß er es weit vorziehen würde, in seinem Vaterlande zu bleiben, wenn sich ihm in oder bei Bremen ein Amt bieten sollte. „Auf der andern Seite glaube ich aber auch einen Wirkungskreis, der sich mir so ungesucht anbietet, nicht ganz von der Hand weisen zu dürfen." Auch die Freunde daheim und seine Braut hatte er über die Absicht der Lübecker unterrichtet, und an Heinr. Noltenius und Frau am 21. Juli geschrieben: „Ich bin nur bange, wir bleiben nicht lange in Bremen beisammen. Die Lübecker Geschichte hat mir bis jetzt ganz das Ansehen, als ob's wohl möglich sei, daß sie mich wieder für eine gute Zeit von Euch entfernte."

Mit Köppen und Raison wandte sich Smidt von Zürich aus zunächst nach Osten über Appenzell nach St. Gallen und dann wieder westwärts nach Schaffhausen. Hier setzte er den in St. Gallen an seine Mutter begonnenen Brief fort, und berichtete, daß Minchen, seine Braut, ihm gemeldet habe, sie habe ihren Eltern Mitteilung über ihre Verlobung machen müssen, auch er habe infolgedessen nun die Eltern um ihre Zustimmung gebeten.

Einige Tage später war die Reisegesellschaft in Stuttgart, wo Köppen und Raison vier Tage zu bleiben beschlossen. Smidt aber, den es nachgerade drängte, nach Hause zu kommen, eilte ihnen nach Frankfurt voraus, mußte dort aber sehr wider seinen Willen auf die Freunde warten, weil für die nächsten Tage die Posten ganz besetzt waren und überdies Smidts Koffer in Heidelberg mit einem andern vertauscht worden war.

Dieser Aufenthalt in Frankfurt gab ihm Gelegenheit zu einer merkwürdigen Entdeckung. In einem Buchladen, in dem er sich nach neuer Literatur umsah, fand er ein kleines Büchlein „An die Xeniophoren. Ein kleines Meßpräsent. 1797." Neugierig schlug er es auf, da er im letzten Herbste mit ganz Deutschland die Schiller-Goetheschen Xenien weit mehr mit Entrüstung über den scharfen Spott als mit Freude an dem Witze gelesen hatte, und fand zu seinem Erstaunen, daß er im wesentlichen sein eigenes Werk vor sich habe.

Smidt hatte damals, insbesondere gereizt durch Schillers wegwerfende Behandlung der Weser:

Leider von mir ist gar nichts zu sagen; auch zu dem kleinsten
Epigramme, bedenkt, geb' ich der Muse nicht Stoff,

ein Gegenepigramm niedergeschrieben und bald in heiterer Laune ihm noch andere Antixenien hinzugefügt. Er hatte diese, zweiundvierzig an der Zahl, seinem Freunde Horn nach Braunschweig gesandt, von dem sie um etliche vermehrt an einen andern Studienfreund, den Braunschweiger Himly,[1]) weitergegeben worden waren. Himly hatte, wie die Nachfrage ergab, einunddreißig der Smidtschen und dazu fünfzehn Hornsche Epigramme ohne Wissen der Autoren unter dem oben genannten Titel zum Drucke befördert.[2]) Smidt war von dieser Entdeckung keineswegs angenehm berührt. Er hatte nie daran gedacht, seine Scherze der Öffentlichkeit preiszugeben.

Der Rest der Rückreise wurde dann gemeinschaftlich gemacht, da die beiden Gefährten sich entschlossen, den Freund nach Bremen zu begleiten, wo Smidt nach fünfmonatlicher Abwesenheit gegen Ende September wieder eintraf.

Inzwischen war in Bremen schon in weiteren Kreisen die Absicht, Smidt nach Lübeck zu ziehen, bekannt geworden. Sie hatte unter seinen Freunden, unter denen sich, wie erzählt ist, auch einige Mitglieder des Senats befanden, den Wunsch hervorgerufen, den vielversprechenden jungen Mann dauernd an Bremen zu fesseln. Dafür gab es, da eine Predigerstelle im Augenblicke nicht erledigt war, nur ein Mittel, die Ernennung Smidts zum Professor der Philosophie am Gymnasium Illustre. Und wirklich wurde diese Ernennung auf Vortrag des Vorsitzenden der Schulbehörde, des Bürgermeisters Diedrich Meier, schon am 6. Oktober, wenig mehr als acht Tage nach Smidts Rückkehr, vom Senate beschlossen. Sie geschah zwar auf Antrag Smidts, aber es ist höchst wahrscheinlich, daß er zu dem Antrage aus dem Kreise des Senats veranlaßt worden war. Denn die philosophische Professur, in die er berufen wurde, war seit dem schon 1789 erfolgten Tode des Professors Nonnen nicht wieder besetzt worden, weil das Gymnasium wegen Mangels an Studenten schon seit geraumer Zeit im Aussterben begriffen war. Smidt hätte daher schwerlich erwarten können, daß der Senat, wenn er nicht durch besondere Gründe dazu aufgefordert wurde,

---

[1]) Allg. D. Biogr. Bd. XII S. 435.

[2]) Wie Smidt fast sechzig Jahre später durch eine Schrift Wendelins von Maltzahn 1856 genötigt wurde, in einer brieflichen Abwehr die Unterstellung Maltzahns zurückzuweisen, als habe Smidt selbst 1797 seine Antixenien in einer literar. Zeitschrift empfohlen, teilt Meyer im Smidtbuch 1873 S. 61 f. mit.

eine schon seit länger als acht Jahren erledigte, für überflüssig geltende Professur bloß auf seinen Wunsch wieder ins Leben rufen werde.

Die Wiedererweckung war freilich kein kostspieliges Unternehmen, denn die Professur, früher regelmäßig mit einem kirchlichen Amte verbunden, war mit einem Gehalte von hundert Talern dotiert! Dieses klägliche Gehalt wurde auch dem Prediger Smidt bewilligt, obwohl er kein kirchliches Amt besaß. Das Gehalt kann also für Smidt nicht bestimmend gewesen sein, dem Rufe zu folgen. Er wünschte nur ein öffentliches Amt an einem trotz seines Verfalls noch in Ansehen stehenden Institut der Vaterstadt, das ihm Gelegenheit bot, in öffentlichen Vorträgen seinen Ansichten Geltung zu verschaffen.

In sein Amt eingeführt wurde Smidt zugleich mit dem juristischen Professor Heinrich Ahasverus in feierlicher Sitzung erst am 29. März 1798. Er hielt dabei einen lateinischen Vortrag über den Nutzen der Philosophie (de usu philosophiae). Er feiert sie als die Grundlage aller Wissenschaft, weist auf Kant als das unerreichte Vorbild philosophischer Durchdringung des Lebens hin, erwähnt dagegen merkwürdigerweise seines Lehrers und Freundes Fichte mit keinem Worte. Zum Schlusse wendet er sich an die anwesenden Jünglinge mit den Worten: „Niemals werde ich, was ich auf dem weiten Gebiete der herrlichen Wissenschaft errungen habe, euch verhehlen, und kein Ansehen der Vorzeit oder der Lehrer wird mich abhalten, der Wahrheit nachzuforschen und sie euch mitzuteilen. Denn nichts erachte ich für schimpflicher und des Wahrheitsfreundes unwürdiger, als auf die Worte des Meisters zu schwören."

In welchem Maße Smidt alsdann dieses Versprechen seinen wenigen Schülern gegenüber innegehalten hat, wissen wir nicht, weil uns darüber keine Zeugnisse vorliegen. Es waren doch schon zu Beginn seiner professoralen Tätigkeit ganz andere Interessen, als die doktrinäre Philosophie sie darbietet, die Smidts Kopf und Herz fesselten.

Daß andere, wie mehrfach ehedem, so auch jetzt Smidts Wirksamkeit auf Gebieten erwarteten, die abseits der Bahn lagen, auf die seine theologisch-philosophischen Studien ihn hinwiesen, hatte er erst jüngst wieder erfahren. Ende November oder Anfang Dezember 1797 war ihm aus Hamburg eine in französischer Sprache abgefaßte Urkunde zugegangen, die ihn zum Mitgliede der in Hamburg begründeten Philanthropischen Gesellschaft machen sollte. Der Titel der Gesellschaft, von der Smidt bis dahin nur oberflächlich Kunde durch Kerner

erhalten hatte, klang freilich harmlos, aber Smidt war doch betroffen darüber, daß die Urkunde französisch zu ihm sprach, und argwöhnte daher, daß andere als rein philanthropische Zwecke hinter der vorgehängten Maske stecken möchten. Er zögerte daher mit der Antwort, und als ihm dann bekannt wurde, daß innerhalb der Gesellschaft manche auf eine radikale politische Betätigung hindrängten und daß außerhalb der Verdacht bestand, die Gesellschaft treibe revolutionäre Pläne,[1]) hielt er es für geboten, dem an ihn ergangenen Rufe nicht zu folgen, „weil ich es," wie er nach Hamburg schrieb, „für meine Pflicht hielt, das Zutrauen meiner Mitbürger, dessen ich — ich darf es freimütig gestehen — in einem nicht gewöhnlichen Grade genieße, um einer geringfügigen Ursache willen nicht aufs Spiel zu setzen".

Schon am Neujahrstage 1798, drei Monate vor seiner Einführung in das Professorenamt, hatte Smidt seine Ehe mit Minchen Rohde geschlossen, und zwar gleichzeitig mit seinem Freunde Dr. med. C. Heinrich Thulesius und dessen Braut Metta Nolterius. Beide Paare wurden zugleich von demselben Prediger getraut, und gemeinsam wurde das Hochzeitsfest gefeiert. Für Smidt „begründete" nach dem Urteile D. Gildemeisters, der auch Frau Smidt noch gut gekannt hat, diese Ehe, die die Goldene Hochzeit überdauerte, „ein häusliches Glück, ohne dessen erquickenden und beruhigenden Einfluß ihm die oft bewunderte Ausdauer auf seiner mühevollen Laufbahn vielleicht nicht zuteil geworden wäre. Neben dem Bildnisse des schaffenden, immer bewegten Mannes steht für alle, die ihn in seinem Hause kannten, als unentbehrliche Ergänzung das Bild seiner treuen Lebensgefährtin, die in stiller Liebe, in nie getrübter Sanftmut, in weiblicher Hingebung und Demut, in guten und bösen Tagen ihm zur Seite stand, kindlich bis in ihr höchstes Alter, frauenhaft im edelsten Sinne zu jeder Stunde, in ihrer Erscheinung ebenso unvergeßlich wie die ihres Mannes."

In der behaglichen Ruhe des eigenen Heimes hat Smidt in den ersten Monaten seiner Ehe das schon oben genannte Idyll „Der Familientag zur Dunge" niedergeschrieben, das er seiner Schwester an ihrem 23. Geburtstage überbrachte. Daneben aber haben ernste Studien ihn mannigfach beschäftigt. Ein Jahr zuvor, im Februar 1797, hatte Senator Deneken eine Literarische Gesellschaft begründet, zu der er neben älteren Männern auch Smidt hinzugezogen hatte. Die Gesellschaft

---

[1]) Über die Gesellschaft siehe Wohlwill, Neue Geschichte v. Hamburg 1914 S. 177 ff.

wollte nicht nur ihre Aufmerksamkeit der Literatur zuwenden, sondern auch Mängel der öffentlichen Einrichtungen Bremens, die man besonders im Schulwesen fand, oder Gebrechen der sozialen Gewohnheiten besprechen und womöglich ihre Beseitigung anregen. Auch historische Betrachtungen reizten das Interesse in einer Zeit, die täglich neue Erscheinungen der politischen Gestaltung Europas heraufführte. Dabei kam auch wohl zur Sprache der Mangel einer brauchbaren Darstellung der Geschichte Bremens.

Smidt hat an diesem Kreise, der ihm ähnliche Anregungen bot wie ehedem die Gesellschaft der freien Männer in Jena, lebhaften Anteil genommen. Noch mehr aber vielleicht an der Gesellschaft Museum, in der er im Winter 1796/97 vier Vorlesungen über die Geschichte der Jesuiten gehalten hat, die sich in seinem Nachlasse vorfinden, von ihm selbst als seinen ersten Versuch dieser Art bezeichnet.[1]) 1798 hat er wahrscheinlich in der Literarischen Gesellschaft über das Walliser Land gesprochen, das er im Jahre zuvor durchreist hatte und das nun der helvetischen Republik angegliedert war; im gleichen Jahre vielleicht wieder im Museum über Ägypten in Beziehung auf die neueste französische Expedition. Man sieht, wie die Politik jetzt seine Aufmerksamkeit fesselte. Noch wußte man nicht gewiß, aber man vermutete doch allgemein, daß Bonaparte auf dem Wege nach Ägypten sei: „Was will er dort?" fragt Smidt, „seine Divisionen auf Kamelen beritten machen und durch die Wüsten Arabiens ziehen? Wird Tippo Saib ihm Flotten bauen, um ihn im arabischen Meerbusen abzuholen und nach Indien zu bringen? Soll die Landenge von Suez durchstochen werden und die französische Flotte geradeswegs nach der Küste von Coromandel segeln?" Kühne Konjekturen eines jungen Mannes und fast noch kühner, daß er hinter diesen Dingen schon einen zweiten Cäsar die Brücke über den Rubikon schlagen sieht.

Ein anderes, für Smidts künftige Wirksamkeit nicht minder charakteristisches Gebiet betrat er, als er am 23. Februar 1798 in der Literarischen Gesellschaft über die Kultur der Reichsstädte sprach. Es handelte sich für ihn in erster Linie um Bremen, in zweiter um Lübeck und Hamburg. Aber die schon umlaufenden Gerüchte, daß der Rastatter Kongreß der großen Mehrzahl der süddeutschen Reichsstädte den Garaus machen werde, mahnten doch auch die drei Hansestädte zur Vorsicht und zur Betrachtung des Nutzens, den ihre Erhaltung als unabhängige

[1]) Smidt an Herbart 16. Febr. 1797. Herbarts Werke Bd. XIX S. 90.

Staatswesen mit sich bringen könne. Smidt verschließt seine Augen nicht vor den in den meisten Städten herrschenden Mißständen, vor der Vetternwirtschaft in den Regierungen, der Scheu vor jeder Neuerung, der Herrschaft des Zunftwesens, das nur die Privatvorteile der Zunftgenossen und nicht die der Öffentlichkeit suche. Aus jedem Verbesserungsvorschlag höre der Reichsstädter nur heraus: mehr bezahlen. Deswegen sei die Polizei in traurigem Zustande und glichen die Reichsstädte den Wohnungen von Geizhälsen. Smidt wünscht, daß die Städte in regen Verkehr miteinander treten, um wechselseitig Gutes, Nachahmungswertes voneinander zu lernen, um im Wetteifer ihre Kultur zu heben, ihre veralteten Verfassungen zu revidieren. In einem andern Vortrag, den er am 5. April 1799 hielt, verteidigt Smidt die drei Hansestädte gegen den Vorwurf, daß in ihnen eine revolutionäre Gesinnung herrsche. In kleinen Staatswesen, in denen es keine privilegierten Stände und kaum einen armen Pöbel gebe, in denen eine zwar mangelhafte, aber verbesserungsfähige Verfassung herrsche, wo der Lebensnerv der Städte, der Handel, Ruhe und Frieden bedinge, sei jener Vorwurf völlig unbegründet.

Alle diese historisch-politischen Vorträge waren gewissermaßen nur eine Vorbereitung zu einem größeren Vortragsunternehmen, mit dem Smidt sich lange beschäftigt haben muß, ehe er es vom Spätherbst 1798 ab verwirklichte. Smidt hatte offenbar nichts Geringeres vor, als seinen Zuhörern, Männern und Frauen, die je mit 5 Taler Gold (16—17 Mk.) auf die Vorlesungen subskribierten, eine Übersicht über den Gang der Weltgeschichte zu geben. Er sandte den Vorträgen im Jahre 1798 eine kleine Druckschrift unter dem Titel „Etwas über das Interesse an der Menschengeschichte" voraus und hat dann mehr als zwei Winter hindurch sein Thema in 98 Vorlesungen von den nebelhaften Uranfängen der Menschheit bis in die Zeit der römischen Kaiser behandelt und damit bei seinen bildungsbedürftigen Zuhörern viel Beifall gefunden. Als er aber am 13. Dezember 1800 in den Senat gewählt worden war, hielt er es wahrscheinlich für unschicklich, die Vorträge fortzusetzen. Er teilte daher am 16. Dezember seinen Zuhörern mit, daß er Herrn Böhlendorff, Gelehrten aus Kurland, „meinen vieljährigen Freund, der sich seit einigen Monaten hier in Bremen aufgehalten, um die Fortsetzung dieser Vorlesungen ersucht habe". Aber Böhlendorff, Smidts Studienfreund in Jena, den er in der Schweiz wieder getroffen hatte, wenn auch ein geistreicher Mann

und dabei nicht ohne poetische Talente, war wahrscheinlich nicht fähig, die Weltgeschichte unter politischen Gesichtspunkten zu erfassen, wie Smidt getan haben wird. Kurz, er mußte es, wie es scheint, hinnehmen, daß die Männer bald seinen Vorträgen fern blieben und er sich fast nur Frauen gegenüber befand. Er hat die Vorträge noch im folgenden Winter fortgesetzt, aber sie zu Ende zu führen vermochte auch er nicht.[1])

Ein weit bedeutsameres Unternehmen faßte Smidt ebenfalls im Jahre 1798 ins Auge, die Herausgabe einer Zeitschrift, die bestimmt sein sollte, den Wetteifer der Bürger der Hansestädte auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens anzuregen und dadurch eine Erhöhung ihres Kulturzustandes herbeizuführen. Es ist wahrscheinlich, daß der Plan im Sommer des genannten Jahres, den Smidt mit seiner jungen Frau größtenteils auf der Dunge zubrachte, ausgearbeitet ist. Zu Anfang September wußte Köppen in Lübeck durch einen Dritten von der Absicht Smidts. Im November kannte Dr. Ferd. Beneke in Hamburg, Smidts Schulfreund, und durch ihn dann auch Köppen den Plan zum „Hanseatischen Magazin“. Senator Deneken in Bremen teilte ihn um dieselbe Zeit dem Domherrn Lorenz Meyer in Hamburg und dieser wiederum dem dortigen Senator Günther mit. Gegen Mitte Januar 1798 wiederholte Smidt im Bremischen Museum den fast ein Jahr früher in der Literarischen Gesellschaft gehaltenen Vortrag über die Kultur der Reichsstädte und knüpfte daran eine Mitteilung über das geplante Hanseatische Magazin.

Von allen Seiten hörte er nur Zustimmungen zu seiner Absicht und freundliche Aufforderung zu ihrer Verwirklichung. Die lebhafteste Teilnahme für sein Unternehmen fand er bei dem genannten Hamburger Domherrn, mit dem er bald in direkte Korrespondenz und in einen überaus freundschaftlichen Verkehr trat.[2]) Meyer wünschte eine Erweiterung des Plans durch Heranziehung der oberdeutschen Reichsstädte in den Interessenkreis des Magazins. Smidt folgte dieser Anregung und besprach sie brieflich mit zwei Männern in Nürnberg, mit dem Magister Mosche in Frankfurt (später Direktor des Gymnasiums in Lübeck), einem Universitätsfreunde Boismanns und mit seinem eigenen Universitätsfreunde Adam in Ulm. Auch den bekannten Schulmann und Kunstgelehrten Böttiger in Weimar und Cotta, der ihn soeben zu

[1]) Über Böhlendorff s. Karl Freye, Kasimir Ulrich B., der Freund Herbarts und Hölderlins 1913, besonders S. 148 ff.

[2]) S. meinen Aufsatz über den Domherrn Lor. Meyer u. Joh. Smidt in der Zeitschrift f. Hamb. Gesch. Bd. XX., 1915.

einer Korrespondenz mit der „Allgemeinen Zeitung" aufgefordert hatte, interessierte Smidt für seinen Plan.

Natürlich wurde auch der Freund Horn, der seit Ende 1797 als Sekretär des Ministers Dohm in Rastatt weilte, von Smidts Absicht unterrichtet. Er schrieb ihm darauf am 1. Februar 1799: „Es zeugt von einem tiefen Quell der Tätigkeit, daß Du im Schoße des häuslichen Lebens, noch im ersten Genusse seiner besten Freuden doch aufgetrieben wirst, um vor der Tür Deines Hauses zuzusehen, ob die weite Welt Dir sonst etwas zu tun anböte." Von dem Plane an sich aber ist Horn nicht sonderlich erbaut und spricht das als aufrichtiger Freund offen aus: „Das gemeinsame Interesse der Reichsstätte ist nur ein negatives, nämlich das der Furcht vor der Vernichtung. Die Hansestädte haben schon eher ein gemeinschaftliches in dem Handelsinteresse wegen der vom Bunde ehemals geschlossenen Handelsverträge." „Aber," fügt er hinzu, „am liebsten sehe ich dieses Unternehmen nur als Mittel in Rücksicht auf Dich an. Es ist itzt so wichtig, mit vielen und verschiedenartigen Menschen in Connexion zu stehen und sich bei dem größeren Publico zuerst in den Ruf eines soliden Menschen zu setzen, um ein gutes Vorurteil und Eingang für dasjenige zu gewinnen, was man von seinem Laren sprechen möchte." Ich denke, Horn hatte recht. Für einen Mann, der sich, wie Smidt, dem Literatenleben in die Arme geworfen hatte, war es von großer Wichtigkeit, in weiteren Kreisen Deutschlands erst einmal bekannt zu werden. Dazu konnte das Magazin in vorzüglichem Maße dienen, auch wenn Smidt selbst, wie er sich wahrscheinlich von vornherein vorgenommen hatte, wenig in ihm schrieb.

Smidt beeilte die Ausführung seines Entschlusses, so sehr er konnte. Er hatte dafür eine gute Stütze an seinem Freunde Schütz, der jetzt Schulrektor in Bückeburg war und einen dortigen Buchdrucker empfohlen hatte, freilich einen Mann, der sich der Sache wenig gewachsen zeigte, so daß später der Druck nach Hannover verlegt werden mußte. Zwei Bände kleinen Formats, die in vier Heften ausgegeben wurden, sollten im Jahre erscheinen. Das ist 1799 und 1800 innegehalten worden. Im Jahre 1801 aber, als Smidt von Amtsgeschäften reichlich belastet wurde, erschienen nur zwei Hefte, der fünfte Band, und im Jahre 1802 nur ein Heft des sechsten, der erst 1804 mit dem zweiten und letzten Hefte des ganzen Unternehmens seinen Abschluß fand.

Smidts eifrigster Mitarbeiter wurde der Domherr Meyer. Er hat

nicht nur selbst für jeden der ersten fünf Bände mehrere Aufsätze geschrieben, sondern unermüdlich auch andere Hamburger dazu angetrieben. So vermochte er Büsch in seinem letzten Lebensjahre einen „Kurzen Entwurf einer Geschichte der Hanse" für das Magazin zu liefern, der an der Spitze des ersten Bandes und im zweiten Bande erschien. Meyer hat ihm dann 1801, Band 5, einen Nekrolog gewidmet und in einem zweiten Artikel zu einem Ehrendenkmal für Büsch aufgefordert. Auch Beneke, Senator Günther, Reimarus und andere Hamburger wurden durch Meyer für die Mitarbeit gewonnen und selbst Klopstock veranlaßt, für das Magazin eine Ode, „Die unbekannten Seelen", beizusteuern, die an der Spitze des zehnten Heftes abgedruckt wurde. Dabei klagte Meyer oft, wie gering das Interesse an der Zeitschrift in Hamburg sei, am stärksten in einem fünfzehn Quartseiten langen Briefe, den er am 12. bis 15. Dezember 1800 an Smidt schrieb, gerade in den Tagen, da die größte Wandlung in Smidts Leben eintrat, die weit schneller, als dieser und Meyer dachten, dem Magazin ein Ende machen sollte.

Smidt selbst hat im ersten Bande des Magazins außer einem Vorwort, das über den Plan des Werks sich ausspricht, seinen schon erwähnten Vortrag über die den Hansestädten untergeschobene revolutionäre Gesinnung veröffentlicht und im dritten Bande neben einem kurzen Aufsatze über das Gesindewesen und die Einrichtung von Sparkassen in Bremen einen längeren, über die Ursachen der letzten Handelskrise von 1799, eine Ergänzung zu der im gleichen Bande abgedruckten Darstellung dieser Handelskrisis in Hamburg, die der Domherr Meyer geschrieben hatte mit Unterstützung seines Bruders und des Kaufmanns Schuback, der damals in Hamburg bekannt war unter dem Namen des Börsenorakels. Möglich ist übrigens, daß noch einer oder der andere anonyme Artikel des Magazins von Smidt herstammte. „So wären wir denn mit unserm Smidt aus den höchsten Sphären der Philosophie usw. allmählich auf Tabaklager und Girobanken herabgesunken. Aber dieses Sinken bedeutet in Smidts Leben ein tätiges, ernstes, mannhaftes Aufsteigen zu dem Posten, der ihm gebührte.[1])

Es ist natürlich, daß die Beiträge zu der Zeitschrift, die von etwa dreißig verschiedenen Autoren herrührten, sehr ungleichen Wertes waren. Manche befanden sich darunter, die nach Meyers Urteil mehr zur Auf-

[1]) Hugo Meyer im Smidtbuch, Joh. Smidt als Student usw. S. 96.

nahme in ein Lokalblatt als in ein Magazin vornehmen Charakters gepaßt hätten — er spielt damit nicht undeutlich an auf Aufsätze des Senators Deneken über Familiengesellschaften in Bremen und über die Gewohnheit Trinkgelder zu geben — aber Smidt konnte, wenn er auch einzelne ihm zugesandte Artikel unterdrückte, doch andere um ihres Autors wegen nicht wohl abweisen. Eben dies wußte natürlich auch Meyer und maß daher an den schwachen Artikeln auch Smidt keine Schuld bei.

Im ganzen wird man sagen können, daß das Hanseatische Magazin, Smidts Absicht durchaus entsprechend, das Gefühl der Zusammengehörigkeit der drei Hansestädte mindestens in dem Kreise einiger ihrer trefflichsten Männer gefördert hat und dadurch als Ganzes ein Dokument von historischer Bedeutung geworden ist, daß aber die einzelnen Aufsätze des Magazins heute vornehmlich nur noch einen literargeschichtlichen Wert besitzen. Zur Beförderung unserer Geschichtskunde sind auch diejenigen, die Anspruch auf einen historischen Charakter erheben, fast sämtlich heute nicht mehr geeignet, weil sie zu sehr nur von der Oberfläche geschöpft sind.

Am bedeutsamsten ist doch, wie Horn von vornherein erkannt hatte, das Magazin für Smidt persönlich gewesen: in Hamburg und in Lübeck und in viel weiteren Kreisen wurde sein Name bekannt und geschätzt, und in Bremen hatte man ihn als rührigen Redakteur von lebhafter Initiative kennen gelernt und in seinen eigenen Aufsätzen, sowohl wie in manchen fremder Federn, die er aufgenommen hatte, seinen auf die praktische Bedürfnisse der Handelsstadt gerichteten Sinn verspürt. Und eben dies sollte für Smidt wie für Bremen bald von außerordentlicher Bedeutung werden.

In der ersten Hälfte des Jahres 1800 traf Herbart in Bremen ein. Er war aus der Schweiz über Jena nach Oldenburg zurückgekehrt, fand dort aber die Zwistigkeiten zwischen seinen Eltern dermaßen gesteigert, daß er seine Vaterstadt alsbald wieder verließ und sich zu seinem Freunde Smidt flüchtete.[1])

Bei diesem hat er in stiller Arbeit etwa zwei Jahre verbracht, hat Smidts Aufstieg in den Senat und den Eintritt seines anderen Uni-

[1]) Smidt irrt sich, wenn er in seinen nach Herbarts Tode (14. August 1841) im Jahre 1842 niedergeschriebenen Erinnerungen an H. annimmt, daß H. schon im Jahre 1799 nach Bremen gekommen sei. Diese Erinnerungen, aufgezeichnet auf Wunsch des Professors G. Hartenstein, sind abgedruckt von Kehrbach im 1. Bande der sämtlichen Werke Joh. Fr. Herbarts S. XXI ff.

versitätsfreundes Horn in den bremischen Dienst aus nächster Nähe mit erlebt und durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und geistvolle Unterhaltung den Kreis, in den er durch Smidt eingeführt wurde, in außerordentlichem Maße belebt und angeregt. Der Frau Smidt und ihren Schwestern, der Frau Heinrich Noltenius und Friederike und Metta Rohde, wie auch der Frau Castendyk, Smidts Schwester, hielt er philosophisch-pädagogische Vorträge und unterrichtete die beiden noch unverheirateten Friederike und Metta Rohde im Griechischen so weit, daß sie die Odyssee im Urtext zu lesen vermochten. Auch in der Museumsgesellschaft hielt Herbart einmal einen Vortrag „über den Standpunkt der Beurteilung der Pestalozzischen Unterrichtsmethode".

Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Smidt und Herbart, wenn auch unterbrochen in den langen Jahren, die Herbart von 1809 bis 1833 in Königsberg lebte, dauerten doch sowohl in Herbarts erster Göttinger Zeit (1802—1809) wie in der zweiten (1833—1844) durch gelegentliche persönliche Besuche und brieflichen Austausch bis zu Herbarts Tode unverändert fort, wurden auch auf die Frau, mit der sich Herbart 1811 in Königsberg vermählt hatte, übertragen und fanden noch nach Herbarts Tode in den erwähnten Erinnerungen Smidts an seinen Jugendfreund einen schönen Nachklang.

Viertes Kapitel

Das erste Jahrzehnt im Senat

Die Berufung Smidts in den Senat seiner Vaterstadt bildet den wichtigsten Merkstein in seinem Leben. Ein Theologe und Professor der Philosophie von Kanzel und Katheder weg auf den Ratsstuhl erhoben, das war in der Geschichte des bremischen Rats und sicherlich auch mindestens in der großen Mehrzahl anderer deutscher Städte noch nicht vorgekommen. Welch eine Kluft scheidet nicht die geistige Richtung des Theologen von der eines Staatsmanns! Jene ganz einer idealen Welt, diese der realen zugewandt, jene gewöhnt auch praktische Ziele sub specie aeternitatis, unter rein idealen Gesichtspunkten zu betrachten, diese umgekehrt, idealen Forderungen nur stattzugeben, soweit ihre praktische Verwirklichung möglich und ratsam erscheint.

Wie oft hatte nicht Smidt seit sechs Jahren der Meinung seiner Freunde widersprochen, die nicht daran glauben wollten, daß er für eine theologische Laufbahn bestimmt sei. Sie hatten ihn besser erkannt als er sich selbst. Erst in jüngster Zeit war ihm allmählich zum Bewußtsein gekommen, wo er seine Lebensaufgabe zu suchen habe. Im Verkehr mit einer Anzahl von Senatoren und mit anderen in Staatsgeschäften tätigen Männern, wie Horn, Dohm, Reinhard, waren ihm die öffentlichen Angelegenheiten näher getreten; seine Teilnahme an den Verhandlungen des Bürgerkonvents und seine Tätigkeit als Redakteur des Hanseatischen Magazins hatten ihn vertraut gemacht mit Wünschen und Forderungen, die Bremen und die Schwesterstädte zu erheben hatten, wenn sie unter der das Bestehen des Deutschen Reichs bedrohenden Revolution ihre Unabhängigkeit bewahren wollten. Sobald aber in Smidt die Lust sich regte, an solchen Aufgaben mitzuwirken, mußte die Hoffnung, in den Senat gewählt zu werden, sich zugleich bei ihm einstellen. Und man darf wohl annehmen, daß seine senatorischen Freunde ihm gewisse Aussichten dafür eröffnet hatten, denn sonst wäre es kaum zu verstehen, daß Smidt im Sommer 1800 seinem Freunde Iken mündlich im Vertrauen von seiner Hoffnung Mitteilung machte.[1])

[1]) Iken an Smidt 19. Dezember 1800 erinnert an ihr Gespräch.

Auch Frau Mine sprach gewiß nur einen ihr längst bekannten Gedanken ihres Mannes aus, als sie im Januar 1801 einer Freundin schrieb: „Du kannst Dir denken, wie lieb mir das Amt meines Mannes sein mußte, auf das er als ordinierter Prediger eigentlich keinen Anspruch machte, weil es gegen die Observanz ist, da er, dem Predigerwesen immer mehr gram, sich mit ausschließlicher Lust und Kraft den bürgerlichen Angelegenheiten hingab.“[1])

Die Wahl in den Rat, dessen Mitglieder ihr Amt lebenslänglich bekleideten, erfolgte, so oft eine Vakanz eingetreten war, schon seit Jahrhunderten in der Weise, daß aus den achtundzwanzig Ratsmitgliedern durch das Los vier bestimmt wurden, die das neue Senatsmitglied zu wählen hatten. Die Abstimmungen waren nicht beschränkt durch Vorschriften über die Berufsbildung des zu Erwählenden, aber die Gewohnheit hatte doch seit unvordenklichen Zeiten dahin geführt, daß immer nur Juristen oder Kaufleute gewählt wurden. Es mußte daher schon ein günstiger Zufall eintreten, wenn Smidt darauf rechnen sollte, daß in dem kleinen Wahlkollegium eine Mehrheit sich bereit finden würde, die alte Gewohnheit außer acht zu lassen. Aber dieser Zufall ereignete sich im Dezember des Jahres 1800 wirklich. Am 7. Dezember war der Senator Dr. jur. Dreyer gestorben; auf den 13. wurde die Neuwahl anberaumt. Da bestimmte das Los zu Wahlherren drei nahe Freunde oder Gönner Smidts, den Kaufmann Johann Gildemeister und die Doktoren Kaspar von Lingen und Heinrich Gondela, und fügte ihnen als vierten den Doktor Franz Tideman hinzu, der den jungen Professor mindestens wohl zu schätzen wußte. So geschah es, daß zur Überraschung der freien Reichsstadt der Prediger Herr Johann Smidt zum Mitgliede des Senats gewählt wurde.

Smidts mehr als halbhundertjährige Teilnahme an der Regierung des bremischen Staats hat den Wahlherren schon in der nächsten Zukunft und dann immer wieder recht gegeben, daß sie einmal sich entschlossen hatten, bei der Wahl von dem alten Herkommen abzuweichen.

Die Wahlherren und viele andere Mitglieder des Senats und noch

---

[1]) Frau Smidt an Julie Jahn in Kiel, ein Brief, der im Januar begonnen und im März abgebrochen, wie andere von Frau Mine niemals abgeschickt worden ist. Smidt hat ihn mutmaßlich wegen des zitierten Satzes unter seinen Papieren aufbewahrt.

weitere Kreise der Bürgerschaft kannten die Bedeutung Smidts aus ihrem persönlichem Verkehr mit dem geistvollen jungen Manne, aus seiner im vorigen Kapitel geschilderten Tätigkeit und aus der Art, wie er in den Bürgerkonventen die öffentlichen Angelegenheiten behandelt hatte. Wir wissen hierüber freilich nichts Bestimmtes, weil Aufzeichnungen über den Verlauf der Konvente nicht vorliegen; aber wir können nicht zweifeln, daß er an den Konventen mit dem ihm eigenem Eifer teilgenommen und dort, wie überall, wo er mitwirkte, durch neue und praktische Ideen und Gesichtspunkte sich rasch Ansehen und seinen Ansichten Geltung verschafft hat. Die Wahlherren insbesondere durften mit Recht erwarten, daß Smidt im Rate sich in gleicher Weise bewähren werde, wie sie denn aus seiner raschen und doch in die Tiefe dringenden Auffassungsfähigkeit schließen durften, daß er für mannigfache dem Senate obliegende Geschäfte sich brauchbar erweisen werde. Sie kannten die Kraft seines Willens, die Umsicht seiner Handlungsweise und die Lauterkeit seines Charakters; und eins noch, sie konnten gewiß sein, daß theologische Lehrmeinungen, konfessionelle Engherzigkeit oder andere dem Staatsleben fremde Gesichtspunkte Smidt in seinen politischen Anschauungen und in seiner amtlichen Tätigkeit niemals hemmen würden.

Eben dies wußten auch die auswärtigen Freunde Smidts, von denen briefliche Äußerungen vorliegen. Der Domherr Lorenz Meyer schrieb am 23. Dezember aus Hamburg: „Die Nachricht von Ihrer Wahl zu Rat hat mir die Freude gemacht, welche jeder Freund des Vaterlandes empfindet, der einen Mann an seinen Platz und in den seinem Geist und Tun angeeigneten Wirkungskreis hingestellt sieht. Sie gehören dahin, wo Sie jetzt stehen, und werden in allen Wegen Ihrem Bremen ein nützlicher und wichtiger Patriot werden. Daß Ihnen die Wahl Freude macht, freut mich doppelt und ist bei Ihnen ganz anders als bei uns, wo jeder, der zu Rat erwählt wird, sich mehr oder weniger ungebärdig stellt und bis zum Haarausraufen manchmal den Augenblick seiner Wahl verwünscht. Es gibt Ausnahmen von dieser Regel; solange ich aber dieses Wesen mit ansehe, sah ich noch keinen, der diesem Beruf mit der wahren reinen patriotischen Freude entgegenging, die den Mann und den guten Bürger charakterisiert. Ihnen wünsche ich Glück: noch mehr Ihrer Vaterstadt, daß und wie sie Sie wählte."

Der Freund Schütz in Bückeburg rief enthusiastisch aus: „Möge der Genius des kommenden Jahrhunderts Deinen warmen Eifer für

das Besserwerden in Deiner Vaterstadt mit seinem besten Segen krönen!"

Horn ließ sich erst am 19. Januar so vernehmen: „Ich dachte es mir gleich recht lebhaft, wie froh Du itzt in die Zukunft blicken würdest. Du hast das Talent mit vielen Menschen zu leben, in ihre Sinnesart Dich zu versetzen, ohne die Deinige aufzugeben, und so sie auf eine Weise zu behandeln, die ihr eigenes Selbstgefühl schont . . . Jetzt wird Dir Deine bisherige Popularität als Bremischer Bürger sehr zustatten kommen und das erworbene Vertrauen jeden Schritt erleichtern."

Köppen sprach von Lübeck aus mit seinem Glückwunsche seine Verwunderung darüber aus, daß in Bremen eine solche Wahl möglich sei, an die man in Lübeck gar nicht glauben wolle. Das war begreiflich, denn Smidt war noch niemals in der Travestadt gewesen und hatte, soviel sich feststellen läßt, noch kein Mitglied des Lübecker Rats persönlich kennen gelernt. In Hamburg, wo wenigstens einige Senatsmitglieder im Jahre 1796 Smidts Bekanntschaft gemacht hatten, dachte man, wie es scheint, etwas freier, und jedenfalls haben sowohl der genannte Domherr wie Dr. Ferdinand Beneke dazu beigetragen, über Smidt dort richtige Anschauungen zu verbreiten.

Smidt ist in sein neues Amt mit der Lust und dem Selbstvertrauen eingetreten, ohne die ein Mann Tüchtiges zu schaffen nicht vermag. Er stand in der frischesten Jugendblüte, wenig mehr als siebenundzwanzig Jahre alt,[1]) in einem ihm beglückenden Familienkreise, der durch eine im Dezember 1798 geborene Tochter und einen im Juli 1800 dazu gekommenen Sohn erweitert worden war. In dem Kollegium, in das er eintrat, zählte er außer den Männern, die ihn gewählt hatten, noch mehrere andere, die ihm wohlwollten und seiner Stimme bald ein erhebliches Gewicht beimaßen. Unter ihnen tritt Georg Gröning wohl am meisten hervor, der den Senat schon in Hildesheim und in Rastatt und Paris vertreten hatte und bald aufs neue nach Paris geschickt wurde. Er war einer der feinsten Köpfe des Senats und wußte die Bedeutung Smidts um so besser zu würdigen, als er diesen, den Jugendfreund seines ältesten Sohnes Heinrich, schon seit seinen Knaben-

[1]) Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, Smidt sei in ungewöhnlich frühem Lebensalter in den Rat gewählt. Mehrere seiner Kollegen waren im gleichen und selbst in noch etwas jüngerem Alter Senatoren geworden. Das vollendete dreißigste Lebensjahr ist erst durch die Verfassung von 1849 und dann durch die von 1854 für die Wahl in den Senat vorgeschrieben.

jahren hatte beobachten können. Aber auch Georg Olrichs, die beiden Vettern Tideman, der Senator, bald Bürgermeister Libor. Diedr. Post und dessen dreizehn Jahre älterer Bruder, der Syndikus Simon Herm. Post gehörten zu dem näheren Kreise der Bekannten Smidts. Der Syndikus, der schon sechsundsiebenzig Jahre zählte, als Smidt in den Senat eintrat, stellte sich zu diesem wie ein Großvater, da eine seiner Töchter, die zweite Frau des Apothekers Rohde, des Schwiegervaters Smidts, geworden war. Post aber leitete schon seit geraumer Zeit die auswärtigen Angelegenheiten Bremens und war deshalb auch, als Senat und Bürgerschaft gegen Ende des Jahres 1792 eine geheime Deputation eingesetzt hatten,[1]) an deren Spitze getreten, und in dieser Eigenschaft scheint er den jugendlichen Enkel, wenn dieser auch nicht sogleich Mitglied jener Deputation wurde, doch alsbald zu den auswärtigen Geschäften mit herangezogen zu haben.

Denn Smidt war, schon bevor er in den Senat gewählt worden war, mit den wichtigsten, vornehmlich von der geheimen Deputation behandelten Wünschen Bremens bekannt geworden. Es waren die Aufhebung des oldenburgischen Weserzolls, die Erwerbung der Rechte und Besitzungen, die Hannover als Nachfolger des ehemaligen Erzstifts innerhalb der Stadt Bremen und ihres Landgebiets noch in Händen hielt, und die gemeinsame Forderung der Hansestädte, die Garantie ihrer beständigen Neutralität in künftigen Kriegen. Um dieser Wünsche willen war Gröning nach Rastatt gesandt worden; als er von da im April 1798 weiter nach Paris reisen mußte, übertrug er die Wahrnehmung der bremischen Interessen in Rastatt mit dem Einverständnisse des preußischen Gesandten von Dohm, der schon damals bremischer Ehrenbürger war, auf Dohms Sekretär Horn, dessen Bekanntschaft Gröning durch Smidt in Bremen gemacht und in Hildesheim erneuert hatte. Die Korrespondenz, die Horn infolgedessen mit dem Senate zu führen hatte, ging aber meist durch die Hände Smidts, der auf diese Weise die wichtigsten Interessen seiner Vaterstadt kennengelernt hatte.

So kam es denn auch, daß Gröning, als er nur drei Monate nach Smidts Eintritt in den Senat wieder nach Paris geschickt wurde,[2]) um dort die in Rastatt wegen des neuen Kriegsausbruchs nicht beendeten

[1]) Siehe darüber meine Geschichte der Stadt Bremen Bd. III S. 276.

[2]) Über diese Sendung Grönings nach Paris und die ziemlich gleichzeitige Horns nach Berlin und Regensburg siehe meine Geschichte der Stadt Bremen Bd. III S. 299—320.

Geschäfte wieder aufzunehmen, neben seinen offiziellen Berichten nach Bremen keinem andern Mitgliede des Senats so häufig schrieb, wie an Smidt, den seinem Lebensalter nach jüngsten Kollegen.[1]) Gleichzeitig führte dieser zu Anfang des Jahres 1801 eine lebhafte Korrespondenz mit Woltmann, seinem ehemaligen Jenenser Lehrer, der kürzlich zum bremischen Agenten in Berlin bestellt worden war, und mit seinem Freunde Horn, dessen Eintritt in die bremischen Dienste insbesondere auf Empfehlung des gerade in Bremen anwesenden Ministers Dohm schon entschieden, wenn auch formell noch nicht erfolgt war. Auch in diesen Korrespondenzen handelte es sich vornehmlich um die Verwirklichung der eben angeführten bremischen Wünsche.

So sah sich Smidt gleich nach Übernahme seines senatorischen Amtes neben einigen anderen niederen Funktionen, die den jüngsten Mitgliedern des Senats übertragen zu werden pflegten, von vornherein auch auf dem Gebiete beschäftigt, das in seiner langen Amtszeit ihn beständig in erster Linie angezogen hat, in den auswärtigen Angelegenheiten.

Es war für Smidts eifrige und eilige Feder eine willkommene Aufgabe, durch eine regelmäßige Korrespondenz mit Gröning und mit Horn dafür zu sorgen, daß in Paris und in Berlin oder in Regensburg stets im gleichen Sinne operiert werde. Wenn auch Smidts Anteil an dem durch den Reichsdeputations-Hauptschluß Bremen zugefallenen Gewinne hinter Horns und vor allem hinter Grönings Verdiensten weit zurückstand, so war er doch immerhin nicht unbeträchtlich.

Smidts Korrespondenz mit Woltmann hatte außer den erwähnten bremischen Wünschen auch die im Frühjahr 1801 befürchtete Besetzung Bremens mit preußischen Truppen zum Gegenstande. Smidt sagt darüber in einem Briefe an Woltmann: „Daß ein kleiner ohnmächtiger Staat sich einem großen und kriegerischen nicht mit Glück widersetzen kann, wenn dieser seine Stärke geltend machen will, wissen wir recht gut. Aber wir sind es doch dem freien Volke, das wir repräsentieren, schuldig, allenthalben den Respekt zu verlangen, den ein unabhängiger Staat dem andern schuldig ist. Auf Größe oder Kleinheit kommt es bei dieser Rücksicht gar nicht an, und müssen wir am Ende der Gewalt weichen, so ist es unsere Pflicht dafür zu sorgen,

---

[1]) Im Amte hatte Smidt schon vierzehn Tage nach seiner Wahl einen jüngeren Kollegen erhalten, den Altermann Joh. Vollmers, der aber an Lebensjahren ihn um zwanzig übertraf.

daß dies wenigstens mit Würde und Anstand geschehe." Ein ebenso würdiges wie höfliches Benehmen forderte Smidt im Interesse seines kleinen Heimatstaats von dessen auswärtigen Vertretern. Da er in dieser Hinsicht Woltmann nicht ganz getraut zu haben scheint, so fügte er in dem gleichen Briefe jenen Worten hinzu: „Ich denke, wie man sich gibt, so wird man genommen und behandelt."

Smidt hat in späteren Jahren bei vielfachem Verkehr mit den ersten Staatsmännern großer Mächte diesen Grundsatz sich stets zur Richtschnur genommen. Er durfte es, weil er auch als Vertreter seines Staats immer so einfach sich gab, wie er von Jugend an getan hatte, weil er Phrasen und Posen, überhaupt allen falschen oder inhaltlosen Schein aus seinem Leben fernzuhalten beständig beflissen war.

Als er in den Senat eintrat, fand er auch da noch manchen alten Zopf, der schwächeren Naturen als Stütze diente für ein Auftreten und für Ansprüche, die Smidt und manchem seiner Freunde in einer bürgerlichen Republik nicht gefallen konnten. So mußte er zu Anfang im Senate noch im Mantel, mit den sogenannten Klinker-Böfken und mit dem Haarbeutel erscheinen, die indes in den regelmäßigen Versammlungen schon bald mit einfach schwarzer Kleidung vertauscht wurden. Nach wenigen Jahren verschwand, nicht ohne Einfluß Smidts, gänzlich der für feierliche Gelegenheiten vom Senate noch festgehaltene Ornat, der um 1648 an die Stelle der älteren spanischen Tracht getreten war. Schon früher hatte Smidt darauf gedrungen, daß in den öffentlichen Bekanntmachungen nicht mehr vom Hochedlen und Hochweisen Rate, sondern ohne schmückendes Beiwort einfach vom Senate geredet wurde, und daß aus dem Texte solcher Erlasse die gespreizte Kanzleisprache verschwand. Auch später, und namentlich wenn er als Präsident des Senats auf die Geschäftsführung einen allgemeinen Einfluß gewann, hat er manche zweckmäßige Neuerung eingeführt.

Unter den Smidt zu Anfang seiner senatorischen Tätigkeit übertragenen kleineren Ämtern befand sich seit Anfang des Jahres 1803 auch das eines Kamerarius, Kämmerers, dessen, übrigens auf mehrere Senatsmitglieder verteilter Geschäftskreis auch die Angelegenheiten umfaßte, die wir heute unter der Polizeiverwaltung begreifen. Auch in diesen Geschäften hat Smidt, sobald er darin einigermaßen sattelfest geworden war, reformierend eingegriffen, indem er den Betrügereien der Krämer und Höker mit falschem Gewicht und dem verderblichen Lotto- und Hazardspiel steuerte. Bedeutsamer aber als diese Dinge erschien ihm,

als gleichzeitig mit seinem Eintritt in die Kämmerei die große Domgemeinde gemäß dem Reichsdeputations-Hauptschluß aus dem hannoverschen Kirchenregimente in das Bremens übergegangen war, die Beseitigung eines seit geraumer Zeit eingeschlichenen Herkommens, wonach die Erwerbung des sogenannten großen Bürgerrechts, das zugleich das Recht auf Handlungsfreiheit umfaßte, konfessionell verschieden bewertet wurde. Während die Reformierten für jenes Bürgerrecht 100 Taler zu zahlen hatten, betrug der Preis für Lutheraner 133⅓ Taler. Die Aufhebung dieses Unterschieds war schon vor fünfzehn Jahren von Georg Gröning angeregt worden, hatte aber damals die Zustimmung des Senats nicht gefunden. Seither aber war das Bewußtsein des kofessionellen Gegensatzes der beiden großen evangelischen Kirchenparteien in weiten Kreisen der bremischen Bevölkerung mehr und mehr geschwunden, und soeben, im Dezember 1802, hatte der Senat seinen nach Regensburg abgeordneten Spezialgesandten Dr. Horn einen Lutheraner zum Senator erwählt und damit bekundet, daß er sich lossagen wolle von der länger als ein Jahrhundert geübten Observanz, nur Reformierten den Ratstuhl zu öffnen. Unter diesen Umständen gelang es Smidt beim ersten Anlauf zu erreichen, daß der Preis des Bürgerrechts mit Handlungsfreiheit für Reformierte und für Lutheraner auf die gleiche Summe von 133⅓ Talern festgestellt wurde. Als Gröning in Paris Kunde davon erhielt, sprach er Smidt brieflich seine Freude darüber aus, „daß es Ihnen geglückt ist, mein altes Projekt zur Ausführung zu bringen. Schon zu meiner Zeit,“ fügte er hinzu, „erkannte ein jeder die Billigkeit des Vorschlages, es fehlte aber an Mut zur Annahme desselben. Der wärmste Dank gebührt Ihnen dafür, daß Sie die veränderten Umstände so geschickt benutzt haben, und die wachsame Polizei, die Sie üben, wird Ihnen zugleich alle unsere Mitbürger verpflichten.“

Sobald die rein lutherische Domgemeinde, die ohne eine lokal begrenzte Parochie zu besitzen, so ziemlich die Hälfte der Bewohner der Stadt Bremen umfaßte, unter die bremische Kirchengewalt trat, mußte sich bei Smidt, wie bei manchen anderen Männern in Bremen der Wunsch nach einer kirchlichen Union einstellen. Eben darauf zielte auch der preußische Minister von Dohm, als er am 12. Dezember 1802, ehe noch die Übergabe des Doms und der anderen Besitzungen und Rechte an Bremen geschehen war, Smidt zu dem Erfolge beglückwünschte mit den Worten: „Möge alles Gute, was bisher der Patriotismus wün-

schen konnte, nun bald in der Wirklichkeit dastehen, und möge besonders itzt nur ein Geist die Bremer beseelen und unter ihnen zuerst in Deutschland müssen die trennenden so viel Erbitterung und Unheil bewirkenden religiösen Unterscheidungslehren sich in einen der Liebe und Gleichheit verlieren!" (So!)

Indes ergab sich bald, daß es einstweilen unmöglich war, dem Plan einer kirchlichen Union näher zu treten. Denn die veränderte Stellung des Doms führte, anstatt die Gemüter auf eine Vereinigung vorzubereiten, rasch zum Ausbruche eines Zwistes zwischen dem Senate und der Kirchengemeinde, die sich von jenem in ihren politischen und finanziellen Rechten für gekränkt hielt. Dieser Zwist, wenn auch ursprünglich mit dogmatischen Fragen keineswegs belastet, rief doch bei seiner langjährigen Dauer in den beiden kirchlichen Parteien eine steigende Erbitterung hervor, die auch dann noch nachwirkte, als im Dezember 1810 angesichts der unmittelbar bevorstehenden Einverleibung Bremens in das französische Kaiserreich ein Ausgleich über die anfänglichen Streitpunkte getroffen worden war.[1])

Wenn Smidt auch in dieser kirchlichen Angelegenheit schon deshalb nicht viel hervortrat, weil der Senat sie im wesentlichen nur unter juristischen Gesichtspunkten behandelte, so hat er doch gleichzeitig und später mehrfach sich um Kirchensachen bekümmert. Da er zu Anfang seiner Ehe in der zum Stephanikirchspiel gehörigen Jakobistraße eine bescheidene Wohnung bezogen hatte, so wählte ihn diese Kirche im Jahre 1801 zum Bauherrn (Kirchenvorstand). In dem ersten Kirchenkonvent, den er in dieser Eigenschaft leitete, hielt er eine kurze Eröffnungsrede, von der uns einige Sätze erhalten sind. Indem er der Gemeinde für das ihm bewiesene Zutrauen dankte, fügte er hinzu: „Ich kann nicht leugnen, daß es mir Freude macht, mich in diesem Verhältnis mit einer Gemeinde zu sehen, in deren Mitte ich geboren und erzogen bin, die das Andenken an meinen verstorbenen Vater mit mir teilt, und von deren Liebe und Zuneigung mir bisher so manche stets unvergeßlich bleibende Beweise geworden sind." Smidt war sich, wie es danach scheint, sehr wohl bewußt, daß die Erinnerung an seinen erst vor fünf Jahren verstorbenen und erst vor sechs Jahren aus seinem Predigeramte geschiedenen Vater die Gemeinde vornehmlich bestimmt habe, den Sohn zu ihrem Bauherrn zu wählen, obwohl seine dogmatische

[1]) Über den sog. Nicolaischen Kirchenstreit siehe Kühtmann im Brem. Jahrb. 11. Band S. 58 ff.

Richtung von der der großen Mehrheit der Gemeinde erheblich abwich.

Smidt hat indes nur etwa drei Jahre lang das Bauherrnamt an der Stephanikirche bekleidet. Denn, als im Jahre 1804 sein Schwiegervater, der Apotheker Rohde gestorben war, und dessen Angehörige beschlossen hatten, die Apotheke zum Besten des einzigen, erst zehnjährigen Sohnes des Verstorbenen unter der Leitung eines Provisors in Händen zu behalten,[1]) da zog Smidt mit seiner Familie in das schwiegerväterliche Haus in der Sögestraße, wo auch seine Stiefschwiegermutter und die beiden jüngeren noch unverheirateten Schwestern seiner Frau noch wohnten. Da Smidt damit in das Liebfrauenkirchspiel übersiedelte, so erlosch dadurch sein Bauherrnamt an der Stephanikirche.

Das Jahr 1804 wurde noch aus anderen Gründen für Smidt bedeutsam. Zunächst dadurch, daß ihm wieder ein Sohn geboren wurde, nachdem der erstgeborene Sohn und auch eine zweite Tochter, beide in ihrem ersten Lebensjahre, 1801 und 1803, gestorben waren. Dann auch dadurch, daß Smidt eine erfreuliche Erweiterung seines Freundeskreises erfuhr, als die Anschariigemeinde in Folge des Domstreites sich entschloß, neben zwei reformierten Geistlichen auch einen lutherischen anzustellen und dazu, gewiß nicht ohne Einwirkung Smidts, dessen Studienfreund und einstigen Reisegenossen Friedrich Köppen aus Lübeck erwählte. Indessen ist dieser doch nur etwa dritthalb Jahre in Bremen geblieben, da er, gerade wie Smidt vor seinem Eintritt in den Senat, der Philosophie weit mehr zugetan als der Theologie im Jahre 1807 gerne einem durch Friedrich Heinr. Jacobi vermittelten Rufe als Professor der Philosophie auf die Universität Landshut folgte, von wo er 1826 nach Erlangen versetzt wurde.

In Smidts amtlicher Stellung trat im Jahre 1804 eine ihm sehr zusagende Erweiterung ein, als er zum zweiten Scholarchen ernannt für eine geraume Zeit einen bedeutenden Einfluß auf das höhere Schulwesen Bremens gewann. Es gab da viel zu tun, wiewohl erst zwei Jahre vorher das Pädagogium eine einigermaßen erfolgreiche Reform erhalten hatte, deren Urheber Professor Heinrich Rump, ein Freund

[1]) Es mag gleich hier bemerkt werden, daß der Wunsch, die Apotheke auf den Sohn übergehen zu lassen, nicht ausgeführt werden konnte, weil der Sohn im Jahre 1817 nur 23 Jahre alt als Student verstarb. Im folgenden Jahre verkauften die Rohdeschen Erben dann die Apotheke an G. C. Kindt aus Lübeck. S. über ihn Bremische Biographie des 19. Jahrhunderts S. 248 f.

und Vetter Smidts, vielleicht von diesem bei seiner Arbeit unterstützt worden war. Aber Smidt erkannte doch bald, daß die reorganisierte und mit einem verständigen Lehrplan versehene Schule vor allem tüchtiger Lehrer bedürfe, um ihr dauernd die Anhänglichkeit der Schüler und das Wohlwollen der Eltern zu erhalten und für die Stadt wahren Nutzen zu stiften. Diesen Weg hat er alsbald beschritten und auch künftig sich bemüht, gute Lehrkräfte von auswärts heranzuziehen.

Gleich im ersten Jahr seines Scholarchats stellte Smidt am Pädagogium den jungen Jakob Blendermann an, der soeben von Burgdorf zurückgekehrt war, wo er auf Wunsch seiner bremischen Freunde ein Jahr lang von Pestalozzi in seine Erziehungsmethode eingeweiht worden war.[1]) Im folgenden Jahre berief Smidt auf Empfehlung seines Freundes Horn vom Grauen Kloster in Berlin, Karl Giesebrecht, der als Schüler Fr. Aug. Wolfs ein feingebildeter Philologe, dabei ein geistig angeregter junger Mann und poetisch begabt war.[2])

Wenn Smidt mit ganzer Seele — diesen Eindruck hat man bei fast allen Dingen, mit denen er sich beschäftigte — in diese Schulangelegenheiten sich vertieft zu haben schien, so forderten doch auch die auswärtigen Verhältnisse wieder seine Aufmerksamkeit.

Während man sich im Jahre 1803 mit erstaunlicher Eile daran gemacht hatte, die bremischen Festungswerke abzutragen und einen großen Teil der im Zeughause lagernden Waffen unter den Hammer zu bringen, weil die neutrale Stadt dieser Verteidigungsmittel nicht mehr zu bedürfen schien, sah sich Bremen seit 1805 bald von preußischen, bald von englischen Truppen besetzt und die Weser in Erwiderung auf die französische Okkupation Hannovers von englischen Schiffen blockiert, die Neutralität in gröblicher Weise verletzt.

Es konnte nicht fehlen, daß diese Maßnahmen in weiten Kreisen Besorgnisse hervorriefen über das Schicksal, das die großen Mächte über die Hansestädte verhängen möchten. Smidt aber blieb einstweilen völlig beruhigt, daß die Freiheit Bremens nicht bedroht sei. Seiner Schwester, der seit 1801 verwitweten Senatorin Castendyk, die sich

[1]) Blendermanns Name ist als eines der tüchtigsten nicht akademisch gebildeten Lehrer Bremens auch jetzt, mehr als ein halbes Jahrhundert nach seinem Tode, in den Lehrerkreisen noch bekannt. (S. Brem. Biogr. S. 37).

[2]) Giesebrecht ist freilich nach etwa sieben Jahren, weil er unter der französischen Herrschaft in Bremen sich gedrückt fühlte, nach Berlin zurückgekehrt und dort nach zwanzig Jahren, kaum fünfzig Jahre alt, gestorben, hat aber sowohl um seiner selbst willen, wie als Vater des ausgezeichneten Historikers Wilhelm von Giesebrecht ein gutes Andenken hinterlassen.

mit ihren Kindern und Smidts Schwägerin Metta Rohde in Dresden befand, berichtete er auf ihren Wunsch im Dezember 1805 ausführlich über die jüngsten Vorgänge in Bremen. Smidt nahm dabei an, daß seine Schwester aus den Zeitungen im allgemeinen mit den Vorgängen bekannt sei, und daß sie insbesondere den Hamburger Korrespondenten gelesen habe, in dem seit dem Einmarsche der Preußen drei Artikel aus Bremen gestanden hätten, die er, Smidt, sämtlich aufgesetzt habe. Nach Anführung einiger Einzelheiten über die von preußischen und englischen Kommandeuren getane Schritte fährt er fort: „Gegen unsere Freiheit hat man bei aller dieser Besatzung gewiß nichts im Schilde, es sind bloß militärische Dispositionen. In Ansehung der preußischen Besatzung hat der Herzog von Braunschweig, welcher sie verfügte, uns dies wenigstens dreimal schriftlich und gegen Horn auch mündlich ganz unumwunden versichert. Das Preußische Ministerium in Berlin hat nicht einmal etwas davon gewußt. Du scheinst besorgt zu sein, daß bei dem Frieden, unsere Unabhängigkeit verloren gehen könnte. Allein zu einer solchen Besorgnis haben wir bis jetzt auch nicht den allermindesten Grund. Frankreich, Rußland und England wollen ganz bestimmt die Erhaltung der Hansestädte, und Preußen läßt sich doch von dem Gegenteil nichts vermerken und kann auch nichts ohne jene. Auch kannst Du glauben, daß wir nicht untätig sind. Wir haben in allen Kabinetten, die am Ende den Ausschlag geben dürften, einflußreiche Freunde, wir wissen alles, was vorgeht und lassen uns nie einschläfern."

Frau Castendyk wird sich bei diesen Auslassungen ihres Bruders vermutlich beruhigt haben, während wir, denen auch der Blick auf das folgende Jahr offen steht, das allzu große Vertrauen, das Smidt den bekundeten oder auch nur vorausgesetzten Absichten der großen Mächte entgegenbrachte, nicht wohl begreifen können. Noch überwog in ihm der Idealismus, der sein ganzes Jugendalter beherrscht hatte, die staatsmännischen Einsichten, die er bisher noch kaum im Verkehr mit auswärtigen politischen Persönlichkeiten hatte entwickeln und berichtigen können.

In der behaglichen Stimmung, die ihm auch für die Zukunft keine ernsten Besorgnisse zu erwecken vermochte, hatte Smidt schon im Juli 1804 sich zu einem kurzen Ausfluge nach Pyrmont entschlossen, das noch immer, wie schon zu Friedrichs des Großen Zeiten, der ansehnlichste und am meisten besuchte Badeort Norddeutschlands war.

Da Frau Smidt durch ihren jungen Sohn ans Haus gefesselt wurde, so begleiteten ihn seine beiden Schwägerinnen Frieda und Metta Rohde und sein Freund Horn. Die Gesellschaft nahm dort an einem Thé dansant teil, das Blücher gab, und erfreute sich an einem kurzen Besuche, den Herbart, von seinem gleichfalls in Pyrmont anwesenden Vater dahin gerufen, von Göttingen aus den bremischen Freunden und Schülerinnen machte.

Und nochmals besuchte Smidt, diesmal von seiner Frau begleitet, im August 1805 Pyrmont, auf dem Wege dahin einen Tag bei dem Freunde Schütz und dessen Gattin in Bückeburg verweilend. Nach vierzehntägigem Aufenthalte in Pyrmont ging die Fahrt weiter nach Detmold, wo schlechtes Wetter die Reisenden mehrere Tage aufhielt. Dann traten sie über Minden und nach nochmaligem Besuche Bückeburgs über Hannover den Rückweg an.

Smidt verband mit dieser Reise einen ganz besonderen Zweck. Er hatte auf einem Teil des zur Zeit noch seiner Mutter gehörigen Gutes, der Dunge, guten Lehm entdeckt und daraus Ziegelsteine backen lassen, die beim Bau eines Hauses in Hemelingen sich als brauchbar erwiesen hatten. Er hatte deshalb schon im Juli 1805 mit einem Aufseher hiesiger Ziegeleien aus dem Lippischen an Ort und Stelle den Plan der Anlage einer Ziegelei auf der zur Dunge gehörigen Schafhorst besprochen.[1]) Deshalb galt sein Besuch Detmolds im August des Jahres vor allem dem Wunsche, den Rat des Lippischen Ziegelmeisters über jenes Projekt einzuholen. Der Ziegelmeister äußerte sich sehr günstig über die aus Dungener Erde für Hemelingen angefertigten Ziegel und versprach, im Herbste einen Mann zu schicken, der wegen Errichtung der nötigen Gebäude guten Rat geben und im Frühling mit mehreren Leuten kommen und das Werk anfangen könne.

So geschah es in der Tat. Im März 1806 kam der Ziegelmeister selbst, ihm folgten im April sieben Ziegelleute und nun begann der Bau des Ofens, in dem 30 000 Steine zugleich gebacken werden sollten, und der Bau der Trockenhäuser; Smidt hoffte, daß schon im August das Backen beginnen könne und daß künftig in jedem Jahre 200 bis 250 000 Steine fertiggestellt werden würden. „Allen Aussichten nach wird die Sache sehr einträglich werden, und Ihr sollt mir noch alle für den Einfall danken.“[2]) Und, wie denn seine Gedan-

[1]) Brief vom 28. Juli an seine Schwester nach Dresden.
[2]) Briefe an die Schwester nach Dresden vom 16. März, 19. u. 27. April 1806.

ken von der Gegenwart leicht und gern in die Zukunft hinüber schweiften, so schrieb er im Mai an die Schwester: „Du kaufst Dir einen schönen Platz auf dem Wall und bauest Dich dort an, und wir errichten ein geschmackvolles Gartenhaus auf unserm Lande an der Contrescarpe. Wie dann weiter unsere Kinder groß werden (Smidt hatte damals drei Kinder am Leben und seine Schwester vier) und sich verheiraten, wir bauen ihnen Hütten und Häuser ohne viele Kosten. Kurzum wir sind geborgene Leute durch diese Ziegelei."[1])

Dieses Privatgeschäfts durfte hier Erwähnung geschehen, weil Smidt zwanzig Jahre später bei seinem größten öffentlichen Unternehmen, der Anlage Bremerhavens, eine gleichartige praktische Energie bewährt hat, wie in diesem Falle.

Während er in der zweiten Hälfte des Jahres 1805 und zu Anfang 1806 mit der Ziegelei beschäftigt war, nahm ihn doch aufs neue auch eine kirchliche Angelegenheit in Anspruch. Eine an der Liebfrauenkirche eingetretene Vakanz brachte ihn auf den Gedanken, Schleiermacher nach Bremen zu ziehen. Er schrieb über diesen Wunsch am 24. Dezember 1805 an seine Schwester und fügte hinzu, Schleiermacher habe schon halbwegs zugesagt. In der Tat wurde dann dieser auf Smidts Betreiben am 2. Januar 1806 mit beträchtlicher Mehrheit gewählt. Indes ergab sich bald, daß Schleiermacher, der im Jahre 1804 nach Halle als Universitätsprediger und außerordentlicher Professor berufen worden war, die Wahl in Bremen nur benutzte, um ordentlicher Professor zu werden und die wirkliche Einrichtung des akademischen Gottesdienstes durchzusetzen.[2]) Es war eine fatale Enttäuschung für Smidt.

Eine ähnliche Enttäuschung sollte er im Herbste 1806 erleben, als er in Lübeck die Bekanntschaft des Pastors Geibel, des künftigen Vaters des Dichters, machte und alsbald sich bemühte, ihn für Bremen zu gewinnen. „Einen herrlicheren Mann," schrieb er am 25. September an seine Frau, „könnte man durchaus nicht bekommen. Geist, Herz, Kenntnisse, Beredsamkeit, Stimme, alles ist ganz vorzüglich. Er ist

[1]) Smidt an seine Schwester 15. Mai 1806. Das Land an der Contrescarpe, das bis zur Kohlhökerstraße durchstreckte, hatten Smidt und seine Frau 1805 vom St.-Remberti-Stift zu Meierrecht, haben es später aber durch Ablösung zu vollem Eigentum erworben. Den Bau des Gartenhauses hat Smidt bald darauf ausgeführt. Im Jahre 1843 erbaute er an der Kohlhökerstraße für seine drei ältesten Söhne Häuser, die der bremische Volkswitz des alten Bürgermeisters Kleinkinderbewahranstalt nannte.

[2]) Siehe Wilhelm Dilthey in der Allgem. D. Biogr. Bd. XXXI S. 434.

einer der vorzüglichsten Menschen, die ich in meinem Leben habe kennen gelernt; ich stelle ihn ohne Bedenken über Häfeli" (der 1805 von Bremen als Hofprediger nach Bernburg gegangen war). Auch Frau Mine empfing, als sie einen Monat später ihrem Manne nach Lübeck gefolgt war, gleiche Eindrücke von Geibel, der an harmonischer Bildung des ganzen Menschen Häfeli weit übertreffe. Indessen konnte die Sache nicht weiter verfolgt werden, da Geibel, ehe noch die Frage ernstlich an ihn herangetreten war, es bestimmt ablehnte, Lübeck zu verlassen.

Schon seit dem Ende des Jahres 1805 waren Smidts Gedanken vornehmlich wieder der politischen Lage Bremens zugewandt, die doch minder beruhigend und erfreulich war, als er vor wenigen Monaten angenommen hatte. Die neutrale Stadt mußte sich aufs neue die Besatzung bald durch preußische, bald durch englische Truppen gefallen lassen, und was preußische Offiziere über die angebliche Absicht ihres Königs äußerten, klang keineswegs ermutigend für bremische Ohren. Dann kam die Nachricht über die Niederlage Österreichs und Rußlands bei Austerlitz, und bald schwirrten Gerüchte herum über die völlige Auflösung des Deutschen Reichs. Smidt vor allem bestand darauf, daß Gröning abermals nach Paris gehen müsse, um dort für Bremens fortdauernde „Unabhängigkeit" zu wirken und setzte seine Ansicht auch gegen Grönings eigene Meinung im Senate durch.[1]) Was Gröning dann aus Paris berichtete und die vom hanseatischen Agenten in Petersburg eingehenden Nachrichten beruhigten Smidt doch bald wieder, so daß er seiner Schwester und seiner Schwägerin zu Anfang Juli nach Karlsbad schrieb: „Überhaupt steht es in politischer Hinsicht noch immer sehr gut um die Hansestädte, welches ihr gegen jeden, der Euch in Karlsbad ein anderes weismachen will, keck behaupten könnt."

Und doch zweifelte man in Bremen schon längst nicht mehr daran, daß das Deutsche Reich binnen kurzer Frist zu Grabe werde getragen werden, und der Senat schickte in denselben Tagen, in denen Smidt so beruhigend an seine Schwester schrieb, an Hamburg und Lübeck einen Bericht über die Frage, was man für den Fall der Aufhebung der Reichsgerichte tun könne. Smidt selbst hatte diesen Bericht unter die politische Lupe genommen und sich dafür ausgesprochen, die Städte sollten sogleich in Paris die Erlaubnis erwirken, über eine neue

[1]) Brief Smidts an seine Schwester vom 25. Januar 1806.

höchste Gerichtsinstanz selbst zu beschließen. Er wünschte, daß schon vor der wirklichen Auflösung des Reichs die Städte über die Einrichtung dieser höchsten Instanz sich vereinigen möchten, damit man sie in keinem Falle an einen benachbarten fürstlichen Gerichtshof verweisen könne. Und am 17. Juli schrieb er im Auftrage des Senats an die beiden Schwesterstädte: „Der Senat halte es dem Interesse der Hansestädte gemäß, bei den jetzigen Zeitumständen und in Rücksicht auf mehrere kürzlich in Umlauf gebrachte Ideen, ihre Kategorie als Hansestädte und ihre hanseatische Verbindung als eine schon bestehende Konföderation ganz eigener, sowohl in kosmopolitischer als reichspatriotischer Hinsicht vorteilhafter Art bei jeder sich darbietenden Gelegenheit geltend zu machen und sich dadurch von den südlichen Reichsstädten zu unterscheiden.“

Das alles klang nicht danach, als ob man Grund hätte über die Haltung der Unabhängigkeit der Hansestädte ohne Sorge zu sein. Wie eifrig Smidt auch bemüht war, gut unterrichtet zu sein, über alle Vorgänge, die die Hansestädte oder Bremen besonders direkt oder indirekt berührten, es war doch unmöglich für ihn, alle Fäden zu kennen, die unmittelbar vor der Auflösung des Heiligen Römischen Reichs und am Vorabend vor dem Ausbruche des Krieges zwischen Preußen und Frankreich von den großen europäischen Kabinetten gesponnen, abgerissen und wieder angeknüpft wurden. Wie hätte auch ein hansestädtischer Staatsmann von seinem eng begrenzten Horizonte aus, die täglich wechselnde Lage der Dinge übersehen, wie die Absichten der großen Mächte mit einiger Sicherheit beurteilen können!

Für Smidt, wie für manche andere, bildete die durch den Reichsdeputations-Hauptschluß von 1803 den Städten gewährte Ausnahmestellung, ihre, wie man hoffte, dauernde Neutralität in allen künftigen Kriegen, die Grundlage der politischen Lage der Hansestädte. Wenn sie ihre Neutralität sichern wollten, so durften sie weder dem schon gebildeten Rheinischen Bunde noch dem, wie es schien, in der Bildung begriffenen Nordischen Reichsbunde beitreten, weil beide Bündnisse als offensive und defensive gedacht waren und daher ein Feind eines der Bündnisse gewiß vor den Städten nicht haltmachen würde. Nach der Auflösung des Reichs aber völlig isoliert den begehrlichen großen Mächten gegenüber zu stehen, war zum mindesten sehr gefährlich wie das Geschick der beiden letzten süddeutschen Reichsstädte Frankfurt und Nürnberg gelehrt hatte, die soeben zugunsten zweier

Fürsten des Rheinbundes ihre Freiheit verloren hatten. Das veranlaßte Smidt eine Erneuerung des alten Hansebundes vorzuschlagen, wie in dem oben erwähnten Schreiben vom 17. Juli geschehen war.

Der Gedanke an die Wiederbelebung des Hansebundes hatte Smidt schon vor acht Jahren bei der Eröffnung seines Hanseatischen Magazins vorgeschwebt. War er damals nur auf kulturelle Verbesserungen gerichtet gewesen, so konnte man ihm doch auch einen politischen Wert beimessen, ja mußte es tun, wenn man, in idealistisch-optimistischen Ansichten befangen, hoffte, daß alle Welt auch jetzt noch, wie 1803, in der durch die Neutralität der Städte gesicherten beständigen Handelsblüte einen allen zugute kommenden Vorteil erblicken werde.

So sah Smidt die Dinge an, als er berufen wurde, zum erstenmal als Vertreter seines Staates teilzunehmen an einer auswärtigen Konferenz, zu der Lübeck die Schwesterstädte am 18. August eingeladen hatte,[1]) sobald dort aus Regensburg die Kunde eingetroffen war, daß Kaiser Franz II. die römische Kaiserkrone niedergelegt habe.

Smidt traf nach kurzem Aufenthalte in Hamburg am 4. September zugleich mit dem hamburgischen Syndikus Doormann in Lübeck ein. Er sah Lübeck zum erstenmal und machte erst jetzt die Bekanntschaft der Mitglieder des dortigen Senats und insbesondere die des Syndikus Curtius, dem die Leitung der Konferenz übertragen worden war. Indes hatte Curtius durch einige Beiträge zum Hanseatischen Magazin schon Beziehungen zu Smidt angeknüpft, die sich nun rasch freundschaftlich gestalteten und diesen Charakter bei mannigfaltigen Berührungen durch fünfzig Jahre bewahrt haben.[2])

Die Verhandlungen wurden am 5. September eröffnet. Als Ausgangspunkt dienten ihnen die schon zu Ende des vorigen Jahrhunderts von den Städten ausgesprochenen und den fremden Mächten mitgeteilten Desiderien, die sich auf ihre Unabhängigkeit, ihre Neutralität und die völlige Freiheit ihres Handels bezogen. Diese kostbaren Güter auch unter der gefahrdrohenden Krisis jener Tage ihren Städten zu bewahren, war der einstimmige Wunsch der drei Vertreter. Dazu aber kamen die durch die Aufhebung des Reichsverbandes notwendig gewordenen Veränderungen, die möglichst gleichmäßig in den drei Städten vorgenommen werden sollten, und endlich die von Preußen schon an-

---

[1]) Bremen und Hamburg hatten übrigens die anderen Städte schon kurz vorher ebenfalls eingeladen, traten dann aber zugunsten Lübecks zurück.

[2]) Curtius starb im selben Jahre wie Smidt, 1857, im 87. Lebensjahr.

gekündigte Forderung, daß die Städte dem Nordischen Bunde beitreten sollten.

Über die durch die Auflösung des Reichs erforderlichen Maßnahmen einigte man sich bald; hier machte Schwierigkeit nur der von Bremen schon vor zwei Monaten angeregte Ersatz der Reichsgerichte, doch kam man auch über das deswegen den Senaten Vorzuschlagende schließlich zu einer Einigung.[1]) Die preußische Forderung des Beitritts zum Nordischen Bund stieß dagegen auf einmütigen Widerstand der drei Vertreter nicht nur wegen des in den drei Städten gleichmäßig herrschenden Mißtrauens gegen die Absichten Preußens, sondern auch, weil Napoleon auf verschiedenen Wegen den Städten hatte abraten lassen, sich Preußen unterzuordnen.

Smidt machte freilich in Unterhaltungen mit mehreren Mitgliedern des Lübeckischen Senats die Beobachtung, daß diese, aus Besorgnis über die nach der Auflösung des Reichs eingetretene völlige Isolierung der Hansestädte, einen Anschluß an den Nordischen Bund nicht ganz von der Hand weisen zu sollen glaubten. Das veranlaßte ihn, seine gegenteilige Ansicht bald nach Beginn der Verhandlungen in „Aphorismen" niederzulegen, die für seine damaligen Anschauungen überaus charakteristisch sind. Ihr Hauptinhalt besagt, daß die Städte die Anerkennung ihrer Neutralität nicht etwa ihrer Verbindung mit dem Deutschen Reiche zu verdanken gehabt hätten, da diese Verbindung vielmehr die Neutralität beeinträchtigt habe. Wie England und Frankreich den Städten bei Reichskriegen nicht um des Reiches willen die Neutralität zugestanden haben, ebensowenig werde, wenn die Städte dem Nordischen Bunde beitreten und bei dessen Kriegen dennoch ihre Neutralität bewahrten, dies um Preußens und um jenes Bundes willen der Fall sein. Nein, wenn kleine schwache Staaten wie die Hansestädte ihre Unabhängigkeit behaupten und mit allen Nationen einen freien, friedlichen Handelsverkehr fortführen wollten, so müssen sie dahin streben, mit allen Mächten in freundlicher Verbindung zu stehen und ihre Nützlichkeit für alle bei jeder Gelegenheit geltend zu machen. Sie dürfen ihre kosmopolitische Sphäre nicht mit einer politischen vertauschen, wenn sie ihre Existenz nicht selbst gefährden wollen. Gelingt es aber den Städten, die Garantie aller bedeutenden Mächte für sich zu ge-

[1]) Vgl. darüber meinen Aufsatz über die Gründung des Lübeck. Oberappelt. Gerichts in den Hansisch. Geschichtsbl. Jahrgang 1890/91, S. 25 ff., namentlich S. 32.

winnen, so werden sie freilich dadurch nicht vor allen weiteren Stürmen gesichert sein, die Erhaltung ihrer Existenz wird vielmehr eines ununterbrochenen Tätigseins gegen äußern Druck und gegen fremde Anmaßungen bedürfen. Aber wenn sie die Hoffnung nicht aufgeben wollen, das zu werden, was sein zu wollen sie vor ganz Europa erklärt haben, allgemein anerkannte und geachtete Asyle der Ruhe und des Friedens mitten unter den Stürmen der Welt, so werden sie nur auf diesem Wege ihrem Ideale näherzurücken imstande sein. Sie werden vor aller Welt gerechtfertigt dastehen, wenn sie nicht nur in kosmopolitischer Hinsicht nach dem Höchsten streben, sondern auch in patriotischer Rücksicht aus den Trümmern des Römischen Reiches deutscher Nation denjenigen Charakter zu retten bemüht sind, den es, obschon er der edelste war, bis dahin vergeblich zu behaupten suchte, seine Heiligkeit.

Mit diesen idealistischen Anschauungen, denen Curtius und Doormann sich durchaus anschlossen, fand doch Smidt auch in den Senaten Lübecks und Hamburgs viel Beifall, der sich noch verstärkte, als zu Anfang Oktober der Pariser Moniteur vom 27. September in Lübeck bekannt wurde,[1]) in dem das merkwürdige Schreiben sich fand, das am 21. September von Napoleon an den König von Bayern gerichtet worden war, denn hier hatte sich der Kaiser bestimmt für die Erhaltung der Hansestädte in ihrer gesonderten Stellung erklärt und seinen Widerspruch gegen ihren Anschluß an den Nordischen Bund mit dem Handelsinteresse Frankreichs und Süddeutschlands begründet und noch hinzugefügt, daß auch England in einer Veränderung der Lage der Städte ein Hindernis für den Abschluß des allgemeinen Friedens sehen würde.

Es war begreiflich, daß Smidt diese Äußerungen des mächtigsten Monarchen aufs lebhafteste begrüßte, weil sie seiner eigenen Anschauung über den Wert der Unabhängigkeit und Neutralität der Hansestädte im Interesse Europas zuzustimmen schienen. Wenn er schon seit Beginn der Konferenzen die Seele der Beratungen gewesen war, so wurde er es nun gegen den Schluß noch um so mehr. Zwei Momente hatten es verschuldet, daß die anfänglich so rasch und glatt verlaufenen Besprechungen der drei Delegierten sich hernach so lange verzögerten, daß sie erst nach sechs Wochen ihren formellen Abschluß fanden und auch dann Smidt noch eine weitere Woche in Lübeck festhielten. Der erste Grund war,

[1]) Das scheint erst am 6. Oktober der Fall gewesen zu sein; Brief Smidts nach Bremen vom 6. Oktober abends.

daß Doormann schon am 9. September auf Verlangen des französischen Gesandten Bourrienne nach Hamburg zurückgekehrt war. Bourrienne wollte die hanseatische Konferenz benutzen, um von den drei Städten für seine ihnen angeblich erwiesenen Verdienste eine hohe Summe zu erpressen, die er selbst sich nicht scheute, als nicht unter 500000 Franken zu bezeichnen. Diese unverschämte Forderung hatte die Konferenz gleich bei ihrem Beginne beschäftigt. Hamburg und Lübeck waren der Meinung, daß man höchstens 300000 Franken geben solle, während Bremen die Hälfte dieser Summe für hinreichend hielt. Schließlich einigte man sich darauf, dem „Satan" Bourrienne 200000 bar auszuzahlen und weitere 100000 ihm in Aussicht zu stellen, wenn er eine schriftliche Garantie der Unabhängigkeit der Hansestädte bei seiner Regierung erwirke.[1]) Auch nachdem Doormann diesen widerwärtigen Handel mit dem französischen Minister erledigt hatte, bezeigte er keine Neigung, nach Lübeck zurückzukehren. Und als endlich gegen Ende September der Hamburger Senat auf Wunsch Lübecks sich entschlossen hatte, Doormann zur Fortsetzung der Konferenzen wieder nach Lübeck zurückzuschicken, trat ein andersartiges Hindernis ein durch eine Erkrankung Smidts, die, von Fieberanfällen begleitet, ihn zwang, das Bett zu hüten.

Smidt hatte sich in den ersten vierzehn Tagen sehr wohl gefühlt, wo ihm im Kreise von Curtius und dessen Schwiegervater Bürgermeister Plessing, von Overbeck und Gütschow und noch anderen Senatsmitgliedern eine geistig belebte Geselligkeit entgegentrat. Smidt war daher sehr überrascht, als seine Frau ihm schrieb: „Herrliches Wetter, bei dem man des Lebens froh wird, wäre der politische Himmel doch auch besser und heller, aber mich dünkt, daran jagt eine Wolke die andere, bis sie ausgewettert hat." „Nehmet Euch nur zusammen und haltet Euch hart. Erspähet die Wetter, denn stehen sie über Eurem Haupte, so ist das Verjagen zu spät, Ihr müßt dann nieder, und viel Schönes sinkt mit Euch." Smidt antwortete ihr am 8. September: „Der politische Himmel ist für uns Hansestädter jetzt gar nicht dunkel und trübe, sondern so schön und heiter wie je, daß es eine wahre Lust ist hineinzuschauen." Acht Tage später erzählte Smidt seiner Frau von einer Abendgesellschaft beim Senator Overbeck, „wo viel Klavier gespielt

---

[1]) Die für die Hansestädte so unglückliche Entwicklung der Dinge ging zu rasch vor sich, als daß Bourrienne Zeit gehabt hätte, auch die dritten 100000 sich zu verdienen.

und gesungen wurde, u. a. auf meine Bitte Overbecks eigene Lieder ‚Warum sind der Tränen' und ‚Das waren mir selige Tage'. Overbeck singt selbst sehr schön, er sang auch einige lateinische Oden des Horaz". Aber schon tags darauf klagte Smidt über seine Gesundheit, „der Arzt erklärt es für Nervenfieber". Das hielt ihn freilich nicht ab, seine Berichte nach Bremen, wenn auch weit kürzer als gewöhnlich, fortzusetzen, auch seiner Frau den schon früher erwähnten enthusiastischen Brief über den Pastor Geibel zu schreiben (oben S. 70/71), aber hin und wieder führte in den Berichten doch Cortius statt seiner die Feder.

Als die Kunde von Smidts Erkrankung sich in Bremen verbreitete, schrieb ihm Horn am 2. Oktober: „Der Wunsch Deiner baldigen Genesung ist seit dem verbreiteten Gerücht von Deiner Krankheit bremische Nationalsache geworden." Zugleich kündigte er dem Freunde an, daß Frau Mine und Dr. Thulesius sich entschlossen hätten, nach Lübeck zu reisen. Wirklich trafen die beiden am 4. Oktober morgens in Lübeck ein, als gerade Smidt sich so weit erholt hatte, daß die Konferenzen wieder beginnen konnten.

Es handelte sich jetzt vornehmlich noch um Feststellung der Vorschläge für die Einrichtung einer höchsten gerichtlichen Instanz und um die eines Gutachtens, das in Form eines Berichts eine Übersicht über die von den Deputierten gefaßten Beschlüsse geben sollte. Dieses Gutachten war noch vor der Rückkehr Doormanns in gemeinsamer Arbeit von Curtius und Smidt entworfen worden und entspricht in den meisten Punkten ziemlich genau den Ansichten Smidts. Es wurde nach gemeinschaftlicher Durchberatung am 15. Oktober von den Vertretern der drei Städte unterzeichnet und damit die Konferenz formell geschlossen.

Man wußte damals in Lübeck noch nicht, daß der lange erwartete Krieg zwischen Frankreich und Preußen bereits ausgebrochen sei, und selbstverständlich noch nichts von Preußens furchtbarer Niederlage bei Jena und Auerstedt. Erst am 16. schrieb Smidt: „Der Krieg scheint jetzt entschieden zu sein." Sein Idealismus ließ sich aber durch den Ausbruch dieses unheilvollen Krieges nicht stören. Er schreibt vielmehr in dem gleichen Briefe: „Ich habe schon Spuren davon, daß die unter Preußens Einfluß stehenden Schriftsteller bei dieser Gelegenheit den Hansestädten zu Leibe gehen und ihren Wunsch einer beständigen Neutralität und vollen Unabhängigkeit als Frucht eines bloßen kaufmännischen Egoismus mit dem deutschen Patriotismus in einem grellen Kon-

traste darzustellen sich bemühen werden. Es scheint mir deshalb dringend Not, daß dagegen auch die andere Seite der Sache dem Publico vorgelegt werde, und daß Männer in den Hansestädten, welche dazu Lust und Geschick haben, jede Gelegenheit benutzen, sowohl in ihren Briefen ins Ausland als auch besonders durch einzelne in die gelesensten Journale einzurückende Aufsätze die Wünsche der Hansestädte als in völliger Übereinstimmung und Konsequenz mit dem deutschen Patriotismus ihrer Bürger darzustellen bemüht seien. Bei einer ernstlichen Beratung darüber kann es dazu an Materialien nicht fehlen, und als ein kleiner zur Prüfung und Berichtigung hingeworfener Beitrag dazu möge folgende Ansicht dienen."

„Die geographische Lage Deutschlands erlaubt demselben nur einen geringen Anteil an dem Weltseehandel, und die Hansestädte vorzüglich Hamburg und Bremen sind in dieser Hinsicht die wichtigsten Punkte und Débouchés. Es hängt von dem guten Willen der größeren Seemächte ab, ob sie Deutschland überhaupt einen Anteil an dem Weltseehandel gestatten oder es durch Navigationsakten usw. gänzlich davon ausschließen wollen; erzwingen läßt sich dies nicht, da Deutschland keine Seemacht hat. Vorzüglich die Hansestädte haben es durch ihre Betriebsamkeit und durch ihr kluges Benehmen dahin gebracht, daß Deutschland noch einen Anteil an dem Weltseehandel hat und behauptet, sie haben die Eifersucht der Seemächte bisher zu beschwichtigen gewußt, man hat ihnen reelle Begünstigungen zugestanden. Hamburg und Bremen haben bis auf diese Stunde ihre Exemtion von der britischen Navigationsakte zur Ehre Deutschlands behauptet, was andere Nationen sich nicht rühmen können. — Wird die Neutralität der Hansestädte streng behauptet, so genießt vermittelst ihrer ganz Deutschland einen Vorteil, den keine andere seehandelnde Nation genießt, da sie zur Beschützung ihres Seehandels Kriegsschiffe, eine Seemacht mit schweren Kosten unterhalten und doch zur Zeit eines Krieges riskieren muß, vom Handel geraume Zeit ausgeschlossen zu bleiben, wenn sie nicht eine Übermacht zur See wie England besitzt." Der Schreiber meint dann, wenn Preußen gewillt sei, die Hansestädte an sein Interesse zu knüpfen oder selbst eine Seemacht zu begründen, dann würde es die Eifersucht der Seemächte erregen, und die Begünstigung der Hansestädte werde zum Schaden Deutschlands wegfallen. Statt dieser „verkehrten Politik" sollten vielmehr Preußen und alle anderen deutschen Staaten die Hansestädte schonen wie ihren Augapfel und sie, wie

sie nur könnten, hegen und pflegen. Er wendet sich dann gegen die irrige Ansicht, als ob die hanseatischen Kaufleute nur Reichtümer für sich sammelten und nichts davon dem deutschen Vaterlande zukommen ließen, während doch die von ihnen gewonnenen Kapitalien dazu dienten, die Industrie zu fördern und dadurch die Handelszweige Deutschlands zu vervielfältigen. Schließlich kommt er auf eine seit 1903 in Bremen und wahrscheinlich auch in den andern Hansestädten gehegte Vorstellung, wie wichtig es in kosmopolitischer Hinsicht sei, „daß es wenigstens einige Punkte gebe, wo Menschen, die sich den Stürmen der Welt entziehen, in Ruhe leben und der Beförderung von Wissenschaften und Künsten sich ohne Störung widmen wollten, ein sicheres Asyl finden könnten", und daß dazu vor allen die Hansestädte sich eigneten.

Diese „Abschweifung", für die Smidt um Entschuldigung bittet, weil sie dem Senate nur längst bekannte Dinge sage, nimmt übrigens nur etwa die Hälfte des zwanzig Quartseiten umfassenden Briefes ein, der zum Schlusse berichtet von einer am Morgen bei dem preußischen Konsul in Lübeck eingetroffenen Stafette aus Magdeburg. Nach ihr hat ein Kurier des Prinzen Eugen von Württemberg dahin die Kunde gebracht „von einem großen Siege, den die Preußen unter Hohenlohe und dem Prinzen Louis Ferdinand am 12. Oktober bei Schleiz im Vogtlande über die Franzosen erfochten haben sollen.

Ähnliche falsche Nachrichten waren um dieselbe Zeit nach Bremen gelangt, über die Smidts jüngste Schwägerin Metta Rohde am 20. Oktober berichtet.

Am 19. hatte man in Lübeck schon die richtigen Nachrichten über das Unglück, das die preußische Armee am 14. und 15. betroffen hatte. Nach Bremen scheinen sie erst etwa am 22. gekommen zu sein. Am 23. mahnt Metta Rohde ihre Schwester und Smidt: „Schiebt eure Rückreise auch nicht weiter hinaus, tut es nicht. Wer weiß, was die nächsten Tage uns bringen. Es tut wohl in schlimmen Zeiten beieinander auszuhalten, gemeinschaftlich zu tragen. Sehr weh würde es mir tun, wenn Dein letztes schönes Geschäft, lieber Smidt, die wohltätige Realisierung verlieren sollte. Man muß wohl allen Mut verlieren, wenn der König schon nach der ersten Schlacht, sie sei so entscheidend wie sie wolle, sich beugt und vor dem Stolzen im Staube liegt. Die Heldenader ist den Deutschen abgeschnitten, sie können nur ohnmächtig die Zähne knirschen."

Smidt und seine Frau waren indes schon am 22. von Lübeck abgereist, aber in Rücksicht auf Smidts noch immer nicht völlig wiedererlangte Gesundheit erst am folgenden Tage in Hamburg eingetroffen. Smidt hatte hier noch einiges mit Doormann und dem Senate zu ordnen, mußte auch den preußischen Gesandten von Grote und, wenn auch sehr ungern, Bourrienne besuchen und von diesem eine Einladung zum Mittagessen sich gefallen lassen. Den englischen Gesandten Thorton, der, wie Smidt schon in Lübeck gehört hatte, die freundliche Stellung seiner Regierung zu der Unabhängigkeit der Hansestädte lebhaft betont hatte, hat er in Hamburg ebenfalls aufgesucht. So hielt er sich bis zum 28. Oktober in Hamburg auf und empfing also dort auch nähere Nachrichten über manche der traurigen Folgen, die die schwere Niederlage für die preußischen Heere gehabt hatte.

Es konnte nicht wohl fehlen, daß diese Nachrichten auch in Smidts Kopfe das Bild der Lage Nordeuropas und besonders der Hansestädte verändern mußten, namentlich als ihn Bourrienne beim ersten Besuche darauf hinwies, daß der ganze Norden Deutschlands jetzt von Napoleon abhänge, weil Preußen sich nie wieder erheben und durch den Frieden zu einer Macht dritten Ranges herunterkommen werde.[1]) Aber darum ließ sich Smidt auch jetzt noch in seinen idealistischen Anschauungen nicht stören. Als ihn in Hamburg Nachrichten erreichten über die in Bremen wegen der Anordnung einer interimistischen Appellationsinstanz zwischen Senat und Bürgerschaft entstandenen Differenzen, da drängte es ihn, einem Briefe an den Senat ein paar lose Blätter beizufügen, in denen er ernste Vorstellungen gegen die Fortsetzung solcher Streitigkeiten erhob, weil dadurch den Feinden und Neidern der Freiheit unserer Städte durchaus nicht direkter und kompletter in die Hände gearbeitet werden könnte. Und im weiteren Verlauf dieser Warnung ruft er aus, was uns heute unbegreiflich klingt:

„Ich hoffe indes zu Gott unsere gegenwärtige Generation wird in dem Augenblicke, wo sie den Gipfel der Freiheit und Unabhängigkeit zu erklimmen im Begriffe ist, wo alle bisherigen lästigen Schranken derselben ohne unser Zutun wegfallen, nicht das durch den tausendjährigen Schweiß und Blut ihrer Vorfahren errungene Kleinod um eines leidigen Formalwesens willen mit eigenen Händen zerstören wollen."

In solcher Stimmung traf er nach zweimonatlicher Abwesenheit

[1]) Smidts Bericht nach Bremen vom 24. Oktober.

Ende Oktober in Bremen wieder ein. Freilich fand er die Freiheit und Unabhängigkeit hier noch so vor, wie man sie schon seit langer Zeit gekannt hatte, ob aber die Neutralität von den siegreichen französischen Heeren respektiert werden werde, begegnete ernstlichem Zweifel. Und nach wenigen Tagen schon kam die Nachricht von dem argen Geschick, das Lübeck am 6. November nach Straßenkämpfen zwischen den sich zurückziehenden Blücherschen Truppen und den Heeren dreier französischer Marschälle durch Plünderung und Vergewaltigung zahlreicher Einwohner erlitten hatte. Nach vier weiteren Tagen erfuhr man, daß auch Hamburg von den Franzosen besetzt sei, und am Morgen des 20. Novembers erschien vor dem Ostertore Bremens Einlaß begehrend ein französisches Regiment, dessen Kommandeur Oberst Clément, mit Überschreitung seiner Vollmacht, wie bald bekannt wurde, die neutrale Stadt im Namen seines Kaisers in Besitz nahm. Und nach abermals nur wenigen Tagen übersandte Bourrienne das bekannte Berliner Dekret Napoleons, das Großbritannien in Blockadezustand erklärte und sofort die einschneidendsten Bestimmungen gegen die Engländer und gegen jeglichen Handelsverkehr mit England und mit englischen Waren anbefahl.

Wo war die Unabhängigkeit, wo die Freiheit und die Neutralität der Städte geblieben? Mitten im Frieden mit Frankreich wurden sie von diesem wie eroberte feindliche Plätze behandelt; über ihre wichtigsten Lebensfragen entschied der französische Kaiser und ihm folgend seine Generale und Staatsmänner. Das seien nur augenblickliche militärische Maßnahmen, sagte Talleyrand zu Gröning, der sogleich wieder auf Reisen geschickt war, um an höchster Stelle, beim Kaiser selbst, den er erst in Posen traf, Klagen über das Geschick Bremens vorzubringen.[1]) Aber diese militärischen Maßnahmen blieben unter häufigem Wechsel der Besatzung bald durch französische, bald durch holländische, dann auch durch westfälische Truppen jahraus jahrein bestehen unter fortwährenden Streitigkeiten mit den Generälen und anderen Offizieren.

Diese ärgerlichen Streitigkeiten, aber auch andere Anlässe führten Smidt vom Jahre 1808 an wiederholt nach Hamburg, wo es seiner Gewandtheit in Benutzung der gegebenen Umstände in der Regel gelang, eine Abstellung der bremischen Beschwerden oder sonst einen Vorteil für Bremen zu erreichen. Das erstemal ging er von Hamburg

[1]) S. darüber Gesch. Bremens Bd. III S. 336 ff.

auf dringende Einladung von Curtius auch wieder nach Lübeck, wo er von Ende März bis zum 7. April in den gleichen Kreisen wie 1806 sich sehr wohl fühlte. „Alle, berichtet er an seine Frau, fragen nach Dir, nehmen den lebhaftesten Anteil an Dir, und haben Dich so herzlich lieb, daß ich schon deswegen so gern bei diesen Leuten bin. Die Zeit, wo sie mit uns (im Oktober 1806) gelebt, sehen alle als die letzte frohe Erinnerung vor jener unglücklichen Katastrophe an." Auch mit Charles von Villers, den Smidt im Jahre 1806 kennen gelernt hatte, verkehrte er dort wieder. Daneben vergaß er nicht, seiner Frau von Lübeck aus, wie auch, sobald er nach Hamburg zurückgekehrt war, von dort aus wiederholt Anweisungen zu geben über das Pflanzen von Obstbäumen und Gemüsen, sowohl für den Garten an der Contrescarpe in Bremen wie auf der Dunge; auch Rosen und Spargel und das Pfropfen der Obstbäume wurde dabei nicht vergessen, ebensowenig Hennen und Küken, Kühe und Kälber.

Zurückgekehrt nach Hamburg, wo sein Freund Kerner jetzt als Arzt lebte und seit dem vorigen Jahre daneben als diplomatischer Agent Bremens fungierte, erneuerte er im Hause Kerners und seiner Frau die Bekanntschaft des geistvollen holländischen Geschäftsträgers bei den Hansestädten Johann Gotthard Reinholds, der sich jüngst mit einer Hamburgerin vermählt hatte. Was Smidt dann noch mehr als vier Wochen länger in Hamburg festhielt, waren zunächst Verhandlungen mit den in Hamburg eingenisteten französischen Behörden über die Herabminderung der Bremen auferlegten Einquartierungslast, über die Ausschreitungen der in Bremen wie in Hamburg und Lübeck, als ob die Städte schon Teile des Französischen Reiches seien, eingetroffenen Douaniers und die schon im November 1807 von Napoleon erhobene und neuerdings wiederholte Forderung, daß die Städte außer der Verpflegung auch den Sold der bei ihnen einquartierten Truppen bezahlen sollten. Dazu aber kamen noch Erörterungen über die Frage, ob die Städte, um den beständigen Quälereien durch Frankreich zu entgehen, sich etwa doch entschließen sollten, in den Rheinbund einzutreten, eine Frage, die mit Mitgliedern des hamburgischen Senats zu behandeln war.

Smidt hatte vom Senate ausdrücklich den Auftrag erhalten, diese Frage in Hamburg mündlich zu erörtern und sah sich noch mehr dazu aufgefordert, als ihm ein in Bremen zu Ende März aus Paris eingegangener Bericht Georg Grönings bekannt geworden war, der den

nahe bevorstehenden Eintritt Mecklenburgs in den Rheinbund und Verhandlungen über einen gleichen Schritt Oldenburgs meldete. Um sich möglichste Klarheit über die Frage zu verschaffen und sich dadurch zu mündlicher Verhandlung mit hamburgischen Senatsmitgliedern um so besser vorzubereiten, griff er gegen April zur Feder, um seine Gedanken über die politische Lage der Städte sich, so gut es ging, zu objektivieren. Er wählte dazu, wie anderthalb Jahre früher in Lübeck die Form von Aphorismen, nur daß diese jetzt ungleich eingehender ausfielen als damals und zu einer förmlichen Abhandlung anschwollen.[1]) Smidt hatte aus den gleich nach dem Abschlusse der Lübecker Verhandlungen eingetretenen Ereignissen den Eindruck gewonnen, daß die Städte nicht, wie er damals gewähnt hatte, im Begriffe seien, den höchsten Gipfel der Freiheit zu erklimmen, sondern vielmehr, „daß die Hansestädte bei dem Festhalten an der Idee ihrer kosmopolitischen Bestimmung, welche zugleich ihrem kaufmännischen Interesse so vollkommen entsprach, leider gerade zwischen dem Amboß und Hammer ihren Platz finden mußten." Um ein Bild der gegenwärtigen und zu der zukünftigen Stellung der Hansestädte zu gewinnen, entwirft er einen Überblick über die augenblickliche Lage Europas und seiner vermutlichen Zukunft; es geschieht unter beständiger Rücksicht auf den Kampf zwischen Frankreich und England, dessen Fortdauer er noch auf Jahre, vielleicht auf Jahrzehnte zu bemessen geneigt ist. In diesem Kampfe aber müssen die Hansestädte zur Partei Frankreichs gehören, „bis die Zeit kommt, wo Frankreichs Herrschaft über Deutschland ein Ende hat". Da nun, solange der französische (bald vielleicht „okzidentalische") Kaiser fast den gesamten europäischen Kontinent beherrscht, von dem ehemaligen politischen Gleichgewichtssystem nicht ferner die Rede sein kann, so muß man die nur aus diesem System möglich gewordene hanseatische Neutralitätsidee gänzlich aufgeben. Und weil die Städte sich vom Kontinent und von Deutschland nicht trennen können, „so müssen sie ihre politische Bestimmung darin sehen und suchen, sich den noch übrig gebliebenen deutschen Staaten eng anzuschließen, den Flor des deutschen Handels im Frieden zu befördern und dadurch bei künftigen Seekriegen die Macht des Kontinents, dessen Interesse durchaus das Ihrige sein muß, zu vermehren". Darum hält Smidt für die Hansestädte jetzt am geratensten „eine schleunige Nachsuchung um die Aufnahme in den Rheini-

[1]) Diese Aphorismen sind vollständig gedruckt im Smidtbuch 1873 S. 260—296.

schen Bund", und zwar ohne den Versuch, dabei ihre Neutralität zu stipulieren.

Unter den Mitgliedern des hamburgischen Senats verkehrte Smidt damals am meisten mit dem Bürgermeister Amsinck, dem Syndikus Gries und den Senatoren Bartels und Schulte. Bartels Laufbahn war der Smidts einigermaßen ähnlich, da auch er drei Jahre lang Theologie studiert hatte und erst mehrere Jahre nach Beendigung dieses Studiums zur Universität zurückgekehrt war, um sich der Jurispruoenz zu widmen.

Während Smidt über die Geschäfte, die er mit den genannten Persönlichkeiten verhandelte, seiner Frau gegenüber schwieg, machte er ihr in einem längeren Briefe vom 17. April ein interessantes Selbstbekenntnis: „Es gehört," schrieb er, „zu dem Glücke meines Lebens, daß ich mich für den Gegenstand, den ich gerade betreibe, gleich zu interessieren beginne, und dies wird mich, solange ich gesund bin, immer vor aller Hypochondrie bewahren und das Leben mir erträglich leicht machen; aber trotz dieses Interesses für die Gegenstände der Beschäftigung fühle ich es doch immer lebendig, daß ohne Dich und die Kinder, vor allem aber ohne Dich, eine unerträgliche Leere in meinem Herzen sein würde."

Im Mai machte Smidt auch die Bekanntschaft des dänischen Geschäftsträgers Johann Georg Rist, über den er am 3. Mai seiner Frau schrieb: „Dieser kam nach Jena ungefähr um die Zeit, wo ich wegging, trat in die Gesellschaft, welche wir dort hatten, und wurde besonders ein vertrauter Freund von Berger und von Herbart, die mir oft von ihm geschrieben und erzählt haben. Er ist ein trefflicher und dabei sehr interessanter Mann, seit den letzten sechs Jahren war er in dänischen Geschäften in Petersburg, in Madrid und in London." Um dieselbe Zeit suchte Smidt auch Friedrich Perthes auf, mit dem er wahrscheinlich ebenfalls schon im Jahre 1806 bekannt geworden war, nun aber bald in enge freundschaftliche Verbindung trat. Die Freundschaft der beiden Männer, durch gleichartiges lebhaftes Temperament und durch einen gleich rastlosen Tätigkeitstrieb sowie durch gleiche Stimmung gegenüber manchen öffentlichen Aufgaben angebahnt, hat bei völligem gegenseitigem Vertrauen auf die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit des anderen, niemals gestört durch ihre abweichenden religiösen Anschauungen, durch Jahrzehnte sich unverändert erhalten.

Was Smidt jetzt zu Perthes führte, war ein Verlust, den er erlitten hatte durch die Strandung der Bark „Iphigenie". Seine Schwägerin Metta Rohde hatte freilich, als sie diesen Verlust an Smidt meldete, hinzugefügt: „Du wirst diesen Vorfall doch gewiß bald verschmerzen. Du kannst Dich nicht lange über etwas Geschehenes grämen", allein Smidt hatte doch angesichts dieses Verlustes alsbald einen Plan gefaßt, der ihm, wie er hoffte, den Verlust wieder einbringen sollte. Er dachte an eine Fortsetzung des vor vier Jahren abgeschlossenen Hanseatischen Magazins und setzte darüber sogleich mit Perthes einen Vertrag auf, nach dem schon im November wieder ein Band der Zeitschrift erscheinen sollte. Indes hat sich doch dieser Plan, wir wissen nicht aus welchen Erwägungen, nicht verwirklichen lassen.

Schon im August mußte Smidt abermals nach Hamburg aufbrechen, doch diesmal nicht eigentlich zu geschäftlichen Zwecken, sondern zur Feier des Namenstages des Kaisers Napoleon, zu dem der Prinz von Pontecorvo (Bernadotte) laut einem in seinem Auftrage an Smidt gerichteten Schreiben mehrere Mitglieder des Senats mit ihren Familien eingeladen hatte. Der Senat beschloß, daß vier Herren, die dazu Lust bezeigten, nach Hamburg abgesandt werden sollten. Wir kennen nur die Namen von dreien, es waren Gondela, Smidt und Horn, von denen Smidt seine Frau und seine Schwester und Horn ebenfalls seine Frau mitnahm. Über die Feier des Napoleonstages liegt kein Bericht eines der bremischen Teilnehmer vor, wohl aber befindet sich in den hiesigen Akten ein Ausschnitt, des hamburgischen Korrespondenten, der ergibt, daß der Prinz von Pontecorvo sich der Feier durch eine plötzlich angeblich um militärischer Zwecke willen angetretene Reise entzogen hatte.

Smidt und seine Damen und wahrscheinlich auch Gondela sind nach dem Feste nach Lübeck gereist[1]) und von da noch auf wenige Tage nach Holstein. Anfang September waren sie wieder in Hamburg, wo inzwischen auch der Prinz von Pontecorvo sich wieder eingefunden hatte. Smidt sandte von dort am 3. September den einzigen, sehr summarisch gehaltenen Bericht über mehrere ihm während seiner Reise zugegangenen Aufträge ab. Er schließt mit den Worten: „Vorsicht im Reden zu empfehlen ist gewiß sehr nötig. Man ist argwöhnischer

---

[1]) Ein Brief von Metta Rohde vom 20. August ist nach Lübeck bei Syndikus Gütschow adressiert.

wie je. Das Spionsystem ist an der Tagesordnung — wir können viel davon erzählen — und Bremen ist in besonders bösem Ruf."

Vor dem 9. September waren die Reisenden wieder in Bremen, da an diesem Tage die Hochzeit Metta Rohdes und des Pastors der Rembertikirche Georg Ludwig Bekenn stattfand.

Inzwischen war das Betragen der Offiziere der schon seit dem Februar in Bremen liegenden holländischen Truppen immer ärger geworden. Insbesondere der an ihrer Spitze stehende Generalleutnant Gratien und der Generalmajor von Hasselt gaben den ihnen untergeordneten Offizieren das schlimmste Beispiel für die Mißachtung des Senats, für die sich stetig steigernden Forderungen an Tafelgeldern und Fouragebeträgen, für Requisitionen aller Art. Als schließlich Gratien so weit sich hinreißen ließ, am 21. Dezember einen angesehenen Kaufmann namens Beste, der Mitglied der Quartierdeputation war, für einen verzeihlichen und rasch wieder gutgemachten Irrtum ins Kriminalgefängnis abführen und zu gemeinen Verbrechern einsperren zu lassen, da ging denn doch dem Senate die Geduld aus. Nachdem der Präsident die Freilassung Bestes schon bewirkt hatte, beschloß eine schleunig berufene Versammlung des Senats Smidt abermals nach Hamburg zu schicken, um den Marschall Bernadotte die wirkliche Sachlage persönlich vorzutragen, bevor Gratien sie durch falsche Berichte verschärft habe, und von ihm und dem Minister Bourrienne ernstlich Abhilfe zu fordern. Die Sendung Smidts wurde dem Marschall vom Senatspräsidenten brieflich sogleich angezeigt.

Schon am nächsten Morgen fuhr Smidt nach Hamburg ab, wo er indes erst am 24. gegen Mittag eintraf. Die Aufgabe, die ihm gestellt war, widerwärtig an sich, war doch eine, bei der er seine diplomatischen Fähigkeiten entfalten, durch Offenheit und Gradheit alle Winkelzüge des feindlich gesinnten Generals aufdecken, alle zum Teil lächerlichen Unverschämtheiten der älteren und jüngeren Offiziere ans Licht bringen und, woran ihm am meisten lag, das Ansehen des Senats als der Regierung des bremischen Staats vor den fremden Militärpersonen wieder herstellen konnte. Als er am 25. dem Marschall seinen ersten Besuch machte, fand er doch, daß dieser in der Tat schon durch einen Bericht Gratiens in gereizte Stimmung gegen Bremen versetzt worden war. Als der Prinz, um zu beweisen, daß der Senat an dem Vorfall mit Beste schuld sei, den Bericht Gratiens herbeibringen ließ, dem ein von Beste verfaßtes oder jedenfalls unterzeichnetes Proto-

koll beilag, da wies Smidt gleich hin auf den Schluß des Protokolls, wo es hieß, er, Beste, habe den neuen Furagetarif, um den die Sache sich drehte, sans ordre special, was nur heißen konnte ohne Befehl des Senats, angewendet, während der Prinz gelesen hatte sous ordre, auf Befehl des Senats. Der Prinz überzeugte sich sogleich von der Richtigkeit der Lesart Smidts, und damit hatte dieser schon seinen ersten Sieg gewonnen, denn der Prinz gab sogleich zu, daß dann allerdings der Senat ohne Schuld sei. Erst später gelang es Smidt nachzuweisen, daß das Wort sans absichtlich so verändert worden war, daß man es leicht sous lesen konnte, daß es sich hier also um eine Fälschung handele. Smidt, der schon, ehe er zum Marschall ging, Bourrienne und den General Gerard aufgesucht und vor beiden, wie er sagte, „den ganzen Sack unserer Leiden und Beschwerden ausgeschüttet hatte", hat dann bis zum 8. Januar hin in vielfältigen Verhandlungen mit den drei genannten Männern seinen Zweck vollkommen erreicht. Das von Gratien durch wirklich ausgeführte Drohungen, Bremen mit weiterer Einquartierung zu belegen, erpreßte Tafelgeld von täglich fünfzehn Louisdor wurde im Einverständnisse mit Bernadotte auf zwölf herabgesetzt, der Marschall meinte sogar zehn seien auch genug. Dem General Gratien, der sich nicht nur als Fälscher gezeigt, sondern bei einer Gelegenheit auch als Lügner sich hatte ertappen lassen, sprach der Marschall seine ernste Mißbilligung aus und befahl ihm die Einquartierung Bremens auf den vorigen Stand zu bringen. Die Wiederholung der von holländischen Offizieren in Briefen an den Senat gerichteten ungehörigen Äußerungen wurde völlig verboten; dem Senate wurde empfohlen einen festen Tarif für die Tafelgelder aufzusetzen, wie es auch in Hamburg geschehen sei, und vor allem auch daran festzuhalten, daß das Tafelgeld nur ein Surrogat sei für Einquartierung und die mit dieser verbundenen Verpflegung, daß es aber durchaus unstatthaft sei, wenn Offiziere, denen ihr Wirt die Verpflegung liefere, daneben noch Taschengeld forderten. Neben diesen Dingen kamen noch eine Reihe kleinerer Beschwerden zur Sprache, die alle zugunsten Bremens erledigt wurden. Wiederholt bekundete Bernadotte als einen Grundsatz seiner Handlungsweise, daß er der Obrigkeit einer bloß okkupierten, nicht aber eroberten Stadt, keine Befehle erteilen könne. Beim Abschied wurde Smidt noch vom Prinzen ein Schreiben an den Senat überreicht, das eigenhändig von ihm unterzeichnet war und nach Smidts Meinung eine besondere Artigkeit be-

deutete, weil der Prinz sonst überhaupt nicht zu antworten oder durch den General Gerard schreiben zu lassen pflegte. Der Prinz fügte mündlich noch hinzu, daß er Smidt bitte, seinen sämtlichen Kollegen viel Verbindliches von ihm zu sagen.

Man sieht wohl, daß auch in den Augen des Prinzen Smidt seine Aufgabe in ausgezeichneter Weise erfüllt hatte, und Smidt selbst konnte mit dem befriedigenden Bewußtsein zurückkehren, bei Bernadotte, Gerard und Bourrienne eine Bremen freundliche Stimmung hervorgerufen zu haben und zu hinterlassen. Kerner, der Smidt in vielfacher Weise bei seinen Geschäften unterstützt hatte, begleitete den Freund nach Bremen, um die ihm seit 1796 in guter Erinnerung gebliebene Stadt, der er jetzt auch dienstlich verbunden war, wiederzusehen und demnächst dem Prinzen aus frischem Eindruck Bericht zu erstatten über die Lage der Stadt. Smidt hatte sich zu seiner Freude in Hamburg überzeugt, daß Kerner im Kreise der französischen Autoritäten als trefflicher und zuverlässiger Mann sich hoher Achtung erfreute.

Die Reise Smidts nach Hamburg hatte den Erfolg, für eine geraume Zeit das Betragen der fremdländischen Offiziere erträglich zu machen und besonders die Generale Gratien und von Hasselt im Zaum zu halten. Dennoch war man in Bremen froh, als Napoleon zu Anfang des Sommers 1809 nach der Schlacht bei Aspern zu anderen Verstärkungen, die er gegen Österreich und Rußland heranzog, auch die in Bremen liegenden Truppen herbeiholen ließ. Die Freude dauerte freilich nicht lange, da im August und nach einer neuen mehrwöchentlichen Ruhepause zu Ende September andere Kommandeure mit westfälischen Truppen in Bremen erschienen, die das alte Spiel mit unverschämten Requisitionen wieder eröffneten, nun aber doch beim Senate auf kräftigern Widerstand stießen.

Smidt war inzwischen schon im Juli wieder auf einige Tage in Hamburg gewesen. Es liegt über diese Sendung indessen nur ein kurzer Bericht vom 21. Juli vor mit der Abschrift eines Schreibens des Königs von Westfalen an Bourrienne über den Abschluß des Waffenstillstandes von Znaim (12. Juli) und über die Besetzung der Stadt Hannover mit 6000 Mann westfälischer Truppen, bei denen der König am 24. eintreffen werde. „Die Truppen," fügt Smidt hinzu, „sollen den Zweck haben, die Landung der Engländer abzuwehren." Über den Anlaß dieser Sendung Smidts wissen wir nichts.

In den ersten Augusttagen wurde man in Bremen beunruhigt durch

die Nachricht, daß der Herzog von Braunschweig-Öls mit seiner schwarzen Schar, von Böhmen sich durchschlagend, plötzlich nach der Weser sich gewandt habe. Der westfälische Oberst von Lepel, der diese Kunde nach Bremen gebracht hatte, verlangte vom Senat, daß er die Stadt verteidigen solle. Der Senat lehnte das ab unter Hinweis auf die wenigen hundert Mann Stadtmilitär, die zurzeit die ganze Besatzung Bremens bildeten, es ergab sich gleich nachher, daß eine Verteidigung völlig überflüssig gewesen wäre, weil nur ein geringer Teil der schwarzen Schar in Bremen einrückte, sich hier vollkommen friedlich und freundlich betrug und schon am nächsten Tage weiterzog. Trotzdem benutzten fremde Offiziere diesen Anlaß, um lügnerische Vorwürfe über das Benehmen des Senats gegen die braunschweigischen Truppen zu verbreiten. Dies bewog den Senat, am 10. August den Senator Smidt zu ersuchen, zur Feier des Napoleontages auch in diesem Jahre nach Hamburg zu gehen, obwohl der Senat vierzehn Tage früher beschlossen hatte, der Einladung Bourriennes zu der Feier nur zu entsprechen durch Beauftragung Kerners, ihn bei der Feier zu vertreten. So fuhr denn Smidt am 12. August abermals nach Hamburg,[1]) wo ihm dank der guten Beziehungen, die er im vorigen Jahre zu dem französischen Minister gewonnen hatte, die Widerlegung der Verleumdungen ohne Zweifel gelungen sein wird.

Eine weit wichtigere Angelegenheit führte Smidt, in Begleitung des Senators Vollmers, gegen Ende Oktober in kurzer Zeit zum drittenmal nach Hamburg. Diesmal galt es, unter der Leitung des Ministers Reinhard, der jetzt französischer Gesandter am Hofe des Königs Jerome in Kassel war, mit Abgeordneten der Senate der drei Hansestädte die Frage zu erörtern, ob und unter welchen Bedingungen die Städte in den Rheinbund eintreten sollten. Reinhard hatte die Reise nach Hamburg über Bremen gemacht, wo er am 16. Oktober eingetroffen war und in vertraulichen Besprechungen mit mehreren Mitgliedern des Senats erfahren hatte, daß Smidts Ansichten über den Eintritt in den Rheinischen Bund noch keineswegs auch nur von der Mehrheit des Senats geteilt wurden. Er sollte ähnliche Erfahrungen in Hamburg machen, als er dort am 31. Oktober in der Wohnung Bourriennes die Konferenz eröffnete, die er nur als eine private Unterhaltung angesehen wissen wollte. Er hatte deshalb zu den offiziellen Vertretern der drei

[1]) Briefe von Frau Mine an ihren Mann vom 13., 14. u. 15. August liegen vor.

Städte, außer den beiden bremischen Abgeordneten waren es Curtius und Senator Overbeck aus Lübeck und Doormann aus Hamburg, auch mehrere Privatpersonen zugezogen, aus Hamburg seinen Schwiegervater Reimarus und J. L. von Heß und einige angesehene Kaufleute, aus Lübeck den Franzosen Karl von Villers. Die Versammelten erfuhren aus den Eröffnungen Reinhards sogleich, daß es sich nach den französischen Absichten nicht um den einfachen Beitritt der Städte zum Rheinbund handle. Sie sollten nicht unter gleichen Bedingungen wie die fürstlichen Teilnehmer des Bundes aufgenommen, sondern in Wirklichkeit völlig mediatisiert und unter die Aufsicht des Protektors gestellt werden.[1])

Das entsprach denn freilich keineswegs der Ansicht Smidts, der sich dem im wesentlichen einmütigen Widerspruche der übrigen hansestädtischen Vertreter durchaus anschloß. Gerade für Smidt würde es wahrscheinlich noch schwerer als für andere geworden sein, sich an den Gedanken zu gewönen, daß sein liebes Bremen und mit ihm die anderen Hansestädte unter weit ungünstigeren Bedingungen als die übrigen Rheinbundstaaten zu diesen treten sollten. Er war daher Reinhard dankbar, daß dieser sich entschloß, seine anfänglichen Forderungen zurückzustellen gegen die von den Deputierten ausgesprochenen Wünsche, die Selbständigkeit der Städte soweit wie irgend möglich zu bewahren, wenn sie nur dem Napoleonischen Kontinentalsystem sich zu fügen bereit seien. Und in diesem Sinne müssen auch die Berichte Reinhards und Bourriennes gelautet haben, die nach Paris gingen, begleitet von Skizzen und Memoiren, die vornehmlich Smidt und Villers, aber auch Vollmers und Doormann und noch einige andere über die Verfassungen der drei Städte, über ihren Handel und über andere Seiten ihres öffentlichen Lebens geliefert hatten. Denn nur so ist es zu verstehen, daß Napoleon gleichsam als das Resultat der Hamburger Konferenzen dem Gesetzgebenden Körper am 12. Dezember erklären ließ: „Die Hansestädte werden ihre Unabhängigkeit behalten," und daß er einige Tage später in einem Schreiben an den Minister Champagny sagte: „Was man mir hinsichtlich der Hansestädte vorschlägt, scheint mir ziemlich vernünftig. Die Hauptsache ist, daß ich in der Lage bin, dort im Falle eines Seekrieges meine Befehle gegen die Engländer genau zur Ausführung zu bringen."

[1]) Über die Einzelheiten des Planes s. meine Geschichte Bremens Bd. III S. 349 und ausführlicher bei Wohlwill, Neuere Gesch. von Hamb. 1914 S. 371 ff.

Smidt war ganz besonders zufrieden mit den während der Konferenzen von Villers den Städten geleisteten Diensten. Denn Villers hatte sich nicht damit begnügt, nach den von den drei Städten ihm gegebenen Materialien eine Skizze ihrer Verfassungen in französischer Sprache auszuarbeiten, sondern hatte diese auch mit „allgemeinen Bemerkungen" begleitet, die seine lebhafte Sympathie mit dem in den Verfassungen, in der Verwaltung und im ganzen öffentlichen Leben der Städte herrschenden Geiste bezeugen, um mit der etwas unvorsichtigen Wendung zu schließen: „Solche Wunder sind die Frucht des Gefühls für wahre bürgerliche Freiheit und eines öffentlichen Geistes, den man in den größten Staaten herrschen zu sehen wünschen sollte"[1]) Endlich hatte er noch in einem Aufsatz, den er bezeichnete als „Generalansicht über den Handel der drei großen Seestädte Norddeutschlands, genannt Hansestädte",[2]) den Nachweis zu führen unternommen, daß die Handelspolitik der Städte dem Interesse aller handeltreibenden Staaten entspreche.

Der in diesen kurzen Abhandlungen zutage tretende rein deutsche Idealismus, Smidts eigener Empfindungsweise so gleichartig, hatte doch auch den Hamburger und Lübecker Herren sehr gefallen. Smidt aber entnahm aus ihm die Anregung, dem bremischen Senate vorzuschlagen, daß er seinen Dank nicht nur für Villers ausgezeichnete Verdienste um die deutsche Literatur, sondern auch für seine Anhänglichkeit an dem Wohl der freien Hansestädte und Bremens insbesondere zum Ausdrucke brachte durch seine am 22. Dezember 1809 vollzogene Ernennung zum bremischen Ehrenbürger. Smidt begleitete die Übersendung des Bürgerdiploms an Villers mit den für ihn selbst charakteristischen Worten: „Der Senat ist überzeugt, daß eine auf gegenseitige Achtung begründete Befreundung zweier jetzt in so naher Verbindung stehender Nationen nur auf dem Wege glücklich erreicht werden kann, welchen die Tendenz Ihrer vortrefflichen Schriften zutage legt, und er hat geglaubt, sich nicht bloß des Beifalls seiner Mitbürger zu erfreuen, sondern zugleich den Wunsch des gebildeten deutschen Publikums auszudrücken, wenn er Sie auffordert, sich als beiden Nationen angehörig zu betrachten."

Zu Anfang Juni 1810 mußte Smidt einmal wieder nach Hamburg fahren, um sowohl mit den dortigen französischen Behörden wie mit

---

[1]) S. Brem. Jahrb. Bd. IX S. 62 f. 1877.
[2]) Idée générale du commerce usw.

dem Senate zu verhandeln über das von Napoleon im Februar nochmals wiederholte und im Mai bestätigte Verlangen, daß die Städte auch den Sold der bei ihnen liegenden französischen Truppen bezahlen sollten. Der Widerspruch, den die Städte auch jetzt dagegen erhoben und den Hamburg mit einem Geschenk von 150000 Franken, Bremen unter Hinweis auf seine erschöpften Finanzen mit nur 30000 an die französischen Machthaber begleiteten, hatte keine weitere Folge, als einen kurzen Aufschub. Ehe die Forderung im November drohend erneuert wurde, zeigte ein anderer Schritt des Kaisers, wie er die im Dezember 1809 nochmals laut verkündete Unabhängigkeit der Städte auffaßte. Im Oktober 1810 zeigte der General Campans aus Hamburg dem Senate an, daß er vom Kaiser zum Präsidenten einer Behörde ernannt worden sei, die die Dekrete gegen den englischen Handel zur Ausführung bringen solle. Daraus erfolgte im November die in Begleitung zweier Sachverständigen und eines Ratsdieners von französischen Douaniers und Soldaten vorgenommenen Beschlagnahme aller in Bremen befindlichen englischen Waren. Die so zusammen geraubten, zum Teil sehr kostbaren Waren wurden zu Anfang Dezember an mehreren Tagen nach der Bürgerweide hinausgeschafft und dort im Beisein einer großen Menschenmenge verbrannt.

Die dort zum Himmel emporschlagenden Flammen bildeten das Signal für den letzten Gewaltstreich Napoleons gegen die freien Städte. Smidt war unter dem frischen Eindrucke dieser Flammenzeichen am 9. Dezember nochmals um der Soldsache willen nach Hamburg gefahren. Als acht Tage nach seiner Ankunft zuerst nur gerüchtweise, dann aber noch am gleichen Tage bestimmt in Hamburg die Nachricht eintraf, daß der französische Kaiser die Einverleibung der nordwestdeutschen Küstengebiete in Frankreich von Holland bis nach Lübeck hin beschlossen habe, da war Smidt, als er nur erst das Gerücht gehört hatte, keinen Augenblick im Zweifel darüber, daß es die Wahrheit melde. Er schrieb deshalb am 18. Dezember an seine Frau: wegen mancher üblen Gerüchte halte er es besser für sich, jetzt in Bremen zu sein als in Hamburg. „Frage nicht danach, aber was Du auch hören magst, sei überzeugt, daß ich ruhig und gefaßt bin.“ Und als dann die Bestätigung des Gerüchts eingetroffen war, schrieb er noch am selben Tage seiner Frau die wenigen Worte: „Du wirst jetzt wissen, wie es mit uns aussieht. Ich habe Mut und Besonnenheit nicht ver-

loren, wir werden unser Leben neu beginnen! Daß ich eine Frau, wie Dich, habe, ist mein Trost. Sei ruhig und beruhige andere."

Großartige Worte in dem Augenblicke, wo ihm die Katastrophe der Vaterstadt zu Ohren gekommen war und seine und der Seinigen Existenz ihren Grund und Boden verloren hatte. Kein Ton der Klage kommt über seine Lippen und in seine Feder, weil die neue Lage vom Manne und vornehmlich vom Staatsmanne als erste Pflicht Mut und Besonnenheit heischt. Er fügt ein feines, aber völlig aufrichtiges Kompliment für seine Frau hinzu, weil er weiß, daß sie ruhig sein wird, solange er es ist.

Aber anders lautete doch, was Smidt am gleichen 18. Dezember an seinen alten Jugendfreund, den Syndikus Heinrich Gröning, nach Paris schrieb:

„So wäre also unsre Todesstunde gekommen, teurer Freund, und das Gebäude tausendjähriger sorgenvoller Arbeit durch einen Wetterstrahl vernichtet! Ich sperre mich, es zu glauben, und doch steht die Wirklichkeit eiskalt und hohläugig vor mir da!

Müssen wir denn fallen als ein Opfer des unerbittlichen Geistes der Zeit, so laß uns mit Ehren fallen, laß uns zeigen, daß wir es wert waren, Jahrhunderte selbständig und frei zu sein.

Bitte nicht um Dinge, die uns in den Augen dessen, der unser nächstes Schicksal bestimmt, als Egoisten und verächtliche Schwächlinge schildern; sie würden ihm nur als das Siegel der Rechtfertigung unseres Untergangs erscheinen. Ist überall noch etwas zu erreichen, so strebe dahin, daß man uns nicht gewalttätig und wie mit einem Zauberschlage zu verwandeln bemüht sei, daß man uns unter Aufsicht eines deutscher Sprache und deutscher Sitten und der Eigentümlichkeiten einer deutschen Handelsstadt kundigen Mannes einige Frist lasse, diese Verwandlung selbst zu organisieren. Bitte, daß man die Einrichtungen und Gewohnheiten, an die das Glück unserer bürgerlichen und merkantilischen Existenz geknüpft war, wenigstens kennen lerne und prüfe, ehe man sie gänzlich vernichtet. Dringe darauf, daß man dieselbe Achtung, auf welcher man in Holland die hergebrachten Formen ehrt, auch uns nicht versage. Stelle vor, daß man gegen sich selbst wütet, wenn man die Quellen unsres Wohlseins gewaltsam zerstört.

Ich kann mir die nächste Zeit nicht schrecklicher denken, als wenn ich mir die plötzliche Erscheinung eines französischen Organisations-

kommissars vergegenwärtige, der damit anfängt, alles Bestehende zu vernichten und in eine Masse zu verwandeln, um neue Schöpfungen daraus hervorgehen zu lassen, denen alles innere Leben fehlt. Bei der Unbehilflichkeit, aus der wir uns nur langsam herauszusetzen und nicht herauszuspringen imstande sind, würde keiner wissen, wo aus oder ein. Mutlosigkeit und Verwirrung würden überall die Oberhand gewinnen, und der Schlechteste würde sein Spiel mit uns treiben. Alle Kraft etwas zu wagen, aller Mut etwas zu unternehmen, was doch immer die Seele eines Handelsplatzes in einem monarchischen wie in einem freien Staate sein und bleiben muß, würde gänzlich dahin sein für die lebende Generation, von der man doch Kraftäußerungen gegen den Kontinentalfeind will und erwartet. Lies die Aphorismen, welche ich vor einem Jahre dem Minister Reinhard übergab, noch einmal durch, vielleicht wirst Du zu einer Vorstellung, wie ich sie mir denke, einige brauchbare Ideen darin finden.

Soll die Einverleibung der Städte ein Mittel sein, England zum Frieden zu zwingen, wäre sie ohne diese Absicht nicht geschehen, und hält man ihre mögliche Restitution bei einem durch die wahrscheinlich nahe Regierungsveränderung in England veranlaßten schnellen Frieden nicht für eine Schimäre, so dürfte die Bitte, unsere innere Einrichtung noch ein Jahr lang im wesentlichen unverändert zu lassen, vielleicht nicht ungehört bleiben. Du erinnerst Dich, daß etwas gleiches in Hannover geschah; auch Holland ist unter seinem Könige wie unter dem Kaiser bis jetzt in seinen meisten inneren Beziehungen dasselbe geblieben.

Tue das Deine, so gut Du es vermagst. Zeige, daß Du ein Mann bist, der auch im Unglück mit Mut und Besonnenheit zu handeln versteht. Der letzte Dienst, den wir unsren Mitbürgern leisten können, muß nicht der schlechteste sein! Leb herzlich wohl und erhalte Dich uns und den Deinigen."

Am 19. Dezember reiste Smidt aus Hamburg ab und traf am 20. Dezember in Bremen wieder ein, als gerade der französische Konsul Lagau dem Senate amtlich die Vernichtung der freien Hansestadt ankündigte.

Fünftes Kapitel

Unter französischer Herrschaft.

Es war natürlich, daß Smidt in den weitesten Kreisen der Bevölkerung Bremens eine tiefe Niedergeschlagenheit vorfand über das von manchen wohl erwartete, der großen Mehrzahl aber verborgen gebliebene Schicksal, das über die Stadt verhängt worden war, während sie im Frieden mit Frankreich lebte. Tiefer aber traf ihn, daß er im Senate und in der Bürgerschaft, die sich doch zu rascher Tat aufgefordert sehen mußten, eine Ratlosigkeit und Unbeholfenheit gewahrte, die verderblich zu werden drohte. Da griff er mit seiner vollen Tatkraft und seiner raschen Entschlußfähigkeit zu, um in den wenigen Tagen bis zum Schlusse des Jahres, die der Selbstbestimmung noch vergönnt waren, noch zu retten, was möglich war. Vor allem schien es ihm erforderlich, den seit sieben Jahren andauernden Streit zwischen der bremischen Staatsgewalt und der Domgemeinde zu schlichten, damit nicht das Streitobjekt, der sogenannte Domfonds, als Staatsgut den Franzosen in die Hände falle. Die gemeinsame Gefahr machte endlich beide Parteien gefügig, und so kam in den Tagen vom 22. bis 26. Dezember ein Entschluß zustande, durch den ein Teil der strittigen Güter und Rechte der nunmehr als Rechtssubjekt anerkannten Domgemeinde zur Erhaltung des lutherischen Gottesdienstes überwiesen, ein anderer Teil aber verschiedenen frommen Stiftungen zuerkannt wurde.[1]) Daß dieser Beschluß mit Gesetzeskraft ausgestattet werden konnte, war dadurch bewirkt, daß der Senat auf den 22. Dezember noch einmal einen Bürgerkonvent berufen hatte, der seine Mitglieder bei der geheimen Deputation mit der erweiterten Vollmacht ausstattete, mit dem Senate alles zu überlegen und zu beschließen, was vor dem wirklichen Eintritt der Fremdherrschaft zum Besten der Stadt, ihrer öffentlichen Anstalten und frommen Stiftungen noch geschehen könne. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß in der von Syndikus Schoene vorgetragenen Schlußansprache an den Konvent die Worte, der Senat hoffe, heute nicht zum letztenmal öffentlich zu seinen geliebten Mitbürgern geredet zu haben,

[1]) Siehe darüber Kühtmann im Br. Jb. 11 S. 91 f.

und die daran geknüpfte Mahnung zu Mut und Standhaftigkeit von Smidt in die Rede eingefügt worden sind.[1])

Welche Gedanken Smidt im übrigen während der wenigen Tage seiner Anwesenheit in Bremen beschäftigt haben, ergibt ein Brief, den er am 23. Dezember an Gröning nach Paris schrieb: „Du kannst denken, in welcher Stimmung ich hier alles gefunden habe. In welches Haus man tritt, in welchen Zirkel man kommt, es ist, als sei soeben ein geliebter Toter aus ihrem Kreise geschieden. Deine Briefe geben Hoffnung, daß man uns hören dürfte, was wir zur Milderung unsres Schicksals vorzutragen haben. Es ist zwar Auftrag erteilt, deshalb eine nähere Instruktion für Dich zu beraten. Aber der Drang der Geschäfte des Tages, wo jeder glaubt, alles so ordnen und endigen zu müssen, als könne in jedem Moment die Posaune des Jüngsten Gerichts erschallen, wo jeder Rechenschaft ablegen müsse von dem, was er getan und unterlassen habe — der Andrang der Staatsgläubiger, die alles verloren zu haben fürchten —, die Verwirrung, welche die Gemüter beherrscht und zu steter Konfusion führt — läßt uns kaum einen Moment ruhiger Überlegung gewinnen, obgleich wir jeden Tag versammelt sind. Gestern abend nach geendigtem Bürgerkonvent blieb ich indes noch mit einigen unserer Kollegen ein Stündchen zusammen, es gelang uns, eine ruhige Ansicht der Dinge zu behaupten, und ich habe den übrigen versprochen, Dir das Resultat unserer Unterredung mitzuteilen.“

Die Hauptsache, meint Smidt und vermutlich auch seine Kollegen, sei, von der alten Verfassung möglichst viel zu retten, um deren Geist für eine mögliche bessere Zukunft zu erhalten. Am dienlichsten dazu wäre es, wenn der Senat unter dem Präfekten als Körperschaft für Verwaltung und Polizei bestehen bliebe; französische Oberaufsicht, Huldigung, Berichterstattung könne man sich gefallen lassen, aber die Verwaltung aller öffentlichen und frommen Stiftungen, das Stadtschuldenwesen, die Verteilung und Erhebung der Abgaben, wovon man nur in jedem Jahre ein bestimmtes Quantum an Frankreich zahle, müßten dem Senate überlassen bleiben. Wenn die Konskription eingeführt werde, so sei es vorzuziehen, daß Bremen zu den matrosenstellenden Seedepartements gezählt werde, daß man Anzahl und Qualität vorschreibe, die Aufbringung und Stellung aber dem Senate überlasse.

---

[1]) Von der entsprechenden Stelle der Anrede des Senats an den ersten Bürgerkonvent nach der Befreiung wissen wir bestimmt, daß sie von Smidt herrührt.

Wenn keine Modifikation zu erreichen sei, müßte man danach trachten, daß möglichst alle Beamte Bremer seien, in zweiter Linie Hamburger oder Lübecker, dann Oldenburger, am wenigsten Hannoveraner. Vor allem müsse der Präfekt ein Deutscher, aber kein Hannoveraner sein. Wünschenswert sei die Verwendung der noch rüstigen und willigen Senatoren im Regierungs- und Justizfach: es würden dabei in Frage kommen Bürgermeister Tideman, Gildemeister, Gondela, Richter Tideman, von Lingen, Droste, Vollmers, Duntze, Nonnen, Post, Castendyk, Horn, Noltenius, Syndikus Gröning und Smidt selbst. Letzterer würde am liebsten das Schulwesen beibehalten, besonders das höhere. „Ich gestehe freimütig, daß es mein Stolz ist, unsre beiden gelehrten Schulen zu einer so zweckmäßigen Einrichtung gebracht und selbst durch sparsame Administration ihre Finanzen in einen so vorteilhaften Zustand gesetzt zu haben, als vorhin nie der Fall war. Ungern möchte ich von dieser mir so lieb gewordenen Beschäftigung scheiden."

Smidt spricht dann noch von der ökonomischen Lage der Senatoren, die Berücksichtigung verdiene, weil die meisten seit langen Jahren aus ihren ehemaligen Erwerbsverhältnissen herausgekommen seien.

Zum Schlusse kommt er noch auf einen schon im Herbst 1809 in den Hamburger Konferenzen mit Reinhard geäußerten Wunsch zurück: „Mir deucht," schreibt er, „man müßte dem Kaiser einmal die Idee hinwerfen, daß ihm, wie den alten abendländischen Kaisern, unmittelbar unter ihm und unter keinem Präfekten stehende kaiserliche Städte zu etablieren des Versuches wert scheine. Diese Städte könnten ihm huldigen, wie ehemals dem römischen Kaiser, sie wären nicht souverän, aber immediat."

Es ist merkwürdig, daß Smidt und einige seiner Kollegen noch jetzt mit so schimärischen Plänen sich beschäftigen, die dem Gedankenkreise des Gewaltherrschers völlig fern lagen, und merkwürdig auch, daß von allem, was Smidt hier aussprach, eigentlich nur, was er über seinen eigenen Wunsch, die Leitung der Schulen unter seinen Händen zu behalten, sagte, in Erfüllung gegangen ist.

An einem der letzten Tage des Jahres kehrte Smidt in Begleitung von Gondela, Vollmers und Horn nach Hamburg zurück, um an den Arbeiten der dorthin berufenen Organisationskommission teilzunehmen und dabei zu erfahren, daß es sich um nichts anderes handle als um die Anwendung des napoleonischen Verwaltungsschemas auf die Hansestädte. Die widrigen Geschäfte, die dort mit den französischen Behörden

zu erledigen waren, füllten die Zeit nur mangelhaft aus. Smidt war trotzdem zufrieden, in Hamburg zu sein. Am 8. Januar 1811, am Geburtstage seiner Frau, schrieb er an diese: „Wie sehr man uns und die fatale Situation, in der wir uns hier befinden, dort auch bedauern mag, ich stehe lieber mitten im Sturm, als unter dem Jammergeschrei der Mutlosen und Unbehilflichen. Vollmers, Gondela und Horn haben mich gestern abend dies ihrerseits ebenfalls versichert, und die beiden letzten dankten mir, daß ich sie fast mit Gewalt hierher gezogen hätte."

Als es sich dann ergab, daß es geboten sei, Deputierte der drei Hansestädte nach Paris zu schicken, um dem Kaiser die Huldigung seiner neuen Untertanen zu überbringen, da lenkten sich nicht nur in Bremen, sondern auch in Hamburg und in Lübeck alsbald die Blicke auf Smidt, der nach Villers Meinung die Seele der Deputation sein sollte. „Wie sehr man mich," schreibt Smidt am 27. Januar an Frau Mine, „von seiten des hiesigen Senats und der Bürgerschaft sowohl als auch von lübeckischer Seite drillt, es zu veranlassen, daß ich mit nach Paris gehen möge, kann ich Dir nicht sagen, denn ich schäme mich täglich, daß mir dies in Gegenwart meiner Kollegen ins Gesicht gesagt wird. Villers schreibt mir deshalb alle Tage und macht es mir zu angelegentlicher Pflicht, es zu veranlassen."

Villers, der krank in Lübeck lag und daher nur brieflich an den Beratungen teilnehmen konnte, und Smidt trafen sich noch jetzt in optimistischen Hoffnungen. Villers hegte, wenn auch zweifelnd, den Wunsch, den Smidt eben an Gröning ausgesprochen hatte, daß es gelingen möge, die drei Städte, abgetrennt von der Präfektural-Organisation, bei ihrer Munizipalverfassung zu erhalten und als kaiserliche reichsfreie Städte anerkannt zu sehen. „Es gilt itzt alles, diesen Franzleuten eine dynamische Idee annehmlich zu machen." Smidt hatte diesen Wunsch nach den gleich in den ersten Tagen in Hamburg gemachten Erfahrungen vielleicht schon aufgegeben, aber er war doch überzeugt, daß es sich bei der Sendung nach Paris um mehr handle als um eine „Komplimentier-Deputation", daß vielmehr in Paris auch von reellen Sachen geredet werden und dort mehr zu wirken sein werde als in Hamburg. Deshalb nahm er die Sendung an, um deren Übernahme ihn und den Senator Vollmers der Bürgermeister Tideman am 26. Januar ersuchte. Seiner Frau gegenüber fügte er noch einen ganz persönlichen Grund für seine Entscheidung hinzu: „Nebenher denk' ich, es ist eine Gelegenheit,

perfekt Französisch zu lernen, welches in Zukunft um so nötiger für mich sein wird. Dazu hat es, wenn wir einmal französisch werden sollen, einen Wert, in der Hauptstadt gewesen zu sein."

Frau Mine aber antwortete, als sie am 29. Januar definitiv erfahren hatte, daß Smidt nach Paris gehen werde: „Unser Leben ist bunter geworden als ich es bei unserer Heirat dachte, aber doch immer noch recht schön, nicht wahr, Smidt, Du lieber Bester! So gebe es Gott weiter und bringe mir Dich dann nach der längeren Reise nur froh und glücklich zurück, so hat er alles gut gemacht."

Nach nur zweitägigem Aufenthalte in Bremen reisten Smidt und Vollmers am 3. Februar nach Paris ab. Von Kassel, wo Reinhard der Reisenden sich sogleich annahm, schrieb Smidt am 7. Februar an Frau Mine: „Wir haben bis jetzt das schönste Wetter, gute Wege und einen sehr bequemen Wagen, sind auch guter Laune dabei: von Hannover an wurden beim Wiederanblick der bekannten Gegenden wunderbare Reminiszenzen in mir wach. Ich sah diese Gegenden zuerst, wie ich zum erstenmal von Hause nach Jena reiste, dann, wie ich zuletzt von Jena zurückkehrte, allein, nach dem Tode der meisten meiner dortigen Freunde. Dann, wie ich nach der Schweiz ging und aus der Schweiz zurückkehrte, zuerst mit Ernst an den Anfang eines bürgerlichen Lebens denkend und mit Scheu vor dem Predigerstande. Jetzt, vierzehn Jahre später (die besten meines Lebens) fast auf den nämlichen Punkt wieder reduziert, mit einem neuen Schatz von Kenntnissen versehen, von dem ich nicht weiß, ob ich sie in Zukunft besser werde gebrauchen können wie damals meine Theologie, also wieder mit der Aussicht eines neu beginnenden Lebens. Doch ich verliere den Mut nicht."

Der reiche Fonds von Kenntnissen und Erfahrungen mannigfacher Art, verbunden mit einer unversieglichen Schaffensfreudigkeit und dem bei solchem Temperament stets vorhandenen Optimismus waren die Quelle des Mutes, ja sogar des Frohsinns, der Smidt und seinen zwanzig Jahre älteren, aber nicht minder mutigen Reisegefährten gelegentlich selbst damals unter den Reiseeindrücken ergriff. Zeugnis dafür gibt ein Brief, den Smidt am 14. Februar nach einem durch Radbruch verursachten Aufenthalt in Epernay bei einer Flasche Champagner zum Teil in Versen an seine Frau schrieb.

Am Nachmittag des 15. Februar trafen sie in Paris ein, empfangen von dem schon seit dem Ende des Jahres 1809 dort befindlichen Syndikus Heinrich Gröning.

Merkwürdig ist es, daß Smidt am folgenden Tage im ersten Briefe, den er seiner Frau aus Paris schrieb, ihr den Vorschlag machte, sie möge zusammen mit ihrer Schwester Friederike, jetzt Frau des Senators Noltenius, irgendeinen kleinen Handel anfangen, für den er ihnen Waren aus Paris verschaffen wolle, denn es sei doch gut, sich unabhängig zu machen. Smidt hat diesen Gedanken dann weiter verfolgt und gegen Schluß seines Aufenthaltes in Paris mit Unterstützung einer deutschen Frau für etwa tausend Franken weibliche Toilettengegenstände eingekauft und mit einem Verzeichnis und Preisangaben nach Bremen geschickt. Indes ist es ihm gelungen, während der kurzen Zeit der Franzosenherrschaft seine Arbeitskraft so gut zu verwerten, daß für Frau Mine, die mit dem Haushalt und der Erziehung ihrer fünf Kinder hinreichend beschäftigt war, keine Nötigung vorlag, den Handel fortzusetzen.

Im übrigen ergab sich bald, daß für die Deputierten der Hansestädte auch in Paris nicht die Rede war von politischen Geschäften und gar von solchen, die eine von der gewöhnlichen Schablone abweichende Organisation der Verwaltung der Städte hätten herbeiführen können. Nur für die Zukunft des bremischen Schulwesens gelang es Smidt, einige Vorsorge zu treffen. Schon am 17. Februar konnte er melden, daß Cuvier zur Besichtigung der Unterrichtsanstalten der neuen Departements bestimmt sei und nächstens nach Bremen kommen werde. Er hat in Paris wiederholt mit Cuvier verhandelt und ihm eine ausführliche Denkschrift über das bremische Schulwesen übergeben, deren Durchsicht Cuvier, als er Smidt am 18. April besuchte, zu der Äußerung veranlaßte, daß man in Bremen vornehmlich unsere guten Einrichtungen zu erhalten werde versuchen müssen. In ihrem noch 1811 erstatteten Berichte über die Unterrichtsanstalten der neuen Departements[1]) sagen Cuvier und Noel, daß sie trotz der leicht zu bessernden Fehler, die sie im bremischen Unterrichtswesen gefunden haben, Lob schulden sowohl den beiden Schulen Pädagogium und Lyzeum und der Mehrzahl ihrer Lehrer wie auch dem Scholarchen Smidt, der sie seit einer Reihe von Jahren geleitet und organisiert hat.

Abgesehen von dieser Smidt, wie wir von ihm selbst gehört haben, besonders am Herzen liegenden Sache und einigen Auskünften, die er schriftlich dem Minister des Innern mitteilte, beschränkte sich seine und Vollmers Aufgabe und wohl auch die der lübeckischen und hamburgischen

[1]) Rapport sur l'instruction publique dans les nouveaux départements de albasse Allemagne p. 62.

Deputierten im wesentlichen auf gesellschaftliche Verpflichtungen. Ihretwegen hatten Smidt und Vollmers gleich nach ihrer Ankunft in Paris die für die großen Empfänge erforderlichen Hofkostüme sich verschafft. Smidt hatte einen braunen, Vollmers einen violetten Samtstoff für den Anzug gewählt. „Vollmers," schreibt Smidt seiner Frau, „jammert immer, wenn er das neue Kleid über den Leib ziehen muß. Er sieht dann aus wie ein ehrsamer Raschmachermeister,[1]) wenn er des Sonntags in seinem violetten Rock zur Kirche geht. Die Weste ist von demselben Zeuge, dabei eine schwarze Hose und weiße Strümpfe, ein aufgekrempter Hut mit weißer Feder besetzt unterm Arm. So sehe auch ich aus, nur daß meine Farbe braun ist. Es ist ein spektakulöser Aufzug. Degen dabei, alles geniert horrend, und ich lasse mir um Vollmers willen nur nicht merken, wie penibel mir selbst zu Sinn ist."

In den Gesellschaften, die Smidt nun zu besuchen gezwungen war, traf er wohl durch Zufall einmal eine interessante Persönlichkeit, wie gleich am 20. Februar bei dem Minister des Innern Montalivet unter sieben- bis achthundert Menschen Alexander von Humboldt, „der uns am Montag in eine Sitzung des Nationalinstituts führen will." Wie es aber im allgemeinen bei so großen Empfängen zuging, schildert Smidt am 24. Februar seiner Frau. „Gestern abend bei Cambaceres. Fünf bis sechs Säle voller reich geputzter Herren und Damen. Wenn man sich hindurchgedrängt hat, um dem Herrn, der den Cercle gibt, ein Kompliment zu machen, so bleibt man noch eine Viertelstunde, drängt und läßt sich drängen, dankt Gott, wenn man mit dem Degen sich nicht vertakelt und die Kleider beschädigt, spricht höchstens mit einem bekannten Nebenstehenden ein paar Worte, sucht sich dann durchzudrängen in den vordern Saal, läßt den Bedienten rufen. Dieser sucht den Wagen, das dauert in der Regel eine halbe Stunde, oft eine Stunde, und fährt dann vielleicht noch über eine halbe Stunde, ehe man nach Hause kommt. So werde ich von nun an, solange ich hier bin, vielleicht jede Woche vier oder fünf Abende zubringen müssen, denn jeder Große hält dergleichen Cercles, läßt genau darauf achtgeben, wer ihm dergestalt die Cour macht, und man muß von Zeit zu Zeit bei allen herum. Welch ein Leben!"

Allein, wie unbehaglich Smidt auch dieser geschäftige Müßiggang sein mochte, er war doch zufrieden, mehr Ruhe zu haben, als er in den letzten zehn Jahren jemals gehabt hatte, sie war, wie er am 14. März an seine

[1]) Rasch war der Name eines ursprünglich in Arras gewebten Tuches.

Frau und an seine Schwester schrieb, für seine in den letzten Zeiten fast zerriebene Gesundheit durchaus nötig. Sie ließ ihm auch die Muße, immer aufs neue darüber nachzusinnen, wie er künftig sein Leben einrichten könne, nachdem ihm sein Amt und seine Stellung verloren gegangen waren. Die Erörterung dieser Frage bildete den vornehmlichen Inhalt seiner Korrespondenzen mit seiner Frau. Da kamen denn die verschiedenartigsten Einfälle Smidts in Erwägung, niemals aber, soviel ich sehe, spielte dabei von Smidts Seite eine Rolle die in Hamburg erst nach seiner und Vollmers Abreise von Gondela und Horn beim Prinzen von Eckmühl angebrachte Frage, welche Entschädigungen den ehemaligen Senatsmitgliedern in Form von Ruhegehalten gewährt werden sollten. Smidt hatte selbst in Hamburg eine Übersicht über die Einkünfte des Senats aufgesetzt, die für die einzelnen Mitglieder sehr verschiedenartig gewesen waren, weil sie in bedeutendem Maße von Sporteln abhingen, die die dem Ratsherrn jeweilig zustehenden Ämter abwarfen. Auch der Senat hatte sich in Bremen mit der naheliegenden Frage der Ruhegehalte beschäftigt. Gondela und Horn aber waren in ihrer Eingabe an Davoust weit zurückgeblieben hinter den nicht unbilligen Wünschen des Senats, offenbar weil sie sich keine Hoffnung machen konnten, diese erfüllt zu sehen. Es scheint aber, daß Smidt, dem Horn über jene Eingabe Mitteilung gemacht hatte, auch deren Gelingen von vornherein bezweifelte. Und er hatte recht. Der französischen Regierung ist es niemals eingefallen, den vom Raubzuge ihres Kaisers in erster Linie betroffenen Staatsdienern eine Entschädigung für ihren Verlust zu gewähren, hat sie doch in der Folge selbst den im französischen Staatsdienst angestellten ehemals bremischen Beamten zum Teil niemals ein Gehalt ausgezahlt.

Smidt wünschte für sich anfänglich allerdings ein Staatsamt oder ein munizipales, um auch künftig für das Wohl seiner Vaterstadt tätig sein zu können, aber ein solches, bei dem er, der nur ein kleines Vermögen besaß, ohne ökonomische Sorgen leben könne, weil er in solchen Sorgen ein Hemmnis für seine öffentliche Tätigkeit sah. Da kamen für ihn, da er im Justizdienst keine Verwendung finden konnte, nach Gondelas und Horns Ansicht etwa die Leitung der direkten Steuern (Receveur des impositions directes) oder auch das Amt des Maires der Stadt Bremen in Betracht. Andere waren der Meinung, daß Smidt Generalsekretär des Präfekten werden müsse, ein Amt, das an Einfluß auf die Geschäfte des Departements dem des Präfekten nahezu gleich-

komme. Smidt selbst hat sich zeitweise mit diesem letzten Gedanken vertraut gemacht. Indes äußerte sich Wichelhausen, der bald darauf Maire wurde, ein genauer und geschätzter Freund des Smidtschen Hauses, die Besorgnis, daß der Präfekt, der Graf von Arberg, der selbst ein Mann von tätiger Kraft sei, vielleicht nicht gern zum Generalsekretär einen Mann machen werde, der ihm in Hinsicht des Geistes die Spitze böte. Frau Mine aber, wenn auch selbst überzeugt, daß niemand für das schwierige und einflußreiche Amt geeigneter sei als ihr Mann, fügte der Meldung über die Ansichten anderer hinzu: „Mir blutet das Herz, wenn ich bedenke, daß Du vor lauter Arbeiten Deines häuslichen Lebens so wenig froh werden würdest."

Auch Smidt war dieser Gedanke unerfreulich. „Ich versichere Dich," schrieb er an Frau Mine, „daß, um Dir und den Kindern mehr leben zu können, ich mich selbst mit dem Gedanken, Bremen im Notfalle zu verlassen, schon vertraut gemacht habe. Wenn ich sehen muß, daß der größte Teil meiner ehemaligen Kollegen, die mich nun zehn Jahre lang zu allem Möglichen brauchbar gefunden haben, weil sie zum Teil Muße hatten und ihrem Vergnügen nachgingen, wenn ich mich abquälte, mich jetzt zu nichts, sich aber zu allem brauchbar finden, so wird von dieser Seite her wenigstens meine Sehnsucht nach Bremen eben nicht sehr gereizt, und wenn mir in gewissen Stunden ein Antrag geschähe, selbst hier in Paris eine hinreichende Beschäftigung und Auskommen zu finden, ich wiese ihn nicht zurück und beriete mich wenigstens ernstlich mit Dir darüber."

Gondela und Horn, durch das Arbeiten der Organisations-Kommission in Hamburg aufgehalten, dachten gerade daran, ihre Beziehungen zu Eckmühl zu benutzen, um die Stelle des bremischen Generalsekretärs für Smidt zu erlangen, als ihnen gegen Mitte März bekannt wurde, daß Davoust Villers aus Lübeck und aus allen von französischen Truppen besetzten Ländern ausgewiesen und seine Papiere beschlagnahmt habe, weil Villers durch seine kleine Schrift über die Schlacht bei Lübeck das französische Militär beschimpft habe. Da mußten sie jene Absicht zu ihrem Bedauern aufgeben. Denn unter den beschlagnahmten Papieren hatten sich auch die Briefe gefunden, die Smidt Ende 1810 und Anfang 1811 von Hamburg aus an Villers gerichtet hatte, um mit ihm die von Villers ausgegangenen Gedanken zu besprechen, daß man versuchen solle, die Hansestädte auch unter französischer Herrschaft als kaiserliche Freie Reichsstädte zu erhalten. Zwar gelang es Gondela

und Horn, den Zorn des Marschalls über Smidt so weit zu besänftigen, daß er erklärte, da Smidt an Villers nur vertraulich geschrieben und seinen Ideen, die Schimären seien, keine weitere Publizität gegeben habe, so wolle er in Rücksicht seiner der Sache keine weitere Folge geben, aber daran war nun nicht mehr zu denken, für einen Freund des „Libellisten" Villers, den Davoust „verabscheute", ein öffentliches Amt zu erbitten.

Übrigens hatte Smidt schon früh mit dem Gedanken sich vertraut gemacht, das Notariatsgeschäft zu ergreifen. Aber in der Unsicherheit, in der er sich darüber befand, ob er seine Ernennung zum Notar erreichen werde, tauchten auch manche andere Pläne vor ihm auf. So wollte er Erzieher der Kinder seiner Schwester werden und mit ihr zusammen eine Pensionsanstalt errichten. Als ihn in Paris die Nachricht erreichte, daß der Pastor Stolz Bremen verlassen und in seine Schweizer Heimat zurückkehren wollte, faßte er wohl den Gedanken, seinen ersten Beruf wieder aufzunehmen und sich als Stolz' Nachfolger an der Martinikirche zu melden. Er hatte das in mehreren Briefen nach Bremen ausgesprochen, „aber es hat niemand darauf geantwortet," schreibt er am 19. April seiner Frau. „Man scheint den Gedanken für Spaß genommen zu haben, und wenn er bei mir auch nie recht ernstlich gewesen ist, so habe ich ihn doch aus dem Tableau meiner möglichen Zukunft noch nicht ausgestrichen. So habe ich auch sonst noch allerhand Pläne in Reserve, mit denen ich nur in Ermangelung eines besseren mich ernstlich zu beschäftigen gedenke und vor der Hand still davon schweige. Wenn ich z. B. sagte, ich glaube, daß ein guter Advokat aus mir werden könnte, so würde mich jedermann und vor allen unsere übermütigen Juristen gewaltig beschreien, und doch bin ich für mich überzeugt, daß ich in einem Jahre das französische Recht sogut wie die andern erlernen und in der Praxis mich auszeichnen würde usw. Kurz, es wird sich schon ein Wirkungskreis für mich finden, und schon daraus, daß ich unablässig darüber nachsinne und mir immer neue Wege offenzuhalten suche, kannst Du schließen, daß ich den Mut nicht verloren habe. Mein Glück mag ich lieber hinterher preisen als vorher."

Schon früher hatte er seiner Frau gesagt:[1]) „Schreib mir nur, daß Du im Notfalle auch zur Dunge ein einsames Landleben zu führen den Mut hast. Dies ist, wenn es gleich noch ärger kommen kann, das

---

[1]) Brief vom 9. April, vollständig abgedruckt bei Bernhardine Schulze-Smidt Der alte Smidt S. 194 f.

ärgste, was wir meiner jetzigen Ansicht nach zu besorgen haben, und ich mache mich immer gern auf das ärgste gefaßt. Übrigens sei völlig überzeugt, welche Lage uns auch künftig treffen wird, sobald sie einmal bestimmt ist, werde ich mich schon darin zu finden wissen, und du wirst mich heiter und zufrieden sehen, solange du es bist und wir alle gesund sind und die Kinder brav und gut werden."

Schließlich kam er doch immer auf das Notariat zurück, „das, wie er am 26. April schreibt, alle Umstände gegeneinander abgewogen, das einzige ist, welches die sicherste Aussicht auf Befreiung von ökonomischen Sorgen gewährt. Die damit verbundenen Arbeiten sind trocken, das ist wahr, aber der ruhige Blick auf Dich und die Kinder wird sie mir süß machen. Mein Verdienst ist nicht von Gunst oder Ungunst eines fremden Vorgesetzten, sondern von dem Zutrauen und der Liebe meiner Mitbürger, die ich zu besitzen und erhalten zu können glaube, abhängig".

Er hoffte daneben, durch seine Verbindung mit Cuvier demnächst Rekteur der Akademie zu werden, deren Errichtung in Bremen in Aussicht genommen wurde. Wenn das auch nur ein Ehrenamt sein würde, so würde es ihm doch geistige Erfrischung und einen bedeutenden Einfluß auf hervorragende Männer und auf die Erziehung der Jugend gewähren.

Trotz seiner eifrigen Korrespondenz mit seiner Frau sowohl, wie mit Horn, Gondela, Wichelhausen, Nonnen und anderen Bremern weckte doch sein vergleichsweise ruhiges Leben in Paris in ihm auch lange zurückgehaltene literarische Bedürfnisse wieder auf. „So hat mich," schreibt er am 29. März an seine Frau, „seit vier Wochen die Lust nach griechischer Literatur und besonders nach dem Homer angewandelt, und ich habe nicht eher geruht, bis ich einen bekommen habe, und lese seitdem fast täglich wenigstens einige Seiten mit großer Freude darin. Mit der Poesie überhaupt wird es auch so gehen. Wenn man nicht mit voller Kraft der Seele handeln kann, treibt sich der übrige Teil derselben gern im Felde der Dichtkunst herum."

Am 17. März fand die Audienz der hanseatischen Deputierten beim Kaiser statt. Der Syndikus Doormann aus Hamburg verlas die von sämtlichen Deputierten gemeinsam festgestellte Adresse. „Der Kaiser hörte sie mit der größten Aufmerksamkeit an und sah uns dabei immer gerade ins Gesicht, auch wir wandten kein Auge von ihm. Wie Doormann geendigt hatte, zog der Kaiser seine Antwort aus der

Tasche und verlas sie sehr laut, deutlich und vernehmlich, so daß uns kein Wort entging."[1])

Die Deputierten haben dann nur noch einmal an einer öffentlichen Audienz des Kaisers teilgenommen, die am 21. April in der Bildergalerie von St. Cloud stattfand. „Ich hatte die Ehre vom Kaiser angeredet und um meinen Namen befragt zu werden", ist alles, was Smidt darüber an seine Frau meldet. Bei diesem Anlasse aber muß passiert sein, was Otto Gildemeister in seinen gleich nach Smidts Tode veröffentlichten Mitteilungen aus dessen Leben nach mündlicher Tradition in der Familie Smidt erzählt.[2]) „Nach schon beendigter Cour trat der Kaiser plötzlich in den Empfangssaal zurück, ging auf Smidt zu, sah ihn einige Augenblicke starr an, und verließ dann, ohne ein Wort zu sagen, das Gemach. Er hatte, wie Cuvier später erzählte (wahrscheinlich im Sommer 1811 in Bremen), eben einen Bericht Davousts erhalten, in welchem Smidt als einer der gefährlichsten Menschen bezeichnet worden war, und hatte diesen Gegner sich einmal ansehen wollen."

Acht Tage nach diesem zweiten Empfange der hanseatischen Deputierten durch den Kaiser, am 28. April, schickte der Minister des Innern Montalivet an Smidt ein ungewöhnlich grobes Schreiben. Je vous remercie, Monsieur, des renseignemens que vous m'avez donnés comme membre de la Députation de la ville de Bremen. Votre mission à Paris en cette qualité étant terminée, vous pouvez maintenant retourner à Bremen. Je vous prie de me faire connaitre dans les vingt-quatre heures le jour que vous aurez fixé pour votre prochain départ. (Das prochain war vom Minister eigenhändig eingefügt.) Recevez, Monsieur, l'assurance de mes sentimens!

Dieser Brief mußte nach Form und Inhalt Smidt um so mehr in Erstaunen setzen, als er an Montalivet von Villers, einem ehemals nahen Freunde des Ministers, ganz besonders warm empfohlen worden war. Aber freilich hatte Davoust seinen Haß gegen Villers und die über diesen von dem Marschall verhängte Strafe inzwischen nach Paris berichtet und damit die Empfehlung Smidts an Montalivet völlig unwirksam gemacht. Denn gewiß wird Davoust auch nicht unterlassen haben, in seinem Bericht die freundschaftlichen Beziehungen

[1]) Smidts Brief vom 18. März an seine Frau, mit ausführlicher Schilderung der ganzen Zeremonie ist abgedruckt a. a. O. von Bernhardine Schulze-Smidt S. 185 ff.

[2]) Wieder abgedruckt im Smidtbuche 1873 S. 18.

zwischen Smidt, dem Haupte der bremischen Deputation, und Villers zu erwähnen. Daraus würde sich alsdann das sonderbare unkaiserliche Benehmen Napoleons gegen Smidt erklären, und wohl auch das grobe Schreiben des Ministers, dem der Bericht des Fürsten Eckmühl erst etwa eine Woche nach dem Empfange in St. Cloud bekannt geworden sein mag.

Smidt ließ sich indes bei seinem völlig ruhigen Gewissen durch die beiden ihm widerfahrenen Begegnisse nicht stören, noch weitere zehn bis elf Tage in Paris zu bleiben, ja zusammen mit Vollmers noch einen Abschiedsbesuch bei Montalivet zu machen und dem Minister ein Exemplar seines Hanseatischen Magazins überreichen zu lassen. Eine Artigkeit, die Montalivet doch nach fünf Tagen sich „beeilte" mit einer neuen Dankesäußerung zu erwidern, der er diesmal auch die Versicherung seiner sentimens distingués hinzufügte.

Zu Anfang April hatte Smidt die Bitte seiner Frau erhalten, er möge sich doch in Kupfer stechen lassen, wie es Post, Nonnen, Heineken in früheren Jahren in Paris getan hätten. Smidt entsprach diesem Wunsche und sandte mit Schreiben vom 7. Mai einen Abdruck der Kupferplatte an seine Frau. Aber Smidt hatte sich, wie es scheint, nicht an den richtigen Künstler gewandt. Weder seine Frau noch deren Schwestern und andere Verwandte wollten den Kupferstich für ein Porträt Smidts gelten lassen.[1])

Am 9. Mai hatte Smidt vormittags noch eine Stunde im Louvre zugebracht, um ein freundliches Andenken an die Scheidestunde mitzunehmen. Am Nachmittag trat er mit Vollmers die Rückreise an. Vor Abend konnten sie noch bei Monfontaine ein Lustschloß des Königs Joseph von Spanien mit prächtigem Park besehen, am nächsten Tage in Ermenonville das Haus, in dem Rousseau starb und den unvergleichlichen Park mit der Pappelinsel, auf der Rousseau begraben lag, bis seine Leiche in das Pantheon gebracht wurde. Am 11. wurde das Schloß in Compiegne besichtigt, am folgenden Tage trafen die die Reisenden in Cambray mit Reinhold zusammen, der, nachdem sein diplomatischer Dienst infolge der Einverleibung Hollands in Frankreich ein Ende gefunden hatte, im Begriffe war mit Frau, Schwester und Kindern zu dauernder Niederlassung nach Paris sich zu begeben. Am 13. kamen sie nachmittags so zeitig in Brüssel an, daß sie noch vor

---

[1]) S. das Jahrb. der brem. Sammlungen 1. Jahrgang, 2. Halbband 1908. Taf. XVIII Nr. 2 und dazu S. 67 f.

Abend das Schloß Laeken besuchen konnten. Am folgenden Tage waren sie nachmittags in Antwerpen, wo Vollmers ein paar Tage zu rasten wünschte. In Brüssel und auf der Fahrt nach Antwerpen sahen sie die damals neuen optischen Telegraphen auf den Kirchtürmen in voller Arbeit. Smidt berichtete seiner Frau aus der Scheldestadt, daß er dort gerne sei. „Das französische Wesen verliert sich hier in das holländische; man sieht eine Handelsstadt, worin doch einiges Leben ist, und gewinnt einige Aussicht, wie es doch etwas besser wieder bei uns werden könne." Sie besahen dort auch das Linienschiff „Le Tilsit" von achtzig Kanonen, und Smidt sprach etwa ein Dutzend junger Bremer, die für die kaiserliche Marine ausgehoben waren und die er teilweise persönlich kannte. „Sie sind alle wohl und haben es im ganzen gut."

Über Rotterdam und den Haag ging die Reise nach Amsterdam, wo wieder einige Tage gerastet wurde, weil Vollmers, der in Paris sich ein neues Auge hatte einsetzen lassen, an einer leichten Entzündung litt. Auf der weiteren Reise machte Smidt am 27. Mai einen Abstecher nach dem Dorfe Putten, wo sein Vater von 1742—1760 Pastor gewesen war. Er fand das Gedächtnis seines Vaters, obwohl seit seinem Fortzuge mehr als ein halbes Jahrhundert verflossen war, noch in Ehren und sprach einige alte Leute, die sich noch mancher Züge des domine Smidt zu erinnern wußten.[1])

Über Lingen und Wildeshausen langten die Reisenden am 1. Juni endlich in Bremen wieder an.

Smidt ließ es eins seiner ersten Geschäfte sein, bei dem Staatsrat Faure in Hamburg, der die Justizeinrichtungen der neuen Departements zu leiten hatte, sich um das Notariat zu bewerben. Er beruft sich auf die gütige Aufnahme, die ihm Faure in den ersten Tagen nach seiner Ankunft in Hamburg gewährt habe, und auf die durch Gondela und Horn dem Staatsrate bereits vorgetragene Bitte Smidts. Dann fährt er fort: „Während der zehn Jahre meines Dienstes als Mitglied des bremischen Senats habe ich das Glück gehabt, der Anhänglichkeit und des Vertrauens meiner Mitbürger mich zu erfreuen, und diese freie Vergeltung meiner Mühen hat so wesentlich zu der Ruhe und dem Glücke meines Lebens beigetragen, daß es mir unendlich peinlich sein würde, darauf zu verzichten, und daß jedes Amt,

[1]) Siehe darüber oben S. 5/6 nach einem Briefe, den Smidt am folgenden Tage an seine Mutter richtete.

das mehr oder minder unvereinbar mit der Fortsetzung dieser lieben Beziehungen wäre, keinen Gegenstand meiner Wünsche bilden könnte." Er habe sich in Paris schon über die Pflichten eines Notars unterrichtet und zweifle daher nicht, daß er, falls S. M. geruhen sollte, ihn zu diesem Platze zu ernennen, zur Zeit der Einführung der Prozeßordnung in den neuen Departements imstande sein werde, die Geschäfte wahrzunehmen.

Die Ernennung verzögerte sich indes beträchtlich über den Zeitpunkt, zu dem die französische Gesetzgebung in Kraft treten sollte, den 1. Juli, und kam erst gegen Ende September in Smidts Hände.

Inzwischen hatte Smidt für seine Tätigkeit schon andere Aufgaben gefunden. Er war vermutlich auf Veranlassung seines Freundes Wichelhausen, der seit dem 1. Juli Maire der Stadt Bremen war, provisorischer Munizipalrat geworden und hatte in dieser Eigenschaft neben der Vorbereitung der neuen Organisation auch die Zivil- und Kriminalpolizei in einem Teil des bremischen Gebiets wahrzunehmen und mehrere fromme Stiftungen zu verwalten.[1]) Als im August Cuvier in Bremen war, wurde Smidt die ihm auch während des Provisoriums belassene Aufsicht über das bremische Schulwesen definitiv übertragen. Er hat sie in der Zeit der französischen Herrschaft beständig wahrgenommen und so auch die nach Cuviers und Noels Bericht für Bremen geplante Akademie immer im Auge behalten, zu ihrer Ausführung aber, schon weil es an Finanzmitteln dafür fehlte, nichts tun können. So ging im ganzen während der folgenden zwei Jahre Smidts Leben in der Stille der Notariatsgeschäfte dahin.

Smidt hat sich nicht darin getäuscht, daß das Vertrauen seiner Mitbürger ihm auch in dieser Stellung werde erhalten bleiben. Schon im Februar 1812 schreibt ihm sein Freund Horn, der als Mitglied des Appellhofes nach Hamburg hatte übersiedeln müssen: „daß es Dir in finanzieller Hinsicht so wohl geht, freut mich herzlich", und er wiederholt das gelegentlich nochmals mit dem Zusatz: „ich glaube, daß es Dich nicht reuen wird, diese Stelle vorgezogen zu haben, obschon das Vergessen Deiner vorigen Tätigkeit oft schwer sein mag."

Ohne Zweifel hat auch Smidt das tief empfunden, aber als verständiger Mann verschloß er solche Empfindungen mit seinen Gedan-

---

[1]) Brief Smidts an Villers vom 30. Juli 1811, abgedruckt im Bremer Sonntagsblatt 1862 Nr. 20.

ken über die mögliche Zukunft Deutschlands und Bremens strenge in sein Inneres.

Auch an den Briefen, die er an auswärtige Freunde schrieb, wird er, zumal nach der Erfahrung, die er mit den an Villers gerichteten gemacht hatte, sich sehr vorsichtig geäußert haben. Merkwürdig aber ist es, daß seine auswärtigen Korrespondenten sich nicht alle die gleiche Zurückhaltung auferlegten. Am freimütigsten äußerte sich von Paris aus Reinhold, mit dem Smidt bald nach seiner Rückkehr nach Bremen einen Briefwechsel angeknüpft hatte.

Als Reinhold am 4. April 1812 auch seinerseits Smidt beglückwünschte zum guten Fortgang des Notariats, sprach er zugleich seine Verwunderung darüber aus, daß Smidt noch den Gedanken hege etwas anderes zu werden. „Haben Sie denn noch Ehrgeiz? Wo nehmen Sie ihn her?“ Und an späterer Stelle fährt er fort: „Seit einem gewissen Zeitpunkte gehört mein ganzes Herz dem deutschen Vaterlande. Was soll ich Ihnen weiter zu Ihren Mitteilungen sagen? Ein trostloses Schauspiel ist nicht weniger herzzerreißend, wenn man auch kein anderes erwartete. Unter den gegebenen Umständen ist es natürlich, daß sich alles fügt und schmiegt, von dem was kriecht, nicht zu sprechen. Aber, daß die Umstände so haben werden können, wer ist, der frei zum Himmel blicken und ausrufen kann: ich bin daran ganz unschuldig?“

Am 12. Juni teilt Reinhold mit, daß er einen Brief Smidts vom 22. April mit der (Pariser) Stadtpost mutmaßlich durch Gröning erhalten habe. „Dieser gute Mann hat sich bis diesen Augenblick noch nicht bei mir sehen lassen, was ich ihm zwar durchaus nicht verüble, worin ich aber mit Betrübnis das Zeichen einer Zeit erkenne, wo die herrschende Kraft- und Mutlosigkeit sich sogar in der Scheu vor Mitteilung gegen diejenigen äußert, bei welchen man Gleichheit der Gesinnung voraussetzen darf und wo daher die Vereinzelnung immer allgemeiner und der Willkür ihr Getriebe immer leichter gemacht wird.“

Am 27. August sagt Reinhold: „Die anbetende Erhöhung des Monarchen wird immer mehr oberstes Gesetz und heiligste Pflicht. Die öffentlichen Blätter arbeiten täglich in diesem Sinne, die ersten Staatsdiener drücken ihn bei jedem Anlaß aus, die kaiserliche Universität denkt ohne Unterlaß auf die zweckmäßigsten Mittel, ihn der anwachsenden Jugend einzuprägen. Et spes et ratio studiorum in Caesare tantum, ist der Wahlspruch eines Buches, welches sie für die Schulen

hat aus anderen Büchern zusammentragen lassen. Dieu, le Prince et la Patrie (in dieser Folge) sind, sagte der Großmeister neulich, die heiligen Worte, welche den Inbegriff aller Pflichten der Universität ausmachen. Den jungen Franzosen sagte der Minister des Innern letzthin in einer öffentlichen Rede, sie seien bestimmt, sujets époux et pères zu werden, sujets an der Spitze von allem, ja das Alpha und Omega. Was wird es erst sein, wenn als Besieger Rußlands zurückkehrend und auch in der Halbinsel jenseits der Pyrenäen keinen Widerstand findend?" Er meldet dann freilich für die Franzosen ungünstige Nachrichten aus Spanien.

Solche Nachrichten zu erhalten wird für Smidt sehr erwünscht gewesen sein, denn im wesentlichen war es gewiß in Bremen nicht anders bestellt als in Hamburg, von wo Horn gelegentlich meldete, daß man über die Zeitbegebenheiten in einer kaum für möglich gehaltenen Unwissenheit lebte. „So sehr sind die Menschen eingeschüchtert." Man erfuhr selten mehr, als was der Pariser Moniteur meldete und deutsche Zeitungen ihm nachdruckten. Und dies wenige wurde namentlich sehr unzuverlässig von dem Augenblicke, wo Napoleons Waffenglück in Rußland zu scheitern begann. Da schrieb Smidts jüngerer Freund Fritz Heineken im August 1812 von einer Reise aus Kassel an Smidt: „Um der Menge der gewiß grundlosen Gerüchte (von H. unterstrichen) vorzubeugen, hat dieser Tage die hohe Polizei in Kassel bekannt gemacht, da sich Gerüchte verbreitet hätten, die an dem Waffenglück der großen Armee zweifeln ließen, so sei hiermit alles Sprechen über politische Gegenstände, die nicht im Moniteur ständen, verboten, und solle der, der es sich erlaube, aufs Kastell gesteckt werden, bis er seinen auctor genannt habe." „Dergleichen Maßregeln, fügt Heineken hinzu, „werden so dummen Geschwätzen wohl ein Ende machen."

Das war die verbreitete Art, wie man selbst in vertraulichen Briefen sich nur noch auszusprechen wagte.

In den ersten Januartagen 1813 war auch nach Bremen die Kunde gedrungen über den Untergang der großen Armee in Rußland. Sie erweckte in den deutschen Herzen der Bevölkerung lebhafte Freude, die laut zu äußern indes nur die Kreise sich getrauten, die das Bewußtsein hatten, daß die hohe französische Polizei sich nicht um sie kümmere. Smidt, der sich vermutlich durch sein stilles Verhalten der Polizei verdächtig gemacht hatte, mußte auch jetzt seine Empfindungen bei sich verschließen, zumal da noch nichts bekannt geworden war über

die Erfolge des verfehlten russischen Feldzuges. Während weitaus die meisten Teile des klein gewordenen Preußen und mit ihnen Mecklenburg und bald auch, wenn auch nur zeitweise, Hamburg und Lübeck den Jubel der Befreiung aus Gewaltherrschaft und Knechtschaft durchlebten, mußte Bremen nach den schnell vorübergegangenen Hoffnungsstrahlen noch einen trüben Frühling und Sommer durchkosten, die noch trauriger gestaltet wurden durch eine Reihe grausamer und sinnloser Gewalttaten eines Vandamme[1]) und selten einmal erhellt durch spärlich eintreffende Nachrichten über deutsche Vorteile gegen die Franzosen.

Auch Smidt wurde einmal von einem abscheulichen Schicksal bedroht, nicht weil er etwas den Gewaltherrschern Feindliches getan oder auch nur geplant hatte, sondern wahrscheinlich nur, weil man, so oft in Bremen von Zukunfthoffnungen die Rede war, seinen Namen als den des tatkräftigsten unter den ehemaligen Senatoren genannt hatte. Da ging im August 1813 bei dem wieder in Hamburg eingezogenen Marschall Davoust eine anonyme Denunziation aus Bremen ein, die man, ohne daß Smidt darin genannt worden zu sein scheint, doch nur auf ihn deuten konnte. Es erfolgte alsbald ein Befehl Davousts, Smidt nach Wesel abzuführen. Kaum hatte der schon genannte Fritz Heineken dies erfahren, als er nach Hamburg eilte, um bei dem Haupte der dortigen hohen Polizei d'Aubignose Vorstellungen dagegen zu erheben. D'Aubignose erklärte ihm unverhohlen: „Der Brief, der diese Maßnahmen herbeigeführt hat, bedeutet an sich nichts; ich bin auch überzeugt, daß er mit Herrn Smidt an sich nichts zu tun hat. Wie mir scheint, will man auch nicht Herrn Smidt persönlich treffen, sondern die Person, die im ehemaligen bremischen Senat den meisten Einfluß gehabt hat. Man betrachtet ihn als eine Art Geisel für die Ruhe der übrigen. Das wird allerdings einige Unannehmlichkeiten für Herrn Smidt mit sich bringen, aber glauben Sie, daß wir daran nicht vorher gedacht hätten?" Heineken ging dann zu dem Marschall selber, und dort glückte es ihm einen Aufschub des Abführungsbefehls zu erwirken, doch unter der Bedingung, daß Smidt sich persönlich in Hamburg vor Davoust verantworte. Als Smidt dahin kam, hatte nach dem Ende des Waffenstillstandes der Krieg aufs neue begonnen. Davoust stand wieder im Felde und dachte wahr-

[1]) Brem. Gesch. Bd. III S. 376.

scheinlich nicht mehr an den Befehl, der nun zum Glücke Smidts und Bremens unausgeführt blieb.[1])

Einige Wochen später erfolgte durch den überraschenden und kühnen Handstreich Tettenborns die erste Befreiung Bremens von der Franzosenherrschaft. Smidt und seine Familie erlebten den Anmarsch der Kosaken, Lützower und Hanseaten am 13. Oktober in ihrem Gartenhause auf der Contrescarpe, damals dem einzigen Haus zwischen dem Ostertor und der Kohlhökerstraße. Es lag also gerade in dem Raum, in dem die russischen und deutschen Truppen ihren Angriff auf die Stadt zu beginnen, sich anschickten. Natürlich, daß die Familie Smidt sofort ihr Haus verließ, unter Zurücklassung eines zuverlässigen Gärtners zur Aufsicht. Sie wanderte, während schon Schüsse krachten und Granaten flogen, durch die Kohlfelder nach dem nahen Rembertikirchhofe, wo sie bei dem Pastor Bekenn und seiner Frau Metta Rohde in besserer Sicherheit zu sein hoffte. Aber eben dorthin lenkten die angreifenden befreundeten Truppen, in der Meinung, daß die genannte Kirche in der Altstadt liege, ihre ersten Schüsse. Soeben war ganz in der Nähe der Kirche eine alte Frau getroffen, die nach wenigen Tagen ihrer schweren Verwundung erlag, das einzige Opfer dieses Kampfes aus der bremischen Bevölkerung. Auch ein paar in der Nähe liegende Häuser wurden von Brandgranaten eingeäschert. Dann erst über ihren Irrtum aufgeklärt, wandten die Angreifer ihre Geschoße der Altstadt zu. Nachdem am 15. morgens die kleine französische Besatzung vor Tettenborn kapituliert hatte, konnte die Smidtsche Familie in ihr Gartenhaus zurückkehren und dann in der Stadt an dem Jubel der Bevölkerung teilnehmen.

Man war wieder frei. Der Präfekt und die Mehrzahl der sonstigen Beamten französischer Nationalität waren zum Teil mit der französischen Besatzung, zum Teil auch schon vorher aus der Stadt entwichen. Man stand unter der russisch-deutschen Militärgewalt des Generals Tettenborn und unter der Zivilautorität zweier bremischer Männer des stellvertretenden Präfekturrats Pavenstedt und des Maires Wichelhausen. Konnte man nach Beseitigung der feindlichen Okkupation noch ohne Kenntnis der militärischen Lage im übrigen Deutschland, und durfte man ohne Rücksicht auf das Hamburg widerfahrene Schicksal auch in Bremen jetzt schon den früheren Zustand wieder her-

[1]) Br. Jb. IV S. 393, 1869, von Smidts zweitem Sohne, Heinrich Smidt, dem auch das folgende entnommen ist.

stellen? Das war die Frage, die Smidt, Gondela und andere ehemalige Senatsmitglieder in den nächsten Tagen vornehmlich beschäftigt haben wird, bis Tettenborn, um seine rückwärtigen Verbindungen nicht zu gefährden, sich schon am 18. Oktober nach Verden zurückzog und infolgedessen am 21. noch einmal eine französische Truppe unter dem General Lauberdière sich zum Herrn Bremens machen konnte. Aber schon am Abend des 25. erreichte die erste Kunde von der Schlacht bei Leipzig Bremen, die den französischen General und seine Truppe veranlaßte, schon am folgenden Tage die Stadt wieder zu räumen. Doch kehrte Tettenborn, obwohl er gleich wieder Befehle nach Bremen erteilte, erst am 4. November dahin zurück. Am 5. lud er Gondela und Smidt zu sich und besprach mit ihnen, was nun zu tun sei.

Man einigte sich darüber, daß jetzt, wo Deutschland als bis zum Rhein befreit gelten konnte, das bremische Staatswesen sofort wieder herzustellen sei, daß es aber, um kräftige und schleunige Entschlüsse in Regierungs- und Verwaltungssachen fassen zu können, der Einsetzung einer mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten achtgliedrigen Kommission des Senats bedürfe, bei der ein Ausschuß von 26 Mitgliedern der Bürgerschaft diese, wo es verfassungsgemäß erforderlich sei, vertreten solle. Für die Senatskommission wurden neben Gondela und Smidt noch Vollmers, Horn, Nonnen, Duntze und Lameyer und der Syndikus Gröning in Vorschlag gebracht. Ebenso nahm Tettenborn die von Gondela und Smidt empfohlenen 26 bürgerschaftlichen Vertreter an. Noch am Abend des 5. November, dem vierzigsten Geburtstage Smidts, trat der Senat zum erstenmal wieder zusammen, stimmte den mit Tettenborn verabredeten Beschlüssen bei und ließ die Bürgerschaft zum nächsten Vormittag 10 Uhr nach dem Rathause einladen. Dort nahm sie die von Smidt im Augenblicke tiefster Erregung entworfene und vom Senate unverändert gutgeheißene Anrede aus dem Munde des Syndikus Schoene entgegen.

Die Bürgerschaft, gleich dem Rate von ernster vaterländischer Begeisterung erfüllt, trat den Beschlüssen natürlich bei und war dem Rate besonders dankbar dafür, daß er freiwillig verheißen hatte, nach beendigter Befreiung ganz Deutschlands eine Reinigung der Verfassung von ihren früheren Mängeln in Gemeinschaft mit der Bürgerschaft vorzunehmen.

So wurde der 6. November zum Geburtstag Bremens erhoben und abends mit einer glänzenden Illumination gefeiert. Und wie an diesem

denkwürdigen Tage des Jahres 1813 der Roland, als das Sinnbild des freien Bremens, mit Kränzen und einer bremischen Fahne geschmückt war, so hat man noch jahrelang am gleichen Tage Rolands Geburtstag mit gleichartigem Schmucke des Riesenstandbildes begangen.

Smidt aber ließ es sich nach dem Zeugnisse seines Sohnes Heinrich mit Recht nicht nehmen, seither seinen eigenen Geburtstag als den eigentlichen Auferstehungstag der Republik Bremen zu feiern.[1])

---

[1]) Br. Jb. IV S. 422, 1869.

Sechstes Kapitel

Im Großen Hauptquartier

Smidt hatte in den Jahren der fremden Gewaltherrschaft sich immer stille gehalten, weil ihn nicht nach einem Martyrium gelüstete, das die unglückliche Lage Bremens leicht hätte weiter verschlechtern, sicherlich niemals verbessern können. Aber er hatte doch beständig Augen und Ohren offen gehalten und genau bemerkt, was in den seiner Beobachtung zugänglichen Kreisen vorging. Manches davon hatte ihn um so tiefer empört, als er es in sein Inneres verschließen mußte, vielleicht nichts mehr, als was er im Februar 1813 erfuhr, als schon alle deutschen Herzen hoffnungsvoll nach Osten gerichtet waren. Nach dem Vorgange anderer französischer Städte wurde damals auch in Bremen, ohne Zweifel auf Befehl des Präfekten, unter den wohlhabenderen Einwohnern eine „freiwillige" Subskription eröffnet, deren Ertrag dazu dienen sollte, dem Kaiser ein Geschenk von hundert Kavalleristen anzubieten.[1]) Bei diesem Anlasse wünschte einer der bremischen Franzosenfreunde auch eine Adresse nach Paris geschickt zu sehen, in der u. a. völlig schamlos die Rede war von der „fameuse trahison" des Generals York! Smidt hatte sich gemerkt, wer sie aufgesetzt und wer dafür gestimmt, aber auch wer schließlich ihren Abgang verhindert hatte."[2])

Solche Erfahrungen hatten in ihm und wahrscheinlich auch in seinen näheren Freunden die Überzeugung befestigt, daß mit der Niederwerfung der französischen Herrschaft ein neues Zeitalter beginnen müsse, dessen Forderungen an das öffentliche Leben im Rahmen der alten bremischen Verfassung schwer oder gar nicht zu erfüllen sein würden. Smidt aber wußte, daß die Ausführung neuer Gedanken und Absichten nicht nur im Kreise seiner älteren Ratskollegen, sondern auch unter den Bürgern manchem Widerstande begegnen würden. Deshalb hatte er den begeisterungsvollen Augenblick, wo alle Gedanken nur auf den Wiedergewinn der verlorenen Freiheit gerichtet waren, glück-

[1]) Siehe darüber Heinr. Smidt Br. Jb. IV S. 394.
[2]) Smidt an seine Frau 24. April 1814 aus Paris.

lich benutzt, um in der von ihm entworfenen Anrede des Senats an den Bürgerkonvent am 6. November die Verheißung auszusprechen, daß nach Beendigung des Befreiungskampfes die Verfassung von ihren Mängeln gereinigt werden solle. Und eben deshalb hatten er und sein Freund und Kollege Gondela dafür gesorgt, daß die provisorische Regierungskommission vornehmlich nur aus jüngeren Mitgliedern des Senats gebildet wurde.

Ohne Zweifel hätte Smidt gern seine Kräfte baldmöglichst dem inneren Ausbau des wiedererwachten Staatslebens zugewandt, aber schon nach wenigen Tagen ergab sich, daß es zunächst notwendig sei, dem Staate die Anerkennung der großen alliierten Mächte zu sichern. Und an diese Aufgabe schloß sich ungesucht die andere die Mitwirkung an der Wiederaufrichtung eines deutschen Gesamtstaatswesens und sodann an dem Ausbau der Bundesverfassung. Zu diesen Aufgaben aber wurde Smidt berufen, der infolgedessen in den nächsten Jahren nur ab und an für kurze Zeit in Bremen sich aufhalten konnte.

Die erste Sendung, die Smidt schon am 11. November, diesmal in Begleitung des Senators Post, nach Hannover unternahm, galt der Begrüßung des Kronprinzen von Schweden als des Oberbefehlhabers der Nordarmee, zu der auch die Tettenbornschen Truppen gehörten, und zugleich dem Zwecke, die alten Beziehungen zu den dahin zurückgekehrten hannoverschen Ministern wieder anzuknüpfen.

Als am 26. November der Herzog von Oldenburg auf der Rückkehr in sein befreites Land in Bremen eingetroffen war, gab er als Mitglied des unter der Leitung des Freiherrn vom Stein stehenden Zentralverwaltungsrats für die eroberten deutschen Lande dem Senate den Rat, sofort jemand nach Frankfurt in das große Hauptquartier und an Stein abzuordnen. Der Senat stimmte um so bereitwilliger diesem Rate zu, als schon am 24. der preußische Konsul Delius der Regierungskommission angezeigt hatte, daß er von Stein zum Agenten des Verwaltungsrats für Bremen bestellt sei, und als solcher den Auftrag habe, erstens mit Bremen über die für die Kriegsbedürfnisse erforderlichen Beiträge an Geld und Mannschaften zu verhandeln, zweitens aber „den Zoll zu Elsfleth sogleich wieder einzuführen, und durch eingeborene Beamte erheben zu lassen", was bis zum Ende des Krieges für Rechnung der hohen verbündeten Mächte geschehen solle. Delius legte das von Stein aus Frankfurt an ihn gerichtete Schreiben im Original vor.

Aber, was sollte das heißen, daß Delius zum Agenten des Verwaltungsrats bestellt worden war, sollte damit bekundet werden, daß man im Großen Hauptquartier Bremen nicht als eine befreite, sondern als eroberte Stadt ansehe? Weder Delius noch auch der Herzog von Oldenburg vermochten über diese Frage Auskunft zu geben. Um so notwendiger war es, Aufklärung direkt bei dem Minister vom Stein einzuholen und zugleich mit diesem auch über die Zollangelegenheit zu sprechen, die ganz darnach aussah, als ob der nach den Regensburger Abmachungen von 1803 mit dem Schlusse des Jahres 1812 definitiv aufgehobene Weserzoll nochmals ins Leben treten sollte.

Der Senat beschloß daher schon am 27. November, Smidt nach Frankfurt zu schicken. Man bevollmächtigte ihn bei den verbündeten Monarchen, bei deren Ministerkonseil und bei dem Zentralverwaltungsrat und beauftragte ihn, den Monarchen den ihnen schon schriftlich bekundeten Dank der Stadt für ihre Befreiung mündlich zu wiederholen, ihnen und den Ministern eine wohlwollende Behandlung Bremens zu empfehlen und im Interesse des wiederaufblühenden Handels der Stadt nicht zu schwere Lasten aufzulegen, mit Stein aber insbesondere auch die Zollsache zu besprechen.

Smidt wählte sich zu seiner Begleitung als Sekretär den Dr. Gildemeister, der bald hernach sein Kollege im Senate werden sollte. Außerdem schlossen sich ihm an die beiden Hamburger Friedrich Perthes und Karl Sieveking, die in der Hoffnung, in Frankfurt etwas für die schnelle Befreiung ihrer Stadt zu erreichen, in das Große Hauptquartier zu reisen sich entschlossen hatten.

Wenn Smidt beim Antritt seiner Reise geglaubt hatte, in längstens vier Wochen wieder daheim zu sein, so mußte er doch schon in Frankfurt erkennen, daß er darin sich geirrt habe. Aber immerhin war er auch dann noch der Meinung, daß es sich nur um eine kurze Verlängerung seiner Fahrt handle, daß sie sich auf mehr als sechs Monate ausdehnen werde, konnte er nicht ahnen. Und doch ist es ein Glück für ihn und seine politische Ausbildung gewesen, daß er den Zug des Großen Hauptquartiers bis nach Paris mitmachte und dann dort noch zwei Monate festgehalten wurde. Er hatte das schon eingesehen, als er erst wenig über zwei Monate unterwegs gewesen war.

In einem Briefe, den er am 12. Februar von Troyes aus an seine Schwester richtete, sagt Smidt: „Ich bin am Ende dazu gekommen, den großen Völkerzug nach Paris mitzumachen, ohne bei meiner Abreise nur

von ferne daran gedacht zu haben. Ich weiß, daß ich unter der Zeit dort (in Bremen) vieles hätte tun können, aber die Notwendigkeit, daß jemand von den Hansestädten hier allenthalben mit gegenwärtig sei, sehe und höre, hat sich mir in jeder Woche so viel deutlicher und dringender gezeigt, daß das, was ich dort versäume, darüber gar nicht in Frage kommen kann. Ich bin in eine Schule der Erfahrung sondergleichen gekommen, die vielleicht in Jahrhunderten so nicht wiederkehren wird. Durch ein nun schon halbjähriges Zusammenleben der drei ersten europäischen Monarchen und der einflußreichsten Männer aus allen europäischen Staaten bildet sich eine neue politische Welt, die künftig von der größten Bedeutung für uns sein dürfte und die nur der ganz begreifen wird, der sie unter seinen Augen werden sah."

Smidt und seine Begleiter, ganz erfüllt von deutschnationalem Patriotismus, wünschten auf dem Wege nach Frankfurt die Stimmung wenigstens der gebildeten Klassen der Bevölkerung einigermaßen kennenzulernen, und hielten sich deshalb in Hannover, Göttingen und Kassel auf. In Hannover, wo Smidt vielleicht bei seinem ersten Besuche den Eindruck gewonnen hatte, als ob man gegen Bremen etwas im Schilde führe, galt es für ihn auch die politische Gesinnung der zur Regierung gehörenden Männer zu erforschen. Er besuchte deshalb den Minister von Bremer und die zur provisorischen Regierungskommission gehörenden Räte Rehberg und Frankenfeld, später in Göttingen einige Männer hannoverschen Sinnes und endlich in Kassel den Staatsrat von Martens, der bald danach als Geheimer Kabinettsrat nach Hannover zurückberufen wurde. „Das Resultat der mit ihnen gehabten Unterredungen," so berichtete Smidt am 8. Dezember erst aus Frankfurt, „hat sich mir dahin aufgedrungen, daß in Hannover wenig Sinn für die deutsche Sache, insofern die kräftige Handhabung eines neu zu schaffenden deutschen Gemeinwesens davon als unzertrennlich gedacht werden muß, herrsche. Die nahe Verbindung mit dem mächtigen England scheint allen zu genügen, und man denkt sich die künftige Größe Hannovers auf englische Macht basiert und durch dieselbe souteniert. Rehberg gab zu verstehen, Hannover könne künftig der Mittelpunkt aller europäischen Negoziationen werden, wie einst der Haag. Ein künftiger kräftiger Einfluß eines deutschen Kaisers auf das Deutsche Reich und die Militäreinheit scheint dort weniger im Geschmacke zu sein, als die militärische Präponderanz einzelner großer deutscher Fürsten

in gewissen Teilen des Reichs, mithin Hannovers in unseren Gegenden, wobei man sich, jedoch weniger für die Gegenwart als für die Zukunft, einen auf diesen militärischen Einfluß gegründeten politischen erreichbar denkt. Einzelne Äußerungen von Frankenfeld, ungeachtet der nicht zu bezweifelnden Retablierung der Freiheit der Hansestädte könne es doch, wenngleich nicht im gegenwärtigen Augenblicke, der Fall sein, daß gewisse Ansprüche Hannovers gegen Bremen geltend gemacht würden, z. B. Rückgabe der 1803 akquirierten Dörfer, weil die königlichen Prinzen damals gegen die Abtretung protestiert hätten, habe ich, da sie mir bloße Erfindung der deorum minorum gentium zu sein schienen, etwas barscher von der Schule zu schlagen gesucht und geradezu geäußert, es sei Verrat an der guten Sache, wenn man durch kleinliche Vexationen die Kräfte, die gegen den gemeinschaftlichen Feind von allen Seiten zu benutzen seien, schwächen und lähmen wolle. Wenn Hannover ernstlich daran denken könnte, Dinge, die durch Reichsfriedensschlüsse und Partikulartraktate sanktioniert seien, in einer gewissen übermütigen Laune anfechten zu wollen, so werde seine zu der wiederkehrenden deutschen Treue und Redlichkeit durchaus nicht passende Perfidität vor Kaisern und Königen geschildert werden, wie sie es verdiene. Auf Äußerungen dieser Art wurden die Segel schnell eingezogen."

„In Villers fand ich in Göttingen den alten Freund der Hansestädte und den entschiedenen Todfeind alles französischen Heuchelscheins wieder; seine Äußerungen kontrastierten seltsam mit denen anderer dortigen Gelehrten, die geborene Deutsche sind. Heeren nehme ich aus, der uns mehrere fruchtbare deutschpatriotische Ansichten und Ideen mitteilte."

In Kassel wurde außer Martens auch der ehemalige preußische Legationsrat, später hessische Geheimrat Harnier besucht, in dessen Hause Smidt und seine Gefährten auch Jakob Grimm kennen lernten und an dessen wie an Harniers kraftvoll deutscher Gesinnung sich erfreuten.

Am 8. Dezember vormittags trafen die Reisenden in Frankfurt ein. Man gewahrte es sogleich auf den Straßen an der Überfülle von militärischen und bürgerlichen Personen, die sich dort drängten, daß hier im Augenblick der Mittelpunkt des europäischen Lebens und daß dieser im Begriffe war, sich vorwärts nach Westen zu bewegen. Smidt konnte froh sein, daß er für sich und seine Begleiter durch den ihm von Bremen her bekannten Buchhändler Wilmanns in einem nahe bei dessen Geschäftshause gelegenen Gasthofe Quartier bestellt fand.

Die wenigen halbwegs der Lage der Dinge kundigen Personen, die man in dem Gewirre zufällig traf, konnten nichts aussagen, als daß alle Gedanken nur auf die Fortsetzung des Krieges gerichtet seien, während von der Neugestaltung Deutschlands noch nirgendwo die Rede war. Smidt schrieb es nur einer Reihe von Glücksfällen zu, daß es ihm bereits am 10. Dezember gelang, auf fünf Minuten bei Stein vorgelassen, überdies bei Metternich eingeführt und nebst seinen Begleitern von Kaiser Franz in einer Privataudienz empfangen zu werden. Das war ein glücklicher Anfang, der gute Aussichten für die Erhaltung der freien Hansestädte gab. Der Kaiser sprach zwar so wienerisch, daß es den Norddeutschen schwer wurde, ihn immer zu verstehen, aber was er von dem „wüsten Kerl, dem Davoust", sagte und am Schlusse der Audienz mit den Worten „was ich gut mache und helfe kann, will ich gewiß tun", zeigte doch sein Mitgefühl mit den Leiden Hamburgs. Aber seine „väterliche Freundlichkeit" (der Kaiser war vier bis fünf Jahre älter als Smidt und Perthes) nötigte diesen beiden und ihren etwas jüngeren Begleitern eine „tiefe Rührung" ab. Metternichs geschmeidige Liebenswürdigkeit und sein weltmännisches Benehmen flößte sogleich Zutrauen ein, und er zögerte nicht mit der Versicherung, daß die Verbündeten über die Erhaltung der Freiheit der Hansestädte völlig einverstanden seien, auch einseitige Schutzverhältnisse, auf die Smidt mit Hinblick auf Hannover anspielte, brauchten die Städte nicht zu besorgen. Sie sollten nur am Kriege kräftig teilnehmen; ihre frühere Neutralität sei für die Städte selbst schädlich gewesen, weil sie die Sitten der Bürger verweichlichen und der Freiheit unwert habe machen können.

Wie anders als bei diesem gewandten Hofmann ging es doch in den wenigen Minuten bei Stein her, der Smidt entgegentrat „kraftvoll, mitunter etwas eckig, kurz abgebrochen, schon durch seine Art zu sprechen zeigend, daß ihm die Minuten kostbar seien". Er erklärte nur, die Hansestädte dürften ihre Freiheit wohl behalten. Er fragte kurz, wie das Verhältnis des von Bremen ausgerüsteten Kontingents zu der Bevölkerungszahl sei, und erwiderte auf die Antwort zwei Prozent, das entspreche ungefähr den üblichen Anforderungen. Er billigte, was Smidt ihm über den Fahneneid sagte, den man in Bremen den in die Hanseatische Legion eintretenden Leuten abnehme, und forderte Smidt auf, ihm ein Memoire über die Legion einzureichen. Eine Verminderung der zurzeit in Bremen ungewöhnlich starken Einquartierung sagte er zu.

Als Stein dann davon sprach, daß die Absicht bestehe, Bremen wieder zu befestigen und den Wall seiner ursprünglichen Bestimmung zurückzugeben, wobei er scherzend hinzufügte: „Es kehrt sich alles wieder um; jetzt sollen wir nicht mehr spazieren gehen, sondern uns für unsere Nachkommen zum gemeinen Besten totschlagen lassen," da hätte Smidt seine solcher Absicht widersprechenden Gründe gern sogleich dargelegt, wenn nicht die Zeit gedrängt hätte, das Gespräch abzubrechen und auch diese Frage lieber in einem Memoire zu erörtern. Der Elsflether Zoll war in dem kurzen Gespräch nicht einmal erwähnt worden und erforderte ein drittes Memoire. Smidt war dennoch von diesem Gespräche sehr befriedigt. In Stein hatte er gleich den klugen, klaren und zuverlässigen Geschäftsmann erkannt, der genau wußte, was er wollte, und dies mit wenigen Worten aussprach. Hier fühlte man den belebenden Hauch ernster Arbeit.

Den Staatskanzler von Hardenberg, den Smidt dann aufsuchte, traf er nicht, erhielt dafür aber eine Einladung zum Diner auf den folgenden Tag. Dort lernte er auch Wilhelm von Humboldt kennen, der, ebenso wie Hardenberg selbst, sich unzweideutig für die Unabhängigkeit der Hansestädte aussprach und die Antwort des Königs auf das Schreiben des Senats vom 10. November in nahe Aussicht stellte. Ebenso wurde die erbetene Audienz beim Könige für die nächsten Tage zugesagt. Und wirklich wurden Smidt und seine Begleiter schon am nächsten Morgen zu dieser Audienz geladen. Daß sie eilig aufgebrochen, dann zwei Stunden im Vorzimmer warten mußten, bevor sie zum König eingelassen wurden, empfanden sie insofern nicht unangenehm, als sie im Vorzimmer Gelegenheit hatten, wieder mit dem Minister Humboldt, ferner mit dem Grafen Stadion, mehreren Generalen und anderen interessanten Personen sich zu unterhalten. Die Audienz war dann kurz; der König sprach seine Teilnahme an den Geschicken der Hansestädte aus, ohne indes eine bestimmte Zusage zu geben.

Am gleichen Tage noch übergab Smidt im Bureau Steins, den er persönlich nicht treffen konnte, ein von ihm und den beiden Hamburgern unterzeichnetes Memoire über die Unabhängigkeit der Städte, für die ihnen in Frankfurt von allen Seiten wohlwollende Gesinnungen bekundet worden seien. Sie hofften, daß dieses unschätzbare Gut, nachdem sie, der Ehre gehorchend, auf ihre einer schlafferen Zeit angehörige Neutralität verzichtet hätten und bereit seien, Gut und Blut dem Vaterlande zu opfern, ihnen nicht durch politische oder militärische Kombi-

nationen behindert werden möge. Ein zweites Memoire sprach sich über die Hanseatische Legion aus.

Den russischen Minister Grafen Nesselrode zu treffen und durch ihn eine Audienz bei dem Kaiser Alexander zu erhalten, hatte Smidt trotz vielfacher Bemühungen noch nicht erreicht. Als es ihm endlich glückte, erfuhr er nur, daß der Kaiser im Begriffe sei weiterzureisen und Smidt daher in Frankfurt nicht mehr empfangen könne. Smidt mußte sich schon deshalb entschließen, dem Kaiser weiter nach Süden zu folgen. Zuvor aber wünschte er in Frankfurt Stein noch einmal zu sprechen und das Schreiben des Königs Friedrich Wilhelm entgegenzunehmen.

Stein fand er am 13. Dezember zu einer längeren Unterredung bereit. Smidt sagte dem Minister, daß seine hohe Achtung für Steins Charakter und seine einflußreiche Stellung und die Rücksicht auf seine Zeit seine Äußerungen jederzeit in den Schranken halten würden, die Wahrheit, Aufrichtigkeit und Gradheit ihm geböten, und Stein erwiderte, da sei ihm gerade recht, Smidt möge nur ohne alle Besorgnis aussprechen, was er auf dem Herzen habe. Dies tat denn Smidt und erfuhr dabei sehr viel bestimmter als bei seinem ersten Besuche: die Hansestädte könnten wegen ihrer Unabhängigkeit unbesorgt sein, zwar nicht wegen der Proklamationen Tettenborns und des Kronprinzen, das seien nulle Handlungen, von Militärpersonen ohne Auftrag vorgenommen, woran die Verbündeten sich nicht kehren würden, wenn sie die Sache sonst nicht wollten. „Aber ich weiß, was der Hansestädte halber beschlossen ist, ich bin dabei gewesen, und deshalb glaube ich, Sie können ruhig sein.“ Smidt hatte dem Minister anfänglich unter anderem gesagt, aus der Anstellung von Delius ziehe das Publikum den hoffentlich unrichtigen Schluß, daß man Bremen wie eine eroberte und nicht wie eine befreite Stadt behandeln wolle, und er hatte hinzugefügt, die Hansestädte wünschten, ihre Selbständigkeit von den verbündeten Mächten auch diplomatisch zugesichert zu sehen, und hofften dann, wie andere kleine Staaten mit den Mächten einen Vertrag abschließen zu können, der die von ihnen erwarteten Leistungen an Geld und Mannschaften regele. Stein erwiderte darauf, Smidt müsse versuchen, von Metternich eine schriftliche Erklärung zu erhalten und deshalb dem Hauptquartier nachfolgen. „Es ist jetzt,“ sagte er, „der Moment, der für die Hansestädte günstig ist, diesen Moment dürfen Sie nicht fahren lassen. Kriegsglück und politische Konjunkturen können sich ändern, wenn es gleich nicht wahrscheinlich ist. In ein paar Tagen

gehe ich auch dahin ab. Dort werden wir weiter miteinander reden. Sie werden dort hören, was man von den Hansestädten begehrt und in welches Verhältnis man sie stellen will." Der Meinung, daß die Anstellung von Delius der Unabhängigkeit Bremens Eintrag tun solle, widersprach der Minister bestimmt, er solle, wie Smidt als Vermutung ausgesprochen hatte, nur über die Leistungen Bremens berichten, vor allem aber den Kontinentaltarif einrichten. Denn daß es sich nur um eine solche von der Ostsee bis zur holländischen Grenze zu erhebende Abgabe handele und keineswegs um Wiederherstellung des ehemaligen Elsflether Zolls, erfuhr nun Smidt ebenfalls. Stein wußte allerdings, daß der Herzog von Oldenburg auch nach Fortsetzung des Elsflether Zolls trachte, weil der ihm 1803 zugesagte zehnjährige Genuß durch die französische Okkupation unterbrochen worden sei. „Aber," fügte Stein hinzu, „machen Sie mir ein besonderes Memoire über diesen Gegenstand, protestieren Sie gegen die Einführung des Elsflether Zolls."

Über den guten Geist, der sich in Bremen bei Einrichtung der Hanseatischen Legion gezeigt habe, sprach sich Stein sehr befriedigt aus und lobte die Niedersetzung der provisorischen Regierungskommission; das müsse man in Hamburg und Lübeck ebenso machen. Smidt war mit dieser Unterredung sehr zufrieden und sandte seinen langen Bericht darüber noch am selben Abend per Stafette nach Bremen.

Der Eindruck dieser Unterredung klang noch nach in einem kurzen Bericht des folgenden Tages, worin Smidt schreibt: „Es ist eine wahre Freude, mit deutschen Männern von Redlichkeit und Einsicht zu verhandeln. Wahrlich, ein neuer heiliger Geist hat sich über Deutschland ausgegossen. Sobald man nur Gradheit, Aufrichtigkeit und guten Willen für die gute Sache ohne kleinliche egoistische Rücksichten zeigt, wird man von jedermann wie Freund und Bruder empfangen, und die gegenwärtige Mission gibt mir daher reichlichen Ersatz für die Leiden von einem Dutzend früheren bei dem verruchten Franzosenvolke. Bei den Preußen herrscht vor allen ein herrlicher Sinn. Der Herr von Stein behandelt uns mit einer Achtung und mit einem Vertrauen, wie ich es nach dem, was andere über ihre Aufnahme bei ihm uns erzählt haben, gar nicht erwartet hätte. Das freimütige hanseatische Wesen entspricht seinem derben Charakter besser als das höfische Benehmen der Minister kleiner Fürsten, die während der Rheinbundszeit sich bestrebt haben, als halbe oder dreiviertel Napoleonuli sich darzustellen."

Daß Smidt selbst einen guten Eindruck auf Stein gemacht hatte, erfuhr jener am 14. noch einmal dadurch, daß Perthes und Sieveking, die die Reise nicht weiter fortsetzen wollten, in einer Abschiedsaudienz von Stein beauftragt waren, Smidt zu sagen, er möge schnell nachkommen, er wolle dann mit ihm abschließen. Smidt entschloß sich dann, Stein nach Karlsruhe oder vielleicht nach Freiburg zu folgen.

Am Abend des 14. erhielt Smidt durch Hardenberg die Antwort des Königs auf das Schreiben Bremens vom 10. November. Ein wertvolles Schriftstück, weil es die Freiheit nicht nur Bremens, sondern auch der beiden anderen Hansestädte gewährleistete.[1])

Smidt gab das Original dieses Schreibens den Hamburgern mit, um es nach Bremen zu bringen, und sagte in einem Begleitbrief an den Senatspräsidenten: „Dies wäre also die erste förmliche, von einer der bedeutendsten europäischen Mächte ausgesprochene Anerkennung der wiederhergestellten Freiheit Bremens, eine Zusicherung gleicher Wiederherstellung für die beiden anderen Städte und ein Erbieten zu nicht einseitigen, sondern in Verbindung mit Rußland und Österreich zu übernehmenden Garantie dieser Freiheit."

Am 16. trat Smidt in der Begleitung Gildemeisters die Reise nach Karlsruhe an. Spät abends erst trafen sie in Heidelberg ein und setzten am nächsten Tage, „da auf der Militärroute über Bruchsal, wie wir hörten, es sehr schwer halte, Pferde zu bekommen", die Fahrt über Mannheim fort. Angesichts des Rheins dankte Smidt Gott, daß er „den herrlichen Strom von hier und unter solchen Verhältnissen wiedersah und nicht nach Davousts Intention von der Festung zu Wesel". Am 18. bemühte sich Smidt in Karlsruhe vergeblich, Stein, Nesselrode und Humboldt zu besuchen; auch den Oberstleutnant Rühle von Lilienstern, der unter Steins Leitung Generalkommissar für die deutsche Landesbewaffnung war, verfehlte er. Am folgenden Morgen aber glückte es Smidt und Gildemeister, Humboldt anzutreffen. Dieser ließ sich von Smidt das Schreiben des Königs zeigen und gab es mit der Bemerkung zurück, er habe es verfaßt und sehe, daß es unverändert geblieben sei; Humboldt erwähnte auch, daß Hardenberg heute in Karlsruhe erwartet werde, dagegen Stein noch heute nach Freiburg weiterreisen wolle. Dies veranlaßte Smidt, sofort zu Stein zu fahren, bei dem er gleich vorgelassen wurde. Auch Stein fragte nach dem preußi-

[1]) Der Text des Schreibens ist in meiner Geschichte der Stadt Bremen Bd. III S. 401 mitgeteilt.

schen Schreiben und mahnte Smidt, sich nicht ermüden zu lassen, bis er gleichartige Schreiben von den beiden Kaisern erhalten habe. „Suchen Sie das bei dem Grafen Nesselrode hier noch zu betreiben und reisen Sie dann nach Freiburg zum Fürsten Metternich. Da sehe ich Sie wieder, ich habe nicht länger Zeit. Leben Sie wohl!"

Damit war es aus. Smidt fuhr sogleich zu dem russischen Minister und fand auch diesen zu Hause. Er bat nochmals um eine Audienz beim Kaiser und um Veranlassung eines ähnlichen Schreibens wie das des Königs von Preußen, das er dem Minister gleich in einer Abschrift einhändigte. Die Audienz beim Kaiser, sagte Nesselrode, werde wohl erst in Freiburg stattfinden können.

Smidt war längst entschlossen, nach Freiburg zu gehen, verlegte aber seine Abreise dahin auf den Nachmittag des 20., weil er den Oberstleutnant Rühle vorher noch sprechen wollte. Das geschah denn auch am nächsten Vormittag. Vornehmlich die Hanseatische Legion und ihr Zahlenverhältnis zu der Bevölkerung der drei Städte, dann auch der für Bremen festgestellte Fahneneid und die noch in weiter Ferne stehende Frage einer Befestigung Bremens bildeten den Gegenstand der Unterhaltung. Smidt forderte Rühle auch auf, über Einzelfragen wegen des bremischen Kontingents direkt mit dem Syndikus Gröning zu korrespondieren. Rühle seinerseits warnte Smidt, dem das auch in Frankfurt vom ersten Tage an schon mehrfach begegnet war, sich nicht mit dem Kronprinzen von Schweden einzulassen. Er bewies sich nach Smidts Ansicht in jeder Hinsicht als sehr gefällig und teilnehmend. „Er ist überhaupt ein trefflicher Mann voll herrlichen deutschen Sinns, Muts und Glaubens."

Schon zwei Tage früher hatte Smidt in Karlsruhe einen andern Mann kennen gelernt, den er mit Rühle auf eine Stufe stellen zu können meinte, Max von Schenkendorf, mit dem er bald in noch genauere Verbindung trat. „Er ist heute," meldete Smidt am 20. Dezember, „von Herrn vom Stein ersucht worden, an den Arbeiten des Verwaltungsrats teilzunehmen. Stein weiß seine Leute zu wählen, auch dieser ist ein Mann, wie er sein muß. Schenkendorf wird wahrscheinlich mit Rühle reisen und arbeiten. Ich melde diese und andere gleichgültig scheinende Dinge nur, weil es doch der Mühe wert ist, die Leute kennenzulernen, die die neue Welt zu gestalten helfen."

Am 20. Dezember nachmittags reisten Smidt und Gildemeister nach Freiburg weiter, das sie indes erst nach zweimal vierundzwanzig

Stunden, und zwar wegen Mangels an Pferden von der letzten Station aus zu Fuße, erreichten. Quartier war von Karlsruhe aus zwar bestellt worden, aber bei der Überfüllung mit Fremden, die im Verhältnis zur Größe der Städte in Freiburg noch sehr viel stärker war als in Frankfurt, mußten Smidt und Gildemeister sich in einer Art von Fuhrmannskneipe, die Smidt mit dem Gelben Pferde in der bremischen Neustadt verglich, mit einem einzigen Zimmer begnügen, das ihnen als Arbeits- und Schlafraum und auch als Empfangssalon diente. Zur Beleuchtung hatten sie sich ein paar verrostete eiserne Leuchter verschafft; statt eines Teetopfs mußte man sich mit einer Kaffeekanne ohne Deckel begnügen. Der Wein war ungenießbar, das Essen stand auf niedrigster Stufe, aber die Rechnung war um so höher. Es kam noch hinzu, daß dieses Wirtshaus in nächster Nähe eines Lazaretts lag, in dem der Typhus so viele Opfer forderte, daß Tag für Tag mehrere Tote an dem Wirtshaus vorbeigetragen wurden.

Diese unbehaglichen Zustände ließen Smidts Wunsch, baldmöglichst nach Hause zurückkehren zu können, begreiflicherweise stark wachsen. Um so mehr bemühte er sich, endlich auch das österreichische und das russische Anerkennungsschreiben zu erhalten, um dann schnell den Vertrag über die Leistungen Bremens mit den drei verbündeten Mächten abzuschließen und damit seinen Auftrag zu beendigen.

Aber wie eifrig Smidt auch herumlief, um Metternich und Nesselrode an die Schreiben zu erinnern, so verging doch ein Tag nach dem andern, ohne daß er sie erhielt. Zu Stein mochte er gar nicht mehr gehen, weil dieser ihn bei jeder gesuchten oder ungesuchten Begegnung fragte: „Haben Sie die Schreiben schon?" Smidt bemächtigte sich hin und wieder die Besorgnis, daß die freundliche Stimmung für die Städte am russischen und am österreichischen Hofe ungünstig sich verändert haben möchte, obwohl es ihm am 26. Dezember endlich geglückt war, vom Kaiser Alexander in Privataudienz empfangen zu werden. Sooft er aber seine Besorgnis äußerte, wurde ihm von österreichischer oder russischer Seite, gelegentlich auch von Stein erwidert, von einer Änderung der Gesinnung der Höfe oder Kabinette sei keineswegs die Rede; bisweilen hieß es auch, die Schreiben seien schon ausgefertigt und es fehle nur die kaiserliche Unterschrift. Kurz, es kam schließlich darauf hinaus, daß nur die Überhäufung der Kanzleien mit dringenderen Geschäften die Ursache der Verzögerung war. Inzwischen hatte doch Smidt Gelegenheit zur Verhandlung über die Höhe der hanseatischen

Kontingente, die er für Bremen auf 900 Mann, für die drei Städte zusammen auf höchstens 4500 Mann gegen die von den Mächten, wie er schon in Frankfurt erfahren hatte, angesetzten 7000 veranschlagte. Der Wunsch Smidts, daß das bremische Kontingent mit dem hamburgischen und dem lübeckischen unter dem Kommando des Oberst von Witzleben vereinigt werden möge, entsprach durchaus der Ansicht Steins. Zum erstenmal konnte Smidt auch mit dem in Steins Kabinett tätigen Kammergerichtsrat Eichhorn, dem späteren Minister, über die Postsachen verhandeln.[1] In Bremen hatte bald nach der Befreiung der Stadt der damalige Maire Wichelhausen die Postdirektion übernommen, er wie auch Smidt davon überzeugt, daß das Postwesen künftig nicht wieder eine Finanzspekulation werden dürfe, sondern vor allem der Förderung des Verkehrs und der Kultur dienen müsse. Sehr bald aber hatte zunächst Hannover seine Anrechte auf einen Teil der bremischen Post und dann auch der Fürst von Thurn und Taxis seine ihm auf Grund kaiserlicher Privilegien zustehenden Rechte angemeldet. Der letztere war, wie Smidt von Eichhorn hörte, vom Zentralverwaltungsrat zur Ausübung seines alten Privilegs autorisiert, aber nur deshalb, um, wie in manchen anderen Fällen so auch im Postwesen, die Dinge provisorisch auf den Fuß zu stellen, wie sie vor der französischen Herrschaft in Deutschland gewesen waren. Da nun eine definitive Ordnung der Post im Augenblick unmöglich sei, so sei es ratsam, daß auch die taxische Post in Bremen einstweilen wieder zugelassen werde. Vor einer definitiven Ordnung, die sich auch Eichhorn unter dem von Smidt ausgesprochenen Grundsatz ausgeführt dachte, werde man Bremen gewiß hören.

Endlich, als schon das Hauptquartier nach Basel aufzubrechen im Begriffe und der Kaiser Alexander schon wirklich dahin abgereist war, erhielt Smidt am 8. Januar morgens aus den Händen des Grafen Nesselrode das Antwortschreiben Alexanders in russischer Sprache mit beigefügter französischer Übersetzung und am Abend desselben Tages das österreichische Schreiben, begleitet von einer Antwort Metternichs auf das ihm vier Wochen früher von Smidt überreichte Schreiben des Senats an den Minister.

So war nun Smidt von den drei verbündeten Mächten diplomatisch anerkannt und hätte jetzt zu dem letzten ihm noch obliegenden Geschäfte, dem Abschlusse des Vertrages mit den Verbündeten, schreiten können,

[1]) Bericht Smidts d. d. Freiburg, 25. Dezember.

wenn ihm nicht die seit geraumer Zeit wieder und wieder von ihm begehrten Vollmachtsformulare, die er sich mit Unterschrift des Senatspräsidenten und beigedrucktem Siegel in blanko erbeten hatte, immer noch nicht zugegangen wären. Er begriff schließlich aus einzelnen Andeutungen in bremischen Briefen, daß unter den senatorischen Mitgliedern der provisorischen Regierungskommission zum Teil die Ansicht herrsche, der Vertrag solle mit dem Zentralverwaltungsrat abgeschlossen werden und bedeute deshalb eine Herabminderung der bremischen Selbständigkeit. Er hatte daher in einem Bericht vom 3. Januar diese Ansicht als irrig zurückgewiesen und gesagt, der Vertrag sei nicht mit dem Verwaltungsrat abzuschließen, sondern mit den verbündeten Mächten selbst, die dazu von österreichischer Seite den Baron von Binder, von russischer den Herrn von Anstett und von preußischer den Minister von Humboldt ein für allemal ernannt hätten. Mit Stein werde die Sache nur beredet, weil er das Ohr und das Vertrauen aller drei Mächte habe, nicht aber förmlich verhandelt. Die Ernennung eines Agenten des Verwaltungsrats für Bremen sei schon ein Zeichen, daß man Bremen nicht als eroberte, sondern als befreite Stadt anerkenne, denn den eroberten Staaten (vornehmlich den ehemals rheinbündischen) würden Gouverneurs vorgesetzt, wie aus einem von ihm übersandten französischen Aktenstück deutlich hervorgehe.

So kam denn Smidt auch in Freiburg nicht zum Abschlusse des Vertrages, sondern mußte sich entschließen, dem Hauptquartier weiter nach Basel zu folgen. Er ging gern aus Freiburg fort, wo ihm nach drei Wochen in der fieberverseuchten Luft recht unbehaglich zumute war. Und doch hatte er eben dort bei dem glücklichen Fortgang der kriegerischen Operationen in dem großen Kreise bedeutender Männer, die auf engem Raume zusammen lebten, auch sehr frohe Stunden gehabt und dazu beigetragen, die Freude zu erhöhen. Daß nach langem Besinnen der Krieg endlich nach Frankreich hinein getragen wurde, erschien, wie der großen Masse deutscher Patrioten, so besonders auch den in Freiburg versammelten als gerechte Vergeltung für das unermeßliche Elend, das Frankreich in zwanzig Kriegsjahren über Deutschland gebracht hatte. Die Stimmung im Großen Hauptquartier wurde dadurch zeitweise zu einem Idealismus gesteigert, der inmitten ernster Geschäfte selbst nüchterne Naturen ergriff und die Seelen ungewollt hintrieb zu den herrlichen Blüten deutscher Poesie, die inmitten des Waffengetöses erwachsen waren. „Es fährt kein finsterer, sondern ein fröhlich jovia-

lischer mutiger genialer Geist durch unser Haus," so schrieb Smidt am 29. Dezember an seinen Freund Horn und erzählte ihm, wie nach einem Mittagessen bei Humboldt mehrere Gedichte verlesen wurden, unter denen besonders drei von Smidt vorgetragene lauten Beifall fanden. Sie hatte Max von Schenkendorf in Karlsruhe mit seiner linken Hand für Smidt aufgeschrieben, der sie nun gern im Hauptquartier verbreitete. Das geschah mit solchem Erfolge, daß ein „An die Schweiz" gerichtetes[1]) vom Fürsten Metternich an den Feldmarschall Fürsten Schwarzenberg vor dessen Einrücken in die Schweiz geschickt wurde, um es dort zu verbreiten. Aber Smidt trug in jener Gesellschaft bei Humboldt, „als man ein wenig à la hauteur war", noch ein anderes ihm schon seit längerer Zeit bekanntes Gedicht seines 1812 verstorbenen Freundes Georg Kerner vor, „Das blaue Fieber", einen leidenschaftlichen Zornerguß gegen Napoleon, niedergeschrieben vor Beginn des russischen Feldzugs.[2]) Trotz seiner poetischen Minderwertigkeit paßte das Gedicht so gut in die damals herrschende Stimmung, daß Smidt es den sämtlichen Teilnehmern der Tafelrunde diktieren mußte und daß es von da an nicht nur im Kreise der Diplomaten, sondern auch von dem Kaiser Franz, der es durch Metternich kennenlernte, auswendig gelernt und häufig zitiert wurde.

Am 10. Januar abends fuhren Smidt und Gildemeister weiter nach Süden und kamen am folgenden Tage gegen Mittag in Basel an. Da in keinem Wirtshause noch Unterkommen zu finden war, so quartierten sie sich bei einem Schlossermeister ein. Smidt gefiel es in Basel viel besser als in Freiburg: „Unter Republikanern fühlt sich unsereiner gleich ganz anders gestimmt." Der Bürgermeister Burtorf, „unser alter Freund", den Smidt schon 1797 in Basel kennengelernt hatte,[3]) nahm ihn auf das freundschaftlichste auf. Aber das Geschäft, das Smidt so unerwartet weit in den Süden geführt hatte, der Abschluß des Vertrages, wollte auch dort nicht vom Flecke kommen, selbst nicht, als Smidt am 19. Januar endlich die erbetenen Vollmachtsformulare aus Bremen erhalten hatte. Denn jetzt fehlte die Autorisation des Staatskanzlers für Humboldt, auf Grund der Vorschläge Steins mit Bremen abzu-

[1]) Es ist nach einer Abschrift, die Smidt an seine Frau schickte, in der Bremer Zeitung vom 10. Januar 1814 ohne den Namen Schenkendorfs abgedruckt.

[2]) Das Gedicht ist in der Zeitschrift des V. f. Hamburg. Geschichte Bd. IV S. 477 ff. nach einer Aufzeichnung Smidts; in Wohlwills Buch „Weltbürgertum und Vaterlandsliebe der Schwaben" 1875 S. 62 f. nach einer Aufzeichnung der Witwe Kerners teilweise abgedruckt.

[3]) Siehe Seite 43.

schließen. Und diese war im Augenblick nicht zu erlangen, weil tags zuvor der schon lange erwartete Lord Castlereagh angekommen war und nun die Besprechungen mit Mylord anglais alle Zeit Hardenbergs in Anspruch nahmen.

Bald erkannte Smidt, daß er auch in Basel nicht zum Abschlusse kommen werde, und sah sich, da es sicher war, daß Humboldt, Binder und Anstett mit dem Hauptquartier nach Frankreich hinein gehen würden, vor die Alternative gestellt, entweder durch Schriftwechsel mittels Kurieren den Vertrag zustandezubringen oder selbst in Feindesland zu folgen. Humboldt war freilich bereit, die Verhandlungen nötigenfalls durch Kuriere zu führen, aber andere, mit denen Smidt hierüber sprach, Eichhorn, Pilat, der Staatsrat Friese, sagten ihm bestimmt, die Sache werde dadurch einen unberechenbaren Aufschub erleiden und die bremischen Interessen würden im schriftlichen Verfahren eine sehr viel schlechtere Vertretung finden als in mündlicher Verhandlung. Es kam hinzu, daß der Friede nahe vor der Tür zu stehen schien — Smidt selbst hatte schon wiederholt nach Bremen geschrieben, der Friede werde vor Ostern geschlossen werden — und daß, wenn Smidt nicht beim Hauptquartier blieb, die Hansestädte beim Friedensschluß ohne jede Vertretung sein würden. Die Österreicher boten Smidt an, ihn und seinen Begleiter auf ihre Quartierlisten zu schreiben, Eichhorn und Friese sagten: „Und sollten wir unser Zimmer und unser Bett mit Ihnen teilen müssen, Sie dürfen nicht zurückbleiben.“ Smidt, dem der Entschluß, dem Hauptquartier auch in Feindesland zu folgen, sehr schwer wurde, wollte noch Hardenberg über seine Ansicht befragen. Da er indes diesen immer wegen des englischen Ministers nicht sprechen konnte, so lud ihn der Staatskanzler noch am letzten Tage seiner Anwesenheit in Basel zu Tisch ein, und dabei wird dann wahrscheinlich auch Hardenberg ihm den Rat gegeben haben, nach Frankreich zu folgen.

So entschied sich Smidt schließlich zur Weiterreise, die seiner Meinung nach zunächst nur bis Vesoul gehen sollte, wo die drei Monarchen und das Hauptquartier einstweilen haltzumachen beabsichtigten. Von dort hoffte Smidt über Nancy nach Frankfurt und so nach Hause zu kommen. Auf diese Weise beruhigte er sich selbst, indem er sich vorstellte, daß er mit der Fahrt nach Vesoul schon die Heimreise nach Bremen antrete. Zunächst aber mußte er, um Wagen und Pferde für jene Fahrt zu erhalten, sich entschließen, nach Zürich zu reisen, weil

in Basel und dessen näherer Umgebung ein Fuhrwerk um keinen Preis mehr aufzutreiben war.

Am 23. Januar traf Smidt abends in Zürich ein, wo er seinen alten Freund, den ehemals bremischen Pastor Dr. Stolz, besuchte, dann auch die vom Verwaltungsrat zur Ordnung der Schweizer politischen Verhältnisse dahin gesandten Herren, den Grafen Capo d'Istria und den Baron Lebzelter, an die er einige Aufträge hatte. Den Hauptzweck dieses Ausfluges erreichte er durch Annahme eines Mietkutschers, der ihn gegen einen mäßigen Preis so weit wie nötig nach Frankreich hineinzubringen sich verpflichtete.

Am 26. Januar trafen Smidt und Gildemeister wieder in Basel ein und setzten am folgenden Tage ihre Fahrt wohlgemut fort, bis der Züricher Kutscher sie mit dem Wagen in den Schnee warf. Da sie das nicht ein zweites Mal zu erleben wünschten, so schickten sie den Kutscher heim und nahmen Extrapostpferde. In Vesoul erfuhren sie, was ihnen schon als Gerücht am letzten Tage in Basel mitgeteilt war, daß die Monarchen und das Hauptquartier ohne Aufenthalt nach Langres weitergefahren seien. Ihnen glückte es, da sie fast auf jeder Station, wenn auch häufig unter Anwendung von Drohungen, frische Pferde erhielten, die Fahrt von Basel bis Langres, für die andere vier bis fünf Tage gebraucht hatten, in fünfundvierzig Stunden zurückzulegen und in Langres schon am 29. nachmittags einzutreffen.

Dort waren sie nun zum erstenmal förmlich einquartiert bei guten Leuten, die sich als sehr gefällig erwiesen; es fror sie indes auf dem famosen Plateau „heillos bei den elenden französischen Kaminen". Smidt traf in Langres Humboldt, die Staatsräte Friese und Jordan, den Kammergerichtsrat Eichhorn, Herrn von Pilat u. a. wieder. Stein war, wie der Kaiser Alexander und der König von Preußen, schon nach Chaumont weitergereist. In Verhandlungen mit den genannten Preußen erfuhr er, wie er am 30. Januar berichtete, daß Bremen wohl etwa 500 000 Taler als Beitrag zu den Kriegskosten, zahlbar bis Mitte 1815, zu leisten haben, davon aber etwa die Hälfte werde abziehen können für Lieferungen, die es seit dem 1. November 1813 an die durch die Stadt gerückten alliierten Truppen gemacht habe. „Man hat mich heute aufs neue versichert, es sei gar nicht die Absicht, die Hansestädte durch ihre Leistungen zu dem gegenwärtigen Kriege zu ruinieren, und wenn gleich Bremen, da es weniger gelitten, am Ende billigerweise mehr leisten könne wie die anderen beiden, so habe es sich dagegen auf eine so

loyale Weise benommen, daß man billige Gegenvorstellungen desselben gewiß berücksichtigen werde." Aber an den Abschluß des Vertrages war schon deshalb nicht zu denken, weil ein großer Teil der Papiere des Staatsrats Jordan und unter ihnen die Bremen betreffenden von Basel noch nicht eingetroffen waren. Und am 1. Februar erhielten Humboldt, Binder und Anstett den Auftrag, sich zum Kongresse nach Chatillon zu begeben. Ob er in acht Tagen oder in vier Wochen von dort zurückkehren werde, sagte Humboldt an Smidt, sei nicht zu bestimmen, übrigens habe ja Smidt an der Verzögerung keine Schuld, er könne um so mehr ganz ruhig sein, als auch Mecklenburg und andere Staaten in der gleichen Lage sich befänden.

Smidt hatte schon in Freiburg an Hardenberg, Metternich und Nesselrode eine Note übergeben, die mit eindringlichen Worten das Schicksal des unglücklichen Hamburg schilderte und dessen schleunige Befreiung im Falle des Abschlusses eines Waffenstillstandes oder eines Präliminarfriedens dringend empfahl. Die Note war auch den vertriebenen Hamburgern mitgeteilt und von ihnen dankbar aufgenommen worden: Sieveking schrieb, Smidt habe sich als hanseatischer Senator gezeigt und verdiene eine Bürgerkrone. Jetzt erst in Langres verteilte er die Note in französischer Übersetzung auch an Castlereagh und andere Diplomaten, bei denen er eine Kenntnis der deutschen Sprache nicht voraussetzen konnte.

Im übrigen benutzte er die ihm in Langres gewährte Muße zur Anfertigung einer anderen Note über die bei den Friedensverhandlungen im Interesse Bremens zu stellenden Entschädigungsforderungen, beriet darüber auch mit dem Grafen Münster und anderen Diplomaten, konnte sie aber zum Abschlusse nicht bringen, weil ihm noch viele Materialien fehlten, um deren Übersendung von Bremen er schon oft, aber bisher vergeblich gebeten hatte. Es kam hinzu, daß schon am 4. Februar infolge des Sieges von La Rothière das Hauptquartier nach Chaumont verlegt wurde. Alles wähnte jetzt, daß der Friede vor der Tür stehe. Kaiser Franz sagte zu dem kurhessischen Gesandten Grafen Keller: „In zehn Tagen sind wir in Paris." Als Smidt, in Chaumont glücklich angelangt, am 5. Februar Stein aufsuchte, aber nicht vorgelassen wurde, weil der Minister im Begriffe war, weiterzureisen, hörte er im Vorzimmer, wie Stein dem Staatsrat Friese zurief, er möge Smidt auftragen, eilig nach Lübeck und Hamburg zu schreiben, daß man Abgeordnete direkt nach Paris sende und ihnen alle nötigen Instruktionen und

Belege über die Forderungen der Städte an Frankreich mitgebe; Smidt möge sich aus Bremen dasselbe beschaffen, dann wolle er, Stein, ihm zu helfen suchen, soweit die Umstände es irgend erlaubten. Natürlich zögerte Smidt nicht, dem Folge zu leisten, und schlug zugleich dem Senate vor, auch seinerseits jemand nach Paris zu senden, der möglichst umfassende Detailkenntnisse in diesen Dingen habe, etwa den Senator Nonnen oder den ehemaligen Maire Wichelhausen. Am 6. Februar berichtete Smidt zum ersten Male, daß Österreich einen Kongreß in Wien abzuhalten wünsche, auf dem über die Neugestaltung Deutschlands beschlossen werden solle. Auch andere Nachrichten, die er nach Bremen gab, wiesen immer wieder auf die glücklichen Fortschritte der alliierten Heere hin.

Schon wurde das Hauptquartier vorwärts nach Troyes verlegt; am 8. Februar verließ auch Smidt Chaumont, um unter strömendem Regen auf entsetzlichen Wegen zunächst nach Bar sur Aube zu fahren. Jetzt erst lernte er die Verwüstungen des Krieges in ungemilderter Gestalt kennen, denn noch vor wenigen Tagen hatten auf diesem Wege blutige Kämpfe stattgefunden. Abends traf er in Colombey ein, aber dort zu übernachten war unmöglich; das einzige geräumige Wirtshaus war überfüllt von Menschen aller Art und aller Nationen; man drängte und stieß sich auf der engen Stiege, die ein Teil hinaufklomm, um sich vor dem Regen zu bergen und am Kamin zu erwärmen, ein anderer Teil hinab, um nach dem oben herrschenden Dunst lieber wieder dem Regen sich auszusetzen, aber doch frische Luft zu schöpfen. Smidt mußte, nachdem er für vieles Geld ein Stück Brot und etwas Heu für die Pferde erwischt hatte, sich entschließen, auf unergründlichen Wegen in die Nacht hineinzufahren.

Wie gern erinnerte sich Smidt seines kurzen Aufenthaltes in Chaumont, wo seine freundlichen Wirtsleute ihn und seinen Begleiter mit den seit Basel entbehrten comforts of life überhäuft und, da sie kurz vor Tische abreisen wollten, ihnen noch ein Frühstück aufgenötigt hatten mit Champagner, Burgunder, Roussillon, Kaffee und Likören und endlich noch einige Flaschen Wein und gute Äpfel in ihren Wagen gepackt hatten. Und von diesem freundlichen Abschied fast unvermittelt hinein in das Elend und in alle Widerwärtigkeiten des Krieges, durch ausgeplünderte, halb oder ganz zerstörte Dörfer über oder neben Pferdekadavern weg, verwüstete Felder, vernichtete Bäume rings herum, hier und da menschliche Leichen. Wo man ausstieg, trat man in fuß-

hohen Kot und geriet in Lärm und Geschrei von hundert Menschen, die alle weiterzukommen wünschten und keine Mittel und Wege dazu fanden. Als sie noch mitten in der Nacht vor der Mairie von Bar hielten, sah es auch dort nicht viel besser aus als in Colombey. Smidt fand das Haus, in das er eintrat, angefüllt von Soldaten, Quartiermachern, Verwundeten, den gräßlichsten Dunst, das ärgste Geschrei. Sie erhielten dann wohl ein Quartierbillett und einen Führer und trafen in dem ihnen bezeichneten Hause ein sehr gutes Zimmer, den Kamin geheizt, aber als sie sich grade ausziehen wollten, kamen Diener des Fürsten Radziwill und erklärten, das sei das Zimmer ihres Herrn, der jeden Augenblick eintreffen werde. Noch einmal fanden sie durch den Maire ein gutes Quartier, aber das war schon von dem Grafen Münster besetzt. Sie mußten zum drittenmal in das böse Wetter hinaus, um mit dem herbeigeholten Maire adjoint in der Stadt herumzulaufen, bis sie endlich gegen Morgen ein Quartier antrafen, das freilich auch nicht leer war, dessen Inhaber aber, der Sekretär des spanischen Gesandten, sich damit einverstanden erklärte, daß noch zwei Betten hineingesetzt wurden, in denen sie dann noch ein paar Stunden Ruhe genossen.

Ihren Postillon und seine Pferde hatten sie laufen lassen in der Hoffnung, daß es ihnen am nächsten Tage gelingen werde, Pferde zu finden. Und wirklich gelang es, aber freilich nur dadurch, daß Smidt sich entschloß zu tun, was ihm schon in Basel empfohlen war, Pferde zu kaufen. Von zwei österreichischen Husaren erstand er vier Beutepferde für acht Dukaten, auch etwas Futter wurde aufgetrieben, ein Wagen gefunden und ein Kutscher gedungen, und nun hätte mit den „etwas preiswürdig" aussehenden Gäulen die Reise nach Troyes angetreten werden können, wenn nicht der österreichische Hofrat Baron von Diller sich gemeldet und mit sechs sehr willkommenen Briefen aus Bremen auch eine Note Metternichs überbracht hätte, die die Gesandten ersuchte, wegen der in Troyes herrschenden Überfüllung einstweilen in Bar zu bleiben. Als man darauf nachforschte, so ergab sich, daß in Bar außer Smidt nur noch zwei oder drei andere Gesandte zurückgeblieben waren, während alle übrigen schon nach Troyes weitergefahren waren. Diese wenigen waren der Ansicht, daß es ihnen billigerweise nicht zugemutet werden könne, allein vom Mittelpunkte der Geschäfte sich fernzuhalten, zumal es in Bar entsetzlich aussah. „Man hört nicht bloß," so schließt Smidt seinen Bericht, „es ist Krieg, man vernimmt es mit allen Sinnen, und das Herz will sich umkehren beim Anblick dieses Elends."

So ging die Fahrt am 11. Februar weiter nach Troyes. Von 7 Uhr früh bis gegen 9 Uhr abends war man unterwegs. Auf schauderhaften Wegen und mitten unter Verheerungen, die alles, was man bis dahin gesehen hatte, weit übertrafen, ging es, wenn auch ab und an in scharfem Trabe, doch im ganzen langsam und nach längeren Ruhepausen vorwärts. Den Sattelgaul, der früher ausschließlich als Reitpferd gedient zu haben schien, der auch unterwegs nicht fressen wollte, mußte man sich entschließen in einem Dorfe zurückzulassen und die Fahrt mit dreien der edlen Tiere fortzusetzen. In dem überfüllten Troyes fanden Smidt und Gildemeister durch die Fürsorge Pilats ein Quartier bei einem Seidenkrämer. Außer dem großen Corps diplomatique, von dem nur die wenigen fehlten, die noch in Chatillon vergeblich an einem Präliminarfrieden arbeiteten, waren die drei Monarchen mit ihrer zahlreichen Umgebung und noch das Hauptquartier des Fürsten Schwarzenberg in der mäßig großen Stadt zusammengedrängt. Kein Wunder, daß dort Schmalhans Küchenmeister war, so daß Smidt und Gildemeister eines Tages bis 4 Uhr nachmittags keinen Bissen zu essen fanden. Und nun kamen die bösen Tage, an denen Napoleon sich in die von Schwarzenberg offen gelassene Lücke zwischen der großen und der schlesischen Armee hineinwarf, um Blücher die in siegreichen Kämpfen errungene Stellung zu entwinden. Diesen militärischen Mißerfolgen ging gar noch ein diplomatischer Kampf unter den Verbündeten zur Seite, von dem freilich die zahlreichen Gesandten der kleinen Staaten nichts erfuhren. So findet sich in Smidts Berichten aus Troyes und von späteren Tagen kein Wort, das die Drohung Österreichs, sich von der Koalition loszusagen, auch nur durchblicken ließe. Das einzige, was er berichtet, war der Bescheid, den er in Steins Bureau erhielt, als er ihn aufsuchte: der Minister sei in diesem kritischen Augenblicke so ganz mit größeren Dingen beschäftigt, daß er von überrheinischen Angelegenheiten nichts hören wolle.

Als aber endlich am 14. Februar der Senator Hach aus Lübeck eingetroffen und sein lange erwartetes Erscheinen Stein gemeldet worden war, müßigte sich dieser doch eine halbe Stunde ab, um sich den lübeckischen Gesandten vorstellen zu lassen und ihm zu wiederholen, was Smidt schon im Vorzimmer des Ministers zu Chaumont gehört hatte, alles, was man Frankreich an Kostenrechnungen zur Last legen könne, sei immer ein Gewinn; wenn die hanseatischen Herren nur für Belege sorgten, wolle er schon sehen, was sich tun lasse. Bei Metternich

wurde Hach am nächsten Tage von Smidt vorgestellt; bei Hardenberg bot sich am 17. eine Gelegenheit. Der Staatskanzler hatte nämlich angesichts der ungeheuren Spannung, mit der die Diplomaten die neuesten Nachrichten erwarteten, eine regelmäßige Empfangsstunde von 12 bis 1 Uhr eingerichtet, wo er das Interessanteste persönlich oder durch den Staatsrat Jordan mitzuteilen versprach. Aber diese willkommene Einrichtung wurde nach wenigen Tagen jäh gestört.

Am 19. und 20. Februar berichtet Smidt noch ganz ruhig über die eingelaufenen Neuigkeiten. Die Verbündeten haben einige Schlappen erlitten, aber sie sind ohne Bedeutung, bloße Vorpostengefechte. Wenn es noch zu einer Schlacht kommen sollte, so wird sie für Napoleon vernichtend sein. Wahrscheinlicher aber ist es, daß keine Schlacht mehr geschlagen werden, sondern daß Napoleon das Ultimatum annehmen wird. Der bremische Vertrag wird dann wohl erst bei der Liquidation der Kriegskosten zustandekommen. Fürst Schwarzenberg ist wieder in Troyes eingetroffen, vermutlich weil die Armeen konzentriert werden, um nötigenfalls einen entscheidenden Schlag auszuführen. Mit solchen Nachrichten und Gedankengängen beruhigte sich das diplomatische Hauptquartier, abgesehen von den wenigen wirklich Eingeweihten. Mit dem Briefe vom 20. Februar aber bricht die bis dahin fast tägliche Berichterstattung Smidts plötzlich ab, um erst am 7. März von dem weit rückwärts liegenden Vesoul aus wieder einzusetzen. Smidt hat sicherlich in den dazwischen liegenden fünfzehn Tagen nicht völlig aufgehört zu berichten; er erwähnt auch in dem Schreiben vom 7. März eines andern vom 4. des Monats, aber diese Berichte sind nicht übergekommen, sondern von französischen Truppenteilen oder aufständischen Bauern aufgefangen.

Das diplomatische Hauptquartier hatte wahrscheinlich schon am 21. Februar den Rat erhalten, sich zurückzuziehen. Am 25. befand sich Smidt wieder in Chaumont, vor dem 1. März war er, wie fast das ganze diplomatische Korps, in Vesoul, nicht allzu fern von der schweizerischen Grenze, etwa zweihundert Kilometer südostwärts von Troyes. Der Rückzug dahin hatte teilweise einer Flucht geglichen; Smidt bezeichnete diesen als den „embarassantesten" unter den drei Fällen, bei denen er in Frankreich einer ernsten Gefahr begegnet war.[1])

Während dieses mehrtägigen Aufenthalts in Vesoul war es, daß im diplomatischen Hauptquartier eine schon vor geraumer Zeit von dem

[1]) Erster Bericht aus Paris vom 13. April.

Franzosen Charles Nodier gedichtete zornerfüllte Ode gegen Napoleon bekannt wurde, die die Herren um so mehr hinriß, als man den von Nodier prophezeiten Sturz des Kaisers vor Augen sah. Auch Smidts Kopf und Seele wurden durch die Ode tief bewegt, und als im Gespräche über sie die Meinung geäußert wurde, daß es unmöglich sei, sie in deutsche Verse zu fassen, so widersprach er, offenbar weil er nicht zugeben wollte, daß dem deutschen Geiste nicht gelingen könne, ein paar französische Strophen in deutsches Gewand zu zwingen, während deutsche Heere unter Blüchers und Gneisenaus Führung den größten Meister der Feldherrnkunst niederrangen. Aufgefordert, den Beweis für seine Meinung zu bringen, vermochte Smidt, wie es heißt, in wenigen Stunden der Aufforderung in ausgezeichneter Weise zu entsprechen. Da sang er dem französischen Dichter nach:

„Wie konntest du dein eignes Werk zertreten,
Du, der den Ruhm an Frankreichs Fahnen band!
Es floh, begann das Volk dich anzubeten,
Die Freiheit, weinend an des Siegers Hand.
Hat eitles Hoffen deinen Sinn verdunkelt?
Laß ab vom Pomp, der töricht dich umfunkelt,
Sei Krieger — so bist du geehrt.
Wähnst du die Schuld durch Großtat abzubüßen,
Dein Haupt des Himmels Blitzen zu verschließen
Und daß kein Strahl durch Lorbeern fährt?

Hat deiner sich die Ehrsucht so bemeistert,
Hat unserer Schande Staub uns so bedeckt,
Daß nur von Herrscher-Trunkenheit begeistert,
Dich selbst im Traum kein Brutus-Dolch erschreckt?
Blick auf, und sieh den Tag der Rache nahen,
Des dunklen Schicksals Mächte dich umfahen,
Dein heller Stern, er wird so bleich!
Tarpejas Felsen hebt am Kapitole
Sein dräuend Haupt, die Palme von Arcole
Umklammert ein Zypressenzweig.

Vergebens streut man dir in deinen Sünden
Sogar an heil'ger Stätte Weihrauch nach.
Auch Fürsten sterben, ihre Zauber schwinden,
Die Wahrheit setzt sich an den Sarkophag,
Ein streng Gericht ergeht; an solchem Tage
Entsinkt des Ruhmes Schimmerstaub der Wage;
Es wird zum Scheusal aller Welt
Auch deine Asche, feucht von Völkertränen,
Sich dir zum ungeheuren Grabmal dehnen,
Von Nationen aufgestellt.

Vergebens wähnst du, an des Sieges Wagen,
Mit starkem Arm zu fesseln dein Geschick,
Vom Strom der Zeit wird bald hinweggetragen
Dein Ruhm, dein Reich von einem Augenblick.

Der Zeder gleicht, die sich der Wolken freute
Noch gestern, niedres Gras bedeckt sie heute;
Satt deiner Ketten ist die Welt!
Aus Gleichen wird dir nie ein Heer von Sklaven,
Wenn nicht zuvor der Kern von Frankreichs Braven
Wie Sidney unterm Beile fällt." [1])

In Vesoul erhielt Smidt am 11. März ein Schreiben des Syndikus Gries aus Hamburg, der ihm anzeigte, daß er am 8. in Chaumont eingetroffen sei. Smidt, hocherfreut, daß nun alle drei Hansestädte im Hauptquartier vertreten waren, fühlte doch zugleich tiefes Mitleid mit Gries, der schon damals, wie sein kläglicher Brief ergab, an Gicht litt und als „etwas verzärtelter Mensch" den Strapazen des Feldzuges nicht gewachsen war, der aber überdies in Chaumont niemand gefunden hatte, der ihn über die Lage der Dinge einigermaßen aufzuklären vermocht hätte. Smidt schrieb ihm sofort einen Trostbrief und ersuchte gleichzeitig Pilat, sich des verlassenen Mannes anzunehmen. Schon wenige Tage später, am 16. März, traf auch Smidt selbst wieder in Chaumont ein.

Er hatte, sobald in Vesoul die Nachricht über Blüchers am 9. März bei Laon erfochtenen Sieg angelangt war, sich mit anderen Gesandten entschlossen, wieder vorzurücken, war am 15. mittags zum drittenmal in Langres eingetroffen[2]) und von da am folgenden Tage nach Chaumont gefahren. Dort erfuhr er am 19., daß die Friedensverhandlungen in Chatillon endgültig abgebrochen seien, und bemerkte darüber „bei Franzosen und Nichtfranzosen eine gleich angenehme Sensation". Indes ergab sich bald, daß das Vorrücken noch verfrüht gewesen war. Am 19. und den folgenden Tagen hörte man in Chaumont viel Kanonieren, das besonders am 23. sehr laut wurde. Aus Bar sur Aube, wo

[1]) Hier sind nur die letzten vier Verse der Smidtschen Übersetzung der Ode von Nodier mitgeteilt, während Varnhagen in den Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens, Band III, die ihm in Paris bekannt gewordene Übersetzung der ganzen Ode sieben Verse wiedergibt.

[2]) Bei diesem kurzen dritten Besuch in Langres erhielt Smidt die bei seinen beiden früheren Besuchen vergeblich erstrebten näheren Aufklärungen über vielerlei römische Altertümer, die er bei seinen Gängen durch die Stadt in alten Mauern erblickt hatte. Er war diesmal bei einem ancien magistrat Mons. Pechin einquartiert, den er nach Tische durch eine Pfeife Tabak und einige Invektiven auf Bonaparte dahin brachte mit einem Quartanten herauszurücken, der angefüllt war mit Handzeichnungen aller seit dem 16. Jahrhundert in Langres aufgefundenen römischen Altertümer, die von der Zeit des Tiberius bis zu der des Constantius Chlorus (Ende des zweiten Jahrhunderts) reichten. Smidt berichtete über diese Entdeckung noch am gleichen Tage, 15. März, an den Professor Rump in Bremen.

Kaiser Franz war, blieben alle Nachrichten aus; zurückkehrende Patrouillen meldeten, daß ein starkes französisches Korps und viel Kavallerie im Anzuge sei. Am 23. verbreitete sich überdies das Gerücht, daß aufständische Bauern auf ein gegebenes Zeichen nachts nach Chaumont kommen würden. Als nun abends in der Stadt ein Brand ausbrach, trat das diplomatische Korps zu einer schleunigen Beratung zusammen. Alle vereinigten sich darüber, daß man sich zurückziehen müsse, geteilt aber waren die Meinungen, ob es ratsamer sei, wegen der anrückenden feindlichen Truppen sogleich abzufahren oder wegen der bewaffneten Bauernscharen lieber erst den Morgen abzuwarten. So trennte man sich. Stadion, Binder, Diller, Hach und andere mehr machten sich sogleich auf den Weg; der Großherzog von Baden, der holländische und der hessische Gesandte und noch einige warteten bis zum Morgen. Ihnen schloß sich auch Smidt an, dem die hundert Mann Kavallerie, die der Großherzog als Eskorte hatte, besser däuchten als gar keine Bedeckung. Sein Wagen stand indes die ganze Nacht angespannt auf der Straße, und um 6 Uhr früh fuhr er, Gries in seinem Wagen mitnehmend, zugleich mit dem Großherzog nochmals nach Langres zurück. Auf halbem Wege fanden sie die abends Abgefahrenen auf der Chaussee, wo sie wahrscheinlich der schlechten Wege halber die Nacht in ihren Wagen zugebracht hatten. Vereint kam man um Mittag in Langres an. Dort aber fand man die Aufforderung vor, nach Dijon zu reisen, wohin auch der Kaiser von Österreich, Metternich, Hardenberg, Stein, Castlereagh und andere von Bar sur Aube sich begeben würden. So trafen denn Smidt und seine nun zahlreichen Begleiter am 25. März um Mittag glücklich in Dijon ein.

Dort blieb Smidt vierzehn Tage, um dann endlich direkt nach Paris aufzubrechen. Er hat die Zeit auch in Dijon natürlich zu Geschäften benutzt, soviel es möglich war. Und das war jetzt, da der Krieg im wesentlichen beendigt war, mehr der Fall als in den voraufgegangenen unruhigen Wochen. Stein ließ sich wieder sprechen und nahm gern ein von Smidt aufgesetztes, aber auch von Gries und Hach unterzeichnetes Memoire entgegen, das die gemeinsamen Wünsche der Hansestädte für den Friedensschluß enthielt. Er interessierte sich aber auch für die Beilegung der Mißhelligkeiten, die zwischen dem Bremer Senate und dem Obersten der Hanseatischen Legion von Witzleben entstanden waren. Er hatte schon früher Ungünstiges über Witzleben gehört, wenn er sich auch augenblicklich der Details nicht zu erinnern wußte, und riet Smidt,

ganz in dessen eigenem Sinne, zu einer festen Haltung des Senats gegen die Prätensionen des Obersten, der u. a. die Drohung ausgesprochen hatte, aus den Fahnen der Legion das Wappen Bremens herausnehmen zu lassen. Stein sagte bei diesen Unterhaltungen gelegentlich zu Smidt: „Ich muß Ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß Sie mich nicht, wie so viele andere, jeden Augenblick mit unnützen Klagen über unvermeidliche Lasten behelligt haben, dagegen will ich Ihnen auch gerne helfen, wenn es zu arg wird und ich es nur irgend kann." Der Minister forderte bei diesem Anlaß Smidt auch auf, ihm bald nach Paris zu folgen.[1])

Noch interessanter waren für Smidt einige Unterhaltungen, die er in Dijon mit Humboldt hatte, den er seit dem Abschied in Langres in den ersten Tagen des Februar nicht wiedergesehen hatte. Humboldt erklärte sich jetzt völlig bereit, den Vertrag mit Bremen zu schließen, verhehlte dabei aber nicht, daß er darin keinen großen Vorteil für die Stadt mehr erblicken könne. Ihre Unabhängigkeit ist von den Monarchen anerkannt und deshalb also ein Vertrag nicht nötig, dagegen dürfte ein solcher einige beschwerliche Bedingungen enthalten, von denen Bremen zum Teil freilich auch ohne Vertrag nicht loskommen werde, wie z. B. von einem Beitrage zu den Kriegskosten. Smidt knüpfte daran eine Bemerkung über die Befestigung Bremens, worüber der Minister vom Stein bereits in Frankfurt mit ihm gesprochen habe, und sagte, wenn die Sicherheit des Deutschen Reichs dergleichen unumgänglich notwendig erfordere, so werde sich Bremen dem zwar weder widersetzen können noch wollen, es sei indes zu bedenken, daß Deutschland nur sehr wenige für den Welthandel bequem gelegene Seestädte habe, daß das Interesse aller Einwohner Deutschlands, deren Kommissionäre in jenen Städten wohnten, um durch sie den Warenumsatz zu betreiben, es erfordere, den freien Verkehr dieser Städte nicht zu behindern. Die Unterhaltung von Festungswerken in diesen Städten werde eine sehr nachteilige Wirkung auf die Meinung des Auslandes haben, und dies besonders nach dem, was in Hamburg und mit der dortigen Bank vorgegangen sei. Es sei daher zu besorgen, daß der deutsche Handel sich großenteils nach Holland ziehen werde.

Humboldt erwiderte darauf, daß die Anlage von Festungswerken nur insofern Gegenstand des Traktats wie auch der künftigen deutschen Reichsverfassung sein werde, daß jeder Reichsstand sich werde verpflich-

[1]) Bericht Smidts aus Dijon, 5. April.

ten müssen, die Anlagen in seinem Lande, wann und wo sie von Reichs wegen notwendig erachtet würden, sich gefallen zu lassen. Wann und wo aber solche Anlagen nötig sein möchten, das könne nur von Militärpersonen entschieden werden. Nach seinem persönlichen Urteil scheine es ihm, da wir alle Aussicht hätten, das linke Rheinufer zurückzuerhalten, daß eine Befestigung Bremens als Sicherungsmittel gegen Frankreich nicht in Frage kommen werde.

Ein anderes Mal hatte Smidt mit Humboldt ein Gespräch über die künftige deutsche Reichsverfassung, das veranlaßt wurde durch Smidts Bemerkung, er hoffe, daß die Hansestädte einen honorabilem statum in imperio erhalten würden. Daran sei, wie Humboldt erwiderte, gar kein Zweifel, wenngleich über den künftigen Reichsverband noch nichts Bestimmtes ausgemacht sei. Nach seiner Ansicht dürfte man den drei Städten gemeinschaftlich eine Kuriatstimme geben, wie man es wahrscheinlich auch mit den Fürsten der kleinen Staaten mit geringer Bevölkerung machen werde, das werde der Unabhängigkeit jedes einzelnen Staats von dem andern, mit dem er in einem solchen Verhältnis stehe, keinen Eintrag tun. Smidt fragte dann weiter, ob Humboldt glaube, daß zur Entscheidung von Privatstreitigkeiten in letzter Instanz ein Reichsgericht eingesetzt werden würde. Humboldt hielt das für nicht unwahrscheinlich und für zweckmäßig, daß eine gewisse Populationsmasse als Norm festgestellt werde für die Bildung eines Appellationsgerichts in letzter Instanz. Finde sich eine solche Masse in einzelnen Staaten nicht, so müßten diese sich mit anderen Staaten zusammentun oder an das nächste größere Gericht verwiesen werden. Smidt erkannte offenbar, daß Humboldt entweder seine Frage nicht richtig verstanden habe, oder daß er die Einsetzung eines Reichsgerichts nicht für wahrscheinlich halte. Er erwiderte deshalb, ein Reichsgericht würde den Hansestädten sehr erwünscht sein, dagegen könnte es zu einer sehr gefährlichen Abhängigkeit der Städte führen, wenn sie z. B. an ein Oberappellationsgericht in Hannover gewiesen werden sollten. „Überhaupt müßten wir sehr darauf Bedacht nehmen, daß unsere Freiheit, wenn man sie wirklich erhalten wolle, nicht früher oder später durch dergleichen Militär- oder Zivilverhältnisse mit mächtigeren Nachbarn gefährdet werde.“ Smidt sagte noch weiter: wenn kein Reichsgericht als letzte Instanz errichtet werden sollte, so scheine es ihm am ratsamsten, daß die Hansestädte ein gemeinschaftliches, von den Regierungen unabhängiges Appellationsgericht etablierten, oder daß die

Appellation in letzter Instanz an eins der Obergerichte der beiden anderen ginge, wie jetzt im Provisorio vorgesehen sei. Privatstreitigkeiten, die vor die letzte Instanz gebracht würden, seien in den Städten in der Regel Handelssachen, den Richtern dürften daher die Handelsverhältnisse nicht unbekannt sein. Die erörterten Fragen waren Smidt seit dem Jahre 1806 geläufig und sollten schon bald von ihm weiter gefördert werden, bis sie nach mehr als sechs Jahren ihr Ziel erreichen. In seinem letzten Berichte aus Dijon vom 7. April schließt er an die Worte über die Appellationsinstanz folgende Bemerkung: „Ich glaube, daß, wenn man in dieser Hinsicht irgend besondere Wünsche hat, so wäre es Zeit, Memoiren oder Materialien zu Memoiren schleunigst aufzusetzen und mir nach Paris zu übersenden. Zu der Zeit, wo die Dinge noch im Werden sind, hat man immer durch vernünftige Vorstellungen größeren Einfluß, als wenn schon ein Plan gemacht ist und man sich schon für irgendeine Meinung fixiert hat. Überhaupt bin ich überzeugt, es ließe sich in diesem Zeitpunkt sehr viel Gutes für die Städte ausrichten, und ich werde dazu gern allen Fleiß anwenden, wenn ich nur gehörige Renseignements darüber erhalte .... Von der außerordentlich freundlichen Behandlung der österreichischen und preußischen Minister, von ihrem guten Willen, von ihrer Aufmerksamkeit auf meine Vorstellungen kann ich nicht genug rühmen." Gegen den Schluß seines Berichts fügt Smidt noch hinzu: „Die Bekanntschaft des Grafen Münster, der in allem, was er sagt, eine sehr noble Gesinnung offenbart, rechne ich zu einer der bleibenden Früchte meiner gegenwärtigen Mission und sehr vorteilhaft für unsere künftigen Verhältnisse mit Hannover."

Daß Smidt neben den geschäftlichen Verhandlungen auch den lebhaftesten Anteil nahm an dem vor seinen Augen sich vollziehenden Abfall des französischen Volks von Bonaparte und seiner Hinwendung zu den Bourbons, versteht sich von selbst. Sein warmherziger deutscher Patriotismus fand in dieser Bewegung eine kräftige Nahrung, sein historischer Sinn mußte sich befriedigt fühlen durch den Sturz des gewalttätigsten Feindes, den die Hansestädte jemals gehabt hatten, und doch war ihm seltsam zu Sinn bei der Beobachtung, daß die Revolutionsepoche, die zum Sturze des Königshauses der Bourbonen geführt hatte, nach fünfundzwanzig Jahren mit ihrer Wiedereinsetzung unter dem Jubel des französischen Volkes enden sollte. Und eben dieses erlebte er in Dijon. Als gegen Ende März nähere Nachrichten über die schon

am 12. erfolgte Einnahme von Bordeaux durch die Engländer in Dijon eintrafen, machte das größte Aufsehen die Meldung, daß die Bordeläsen die weiße Kokarde aufgesteckt und sich für die Bourbons erklärt hätten. Als Lord Castlereagh eben an dem Tage ein Diner gab, wurde dort ein Toast auf den Maire von Bordeaux und andere auf Ludwig XVIII. und auf die Familie der Bourbons ausgebracht. Man war sicher, daß das an der Garonne gegebene Beispiel bald am Rhonefluß in Marseille und in Lyon Nachahmung finden und so auch nach Dijon sich verpflanzen werde.

Und so geschah es wirklich, als endlich am 4. April vormittags der Einzug der Verbündeten in Paris durch einen Kurier in Dijon bekannt wurde.

„Die Freude ist hier grenzenlos," berichtet Smidt am Abend desselben Tages, „die öffentlichen Plätze wimmeln von Menschen, alles umarmt sich, die weiße Kokarde, und wäre es auch von Papier, prangt auf allen Hüten und Mützen. Diesen Mittag speiste ich bei dem Staatskanzler von Hardenberg. Der alte freundliche Mann drückte mir mit tränenden Augen die Hand, wie ich ins Zimmer trat, und ich konnte ihm mit vollem Herzen Glück wünschen, denn er hat nicht geringen Anteil an dieser glücklichen Wendung der Dinge. Es war mir wunderbar zu Sinne, wie während der Tafel die Flügeltüren sich öffneten und der Maire und die Munizipalität von Dijon mit weißen Kokarden geschmückt hereintraten und Dank und Lobrede über ihre Befreiung vom Joche des Tyrannen herstammelten. Tausende vom Volke hatten sich auf dem Hofplatze und den Straßen ihnen nachfolgend zusammengedrängt und schrien ein Vive Louis dix huit, daß die Fenster erbebten. Wir warfen Geld unter die Menge, und das Freudengeschrei der Findenden, Greifenden und Raubenden kreuzte sich mit dem Angstgetön der Geschlagenen und Gedrückten. Einige wollten dem Hinauswerfen wehren aus Furcht, es möchte jemand dabei zu Schaden kommen. Aber ich kehrte mich nicht daran und hielt es mit dem Minister Bülow, der auch meiner Meinung war. Wat mut syn war die Losung! Im Jubel wurde dann ein Turm erklettert und statt des darauf prangenden Kreuzes der Ehrenlegion eine weiße Fahne aufgepflanzt. Daß der edelste Burgunder und Champagner bei uns nicht geschont wurde, brauche ich nicht zu sagen und ebensowenig den Beweis zu führen, daß ich als einziger Repräsentant der Hanse bei dieser Fête

mit Ehren bestanden bin." Am Ende des Berichts heißt es: „Ich muß schließen. Die Illumination nimmt schon ihren Anfang!"

Am Abend des folgenden Tages wiederholten sich ähnliche Demonstrationen im Theater, wie Smidt am 6. April berichtet, obwohl er selbst nicht dabei gewesen war. Es wurde die Oper Richard Coeur de Lion gegeben. „Gleich beim Anfang des Stückes hat das Volk ungestüm den Direkteur gerufen und, wie er erschien, ihm entgegenschrien: à bas les armes du tyran! (Es war nämlich auf dem Vorhang noch der Adler, N usw. zu sehen.) Bei der bekannten Arie O Richard, o mon roi sind allerhand Variationen gesungen, die sich auf Ludwig den Achtzehnten bezogen, und des Vive Louis dixhuit, Vivent les Allies nos liberateurs ist kein Ende gewesen."

Als man in den letzten Märztagen in Dijon gespannt der Nachricht über eine entscheidende Niederlage Bonapartes entgegensah, wurde Smidt durch den unerwarteten Besuch zweier Universitätsfreunde erfreut. Am 30. März war zuerst der Franzose Perret erschienen, der vier Stunden von Dijon auf dem Lande lebte, einst Smidts Tisch- und Studiengenossen bei Fichte, am Nachmittage desselben Tages traf auch der hessen-homburgische Geheimrat Isaak von Sinclair ein, den sein Patriotismus getrieben hatte, die Regierung seines kleinen Heimatstaates im Anfang des Jahres 1814 mit einer Hauptmannsstelle im Generalstabe der unter dem Prinzen Friedrich von Hessen-Homburg bei Lyon stehenden Südarmee zu vertauschen. Beide hatten in Jena zu der Gesellschaft der freien Männer gehört. Sinclair hatte außer mehreren philosophischen Schriften[1]) auch zwei Bände Gedichte und im Jahre 1813 noch einen Band Kriegslieder veröffentlicht. Wir wissen über das Zusammentreffen der drei Freunde nur aus zwei Briefen Smidts an seine Frau, nach denen sie „drei herrliche Tage" miteinander verlebt haben. Kein Zweifel, daß die Niederlage Bonapartes, zu dessen Sekretären Perret vor siebzehn Jahren eine Zeitlang gehört hatte, die ruhmvolle Erhebung Deutschlands und die im Augenblick sich vollziehende Rückkehr Frankreichs zu dem vorrevolutionären Zustande den Hauptinhalt ihrer Unterhaltung gebildet haben wird.

Als Smidt in seinem Berichte aus Dijon vom 7. April ankündigte, daß er am nächsten Tage nach Paris abzureisen denke, glaubte er für die Fahrt mit seinem „ungeheuer schweren Wagen" mit seinen drei Pferden sieben Tage annehmen zu müssen. In Wirklichkeit brauchte er nur drei

[1]) Über Sinclair s. A. D. B. Bd. XXXIV S. 387 ff.

Tage, aber es ging nicht ohne ein kleines Abenteuer ab. Er berichtet darüber am 13. April aus Paris: „Am 8. morgens reiste ich von Dijon ab und kam am 11., am zweiten Ostertage, morgens halb 11 Uhr glücklich und wohl hier an. Außer dem Fürsten Metternich, Herrn vom Stein und den Engländern war ich von dem in Dijon zurückgebliebenen Corps diplomatique der erste, der hier eintraf. Da uns schon in Dijon angezeigt wurde, in Gemäßheit der bei der Kapitulation von Paris gegebenen Zusicherung werde dort keine militärische Einquartierung stattfinden, sondern jeder Gesandte auf eigene Kosten zehren, so hielt ich es für das geratenste, meine Pferde unterwegs zu verkaufen und mit der Post weiterzureisen. Von Troyes diesseits waren fast alle Dörfer und kleinen Städte verlassen, und erst in Provins war die Post wiederhergestellt. Bis dahin hätte ich ohne eigene Pferde nicht kommen können. Zwischen Troyes und Nogent wurde ich am 10. an einer Stelle auf der Chaussee, wo, soweit man nach allen Seiten blicken konnte, keine sterbliche Seele zu sehen war, plötzlich von etwa 25 berittenen und bewaffneten französischen Chasseurs umringt, die den Wagen anhielten und Herrn Dr. Gildemeister und mich fragten, ob wir Preußen seien. Ich erwiderte nein, wir seien auch keine Militärpersonen, ich reise als Abgeordneter von Bremen zum Friedenskongresse nach Paris, der Krieg sei zu Ende. Sehr höflich baten sie dann, ich möge ihnen doch einen Paß geben, sie seien französische Chasseure, die von der Armee in der Gegend von Fontainebleau kämen, meistens aus dem Elsaß gebürtig, mit Bonaparte sei es aus, sie wollten nach Hause. Ich erwiderte ihnen, sie dürften nur etwas Weißes um den linken Arm binden und eine weiße Kokarde, wenn auch nur von Papier, an den Schako stecken und so geradeswegs in Troyes hineinreiten, man werde ihnen nichts zuleide tun und sie ruhig nach Hause gehen lassen. Sie erwiderten, das sei möglich, aber man werde ihnen doch wahrscheinlich ihre Pferde abnehmen, und die möchten sie gern mit nach dem Elsaß bringen, darum vermieden sie alle Städte und ritten nur über das Feld. Ich sagte, ein Paß von mir werde ihnen weniger helfen als die cocarde blanche. Sie drangen dann nicht weiter darauf, fragten noch nach den besetzten Festungen, die sie zu vermeiden hätten, und empfahlen sich höflichst. Hätten sie böse Absichten gehabt und uns gefangennehmen oder plündern wollen, wir wären ohne alle Rettung verloren gewesen."

Da Smidt Paris vor drei Jahren in einer für ihn sehr fatalen

Lage, aber im vollen Glanze der Kaiserzeit gesehen hatte, so fand er nun in seiner neu befestigten Stellung beim Rückblick auf jenen ersten Besuch einen gewaltigen Kontrast. Dieser Eindruck wird sich indes im Laufe der acht Wochen, die er jetzt dort zubrachte, wohl geändert haben. In einer Beziehung aber blieb der Kontrast bestehen. Im Jahre 1811 hatte sich Smidt darüber beklagt, daß in Paris geschäftlich für ihn fast nichts zu tun sei, daß er dafür aber vier- bis fünfmal in der Woche den Abend in großen, nur der Eitelkeit des jeweiligen Gastgebers fröhnenden Gesellschaften verschwenden müsse. Jetzt dagegen war er seiner Gewohnheit gemäß von früh bis spät mit Geschäften beladen, die ihm nur selten Zeit ließen, in größeren oder kleineren Kreisen beim Mittag- oder Abendessen oder bei einfachen Besuchen seinen Hunger nach Aussprache mit anderen Menschen zu stillen. Unter Verwendung eines der vielen dem einstigen Theologen immer nahegelegenen biblischen Bilder schildert Smidt einmal seiner Frau sein jetziges Leben in der französischen Hauptstadt: „Ich lebe hier in Paris den Juden ein Ärgernis und den Griechen eine Torheit; alle meine Freunde gehen vorüber und schütteln den Kopf. Ich riskiere, daß der Appoll von Belvedere, der Laokoon und die Mediceische Venus eingepackt und weggeschickt werden, ohne daß ich sie wiedergesehen. Essen, Trinken und Schlafen ist mir ein peinlicher Hofdienst der Natur. Da Deutschland befreit ist, will ich nichts als Befestigung seiner Freiheit und Herrlichkeit und Freiheit der Hansestädte unter dem Schatten seiner Flügel, Freiheit Bremens im Äußern und Innern." Und dann kommt sein lebhafter Verdruß über mancherlei Vorgänge in Bremen zu drastischem Ausdruck: „Weder ich noch meine Mitbürger noch unsere Kinder sollen künftig Buben unverachtet lassen dürfen, die sich für Hofschranzenbücklinge die Frechheit zu erkaufen wähnen, Republiken lästern und in Furcht setzen zu mögen. Ich will zeigen, daß ein rechtlicher Mann größerer Energie fähig ist als hundert Schurken. Das ist mein Gloria. Du sollst Dich meiner nicht schämen dürfen, herrliche Frau! Andern Ruhm bedarf ich nicht."

Gewiß hat Smidt in Paris auch Stunden gehabt, in denen er glücklich war, die große Erhebung Europas gegen seinen Gewaltherrscher als Zeitgenosse und in bescheidenem Maße als Mitwirkender zu durchleben, wo er eine seelische Erhebung fand im Verkehre mit so vielen ausgezeichneten Männern, mit denen er auf dem Kriegszuge des Hauptquartiers und in Paris bekannt und teilweise vertraut geworden war. So

schrieb er in seinem ersten Briefe aus Paris an seine Frau: „Heute habe ich beim Dejeuner des Staatskanzlers bei dem herrlichen alten Blücher gesessen, auch Gneisenau gesprochen."[1]) So erzählte er ihr am 3. Mai: „Zu den interessantesten Menschen, die ich hier kennen gelernt, gehört auch der Professor Steffens,[2]) Bergers Freund und Volontäroffizier in Blüchers Gefolge. Wir leben viel miteinander. Eichhorn (der Kammergerichtsrat und spätere Minister) ist wieder hergestellt und von Freiburg hierher unterwegs, Du glaubst nicht, wie sehr mich das freut."

Varnhagen, von dem Smidt gelegentlich sagt, daß er gewöhnlich etwa einen um den andern Tag zu ihm komme, gibt in seinen „Denkwürdigkeiten" folgende Schilderung von Smidts Stellung in Paris:[3]) „Smidt von Bremen wurde mir ein besonders erwünschter Gefährte, wir machten viele unserer Gänge und Besuche gemeinschaftlich. In seiner launigen Heiterkeit schien er alles nur leicht zu nehmen und nahm doch die Sachen, auf die es ankam, mit schwerem Ernst und festem Nachdruck, so daß gewiß kein Punkt, wo seiner Stadt oder des Vaterlandes Interesse sich anknüpfen ließ, ihm unbeachtet blieb, wobei doch ein sicherer Takt ihn vor Vieltuerei bewahrte, wohin solche Gaben in zu beengtem Geschäftskreise wohl zu verlocken pflegen. Smidt war als bremischer Abgeordneter während des letzten Feldzuges dem Großen Hauptquartiere der Verbündeten gefolgt und konnte mir von den dortigen Vorgängen mancherlei erzählen. Ein Mann von Geist gilt durch sich selber mehr als durch die Stelle, welche der Zufall ihm aufweist. Smidts Ansichten und Äußerungen blieben nicht gleichgültig und fanden bisweilen Widerhall in den höchsten Regionen."

Die außerordentliche Stellung, die Smidt, obwohl Vertreter eines der kleinsten deutschen Gemeinwesen, im Hauptquartier sich erworben hatte, war in erster Linie sicherlich, wie Varnhagen andeutet, Folge der geistreichen Art, mit der er alle von ihm betriebenen Geschäfte wahrnahm. Er verstand es, sie nicht nur unter den besonderen Gesichtspunkten Bremens, sondern zugleich immer als den allgemeinen Interessen Deutschlands entsprechend aufzufassen. Aber es kam dazu, daß er lange Zeit der einzige Vertreter der drei Hansestädte im Hauptquartier war, und daß diese Stellung sein Ansehen um so mehr erhöhte,

[1]) Brief vom 13. April.
[2]) A. D. B. Bd. XXXV S. 555 ff.
[3]) Varnhagen, Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens. Zweite Auflage 1843 dritter Teil, S. 177 f.

als er mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit bei jeder sich darbietenden Gelegenheit das Interesse des deutschen Seehandels hervorzuheben wußte. Die Beweglichkeit seines Geistes und seine rasche Auffassungsfähigkeit ermöglichten ihm, über ihm an sich fernliegende Dinge, wie über die künftige Justizorganisation Deutschlands, über finanzielle und Handelsangelegenheiten, über militärische Fragen mit Sachverständigen seine Ideen auszutauschen und ihnen gegenüber neue Gesichtspunkte geltend zu machen. Die Fülle neuer Gedanken oder Beziehungen, die sich ihm aus der Durcharbeitung eines Gegenstandes zu ergeben pflegte, machte den Verkehr mit ihm immer interessant und oft überaus fruchtbar, und die Einfachheit mit der er seine Anschauungen vortrug, ohne je in unsachliche Phrasen zu verfallen oder Posen anzunehmen, verschaffte ihm stets auch bei den höchstgestellten Staatsmännern Gehör. Er blieb immer, was er von Kindheit auf gewesen war, der bürgerliche Republikaner, aber mit viel zu umfassender historischer und politischer Bildung, als daß er je seinen Republikanismus zu einer Doktrin ausgestaltet und für sie allgemeine Gültigkeit beansprucht hätte.

Wohl aber verlangte er von seinen bremischen Mitbürgern echt republikanische Gesinnung und war bestürzt und unzufrieden, wenn er sie vermißte. Und eben dies mußte er in Paris, wo ihm regelmäßiger als während des Feldzuges Nachrichten aus Bremen zugingen, aus verschiedenen Anlässen erfahren.

Schon bald nach Mitte März hatte Smidt durch seinen Freund Fritz Heineken von den in der bremischen Bürgerschaft herrschenden Parteien gehört.[1]) Einige seien so erbittert, daß sie laut von der Notwendigkeit redeten, fremde Vermittelung nachzusuchen. „Sowohl um in Amplissimo (dem Senate) die Gemüter zu besänftigen, als auch um die Parteien einander zu nähern, fehlen Sie uns ganz unendlich und eben deshalb trauert jeder, der dies Treiben der Leidenschaften und Privatinteressen sieht, über Ihre Abwesenheit, wodurch die köstliche Gelegenheit zu vernünftigen Reformen durchaus verloren geht. Es ist kein Mensch hier, der so wie Sie verstände, widerstreitende Interessen zu vereinen und feindliche Pläne einander zu nähern und mit Menschen verschiedenen Schlages und verschiedener Denkart umzugehen."

Gegen Mitte April erhielt Smidt einen Brief von Horn, worin, wie

[1]) Schreiben Heinekens vom 8. März.

Smidt am 16. April an Nonnen schreibt, von einem kürzlich stattgehabten Bürgerkonvente die Rede ist. Dort soll die Frage zur Sprache gebracht sein, „ob unsere Konstitution denn wirklich wiederhergestellt sei. Habe ich das nicht mißverstanden, so muß ich gestehen, daß mein Verstand dabei stillsteht, wie irgendein vernünftiger Mensch, der seit der Leipziger Schlacht gesehen hat, was in der Welt vorgegangen ist, und der nun die Zeitungen, Manifeste usw. liest, eine solche Frage aufwerfen kann. Die Reunion der hanseatischen Departements war eine Räubertat Bonapartes, durch keine völkerrechtliche Basis begründet, in keinem Frieden anerkannt. Der Räuber ist besiegt. Die Wiederherstellung ist faktisch durch die Verjagung der Räuber von Bremen geschehen, eine andere gibt's nicht und wird's nicht geben. Glaubt man, die verbündeten Mächte würden in Bonapartes Prinzip eingehen und anerkennen, er habe ein Recht gehabt, uns zu sich zu nehmen und wir seien auf andere als gewalttätige Weise in seine Hände geraten? Wer diese Ansicht predigt, handelt im Geist und Sinne Bonapartes und wird nirgend anders Beifall finden als auf der Insel Elba."

Und am gleichen Tage schreibt er seiner Frau, die er sonst mit rein politischen Fragen nicht zu unterhalten pflegt: „Ich wünsche Verbesserung und Vervollkommnung (unserer Verfassung) so sehr wie jemand und bedeutender und durchgreifender als viele andere, aber ich will nicht, daß sie übereilt werde im Sturm und Drang revolutionärer Anhänger Bonapartes. Unsere Konstitution ist altdeutsch, auf unserm Grund und Boden erwachsen, die nötigen Modifikationen müssen aus ihr hervorgehen, sie soll nicht umgestürzt und eine französierte an ihre Stelle gesetzt werden. Man spreche für und wider, man erlaube volle Publizität in der Darstellung der verschiedenen Ansichten und setze etwa Neujahr zum Termin, wo das Neue eingeführt werden soll. Dann wird der tolle Eifer Unbesonnener sich abgekühlt, die Herrschaft abgesetzter Munizipalitätsglieder in ihrer Elendigkeit vom Publico anerkannt sein."

Und noch einmal schrieb er an Frau Mine über die gleiche Angelegenheit am 24. April. Er erinnert zunächst an den Geburtstag seiner Mutter, die im September 1813 gestorben war, der er so gern gegönnt hätte, die Freude dieser Tage noch zu erleben. Dann fährt er fort: „Oh, es ist eine einzige Zeit, und wie selig würde ich in ihr sein, wenn nicht die Ungewißheit, in der ich in Ansehung dessen

bin, was dort vorgeht, mir alle Freude trübte. Aus Horns fragmentarischen Briefen muß ich schließen, daß dort an der einen Seite Furchtsamkeit und ungelenkes Benehmen und an der andern Seite teils Herrschsucht ohne Genie und Überblick bei den Alterleuten, teils unüberlegte Neuerungssucht bei jungen Gelehrten, teils ehrgeizige Malitiosität bei Delius und einigen anderen nicht ruhen werden, bis sie soviel Unheils zusammengebrockt haben, daß Fremde sich ins Spiel mischen, um die schönste Blütezeit unserer Freiheit, deren Keime ich nun seit beinahe einem halben Jahre mit der ängstlichsten Sorgfalt zu hegen und zu pflegen bemüht bin, zu verderben, während sie eben auf das herrlichste sich zu entfalten im Begriffe war. Man braucht den unruhigen Köpfen, in denen die letzten Überreste des bonapartischen Giftes noch gären, nur zu sagen: Ihr Exmunizipalräte unter den Alterleuten und anderen, ihr habt so lange dem bösen Feind dienen müssen, daß ihr immer noch an seine Macht glaubt, während er schon gerichtet ist. Euer Geschrei, unsere Verfassung sei durch Bonapartes Raub nicht bloß unterdrückt, sondern ganz vernichtet worden, darum müsse etwas ganz Neues geschaffen werden, ist ja gerade sein Evangelium, das wird jetzt nur auf der Insel Elba verkündigt, dahin gehört ihr."

Einige Zeit, ehe Smidt diese Briefe abgesandt hatte, war ihm von Heineken eine genaue Schilderung zugegangen über den Verlauf des Bürgerkonvents vom 25. März, der ihn in so erbitterte Stimmung versetzt hatte. Er wird daher an Heineken eine inhaltlich den Briefen an seine Frau gleichende Antwort gerichtet haben. Über die Wirkung dieser Antwort berichtet ihm der Freund unter dem 21. Mai, er habe sich herzlich über den Brief gefreut, der eine echte Philippika sei wider die unvernünftigen Neologen, die uns hier das Leben zur Last machen. Da Smidts Schreiben gerade am Tage des letzten Bürgerkonvents eingetroffen sei, so habe er, Heineken, Gelegenheit gehabt, die kräftigsten Gedanken des Schreibens in einem kleinen Vortrage den Zuhörern aufzutischen, „die sich nicht wenig verwunderten über den ich mich gefahrenen Geist der Beredsamkeit, bei dem sie nicht ahnten, mit welchen Kälbern ich pflügte". Der Erfolg sei gewesen, daß „unsere neuen Catilinas" den Plan, unsere Verfassung für nicht mehr existierend zu erklären, aufgegeben zu haben schienen. Nun aber neigten sie sich dahin, die künftige Regierung dermaßen einzuschnüren, daß sie sich ohne Bewilligung der Parteichefs der Bürgerschaft nicht soll rühren und bewegen können. Diese Androhung mit der Methode, die man heute

„Parlamentarisierung der Regierung“ nennt, scheint Smidt nicht erschreckt zu haben, da er sich zutraute, Mittel und Wege zu finden, sie abzuwehren.

Anders lag es mit anderen Smidt aus Bremen zugehenden Nachrichten, die er nur der Schlaffheit oder Furchtsamkeit einzelner Mitglieder des Senats zuschreiben konnte. Dahin gehörte die Fortdauer der schon berührten Mißhelligkeiten mit dem Obersten von Witzleben, die längst beigelegt sein würden, wenn man den von Smidt im Einverständnisse mit Stein gegebenen strengen Maßnahmen gefolgt wäre. Eine andere für Bremen sehr unangenehme Angelegenheit wurde Smidt erst in Paris bekannt. Ein bayrischer Abenteurer Graf Reisach hatte sich, wegen schlimmer Betrügereien und anderer Verbrechen von der bayerischen Regierung verfolgt,[1]) flüchtig nach Bremen gewandt und sich hier von dem Konsul Delius unterstützt, auf ihm von Stein erteilte Aufträge und die ihm dadurch gewährte Stellung dazu benutzt, um die Parteiungen in der Bürgerschaft anzuregen oder mindestens zu fördern. Sobald Smidt davon erfahren hatte, zog er bei Stein Erkundigungen über den Grafen ein und hörte von diesem, daß er Reisach keinerlei Aufträge für Bremen gegeben habe, daß Reisach ein übel berüchtigter Mensch sei, den der bremische Senat gleich an Bayern ausliefern müsse. Dasselbe vernahm er mit mehreren stark belastenden Einzelheiten von dem bayrischen Gesandten Grafen Berger, den Smidt auf Anraten Steins aufgesucht hatte. Auf Smidts Bericht wurde dann Reisach in Bremen verhaftet, aber unmittelbar bevor er nach München abgeführt werden sollte, gelang es ihm, wahrscheinlich mit Hilfe seiner in Bremen erworbenen Freunde, aus der Haft zu entkommen. Der Senat schickte einen Steckbrief hinter ihm her, der indes seinen Zweck verfehlt zu haben scheint. Ärgerlich war der Verlauf dieser Sache für Smidt vor allem deshalb, weil sie nachträglich einer von Humboldt in Dijon gegen die Hansestädte erhobenen Beschuldigung Recht zu geben schien. Humboldt hatte, wie Smidt erst aus Paris in unmittelbarem Zusammenhange mit seinen Auslassungen über Reisach berichtete, in dem Gespräch, das er mit ihm über die künftige Einrichtung Deutschlands gehabt hatte, u. a. gesagt: „Ja, wenn wir nur hinreichend überzeugt wären, daß die Senate der Städte Energie genug hätten, selbst Polizei zu halten. Wenn wir uns daran erinnern, wo zuerst in Deutschland das jakobinische Gift Beifall fand; von

[1]) Siehe über ihn A. D. B. Bd. LIII S. 661 ff.

wo aus die Französische Revolution gepredigt wurde, war es nicht in Hamburg? Der verstorbene Sieveking, so viele Verdienste er auch sonst hatte, war in dieser Hinsicht nicht ganz ohne Schuld. Aber, wenn dergleichen von reichen und angesehenen Bürgern geschieht, so sehen die Senate durch die Finger." Smidt hatte darauf versichert, daß dem nicht so sei, wir würden bei jeder Gelegenheit Beweise davon geben. Und nun mußte die peinliche Geschichte passieren, daß man den Grafen Reisach entwischen ließ. Von den Bremern sprechend, die mit Reisach verkehrt, ihn auch wohl konsultiert haben, sagt Smidt in einem seiner Berichte: „Der Bonapartismus hat ihre Köpfe verdreht und einen Dunst der Ehrsucht angefacht, der in dem klaren Wasser der Republik keine Befriedigung mehr findet . . . Eine Republik kann nur durch Republikaner bestehen, und wo man anfängt, fremde Einmischung in eine Republik zu suchen, zu begünstigen, ja wo man sie sich nur ohne innern Unwillen denken kann, da ist kein republikanisches Gemüt vorhanden."

Weniger unangenehm im Interesse des bremischen Staats, aber doch in anderer Hinsicht war, was Smidt bald danach über das Verfahren mit dem von Stein angelegten Kriegszoll oder Kontinentalzoll erfuhr. Am 24. April zeigte der Staatsrat Friese an Smidt einen Brief des Ministers von Bülow, der Stein darauf aufmerksam machte, daß jener Zoll anstatt von Delius für die verbündeten Mächte vielmehr vom Herzog von Oldenburg für seine Kasse erhoben werde. Als Smidt am nächsten Tage Stein auffsuchte, traf er ihn auf der Treppe, im Begriffe, auszugehen. „Aber was machen Sie denn in Bremen," sagte der Minister, „weinen möchte ich über Sie, ist denn gar keine Kraft und Energie mehr da. Von dem Reisach lassen sie sich in Furcht setzen und nun bezahlen sie dem Herzog von Oldenburg wieder den Zoll und sagen mir kein Wort. Wenn Oldenburg ihnen den Zoll mit Gewalt abgefordert hätte, und sie hätten dann ein Schiff ausgerüstet und den Oldenburgern auf die Köpfe geschossen, dann könnte man noch Freude an ihnen haben." Smidt konnte bei der Eile, die Stein hatte, nur erwidern, „es fiele uns nicht ein, den alten Elsflether Zoll zu bezahlen, wir bezahlten den Zoll, den er durch Delius anlegen lasse, den er selbst für einen Kriegszoll ausgegeben, wo aber das Geld bliebe, könnten wir nicht wissen, da Delius uns keine Rechnung ablege". Stein bat Smidt dann, am nächsten Morgen wieder zu ihm zu kommen. Bei dieser neuen Unterredung überzeugte sich der Minister,

daß Bremen keine Schuld daran trage, daß Delius sich mit dem Herzoge eingelassen habe. „Delius," sagte Stein, „hat noch nichts abgeliefert, der Herr von Vincke, der den Zoll in Ostfriesland erhebt, hat alles ordentlich gemacht, aber der ist kein Intrigant wie Delius. Der schreibt eine Menge weitläufiger und nichtsnutziger Briefe, aber was er tun solle, tut er nicht. Ich will nichts mehr mit ihm zu tun haben . . . Machen Sie mir ein Memoire, womit Sie darauf antragen, daß der Zoll in Bremen erhoben werden möge. Schlagen Sie mir dort einen rechtschaffenen Mann vor, der das Geschäft dirigiere".

Das hat denn Smidt getan, indem er nach langer Überlegung seinen Sekretär Dr. Gildemeister in Vorschlag brachte. Dann rief Stein Delius von der Agentur des Verwaltungsrats ab und setzte Gildemeister an seine Stelle.

Inmittelst hatte Smidt in Erwartung des nahen Friedensschlusses noch einige Arbeiten zu erledigen, zunächst eine Übersicht über die Forderungen, die der bremische Staat oder einzelne bremische Personen an Frankreich zu stellen hatten. Er hatte diese Sache schon seit Monaten betrieben, ohne je vollständiges und für die Geltendmachung der Ansprüche genügendes Material von Bremen zu erhalten. In Paris ging es ihm endlich einigermaßen vollständig zu. Dann aber ergab sich, daß die Unmasse von Ansprüchen, die von allen Seiten gegen Frankreich erhoben wurden, unmöglich in der Friedensurkunde einzeln erledigt werden konnten; statt ihrer enthielt das Instrument nur die allgemeine Verpflichtung Frankreichs zur Bezahlung der durch Dokumente erweislichen Forderungen an die französische Staatskasse.

Etwas anders stand es mit einigen von Smidt zuerst angeregten oder doch verbreiteten Ideen, von denen er annahm, daß sie im Friedensschlusse zweckmäßig ihre Erledigung finden könnten. So hatte er, unterstützt von einigen in Paris anwesenden hamburgischen Kaufleuten, ein Memoire aufgesetzt über Handels- und Schiffahrtsfragen und hierin auch den seit einiger Zeit von ihm verfolgten Plan aufgenommen, daß in den an Frankreich zurückzugebenden Kolonien Westindiens und Ostindiens je ein Freihafen eingerichtet werden müsse, der auch der deutschen Schiffahrt zugute kommen könne. Über dieses Memoire, das auch dem Minister von Bülow zugesandt worden war, sagte dieser an Smidt: Sie haben uns dadurch einen großen Dienst erwiesen. Der Vorteil, der aus einer solchen Stipulation für Deutschland hervorgehen würde, scheint mir so evident, daß ich Ihnen verspreche, die Sache aus allen

Kräften zu unterstützen.[1]) Und von dem Staatsrat Hoffmann hörte Smidt etwas später, daß die Angelegenheit wirklich in der Ministerialkonferenz um Mitte Mai in Vorschlag gebracht worden sei, aber die Engländer hätten darauf nicht hören wollen, und man habe daraus gesehen, daß die Sache zum Besten Deutschlands zu betreiben noch nicht Zeit sei.

Eine gemeinsame Bekämpfung der Barbaresken seitens der europäischen Mächte, zuerst von anderer Seite angeregt, hatte Smidt lebhaft aufgegriffen und, wo sich ihm Gelegenheit bot, zur Sprache gebracht. Da dieser Gegenstand indes nicht wohl in dem Friedensvertrage mit Frankreich einen Platz finden konnte, so teilte Smidt dem Staatsrat Hoffmann, der den König und Hardenberg nach London begleiten sollte, einen andern Gedanken über die Verwirklichung des Planes mit, indem er sagte:[2]) Die Gegenwart der Monarchen in England müsse durch irgendein geschichtliches Datum auf die Nachwelt kommen. Die großen Festlichkeiten, die man dort veranstalten werde, würden bald vergessen sein, aber die Abschaffung des Sklavenhandels jeder Art und die Abschaffung der Sklavenmärkte auf der Küste von Guinea sowohl als auf denen der Barbarei werde ein bleibendes Denkmal abgeben, daß das Jahrhundert der Humanität gleich nach der Besiegung Bonapartes begonnen habe. Hoffmann nahm viel Interesse an diesem Smidtschen Gedanken, aber wer hätte in London unter den von dem liederlichen Prinzregenten und anderen gegebenen Festen Zeit und Ohr für ernste Geschäfte haben sollen?

Einige andere kurze Denkschriften verfaßte Smidt noch für Stein, so über die noch immer fortdauernde große Einquartierungslast, die Bremen zu tragen habe, über die in Bremen für die französische Tabaksregie eingerichteten Häuser, die Smidt an Stelle einiger Forderungen an Frankreich auf Bremen übertragen zu sehen wünschte, dann über den Kriegszoll, wobei Smidt lebhaft gegen die Absicht protestierte, den Zoll, der in Preußen, Mecklenburg, Holstein, Hannover und Oldenburg zugunsten der Staatskassen erhoben werde, nur in den drei Hansestädten für die verbündeten Mächte einzuziehen; es sei nicht statthaft, die freien Städte, wie weiland die Juden, als Reichs-Kammerknechte zu behandeln.

Gegen den Schluß seines Aufenthaltes in Paris hat sich Smidt noch

[1]) Smidts Bericht vom 7. Mai.
[2]) Smidts Bericht vom 19. Mai.

einmal porträtieren lassen, weil weder er selbst noch andere sein drei Jahre früher von Quenedey in Paris gemachtes Porträt für ähnlich hielten. Er wandte sich diesmal an Bouchardy und erhielt von ihm ein Bild, das seiner Frau, seiner Tochter und anderen Verwandten durchaus ähnlich erschien. Es ist das älteste Porträt, das uns eine einigermaßen richtige Vorstellung von Smidts Erscheinung in seiner besten Manneszeit gibt.[1])

In den letzten Tagen ihres Aufenthaltes in Paris beschäftigte Smidt und den lübeckischen Abgeordneten Hach noch die Frage, ob sie eine Audienz bei Ludwig XVIII. nachsuchen sollten, um die ihnen von ihren Senaten übersandten Glückwunschschreiben dem Könige zu übergeben. Es wurde ihnen von allen Seiten abgeraten, weil noch von keinem der größeren deutschen Staaten diplomatische Verbindungen mit Frankreich wieder angeknüpft worden seien. Indes beriefen sich Smidt und Hach auf das Beispiel, das der Gesandte eines der kleinen mitteldeutschen Staaten gegeben habe, und beschlossen dem zu folgen. Sie haben am 11. Juni die Audienz erhalten und die Schreiben übergeben.[2]) Mir scheint, als ob Smidt durch diesen Akt mit sich selbst in Widerspruch gekommen sei. Ihm konnte nicht entgangen sein, was andere in Paris beobachtet hatten, daß das französische Volk und besonders die französische Armee schon wenige Wochen nach dem Einmarsch der verbündeten Mächte in Paris sich zu heftigem Widerspruch gegen die feindlichen Gewalten gesammelt, ja sogar begonnen hatten, ihre rasch wechselnde Stimmung gegen ihre Befreier vom Joche des Tyrannen in Taten umzusetzen. Ihm konnte ebensowenig entgangen sein, daß Rußland, Österreich und England das deutsche Volk im Pariser Frieden um seine besten Hoffnungen betrogen hatten. Mußte nicht unter solchen Umständen sein deutscher Patriotismus ihn abhalten von einem Schritte, der, sobald er bekannt wurde, im besten Falle als eine Huldigung gegen das französische Genie, im schlimmeren aber als eine niedrige Höflichkeit gegen das erste Volk Europas ausgelegt werden würde? Smidts berechtigter Stolz auf die gute Gesinnung seines kleinen heimischen Gemeinwesens hätte ihm meiner Meinung nach sagen müssen, daß es politisch für die bremische Handelswelt überflüssig gewesen und unter patrio-

[1]) Siehe Jahrbuch der brem. Sammlungen, 1. Jahrgang, 2. Halbbd. 1908 S. 66 ff. und Tafel XVIII Nr. 3.

[2]) Ein Bericht Smidts liegt darüber nicht vor, wohl aber enthält das Protokoll vom 18. Juni 1814 die erste Senatssitzung, in der Smidt in Bremen wieder erschien, einen kurzen mündlichen Bericht über die gewährte Audienz.

tischem Gesichtspunkte besser unterblieben wäre, den unbändigen Hochmut der Franzosen zu verstärken.

Am Abend des 11. Juni,[1]) gleich nach der Audienz, reisten Smidt und Hach zusammen nach Deutschland zurück. Smidt traf wahrscheinlich am 17. Juni in Bremen wieder ein, wenn er seine Absicht ausgeführt hat, in demselben Wagen, den der ehemalige Präfekt Graf Arberg im Herbste 1813 für seine Flucht aus Bremen benutzt hatte. Arberg war am 18. Mai in Paris gestorben;[2]) das benutzte Smidt, um sich nach dem Wagen umzusehen, den der Präfekt, wie es scheint, dem ehemaligen bremischen Ratsmarstall entnommen hatte. „Nach achttägigen Bemühungen," schreibt Smidt am 16. Juni an seine Frau, „habe ich endlich die grüne Chaise, die der Präfekt uns wegnahm, herausgepreßt und denke mit dieser Trophäe im Triumph in Bremen einzufahren, damit ich doch nicht ohne Beute aus dem Feldzuge zurückkomme." Wie mit Freuden von Frau und Kindern, so wurde er in der Senatssitzung vom 18. Juni auch vom Präsidenten und von seinen Kollegen mit lebhaften Dankesäußerungen für seine mannigfaltigen Bemühungen zum Besten der Stadt begrüßt.

---

[1]) Smidt an seine Frau 10. Juni: „Morgen mittag sollen wir Audienz bei dem König von Frankreich haben. Wenn nichts dazwischen kommt, denken wir aber doch morgen abend abzureisen."

[2]) Smidt an seine Frau 20. Mai.

Siebentes Kapitel

Der Wiener Kongreß

Smidt hatte sich auf einen nur sehr kurzen Aufenthalt in Bremen gefaßt gemacht, weil er einstweilen noch annahm, daß der Kongreß in Wien um den 1. August beginnen werde. Er fand indes nicht allein in seinem speziellen Ressort in den Schulangelegenheiten so mancherlei zu tun und hatte daneben so sehr das Bedürfnis, sich genau zu unterrichten über die Lage der Verfassungsberatungen und viele mit ihnen zusammenhängende Fragen, vor allem aber auch, sich mit möglichst vollständigem und gutem Material für die in Wien erwarteten Verhandlungen zu versehen, daß er schließlich neun Wochen in Bremen festgehalten wurde. Er hatte zu seiner Reise in das Große Hauptquartier zu plötzlich aufbrechen und während ihrer unerwartet langen Dauer sich zu häufig über mangelhafte oder gänzlich fehlende Information beklagen müssen, als daß er sich jetzt nicht besser vorzusehen beschlossen hätte. Er hatte wahrscheinlich auch bemerkt, wie unzweckmäßig es gewesen war, daß er seine Berichte nach Bremen, anstatt sie regelmäßig an ein und dasselbe Mitglied des Senats zu richten, in buntem Wechsel an sechs verschiedene Mitglieder der provisorischen Regierungskommission geschickt und es dadurch diesen sehr erschwert hatte, auf seine Anfragen oder Anregungen einzugehen und sie zu beantworten. Jetzt veranlaßte er, daß der Syndikus Heinrich Gröning ein für allemal bestimmt wurde, die Korrespondenz mit Smidt zu führen.

Daß das dem Wiener Kongresse obliegende Geschäft einer Neugestaltung des einstweilen noch chaotischen Deutschland und großer Teile Europas nicht in kurzer Zeit sich werde ausführen lassen, konnte Smidt nicht zweifelhaft sein. Er war daher entschlossen, sich nicht wieder auf Monate von Frau und Kindern völlig zu trennen, sondern neben seiner Frau auch seine drei älteren Kinder, die Tochter Hanne, die im sechzehnten, und die Söhne Hermann und Heinrich, die im elften und neunten Lebensjahre standen, mit nach Wien zu nehmen, und nur die beiden jüngeren Söhne, den fünfjährigen Gustav und den im dritten

Lebensjahre stehenden Johann, unter der Obhut ihrer Tanten zurückzulassen.

Die territoriale Neugestaltung Deutschlands berührte den Vertreter Bremens nur insofern, als Bremen, gestützt auf die ihm von Preußen, Österreich und Rußland gewährte Zusicherung, den Bestand seines im Jahre 1803 festgestellten Staatsgebiets erhalten, aber, wie Smidt schon im Hauptquartier vorgestellt hatte, keine Unterordnung unter einen der größeren Partikularstaaten Deutschlands eintreten zu sehen wünschte. Über die künftige Organisation Deutschlands hatte Smidt aus dem Hauptquartier keinerlei einigermaßen sichere Aussichten mitbringen können, er hoffte nur mit zahlreichen anderen, daß wieder ein Kaiser, den er sich nur als den Kaiser Franz von Österreich vorstellen konnte, an die Spitze Deutschlands treten werde. Was das Gesamtvaterland an finanziellen und militärischen Ansprüchen von allen Einzelstaaten sogleich oder künftig verlangen werde, war Bremen natürlich zu leisten völlig bereit, man wünschte nur, daß die finanziellen Forderungen nicht so weit gehen möchten, um das Wiederaufblühen des Handels, des Lebensnervs der bremischen Tätigkeit, zu behindern. Was andere bremische Sonderwünsche betraf, so erwartete man vom Wiener Kongresse vor allem die Beseitigung des vom Herzog von Oldenburg widerrechtlich aufs neue eingerichteten Elsflether Zolls, ferner die Einführung einer womöglich für ganz Deutschland gültigen Postordnung und, falls kein höchstes Reichsgericht für die Entscheidung privater Streitigkeiten beschlossen werden sollte, die Zusicherung, daß Bremen mit den beiden anderen Hansestädten über die Anordnung einer gemeinsamen höchsten Gerichtsinstanz sich vereinbaren könne. Von einem Zusammenwirken der in Wien vertretenen Seemächte erwartete man die Vernichtung der Piraterie der Barbaresken.

Über alle diese Angelegenheiten, wie über manche im Augenblicke minder wichtige, wie die allgemeine militärische Organisation Deutschlands, die Freizügigkeit innerhalb der deutschen Staaten, die Stellung der Juden, die Herabminderung und Regelung der zahlreichen Zollstellen an der Oberweser, die Freiheit der Presse suchte Smidt sich mit möglichst vollständigem Material zu versehen, das besonders auch umfassen mußte, was über die Bremen allein betreffende Frage der künftigen Staatsverfassung schon beschlossen oder ins Auge gefaßt worden war.

So ausgerüstet trat Smidt am 24. August selbsechst — denn zu

den genannten vier Familienmitgliedern trat als Diener und Schreiber noch ein junger Mann namens Elard Meyer hinzu — die Fahrt nach Wien an, von Hoffnungen beseelt, die weit über das hinausgingen, was sich bald als in der Wiener Versammlung erreichbar ergeben sollte. Die Fahrt ging über Hannover nach Göttingen, wo Heeren und Villers wieder und auch die Bibliothek besucht wurde. In Kassel machte man am Sonntag, dem 28., halt und verbrachte den größten Teil des Tages dort und in Wilhelmshöhe mit den beiden Brüdern Grimm und ihrer Schwester. Am folgenden Tage gelangten die Reisenden so zeitig nach Eisenach, daß sie noch bei Tage auf die Wartburg steigen und dort das Lutherzimmer und die Rüstkammer besehen konnten. Am 30. wurde ein kurzer Aufenthalt in Gotha gemacht, wo man in dem gleichen Zimmer frühstückte, von dem aus, wie der Wirt erzählte, Napoleon vor zehn Monaten die Überreste seiner Armee durch die Stadt flüchten sah und dabei einige Stunden lang abwechselnd sich die Haare ausraufte und mit den Fingern auf die Fensterscheiben trommelte. Abends konnte man in Weimar noch vor Dunkelwerden den Schloßpark besichtigen und alsdann die Frau Dr. Gildemeister besuchen, die Mutter des Reisebegleiters Smidts auf der Fahrt mit dem Großen Hauptquartier, eine Schwester August Kotzebues.

Der 31. August war ganz Smidts Erinnerungen an Jena gewidmet. Es lagen freilich neunzehn Jahre zwischen seinem Abschiede von Jena und diesem Besuche, die außerordentlichste Zeit seines Lebens. Es war daher begreiflich, daß er seiner Schwester schrieb: „Es war mir dort, als käme ich aus dem Schattenreiche noch einmal in die Welt zurück. Die alte Herrlichkeit war verschwunden, fast keine lebendige Spur war mehr vorhanden von der Welt, in der ich mich dort drei Jahre lang heimisch gefunden.“ Von alten Bekannten fand Smidt nur einen Pastor aus Wenigenjena und die Witwe seines theologischen Lehrers Griesbach und deren Schwester Luise Schütz; ferner noch Gries, den Tassoübersetzer und Bruder des hamburgischen Syndikus. Von den Jenaer Professoren suchte er Luden und Oken auf und verbrachte den Abend bis in die Nacht hinein in einem Kreise von noch mehreren Professoren. Durch Luden und Oken erfuhr er auch, wer hinter dem Pseudonym Freimund Raimar stecke, dessen Geharnischte Sonette in Bremen großen Eindruck gemacht hatten. Er teilte seiner Schwester daher alles mit, was er über Rückert erfahren hatte und

was er am folgenden Tage noch von dem Professor Abraham Voß in Rudolstadt hörte.

Am 1. September ging die Fahrt über Schwarzburg und durch das schöne Schwarzatal weiter nach Saalfeld. Am 2. wurde Koburg erreicht, von wo man am 3. mittags in Bamberg eintraf. Als Smidt hier im Begriffe war, zur Weiterfahrt nach Süden in den Wagen zu steigen, traf er einen alten akademischen Bekannten Anselm Feuerbach, den berühmten Kriminalisten, mit dem dann noch ein paar Stunden im Gespräche über die künftige Justizorganisation Deutschlands verbracht wurden. So kamen die Reisenden erst abends nach Erlangen. Über Nürnberg, das am Sonntag, 4. September, besichtigt wurde, erreichte man am 5. nachmittags Regensburg, wo die Wagenfahrt ihr Ende fand. Die Reisenden lagen dort einen Tag still, währenddessen das Schiff gezimmert wurde, das sie nach Wien bringen sollte. Smidt benutzte den Tag, um einen langen Brief an seine Schwester und einen kurzen ersten Bericht an Syndikus Gröning zu schreiben. Am Abend des 6. konnte man noch ein paar Meilen auf der Donau zurücklegen. Während der vier weiteren Tage, die die Donaufahrt erforderte, versuchte Smidt, doch ohne viel Erfolg, an dem Entwurfe einer neuen bremischen Verfassung zu arbeiten. Am Sonnabend, 10. September, trafen die Reisenden abends um 7 Uhr endlich in Wien ein.

Dort trat ihnen gleich im Gasthof, in dem sie abgestiegen waren, und als sie sich am nächsten Tage daran machten, eine Privatwohnung zu suchen, die ungeheure Teuerung entgegen, die in Wien herrschte. Erst nach einer Woche gelang es Smidt, eine Wohnung zu dem vergleichsweise billigen Monatspreis von 700 Gulden Papier zu finden. Sie lag freilich etwas abseits, aber doch noch in der alten Stadt, im dritten Stock, aber geräumig und anständig möbliert. Der Hauswirt war ein artiger Mann, der Smidt auch seine Equipage für monatlich 500 Gulden Papier überließ.

Die außerordentliche Preissteigerung der Wohnungen war sehr natürlich, da ganz Europa sich ein Stelldichein in Wien gab, und zwar vertreten durch seine vornehmsten und reichsten Gesellschaftskreise. Scharen von Fürsten, Grafen und Herren, von Staatsmännern, Gesandten und Ministerialräten, von Kriegern und von Fremden aller Art drängten sich da zusammen und suchten alle ein Unterkommen in der vergleichsweise kleinen, engen und dichtbevölkerten alten Stadt. Denn noch lagen die ausgedehnten Vorstädte durch ein Glacis und den breiten Festungs-

gürtel von der alten Stadt so weit getrennt, daß niemand dort wohnen zu können meinte, der durch seine Stellung auf den gesellschaftlichen Verkehr angewiesen war. So war die Auswahl passender Wohnungen im Verhältnis zu der Nachfrage gering. Daß bei einem Zustrom von Tausenden aber auch die Preise der Lebensmittel beträchtlich gestiegen waren, war eine unausbleibliche Folge des engen Marktbezirks, den in der eisenbahnlosen Zeit jede Stadt für ihre täglichen Bedürfnisse hatte, und hier um so mehr, als es sich in ausgedehntem Maße um die Herbeischaffung seltener und luxuriöser Waren handelte. So war denn der Klage über die Teuerung in Wien kein Ende.

Smidt fand dennoch bald aus, daß er recht getan hatte, seine Familie mitzunehmen. Denn die Menage im Hause war, wieoft er auch mittags oder abends Gäste bei sich sah, immer noch wohlfeiler als das Leben im Restaurant. Sechs bis sieben Wochen nach seiner Ankunft in Wien schreibt er, der lübeckische Vertreter, Senator Hach, der einen Tag nach ihm in Wien eingetroffen sei und seine Mahlzeiten im Restaurant nehme, habe in Wien sogleich dieselbe Summe beim Bankier aufgenommen wie Smidt, habe sie aber trotz einfachen Lebens rascher verbraucht als er. Die Tochter Hanne war es, die der Smidtschen Küche vorstand und in kurzer Zeit lernte, wienerische und bremische Speisen in angenehmem Wechsel aufzutischen.

Dabei aber war Hanne trotz ihrer Jugend — sie vollendete erst anfangs Dezember ihr sechzehntes Lebensjahr — bald im Kreise der Diplomaten und selbst der Fürsten bekannt. Bei Pilat, dem literarischen Attaché Metternichs, und seiner Frau, bei Friedrich Schlegel und Frau verkehrten Frau Mine und ihre Tochter von Anfang an fast täglich und lernten besonders bei Pilats viele interessante Persönlichkeiten kennen. „Mine macht," so schreibt Smidt schon gegen Ende September, „täglich neue Bekanntschaften mit Christen, Juden und Türken. Am Sonntag nachmittag war sie mir abhanden gekommen. Endlich hörte ich, daß der Gesandte des Fürsten der Walachei sie und Hanne in den Prater geführt habe." Acht Tage später besuchte Smidt mit Frau und Tochter eine große Redoute, zu der mit den Monarchen und Monarchinnen zehn- bis zwölftausend Personen erschienen. „Morgen gehen wir in das große Volksfest im Augarten, Sonntag in die Redoute parée Sonntag über acht Tage in das große Konzert. So geht es in dulci jubilo fort." So machte sich gleich anfangs der besondere Charakter des Kongresses als eines höfischen Jahrmarkts geltend, der

wenig Zeit und Ruhe ließ zu ernsten Arbeiten, wie Smidt sie verstand. Der Frau Mine fiel es dabei auf, daß überall Französisch gesprochen wurde. „Unter den hiesigen Großen," schreibt sie am 18. Oktober, nachdem sie morgens ein großes militärisches Schauspiel in Gegenwart aller Monarchen gesehen hatte, „ist der Gebrauch der französischen Sprache mir fürchterlich zuwider. Im Theater, Konzert und wo man hinhört nichts als Französisch, alles, was irgend von Erziehung sein will, spricht nicht anders. Im Hause der Bankiers, bei Arnsteins usw., wird auch nicht anders gesprochen. Verstehen kann ich's leidlich, spreche Deutsch dazwischen und äußere meine Verwunderung über diese Sitte unverhohlen. Es ist wirklich in dieser Zeit zum Rasendwerden."

Am 9. November nahm Frau Mine und Hanne an der Redoute parée beim Fürsten Metternich teil. Hanne tanzte dort als italienische Bäuerin gekleidet u. a. in zwei Tänzen mit, an denen auch Kaiser Alexander und König Friedrich Wilhelm teilnahmen. Später, als Frau Mine, weil sie im April ein Kind erwartete, die großen Kreise nicht mehr besuchte, führte Smidt gelegentlich seine Tochter auch allein in die große Welt, in der sie beim Grafen Bedeckowitsch bis nachts um 2 Uhr fröhlich tanzte. Smidt aber berichtete den Schwestern: „Hanne hat nun die Welt kennengelernt und wird dadurch, wie ich denke, von aller Sehnsucht nach äußerm Glanz für immer bewahrt werden, da sie die Richtigkeit dieses Flitterlebens vollkommen begriffen hat." Tatsächlich litt Hanne, wie ihr Vater erzählte, fast beständig an Heimweh und weinte dann in einer stillen Ecke.

Am Abend des 7. März platzte in den Wiener Gesellschaftsstrudel die Nachricht von Napoleons Entweichung hinein. Man nahm sie anfänglich nicht sehr ernsthaft. Am 11. wußte man, daß er im südlichen Frankreich gelandet sei und daß von allen Seiten Truppen gegen ihn aufbrächen. „Hoffentlich," schreibt Smidt, „ist von seinem letzten politischen Akte die Rede." Und noch am 17. schreibt er: „Was sagt man denn dort (in Bremen) zu Bonapartes Tun und Treiben? Die Sache scheint nicht sehr ernsthaft zu werden, sonst mögt ihr nur Fahne und Standarte reparieren." Aber schon am folgenden Tage ruft er aus: „Schlagt Lärm, ihr Frauen! Es gibt Krieg! Krieg gegen Bonaparte und seine Räuberbande. Ihr müßt von nichts anderm reden, ihr müßt nichts andres tun, als was darauf Bezug hat. Ihr müßt Trumpf über Trumpf darauf setzen, daß man sich rüste und marschiere. Die Bremer müssen diesmal die ersten im Felde sein unter den Hanseaten, sie müssen

nachholen, was das vorigemal ein ungünstiges Geschick uns versagte." Und wieder nur einen Tag später: „Krieg und nichts als Krieg ist die Losung. Fordert nur die junge Mannschaft auf, daß sie sich eiligst rüste, um unter Wellingtons Anführung der Schlange den Kopf zu zertreten." Und am 22. März mahnt er: „Feuert alles zum Kampfe gegen Bonaparte an. Er hat Lyon genommen und jetzt etwa 20000 Mann."

Zu Anfang April schreibt Frau Mine ihrer Schwester Friederike: „Die politischen Sachen haben mich auch aufgerüttelt. Sie nehmen einen Gang des Entsetzens. Hat hier unter uns auch nicht immer das Göttliche mit im Rate gesessen, der Leichtsinn, das Vergnügen gethront, wo der Ernst hätte herrschen sollen — es ließe sich viel darüber sagen, was sich nicht schickt für eine weibliche Feder — der Himmel helfe nur noch einmal, wenn, wie ich hoffe, der Wille wieder redlich das Werk der Rettung beginnt."

Einige Tage später hören wir auch aus einem Briefe Hannens an dieselbe Tante Friederike Noltenius, in wie tiefe Erregung auch sie durch die Ereignisse versetzt ist: „Vom Kongreß und dem Kaiser der Halunken, wie Napoleon hier genannt wird, mag ich gar nicht reden. Da geht nun der Kaiser Alexander alle Tage auf der Bastei spazieren mit einer so freundlichen, zufriedenen, süßen, katzenartigen Miene, den Eugen am Arme, daß man darüber verrückt werden sollte. Talleyrand beherbergt in seinem Hause einen Spion, von dem alle Welt weiß, daß er einer ist, Talleyrand aber sagt, es sei sein Freund, und niemand hat das Herz, ihn einzustecken; und dieser Talleyrand, mir ist nie ein fürchterlicheres Gesicht vorgekommen, gelbgrau wie eine alte Wachsfigur, ich habe ihn nur einmal gesehen und hoffe, will's Gott, nicht noch einmal; er ist wirklich greulich häßlich."

Inzwischen hatte die Familie Smidt zu Anfang März das Logis wechseln müssen, weil ihr bisheriger Hauswirt die vermieteten Räume selbst gebrauchen wollte. So waren Smidts nach dem Minoritenplatze gezogen, nahe bei der Hofburg und dem Mittelpunkte der Altstadt. Dort wohnten sie im gleichen Hause mit Wellington, der indes durch die Ereignisse bald zur Abreise genötigt wurde.

Smidt war durch den Umzug in üble Laune versetzt. Da schrieb er den Schwestern: „Es gilt nur eine Veränderung des Aufenthalts in dieser mir höchst langweiligen Stadt, der ich allen Reisebeschreibungen und Erzählungen von Reisenden zum Trotz gar kein Interesse abgewinnen kann." . . . „Ins Schauspiel bin ich, solange ich hier bin, erst

ein einziges Mal gegangen, besehen habe ich von hiesigen Merkwürdigkeiten so viel wie gar nichts. Alle Zeit geht mit Geschäften oder sog. Hofdiensten mehr als einer Art hin." Und schon vorher schilt Smidt in demselben Briefe über den fatalen französischen Ton, der in den höheren Zirkeln herrsche. „Wir haben deshalb meistens auch nur mit Fremden (soll heißen nicht zum Kongreß Gehörigen) Umgang, unter denen es freilich so vielseitig gebildete und interessante Menschen gibt, daß das Leben hier interessant genug hingeht und noch dreimal interessanter sein würde, wenn die gemeinschaftlichen Berührungen sich um fröhlichere Gegenstände und Aussichten drehten, statt jetzt im gemeinschaftlichen Kampfe gegen die Verkehrtheiten und in der Trauer darüber, daß die schönsten Hoffnungen Deutschlands unerfüllt bleiben, weil die Menschen, die zunächst an ihrer Realisierung arbeiten sollten, der Zeit nicht gewachsen sind, indem sie sich vergebens bemühen, die anderen zu sich herabzuziehen, nur einen jämmerlichen Anblick gewähren."

Smidt war, wie die Mehrzahl der Kongreßgesandten, mit allzu optimistischen Hoffnungen nach Wien gekommen. Als nun anfänglich nur die großen Mächte Österreich, Preußen, England und Rußland, bald auch Frankreich sich als Kongreß konstituierten und zu ihren in aller Heimlichkeit betriebenen Verhandlungen nur hin und wieder einen oder den andern Mittelstaat hinzuzogen, als dann der Streit um Polen und Sachsen zu so ernsten Konflikten führte, daß ein Krieg zwischen Preußen und Rußland einerseits und Österreich und Frankreich andererseits fast unvermeidlich schien, da mußten wohl die hochgespannten deutschpatriotischen Erwartungen dahinschwinden.

Die Vertreter der deutschen Kleinstaaten — der Mindermächtigen, wie man sie nicht ohne einen Anflug von Spott nannte — hatten sich schon im Herbste zu gemeinsam Konferenzen zusammengetan, aber ihren unter lebhafter Teilnahme Smidts bei den beiden deutschen Großmächten wiederholt angestellten Versuchen, die Beratung der deutschen Angelegenheiten zu fördern, überhaupt nur beginnen zu lassen, war kein Erfolg beschieden, bis das erneute Auftreten Napoleons zum Schlusse drängte.

Für Smidt ist aber die vielmonatliche Wartezeit nicht nur sehr arbeitsam, sondern auch lehrreich und fruchtbar gewesen. Da er eine sehr große Zahl der in Wien versammelten Staatsmänner schon während des Feldzugs kennengelernt hatte, so kam er rascher als andere zu erneuter Anknüpfung mit ihnen. Nun aber traten dazu die leitenden Persönlichkeiten fast aller deutschen und Vertreter aller europäischen

Staaten. Da kam Smidt die Übung, die er im Jahre 1811 und besonders im Jahre 1814 im Gebrauche der französischen Sprache gehabt hatte, sehr zustatten. So hatte er einen außerordentlich vielseitigen Verkehr, in dem er von den Wünschen und Interessen aller europäischen Länder wahrscheinlich weit mehr erfuhr als die Mehrzahl der anderen mittel- und kleinstaatlichen Gesandten. „Ich spreche," so berichtet er schon im November, „mit vielen hier versammelten interessanten und kundigen Männern aus ganz Europa, die in der Voraussetzung, mit keinem Partisan irgendeiner Parteimeinung zu reden, sich einem Hanseaten viel unbefangener darstellen als anderen, bei denen sie eine schon bestimmte Ansicht voraussetzen."

Es kam hinzu, daß Smidt frühzeitig aufmerksam geworden war auf die Bedeutung der Presse, die eben damals im Begriffe war, ihren Siegeszug zu beginnen, das heißt das geheimnisvolle Wesen, das man öffentliche Meinung nennt, zu bilden, um künftig mit Hilfe der von ihr selbst geschaffenen Meinung allmählich zu der Großmacht sich auszugestalten, die sie heute ist. Smidt hatte die Macht der Presse schon damals völlig begriffen und hat von da ab während seines ganzen Lebens danach gestrebt, diese Macht zum Verbündeten seines heimischen Staatswesens und der drei andern städtischen Republiken Deutschlands zu gewinnen. Deshalb hat er allen wichtigeren Zeitungen beständig Beachtung geschenkt, und dazu bot ihm in Wien das Bureau des Herrn von Pilat erwünschte Gelegenheit. Denn dort lagen deutsche und fremde Zeitungen in großer Zahl aus, wie etwa heute im Lesesaal eines Klubs, und Smidt gehörte zu den wenigen täglichen Besuchern des Pilatschen Bureaus. Er sagt dies gelegentlich in einem seiner Berichte, und man findet die Bestätigung in fast allen seinen Wiener Berichten, denn selten ist einer darunter, in dem er nicht auf diese oder jene Presseäußerung hinweist.

Gleich zu Anfang seines Wiener Aufenthalts hatte ihn eine in der Hamburger Börsenhalle ausgesprochene Behauptung, der Senat von Bremen habe die Einfuhr fremder Heringe verboten, in große Erregung versetzt, die noch wuchs, als er erfuhr, daß der preußische Gesandte in Hamburg darüber an seine Regierung berichtet habe. „Die Verleumdung," schreibt er am 24. September, „die man sich gegen uns zuschulden kommen läßt, als hätten wir den Handel mit fremden Heringen verboten, ist so boshaft und die Folgen derselben, wie der abschriftlich übersandte Brief des Ministers v. Grote zeigt, so ernsthaft, daß unsere

Ehre und die schuldige Sorgfalt für das Wohl unseres Staates es nicht erlauben, diese Sache auf die leichte Achsel zu nehmen. Einem Privatmann mag es genügen, sich unschuldig zu wissen, einem Staate und besonders einem kleinen und vor allem in der gegenwärtigen Zeit muß alles daran liegen, auch als unschuldig zu gelten. Von dieser Seite sehe ich die Sache an und werde sie mit dem größten Ernste behandeln." Smidt kommt in seinen Berichten noch wiederholt „auf die Heringsfehde des Grafen Grote", wie er sie nennt, zurück, hat sich jedoch schon bald überzeugt, „daß sie nicht den mindesten nachteiligen Eindruck gegen uns in dem Gemüt des trefflichen Fürsten (Hardenberg) zurückgelassen hat".

Der „Bremer Zeitung" gedenkt Smidt sehr häufig in seinen Berichten, empfiehlt oftmals die Aufnahme dieses oder jenes Aktenstücks oder dieser oder jener Äußerung anderer Blätter oder tadelt auch wohl, daß sie über eine Angelegenheit nichts gesagt habe. Ganz besonders war er ungehalten darüber, daß in Bremen kein Mensch an eine Feier des 18. Oktober gedacht[1]) und die Zeitung kein Wort der Erinnerung an den Tag gebracht hatte. „In ganz Deutschland," schreibt er am 29. Oktober, „wird die Feier dieses Festes gleichsam als das Schibboleth der nationalen Gesinnung angesehen, die sich namentlich in Bayern und anderen Gegenden, wo die Regierung als solche für dieses Fest nichts getan, auf eine höchst merkwürdige Weise durch zahlreiche freiwillige Beiträge der Individuen zur Verherrlichung dieses Tages gezeigt hat."

Die bremische Unterlassungssünde hat Smidt noch nach Wochen böse Tage bereitet, als Joseph Görres neues Blatt „Der Rheinische Merkur" gegen Ende November sie benutzte, um Bremen französische Gesinnung vorzuwerfen. Smidt mußte sich um so tiefer verletzt fühlen, als er die Bedeutung des Rheinischen Merkurs und das hohe Ansehen, das das Blatt in Deutschland sich rasch erworben hatte, willig und gern anerkannt hatte und überdies wußte, daß man in Wien dem Minister vom Stein einen großen Einfluß auf den Merkur zuschrieb. Als er daher am 5. Dezember, einige Tage nach Ankunft jenes Artikels in Wien, zu Stein ging, um ihm einen Brief von Villers zu überbringen, wollte er die Gelegenheit benutzen, um die Verleumdung des Merkurs zurückzuweisen, wobei er schlechterdings nicht an einen Zusammenhang der Ver-

[1]) Das stellte sich doch später als Irrtum heraus. Eine öffentliche Feier hatte freilich nicht stattgefunden, wohl aber hatte der Bremer Frauenverein den Tag gewählt, um an bedürftige Angehörige der Kriegsteilnehmer Spenden aller Art zu verabfolgen.

leumdung mit Stein gedacht hatte, sondern nur daran, Steins gute Meinung über Bremen zu erhalten. „Sowie ich aber nur davon anfing,“ berichtete Smidt erst am 27. Dezember, „sprang er ganz wütend auf. ‚Wollen Sie sich auch etwa mit Bayern alliieren, um die Preßfreiheit zu unterdrücken?‘ rief er aus, ‚mit solchen Dingen müssen Sie mich ungeschoren und ungehudelt lassen‘ usw. Ich erwiderte, er habe sich bisher immer für Bremen interessiert und eine gute Meinung von uns gehabt, es sei uns daran gelegen, daß er diese behalte; ich wisse, daß er den Rheinischen Merkur lese, und hätte es daher für meine Schuldigkeit gehalten, ihm ein Wort darüber zu sagen. Er wurde aber noch immer wilder. ‚Ich habe mich wohl für Ihre Person interessiert,‘ sagte er, ‚aber daß ich mich eben für Bremen besonders interessierte, weiß ich nicht. Sie müssen mir mit solchen Dingen meine Zeit nicht verderben‘ — und damit lief er in sein Kabinett. Ich ging ihm aber nach und sagte ihm, sein Benehmen sei so inhuman als ungerecht, und ich appellierte von seiner heutigen üblen Laune an eine künftige heitere, wo ich schon einmal wieder mit ihm über die Sache spräche. Darauf ging ich nach Hause und schrieb ihm auf der Stelle folgendes Billett:

„Wenn ein Staat, klein oder groß, einem Staatsmanne bezeugen läßt, seine Meinung von ihm sei ihm nicht gleichgültig, *so ist das ein Beweis der Achtung.* — Wenn diese Achtung in dem gegenwärtigen Augenblick, wo die öffentliche Meinung über die vaterländische Gesinnung eines deutschen Staats beginnt, einen wesentlichen Teil der Garantie seiner Existenz auszumachen, und bei Gelegenheit der grundlosen Anschuldigung einer französischen Sinnesart grade demjenigen Staatsmanne bezeugt wird, dessen Leben und Wirken vor andern solche wohltätige Richtung der öffentlichen Meinung hat begründen helfen, *so ist das eine Huldigung seiner persönlichen Verdienste* um das Vaterland, die, treu und wahr gemeint, sich *wenigstens einer freundlichen Aufnahme* schmeicheln dürfte.

Die Besorgnis, bei dem plötzlichen Abbrechen der heutigen Unterredung mit E. E. mißverstanden zu sein, legt mir die Pflicht auf, Ihnen diese Absicht meiner Äußerungen offen darzulegen.

An E. E. Wohlwollen ist mir wahrlich *viel* gelegen, aber noch mehr an Ihrer Achtung und noch unendlich mehr an Ihrer Achtung des kleinen Staats, den ich zu repräsentieren die Ehre habe. — Diese Achtung zu reklamieren, würde ich mich aber selbst unwürdig

fühlen, wenn ich feig genug wäre, aus Scheu vor persönlichen Unannehmlichkeiten jene Pflicht zu verletzen, und ich wage es deshalb auf die Gefahr, Ihnen zum zweitenmal ungelegen zu kommen, Sie um ein gelegentliches freundliches Wort der Versicherung, nicht mißverstanden zu sein, ergebenst zu ersuchen."

„Mit mehr Mäßigung konnte ich den Grobian doch nicht behandeln, und ich gestehe, daß es mir sauer geworden ist, mich in diesen Schranken zu halten. Auch scheint das Billett seine Wirkung nicht ganz verfehlt zu haben, denn, wie ich einige Tage nachher zufällig bei dem Fürsten Hardenberg mit ihm zusammentraf und ihn nicht zu bemerken schien, brach er ein Gespräch, in dem er gerade mit jemand begriffen war, auf einen Augenblick ab, bückte sich zu mir hin und grüßte mich freundlich.

„Es ist hier fast kein einziger, welcher irgend mit ihm verkehrt hat, der nicht von solchen Szenen nachzusagen wüßte. Hach und Gries gehen schon seit mehreren Monaten nicht mehr zu ihm, und das ist beinahe mit allen meinen Bekannten der Fall. Graf Keller, Türkheim und viele andere haben sich schon während des Feldzuges mit ihm überworfen. Berg, der ein alter Freund von ihm ist, auf den er sonst große Stücke hielt, hat hier auch solche Auftritte mit ihm gehabt, daß er mir neulich sagte, in diesem Leben begehre ich Stein nicht wieder zu sehen. Gagern, der in einem Hause mit ihm wohnt, und mit dem er beim Anfange des Feldzuges sehr intim liiert war, ist völlig mit ihm zerfallen und sieht ihn gar nicht. Mit dem Grafen Münster ist's der nämliche Fall. — Es ist ein wahres Unglück, daß dieser treffliche Mann jedes Verhältnis so derb angreift, daß alles gleich unter seinen Händen zerbricht. Wie könnte er sonst wirken!"

Smidts Verehrung für Stein war doch zu aufrichtig und zu fest begründet, als daß er sich durch diese Erfahrung hätte abhalten lassen, schon bald noch in Wien und künftig bei verschiedenen Anlässen wieder mit ihm zu verkehren.

Wenn Smidt durch seine Arbeitssamkeit, seine Geschäftskunde, seinen Takt, sein kluges Urteil und seine Kunst, mit den verschiedenartigsten Persönlichkeiten einen anregenden Verkehr zu pflegen, das schon während des Feldzuges erworbene persönliche Ansehen in Wien in gesteigertem Maße gewann, so kam das ganz in seinem Sinne dem von ihm vertretenen Staatswesen und nicht diesem allein, sondern den drei Hansestädten und der freien Stadt Frankfurt zugute. Die Vertreter der drei anderen Städte, der geistreiche, aber schon damals in seinem drei-

undvierzigsten Lebensjahre kränkliche Hamburger Gries, der solide etwas hausbackene Lübecker Hach, der gelehrte aber stubenhockerische Frankfurter Danz konnten sich an Wirksamkeit und an Ansehen im Kreise der Staatsmänner mit Smidt entfernt nicht messen. Das ergab sich am deutlichsten, als die Konferenz der Mindermächtigen gegen Ende März 1815 zum drittenmal an die leitenden Minister Österreichs und Preußens eine Note richtete, um endlich die deutschen Angelegenheiten in ernstliche Beratung genommen zu sehen, und um dem Ersuchen mehr Nachdruck zu geben, zugleich beschloß, diese Note durch eine Deputation von drei Mitgliedern überreichen zu lassen. Denn zu dieser Deputation wurde von der Konferenz neben den Bevollmächtigten Hessen-Kassels, dem Grafen Keller und Mecklenburg-Schwerins, dem Baron von Plessen als drittes Mitglied mit beträchtlicher Stimmenmehrheit Smidt gewählt.

Die drei hatten am folgenden Tage zuerst mit Metternich und dann mit Hardenberg ein längeres Gespräch, in dem sie im Einverständnisse mit der Mehrzahl ihrer Auftraggeber noch einmal die Frage anregten, ob es nicht möglich sei, an die Spitze des neuen deutschen Staatswesens wieder einen Kaiser zu stellen. Sie erhielten an beiden Stellen so ziemlich den gleichen Bescheid, daß die Herstellung der Kaiserwürde in der ihr zuletzt anhaftenden Schwäche ohne Bedeutung sei, einen starken Kaiser aber weder Preußen noch die süddeutschen Königreiche würden ertragen können. Sie mußten sich deshalb mit der Verheißung zufrieden geben, daß es nicht die Absicht sei, durch die deutsche Bundesverfassung eine künftige Wiederherstellung des Kaisertums von vornherein unmöglich zu machen.[1])

Es sollten doch von diesem Tage an noch genau zwei weitere Monate vergehen, bis endlich die Beratungen über die neue Organisation Deutschlands ernstlich begonnen wurden, um dann in stürmischer Weise zu einer Art von Abschluß geführt zu werden. Dieser weitere lange Stillstand rührte daher, daß die deutschen Territorialverhältnisse noch immer nicht genügend geordnet waren, daß insbesondere die Könige von Napoleons Gnaden, Bayern und Württemberg, denen auch Baden und Hessen-Darmstadt sich anschlossen, noch Forderungen stellten und mit der Drohung, andernfalls dem Deutschen Bunde ganz fern zu bleiben, begründeten. Inzwischen war Smidt schon am 31. März in einer neuen Konferenz der Mindermächtigen zum Mitgliede einer Fünfer-

[1]) Smidts Bericht vom 24. März.

Deputation erwählt worden, der außer den drei oben Genannten Keller, Plessen und Smidt noch Berg, der Vertreter Lippes und Waldecks, und Minckwitz, der Vertreter Sachsen-Gothas, angehörten. Sie sollten zusammen mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten über die Art und Weise der deutschen Hilfsleistungen für den neuen Krieg gegen Bonaparte und über die Grundlagen der deutschen Verfassung beraten.

Die Kriegshilfsleistungen bezogen sich natürlich nur auf die Verteilung der kleinen Kontingente unter die drei großen Armeen, die gegen Bonaparte aufgestellt wurden, für Smidt besonders nur darauf, ob das 3000 Mann starke hanseatische Kontingent zu der Armee Blüchers oder zu der Wellingtons stoßen sollte. Nun hatte Smidt in der letzten Zeit weit mehr noch als früher sich in einen Widerspruch gegen die preußische Politik und gegen preußisches Wesen hineingelebt, der ihn fast völlig beherrschte. Schon als es sich um die sächsische Angelegenheit handelte, sah Smidt in Wilhelm v. Humboldt, mit dem er während des Feldzuges immer in sehr freundschaftlichem Verkehr gewesen war, „den durchtriebenen Mephisto, der den ehrlichen deutschen Faust allmählich zu verführen trachte", da hatte er über die preußische Politik geurteilt: „wenn die deutsche Freiheit nicht bloß dem Namen nach existieren soll, so dürfen wir eine neue Napoleonische Politik nicht in Deutschland aufkommen lassen". Jetzt hielt er Preußen für den gefährlichsten Feind der kleinen norddeutschen Staaten, zumal er nach einem ihm schon vor einiger Zeit vertraulich bekannt gewordenen Schreiben des Generals Grolmann überzeugt war, daß Preußen das Kommando über die kleinen norddeutschen Kontingente dazu benutzen wolle, sich auch in die inneren Angelegenheiten der Staaten zu mischen, die die Kontingente gestellt hatten.[1]) Er sah nur den Ehrgeiz in Preußen walten, ohne sich klar zu machen, daß diese seit den Zeiten des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen auf einer ruhmvollen Entwicklung beruhende Kraft im Staatsleben, so gut wie im Einzelleben, zu energischer Betätigung drängen muß, um etwas für die Allgemeinheit Nützliches zu schaffen. Er mißkannte daher auch mit einer großen Zahl und wahrlich nicht den schlechtesten seiner Zeitgenossen die Gründe, die es Preußen unmöglich machten, sich unter ein österreichisches Kaisertum zu beugen, und andererseits es zwangen, soweit wie möglich in Deutschland hineinzuwachsen. Es kam noch hinzu, daß er das in viel

[1]) Zwei Briefe Smidts an Gröning vom 12. April geben darüber Auskunft.

jüngeren Jahren, lange bevor er selbst zur Mitwirkung an größeren politischen Aufgaben berufen war, gegen Preußen geschöpfte Mißtrauen auch jetzt nicht zu überwinden vermochte, obwohl er den im Jahre 1813 vom preußischen Volke offenbarten tatkräftigen Patriotismus willig anerkannte.

Daß Smidt bei solcher Stimmung ein entschiedener Gegner der Unterstellung der hanseatischen Kontingente unter Blücher war und das Kommando Wellingtons über sie befürwortete, ist natürlich. Es war ihm deshalb auch sehr angenehm, von dem österreichischen Minister Baron Wessenberg zu hören, daß der englische Feldherr eine möglichst große Zahl deutscher Truppen zu erhalten wünsche, und darunter insbesondere die kleinen norddeutschen Kontingente. Andrerseits stimmte es Smidt, wie er am 24. April schrieb, „sehr traurig", daß viele junge Bremer jetzt ebenso wie im vorigen Feldzuge sich bemühten, unter das Kommando Lützows zu kommen und damit der Armee Blüchers unterstellt zu werden. Smidt sah „in ihrem Benehmen ein Zeichen der Auflösung, eine brandige Stelle im Organismus unseres Gemeinwesens".

Am 21. April fand wieder eine Konferenz des Fünferausschusses mit Vertretern der größeren Mächte über die Frage der Kontingentstellung statt. Seinen Bericht über diese Besprechung unterbricht Smidt um 3 Uhr nachmittags mit den Worten: „Soeben werde ich gerade zeitig genug aus der Konferenz bei Herrn von Gagern abgerufen, um der Geburt einer gesunden Tochter beizuwohnen, womit mich meine Frau vor einer Viertelstunde beschenkt hat."[1])

Die Briefe, die Smidt infolge dieser glücklichen Geburt an seine Schwester und an seine Schwägerinnen schrieb, zeigen ihn uns wieder in heiterer Stimmung. Wenn deshalb auch seine politischen Ansichten sich nicht änderten, so mag es ihm doch jetzt nicht unerwünscht gewesen sein, daß die Beratungen über die deutsche Verfassung sich noch immer weiter verzögerten.

Am 23. Mai begannen sie endlich damit, daß Metternich im Einverständnisse mit den preußischen Bevollmächtigten erklärte, es könne sich jetzt nur um die Feststellung der Grundlagen der künftigen Verfassung handeln, ihr Ausbau müsse den Verhandlungen in Frank-

---

[1]) Diese nach ihrer Mutter Wilhelmine genannte Tochter, die unverheiratet geblieben ist, hat sich als das lebenskräftigste aller Kinder des Ehepaares erwiesen. Sie starb erst mit 98 Jahen im Jahre 1913.

furt überlassen werden. Man weiß, was dabei herausgekommen ist, ein dürftiges Gerippe, das dann ein halbes Jahrhundert lang als Verfassung des Deutschen Bundes gegolten hat. Smidt hat mit gewohntem Fleiße und der ihm eigenen sorgfältigen Aufmerksamkeit an der Beratung des kümmerlichen Machwerks teilgenommen und bis zuletzt in optimistischer Täuschung an der Hoffnung festgehalten, daß ein lebens- und entwicklungsfähiges Gebilde herauskommen werde. Er glaubte an das Versprechen der Bundesakte, daß jeder der neununddreißig Bundesstaaten gleiche Rechte haben und daß keiner sich eine Oberherrschaft über einen andern anmaßen werde. Es gelang ihm bei der Beratung über die Einsetzung einer dritten juridischen Instanz (Art. VIII der Bundesakte) eine Ausnahmebestimmung für die vier freien Städte durchzusetzen und in dem Art. XIII, der das alte Postrecht des Thurn und Taxischen Hauses bestätigte, die besondere Bezugnahme auf die Städte zu entfernen. Er war befriedigt, als er sich ausgerechnet hatte, daß im Plenum des Bundestages jeder der vier freien Städte $^1/_{68}$ der Gesamtstimmenzahl haben werde, sicherlich eine viel zu hohe im Verhältnisse ihrer Einwohnerzahl zu der Einwohnerzahl des Bundes, aber Smidt meinte, daß die Städte damit „einen statum in imperio erhielten so vorteilhaft, wie wir ihn im Grunde noch nie gehabt".

Als die Spezialberatung beinahe vollendet war, wurden am 1. Juni auf Antrag Metternichs, Berg und Smidt beauftragt, zusammen mit dem Protokollführer, dem hannoverschen Geheimen Kabinettsrat von Martens, die Redaktion der bisher beliebten Artikel zu prüfen. Smidt äußerte sich darüber in einem Berichte nach Bremen, daß er mit dieser Kommission, so ehrenvoll sie übrigens sei, gern verschont geblieben wäre, da nichts als Verdruß dabei zu holen sei, zumal da Martens auf einem Ohre fast ganz taub sei und dazu einen altfränkischen, steifen und schleppenden Stil mit „behuf" und dergleichen schreibe. „Will man da nun viel korrigieren, so muß man sich über jedes Wort mit ihm herumbeißen, ohne doch dem Ganzen eine gefällige Gestalt geben zu können, und doch werden in aller Zukunft Berg und ich als diejenigen genannt werden, auf die man, wenn das Opus wie die Bibel gedeutet und ausgelegt wird, bei jeder Unbestimmtheit und Zweideutigkeit des Ausdrucks in Deutschland schelten wird." Es gelang ihm indes ein Mittel zu finden, um „mit Martens gut und ohne den mindesten Zank fertig zu werden". Das Mittel war ein Paket guten

Tabaks, mit dem das Geschäft bei einer Pfeife abgetan und manche kleine Härte abgerundet wurde, wenn auch viele noch stehen blieben.

Die Schlußberatung am 8. Juni führte noch einmal zu einer Durchnahme der sämtlichen zwanzig Artikel, weil Bayern in letzter Stunde sich bereit erklärt hatte, dem Bunde beizutreten, wenn „einige kleine Modifikationen“ in der Akte vorgenommen würden. Daß mit diesen „kleinen“ Abänderungen auch das Bundesgericht fiel, „der Schlußstein des deutschen Rechtsgebäudes“, wie Humboldt es bezeichnet hatte,[1]) ist in Smidts Bericht vom 9. Juni mit keinem Worte angedeutet, wohl aber sagt er hier, daß es ihm bei dieser Gelegenheit noch gelang, „einige Berichtigungen der Sprache und des Ausdrucks zu erringen“.

Smidt hatte sich schon längere Zeit vorgenommen, nach Abschluß der deutschen Verfassungssache noch mindestens acht Tage in Wien zu bleiben, um von den Kunstsammlungen und anderen Merkwürdigkeiten der Kaiserstadt, in der er neun Monate sich aufgehalten hatte, doch etwas kennenzulernen, denn bisher hatte er vor lauter Geschäften und gesellschaftlichen Verpflichtungen noch so gut wie nichts davon gesehen. Wenn man den Stoß von Berichten, die er von Wien nach Bremen sandte, vor Augen hat und die Menge von Gegenständen, die sie, abgesehen von der Hauptsache, der Organisation des Deutschen Bundes, behandeln, so begreift man, daß er keine Zeit gefunden hatte, sich um Dinge zu kümmern, die jeden andern gebildeten Reisenden in Wien in erster Linie fesseln. Smidt hatte die vielen Fragen, die ihn meist schon im Hauptquartier der Verbündeten und in Paris beschäftigt hatten, auch in Wien nicht aus den Augen verloren und ihnen noch einige neue hinzugefügt. So kommt es, daß die Freiheit der Ströme, der Kampf gegen die Barbaresken, das Postwesen, die militärische Organisation Deutschlands, das Oberappellationsgericht der freien Städte, die Beseitigung des seit Jahrhunderten Lübeck zustehenden Direktoriums der Hansestädte, der Elsflether Zoll und mehr als alle diese Dinge die heimischen Verhandlungen über eine Reform der bremischen Verfassung einen breiten Raum in seinen Berichten einnahmen. Und doch findet nicht alles, was ihn in Wien beschäftigt hat, dort Platz. So wird in seinen offiziellen Berichten niemals der Name Justus Erich Bollmann erwähnt, und doch hatte dieser merkwürdige Mann, der von Anfang Dezember 1814 bis in den April in Wien verweilte,

[1]) Treitschke, Deutsche Geschichte Bd. I (1879) S. 704.

Smidt als seine quasi Landsmann[1]) schon bald aufgesucht und ihm sein Projekt vorgelegt, auf der Unterweser eine Dampfschiffahrt einzurichten, ein Vornehmen, das Smidt ohne Zweifel lebhaft interessiert hat, wegen dessen weiterer Bearbeitung er aber Bollmann an den Senator Nonnen in Bremen verwiesen zu haben scheint.[2])

Die rastlose Geschäftstätigkeit Smidts hielt auch nach der Feststellung der Bundesakte an und wird ihm, obwohl aus der einen Woche noch mehr als zwei wurden, auch dann sehr wenig Zeit gelassen haben, Besichtigungen in Wien und in seiner schönen Umgebung vorzunehmen. Konferenzen über die Verpflegung der gegen Bonaparte ausziehenden Heeresteile nahmen auch jetzt noch manche Zeit Smidts in Anspruch; Besprechungen mit diesem oder jenem Bevollmächtigten oder deren Geschäftsträgern, die in Wien noch zurückgeblieben waren, nachdem die Hauptpersonen, die Souveräne und die ersten Minister, schon abgereist waren, hörten ebenfalls nicht auf. Es verdient bemerkt zu werden, daß Stein, der seine Abreise von Wien auf den Abend des 28. Mai festgesetzt hatte, am Morgen dieses Tages Smidt noch zu einem Besuche auffordern ließ und ihm dabei sagte: „In Frankfurt sehen wir uns wieder, suchen Sie mich dort, wenn Sie von hier dahin reisen, oder in der Nähe auf meinem Gute auf. Wenn Sie mir über die deutschen Angelegenheiten schreiben wollen, so soll es mir lieb sein.“ Ein sicheres Zeichen, daß die oben erwähnte Verstimmung zwischen den beiden Männern bereits vollständig geglättet war. Für Smidt war die Hauptsache in den letzten Tagen seines Aufenthaltes in Wien eine vollständige Abschrift der sehr umfangreichen Kongreßakte zu erhalten. Aber die gleiche Absicht hatten auch manche der anderen noch in Wien befindlichen Bevollmächtigten, und so war es oft schwierig, die einzelnen Hefte des einzigen in der Wiener Staatskanzlei befindlichen Exemplars der Akte zu erwischen. Wie ihm das gelang, hat Smidt in seinem letzten Bericht aus Wien am 24. Juni erzählt. „Seit Mittwoch abend habe ich mich nebst meinem Jäger[3])

[1]) Bollmann stammte aus Hoya.

[2]) Siehe über Bollmann im allgem. das Buch von Friedr. Kapp, Berlin, Julius Springer 1880; wegen der Weserdampfschiffahrt daselbst S. 386 ff., einen Brief an Smidt, Wien 17. März 1815, und vier Briefe an Nonnen aus London 16. Juni bis 23. September 1815.

[3]) Ein Scherzname für Smidts schon früher erwähnten, damals zwanzigjährigen Diener und Schreiber Clard Meyer, dem Smidt einige Jahre später das Studium der Jurisprudenz ermöglichte und demnächst neben seiner Anwaltspraxis auch das Amt eines Stadtbibliothekars übertrug. Siehe über ihn Brem. Biogr. des 19. Jahrhdts. (1912) S. 330.

und einem französischen Abschreiber, den ich in meinem Kabinett unter festem Verschluß halte, dergestalt permanent erklärt, daß zwei von uns beständig abgeschrieben haben und der dritte abwechselnd ißt, trinkt, schläft und alle Mittel und Wege versucht, um der Aktenstücke habhaft zu werden. Dadurch ist es denn möglich geworden, daß ich nicht allein mit heutiger Post ein Exemplar der Europäischen Kongreßakte übersenden kann, sondern auch ein anderes Exemplar zu meinem eigenen Gebrauch behalte, und daß nebenher auch noch die fehlenden Anlagen zu den deutschen Bundesverhandlungs-Protokollen ebenfalls in doppelter Abschrift, wovon die eine hierbei erfolgt, fertig geworden sind. Die Anlagen zu der Europäischen Kongreßakte abzuschreiben war nicht möglich, und zum Teil auch unnötig, da sie größtenteils schon gedruckt sind oder doch in diesen Tagen gedruckt werden, und den Hauptinhalte nach in dem Kongreßinstrumente enthalten sind." Smidt fügt hinzu, daß von allen noch in Wien befindlichen Bevollmächtigten noch keiner mit der Abschrift fertig sei, und bittet von der übersandten Abschrift in Bremen drei weitere Abschriften machen zu lassen und diese an Baron Plessen, an Hach, und an den Hamburger Bürgermeister Amsinck zu senden.

In dem Umstande, daß die wichtigsten Bestimmungen der deutschen Bundesakte wörtlich auch in die Kongreßakte aufgenommen worden waren, sah Smidt einen ganz besonderen Vorzug und hatte deshalb schon am 21. Juni sich so geäußert: „Wir erhalten eine so vollkommen begründete und gesicherte politische Situation, wie wir sie noch nie gehabt, und ich denke daher, wenn irgend jemand alle Ursache hat, mit dem Ausgange dieses Kongresses zufrieden zu sein, so sind es die freien deutschen Städte. Das sieht und fühlt man auch allenthalben und man gratuliert mir, wohin ich komme." Dieser an den Vertreter unseres kleinen Staatswesens gerichtete Glückwunsch ist wohl nur zu verstehen als ein Beweis dafür, daß die besonderen Verdienste, die sich Smidt um die Bundesakte erworben hatte, in weiten Kreisen anerkannt worden sind. Smidt selbst aber tröstete sich über die von ihm keineswegs mißkannten großen Schwächen der Bundesakte mit der Erwägung: „Der gemeinschaftliche Bund ist nun doch einmal geschlossen, es ist doch jetzt ein Zentralpunkt der deutschen Nationalbestrebungen vorhanden, und die öffentliche Meinung dürfte diese nachgerade so laut ansprechen, um ein kräftiges Leben und Weben in ihm

zu erwecken, daß er sich in einem dauernden Sündenschlafe unmöglich wird behaupten können."

Seinen letzten Bericht vom 24. Juni aber schließt er mit folgenden Worten: „Von nun an geht all mein Dichten und Trachten darauf von hier fortzukommen. Ich denke über München nach Heidelberg oder Mannheim ins Hauptquartier und von da nach Frankfurt zu gehen. Im ganzen reise ich mit sehr zufriedenem Gemüte von hier und danke Gott, daß alles soweit in der Hauptsache ein glückliches Ende genommen hat."

Wahrscheinlich war die glückliche Nachricht von der Schlacht bei Belle-Alliance schon in Wien eingetroffen, als die Familie Smidt am 27. oder 28. Juni die Stadt verließ. Frau Mine hatte schon einen Monat vorher ihren Schwestern angekündigt, daß sie die Reise langsamer als die Ausreise, nicht Tag und Nacht durch, machen wolle. „Ihr glaubt nicht, wie anstrengend das ist. Der Smidt vergißt seinen Körper ganz, auf der Reise wie zu Haus treibt ihn der Geist, so ist keine Ruhe. Ihr kennt ihn ja." Das wird auch ausgeführt sein. Am 7. Juli war die Gesellschaft noch in München, wie ein Brief von diesem Tage beweist. Am 13. Juli abends traf sie, offenbar ohne das Hauptquartier berührt zu haben, in Frankfurt ein.

Smidt besuchte dort am folgenden Tage den preußischen Geschäftsträger von Otterstedt, den er schon in Wien kennengelernt hatte, und den Bürgermeister von Humbracht. Über die Eröffnung des Bundestages hatten beide noch keine Nachricht. Otterstedt sprach sich sehr offenherzig über die Lage Preußens aus, das seiner Meinung nach in Wien eine viel zu passive Rolle gespielt habe. Einen oder zwei Tage später besuchte Smidt den nassauischen Minister von Marschall in Wiesbaden.

Am Abend des 18. Juli trat er, während seine Familie sich noch in Frankfurt ausruhte, einen Ausflug nach Köln an. Von Mainz aus fuhr er am 19. mit der „Wasserdiligence" zunächst nach Koblenz, wo er trotz der boshaften Bemerkungen, die der Rheinische Merkur im vorigen Herbst über Bremen gemacht hatte, sogleich Görres aufsuchte. Am 20. fuhr er zu Schiffe den Rhein weiter abwärts bis Köln. Hier sah er sich zunächst um nach den Herren, die mit der preußischen Heeresverpflegungs-Kommission zu tun hatten, die er aber seiner Erwartung gemäß noch in völliger Untätigkeit und von Wien aus sehr mangelhaft und zum Teil ganz falsch unterrichtet vorfand. Dann ging

er zu E. M. Arndt, bei dem er speiste, und der ihn nachmittags zu Fuß nach Bonn begleitete. Smidt fuhr abends noch nach Remagen weiter und langte von dort am 22. vormittags wieder in Koblenz an. Dort wurde der Rest des Tages teils wieder bei Görres, teils auch mit Smidts Universitätsfreund Breuning, damals Professor an der Rechtsschule in Koblenz, und endlich mit Eichhorn verbracht, der in der französischen Zeit General-Prokureur in Hamburg gewesen war. Am 23. traf Smidt, von Görres bis Ems begleitet, gegen Mittag in Nassau ein und suchte sogleich Stein auf. „Er nahm mich," wie Smidt am 25. von Frankfurt aus berichtet, „aufs freundlichste auf. Ich wollte, nachdem ich ein Stündchen mit ihm gesprochen, meinen Weg weiter fortsetzen. Das gab er aber nicht zu, ich mußte bei ihm essen und bis 6 Uhr bleiben, wo ich dann noch bis Schwalbach fuhr." Nach einem nochmaligen kurzen Besuch bei Marschall in Wiesbaden traf Smidt am 24. nachmittags wieder in Frankfurt ein, „mit den Resultaten dieser kleinen Exkursion sehr zufrieden".

Görres und Arndt hatte er beide zum erstenmal gesehen. Ihren lebhaften und tatkräftigen Patriotismus schätzte er damals als ziemlich gleichwertig, aber Arndt war ihm persönlich einnehmender, Görres dagegen bei weitem geistreicher, vielseitiger und richtiger auffassend und urteilend erschienen.

Smidt blieb dann noch ein paar Tage in Frankfurt. Am 31. Juli traf er mit Frau und Kindern mittags in Hannover und in der Nacht vom 1. zum 2. August, mehr als elf Monate nach der Ausreise in Bremen wieder ein. Er hatte noch in Wien durch einen Brief seiner Schwägerin, der Frau Senatorin Noltenius, erfahren,[1]) wie ein aus Wien zurückgekehrter bremischer Kaufmann Lange seinen Ruhm in Bremen verbreitet habe. „Wie sehr Du, lieber Smidt, in Ehre und Ansehen ständest, davon konnte er nicht genug erzählen. Du darfst überzeugt sein, daß man auch hier Dein großes Verdienst vollkommen anerkennt und allenthalben mit ausgezeichneter Achtung von Dir redet. Die Bremer sind stolz auf den Ruhm ihres treuen Mitbürgers."

---

[1]) Vgl. vom 17. Mai 1815.

Achtes Kapitel

Frankfurt

Als Smidt zu Anfang August von Wien wieder in Bremen eingetroffen war, dachte er ebenso wie vor einem Jahre nach seiner Rückkehr aus Paris nur an einen kurzen Aufenthalt, in der Annahme, daß der auf den 1. September gesetzte Zeitpunkt für die Eröffnung des Bundestages werde innegehalten werden. Aber aus den drei Wochen, die er in Bremen verweilen zu können meinte, wurden mehr als drei Monate, als Metternich und Hardenberg in Paris kurzerhand beschlossen hatten, jenen Termin um ein Vierteljahr zu vertagen. Smidt, wenn auch enttäuscht über diesen Aufschub, gewann doch dadurch erwünschte Gelegenheit, sich über die Lage der heimischen Angelegenheiten genau zu unterrichten.

Im Hinblick auf die Bundesakte erschienen ihm jetzt als die wichtigsten Erfordernisse die Neugestaltung der bremischen Verfassung und die Errichtung eines den vier freien Städten gemeinsamen höchsten Gerichts. Von gleicher Wichtigkeit war die Beseitigung des Elsflether Zolls, die bei der Eile, mit der in Wien schließlich der Neubau der deutschen Verfassung betrieben worden war, gar nicht hatte zur Sprache gebracht werden können. Die Reform des höheren bremischen Schulwesens, die Smidt weder während des Feldzuges noch in Wien aus den Augen verloren hatte, drängte zum Schlusse, aber sie konnte, da sie höhere finanzielle Ansprüche stellte, ohne Mitwirkung der Bürgerschaft nicht erreicht werden, und diese herbeizuführen, waren die Beratungen noch nicht weit genug gediehen.

Smidt war überzeugt, daß die vier freien Städte im Bunde mit einigen dreißig monarchischen Staaten auf allen Gebieten des materiellen und des ideellen Lebens durch innere Tüchtigkeit sich auszeichnen müßten, um Ruhe und Zufriedenheit bei ihren Bürgern und Achtung bei ihren Bundesgenossen sich zu erwerben. Als hohes Ziel stand vor ihm: eine liberale Verfassung, die jedem Bürger innerhalb gesetzlicher Schranken einen direkten oder indirekten Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten sicherte, ein höchstes Gericht, mit ausgezeichneten Män-

nern besetzt, die befähigt und gewillt waren, dem Gerichte und mit ihm den Städten in Deutschland allgemeine Anerkennung zu gewinnen, Schulen, für die er bereit war, die besten Kräfte nach Bremen zu ziehen, um durch sie den jungen heimischen Nachwuchs auf eine möglichst hohe Stufe des geistigen und des geschäftlichen Lebens zu heben, die Beförderung einer lebendigen kaufmännischen Unternehmungslust als Grundlage aller anderen Ziele.

Mit solchem Entschlusse, dürfen wir annehmen, machte sich Smidt gegen Ende November wieder auf den Weg nach Frankfurt. Da er auf einen ziemlich langen Aufenthalt dort rechnen mußte, so nahm er diesmal seine Frau und seine sämtlichen sechs Kinder, zwei Töchter und vier Söhne, mit sich. Eine geräumige Wohnung hatte er schon im Sommer gemietet in dem Solmser Hofe am Kleinen Hirschgraben. Das um einen großen Hofraum liegende Gebäude diente im Erdgeschoß dem Eigentümer, einem Kaufmann Schmidt, als Wohnung und Warenlager, während die Familie Smidt den ersten und zweiten Oberstock bezog, sobald sie am 26. November in Frankfurt eingetroffen war.

Smidt trat in einen ihm großenteils schon im Hauptquartier oder in Wien bekannt gewordenen Gesellschaftskreis wieder ein, als er sich gleich nach seiner Ankunft daran machte, die schon anwesenden oder bald nach ihm eintreffenden Bundestagsgesandten und andere nur zeitweise in Frankfurt sich aufhaltenden Männer öffentlichen Charakters aufzusuchen.

Hardenberg, der zusammen mit Wilhelm v. Humboldt von Paris kommend zwei Tage nach Smidt in Frankfurt eingetroffen war, wurde in den vier Tagen, die der Fürst dort verweilte, zweimal von Smidt aufgesucht. Beim zweiten Besuch am Abend des 1. Dezember traf er dort mit Humboldt auch die preußischen Gesandten in München und Kassel, Küster und Hänlein, und die beiden Brüder Wessenberg, den österreichischen Minister und den Konstanzer Generalvikar. Nachdem die vier Letztgenannten sich bald wieder entfernt hatten, blieb Smidt mit Hardenberg und Humboldt noch längere Zeit zusammen. Man sprach zunächst über den Vertrag zur Ausführung des Pariser Friedens, den Humboldt kurz vorher in Paris abgeschlossen und Smidt, dem der Vertrag gerade an diesem Tage bekannt geworden war, dazu benutzt hatte, um seinem Senate den Erlaß eines Dankschreibens an Humboldt zu empfehlen wegen der Verdienste, die sich der Minister dadurch auch um Bremen

erworben habe. Dann lenkte Smidt das Gespräch wieder auf den schon mehrmals zwischen ihm und Humboldt verhandelten Elsflether Zoll. Humboldt äußerte dabei seine später von Smidt verfolgte Ansicht, daß diese Sache sich ganz besonders eigne, um an die Bundesversammlung gebracht zu werden, sobald die für Streitigkeiten zwischen deutschen Staaten ins Auge gefaßte Austrägalinstanz ins Leben getreten sein werde.

Am 2. Dezember glückte es Smidt nach mehrfachen vergeblichen Versuchen auch Stein zu treffen, der dem Bundestage bekanntlich niemals angehört, aber auf manche politische Geschäfte doch in der Stille Einfluß geübt hat. „Stein war," berichtet Smidt, „außerordentlich guten Humors und sehr gesprächig. Über Preußen, Bayern, Württemberg, Frankfurt, über die Schmalzische Schrift (gegen die Geheimbünde) und die neueste politische Literatur überhaupt ließ er sich in einen umständlichen und interessanten Diskurs ein und sah im ganzen die Zukunft ziemlich heiter an. Er hat mich aufgefordert, fleißig wieder zu ihm zu kommen, welches ich auch nicht zu unterlassen denke." Gleichwohl besuchte ihn Smidt erst am 26. Dezember wieder und fand ihn abermals sehr aufgeräumt und vertraulich, hörte auch von ihm, vermutlich wieder unter Anknüpfung an die famose Schrift von Schmalz, mancherlei über die Entstehung des Tugendbundes.

Am 18. Dezember suchte Smidt den auf der Durchreise in Frankfurt eingetroffenen Blücher auf und freute sich, daß der Feldmarschall mit vielem Lobe Bremens erwähnte und sagte, er habe alle Ursache gehabt, mit den Bremer Freiwilligen im letzten Feldzuge sehr zufrieden zu sein. Auf Smidts Frage, wie es mit seiner Gesundheit stehe, erwiderte Blücher freilich „schlecht, sehr schlecht", aber fügt Smidt hinzu: von Geist scheint er doch noch sehr heiter zu sein.

Am 8. Januar war Graf Buol-Schauenstein in Frankfurt erschienen, zunächst nur beauftragt mit der Vertretung des kranken Herrn von Albini, den Kaiser Franz zuerst zum Präsidialgesandten des Bundestages bestimmt hatte, obwohl die Welt, in der er gelebt und mannigfaltig gewirkt hatte, schon fast gänzlich zugrunde gegangen war. Nun aber, da Albini am Tage vor Buols Ankunft in Frankfurt auf seinem Gute bei Hanau gestorben war, wurde Buol bald zum wirklichen Präsidialgesandten des Bundestages ernannt. Mit dem liebenswürdigen Österreicher, der sich immer verbindlich und entgegenkommend zu äußern pflegte, trat Smidt rasch in vertraulichen Verkehr. Buol bekundete

über die Heiligkeit der Bundesakte, die man wie die Bibel wohl interpretieren, nicht aber reformieren dürfe, und über die künftige Wirksamkeit des Bundestages ganz ähnliche Ansichten, wie Smidt hegte. Da Buol seinerseits Smidts Bedeutung und geschäftliche Gewandtheit rasch erkannte, so kam er in kurzer Zeit dahin, mit ihm manche den Bundestag betreffende Angelegenheiten zu erörtern, ja bald ihm wohl seine Vorarbeiten oder Berichte vorzulesen, um Smidts Urteile zu hören und vielleicht noch zu benutzen. So geschah es, daß Smidt und der Präsidialgesandte sich bald fast täglich sahen, und daß jener bei diesem, der immer ein großes Haus machte, fast allwöchentlich ein- oder zweimal speiste. Smidt ließ sich indes durch diese vertraulichen Beziehungen zu Buol, „der mit vielem Geschäftseifer doch nicht immer die nötige Geschäftsruhe verband“, niemals verleiten, jenem gegen seine eigenen Ansichten zuzustimmen, sondern machte ihm, wo er es für nötig hielt, auch Opposition.

Von den übrigen Bundestagsgesandten waren es außer den Vertretern der anderen drei freien Städte vornehmlich der hannoversche Martens, der luxemburgische Gagern, der holsteinische Graf Eyben, der mecklenburgische Baron von Plessen und der oldenburgische Berg, mit denen Smidt schon in Wien viel verkehrt hatte, die auch nun seinen engern Freundeskreis bildeten. Und eben diese waren es, die abgesehen von Buol, mit ihm selbst einstweilen die tätigsten Mitglieder des Bundestages wurden.

Mit ihnen allen entwickelte sich auch, als die Einrichtung der Smidtschen Wohnung fertig geworden war, bald ein freundschaftlicher, geselliger Verkehr, an dem auch einige Mitglieder des Frankfurter Senats und andere Einheimische gerne teilnahmen. Denn Smidt verstand es, durch seine sprudelnde Lebhaftigkeit und geistreiche Unterhaltung seine Gäste zu fesseln, während Frau Mine, viel stiller und zurückhaltender als ihr Gatte, durch ihre anmutige Weiblichkeit die Frauen und kaum minder auch die Männer anzog. Wenn die Bewirtung auch im wesentlichen bürgerlich einfach blieb, so begegnete sich das Ehepaar doch in dem Wunsche, durch Heranziehung bremischer oder in Bremen gebräuchlicher Gerichte und Getränke, wie frische Heringe oder Neunaugen und Kabeljau, auch wohl Austern und Schildkröten und durch edle oder alte Weine des bremischen Ratskellers, denen Smidt noch guten Tabak hinzufügte, ihren Gästen eine besondere Aufmerksamkeit zu erweisen.

Smidt erkannte in der Pflege einer anregenden Geselligkeit ebenso wie in seiner rastlosen Geschäftstätigkeit mit Recht ein wirksames Mittel, um die freistädtischen Vertreter den Gesandten der fürstlichen Höfe gleichzustellen, zumal er wußte, daß einzelnen Fürsten und ihren Gesandten die Aufnahme der vier republikanischen Gemeinwesen als selbständige Glieder in den Deutschen Bund wenig erwünscht erschienen war. Es lag ihm daran, dieses Vorurteil, dafern es sich in Frankfurt noch wieder regen sollte, zu besiegen oder besser es gar nicht wieder aufkommen zu lassen. Und das ist ihm durch sein kluges Verhalten vollständig gelungen. Aus diesem Grunde lehnte er es etwas später auch nicht ab, gleich den fürstlichen Gesandten den Titel eines bevollmächtigten Ministers zu führen, unter dem ihn Graf Buol angesehenen Fremden vorstellte. Wir können Smidt ohne Zweifel vollen Glauben schenken, wenn er in einem diese Dinge erörternden Berichte sagt, er sei weit entfernt davon, darüber ein Vergnügen der Eitelkeit zu empfinden, er wolle nur „die Ehre und Achtung unserer Republik" befestigen und werde in seinem 43. Jahre „den Republikaner, der von jeher in meinem ganzen Gemüte vorgeherrscht hat, nicht zu verleugnen beginnen".

Sobald auch Hach und Gries in Frankfurt eingetroffen waren, veranlaßte Smidt Besprechungen über die Organisation der städtischen Stimmführung. Es fragte sich, in welcher Reihenfolge und in welchen Zeitabschnitten die vier städtischen Gesandten das den Städten gemeinsame Stimmrecht ausüben sollten. Mit dieser Frage hatte Smidt sich schon in Wien beschäftigt und damals mit anderen in der gleichen Lage befindlichen Gesandten angenommen, daß ein jährlicher Wechsel der Stimmführung sich am meisten empfehle. Dabei hatte er allerdings vorausgesetzt, daß ihm, der unter den vier städtischen Vertretern ohne Frage das größte Ansehen in Wien genossen und weitaus das meiste für das Zustandekommen der Bundesakte getan hatte, freiwillig von seinen städtischen Kollegen die erste Stimmführung werde überlassen werden. Er legte darauf um so mehr Gewicht, als er voraussah, daß die Teilnahme an der Beratung der zunächst erforderlichen organisatorischen Bestimmungen von großer Bedeutung für die Stellung der Städte in dem neuen politischen Körper sein werde. Indes erfuhr Smidt gleich in der ersten Konferenz, zu der er Hach, Danz und Gries auf den 26. Dezember eingeladen hatte, daß er sich in seiner Voraussetzung getäuscht habe, daß Hach darauf rechnete, zuerst die Stimme zu

führen, und zwar nicht weil auch sein Wunsch etwa dahin ging, an der Organisation des Bundestages mit tätig zu sein, sondern nur weil ihm daran gelegen war, baldmöglichst in seine lübeckischen Geschäfte zurückkehren zu können, und weil die Bundesakte nach alten Reichsmatrikeln die Städte in der Reihenfolge Lübeck, Frankfurt, Bremen, Hamburg genannt hatte. Da ließ Smidt alsbald seine Ansicht über einen jährlichen Wechsel zugunsten eines weit kürzeren, höchstens dreimonatlichen Zeitraums fallen, damit jeder der vier Bevollmächtigten wenigstens eine Zeitlang an den organisatorischen Beratungen teilnehmen und dadurch volle Einsicht in die künftige Geschäftsgebarung des Bundestages gewinnen könne.

Die Beratung dieser Frage hat sich dann durch Monate hingezögert, bis sie erst am 8. April zu einem vollen Einverständnis führte. Smidt hat dabei den dreimonatlichen Wechsel der Stimmführung wenigstens für die Zeit der Organisation des Bundestages durchgesetzt.[1]) Die Übereinkunft hatte indes durch ein merkwürdig ungeschicktes Verfahren des Bremer Senats für Smidt noch ein empfindliches Nachspiel. Der Senat hatte jene Übereinkunft an eine Kommission verwiesen und diese hatte u. a. berichtet, daß die Gründe für den dreimonatlichen Turnus nicht besonders stichhaltig seien und zugleich den Beschluß des Senats herbeigeführt, die Bemerkungen der Kommission an Lübeck und Hamburg zur Kenntnisnahme mitzuteilen. Smidt mußte dies um so mehr befremden, als er nicht nur über jeden Punkt der langwierigen Beratungen nach Bremen berichtet, sondern ganz besonders auch für seinen Vorschlag des dreimonatlichen Turnus sogar wiederholt die ausdrückliche Zustimmung des Senats erhalten hatte. Er durfte daher mit Recht durch die Mitteilung an die anderen Städte seinen Kredit in Lübeck und Hamburg für gefährdet ansehen, weil man dort nun annehmen werde, er habe fälschlich den kurzen Turnus als den dem bremischen Senate am meisten erwünschten bezeichnet. Er setzte daher sogleich ein Beschwerdeschreiben auf, das ihm unter der Hand zu einer Abhandlung von zweiunddreißig Quartseiten anschwoll, und forderte, daß man in den beiden anderen Städten sein Verhalten rechtfertigen solle, weil er andernfalls sich genötigt sehen könnte, seine Entlassung aus dem Senate, mindestens aber seine Zurückberufung

---

[1]) Die Beratungen der vier städtischen Vertreter sind im einzelnen dargestellt von Bulle in dem Aufsatz „Das erste Jahr in Frankfurt". Smidtbuch 1873, S. 155 ff.

von Frankfurt zu beantragen. Die Beschwerde hatte den gewünschten Erfolg, da Smidt den Entwurf des von seinem Freunde Horn verfaßten Rechtfertigungsschreibens gebilligt hatte.

Am 4. Januar 1816 hatte ihm sein Freund Rist, der dänische Gesandte, aus Hamburg geschrieben, er bemerke seit einiger Zeit einen unvorteilhaft veränderten Ton der Spaßhaftigkeit in der Bremer Zeitung, die auf den ungebildeten Leser berechnet ist, die aber weit entfernt von guter Laune zu zeugen, auf eine verdrießliche Stimmung schließen läßt. Unangenehm ist Rist auch die Ungunst der Zeitung gegen sein liebes Dänemark. „Warum sollte ich Dir's verhehlen, daß ich in der von vielen Seiten so trefflichen Übersicht vom November, die ich Deiner Feder zuschreibe (ein Irrtum) von dem Ausdruck Stockdäne, der ein gehässiges Licht auf ein ganzes Volk wirft, unangenehm berührt worden bin. Es hat mehrere brave Holsteiner, die es gut mit der deutschen Sache meinen, verdrossen und Wohlgesinnte abwendig zu machen, ist doch wohl der schlimmste Dienst, den man der guten Sache leisten kann. Unfehlbar aber tun das alle Äußerungen, die aus dem Ton der guten Gesellschaft fallen. Ich sage Dir das alles mit der Aufrichtigkeit eines alten Freundes, gerade weil ich auf den Geist der Bremer Zeitung in dem Maße Gewicht lege, als sie durch ihren Gehalt geeignet scheint, sich Einfluß zu erwerben." — —

„Du wirst mir's nicht übel deuten, wenn ich das oben Gesagte auf die Hansestädte überhaupt wende und aus aufrichtigem Interesse für sie den Wunsch tue (sic!), sie möchten sich doch angelegen sein lassen, sich Freunde zu erwerben und besonders unter den Nachbarn. Die Zeit könnte bald kommen, wo sie deren bedürfen werden und wo es, wenn die Sachen bleiben wie sie sind, schwer werden möchte unangenehme Eindrücke schnell zu verwischen. — Was ich von eigener Erfahrung weiß, ist der schneidende Ton, den sich die gewöhnlichen Hansestädter, soviel ich deren kenne, über alle politischen Verhältnisse und namentlich über alle Regierungen, die ihrer Stadt ausgenommen, angewöhnt haben. Diesen wunderlichen Trotz kann man wohl zum größten Teil den ehrenvollen Begünstigungen zuschreiben, die diese Städte erfahren, und es ist möglich, daß er sich unvermerkt auf die Obrigkeit übertragen habe; aber es ist doch gewiß, daß er im Grunde auf einer Täuschung über jedes faktische Verhältnis und über die Bürgschaft für jene Begünstigungen beruht. Man kann seine Selbständigkeit sehr wohl behaupten, ohne schnippisch zu sein. Eure Un-

verletzbarkeit und Unabhängigkeit aber ist ein so zartes Ding, und die Begriffe darüber sind so sonderbar, daß ich jeden Hanseständter von Einfluß bitten möchte, das gute Vernehmen mit allen Staaten und ihren Repräsentanten möglichst zu befördern."

Nachdem die Frage der Stimmführung der vier freien Städte zu allseitiger Befriedigung geregelt worden war, wartete Smidt, ebenso wie andere Gesandte, mit wachsender Ungeduld auf die endliche Eröffnung des Bundestages, eine Verzögerung, die in der deutschen Presse schon zu recht unliebsamen Erörterungen führte. Smidt wußte natürlich so gut wie andere, daß die Schuld daran vornehmlich an zwei Momenten hing, einmal an dem langsamen und schwierigen Gange der Territorialverhandlungen, die in erster Linie zwischen Österreich und Bayern, in zweiter auch zwischen Bayern und Baden zu geradezu gefährlichen Spannungen führten, zweitens aber daran, daß noch immer kein Vertreter Preußens zur Stelle war. Zwar war der kürzlich zum preußischen Bevollmächtigten designierte Gesandte in Kassel von Hänlein im März in Frankfurt erschienen, aber schon nach wenigen Tagen nach Berlin weiter gereist, ohne eine Angabe über den Termin seiner Rückkehr zu hinterlassen. Die Frage erhob sich, ob man nicht trotzdem zu vorläufigen Besprechungen über die organisatorischen Anordnungen zusammentreten könne, die Preußen vielleicht zu einem schnelleren Entschlusse führen und die Territorialverhältnisse, wenigstens wenn sie nicht zu kriegerischen Verwicklungen ausarten sollten, kaum berühren würden. Aber Graf Buol scheute sich doch, ohne eine direkte Anordnung von Wien Präliminarkonferenzen ohne Teilnahme Preußens zu berufen und dadurch die zwischen den beiden deutschen Großmächten bestehende Mißstimmung vielleicht weiter zu verschärfen. Indes bezeichnete Buol zu Anfang Mai doch gelegentlich den 17. Juni als den Tag, an dem er zu einer Präliminarkonferenz zu schreiten beabsichtige, offenbar in der Meinung, daß Hänlein bis dahin nach Frankfurt zurückgekehrt sein werde.

Unter diesen Umständen entschloß sich Smidt, einer Einladung seines alten Freundes, des ehemaligen bremischen Pastors Stolz, folgend, mit seiner Frau und seiner älteren Tochter nach Zürich zu reisen, um dort an der Hochzeit des Dr. Gildemeister und einer Tochter von Stolz teilzunehmen. Die Reise, die gegen Ende Mai angetreten wurde, ging über Stuttgart, wo man Rückert wieder traf, der nicht lange vorher einen kurzen Besuch in Frankfurt gemacht hatte. Smidt hatte

vorgesorgt, um während der auf höchstens drei Wochen berechneten Reise die Verbindung mit Frankfurt nicht zu verlieren. Er empfing infolgedessen in Zürich Briefe von Gagern, Plessen, Martens, Berg, Fr. Schlegel, damals noch Legationssekretär Buols, und von Varnhagen, die ihm sämtlich rieten, ruhig noch acht Tage länger auszubleiben, weil in Frankfurt nichts zu versäumen sei. Allein trotzdem wollte sich in Smidts Gemüte, wie er demnächst nach Bremen schrieb, keine Ruhe einstellen, bis er am 16. Juni mit den Seinigen wieder in den Mauern Frankfurts eingetroffen war. Es ergab sich sogleich, daß Smidts Eile unnötig gewesen war, denn die Präliminarkonferenzen konnten schon deshalb nicht am 17. Juni beginnen, weil inzwischen Hänlein gemeldet hatte, daß er in Frankfurt zwischen dem 20. und 25. Juni sich einfinden zu können hoffe.

Wirklich erschien Hänlein erst am 29. Juni in Frankfurt und brachte einen preußischen Antrag mit, der zu neuen Weiterungen zu führen schien. Preußen begehrte nämlich, daß ihm die Protokollführung in den Versammlungen des Bundestages und das Direktorium der Bundeskanzlei überlassen werden möge. Als Buol auf diese Mitteilung erwiderte, Österreich habe die Protokollführung von vornherein als einen Anhang des Präsidiums betrachtet und könne von dieser Auffassung jetzt nicht zurücktreten ohne Schädigung seines Ansehens, da machte Hänlein einen Vermittlungsvorschlag, der dahinging, das Protokoll einem Dritten zu übertragen, etwa den Hansestädten, was im Augenblicke nur heißen konnte, auf Smidt. Allein dieser Vorschlag scheiterte schon an dem entschiedenen Widerspruche Smidts, der Buol bei der ersten Gelegenheit sagte, er hoffe, Buol traue ihm so viel Klugheit zu, daß er (Smidt) sich wohl hüten werde, zwischen Österreich und Preußen in die Klemme zu geraten. Wie hier so stieß Hänlein aber auch sonst überall auf Ablehnung des preußischen Antrags und zog diesen daher, wahrscheinlich einer mündlichen Instruktion folgend, zurück. Anders aber stand es mit einer zwischen Hänlein und Buol streng vertraulich besprochenen Angelegenheit, über die Österreich und Preußen schon seit längerer Zeit verhandelt hatten, die künftige Organisation der deutschen Bundesheere. Man wünschte sie in Berlin sowohl wie in Wien vor Eröffnung des Bundestages zum Abschluß zu bringen und diese daher noch um einige weitere Wochen zu verschieben. Buol entschloß sich infolgedessen auf Vorschlag Hänleins zur Beruhigung des deutschen Publikums eine offiziöse Zeitungsnotiz zu veröffentlichen, in der es

hieß, die Territorialverhandlungen seien soweit erledigt, daß die Eröffnung des Bundestages keinen Schwierigkeiten mehr begegne und etwa zu Anfang August werde stattfinden können.

Smidt benutzte diese abermalige Verschiebung zur Ausführung eines ihm auf seine eigene Anregung erteilten Auftrages. Der Senat hatte auf Smidts Antrag den Freiherrn vom Stein zum bremischen Ehrenbürger ernannt und Smidt ersucht, das darüber ausgestellte Diplom persönlich an Stein zu überbringen. Smidt berichtete tags nach seiner Rückkehr von Nassau am 17. Juli, daß der Minister das Diplom mit der höflichsten Freude entgegengenommen und bei Tische auch seinen übrigen Gästen, dem General Gneisenau und dem Grafen Kielmansegg, die beide mit ihren Familien bei Stein anwesend waren, und noch einigen anderen erzählt habe, welch ein Geschenk Bremen ihm gemacht habe, und wie sehr er sich dadurch geehrt fühle. Mit Smidt hatte er sich mehr als drei Stunden in seinem Zimmer allein unterhalten und dabei die politische Lage Europas und insbesondere Deutschlands eingehend durchgesprochen. „Er gab," fügt Smidt hinzu, „den Mut nicht auf, daß am Ende etwas Gutes herauskomme."

Wie hätte nicht dieser Smidts eigener Stimmung völlig entsprechender Optimismus Steins ihn erfreuen sollen! Noch acht Tage später sagt er in einem Berichte, worin er über das wachsende Vertrauen spricht, das Buol ihm erweise, „ich befestige mich täglich in der Hoffnung, daß etwas Ernsthaftes und Heilsames aus dem Bundestage werden dürfte". Und doch war es schon damals gewiß, daß die vorläufigen Konferenzen noch weiter hinausgeschoben werden würden.

Smidt entschloß sich deshalb, in den letzten Julitagen nach Baden-Baden zu gehen, um einer Empfehlung seines Arztes entsprechend dort eine Anzahl von Bädern zu nehmen zur Beseitigung der rheumatischen Beschwerden, die ihn seit längerer Zeit geplagt hatten. Aber auch diese Kurreise wurde im Eilzugstempo abgemacht, denn schon nach zehn Tagen traf Smidt am 8. August in Frankfurt wieder ein. Wenige Tage später kam die Nachricht, daß Graf von der Goltz an Stelle Hänleins zum preußischen Bevollmächtigten beim Bundestag ernannt sei, aber erst frühestens nach sechs Wochen in Frankfurt eintreffen werde. Also nochmals ein neuer Aufschub der Konferenzen des Bundes. Smidt hat ihn benutzt, um sich im August und den September über vornehmlich mit der heimischen Verfassungssache zu beschäftigen und über die damit verknüpften Fragen ein paar lange und inhaltreiche

Berichte nach Bremen zu schicken.[1]) Sie sind neue Zeugnisse dafür, wie gründlich und gedankenvoll Smidt alle Seiten des bremischen Staatslebens erwogen und auch mit den Formen der Verfassung sich beschäftigt hat und wie sehr er überall darauf drang, daß die Regierungstätigkeit des Senats nicht unnötigerweise beengt werde. Bei dieser Arbeit kam ihm sehr zustatten, daß ihm bald nach Mitte September ein „gehaltvoller und vortrefflicher" Kommissionsbericht über den Entwurf der Verfassung von Bremen zuging, und zwar gerade, als der ihm freundschaftlich nahestehende Senator Nonnen in Frankfurt eingetroffen war. Nonnen verlängerte seinen dortigen Aufenthalt auf Smidts Wunsch um einige Tage, so daß beide gemeinsam den Bericht prüfen und Smidt das Resultat dieser Besprechung ausführlich nach Bremen mitteilen konnte.

Das Jahr 1816 hatte auf Grund eines neuen Ratswahlstatuts zwei jüngere Freunde Smidts in den Senat gebracht, den zu Ende März gewählten Dr. Pavenstedt und den Ende August gewählten Dr. Gildemeister. Jener war vier und dieser sechs Jahre jünger als Smidt, der mit beiden dreiunddreißig Jahre zusammen gewirkt und gern seine Ansichten mündlich oder schriftlich mit ihnen ausgetauscht und namentlich auf Gildemeisters Urteil einen großen Wert gelegt hat.

Am 1. Oktober 1816 und also dreizehn Monate später, als in der Bundesakte vorgesehen war, fand endlich die erste Präliminarkonferenz des Bundestages statt. Smidt hatte sich dafür im Einverständnisse mit dem Senate auf einem mit der Unterschrift des Senatspräsidenten und beigedrucktem Siegel versehenen Blankett eine besondere Vollmacht hergestellt, die ihn ermächtigte, auch dann den Sitzungen beizuwohnen, wenn ein Vertreter der drei anderen Städte die Stimme für die städtische Kurie führe. Er konnte berichten, daß die Verlesung seiner Vollmacht der Versammlung keinen Anlaß zu Bemerkungen gegeben habe, wie einige andere Vollmachten sie hervorgerufen hatten, daß aber nach Schluß der Versammlung mehrere Gesandte ihm gesagt hätten, er habe die Sache doch am gescheitesten angefangen, während seine Spezialkollegen Hach, Danz und Gries ebenso zu verfahren bestimmt abgelehnt hatten, weil sie keine Lust hätten, nur als stumme Zuhörer an den Tagungen teilzunehmen. Auf Buols Antrag waren in der ersten Konferenz Martens, Eyben und Smidt kommittiert, um

[1]) Übrigens hatte er schon in einem Bericht vom 15. Mai sich scharfsinnig geäußert über das Kollegium Seniorum.

über die Frage der Beziehungen des Bundestages zu der Stadt Frankfurt mit dieser zu beraten und darüber zu berichten. Smidt gab in seinem Berichte über die erste Präliminarkonferenz auch eine genaue Beschreibung des für die Tagungen der Bundesversammlung im Taxisschen Palais der Eschenheimer Gasse hergerichteten Saales und seiner Einrichtung und zeigte sich hiervon sowohl wie von dem würdigen Verlaufe der Sitzung sehr befriedigt.

Schon nach vier Tagen sagte er in einem Schreiben: „Ich merke schon, daß die Bundesversammlung sich nachgerade sehr in Respekt setzen wird und daß es ihr ohne Zweifel bald gelingen dürfte, das durch den langen Aufschub ihrer Eröffnung einigermaßen verscherzte Zutrauen Deutschlands wiederzugewinnen. Unsere Städte werden dabei nicht zu kurz kommen; daß sie sich hier als Staaten geltend machen und nach dem einmal ausgesprochenen Grundsatze der Gleichheit der Rechte aller Bundesglieder behandelt werden, muß auf ihre Achtung sehr vorteilhaft einwirken."

Smidt hatte gleich in den ersten Präliminarkonferenzen erkannt, daß in den Sitzungen des Bundestages nicht selten nur diskursive Unterhaltungen stattfinden würden, die einen Beschluß nur vorbereiten sollten, ohne ihn sofort herbeizuführen, und diese Beobachtung machte es ihm um so wichtiger, den Verhandlungen auch dann beiwohnen zu können, wenn er die Stimme für die städtische Kurie nicht führte. Denn für die richtige Beurteilung der Diskussionen, so war Smidts Meinung, komme es häufig weit mehr als auf die vorgetragenen Worte, auf die Art und Weise an, wie sie vorgetragen würden, und auf eine genaue Kenntnis der Persönlichkeit des Sprechenden. Diese aber durfte Smidt sich rühmen, in weit höherem Grade zu besitzen als die Vertreter der anderen drei Städte. Die von ihm in der ersten Präliminarkonferenz vorgetragene und von dieser nicht beanstandete Vollmacht gab ihm aber das von ihm erstrebte Recht der passiven Assistenz nur dann, wenn auch die Geschäftsordnung des Bundestages es ausdrücklich aussprach. Allein sein gutes Glück kam ihm in unerwarteter Weise zu Hilfe, indem Smidt von Buol ersucht wurde, die Schlußredaktion der Geschäftsordnung zu übernehmen. Am Sonntag, 6. Oktober, teilte ihm Buol nämlich einen Aufsatz Bergs mit, der sich schon in Wien mit dem Entwurfe einer Geschäftsordnung bemüht und Bemerkungen, die auf Buols Wunsch Humboldt zu jenem Entwurfe gemacht hatte, und bat Smidt, die Gedanken jener beiden in Harmonie zu bringen oder zu berichtigen

und zu ergänzen, da Humboldt morgen Buols Meinung über den Entwurf zu hören wünsche, er (Buol) aber durch Arbeiten, die er noch heute durch einen Kurier nach Wien senden müsse, verhindert sei, sich mit der Geschäftsordnung zu befassen.

Smidt lehnte natürlich die Bitte Buols nicht ab, sondern nahm die beiden Schriftstücke mit und konnte, indem er einen Teil der Nacht zu Hilfe nahm, die Arbeit am Montag vormittag an Buol bringen. Dieser erklärte sogleich, nachdem er sie angehört, er nehme sie gänzlich an und werde sie als seine Ansicht an Humboldt mitteilen und demnächst auch der Konferenz vortragen. Auch Humboldt billigte Smidts Arbeit völlig, die, wie er an Buol schrieb, mit einer Bestimmtheit, Klarheit und Vollständigkeit abgefaßt sei, daß sie nicht das mindeste zu wünschen übrig lasse. Er habe nur zu einem einzigen Punkte, betreffend die Offenhaltung des Protokolls für einen abwesenden Gesandten, eine Bemerkung gemacht, auf die er indes selbst sehr wenig Wert lege. Smidt, dem Buol das Billett Humboldts sogleich zusandte, mußte natürlich sehr befriedigt sein, wenn ein so feiner und logischer Kopf wie Humboldt seiner Arbeit vollen Beifall spendete.

Indes hatte Smidt den gerade ihm so sehr am Herzen liegenden Punkt der passiven Assistenz nichtstimmführender Gesandten in seinen Entwurf nicht aufgenommen, weil er als dabei zunächst Interessierter es nicht für schicklich hielt. Aber, da Buol und Humboldt schon vorlängst der Zweckmäßigkeit des Smidtschen Vorschlages zugestimmt hatten, so gelang es leicht, diese beiden zu bewegen, zum ersten Artikel der Geschäftsordnung einen Zusatz zu beantragen, der lautete:

> Die Gesandten derjenigen Bundesstaaten, welche in der engern Bundesversammlung zu einer Gesamtstimme vereinigt sind und unter denen gegenwärtig ein Turnus in der Stimmführung stattfindet, dürfen in den Sitzungen der engern Bundesversammlung gegenwärtig sein, obgleich daselbst jede Gesamtstimme nur von einem solchen Gesandten geführt werden darf, *wobei sich jedoch die Bundesversammlung für künftige ähnliche Fälle die Entscheidung lediglich vorbehält.*

Auf diesen Vorbehalt legte Humboldt besonderes Gewicht, weil er nicht wünschte, daß die Höfe, die sich über einen *gemeinschaftlichen* Gesandten und Stimmführer vereinigt hätten, außer diesem auch noch Auskultanten schickten, denen die Stimmführung doch nie zufallen werde. Da dieser Vorbehalt Smidts Wunsch in keiner Weise berührte,

so konnte er dem ganzen Zusatze ohne weiteres zustimmen. So ist er denn auch mit der ganzen Geschäftsordnung am 30. Oktober nach kurzer Beratung vom Bundestage genehmigt worden.

Smidt war überhaupt mit dem Ausfall der sechs vorläufigen Konferenzen sehr zufrieden. Er sagt darüber in seinem Bericht vom 3. November: „Der bremische Einfluß auf die in den vorbereitenden Sitzungen gefaßten Beschlüsse hat in einem Grade und auf eine Art und Weise stattgefunden, daß wir in dieser Hinsicht keine Ursache haben, uns über Zurücksetzung zu beklagen oder auf irgendeinen anderen Bundesstaat neidisch und eifersüchtig zu sein. Bei der Redaktion der vorläufigen Geschäftsordnung ist dieser Einfluß selbst so groß gewesen, daß der Grad derselben, um nicht bei anderen Neid und Eifersucht zu erregen, sorgfältig von mir verschwiegen worden ist.“ Außer Buol und Humboldt wußten in der Tat nur Plessen, Eyben und Marschall Bescheid über die Art, wie die Geschäftsordnung zustande gekommen war. Buol hatte sich bei ihrer Vorlage in der Konferenz damit begnügt, zu sagen, daß er deren Aufstellung mehr der gütigen Beihilfe und Unterstützung mehrerer Herren Gesandten als der eigenen Anstrengung verdanke.

Eine heimliche Genugtuung gewährte Smidt noch, daß er in die Geschäftsordnung die Bezeichnung „hohe Bundesversammlung“ eingeschmuggelt hatte. „Niemand,“ berichtet er, „hat es beachtet, und mein gelegentlicher Zweck bei diesem Vorschlage, unserm „hohen Senate“ durch die Analogie ein größeres Relief zu geben, scheint erreicht.“ Eine Genugtuung anderer Art bereitete ihm nach wenigen Wochen sein Frankfurter Kollege Danz, der eigens zu Smidt kam, um ihm zu sagen, er fühle sich durch sein Gewissen gedrungen, ihm dafür zu danken, daß er gegen den Wunsch der anderen städtischen Gesandten auf der Forderung der passiven Assistenz bestanden habe; er sehe jetzt vollkommen ein, daß sie unrecht gehabt hätten, die Befugnis sei von der größten Wichtigkeit, und er wolle keine Sitzung versäumen.

Kaum mindern Anteil als an der Geschäftsordnung nahm Smidt zu gleicher Zeit an dem Vertrage, der das Verhältnis zwischen dem Bundestage und der Stadt Frankfurt bestimmte. Smidt vertrat in der Kommission insbesondere Martens gegenüber, dann aber auch in den einleitenden Konferenzen des Bundestages eifrig und geschickt das Interesse Frankfurts namentlich gegen einen von Martens entworfenen Artikel, der die Zensur der Frankfurter Zeitungen unter die Aufsicht

des Bundestages stellen wollte. Smidt, der in erster Linie für Preßfreiheit eintrat, wollte vor allem nicht zugeben, daß die frankfurtische Regierung unter vormundschaftliche Leitung des Bundestages gestellt würde und daß dem Frankfurter Bürger das freie Urteil über die öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands mehr beschränkt werde als den Bürgern anderer deutschen Städte. In diesem Punkte hat er, unterstützt von Humboldt und einigen anderen Gesandten, seine Ansicht im wesentlichen durchgesetzt. Nicht so gut ging es ihm bei einem anderen Artikel, der bestimmte, daß in Zukunft kein Frankfurter Bürger, ausgenommen selbstverständlich den Bevollmächtigten der Stadt, als Bundesgesandter zugelassen werden solle. Über diese Bestimmung, die den einmal zugelasssenen Herrn von Leonhardi nicht treffen, sondern nur verhüten sollte, daß noch andere Höfe aus ökonomischen Rücksichten wohlhabende Frankfurter Bürger zu Bundesgesandten machten, bestand sachlich allgemeines Einverständnis unter den Mitgliedern des Bundestages, aber Smidt wich darin von seinen Kollegen ab, daß er wünschte, die gesetzliche Unvereinbarkeit der Eigenschaften eines Frankfurter Bürgers und eines nichtfrankfurtischen Bundesgesandten solle nicht durch den Bundestag, sondern durch die Stadt Frankfurt selbst ausgesprochen werden. Indes stand er mit dieser Ansicht so ziemlich allein, offenbar weil man das seiner Meinung zugrunde liegende feine Taktgefühl nicht auffaßte und der Frankfurter Senat anscheinend keinen Unterschied darin fand, ob seinen Bürgern durch den Bundestag oder durch ihre eigene Regierung ein Verbot auferlegt wurde. Smidt hat sich mehr als einmal darüber beklagt, daß in Frankfurt keine republikanische Gesinnung herrsche, weil es noch niemals ein selbständiger Staat, sondern immer nur eine vom Kaiser abhängige Stadt gewesen sei.

Die gleiche Kommission, die über die dauernden Beziehungen zwischen dem Bundestag und der Stadt Frankfurt zu beraten gehabt hatte. Martens, Eyben und Smidt wurden beauftragt, mit den Vertretern der Stadt auch zu besprechen, was bei der nun endlich nahe bevorstehenden offiziellen Eröffnung des Bundestages an Feierlichkeiten stattfinden solle, wozu mitzuwirken der Frankfurter Senat sich schon am 30. Juli bereit erklärt hatte. Man kam überein, daß am Vorabend sowohl wie in der Stunde der Eröffnung von 11 bis 12 Uhr alle Kirchenglocken geläutet und zugleich je 101 Kanonenschüsse abgegeben werden sollten und am Festtage selbst neben dem noch nicht vollzähligen frankfurtischen Linienmilitär auch der gut ausgerüstete Landsturm aus-

rücken werde und abends eine Theatervorstellung mit Bereithaltung von Plätzen für die Gesandtschaften stattzufinden habe. In diesem Programm vermißten Smidt und einige andere Gesandte eine kirchliche Feier, deren Fehlen nach Smidts Ansicht im deutschen Publikum unangenehm werde bemerkt werden. Unter den Gesandten haben namentlich Smidt und Plessen sich ernstlich bemüht, eine solche Feier durchzusetzen, mußten aber schließlich gegen den Widerspruch Buols und Humboldts die Sache fallen lassen. Buol, der anfänglich der Idee völlig zuzustimmen geschienen hatte, war, wie fast mit Gewißheit anzunehmen ist, von seinem Legationssekretär, dem Konvertiten Fr. Schlegel, gegen den Plan aufgehetzt worden. Was Humboldt zum Gegner der Absicht gemacht, hat sich Smidt vergeblich bemüht zu erraten; er hatte trotz seines langen und vielfachen Verkehrs mit Wilhelm v. Humboldt eine Seite seines Wesens nicht genügend erkannt, die Treitschke gelegentlich mit drei Worten zeichnet, wenn er Humboldt „unsern herrlichen Heiden" nennt.

Smidt hatte erst kürzlich in einem Berichte vom 20. Oktober, worin er sagte, daß er Spuren dafür zu finden glaube, daß Humboldt statt des Grafen von der Goltz als preußischer Gesandter beim Bundestage bleiben werde, sich über jenen so geäußert: „Die Mehrzahl der hiesigen Gesandten scheut Humboldt und sähe es nicht gern, wenn er hier bliebe. Ich muß hingegen aufrichtig gestehen, daß ich so wenig jene Scheu als diesen Wunsch teile und daß ich es in mehr als einer Rücksicht zuträglich hielte, wenn H. hier bei uns bleiben sollte. Wenn H. durch seine Kenntnisse, Gewandtheit und Verschlagenheit imponiert, wenn man deshalb besorgt, daß Preußens Einfluß hier vorzüglich durch ihn geltend machen werde, so nötigt das an der andern Seite die übrigen auch wieder, sich zusammenzunehmen und eng zusammenzuhalten. Es gibt mehr Leben und rasche Tätigkeit. Diejenigen, welche es allenfalls mit H. aufnehmen können, werden dann so viel wichtiger und mehr gebraucht werden."

Die Voraussetzung Smidts traf indes nicht zu. Graf von der Goltz kam allerdings erst am 3. November in Frankfurt an und mußte, weil er ein Podagra mitgebracht hatte, auch noch in der Eröffnungssitzung, wie schon in den Vorkonferenzen, von Humboldt vertreten werden, hat dann aber doch bald seinen Sitz im Bundestage eingenommen und ihn fast acht Jahre lang behauptet.

Gleichzeitig mit Goltz war auch Dr. G. H. Olbers, der einzige Sohn

des berühmten Astronomen, in Frankfurt eingetroffen, um Smidt als Legationssekretär zu dienen. Er blieb in diesem Amte knapp drei Jahre lang, wurde dann Syndikus des Senats und 1825 in den Senat gewählt.

Die feierliche Eröffnung des Bundestages fand am 5. November statt. So hatte Smidt die Freude, daß sein Geburtstag, der vor drei Jahren durch die Wiederaufrichtung des bremischen Freistaats ausgezeichnet war, nun auch für Deutschland zu einem bedeutungsvollen Tage wurde.

Smidt hat über die Feier am folgenden Tage einen langen Bericht nach Bremen gesandt.[1]) Die Eröffnung hatte trotz des Fehlens einer kirchlichen Handlung auf Smidt einen nicht geringen Eindruck gemacht, obwohl er sich nicht verhehlte, daß die allzu lange Verzögerung die Teilnahme des Publikums an der für Deutschland geschaffenen Zentralstelle bedeutend geschädigt habe. Ein Kongreß von Diplomaten, die nicht nach ihren persönlichen Überzeugungen, sondern mindestens in allen wichtigeren Angelegenheiten nach den Anweisungen ihrer Regierungen ihre Beschlüsse fassen, die nur in seltenen Fällen an die breite Öffentlichkeit treten, kann auf Popularität nicht rechnen; aber konnte er nicht vielleicht ein Ansehen gewinnen, das den Deutschen Bund den übrigen Großmächten Europas gleichstellte? Smidt hat an dieser Hoffnung eine lange Zeit festgehalten. Für uns, die wir die halbhundertjährige Geschichte des Deutschen Bundes und die klägliche Rolle, die in ihr der Bundestag gespielt hat, mit einem Blicke übersehen, mag das schwer verständlich sein, aber wenn wir bedenken, wievielen Täuschungen wir selbst schon bei Betrachtung der künftigen Entwicklung unseres Reichs unterlegen sind, so haben wir keine Ursache, Smidt einen Vorwurf aus seiner Hoffnungsfreudigkeit zu machen. Seine Täuschung beruhte auf zwei Tatsachen, einer historischen und einer rein persönlichen; er erkannte mit Recht, daß die freien Städte und insbesondere die Hansestädte in keiner früheren Zeit ihrer Geschichte eine so gesicherte Stellung eingenommen hätten, wie ihnen ihre Mitgliedschaft im deutschen Staatenbunde gewährte, und er wußte, daß er sowohl in Wien bei Begründung des Bundes, wie in Frankfurt bei seiner Organisation, dank seiner persönlichen Eigenschaften einen weit über die Bedeutung Bremens hinausgehenden Einfluß sich erworben hatte. Er

[1]) Abgedruckt in der erwähnten Abhandlung Bulles im Smidtbuch, 1873 S. 186 ff.

täuschte sich nicht darüber, daß für einen Mann, wie er war, im Bundestage immerdar sich reiche Gelegenheit bieten werde für eine nützliche vaterländische Wirksamkeit, wohl aber täuschte er sich, wenn er seinen eigenen ernstlichen Willen für eine solche Wirksamkeit auch bei der großen Mehrzahl der übrigen Bundesgesandten voraussetzte. Er täuschte sich in der Annahme, daß alle übrigen deutschen Staaten im Bunde eine gleiche Sicherheit erkennen würden, wie er sie für seinen kleinen heimischen Stadtstaat und die beiden anderen Hansestädte erwartete. Er täuschte sich, wenn er den durch die gegenwärtige Haltung der beiden leitenden Minister Österreichs und Preußens verhüllten Gegensatz zwischen den beiden Staaten für dauernd überwunden oder doch für überwindbar ansah. Sein Idealismus sträubte sich gegen die Vermutung, daß die ihm wohlbekannten Rivalitäten zwischen den beiden Großmächten und zwischen den mittleren deutschen Staaten jemals zu einer ernsten Gefahr für den Bestand des Bundes werden könnten.

Smidt war hocherfreut, als ihm zu Anfang Dezember aus Bremen gemeldet wurde, daß der Senat beschlossen habe, künftig eigene Sitzungen anzuberaumen, um seine Berichte aus Frankfurt ungestört durch andere Geschäfte anhören zu können und so durch sie ein volles Bild über die Tätigkeit des Bundestages zu gewinnen. Indem er seinen Dank für diese Anordnung bezeugte,[1] fügte er hinzu, daß er sich bemühen werde, seine Berichte so inhaltreich wie möglich zu gestalten.

Smidt war übrigens schon damals entschlossen, nach mehr als einjähriger Abwesenheit von Bremen das Ende des Jahres und den Anfang des neuen dort zuzubringen und von da aus auch nach Oldenburg zu fahren, um nochmals den Versuch zu machen, den Herzog zu einem freiwilligen Verzicht auf die Fortdauer des Elsflether Zolls zu bewegen. Der Herzog empfing Smidt, als dieser in den ersten Januartagen 1817 in Oldenburg eingetroffen war, auf das liebenswürdigste, beauftragte sofort den Justizrat Runde und den Regierungsrat Suden mit Verhandlungen über den Zoll und sprach dem bremischen Senat in einem Schreiben aus, daß er in der Anregung dieser Verhandlungen einen Beweis der freundnachbarlichen Gesinnung Bremens sehe, aber in der Sache war trotz alledem weder mit dem Herzog noch mit seinen Räter weiter zu kommen. Das einzige Resultat, das Smidt in etwa achttägigen Verhandlungen erzielte, war das Bekenntnis der beiden Räte,

[1]) Schreiben vom 7. Dezember.

daß Oldenburg verpflichtet sei, den Zoll demnächst aufhören zu lassen.[1]) Smidt kehrte daher aus Oldenburg mit dem festen Entschluß zurück, die Angelegenheit an den Bundestag zu bringen, sobald über die Austrägalinstanz beschlossen worden sei. Auf der Rückreise nach Frankfurt hielt er sich sowohl in Hannover wie in Kassel ein bis zwei Tage auf, um dort mit den Ministern und hier mit dem Kurfürsten u. a. auch über die Zollsache zu sprechen.

Erst am 17. Februar konnte Smidt wieder an einer Sitzung des Bundestages teilnehmen. Das wichtigste, was hier vorkam, war das Gutachten einer von Eyben, Plessen und Berg gebildeten Kommission über die Reihenfolge, in der die an den Bundestag gelangten Gegenstände von diesem verhandelt werden sollen. Der Hauptteil des Gutachtens, das die Gegenstände unterschied je nachdem sie militärische, äußere oder innere Verhältnisse betrafen, rührte indes von Smidt her, was aber nur Eyben und Plessen und nicht einmal Berg bekannt war. Smidt verlangte deshalb auch, daß in Bremen vollständiges Stillschweigen darüber bewahrt werde, „denn, wenn wir fortfahren wollen, auf diese Weise bei den wichtigsten Angelegenheiten im stillen mitzuwirken, so muß man aller Eitelkeit, auch den Namen davon haben zu wollen, gänzlich entsagen können".[2])

Als bald danach Smidt für kleine Ausgaben des Bundes den Anteil Bremens an die Bundeskanzlei abgeführt hatte und sich von der richtigen Buchung überzeugen wollte, war er sehr befriedigt, zu sehen, daß Buol den Betrag als gezahlt von der freien Hansestadt Bremen hatte zu Buche nehmen lassen. „Ich halte es nämlich für gut," sagt Smidt im Bericht vom 11. März, „den Namen Hansestadt nicht ganz abkommen zu lassen, da er eigentlich nur, um die Städte in der Verbindung mit Frankfurt in der gleichen Kategorie bezeichnen zu können, in dem Bundesverhältnis mit der Benennung Freie Stadt vertauscht ist. Als Hansestädte haben wir aber von alters her auch einen Fuß im europäischen Staatensystem, wir haben als solche Verträge geschlossen, die noch gelten und durch uns dem gesamten Deutschland mit zugute kommen. Darum dürfen wir uns als Hansestädte auch nicht ganz in Vergessenheit bringen lassen."

Im Juni des Jahres wurden die Bestimmungen über das Austrägal-

---

[1]) Näheres über die Verhandlungen s. in meiner Brem. Geschichte Bd. III S. 416 ff.

[2]) Bericht vom 19. Februar 1817.

verfahren vom Bundestage genehmigt. Damit war der Zeitpunkt gekommen, den Smidt längst ins Auge gefaßt hatte, um gegen Oldenburgs Zollprätensionen ernstlich vorzugehen. Allein nun standen die Ferien des Bundestages nahe bevor, und es schien daher zweckmäßiger, mit dem Antrage einstweilen noch zurückzuhalten. Smidt war freilich entschlossen, während der Ferien in Frankfurt zu bleiben, wo ihm zu Anfang Juli noch ein fünfter Sohn geboren wurde, aber einige der Gesandten, die er vor anderen mit dem Austrägalverfahren beauftragt zu sehen wünschte, wollten die Ferien in ihrer Heimat oder im Bade zubringen. So verzog sich Smidts Antrag noch auf mehrere Monate.

Zu Anfang August stellte sich der Herzog von Oldenburg zweimal in Frankfurt ein. Smidt sprach ihn wiederholt, aber nur einmal allein und über die Zollsache, gewann indes wieder, wie zu Anfang des Jahres in Oldenburg, den Eindruck, daß mit dem Herzog nicht weiterzukommen sei.

Inzwischen hatten im letzten Drittel des Juli die Ferien des Bundestages begonnen, die bis Ende Oktober ausgedehnt werden sollten. Smidt hat sich, wie seine auch in diesen Monaten häufigen und ausführlichen Berichte ergeben, mit heimischen Sachen sowohl wie mit Angelegenheiten des Bundestages rückwärts und vorwärts schauend eingehend beschäftigt. Unter den heimischen Fragen nahm neben dem Weserzoll und der Einsetzung des Oberappelationsgerichts der vier freien Städte die nahezu beendigte Reorganisation der höheren bremischen Schulen sein Interesse in Anspruch. Es handelte sich dabei um die Gründung der sogenannten Hauptschule, die drei äußerlich getrennte, aber innerlich nahe miteinander verbundene Anstalten zusammenfaßte, eine Vorschule, die mit ihrem sechsjährigen Kursus nicht nur der Vorbereitung der Schüler für eine der beiden anderen Anstalten dienen, sondern auch den Söhnen gewisser Klassen der bremischen Bevölkerung die ganze Schulbildung bis zu ihrem Eintritt in das praktische Berufsleben vermitteln sollte, sodann die sogenannte Handelsschule, die nach gegenwärtiger Nomenklatur Realschule genannt sein würde, und das Gymnasium.[1]) Smidt hatte über diese Einrichtung gegen Ende August mit dem Altermann Abegg, der auf der Rückreise nach Bremen sich ein paar Tage in Frankfurt aufhielt, ein langes Gespräch,[2]) das vornehmlich die Frage betraf, inwieweit der Bürgerschaft für die Bewilli-

---

[1]) Siehe darüber den Aufsatz von Dr. H. Entholt, die bremische Hauptschule von 1817—1858, Br. Jahrb. Bd. XXIII S. 1 ff.
[2]) Bericht Smidts vom 30. August.

gung der neben dem eigenen Vermögen der Anstalt aus dem allgemeinen Staatssäckel erforderlichen Mittel eine Mitwirkung bei der Leitung der Schulen eingeräumt werden könne. Smidt wußte Abegg davon zu überzeugen, daß die Bürgerschaft sich zu beschränken habe auf die Kontrolle über die Verwendung der von ihr bewilligten Mittel, daß ihr aber über Fragen der gegenwärtigen oder künftigen Organisation der ganzen Anstalt und ihrer einzelnen Abteilungen und über die Auswahl der Lehrer usw. keine Kompetenz zustehe. Im Zusammenhange mit dieser Sache stand auch die von Smidt ebenfalls mit Abegg erörterte Frage, wie man der Hauptschule aus der zu ihrem Vermögenskomplex gehörigen „Bremer Zeitung" künftig eine bessere Einnahme aus diesem Besitze sichern könne.

Seine während der langen Ferienpause wiederholt auf die bisherige Tätigkeit des Bundestages und auf seine Versäumnisse gerichteten Blicke hatten ihn in eine seinem Wesen sonst fremde pessimistische Stimmung versetzt, wie sein Bericht vom 12. August und bedeutender noch die Berichte vom 15. Oktober und vom 3. Dezember 1817 zeigen.

So heißt es in dem Berichte vom 12. August: Der Deutsche Bund tritt als solcher kaum erst in dem Kreise der europäischen Mächte auf. Er hat in denselben noch keinen Charakter gewonnen, der erst aus selbständigen Handlungen hervorgeht, und sosehr es auch in dem Interesse der kleinen Bundesstaaten liegt, daß er einen solchen Charakter gewinne, und sosehr auch selbst in einem Teile der größeren Bundesstaaten die öffentliche Meinung das Erstreben eines solchen Charakters begünstigen möchte, so ist doch der Geist, welcher die Regierungen derselben gegenwärtig noch beseelt, damit viel zu sehr im Widerspruch, als daß sich davon eher einige Wirkung erwarten ließe, bis allenthalben repräsentative Verfassungen eingeführt sind und dadurch der Volksgeist allmählich auch in die Regierungen übergeht. Die Staaten des Bundes, welche zugleich europäische sind, haben als solche schon einmal einen gewissen Charakter, ein mehr oder minder geregeltes politisches System, ihre Verbindungen, ihr größerer oder geringerer Einfluß auf die Welthändel stehen bereits organisiert da, sind mit allen ihren Verhältnissen verknüpft und in ihre bisherigen Geschäfte verflochten. Das Ansinnen, ihre ganze daher entspringende Kraft an den Deutschen Bund abzugeben, in die Wagschale desselben zu legen und nur von dem Gesichtspunkte dieser Verbindung ausgehend die Welthändel zu betrachten und zu

betreiben, erscheint ihnen mehr oder minder als eine Anmaßung, und wenn sie den nicht europäischen Mitgliedern auch die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es dem Interesse derselben gemäß sei, eine solche Ansicht auf alle Weise zu predigen und zu befördern, so geben sie doch zugleich zu verstehen, daß man sie doch nicht für so töricht halten werde, darauf einzugehen. Daher kommt es dann, daß die bedeutendsten Mitglieder des Bundes, Österreich, Preußen, Hannover, Dänemark, die Niederlande, für deutsche Nationalehre so wenig Sinn haben, indem bei ihren Regierungen der europäische Charakter sich bei weitem stärker und bedeutender ausspricht als der deutsche. Was noch irgend derart bei den Verhandlungen der Bundesversammlung zum Vorschein gekommen, ist vielmehr in dem persönlichen Charakter und der individuellen Ansicht der Gesandten dieser Staaten begründet, als in den Instruktionen ihrer Höfe, und bei jedem Schritte, den sie in dieser Hinsicht gewagt haben, hat es an Reaktionen der Kabinette, die sich vorzüglich in hemmenden und zögernden Maßregeln zeigten, nicht gefehlt. Daher das äußerst behutsame, bei jedem Schritte umsichtige Verfahren dieser Männer, von denen es die Mehrzahl wirklich redlich meint und sich jedes Fußbreites, der auf dem Boden der deutschen Ansicht gewonnen wird, herzlich erfreut, wenngleich die individuelle Lage und das persönliche Vertrauen, in welchem jeder zu seinem Hofe steht, hier manche Modifikation ergeben.

So hat z. B. Herr v. Gagern fast bei jeder Gelegenheit Verdruß mit seinem Hofe, der im Innern noch zu keiner Festigkeit gekommen, sein ganzes Benehmen nach steten Rückblicken auf England, Frankreich und Rußland abmißt und die deutschen Sachen als Allotria betrachtet, die zu keinen ernsthaften Konsequenzen, sondern nur zu unnützen Verwickelungen führen. Glaubte ihm der König nicht persönliche Dankbarkeit schuldig zu sein, gäbe e r nicht bei jeder Gelegenheit zu verstehen, daß er unabhängig als Privatmann leben könne und werde, wenn man ihm in diesen Sachen nicht einigermaßen Freiheit lasse, so hätte ihn das niederländische Ministerium, dem sein ganzes Benehmen durchaus zuwider ist, längst durch einen anderen Gesandten ersetzt. — Herr von Eyben hält sich nur durch das persönliche Wohlwollen des Königs und des Ministers Rosenkranz. Graf Buol fühlt, daß er alle halbe Jahr nach Wien reisen müsse, um sich dort den Rücken zu decken und einige weitere Bahnen zum Vorwärtsgehen zu bereiten und seinen fast jugendlichen Geschäftseifer gegen die dortige vis inertiae aufzu-

bieten. — Da Martens die Vorsicht selbst ist und zehnmal überlegt, ehe er irgendeinen Schritt tut, so glaubt man von ihm, das, was er tue, sei am Ende notwendig gewesen und habe sich durchaus nicht anders machen lassen, und nur in der sorgfältigen Unterhaltung dieses Glaubens kann er seinen wirklich guten Willen für die deutsche Sache in einzelnen Fällen geltend machen. — Graf Goltz wird bei wenig eigener Energie durch die gegenwärtige Charakterlosigkeit des politischen Systems seines Hofes, der einmal Geister zitiert hat, die er jetzt nicht bändigen kann, vollends zur Passivität und zu steter Zirkumspektion niedergedrückt.

So sieht es mit den europäisch-deutschen Bundesstaaten aus, und um die größeren Binnenstaaten steht es nicht viel besser. Bayern legt seinen ganzen Ehrgeiz darein, auch eine europäische Macht sein zu wollen, alles selbständig zu tun, durch Privatallianzen sich seinen Standpunkt zu sichern, und möchte sich daher gegen eine engere Verbindung mit Deutschland hermetisch versiegeln. Württemberg und Baden möchten sich an Bayern anschließen, um in Verbindung mit diesem auch eine Macht vorzustellen, aber es tut fortwährend spröde gegen sie und will sich nicht gemein mit ihnen machen, wozu denn die noch unabgemachten Territorialverhältnisse auch das ihrige beitragen. Übrigens liegt es in der Natur der Verhältnisse, daß Bayern früher oder später zu der lebendigen Einsicht kommen müsse, es könne nur in und mit Deutschland zu bedeutender Kraft und Ansehen gelangen. Seit Montgelas' Entfernung fängt es in den dortigen Köpfen nachgerade an etwas aufzudämmern, und wenn der Kronprinz einmal zur Regierung kommt, dürfte diese Ansicht noch mehr Begünstigung finden, so daß es in der Tat zu erwarten ist, Bayern werde mit der Zeit die vorzüglichste Stütze des deutschen Bundesverhältnisses werden. Die ganz entgegengesetzte Tendenz ist nur seit zehn Jahren durch den organisierten Despotismus von oben bis unten herab in allen Bureaus so sehr zur Praxis geworden, daß die Entwöhnung davon nur sehr langsamen Schrittes dürfte Platz finden können. — In Württemberg ist man von allen Seiten zu sehr mit den speziellen Verhältnissen und Angelegenheiten des Landes beschäftigt, als daß im Verstande wie im Gemüt der Leute für Deutschlands Interesse nur irgendein Plätzchen übrig gefunden würde. Dazu ist der württembergische Bundesgesandte Graf Mandelsloh weniger für diesen Posten ausgesucht, als weil man ihn von dem Stuttgarter Ministerium gern auf eine schickliche Weise zu

entfernen wünschte. In allem, was er tut oder läßt, sind daher Spuren der Malkontenz mit seinem Posten nicht zu verkennen, und seine Persönlichkeit ist dabei von der Art, daß er niemand Zutrauen einflößt. Herr v. Eyben hat indes, wie ich vertraulich von ihm weiß, bei seiner neulichen Anwesenheit in Stuttgart das dortige Ministerium aufmerksam darauf gemacht, wie sehr es seines eigenen Staats Interesse verkenne, indem es auf die deutschen Angelegenheiten so wenig Wert lege, hier eine so durchaus passive Rolle spiele und doch auf keine sonstige Weise eine bedeutendere finden könne, und man hat das einzusehen geschienen, ihm für seine freimütigen Bemerkungen gedankt und Änderung versprochen. — Das Königreich Sachsen blutet noch zu sehr an seinen letzten Wunden, als daß es für etwas anderes als Pflaster und Verband auch nur einen Blick übrig haben könnte. — In Baden wird die durch die Rheinbundssouveränität konzentrierte Kraft nur in der stets wechselnden Laune und unaufhörlichen Verschwendung des Hofes sichtbar. Die Konfusion, Verwirrung, Unordnung und Finanznot ist dort so hoch gestiegen, daß das Übermaß des Übels die Kur notwendig in kurzem herbeiführen muß. Bis dahin hat es in Beziehung auf die deutschen Verhältnisse nur chamäleonische Erscheinungen dargeboten, und man hat auf keine Konsequenz irgendeiner Art rechnen können. So ist es einem bloßen Spiel des Zufalls zuzuschreiben, daß einige Abstimmungen und namentlich die neuliche wegen der Barbaresken, welche man wahrscheinlich sehr unbedeutend hielt, einem ganz jungen bei dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten angestellten Mann, dem Legationsrat Friedrich, welcher mich neulich hier besucht und mir sehr wohl gefallen hat, zur Bearbeitung in die Hände gekommen sind. Herr v. Berstett, der jetzt das dortige Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angetreten, hat übrigens guten Willen und wird ihn wirksam zeigen, soviel es die Umstände erlauben. — Die hessischen Höfe können sich von den alten Feudalansichten nicht trennen, und es wird ihnen um so leichter, da die Untertanen des blinden Gehorsams gewohnter sind als andere. Ihr einziges Bestreben ist, von der Souveränität so wenig wie möglich für das Bundesverhältnis aufzuopfern und möglichst ungeschoren zu bleiben. Ihre Gesandten sind abhängiger von ihren Instruktionen als fast alle anderen.

Die kleineren Bundesstaaten haben auch als solche und nicht bloß durch die Persönlichkeit ihrer Repräsentanten mehr Sinn für Deutschland gezeigt, was auch schon in ihrem Interesse lag, zu dessen Ver-

kennung sie weniger Versuchung hatten. Sie haben sich daher vor dem Publico im ganzen am besten ausgenommen.

Wer dem ganzen Gang der Dinge hier praktisch eingreifend zugesehen, kann sich wirklich nur darüber verwundern, daß noch so viel, wie geschehen, zustande gebracht ist und wird als Förderungsmittel dahin die Wechselwirkung der Macht der öffentlichen Meinung auf die Höfe und ihre Ministerien und des guten Willens einzelner Gesandten, solche dort bei jeder Gelegenheit geltend zu machen, nicht verkennen. Würden die Protokolle der Versammlung nicht für das Publikum gedruckt, gäbe es nicht wenigstens noch einige kleine Staaten in Deutschland, wo die Preßfreiheit nicht unter Zaum und Gebiß einer ängstlichen Zensur steht, hätten die sämtlichen Bundesstaaten ohne das Medium ihrer Gesandtschaften in Frankfurt die Meinung und Ansicht jedes einzelnen Kabinetts über jeden einzelnen Gegenstand direkt aus den Kabinetten einzuholen Zeit gehabt, wir wären noch in keinem Punkte aus der Stelle gekommen. Aber durch zweckmäßige Vorschläge einzelner Gesandten, durch ihre Berichte, daß dieser oder jener Gesandter sich auch dahin geäußert, durch die Bemerkungen, daß man sich blamieren werde, wenn man der öffentlichen Meinung zuwider dem entgegenspreche, die vielfachen Instruktionen sich majoribus zu fügen, wo noch gar keine Majorität da war, diese also bei gutem Willen durch vertrauliche Verabredung gebildet werden konnte, in diesen und anderen Dingen mehr ist der Aufschluß darüber zu finden, wie bei dem kaum zu bezweifelnden üblen Willen der Majorität der Ministerien dennoch wenigstens einige weitere Ausbildung des deutschen Bundesverhältnisses zustande kommen konnte. Aber zugleich wird daraus die Notwendigkeit der Umsicht und der Behutsamkeit der Gesandten bei weiteren Fortschritten auf diesem Wege sichtbar, damit man nicht nachgerade alle, die etwas Ernstliches wollen, aus der Versammlung entferne und sie dadurch zu der Unbedeutendheit herabsinken lasse, aus welcher sie sich nicht ohne die größte Mühe, Anstrengung und Verdrießlichkeit zu erheben begonnen hat."

In dem Berichte vom 3. Dezember 1817 dagegen lesen wir: „Wenn seit mehreren Monaten aus meinen Berichten die Besorgnis hervorleuchtet, es könnte die innere Ruhe Deutschlands nur zu leicht bei irgendeiner Veranlassung auf eine furchtbare Weise gestört werden, so gründet sich diese Besorgnis nicht bloß auf die Kunde von dem gegenwärtigen Zustande der Dinge in Deutschland, welcher aus den Zeitschriften und öffentlichen Blättern deutlich genug hervorgeht, sondern auch auf eine

Menge von Privatnotizen, die mir im Laufe dieses Sommers bei meinem ruhigen Hierbleiben teils durch viele Durchreisende aus allen Gegenden von Deutschland, teils durch Privatkorrespondenz mit älteren und neueren Bekannten geworden sind. Ein Gesandter der freien Städte im Bundestage findet sich schon als solcher, wenn er nicht gerade persönliches Mißtrauen einflößt, in der Lage, die gegenwärtige Gärung und die verschiedenen Ansichten und Tendenzen der Parteien ruhiger und vollständiger beobachten zu können als irgendein anderer, weil keine Partei ihn für ihren Feind oder Widersacher hält und jeder sich ihm auf eine mehr oder minder unbefangene Weise anvertraut. Denn an der einen Seite weiß man, daß der revolutionäre Stoff nicht leicht in Deutschland irgend geringer sein könne, als gerade in den freien Städten, indem die Bürger derselben das alles schon besitzen, was andere erst begehren, und daher nicht bloß deshalb, sondern auch schon, weil sie sich größtenteils mit dem Handel beschäftigen, der nur da gedeiht, wo Ruhe, Frieden und Ordnung herrscht, bei revolutionären Bewegungen nichts zu gewinnen, sondern nur zu verlieren haben. An der anderen Seite aber traut man den Städten zu, sie werden das Bestreben der Bürger monarchischer Länder, eine Teilnahme an dem öffentlichen Staatsleben zu erringen, nicht verwerflich achten, da sie sich solcher Teilnahme selbst wirklich in noch höherem Grade erfreuen, als von jenen irgend begehrt wird. Und endlich erwarten alle, welche eine einige Verbindung der deutschen Bundesstaaten durch gemeinschaftliche Gesetze und nützliche Anstalten wünschen, die Städte müßten schon als kleine Staaten, die nur in der Verbindung mit den übrigen eine sichere Garantie ihrer Selbständigkeit finden können, solchen Wunsch mit ihnen teilen. — So geht es denn zu, daß mir manche Details zu Ohren kommen, aus deren Vergleichung und Kombination ich mir ein deutliches Bild über die Gärung der Gemüter, welche in den meisten Gegenden Deutschlands vorwaltet, zusammensetzen kann, wie es hier vielleicht mancher andere nicht imstande ist. Ich will darüber von Zeit zu Zeit in vertraulichen Nebenberichten, die ich indes der sorgfältigsten Geheimhaltung empfehlen muß, einiges anführen und heute damit anfangen, von dem, was ich über die Lage der Dinge in Berlin und die dort herrschende Stimmung vernommen habe, einiges erzählen, da dieser Punkt in Deutschland vor anderen derjenige ist, welcher die meiste Besorgnis einflößen dürfte.

Der König sowohl wie der Staatskanzler scheinen ihre Popularität

in dem dortigen Publico fast gänzlich verloren zu haben. Auf den letzteren zieht man bei jeder Veranlassung ganz ohne Scheu los, und in Ansehung des ersteren offenbart sich ein auffallender Mangel selbst an derjenigen äußeren Achtung, welche ein gekröntes Haupt als solches doch schon von dem gewöhnlichen Wohlstande (sic!) zu erwarten berechtigt ist. So fängt man z. B. häufig an, vor dem Könige, wenn er über die Straße geht, nicht mehr den Hut abzunehmen, und dies ist um so bedeutender, da man weiß, daß dies seiner Aufmerksamkeit nicht entgeht und daß er sich darüber ärgert. Der Staatskanzler wird täglich älter und schwächer, will aber dennoch nichts Wesentliches von seinem Regimente abgeben und zeigt sich in seiner Stärke hauptsächlich nur noch dann, wenn jemand den Versuch macht, ihn darin zu beeinträchtigen.

Der Finanzminister Bülow hatte einen solchen Versuch gemacht, da er den von dem Staatskanzler ordonnierten großen Geldzahlungen nicht mehr zu begegnen wußte und sich eine Zeitlang hierdurch genötigt sah, monatlich eine Million Taler erfassen zu müssen, worüber die Verlegenheit und der Mißkredit so stieg, daß man den jüdischen Bankiers, welche diese Summen vorschossen, am Ende 14 Prozent Zinsen zahlen mußte. Er trug deshalb auf Errichtung einer Kontrolle für die Verwaltungen der Staatskanzlei an und glaubte die Sache eingeleitet zu haben, daß diese ihm zufallen müsse. Das schlug aber fehl. Der Fürst erklärte, wenn Bülow keine Gelder anzuschaffen wisse, so werde er diese Partie selbst übernehmen und sich dazu auch eine Kontrolle anordnen, wozu er indes andere Personen vorschlug und deren Ernennung bewirkte. Dies soll die eigentliche Ursache der vor einiger Zeit stattgefundenen veränderten Anordnungen des Finanzdepartements sein, wodurch Bülow den größten Teil seiner bisherigen Funktionen verloren hat und fast auf die Direktion des Forstwesens reduziert worden ist. Bülow ist übrigens keineswegs beliebt in Berlin, und Humboldt ist durch die energische Weise, wie er bei den letzten Verhandlungen des Staatsrats ihm und dem ebenfalls nicht beliebten Minister des Innern, Herrn von Schuckmann, die Spitze geboten, bei der Oppositionspartei in Berlin wieder zu einer gewissen Popularität gelangt, die er früherhin nicht besaß. Durch die Konzentrierung aller Behörden in den Bureaus des Staatskanzlers und bei dessen zunehmender Altersschwäche soll eine Langsamkeit im Fortgange der Regierungsgeschäfte entstanden sein, wie man sie früherhin nicht kannte. Die wichtigsten Sachen sollen

viele Monate lang unerledigt bleiben und ganze Wagen mit Akten die Reise nach Karlsbad und von da nach Pyrmont und wieder nach Berlin vergeblich mitgemacht haben. Auf den Einfluß der Umgebung des Fürsten, den seine Gemahlin, sein Bruder aus dem Hannöverschen und der jüdische Arzt Koreff fast nicht mehr aus den Augen lassen, während er für andere beinahe unzugänglich ist, führt das Berliner Publikum auch die übelsten Reden.

Das Verfassungswesen rückt dabei gar nicht vorwärts. Die Ansprüche darauf häufen und vervielfältigen sich, und was das schlimmste ist, fast in jeder Provinz will man etwas anderes, und vor lauter Theorien, deren Prüfung und gegenseitige Bekämpfung kommt man zu keinem Entschlusse. Dabei verbirgt man den Verdruß darüber nicht, wenn man in anderen deutschen Staaten Neigung bemerkt, das Verfassungswesen zu fördern und Preußen darin zuvorzueilen. Vor allem ist man auf den Großherzog von Weimar sehr erbittert, der dagegen von dem Berliner Publikum bis in den Himmel gehoben wird. Eben das würde mit der Bundesversammlung der Fall sein, wenn sie sich irgend energisch benähme, während die herrschende Partie glaubt, sie wolle sich des Regiments in Deutschland bemächtigen, und nur darauf sinnt, wie ihr Wirkungskreis zu lähmen und ihre Popularität zu schwächen sei, was denn auch sehr gut zu gelingen scheint. — Die Vorfälle auf der Wartburg und die Szenen, welche bald nachher in dem Berliner Schauspielhause bei Gelegenheit der Aufführung von Werners ‚Weihe der Kraft' von den dortigen Studenten veranlaßt wurden, haben in Berlin die allergrößte Sensation erregt, man hat sie als völlig revolutionäre Ausbrüche betrachtet. An den Geheimen Legationsrat Eichhorn, der Syndikus der Berliner Universität ist, und an mehrere Professoren sind darüber fulminante Kabinettschreiben ergangen, worin ihnen Schuld gegeben wird, daß sie die Studenten nicht besser zögen und einen solchen Geist einreißen ließen, sie haben sich mit Würde deshalb verteidigt, worauf denn ein anderes Kabinettsschreiben an sie erlassen ist, wodurch diese Vorwürfe einigermaßen zurückgenommen worden sind."

Smidt war eben in dieser Zeit mit dem Entwurfe des bremischen Antrages für die Beseitigung des Elsflether Zolls beschäftigt, den er am 17. Dezember im Bundestage übergab. Daneben nahm die Ausführung des Art. XIII der Bundesakte, die Einrichtung landständischer Verfassungen, seine Aufmerksamkeit wieder in Anspruch. Unterhaltungen, die er darüber mit Gagern, Plessen, Eyben und Wangenheim

gehabt hatte, veranlaßten den württembergischen Gesandten, als er zu Anfang Dezember von seiner Regierung ersucht worden war, schleunigst die Beratung des Art. XIII im Bundestage zu beantragen, zuvörderst Smidt wieder aufzusuchen, mit dem er eine bis über Mitternacht ausgedehnte Besprechung über die zweckmäßigste Ausführung des Auftrages pflog. Smidt setzte sich schon am frühen Morgen des nächsten Tages an seinen Schreibtisch, um einen solchen Antrag zu entwerfen, den er dann sogleich an Wangenheim brachte. Diesem gefiel die Arbeit Smidts so gut, daß er sie sich gleich von Smidt in die Feder diktieren ließ, um sie nach Stuttgart zu schicken.[1])

Auch Plessen erhielt um die gleiche Zeit von der mecklenburgischen Regierung denselben Auftrag, wie Wangenheim ihn erhalten hatte, und brachte ihn schon am 18. Dezember in einer vertraulichen Sitzung des Bundestages vor „unter lebhaftem Widerspruch Österreichs und Preußens, dem auch Bayern beitrat", wie Smidt berichtet.[2]) Wahrscheinlich lag diesen Vorgängen folgendes zugrunde. Schon vor einiger Zeit hatten Smidt und seine näheren Freunde Kunde erhalten von einer österreichischen Instruktion über Art. XIII der Bundesakte. Darin hatte es geheißen: „Der Kaiser betrachtet bei Berechnung seiner Bundespflichten und Bundesrechte die Bundesakte als den einzigen und strengsten Leitfaden. Er will deshalb die Art der Verfassung und den Zeitpunkt ihrer Einführung der Weisheit der einzelnen Regierungen überlassen. In betreff der Anwendung des Art. XIII glaubt der Kaiser, daß es die natürliche und einfache Berücksichtigung der Umtriebe, welche sich gegenwärtig Ruhestörer jeder Art erlauben, unbedingt erfordert, daß sich die Bundesversammlung der Initiative dabei enthalte. Das Gesetz besteht, dieses muß für den Augenblick genügen; die Anwendung muß der Weisheit der einzelnen Regierungen überlassen bleiben. Sollten sich in einem deutschen Staate als Folge der Reibungen zwischen Fürsten und Ständen Unruhen ergeben, so ist der Bund verpflichtet, zur Wiederherstellung der Ruhe alle Mittel anzuwenden, sobald er hierzu von der gefährdeten Regierung angegangen wird, soll dies aber nur aus dem Begriffe der Erhaltung der Ruhe tun, keineswegs aber in direkter Beziehung auf die Ausführung des Art. XIII."[3])

---

[1]) Bericht vom 14. Dezember 1817.

[2]) Bericht vom 20. Dezember.

[3]) Smidt sagt ausdrücklich, daß dies Aktenstück erlassen sei, ehe der Antrag des Herrn v. Plessen in Wien bekannt sein konnte. Er teilt es aber, da er es

Dieses echt Metternichsche Dokument oder, wenn vielleicht noch nicht die Kenntnis seines Wortlauts, so doch die aus den österreichischen und anderen Blättern sich ergebende Vermutung über die nach dem Wartburgfest vom Oktober 1817 in Wien und anderen Orten herrschende Stimmung wird die Höfe von Schwerin und Stuttgart dazu geführt haben, die Bedeutung des Art. XIII der Bundesakte eben jetzt so hoch anzuschlagen, wie ihre Anträge in Frankfurt ergaben. Auch Smidt klammerte sich jetzt an die Überzeugung, daß die preußische Politik ihr Einverständnis mit Österreich nicht offen erklären könne, und daß, wenn Preußen nicht einstimme, auch Österreich und Bayern mit der aus der österreichischen Instruktion hervorleuchtenden Gesinnung nicht zum Vorschein kommen würden. So schrieb Smidt bei Übersendung der Instruktion am 7. Januar nach Bremen und fügte gleich hinzu: „Die Vorschläge wegen der Presse oder vielmehr Preßunfreiheit dürften so ziemlich auf die französische hinauskommen, mithin für die Zeitungen eine allgemeine Zensur vorgeschlagen werden." Und noch einmal sprach er am 11. Januar aus, er sei völlig überzeugt, daß Preußen den österreichischen Grundsätzen nicht zustimmen könne und daß wenn es doch geschehen sollte, eine Majorität für die Grundsätze in der Bundesversammlung nicht zu haben sei.

Noch kämpften in Smidt sein Optimismus mit einer völlig entgegengesetzten Anschauung. Noch am 20. Dezember, als er schon wußte, daß Buol und Goltz Plessen stark bearbeiteten, damit er seine Absicht aufgebe, den mecklenburgischen Antrag in der nächsten ordentlichen Sitzung des Bundestages zu wiederholen, sagt Smidt in bezug auf jenen Antrag: „Auf jeden Fall sind wir am Donnerstag (d. h. am 18. Dezember) um einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen, das Eis ist gebrochen, und wenn der Strom auch der vielen treibenden Schollen halber noch nicht fahrbar ist, so werden wir doch auch dazu hoffentlich bald gelangen." Schon acht Tage später sieht er für Deutschland Revolution und blutige Kämpfe voraus und meint: „Die deutsche Revolution wird der größern und vielseitigeren Verwirrung halber zu furchtbareren Katastrophen als selbst die französische führen können."

Und er schließt am 31. Dezember seinen Bericht mit dem Wunsche für das Jahr 1818: „Möge unserm Vaterlande eine glückliche Sonne

---

der Post nicht anvertrauen wollte, erst am 7. Januar 1818 nach Bremen mit durch einen oldenburgischen Kurier, den Legationsrat v. Starkloff.

leuchten und die Wolken, von denen es gegenwärtig bedroht scheint, baldigst zerteilen und verscheuchen!" Mitten unter diesen Schwankungen, die ihn bald nach dieser, bald nach jener Seite führten, hatte Smidt einen kurzen Bericht vom 16. Dezember mit folgender Mitteilung geschlossen: „Gestern erhielt ich eine recht betrübte Nachricht aus Koblenz. Einer der herrlichsten Menschen, die ich in meinem Leben kennengelernt und den ich seit mehreren Jahren meinen Freund nennen durfte, der edle Max von Schenkendorff ist am 11. ds. an einem Schlagflusse gestorben." Zu seinem Troste durfte Smidt sich sagen, daß er durch die Herausgabe Schenkendorffscher Gedichte im Jahre 1815 erklecklich dazu beigetragen habe, den Ruhm seines Freundes in Deutschland zu verbreiten.

Zu Beginn des Jahres 1818 wurden die Grundzüge des deutschen Militär- und Verteidigungswesens am Bundestage zur Besprechung gebracht. Sie beruhten auf meist heimlich betriebenen Verhandlungen Österreichs und Preußens, die zuletzt durch Hardenbergs Vertrauten, den Geheimen Legationsrat Jordan, im Spätherbst 1817 in Wien stattgefunden hatten. Diese Sendung Jordans wurde eingeleitet durch ein streng vertrauliches Schreiben, das Hardenberg am 6. Dezember 1817 an Metternich richtete, und das ausgeht von der Notwendigkeit, die revolutionäre Tendenz zu unterdrücken, die sich mehr und mehr der Geister bemächtigt, und das Jakobinertum, das fast überall sein Haupt wieder erhebt. Hardenberg will sich zwar enthalten auf irgendein Detail seiner Anklage einzugehen, aber er bezeichnet doch den Bundestag deutlich als die Quelle der revolutionären Bewegung, die nur durch „die vollständige Übereinstimmung unserer beiden Höfe" bezwungen werden kann. Er ruft Metternichs Hilfe an gegen „die zügellose Freiheit unserer Zeitungsschreiber und Journalisten, die protegiert werden von den kleinen Souveränen und von der Stadt Bremen". „Wir müssen," sagt er, „das System unterstützen, das Ihnen (Metternich) seinen Ursprung verdankt, das der vermittelnden europäischen Macht, das auf der intimsten Vereinbarung zwischen Österreich und Preußen und auf ihrem entscheidenden Einfluß in Deutschland beruht." „Der Bundestag muß entweder ein wirksames Mittel werden, um uns dieses System zu erhalten und zu befestigen, oder er wird sein Zerstörer werden."[1])

[1]) Dieses französische Schreiben ist zum ersten Male mitgeteilt in dem Aufsatze: König Friedrich Wilhelm III., Hardenberg u. die preuß. Verfassungsfrage von Paul Haake in den Forsch. zur brandenburg. und preuß. Geschichte Bd. XXX, zweite Hälfte, 1918.

Daß Hardenberg neben den kleinen Souveränen nur die Stadt Bremen als Beschützerin der revolutionären Presse nennt, hat ohne Zweifel seinen Grund darin, daß man in Berlin ebenso wie in Wien Smidt fälschlich als den eigentlichen Leiter der „Bremer Zeitung" ansah.

Als zu Anfang des Jahres 1818 die erste Abstimmung über die Militärvorlage stattfand, zeichnete sich Gagerns Votum, wie so oft schon früher, vor allen übrigen aus. Smidt berichtet darüber am 20. Januar wie folgt: „Übrigens dürfte es auch dieser seiner Abstimmung, wie fast allen früheren ergehen, sie sind immer interessant, es fehlt nie an kräftigen und pikanten Stellen, aber auch nicht an einzelnen Blößen, worüber denn von der einen Seite die Höfe und von der andern Seite die Journalisten herfallen, und eine Menge von Absichtlichkeiten und feinen Plänen dahinter wittern, die gar nicht darin liegen. Man muß diesen Mann in seiner ganzen kindlichen Naivität persönlich kennen, um seine Abstimmungen begreifen und gehörig würdigen zu können, da sie bloß ein getreuer Abdruck seines Wesens und die Ansichten und Reminiszenzen wiedergeben, die sich ihm beim Nachdenken über den Gegenstand aufgedrungen haben. Herr v. Wangenheim hat mir mehrmals erzählt, man habe den Herrn v. Gagern an seinem Hofe bisher für den allergefährlichsten Intriganten gehalten und er habe denselben nicht ohne die größte Mühe von dieser Ansicht zurückzubringen gesucht, indem er fortwährend behaupte, er sei gerade der Unschuldigste von allen und halte nirgends hinter dem Berge."

Mitten während der Verhandlungen über die Militärangelegenheiten trat dadurch eine Pause ein, daß Buol, wie er zu Anfang März dem Bundestage mitteilte, von Metternich nach Wien berufen wurde, um neue Instruktionen für die Militärorganisation entgegenzunehmen. Smidt war der Meinung, daß die ersten Abstimmungen des Bundestages über die Militärsachen in Wien zu der Einsicht geführt hätten, „daß man besser getan haben würde, sich von der liberalen und auf volle Gleichheit der Rechte basierten Vorschlägen über die Militärorganisation, welche man im vorigen Sommer zu machen beabsichtigte und damals unverhohlen kund tat, nicht durch die preußische Negoziation mehr oder minder abwendig machen zu lassen und dadurch auf einen Ruhm zu verzichten, den man verdientermaßen billig hätte genießen können. Man sinnt nun darauf, durch eine der ganzen Sache zu gebende neue Wendung nachzuholen, was sich noch nachholen läßt, und wünscht

den Grafen persönlich zu sehen, um über die hier herrschende Stimmung detaillierten Aufschluß zu erhalten".

Man sieht wohl, daß in den Augen Smidts Metternich im Gegensatz zu Hardenberg und zu Preußen noch immer als Vertreter liberaler Ansichten galt, von denen er nur zeitweilig durch den preußischen Militarismus abgelenkt worden sei. Wie gut es Metternich verstand, solche Meinung im Umlauf zu erhalten, ergab sich, als Buol nach seiner Rückkehr von Wien am 28. April zum erstenmal wieder dem Bundestage präsidierte. Metternich hatte ihm ein Schreiben mitgegeben, das offenbar bestimmt war, im Bundestage verlesen zu werden, obwohl es nicht an diesen, sondern an den Gesandten gerichtet war. Es hieß darin, Buol könne im voraus die einzelnen Gesandten versichern, daß bei der Ausarbeitung der Instruktion über die Militärangelegenheit der angenommene Grundsatz der Gleichheit der Rechte der Bundesglieder als Basis angenommen und nie aus dem Gesichtspunkt verloren werden würde.

Und was wußte nicht Buol als getreuer Adept seines Vorgesetzten von seinen Reiseeindrücken Interessantes zu erzählen. Smidt, der am 30. April eine lange Unterhaltung mit Buol hatte, berichtet darüber am gleichen Tage: „Die Fürsten und ihre Minister besonders im südlichen Deutschland hätten von dem Deutschen Bunde und von der Bundesversammlung noch immer so verkehrte Vorstellungen, daß sie die Tendenz derselben mehr gegen sich gerichtet glaubten, als darin eine auch ihre Throne sichernde Anstalt erblickten. Er habe in Wien ganze Aktenstöße voll Beschwerden über das Benehmen der Bundesversammlung und besonders Klagen über sein persönliches Verfahren vorgefunden. Der König von Bayern habe bei seiner letzten Anwesenheit in Wien selbst geäußert, es scheine, daß der Graf Buol die Absicht habe, alle europäischen Mächte nachgerade unter die Obhut der Bundesversammlung zu bringen: man habe ihn einen Jakobiner genannt usw. Auch bei mehreren österreichischen Staatsmännern habe er die seltsamsten Vorstellungen darüber angetroffen, sich indessen offen und freimütig gegen sie geäußert. Man habe ihm zu verstehen gegeben, Österreich werde durch den Bund in Verhältnisse hineingeführt, die es bei konsequenter Fortführung in ganz unnötige Fesseln bringen könnten.

Gleich nach Buols Rückkehr nach Frankfurt erwählte der Bundestag aus seiner Mitte einen Militärausschuß, und ziemlich gleichzeitig trat ein Militärkomitee zusammen, das aus Generalen und Obersten

gebildet und von den größeren Bundesstaaten ernannt wurde. Wiewohl nun diese Militärsachen für die kleinen Staaten von geringer Bedeutung waren, so hat doch Smidt auch in diesen Dingen eifrig gearbeitet.

Als im Herbst des Jahres der Aachener Kongreß bevorstand, legte Smidt sich die Frage vor, wie werden die anderen europäischen Staaten den Zutritt Frankreichs zu der Quadrupelallianz aufnehmen, werden sie nicht darnach streben, wieder eine aktive Rolle im europäischen Staatensystem einzunehmen? Diese Frage führte ihn zu einer langen Abhandlung, zu einer Erörterung aller der Gegenstände, die ihn jetzt hauptsächlich beschäftigten. So langte er schließlich bei seinem Freunde Gagern wieder an, der auf seinen Antrag im Anfang des April von der niederländischen Regierung abberufen worden war. Jetzt nimmt er sich in der liebenswürdigsten Weise seiner an „gegen die Regierungen sowohl, die sich gegeneinander über ihn beschwert haben und gegen die Volksschriftsteller, die ihn auf die unverantwortlichste Weise mißhandelt haben. „Die Zeitungsschreiber und die Journalisten scheinen sich fortwährend darin zu gefallen, diesen trefflichen Mann, der es mit Deutschland so redlich meint wie wenige, zur Zielscheibe ihres Witzes und ihrer Verleumdung zu machen, wie noch kürzlich in einigen der letzten Blätter der ‚Zeitschwingen' in einem hämischen, selbst von falschen und einseitig dargestellten Tatsachen wimmelnden Aufsatze geschehen ist, und nächstens bei Veranlassung einer Schrift über den Deutschen Bund, welche Herr v. Gagern jetzt bei Cotta drucken läßt, wieder geschehen wird. Gagern hat meiner Ansicht nach nur einen einzigen Fehler oder Schwäche, die aus der bei ihm durchaus vorherrschenden historischen Tendenz hervorgeht, nach welcher er seine Person mit der Geschichte seiner Zeit verflochten und sich als nicht unwichtig in derselben betrachtet. Diese historische Eitelkeit erscheint aber demjenigen, welcher ihn nicht bloß aus seinen Schriften, sondern auch in seiner ganzen liebenswürdigen, nichts weniger als anmaßenden Persönlichkeit kennt, durchaus nicht so erheblich, daß man die übrige tüchtige Gediegenheit und den hohen Patriotismus dieses wackren Mannes darüber gänzlich verkennen, und ihm selbst wie dem Volke die Früchte seiner Wirksamkeit darüber verleiden sollte." Smidt entschuldigt dann diese Digression damit, daß das Lesen des Aufsatzes in den „Zeitschwingen" seinen Unwillen erregt habe. In Frankfurt halte man den dortigen Syndikus Schmidt für den Verfasser des Artikels; wenn das wahr wäre, so

müsse er darin ein Beispiel politischer Undankbarkeit erkennen, wie ihm wenige vorgekommen seien. Ohne Gagern hätte es in Wien keine Vereinigung mindermächtiger Fürsten und der freien Städte gegeben und nur diese Vereinigung hätte die Städte vor einer Mediatisierung geschützt.

In dem gleichen Berichte klagte Smidt darüber, daß das deutsche Publikum sich einbilde, in diesem ganzen Jahre sei am Bundestage soviel wie nichts geschehen, da es von den Militärverhandlungen, welche alles absorbiert haben und wovon noch so wenig bekannt geworden ist, nichts weiß. Zwei Dinge aber sind es, mit denen Smidt sich fortwährend beschäftigt hat, die während des ganzen Jahres kaum von der Stelle gerückt sind, das Oberappellationsgericht der vier freien Städte und die Wiederaufhebung des Elsflether Zolles.

Vielleicht waren es diese Angelegenheiten oder doch die Zollsache, die Smidt veranlaßte, das Ende des Jahres und den Anfang des neuen wieder in Bremen zuzubringen, wo er zwei Jahre nicht gewesen war. Auf dem Rückwege hielt er sich in Hannover auf, wo er den Minister v. Bremer besuchte und den Oberjustizrat Heise, über dessen Wahl zum Präsidenten des Lübecker Oberappellationsgerichts unter den Senaten der vier freien Städte bereits Einverständnis bestand. Spät am Abend des 2. Februar traf Smidt in Frankfurt wieder ein.

Wilhelm v. Humboldt war soeben in Frankfurt aufs neue angekommen, wo er abermals durch Geschäfte der Territorialkommission ein halbes Jahr festgehalten wurde. Smidt besuchte ihn am 12. Februar, um von ihm zu hören, wie weit in London und in Aachen die Barbareskensache gefördert sei. An beiden Stellen erwiderte Humboldt, daß man nicht recht weiter gekommen sei, für sich sei er noch immer der Meinung, daß von deutschen Staaten etwas Reelles zur Sicherung der deutschen Schiffahrt geschehen müsse und Preußen und die Hansestädte, vielleicht auch Mecklenburg, Holstein und Oldenburg gemeinschaftlich eine kleine Eskadron ausrüsten müßten, dann lasse sich mit weit mehr Nachdruck über die Sache reden. Wenn er nach Berlin komme, werde er suchen, das zu betreiben. Smidt erwiderte, daß er nie eine andere Ansicht gehabt habe und auch gern das Seinige dazu tun würde. In der Tat hatte Humboldt nur ausgesprochen, was ihm Smidt bei einer früheren Gelegenheit als seine Ansicht mitgeteilt hatte.

Am 23. März ereignete sich in Mannheim die Ermordung Kotzebues. Wenn diese Tat in den weitesten Kreisen Deutschlands ein ungeheures

Aufsehen erregte, wie sollte das nicht in dem nahen Frankfurt und in den Bundestagskreisen der Fall sein. Smidt schrieb am 27. zuerst an seinen Freund Gildemeister, dessen Mutter eine Schwester des Ermordeten war: „Die Trauerbotschaft von dem tragischen Ende Ihres Onkels werden Sie wohl nicht zuerst durch diesen Brief erhalten. Die Tat ist schrecklich, man sieht, in welcher bewegten Zeit wir leben, und es ist nur zu sehr zu besorgen, daß die furchtbare Sensation, welche diese Nachricht allenthalben hervorbringen muß, mehr unkluge als kluge Maßregeln zutage fördern werde. Ihre arme Mutter wird nicht wenig durch diese Nachricht ergriffen werden.“ Dann gab er noch am selben Tage nach mehreren Briefen, die er darüber aus Mannheim gelesen, und nach dem ersten offiziellen Bericht, den das Oberamt in Mannheim nach Karlsruhe erstattet hatte, einen ausführlichen Bericht nach Bremen über den Hergang der Tat. Man sieht wie sehr er von dem Fall angetan war.

Da schrieb ihm Perthes am 12. April: „Wie hat man denn sich dort über die Kotzebuesche Ermordung vernehmen lassen, was erwartet man für Folgen? Ich halte die entsetzliche Tat für sehr folgenreich, man irrt sich gewiß, wenn man glaubt, daß sie infolge einer Verabredung oder Verschwörung geschehen sei, aber sie spricht die Parteien, die da sind, aus und rangiert zwei Schlachtlinien. Wenn von Schrift und Wort in Deutschland es zu solcher Tat kommt, so liegt tieferer Grund da. — An sich ist mir die Tat nicht unbegreiflich. Den Deutschen sind nach und nach die alten Majestäten Kaiser, Reich und Altar zerbröckelt und zerbrochen worden. Das Surrogat dafür, die Bundesversammlung, ist locker hingestellt, und man tut alles, um den Glauben daran und die öffentliche Meinung davon abzuwenden. Die Masse des Volkes und besonders die Jugend will etwas Positiv-Nationales, und da es dies nicht findet, steigert sich der Haß gegen das Negative aus Mangel eines Punktes für die Vaterlandsliebe. — Ihre Ansicht, Ihr Wort, teurer Freund, ist mir eins der gewichtigsten, darum verlassen Sie mich nicht, es fällt auf guten Acker und geht bei meiner Lebhaftigkeit viel wieder auf.“

Aber merkwürdig ist es, daß Smidt eben in dieser Zeit mit einigen seiner Frankfurter Freunde an ein neues literarisches Unternehmen dachte, das, wenn ausgeführt, gerade ihm die meiste Arbeit bringen mußte. Er schreibt darüber am 2. Mai, im vorigen Herbst als gerade Cotta zum Besuche in Frankfurt war, sei in einer kleinen Gesellschaft,

an der außer ihm noch einige andere Bundestagsgesandte teilnahmen, die Rede darauf gekommen, daß die politische Literatur in Deutschland nur den Händen von Stubengelehrten überlassen sei und daher immer nach der Studierlampe rieche, während in England und Frankreich fast jeder Staatsmann, sooft er es für nötig halte, selbst zur Feder greife. Im Laufe dieses Gesprächs erklärte Cotta, wenn wir uns einmal zu einer Wirksamkeit der Art entschließen wollten, so sei er gern bereit, die Hände dazu zu bieten und eine Zeitschrift zu veranstalten, für deren Einrichtung er jede Garantie anbiete, die wir nötig halten möchten. Man erwiderte ihm, daß man sich dieses Erbietens zu seiner Zeit dankbar erinnern werde.

Die Begebenheiten unserer Tage, vor allem die Lage der Dinge im Hessen-Darmstädtischen (Bauernunruhen) und dann die Ermordung Kotzebues mit der allgemeinen großen Sensation, die sie in Deutschland hervorbringt, haben indes gegenwärtig jenem Gedanken Leben gegeben. Er legt dann einen Prospekt der Zeitschrift im Druck bei, die er „Der Lootse" nennen will, weil sie dem Leser, den er sich vorstellt, den richtigen Weg weisen soll. Perthes, dem Smidt auch den Prospekt geschickt haben wird, schrieb am 30. Mai von Gotha aus: „Der Plan Ihres Lootsen hat ganz meinen Beifall. Gott gebe seinen Segen zur Ausführung, an Stoff wird es nicht fehlen, aber es wird Ihnen schwer werden, Bearbeiter zu finden, die Ihnen genügen. Man glaubt nicht, wie wenig man Männer findet, die sonst tüchtig genug, doch eine wahre Ansicht von der Lage des Vaterlandes und seiner Verhältnisse haben. Wie Sie ganz richtig Gries, Rumpf, Sieveking von der eigentlichen Teilnahme ausschließen, so werden Sie es mit noch mehreren und vielen tun müssen. Gern und nach allen Kräften werde ich Ihnen Beirat und Hilfe geben und, wenn mir das Herz voll ist, schreiben, wenn ich meine, daß etwas zur Sprache gebracht werden müßte. In Hamburg ist Dr. Beneke, Dr. Heise, Dr. Trummer zu wählen; in Kiel Professor Dahlmann, Professor Falke. Hegewisch ist revolutionär, gehört zu den deutschdemokratischen Ultras. In Lübeck vergessen Sie Curtius nicht, ein herrlicher Mann. Im übrigen Deutschland weiß ich viele, darüber von Hamburg aus."

Cotta aber schreibt am 7. Oktober: „Der Lootse! Glauben Sie, bei solcher Zensur kann man damit beginnen?" Und noch ein volles Jahr später, im Oktober 1920, wo Cotta selbst eine politische Monatsschrift im Auge hatte: „Wie steht es denn mit dem Lootsen? Würden

Sie, wenn der Lootse jetzt noch nicht rätlich zum Ausführen wäre, teil daran (an der Cottaschen Monatsschrift) nehmen." Heeren, der um Pfingsten 1819 wieder einige Tage in Frankfurt gewesen war, meldete am 25. Juni, er wolle, angeregt von Smidt, jetzt einen Aufsatz über die Konstitution der Vereinigten Staaten von Amerika für den Lootsen schreiben. „Ich weiß kaum einen anderen Gegenstand, wo man für den jetzigen Zeitpunkt nützlichere Wahrheiten entwickeln und wo man besonders über die deutschen Angelegenheiten indirekt freier und belehrender sprechen könnte." Aber schon am 10. Oktober schreibt er, er habe den Aufsatz über Amerika zurückgelegt, weil man doch jetzt an das Erscheinen einer neuen Zeitschrift nicht wohl denken könne. Der erste Brief schließt mit der Frage: „Ihre Tochter ist doch völlig wiederhergestellt?" Das war aber durchaus nicht der Fall. Am 26. Juni schrieb vielmehr Smidt an Gildemeister: „Meine älteste Tochter ist leider noch sehr krank und keineswegs außer Gefahr. Sie glauben nicht, wie mir diese traurige häusliche Lage verbunden mit der Elsflether Zollsache zusetzt. Ich habe alle Kraft nötig, um mich aufrechtzuhalten."

Am 4. Juli starb in ihrem einundzwanzigsten Lebensjahre die Tochter.

Die Elsflether Zollsache stand dank der Verschleppungskunst Oldenburgs jetzt so, daß die am 17. Dezember 1817 zum Güteversuch eingesetzte Kommission, bestehend aus dem bayrischen Gesandten v. Aretin, dem holsteinischen v. Eyben und dem mecklenburgischen v. Plessen, am 21. Juni 1819 dem Bundestage berichtet hatte, daß die Güte sich zerschlagen habe, und daß Graf Buol bei diesem Anlasse nicht umhin gekonnt hatte, dem Bundestage offiziell die allen Gesandten längst bekannte Aachener Note vom 14. November 1818 mitzuteilen, mittels der die dort versammelten fünf großen Mächte auf Betreiben des Kaisers Alexander den Wunsch aussprachen, daß dem Herzog von Oldenburg der Zoll noch einige Jahre gelassen werden möge. Buol legte diesen Wunsch im engsten Sinne aus, indem er den Parteien empfahl, sich zu vereinbaren, daß der Zoll am 14. November 1820 aufhören solle. Während Berg sich mit diesem Termin sogleich einverstanden erklärte, nahm ihn Smidt nur zum Berichte entgegen, erwirkte aber zugleich den Beschluß, daß nunmehr das Austrägalverfahren einzutreten habe. Unter der Hand erklärte er sich bereit, den 14. November des laufenden Jahres als Endtermin anzunehmen.

In Bremen hielt man es jedoch für besser, womöglich das Aus-

trägalverfahren zu vermeiden, dessen Beendigung leicht über den 14. November 1820 hinaus dauern konnte. Man ermächtigte daher Smidt, diesem von Oldenburg bereits akzeptierten Termin zuzustimmen. Smidt geriet dadurch in eine um so größere Verlegenheit, als er schon vor der Sitzung von Buol über seine Absicht unterrichtet worden war und ihm darauf bestimmt erklärt hatte, Bremen könne einen so weit über Oldenburgs früheres eigenes Erbieten hinausgehenden Termin niemals gutheißen.

Aus dieser Lage befreite ihn ein in einer schlaflosen Nacht gefaßter Plan, den er sofort nach Hause berichtete und dann mit Buol erörterte. Nachdem er das Einverständnis des Senats erhalten und die Zustimmung Buols und anderer Bundestagsgesandten sich gesichert hatte, beantragte er am 5. August im Bundestage, die Frage, ob der Zoll am 14. November 1819 oder 1820 aufhören solle, der schiedsrichterlichen Entscheidung dreier Gesandten zu übertragen, von denen Oldenburg, Bremen und der Bundestag je einen wählen sollte. Der Bundestag stimmte sofort zu, und Berg wurde beredet, schleunig darüber nach Oldenburg zu berichten. Und wirklich gab der Herzog seine Zustimmung, doch freilich nicht ohne eine Abänderung, durch die er Bremen zu treffen gedachte; er wollte den zweiten Schiedsrichter nicht von Bremen allein, sondern von allen Weseruferstaaten zusammen gewählt wissen. Übrigens war sein Entschluß nur in der bestimmten Voraussetzung gefaßt, daß das Schiedsgericht in Rücksicht auf die großen Mächte nicht anders könne, als den 14. November 1820 wählen.

Smidt fügte sich dem Verlangen des Herzogs, nachdem Goltz für Preußen, Martens für Hannover, Lepel für Hessen und Leonhardi für Lippe erklärt hatten, sie würden dem Gesandten ihre Stimme geben, den Smidt wünschte. Dieser wußte bereits, daß Oldenburg Goltz wählen, er setzte voraus, daß der Bundestag dem Grafen Buol den Auftrag geben werde, und so entschied er sich selbst für den Württemberger v. Wangenheim. Diese drei wurden dann in der Tat am 19. August zu Schiedsrichtern bestellt.

Und ihnen gelang es eine Vereinbarung herbeizuführen, ohne daß sie einen förmlichen Schiedsspruch zu fällen brauchten. Es kostete zwar große Mühe Berg dahin zu bringen, daß er ein halbes Jahr preisgab, noch schwieriger, ja als unmöglich erwies es sich, Smidt mit dem mittleren Termine zufriedenzustellen. Er berief sich darauf, daß

Bremen sich während der langjährigen Verhandlungen beständig nachgiebig gezeigt habe und beharrte daher darauf, die Ehre Bremens verlange es, daß wenigstens noch einige Tage von dem mittleren Termine abgesetzt würden. So kam es endlich am 25. August zu der Übereinkunft, daß am 7. Mai 1820 die Zollerhebung aufhören solle.

Tags darauf wurde der Vergleich zur Kenntnis des Bundestages gebracht und auf Smidts Antrag unter dessen Garantie gestellt. Folgenden Tages feierte Buol das glückliche Resultat durch ein glänzendes Fest, das ungesucht zu einer Ehrenbezeugung für Smidt wurde, dessen kluges und maßvolles Benehmen die Sympathien fast aller seiner Kollegen im Bundestage ihm zugewandt hatten.

Als die Zollsache fast in ihr letztes Stadium getreten war, hörte Smidt eines Tages, daß Humboldt in der Nacht auf den 25. Juli nach Berlin abreisen werde. Er ging deshalb am Vormittag des 23. noch einmal zu ihm, um womöglich durch Humboldt der sich immer für die Gerechtigkeit Bremens im Zollstreit ausgesprochen hatte, noch einen Druck auf den Herzog auszuüben. Bei dieser Gelegenheit brachte Humboldt das Gespräch auf die angeblichen Arrestationen Arndts und der beiden Brüder Welcker, weil die Durchsuchung ihrer Papiere in den letzten Tagen in Frankfurt das größte Aufsehen gemacht hatte, und fragte Smidt: Wie denken Sie über die Geschichte? Smidt erwiderte, es dürfte sehr mißlich sein, den Zeitpunkt genau zu bestimmen, wo Tendenzen, die man 1813 bis 1815 für verdienstlich gehalten habe, als Verbrechen angesehen würden. Humboldt lächelte darauf und ließ nicht undeutlich merken, daß er mich nur zu gut verstanden habe. Bei der weiteren Fortsetzung des Gesprächs äußerte aber Humboldt schließlich, man befindet sich in einem wunderbaren Zwiespalt, wenn man an der einen Seite wünschen muß, daß der Verdacht nicht gegründet gefunden wird, von der andern doch auch nicht wünschen kann, daß von seiten der Regierung Mißgriffe geschehen seien. Daß man reelle Ursachen gehabt, solche Schritte zu tun, könne er gar nicht bezweifeln, aber in welchem Maß und Umfange diese Schritte notwendig gewesen, darüber habe er noch kein Urteil.

Gleich darauf wurde bekannt, daß im Monat August eine Konferenz deutscher Staatsmänner in Karlsbad stattfinden solle, an der unter anderen auch zwei Mitglieder des Bundestages teilnehmen würden, Herr v. Plessen, als mecklenburgischer und Herr v. Marschall als

nassauischer Staatsminister. Der erstere wandte sich an Smidt mit der Bitte, ihm aufzuzeichnen, was man etwa in Karlsbad zweckmäßigerweise zur Besprechung bringen könne. Das war eine Aufgabe ganz nach dem Wunsche Smidts. Um Ruhe und Ordnung in Deutschland zu bewirken, dazu bedurfte es seiner Meinung nach nur einer konsequenten Ausbildung des Bundes. Was man seit dem Anfang des vorigen Jahres begonnen hatte mit zweckmäßiger Zusammenfassung der deutschen Militärkräfte, das war ihm von Anbeginn erschienen, als habe sich ein deutsches Kriegsministerium gebildet, wie er das in verschiedenen Berichten ausgesprochen hatte. Man müsse nur so fortfahren, eine selbständige auswärtige Politik führen, einen höchsten Gerichtshof ansetzen anstatt des Austrägalverfahrens, das Kommando des Bundes über die Besatzungen der Bundesfestungen usw. Es waren nach Treitschke „gestaltlose föderalistische Träume eines redlichen Patrioten, der in allen bremischen Angelegenheiten das Muster eines umsichtigen praktischen Staatsmanns, von der unverbesserlichen Richtigkeit des Deutschen Bundes mit kindlichem Vertrauen das Unmögliche erwartete".

Diese „Träume" gab er am Abend des 30. Juli an Plessen mit in die Postkutsche, als dieser nach Karlsbad abreiste. Eine zweite Abschrift bat sich Wangenheim aus, um sie dem Minister Grafen Winzingerode nach Karlsbad zu schicken, eine dritte schickte er mit Bericht vom 31. Juli nach Bremen. Man sieht wohl, welchen Wert er selbst auf diese Arbeit legte. Indes weiß man, daß nicht eine Ausgestaltung des Bundes nach Smidtschem Rezepte, sondern vielmehr von seiner Mattsetzung durch die Karlsbader Konferenzen die Rede war.

Perthes, dem die Karlsbader Beschlüsse nur als ein Produkt der Angst erschienen, schrieb dennoch besorgt an Smidt: „Spüren Sie nicht, daß man Ihnen nachspürt? Mich deucht, das kann nicht anders sein. Seien Sie ja recht vorsichtig, um sich unserer Nation in Tatkraft zu bewahren. Trauen Sie nicht den Posten, nun es soweit ist, kann alles geschehen! Sie sollen sehen, wie progressiv die Unverschämtheit zunimmt."[1]) Smidt aber berichtete, er wisse von guter Hand, daß Graf Goltz in voriger Woche an seinen Hof geschrieben habe, die in Gemäßheit der Karlsbader Verabredungen gefaßten Beschlüsse[2]) schie-

[1]) Brief vom 11. Oktober 1819.
[2]) Beschl. des B. T. vom 20. September.

nen den beabsichtigten Eindruck auf das deutsche Publikum keineswegs hervorzubringen. Von Furcht und Schrecken sei nichts zu spüren, im Gegenteil müsse er gestehen, daß er sich scheue, in Gesellschaften zu gehen, um nur nicht darüber reden zu hören. Jedermann mache sich lustig darüber.[1]) Und das schrieb Goltz an den preußischen Minister Grafen Bernstorff, der nach Perthes oben erwähntem Briefe in Karlsbad der illiberalste von allen gewesen sein sollte.

Wie heimlich aber auch die Karlsbader Besprechungen betrieben waren, ihr wesentlicher Inhalt wurde doch bald in ganz Deutschland bekannt, ja er mußte es werden, sobald die Handhabung der Zensur, die Unterstellung der Universitäten unter scharfe Kontrolle des Staats, die Einsetzung der Mainzer Zentraluntersuchungskommission durch Bundestagsbeschlüsse zu öffentlicher Kunde kamen. Wie es aber in Karlsbad zugegangen war, wie insbesondere der württembergische Vertreter Graf Winzingerode dem Fürsten Metternich und seinen treuen Adlatus Gentz mit Ironie und Hohn zugesetzt hatte, das war in dem Kreise des Bundestages schnell bekannt geworden. Und darauf mochte sich wohl der Optimismus Smidts stützen, der, sobald die Fortsetzung der Karlsbader Verhandlungen in Wien ihm zur Gewißheit wurde, darin ein günstiges Zeichen erkennen wollte, daß es sich diesmal darum handeln werde, die in Karlsbad begangenen Fehler zu verbessern.

Nach Wien wurden sämtliche Bundesgenossen eingeladen, so jedoch, daß die im engeren Bundestage kurienweise zusammengehörigen Staaten auch in Wien nur eine Stimme haben sollten. So geschah es, daß Hamburg und Lübeck sich, ohne über Bremens und Frankfurts Ansicht zuerst eine vertrauliche Anfrage zu richten, sich darüber verständigten, den Senator Hach aus Lübeck zur Abordnung nach Wien zu wählen. Es war ein fataler Streich für die Vertreter der vier freien Städte in Frankfurt, die zufällig, weil Lübeck gerade die Stimme führte, dort zusammen waren. Sie hatten schon seit längerer Zeit sich bemüht, Smidt willig zu machen die Sendung nach Wien auf sich zu nehmen. Denn, daß nur ein Bundestagsmitglied zur Vertretung der freien Städte in der Wiener Versammlung mit Aussicht auf einigen Erfolg wirksam sein könne, war ihre einstimmige Meinung, aber der Hamburger wie der Frankfurter Vertreter, Gries und Danz, machten Gesundheitsrücksichten gegen ihre Sendung geltend, und der erst kürzlich zum Lübecker Bevollmächtigten beim Bundestage ernannte Syndikus

[1]) Bericht Smidts vom 5. Oktober.

Gütschow hielt seine Sachkunde und was noch wichtiger war, weil er dem großen Wiener Kongreß nicht, wie die andern sämtlich, beigewohnt hatte, auch seine Personalkenntnisse für nicht ausreichend. Da man in Frankfurt über die Frage, wer nach Wien geschickt werden solle, zu keiner Verständigung kam, so entwarf man in mehreren folgenden Konferenzen Instruktionen für den Abgesandten der freien Städte über die in Wien jedenfalls zur Sprache kommenden Dinge, wie den Art. XIII der Bundesakte, die landständischen Verfassungen betreffend, ferner eine Reichsexekutionsordnung, den freien Handel und Verkehr. Da traf plötzlich von Lübeck und Hamburg die Mitteilung von Senator Hachs Wahl zum Abgeordneten ein. Niemand war darüber vergnügter als Smidt, der sich dadurch von der auch ihm lästigen Sendung nach Wien befreit glaubte, da Bremen und Frankfurt sich genötigt sahen, den beiden anderen Städten beizutreten, wenn sie nicht dem lübeckischen Senator ein Mißtrauensvotum ausstellen wollten.

Aber Smidt hatte sich doch geirrt, wenn er annahm, daß er nun verschont bleiben werde. Erst die Wahl Hachs hatte den Senat von Bremen, wie es scheint, darauf aufmerksam gemacht, daß sein wichtigstes Interesse, das für Handel und Verkehr durch Hach kaum vertreten sein werde, da der Ostseehandel und der Nordseehandel unter ganz verschiedenen Bedingungen standen. So wurde im Senate Bremens der Wunsch laut, daß neben Hach auch Smidt als Spezialgesandter Bremens nach Wien gehen möge. Smidt sträubte sich noch eine Weile dagegen, als aber Hach am 13. November in Frankfurt eingetroffen war und anderthalb Tage sich dort aufhielt, fanden Smidt und Gütschow, daß er über die politische Lage und selbst über die Verhandlungen des Bundestages so wenig unterrichtet sei, daß Smidt nach Hachs Abreise sogleich nach Bremen seine Bereitwilligkeit nach Wien zu gehen meldete. An einem der nächsten Tage unterrichtete er auch den Grafen Buol von seiner Absicht, und als dieser ihm sein volles Einverständnis ausgesprochen hatte, bat er den Grafen, dem Fürsten Metternich von seinem Eintreffen Kunde zu geben. Buol riet dagegen Smidt unterwegs dem Grafen Aretin, der sich auf seinem Gute an der Donau befinde, auf seiner Reise nach Wien zu besuchen.

Am 24. November reiste Smidt ab, in kurzen Tagesreisen bis Regensburg. Dann ging's bei Schnee und starker Kälte auf das Gut des Herrn v. Aretin, wo ein fast vierundzwanzigstündiger Aufenthalt genommen wurde. Aretin war sehr vertraulich und teilte seinem Gaste

die ganze bayrische Instruktion für Wien mit, die in bezug auf Art. XIII der Bundesakte und auf die völkerrechtlichen Verhältnisse des Bundes der von den Vertretern der vier Städte in Frankfurt bearbeiteten sehr ähnlich lautete, und sehr liberal war in bezug auf Handel und Verkehr.

Am 2. Dezember abends traf Smidt in Wien ein. Gleich in den den ersten Tagen hörte er zu seinem Ärger verschiedentlich die Meinung aussprechen, daß er die Bremer Zeitung redigiere, während es in Bremen doch notorisch war, daß er wegen des unpassenden Benehmens des Redakteurs Brecht auf sehr gespanntem Fuße mit diesem stand. Am 6. Dezember hatte er ein langes Gespräch mit Metternich, der ihm gleich anfangs offen heraussagte, was man in Wien gegen ihn habe. Erstens habe man seine Anwesenheit nicht gewünscht, weil die Teilnahme zu vieler Bundesgesandten leicht den Eindruck hervorrufen könne, man habe den Bundestag von Frankfurt nach Wien verlegt, etwa um die Diskussion der vorliegenden Gegenstände im voraus abzuschneiden. Zweitens weil man Smidts politische Ansichten zu sehr verschieden von denen halte, die man für das Bedürfnis der Zeit für wünschenswert erachte. Soweit diese Verschiedenheit ihren Grund in Gemüt und Willen habe, traue er Smidt vollkommen zu, daß er nur das Gute wolle. Soweit sie in der Richtung der Ideen liege, so sei natürlich, daß Smidt als Bremer demokratische Grundsätze habe, was ihn, der demokratische und demagogische Grundsätze sehr wohl zu unterscheiden wisse, so wenig stören würde, wie ein ernster Protestantismus. Aber man besorge, Smidt lebe zu sehr in der Theorie, um da, wo es auf schnelle Erfassung eines praktischen Bedürfnisses ankomme, das hinreichende Maß für die Anwendung zu besitzen. Smidt erwiderte, daß auch er keine Theorie für richtig anerkenne, die sich nicht praktisch bewähre. So geht das Gespräch auf Zeitungen über, und Smidt verteidigt sich ernstlich gegen die ihm in Wien gemachten Vorwürfe. Er sagt, daß er nur drei räsonierende Aufsätze in die Bremer Zeitung gebracht habe, und zwar alle vor der Eröffnung des Bundestages, und daß er sich anstandslos als Verfasser dieser drei Artikel bekannt habe, ferner daß er die von der Zeitung später angenommene Tendenz jederzeit mißbilligt habe.

Von da an ist das freundliche Benehmen zwischen dem Fürsten Metternich und Smidt nicht weiter gestört worden, wenngleich fast unmittelbar danach eine Klage seltsamer Art gegen Bremen, aber freilich nicht gegen Smidt gerichtet, in Wien einlief, die Smidt einige unangenehme

Stunden bereitete. Am 13. Dezember besuchte Smidt den Adlatus Metternichs, Gentz, und hatte ein langes Gespräch mit ihm über Handel und Verkehr, über die Smidt kürzlich eingehende Mitteilungen aus Bremen zugegangen waren. Er empfand dabei nicht das mindeste von der großen Gentz zugesprochenen Animosität gegen sich. Wahrscheinlich aber war es bei diesem Anlasse, daß Gentz nebenbei auch Smidt nach dem Pastor Dräseke fragte. Dasselbe geschah in den nächsten Tagen von verschiedenen Seiten, bis endlich der Graf Münster ihm sagte, der Pastor Dräseke habe zum 18. Oktober eine Predigt gehalten, die viel Aufsehen errege. Smidt werde schon mehr davon hören. Smidt erfuhr denn auch, daß die Predigt dem Grafen von Hannover zugeschickt, von ihm dem Fürsten Metternich weitergegeben und von diesem in lithographischen Abdrücken an mehrere Gesandte verteilt sei, ja daß der österreichische, der preußische und der hannoversche Gesandte in Hamburg schon Auftrag hätten, deshalb Beschwerdeschriften an den Bremer Senat zu richten. Smidt berichtete, ehe er die Predigt kennengelernt hatte, noch am selben Tage an den Senat: „Es wäre doch gar betrübt," schrieb er, „wenn wir auch an Herrn Pastor Dräseke wieder das Beispiel erleben sollten, daß uns politische Unannehmlichkeiten nur gar selten durch eingeborene Bremer, sondern in der Regel nur durch bei uns eingebürgerte Fremde zugezogen werden, und am ersten durch solche, die, durch bremische Anerkennung ihrer wirklichen Verdienste übersättigt, sich von dem Standpunkte bremischer Bescheidenheit dispensieren zu können glauben, die der bremischen Freiheit zwar gebrauchen, aber vergessen, daß sie sich auch mit uns behelfen müssen, und doch steht nach dem naiven Ausdruck unserer kundigen Rolle[1]) beides miteinander in wesentlicher Verbindung."

Erst am folgenden Tage erhaschte er ein Exemplar des lithographischen Abdrucks, und als er am 17. Dezember Gast des Fürsten Metternich war, führte ihn dieser in ein Nebenzimmer und eröffnete ihm: in der lithographischen Abschrift habe man, um Raum zu sparen, noch eine Menge Punkte weggelassen, welche von der Zensur gestrichene Stellen andeuteten, in dem Original nehme sich das alles noch viel auffallender aus, und das Publikum müsse im Vergleich mit dem, was wirklich gesagt sei, sich so viel eigene Dinge denken, daß es fast besser gewesen wäre, man hätte gar nichts gestrichen. Der Kaiser habe die Predigt selbst gelesen, und er finde es unbegreiflich, daß dergleichen nach

[1]) Die „kundige Rolle" heißt ein Polizeigesetz aus dem 15. Jahrhundert.

den Bundesbeschlüssen vom 20. September in Bremen öffentlich von der Kanzel gesagt, und noch viel mehr, daß man es in dem Druck habe ausgehen lassen können. Der Kaiser sei entschlossen, von allen Befugnissen, wozu der Bundesbeschluß vom 20. September ihn berechtige, Gebrauch zu machen und habe dazu bereits Auftrag gegeben. Er hoffe indes, daß der Senat die Sache bereits sehr ernstlich genommen haben werde, und er bitte demselben zu schreiben, daß der Kaiser an dem, was man darin tue oder lasse, ein lebhaftes Interesse nehme.

Am 18. Dezember berichtete Smidt zum andermal an den Senat und nun, da er die Predigt selbst gelesen hatte, hielt er auch mit seinem eigenen Urteile über sie nicht zurück. „Daß diese Dinge so nicht auf die Kanzel gehören," schrieb er, „daß sie bei Ungebildeten der verkehrtesten Auslegung fähig sind und daß, wenn Dräseke sein hörendes Publikum hinreichend zu kennen glaubt, um diese in Bremen nicht zu besorgen, doch ein ganz anderes Resultat bei seinem lesenden Publikum, für das er selbst keinen Maßstab haben kann, möglich ist; daß er seinen Beruf, seinem Predigtamt diese Volksrednerausdehnung geben zu dürfen, keineswegs hinreichend dokumentiert hat, um den Verdacht, daß gar keine Art von pfäffischer Eitelkeit dabei im Spiele gewesen, im voraus zu beseitigen, darüber möchten wohl die meisten unbefangenen Stimmen einverstanden sein." — „Wie dem aber auch sei, und wenn Dräseke selbst aller Eitelkeit und alles Pfaffentums bar und ledig erfunden würde, was mir das liebste sein soll, so glaube ich doch, es ist unsere Sorge, in diesen Dingen nach Feuer und Licht zu sehen. Was hierin Zeit oder Unzeit sei, muß ihm vorgeschrieben werden, da er gezeigt hat, daß er es selbst nicht zu würdigen weiß. So viel ist einmal aus dem Erfolge klar, daß durch sein Eingreifen das Schifflein unseres Staates einer schwankenden Bewegung preisgegeben ist, welche nicht in unseren Kurs gehört, und da er nicht berufen ist, das Steuerruder desselben zu führen, so muß er davonbleiben."

Fortan war in Wien von der Predigt nicht weiter die Rede, in der Smidt ein Anwachsen des deutschen Gemeingefühls glaubte sehen zu können, weil die an der Weser gehaltene Predigt an der Donau ein solches Aufsehen erregt habe.

Inzwischen gingen die Ministerialkonferenzen langsam ihren Weg voran. Smidt, der auf eine Dauer von zwei Monaten gerechnet hatte, blieb, obwohl zu der Teilnahme an den Konferenzen niemals eingeladen, bis nach Mitte Mai in Wien und verabschiedete sich auch dann von

Metternich, ehe die Konferenzen völlig geschlossen waren. Er nehme, sagte er zum Fürsten, die Überzeugung mit, daß das Hauptresultat dieser Konferenzen darin beruhe, daß die Aufrechterhaltung des Deutschen Bundes ernstlich gemeint sei und daß man ihn nicht als ein bloßes Provisorium anzusehen habe. Wenn dies auch die Ansicht der Regierungen sei, so werde man die demagogischen Umtriebe verlachen können. Von diesem hatte ihm Gries zu Anfang Februar folgendes geschrieben: „Die Anzeigen gaben das Resultat, welches ich nie bezweifelt habe, daß bei weitem in den meisten Bundesstaaten keine Veranlassung zu solchen Untersuchungen entstanden ist. Die Frage ist nun, ob durch das, was in wenigen oder vielleicht nur in einem Bundesstaat (Preußen) vorgegangen sein mag, der entsetzliche Lärm hinreichend motiviert ist, den man durch ganz Deutschland geschlagen hat."

An einem der letzten Tage erreichte ihn in Wien noch die Nachricht, daß am 7. oder 8. Mai der Elsflether Zoll wirklich eingestellt sei. Er wolle mittags mit seinen Freunden auf die Freiheit der Weser anstoßen, meldete er am 17. Mai nach Bremen.

Über München und Stuttgart traf Smidt am 30. Mai spät abends in Frankfurt wieder ein. Am 3. Juni berichtete er nach Bremen, er sei von allen seinen alten Kollegen freundlich empfangen und habe seine Familie gesund und wohl wiedergefunden, er fühlte sich deshalb wie im Himmel oder doch wie ein freigelassener Gefangener, der in einem halben Jahr das Tageslicht nicht gesehen hat und darüber anfangs wie im Rausche lebt. Während er noch an dem Berichte schrieb, brachte ihm Syndikus Gütschow ein ihm soeben aus Lübeck zugegangenes Schreiben, wonach Oberjustizrat Heise den Ruf zum Präsidenten des Oberappellationsgerichts definitiv angenommen habe. So waren zwei Geschäfte, die Smidt lange Jahre in Anspruch genommen hatten, die Elsflether Zollsache und das höchste Gericht der vier freien Städte, für ihn erledigt.

Smidt hatte schon seit längerer Zeit die Augen auf das Treiben des sogenannten Deutschen Handelsvereins gerichtet, der, obwohl als solcher vom Bundestag nicht anerkannt, sich doch noch mit einer Denkschrift an die Ministerialkonferenz in Wien gewandt, aber auch hier eine ungewöhnlich kühle Ablehnung erfahren hatte. Im Herbste des Jahres sollte nach einer in Wien getroffenen Abrede in Darmstadt eine Zusammenkunft von Ministern der süddeutschen Staaten zur Besprechung über Handel und Verkehr stattfinden. Smidt glaubte, daß es zu einer

Vereinigung kommen werde, daß auch Kurhessen sich anschließen und dadurch die Verbindung der thüringischen Staaten mit den anderen eine engere werden würde. Auch die Weser werde dann für die Staaten wichtig als Export- und Importstraße. Er beschloß deshalb, nach Darmstadt hinüberzufahren, wo er auch näheres über den Handelsverein zu hören erwartete. In der Tat hatten dessen Deputierte sich gleich dort eingefunden und bombardierten die Kommission mit Suppliken und Memoiren. „List, Weber, Schnell und Konsorten haben durch ihr immer wiederholtes Geschrei doch ein sehr großes Publikum in Deutschland erworben,[1]) und besonders im südlichen Deutschland ist es fast zum Schibboleth aller, welche sich einer liberalen und patriotischen Ansicht der Politik rühmen, geworden, mit ihnen in das gleiche Horn zu blasen." — „Man hält Napoleon um einige Jahre zu früh besiegt und würde sich um den Preis der Durchsetzung des Kontinentalsystems, wenn er wiederkehrte, sein Joch noch einige Jahre gefallen lassen. Entgegengesetzte Ansichten über den Handel werden als Verrat am Vaterlande geschildert, und ich weiß aus Korrespondenzen, die ich selbst gelesen, daß der Nürnberger Handelsverein auf die Redaktion aller Zeitungen mächtig einzuwirken sucht." — „Die freien Städte werden bei solcher Gelegenheit immer als die Blutsauger Deutschlands, die keinen Handel als den ihrigen aufkommen lassen wollen, geschildert, und wenn man mit Frankfurt als einer Binnenstadt am Ende leichter fertig zu werden glaubt, so spricht man sich um so erbitterter gegen die Hansestädte, besonders Hamburg und Bremen, aus, die man lediglich als englische Kommanditplätze betrachtet und daher hofft, daß sie mit England, dessen nahen Fall mehr als ein Vorzeichen verkündigt, zugrunde gehen werden. Töricht genug bilden diese Leute sich ein, die Hansestädte würden unter solchen Umständen gar nicht mehr existieren, und begreifen nicht, daß sie als Teile eines größeren Staats dem einseitigen Fabrikantensystem vielleicht kräftiger würden entgegenarbeiten, als sie jetzt zu tun imstande sind."

Eben um diese Zeit hatte Smidt durch einen Süddeutschen, dessen Vertrauen er bei einer früheren Bekanntschaft gewonnen hatte und der sich jetzt einige Wochen in Frankfurt aufhielt, die Aushängebogen eines merkwürdigen Buches kennengelernt, das bald danach unter dem Titel „Manuskript aus Süddeutschland, herausgegeben von George Erichson"

---

[1]) Bericht Smidts aus Frankfurt 20. September 1820.

in ganz Deutschland Aufsehen machte.[1]) Smidt hat sich viel mit dem Buche beschäftigt, hat den Rheinländer Adam Storck, der seit einigen Jahren Professor am bremischen Gymnasium war, zu einer Gegenschrift veranlaßt und durch Perthes Vermittlung Briefe eines Hamburger Kaufmanns gegen das Buch zum Abdruck in die Augsburger Allgemeine Zeitung gebracht. Er selbst verkannte nicht, wieviel Treffendes in dem Buche gesagt worden war, aber lebhaft regte sich sein Widerspruch gegen die von Haß und Mißgunst diktierte Schilderung des norddeutschen Wesens. Wenn die Hansestädte „die deutschen Barbaresken“ genannt wurden, „deren Interesse als englische Faktoreien auf Plünderung des übrigen Deutschlands, auf Vernichtung seiner Industrie gerichtet ist“, so mußte diese verleumderische Verunglimpfung sein hansestädtisches Empfinden aufs tiefste verletzen.

Am 20. Oktober reiste Smidt einmal wieder nach Bremen, wo es verschiedene Sachen zu besprechen gab, namentlich einen neuen Streit mit Oldenburg, der sich unmittelbar nach Beendigung des Zollstreites erhoben hatte. Auch war Smidt wohl schon damals entschlossen, der Eröffnung des Lübecker Oberappellationsgerichts beizuwohnen, es sei denn, daß erst eine Einladung des Präsidenten des Gerichts ihn dazu willig gemacht hätte. Heise schrieb ihm nämlich am 3. November: „Es würde nicht nur uns bei dem Anfange unserer Laufbahn, auf der wir fürs erste noch mit gar manchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden, zur größten Aufmunterung gereichen, sondern auch auf die Achtung und das Ansehen des Gerichts höchst vorteilhaft einwirken, wenn ein so allgemein verehrter Bundestagsgesandter dessen Eröffnung für wichtig genug halten sollte, um dieselbe mit seiner Gegenwart zu beehren.“ Diesem Wunsche des Gerichts entsprechend nahm er am 13. November 1820 an dem Festakte der Einweihung des Gerichtes teil.

Auf dem Rückwege nach Bremen besuchte er in Hamburg u. a. seinen Freund Perthes, mit dem er über das inzwischen im Druck erschienene „Manuskript aus Süddeutschland“ zu sprechen wünschte. Leider aber hatte Perthes es noch nicht gelesen. Erst am 27. November konnte ihm dieser mit seinem Danke für seinen Besuch auch sein Urteil über das „Manuskript“ melden. „Äußerst stärkend und erfreuend ist mir Ihre Gegenwart gewesen gerade in dieser Zeit, die mir eine der düstersten und gefahrdrohendsten scheint; denn einen freien Mann zu sehen, der

[1]) Der Verfasser war, wie erst viel später bekannt wurde, König Wilhelm I. von Württemberg.

fest steht in den Wurzeln des Vaterlandes, sicher da heraus den unverletzbaren Stamm haltend, mit Ruhe und Heiterkeit Äste und Zweige von Sturm, Blitz und Zeit vernichten sieht, dennoch aber neuem Wuchs mit Blättern und Blüten entgegenhofft und wirkt." — „Ich habe nun dies Manuskript gelesen und finde es von höchster Bedeutung wegen der Unterrichtetheit des Autors, wegen des Vortrages und besonders wegen der Absicht." — „Aber auf wen will es wirken? Es stößt erst Österreich und Preußen von sich, dann Hannover und Holstein, dann ganz Norddeutschland diesseits des Thüringer Waldes. Dann alle, die der öffentlichen Meinung von 1813 und 1814 zugetan waren, alle, die deutsch sein lieben, dann Professoren und Studenten, dann den ganzen Adel, dann den Handelsstand! Auf wieviele will der Mann wirken?" Er teilt dann mit, er habe mit Senator Merck gesprochen, „den einsichtsvollsten und erfahrensten Mann in Handelsverhältnissen, in Süddeutschland geboren und erzogen, der in den ausgedehntesten Verhältnissen noch dort steht". Dieser ist gleich an die Arbeit gegangen, „um in einem Briefe an mich seine Ansicht über die Verhältnisse unserer Städte zu den süddeutschen Staaten zu entwickeln". Seinen Bericht will Perthes sogleich an Smidt schicken, um ihn in verschiedene süddeutsche Blätter zu bringen.

Weiter von Bremen nach Frankfurt zurückkehrend, hielt sich Smidt noch vier bis fünf Tage in Hannover auf. Es galt dort eine Anleihesache, die aus dem Jahre 1804 datierte. Die hannoverschen Landstände hatten damals bei den drei Hansestädten Anleihen aufgenommen, die dazu dienen sollten, die französischen Truppen zu bezahlen, die Hannover besetzt hielten.[1]) Als es nun Lübeck und Hamburg nach langen Verhandlungen geglückt war, mit Hannover zu Verträgen über das rückständige Kapital und die aufgelaufenen Zinsen zu kommen, da gebot es sich auch für Bremen, seine Rechnung mit Hannover zu machen. Smidt hatte dafür von Frankfurt aus durch Korrespondenz mit dem Minister von Bremer vorgearbeitet. So gelang es ihm denn das Geschäft im wesentlichen in zwei Tagen zu erledigen. Bis dann noch die Formalien zu Papier gebracht und der Vertrag unterzeichnet war, gingen zwei weitere Tage hin. Am 21. Dezember abends traf Smidt wieder in Frankfurt ein.

Kaum war er wieder dort angelangt, als sich seine Blicke wieder auf den Handelsbund lenkten, der unter den süddeutschen Staaten in der

[1]) Brem. Geschichte, Bd. III S. 322.

Bildung begriffen war. „Wenn ich mich nicht sehr täusche," meinte er, „so sehe ich es kommen, daß diese Handelsverbindung Deutschland erziehen helfen wird." Aber mit diesen Bestrebungen für ein gemeinsames Handelssystem dauern leider die Vorurteile gegen die Hansestädte immer noch fort. „Ich habe in diesen Tagen ein Buch eines sonst sehr verständigen und unterrichteten Mannes, welches nächstens im Druck erscheinen dürfte, auf kurze Zeit im Manuskript in Händen gehabt, worin die Hansestädte wieder arg genug mitgenommen werden. Der Verfasser, welcher im nördlichen Bayern lebt, ist jetzt nach München berufen worden, um dort das Handelssystem mit beraten und ordnen zu helfen. Die Lektüre dieser Schrift hat mir Veranlassung gegeben, einen Aufsatz darüber zu schreiben, worin ich über mehrere verkehrte Ansichten den Leuten das Verständnis zu öffnen mich bemüht habe. Seitdem ich ihn einzelnen vorgelesen, hat man Abschriften für die bayrischen und württembergischen Ministerien von mir begehrt, mit denen mein Kanzlist dieser Tage beschäftigt ist."[1])

Der Herzog von Oldenburg hatte gleich, nachdem er in der Sache des Weserzolles nach seiner Anschauung eine Niederlage erlitten hatte, sich in anderer Weise an Bremen zu rächen gesucht. Er legte unter dem Vorwande von Quarantänemaßregeln ein Wachtschiff auf die Weser mit dem Befehl, auf die Schiffe, die auf gegebenes Signal nicht anhalten würden, zu schießen. Er verstieß damit gegen Art. 108 der Wiener Kongreßakte, der die Sicherheit eines mehreren Staaten gemeinsamen Flußlaufes gegen einseitige Maßnahmen eines der Staaten feststellte. Aber als der Herzog vom Bundestage zum zweitenmal darauf hingewiesen worden war, ließ er am 3. Februar 1821 gegen den Rat seines Gesandten erklären, sein Vorgänger habe 1773 die Weserschifffahrt mit dem Rechte des Wachtschiffes von der dänischen Krone empfangen. Dieser Zustand daure noch fort. Smidt wurde es nicht schwer, darauf sogleich zu erwidern, das sei ein Irrtum, denn zwischen 1773 und dem heutigen Tage liege die Wiener Kongreßakte. Der Herzog hatte sich durch seinen Eigensinn eine neue Niederlage zugezogen.

[1]) Bericht vom 13. Januar 1821. Eine Abschrift des Smidtschen Aufsatzes findet sich hinter seinem Bericht vom 17. Januar. Der Verfasser des Buches hieß nach einer Notiz Grönings auf dem Smidtschen Aufsatz Otto.

Neuntes Kapitel

Bürgermeisterzeit

Am 14. April 1821 war der Bürgermeister Arnold Tideman gestorben. Im Senat war, wie es scheint, nur eine Meinung über seinen Nachfolger; es konnte nur Smidt werden, wenn gleich einige Kollegen längere Zeit als er im Senate gesessen hatten. Smidt war jetzt im zweiundzwanzigsten Jahre Senatsmitglied, er hatte seit 1806 weitaus die meisten auswärtigen Sendungen übernommen und dabei stets die volle Zufriedenheit seiner Auftraggeber eingeerntet. Ihm war auch von Bremen aus seine Wahl als unmittelbar bevorstehend mitgeteilt worden. So kam es, daß er wenigstens nach zwei oder drei Seiten hin die Wahl schon anzeigte, bevor sie erfolgt war. Aus Lübeck schrieb ihm am 20. April der Syndikus Curtius „des Bürgermeisters Tideman Absterben in Bremen hat im Interesse der Bundesgesandtschaft sorgliche Blicke auf meinen teuren Freund werfen lassen, dem wir übrigens ohne alle weiteren Rücksichten das Beste gönnen", und unter dem 24. April der Syndikus Gütschow: „Was Sie, mein teurer Freund, in dem unter uns bestehenden engsten Vertrauen mir in Ihrem Briefe vom 17. d. M. haben mitteilen wollen, dies hatte mich schon früher ernstlich beschäftigt, seit mir mein Sohn in Bremen unterm 16. das Ableben des Bürgermeisters Tideman und die überwiegende Wahrscheinlichkeit, daß Sie in dessen Stelle gewählt werden dürften, gemeldet hatte". G. ist überzeugt, „daß diese Wahl dem Interesse Ihrer Vaterstadt und dem Ihrigen, sowie der Ihnen in so ausgezeichnetem Maße gewidmeten Achtung und Liebe Ihrer Mitbürger ganz entsprechen würde". Aber er hält doch Smidt am Bundestage eben jetzt für wahrhaft unersetzlich und „hofft daher, daß Smidts bisherige Wirksamkeit in Frankfurt nicht für durchaus unverträglich mit seiner neuen Würde werde gehalten werden und meint, daß man sogar eine Abweichung von konstitutionellen Formen verfassungsmäßig herbeiführen müßte". Und eben dies war auch die Besorgnis Wangenheims, der sich mit Frau und Tochter zum Besuche bei seinem Vater

in Gotha befand. Er wollte gerade einen Brief an Smidt siegeln, als er von diesem einen vom 23. April erhielt. Da fügte er seinem Schreiben vom 25. noch die Nachschrift hinzu: „So nahe hatte ich mir meine Trennung von Ihnen und Ihre Trennung von dem Entwicklungsgeschäft des Bundes nicht gedacht. Daß Sie, mein teurer Smidt, die Stelle, welche Ihnen das ehrenvolle Vertrauen Ihrer Mitbürger anbietet, annehmen müssen, leidet (leider!) keinen Zweifel, daß Sie aber kein erlaubtes Mittel vernachlässigen dürfen, sich der Stelle in Frankfurt zu erhalten, ist mir ebenso klar, wenigstens für die Zeit, wo noch kein anderer Ihrer Landsleute gefunden ist, der Sie in ihr ersetzen könnte."

Und noch einmal schrieb ihm Wangenheim, als er die Nachricht von der wirklichen Wahl Smidts erhalten hatte, unter dem 4. Mai aus Gotha: „Was ich, wie Sie wissen, längere Zeit her besorgt habe, ist nun, obwohl erwartet, dennoch für mich überraschend schnell geschehen. Sie sind uns entrissen. Daß Sie dem Rufe Ihres besonderen Vaterlandes folgen würden, aus Pflicht wie aus Liebe gerne folgen würden, konnte nicht, von mir am wenigsten, bezweifelt werden. Ich freue mich also des Vertrauens, das Ihnen Ihre Mitbürger beweisen. Gerade die, welche mit Eifer und Kraft, wie Sie, an der Gestaltung des gemeinsamen Vaterlandes gearbeitet haben, sind gewiß die geeignetsten, dieses Gefühl dessen Notwendigkeit und Wert auch auf einem Stückchen der Peripherie zu erwecken und zu beleben, welche jenes Gefühls auf so manchen Punkten nur allzusehr noch entbehrt. Ich halte es daher wirklich für wünschenswert, daß von Zeit zu Zeit Männer, welche in der B.-V. und an die Möglichkeit eines wahrhaften Bundes glauben und ihn lieben gelernt haben, in die Verwaltung ihres besonderen Vaterlandes wieder zurücktreten, um dort in einem universellen Sinne für das echt Gemeinsame zu wirken. Lassen Sie sich also, mein teurer Freund, durch eine Bescheidenheit, die ich eine falsche nennen möchte, um Gottes willen nicht abhalten, dahin zu wirken, daß Sie uns nicht plötzlich, nicht für immer, wenigstens nicht früher entzogen werden, bis Sie einen Mann an Ihre Stelle nach Frankfurt senden können, der auf den Standpunkt, von welchem der Bund betrachtet werden muß, gestellt, einzusehen vermag, daß hier von nichts Fertigem die Rede ist."

Am 26. April fand die Wahl Smidts zum Bürgermeister statt. Es gab damals vier, die halbjährlich im Präsidium wechselten, und zwar

so, daß zwei in den ungeraden, die beiden anderen in den geraden Jahreszahlen regelmäßig aufeinander folgten. Smidts Amtsvorgänger hatte im zweiten Halbjahr der ungeraden Jahreszahlen präsidiert; dieses fiel daher auch Smidt zu. Er hatte demnach noch zwei Monate Zeit bis zum Antritte seines ersten Präsidiums und war daher sogleich entschlossen, zunächst nach Bremen zu gehen und von da noch auf kurze Zeit nach Frankfurt zurückzukehren. Er führte diesen Vorsatz in den ersten Tagen des Mai aus und blieb ungefähr vierzehn Tage in Bremen.

Am 22. Mai traf er in Frankfurt wieder ein. Am 26. fand eine Sitzung des Bundestages statt, in der u. a. auch eine Deklaration der in Laibach versammelt gewesenen großen Mächte verlesen wurde. Aus den ihr beigefügten Dokumenten ergab sich, daß zwischen Preußen und Rußland Eifersüchteleien entstanden waren. Smidt äußerte in seinem Berichte, daß bei diesen kleinen Jalousien zwischen den größeren europäischen Mächten die Staaten des Deutschen Bundes, welche nicht zu ihnen gehören, nur gewinnen können, wenn sie anders die Zeit begriffen haben und jeden Vorteil zu benutzen verstehen. „Der erste Schritt muß zu weiteren führen, und ich zweifle nicht daran, daß unsere Generation das Exerzitium des aktiven Gesandtschaftsrechts von seiten des Bundes, welches durchaus zur Konsequenz der Behauptung seiner Stellung als europäische Macht gehört, noch erleben dürfte." In derselben Sitzung wurde, wie immer von Zeit zu Zeit, eine neue Reklamationskommission eingesetzt und dabei neben den Vertretern der Königreiche Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg als fünftes Mitglied der Bürgermeister Smidt gewählt, was wahrscheinlich als besondere Ehre gelten mußte.

Am Schlusse eines Berichts vom 5. Juni sagt Smidt: „Der Baron vom Stein ist, von seiner Reise nach Italien zurückkehrend, gestern hier eingetroffen. Ich habe diesen Vormittag einer Zusammenkunft der Zentraldirektion der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde in seinem Hause mit beigewohnt. Seine Gesundheit scheint durch den Winteraufenthalt in Italien sehr gestärkt worden zu sein, nur mit seinem Gesicht steht es fortwährend übel. Das eine Auge ist fort, sagte er zu mir, und das andere ist schwach."

Am selben Tage führte er in einem Privatbrief an Syndikus Gröning die Gründe auf, die es ihm wünschenswert machten, bis in den Juli hinein in Frankfurt bleiben zu können. Den letzten Bericht hat er dann

auch wirklich erst am 13. Juli um Mitternacht abgeschlossen und sich dann in seinen Reisewagen gesetzt, der schon ein paar Stunden vor seiner Tür gewartet hatte. Sein nunmehriger Legationssekretär, ein Sohn seines Freundes Thulesius, hat darunter vermerkt: „Zum Schlusse dieses Berichts erlaube ich mir noch die Anzeige, daß Herr Bürgermeister Smidt diesen Morgen gegen 3 Uhr wirklich abgereist ist.“ Frau und Kinder hatte er schon, als er nach der Wahl zum erstenmal nach Bremen reiste, mit sich genommen, oder er hatte sie von Frankfurt aus voraus geschickt. Denn jetzt ließ er durch ein P.-S. die Seinigen wissen, daß er gegen den 18. Juli mittags in Bremen einzutreffen hoffe.

Er war erst wenige Tage in Bremen, als er von Senator Dr. Hudtwalcker aus Hamburg einen verspäteten Glückwünsch zur Bürgermeisterwürde erhielt. „Glücklich der Staat, wo eine solche Wahl möglich ist und nicht Schlendrian und Rücksichten jedes Fortschreiten nur zu oft im Keime ersticken! Wie wenig Republiken namentlich konnten sich von jeher vor ihrem Erbfeinde, dem Verknöchern und Philistertum, lange bewahren. Bremen leuchtet darin wahrlich als hohes Muster vor, was auch Befangenheit und Neid dawider sagen mögen.“

Perthes aber schrieb ihm um dieselbe Zeit, eine Anfrage Smidts erwidernd, ob er und Beneke, Rist, Curtius und Hudtwalcker sich beteiligen würden an einem neuen Journal, das Smidt unter dem Titel „Neues Vaterländisches Museum“ herauszugeben plane. Perthes riet entschieden davon ab, zumal da Smidt offenbar nicht als Herausgeber genannt und bekannt sein will. „Dies ist ganz unmöglich, in einem halben Jahre weiß es ganz Deutschland. Beneke natürlich findet gar kein Bedenken und segelt schon in der Sache, aber Curtius, Hudtwalcker mit mir und Rist finden Ursache Ihnen zuzurufen, für Ihre Stellung sei es bedenklich, wenn auch nicht zu haften, doch in dem Ruf zu stehen, daß Sie diese Stimmen deutscher Publizität leiteten und dies nicht allein in Hinsicht des Amtes an der Spitze eines Staates und für denselben, sondern noch vielmehr für Ihre Person und die, so Gott will, noch oft in Anspruch zu nehmende Wirksamkeit für das Vaterland. Rist insbesondere, der auf die Wirkung des Geschriebenen in dieser Zeit durchaus nichts hält, findet gar kein Verhältnis in dem Schädlichen der Ausstellung Ihrer Person zu dem etwaigen geringen Nutzen, den die politischen Darlegungen in dem Journal haben müssen. Und was würde man sagen können und für wen, fragt Rist.“

Seither hat man von diesem Journal nichts wieder gehört.

Es gab für Smidt andere Sachen genug zu tun. Da die konstitutionellen Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft zu einem Abbruch oder vollständigem Stillstand gekommen sind, so beschließt Smidt gleich in seinem ersten Präsidium wenigstens das zu ändern, was der Senat allein für sich tun kann. Dahin gehört der Name „hochedle Witheit", über die er sich schon 1819 geärgert hatte, als er ein mit diesem außerhalb Bremens keiner Seele bekannten Ausdrucke versehenes Schreiben nach Zürich weiterschicken mußte, um dort bekanntzumachen, daß Gildemeister durch den Senat von dem Verbote der Ehe mit der Schwester der verstorbenen ersten Frau dispensiert sei. Er hatte damals an Gildemeister geschrieben: „Man sollte bei Beschlüssen, denen man Publizität geben will, von denen man also selbst begehrt, daß sie verstanden werden sollen, keine Redensarten gebrauchen, zu deren Verständlichkeit nicht einmal ein gewöhnliches Zeitungs- und Konservationslexikon ausreicht, sondern die Kunde antiquarischer Dissertationen nötig ist." „Von diesem einfältigen Hochedel kommt es denn am Ende auch, daß Graf Buol es in der Ordnung findet, wenn er unsern Präsidenten Hochedelgeboren tituliert." Die hochedle Witheit wurde nun also vollständig abgeschafft, und der Senat an ihre Stelle gesetzt, ebenso trat an die Stelle des „sitzenden Rates" „das Obergericht". Der Senat als solcher bezeichnet auch in jeder Beziehung die Regierung des bremischen Staats. Wenn man im einzelnen Falle es für nötig oder zweckmäßig hält, den Senat durch ein voraufgehendes Beiwort zu bezeichnen, so soll das mit der Hohe Senat geschehen.

Zweimal hat Smidt an Gondela geschrieben, am 11. November 1821 und wieder im Juni, Juli 1823, welche Neuerungen er bereits eingeführt, welche er noch vorhabe. Gondela hat darauf zweimal geantwortet. Am 23. November 1821 schrieb er folgendes: „Wie sollte, was Sie mir von Ihren neuen Einrichtungen und dem, was Sie weiter noch vorhaben, sagen, mich nicht höchst interessieren und meinen ganzen Beifall haben! Daß Sie in Ihrer jetzigen Lage so manches Schöne und Nützliche ins Leben bringen können, ist nach meinem Gefühl die Lichtseite Ihrer gegenwärtigen Stelle, und sie wird es auch immer mehr und mehr sein, die Sie den größeren Wirkungskreis, das bedeutende Eingreifen in die öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands und so manche Annehmlichkeiten in Frankfurt vergessen läßt.

„Ihre Freitagsgesellschaft muß ungeheure Sensation in Bremen

machen. Kein Brief kommt, seit dem Beginn dieser gesellschaftlichen Verbindung zu uns, worin deren nicht mit dem größten Applaus gedacht wäre. Ein solcher Verein fehlte durchaus in Bremen, aber werden Ihre Herren Nachfolger im Präsidio ein gleiches tun? Von Franziskus (Tideman, ein Vetter des verstorbenen Arnold) erwarte ich es gar nicht, weil er zu fest am Gelde hängt und die Sache ihm zu viel Unruhe macht, von Schöne teils aus allen den Gründen, teils deshalb nicht, weil Ihnen das Verdienst der Stiftung bleibt, und er höchst ungern nachfolgt dem Wege, den ein anderer ihm vorzeigte. Gröning (der bisherige Syndikus, der am 25. September 1821 an Stelle seines kranken Vaters zum Bürgermeister gewählt war) wird am ersten, und ich glaube gern, sich dazu verstehen. Aber, wie wird das Publikum, das einmal das Angenehme und Nützliche der Einrichtung erkannt hat, über die urteilen, die nicht mit Ihnen, m. v. Fr., gleichen Schritt halten."

„Auch dafür, daß Sie den früher durch die Zeitumstände aufgehaltenen Plan einer Zusammenkunft mit den benachbarten hannoverschen und oldenburgischen Beamten bei einem Mittagsmahl auf der Börse realisiert haben, werde Ihnen der Dank jedes gutgesinnten Bremers zuteil."

Der zweite Brief Gondelas vom 11. August 1823 ist ein echter Freundschaftsbrief. Er zeigt deutlicher als andere Briefe, wie nahe die beiden Männer sich standen. Gondela „ist erstaunt und all das Treffliche bewundernd, was in so kurzer Zeit von Ihnen begonnen und zum Teil schon vollendet ist. Wobei ich am meisten Schwierigkeit und Verdruß fürchte, ist die Trennung der Justiz und Regierung und die Unterordnung der ersteren unter die letztere. Gondela hält sie für Bremen eigentlich nicht erforderlich. Schlimm war in Bremen nur, daß über die Justiz häufig die Regierung vernachlässigt wurde, indem man jene als Haupt-, diese als leicht abzumachende Nebensache betrachtete. Ferner der halbjährige Wechsel des Personals, der manche Inkonvenienz für die Rechtssachen mit sich brachte. Das lasse sich aber beheben, wenn man den Senat in zwei Sektionen teile, von denen eine ausschließlich die Justiz, die andere vorzugsweise die Regierungsgeschäfte besorge. Die Mitglieder der Regierung sind von den Justizgeschäften völlig ausgeschlossen, nicht aber umgekehrt die Justizsektion von den Regierungsgeschäften. Zu dem, was man ehemals Witheit hieß, werden auch die Justizleute eingeladen und haben dort wie früher mit-

entscheidende Stimme, aber von allen Arbeiten in Regierungsgeschäften sind sie ausgeschlossen. Mit gutem Willen werden sich die Justizleute von den Regierungsgeschäften nicht völlig abdrängen, sich den Regierungsleuten nicht unterordnen lassen. Und es zwangsweise zu tun, dafür bietet unsere Verfassung keine Handhabe.

„Lassen Sie mich, m. v. Fr., Ihnen daher in dieser Angelegenheit ein treues und wahrlich gut gemeintes Cave aus weiter Ferne zurufen. Sie müssen selbst fühlen, was Sie für Bremen geleistet, und wie ich es mit der innigsten Überzeugung anerkenne, erkennt es gewiß jeder rechtliche Mann in Bremen an. Es wird das Ihnen auch von vielen gesagt, und was Ihnen gesagt wird, fließt gewiß aus der allgemeinen Überzeugung von Ihrem moralischen und geistigen Wert. Nur das sagt man Ihnen nicht, daß man Ihnen die überwiegende Neigung zu herrschen zuschreibt, daß man überzeugt ist, Ihr Talent, Ihre Beharrlichkeit im einmal als gut und nützlich Anerkannten besiege alle Hindernisse gebieterisch und entscheidend, und führe am Ende doch alles so, wie Sie es eingeleitet. Das war vor Jahren schon die Meinung des Publikums von Ihnen, das ist sie, ich spreche nicht von Vermutungen, noch. Lassen Sie sich durch das in jedem, was Sie nach ernster Prüfung für recht und gut erkennen, nicht irremachen, tun Sie es ja nicht, aber vermeiden Sie, ich beschwöre Sie bei unserer langjährigen Freundschaft, alles, was jenem Wahne Nahrung geben könnte, Sie würden ein großes Gut verlieren, welches Sie bis zu dieser Stunde besitzen, die nämlich jedem Staatsmanne so nützliche und wertvolle Popularität.'

„Ich bitte, der Rechte des Freundes mich erinnernd, Sie des Gesagten wegen nicht um Nachsicht, um so weniger tue ich's, da ich ja bei der ganzen Sache kein Interesse habe, als dasjenige, was jeder einigermaßen edle Mensch an dem Wohl eines der trefflichsten Menschen nimmt."

Der Senat hatte schon im Jahre 1822 vorläufig auf drei Jahre ein Obergericht ohne halbjährlichen Wechsel eingesetzt. Nach einer Proklamation, die er zu Anfang 1823 erließ, hatten sich in das Obergericht einzutreten bereit gefunden die Bürgermeister Tideman und Gröning, sechs juristische und zwei kaufmännische Senatoren. Diese zehn Herren oder ihre Nachfolger blieben aber bis zur Verfassung von 1849, nach dem zuerst von Gondela gemachten Vorschlage, wirkliche, stimmberechtigte Mitglieder des Senats. Dann erst trat die volle

Scheidung zwischen dem Senat und dem Obergericht ein, die Smidt schon einige zwanzig Jahre früher, wie es scheint, hatte vornehmen wollen.

Smidt fühlte das Bedürfnis sich „teils dem täglichen Geschäftsleben in einem engern Kreise und den Gefahren der Versteinerung in demselben einmal wieder zu entreißen, da ich seit Juli 1821 nicht wieder aus unserm Gebiet gekommen bin, und von nächsten Johannis bis Neujahr, wo ich das Präsidium unseres Senats wieder zu führen habe, vollends ein konstitutioneller Staatsgefangener im Weichbilde sein muß, teils der Wunsch, meine hiesigen Freunde wiederzusehen und bei den vielfachen Veränderungen im Personal der Bundesgesandtschaften mich an Ort und Stelle durch den eigenen Augenschein wieder zu orientieren"[1]); und so reiste er am 7. April gegen Abend nach Frankfurt ab. In Hannover und Kassel hielt er sich eine kurze Weile auf und war am 12. spätabends in Frankfurt. Dort traf er seinen alten Freund Wangenheim und viele andere Freunde und Bekannte, unter denen auch Curtius und Frau, die kurz vorher einen Besuch in Bremen gemacht hatten. Auch Buol, der gerade nach Wien zurückberufen war, war noch zur Stelle und sein Nachfolger v. Münch-Bellinghausen gleichfalls, von dem Smidt nach dem, was er Gutes als Vorsitzender der Elbschiffahrtskommission geleistet, das Beste als Präsident des Bundestages glaubte erwarten zu sollen. Buol reiste mit seiner Familie am 16. nach Wien ab. Am 20. machte Smidt mit Curtius und seiner Frau einen Ausflug nach Heidelberg, wo er Gondela heiter und wohl antraf; auch Schlosser sprach er wieder und nahm von ihm den ersten Band seiner Geschichte des 18. Jahrhunderts entgegen.

Dann kehrte er mit den Freunden nach Frankfurt zurück, wo er noch ungefähr drei Wochen blieb.

Im Februar 1821 trat auf Grund der Wiener Kongreßakte die Weserschiffahrtskommission, d. h. Vertreter aller Staaten, die an der Weser gelegen sind, in Minden zusammen. Bremen war dort durch den Syndikus Heineken vertreten, der während der Tagung zum Senator erhoben wurde. Man beschloß unter seiner Mitwirkung, daß alle Seefahrtsbeziehungen von der Beratung ausgeschlossen werden sollten. Ein Umstand, der Smidt veranlaßte, an Gildemeister zu schreiben: „Es

---

[1]) Aus einem Briefe vom 28. April 1823 von Smidt an Rumpff, damals noch in Wien.

kommt mir vor, wir riskieren dabei etwas zu viel und laufen Gefahr, daß sich zwischen dem liberum flumen und dem liberum mare am Ende ein Hiatus gestalte, an welchem Oldenburg und Hannover künftig einmal zu unserm Nachteil ein willkürliches Spiel treiben können." Er hatte recht insofern, als Oldenburg die alten Streitigkeiten wieder aufnahm und schließlich zu der Drohung kam, der Akte nicht beizutreten. Oldenburg hatte nämlich keinen Anteil an der allgemeinen Schiffahrtsabgabe, die an Stelle der Zollabgaben von Bremen bis zum Oberlande erhoben wurde, seit es sich des Elsflether Zolls hatte entschlagen müssen; es widersprach dagegen dem Anteil, der Bremen trotz seiner kurzen Weserstrecke zugesprochen war. Die daraus sich entspinnenden Streitigkeiten konnten nur durch einen geheimen Vertrag beseitigt werden, durch den Bremen sich verpflichtete, von keinem oldenburgischen Schiffe das Lastgeld zu erheben, d. h. eine auf den Lastengehalt der Schiffe seit uralter Zeit bestehende bremische Abgabe, die von keiner Seite bestritten worden war. Außerdem verzichtete Bremen auch auf das Tonnen-, Baken- und Konvoiengeld, für die von oldenburgischen Untertanen auf der Weser eingeführten oder von da verfrachteten Waren. Dieser Vertrag kam am 21. August 1823 zustande, und am 1. Mai 1824 trat die Weserschiffahrtsakte in Wirksamkeit.

Als nun im gleichen Jahre 1824 in Bremen eine erste Revision der Akte vorgenommen wurde, da rückte unerwartet Oldenburg mit einem Widerspruch gegen das Lastgeld heraus, als einer von Schiffskörper erhobenen Auflage, die überdies, weil sie von den im oldenburgischen Gebiet ankernden Schiffen eingefordert werde, einen Eingriff in die dortige Staatshoheit darstelle. Bremen bemerkte sofort, daß die zweite Klage auf einem Irrtum beruhe, denn niemals werde das Lastgeld unten auf dem Strome, sondern nur in Bremen erhoben. Dann aber schickte man im Mai 1825 den Senator Gildemeister nach Berlin, um mit der preußischen Regierung über den Streit mit Oldenburg zu verhandeln. Bei dieser Gelegenheit erhielt Gildemeister Kunde und Abschrift einer schon vor Jahresfrist vom oldenburgischen Ministerium an seine Konsuln erlassenen Instruktion, die keinen geringeren Zweck hatte, als Bremens Namen mit der Zeit aus dem Gedächtnisse der Schiffer zu streichen. Es war ein böser Streich Oldenburgs und einer der gefährlichsten, es sollte aber auch der letzte sein.

Bei dieser Sachlage war es, daß in Smidts Haupt der Gedanke auftauchte, das Geestegebiet zu einer eigenen Hafenanlage für Bremen

zu erwerben. Eine von Smidts Hand aufbewahrte Notiz sagt uns, daß dieser Gedanke, den er 1816 abgelehnt hatte, in der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni 1825 geboren wurde. Seine Vaterstadt befand sich in kritischer Lage, aber er hatte ihre Selbständigkeit schon aus schwierigen Verhältnissen gerettet, wie sollte es ihm nicht jetzt möglich sein, wo neben dem Ziele, die freie Bewegung des bremischen Handels, zugleich das Mittel, die Verlegung der Schiffahrtsanstalten vom linken auf das rechte Weserufer sich sofort ergab? Freilich wie Bremen in den Besitz dieses Mittels kommen sollte, das war nicht ohne weiteres beantwortet, aber wie er das als notwendig erkannte Ziel mit staatsmännischer Energie erfaßte, so durfte er der Versatilität seines Geistes, dem oft erprobten diplomatischen Talente vertrauen, daß sich ihm die Wege zur Ausführung des großen Zweckes ebnen würden.

Ohne Aufschub trat er in Besprechung mit seinen Kollegen in der auswärtigen Kommission, unter denen sich namentlich der Senator Dr. Fritz Heineken aufs wärmste den neuen Plänen hingab. Auch einige intelligente Kaufleute zog er alsbald zu Rate, Bolte, Fritze, Rodewald, von denen der erstgenannte bereits am 6. Juni an Smidt ein Memoire einreichte, in dem die Notwendigkeit der geplanten Hafenanlage und die unverweilte Inangriffnahme der Verhandlungen mit Hannover klar und scharf auseinandergesetzt wurden. Am 12./13. Juni machte Bürgermeister Nonnen und Altermann Fritze eine Inspektionsreise nach Geestendorf und brachten die Überzeugung mit, daß eine große Hafenanlage dort möglich sei.

Am 17. Juni legte Smidt namens der auswärtigen Kommission dem Senate folgenden Bericht vor: „Bei Gelegenheit der letzten durch die Sperrung der Weser gegen alle mit Helgoland in Berührung gekommenen Schiffe veranlaßte Quarantäneverhandlungen mit Oldenburg wurde die Kommission der auswärtigen Angelegenheiten beauftragt, darüber nachzudenken und zu seiner Zeit zu berichten, wie die bekannten Bestimmungen des Bundestages, nach denen bei Regulierung des Quarantänewesens in der Weser Bremen von Hannover und Oldenburg ad partes gezogen werden solle, bei geeigneter Veranlassung geltend zu machen und namentlich bei Hannover, welches sich damals gegen Bremen auf eine willfährige Weise darüber erklärte, wieder in Anregung zu bringen sei.

„Da nun dem Vernehmen nach zwischen Hannover und Oldenburg

fortwährend Verhandlungen über diesen Gegenstand stattfinden, ohne noch zu bestimmten Vereinbarungen gediehen zu sein, so glaubt die Kommission, daß jetzt ein Versuch zu machen sei, das hannoversche Ministerium aufzufordern, in unmittelbare Kommunikation mit Bremen darüber einzugehen, ehe es sich mit Oldenburg zu definitiven Einrichtungen vereinbart.

„Aber auch abgesehen von diesem Gegenstande scheint es sich dringend zu empfehlen, Hannover über die Verhältnisse der Weserschiffahrt in dem gegenwärtigen Zeitpunkte spezieller und sorgsamer wie bisher zu kultivieren, denn einmal haben uns unsere neuesten Verhandlungen mit dem preußischen Ministerium gezeigt, wie Oldenburg es seinerseits an keiner Mühe und Anstrengung fehlen läßt, um seine Bestrebungen bei den gemeinschaftlichen Weserschiffahrtsberatungen durch spezielle Unterhandlungen mit den bedeutendsten dabei interessierten Staaten zu unterstützen und geltend zu machen, wir haben es anerkennen müssen, daß bei früherem gleichem Bemühen von unserer Seite Preußen nicht in dem Maße, wie geschehen, nachteilig gegen uns vorgeschritten sein würde, und daß uns unsere Befolgung der nämlichen Verfahrungsweise dahin geführt hat, diese Angelegenheit, soweit es noch irgend tunlich war, vorteilhaft für uns zu wenden. Den nämlichen Weg, den Oldenburg bei Preußen mit Glück versucht, wird es aber bei Hannover nicht unversucht und die gegenwärtigen Ferien der Weserschiffahrtskommission schwerlich unbenutzt dazu lassen.

„Es kommt hinzu, daß wir durch vertrauliche Mitteilung der neuesten oldenburgischen Konsulatsinstruktion kürzlich in den Stand gesetzt sind, den so fein angelegten und so konsequent befolgten feindlichen Operationsplan Oldenburgs gegen uns in einem helleren Lichte wie jemals zu überblicken. Wir haben uns dabei nicht verhehlen dürfen, wie gefährlich uns jene Tendenzen sind, wie wir an unserer Achilleischen Fersenstelle dadurch berührt werden und wie es nur eines Einverständnisses und konsequenten Zusammenwirkens von Hannover und Oldenburg bedarf, um aller bremischen Autonomie auf der Weser einen Todesstoß zu versetzen.

„Der vor länger als hundertfünfzig Jahren erfolgte Verlust der reellen Basis des bremischen dominii Visurgis unseres an der Niederweser belegenen Gebiets konnte uns, solange der Reichsverband fortdauerte in seinen Folgen nie so wichtig erscheinen, als jetzt, wo die Uferstaaten ihre seit 1806 erlangten Souveränitätsrechte auch auf den

Weserstrom auszudehnen beginnen. Wir dürfen es uns nicht mehr verhehlen, in welchem Maße es nachteilig für uns ist, unser Weserregiment auf unsern Handelsplatz beschränkt und diesen in einer Entfernung vom Meere etabliert zu sehen, wo der Betrieb des Seehandels nur durch Begünstigung künstlicher Hilfsmittel aufrechterhalten werden kann. Aber wir befinden uns nun einmal in dieser ungünstigen Lage, wir bedürfen nun einmal der Handelsapathie der an der Niederweser belegenen Staaten oder einer engeren Handelsallianz wenigstens mit einem derselben.

„Bei der so offenbar feindseligen Stimmung Oldenburgs gegen Bremen kann an eine freundschaftliche Verbindung mit diesem jetzt nicht gedacht werden, es bleibt also nur Hannover übrig, das sich seit seine Hauptdifferenzen mit uns verebnet sind, loyaler und gefälliger wie jemals gegen uns bewiesen. Bis diesen Augenblick dürfen wir noch annehmen, daß es freundlicher gegen uns steht, wie gegen Oldenburg, da es von diesem bei mehreren Gelegenheiten schnöde und anmaßend behandelt worden. Ehe sich das ändert, dürfte es also Zeit sein, sich mit Hannover zu gemeinschaftlichen Maßregeln gegen die von Oldenburg projektierte Alleinherrschaft auf der Weser näher zu verbinden.

„Hannover wünscht einen Teil des Handelsverkehrs, welcher die Niederweser belebt, auf das rechte Ufer derselben verlegt zu sehen; es hat dazu durch Anlegung eines Hafens zu Geestendorf bedeutende Aufopferungen gemacht, die vielleicht nur deshalb zum Teil mißlungen sind, weil es ohne gehörige Sachkunde und ohne Benutzung des Beirats und der Erfahrung, welche die Praxis der bremischen Schiffahrt und des bremischen Handels ihm hätte darbieten können, dabei verfuhr, indem es wahrscheinlich bremische Eifersucht fürchtete. Könnte es davon geheilt, könnte ihm begreiflich gemacht werden, daß es wirklich im bremischen Interesse liege, nicht in dem Grade wie bisher vorzugsweise an die Schiffahrtsanstalten, des andern Weserufers gebunden zu sein, daß Bremen es vielmehr wünschenswert finden müsse, Hannover und Oldenburg konkurrieren zu sehen, daß es zur Erreichung dieses Zwecks selbst einige Aufopferungen nicht scheuen dürfte, so möchte Hannover sich hoffentlich nicht abgeneigt finden in nähere Verhandlungen darüber mit uns einzugehen, die, einmal auf ernsthafte Weise angeknüpft und mit Sorgfalt unterhalten, uns mehr als eine gute

Gelegenheit darbieten müßten, den oldenburgischen Anmaßungen kräftiger, wie bisher, begegnen zu können.

„Die Kommission kann es daher nur ratsam finden, bei Hannover vertraulich anzufragen, ob es zu einer solchen Verhandlung mit Bremen geneigt sei."

Es wird sodann noch kurz darauf hingewiesen, daß dem Vernehmen nach die Anlage einer Eisenbahn von Braunschweig nach Lüneburg im Werke sei, die der hamburgischen Handelsprovinz zum Vorteil und der bremischen zum Nachteil gereichen würde, und daß auch diese Sache in Hannover besprochen werden müsse.

Es kann auffallend erscheinen, daß in dem Berichte kein Wort über den Plan einer eigenen bremischen Hafenanlage vorkommt. Aber Smidt wußte, wie notwendig die Geheimhaltung dieses Plans war, wenn er ihn nicht von Oldenburg durchkreuzt sehen wollte und wie leicht das Geheimnis dann dem Nachbarland bekannt werden könnte, wenn mehr als dreißig Personen von ihm Bescheid wüßten. Er mußte daher noch mehr als in früheren Fällen bei dieser Sendung das volle Vertrauen seiner Kollegen in Anspruch nehmen.

Am 19. Juni fuhr Smidt nach Hannover und hatte am folgenden Morgen die erste Besprechung mit dem Minister von Bremer. Smidt sprach dabei vollkommen offen über die schwierige Lage Bremens. „Mit einem der beiden Uferstaaten müssen wir uns wenigstens verständigen. Wollen uns beide entgegenwirken, so verlieren wir zwar gewiß, aber sie selbst gewinnen wenig und, so wie die Sache jetzt liegt, Hannover am wenigsten." Dagegen würden die merkantilischen und nautischen Kenntnisse Bremens Hannover wohl zu Hilfe kommen, wenn es sie nur zu benutzen wünsche, um das halb schlummernde Interesse des eigenen Landes zu beleben. Der Deutsche Bund sei noch viel zu locker und träge, als daß sich von ihm für die Pflege des deutschen Handels etwas erwarten lasse. Die Zänkereien über die Details untergeordneter Verhältnisse, wovon die Weserschiffahrtsakten von den ältesten bis zu den neuesten Zeiten voll seien, führten zu nichts, man verschwände damit nur Zeit und Kräfte. Inzwischen ständen dem Welthandel durch die Emanzipation der südamerikanischen Staaten große Veränderungen und Entwicklungen bevor; alle Nationen würden ihren Vorteil davon haben, Deutschland, wie immer, den letzten und geringsten.

Das ungefähr waren die Gedanken, mit denen Smidt den han-

noverschen Minister für seinen Zweck zu gewinnen dachte und wirklich gewann. Er hütete sich wohl auch hier gleich von einem unter bremischer Hoheit stehenden Hafen zu sprechen, wie er es auch bei dem Geheimen Kabinettsrat Rose vermied, mit dem in der Folge die Verhandlungen hauptsächlich zu führen waren. Erst wenn er das Interesse der beiden Männer so weit gewonnen hatte, daß sie das bremische Projekt für identisch mit einem von Hannover ausgehenden hielten, wollte er offen herauskommen mit der Abtretung einer Strecke Landes unter vollen Hoheitsrechten. Aber was half es, Smidt hatte, nachdem er Rose in großen Zügen von dem Plane gesprochen hatte, den Bremen sich vorgenommen habe, kaum die bremische Kontrolle der Schiffahrt erwähnt, die dazu führen werde, Leuchtfeuer, Baken und Seetonnen auf eine festere Basis zu stellen, den Aufschwung des Lootsenwesens und anderer mit dem Gewerbe der Seeschiffahrt nahe zusammenhängender Dinge im allgemeinen namhaft gemacht, so erriet Rose, daß von einem Hafen die Rede sei, dessen Territorium unter bremischer Hoheit stehend gedacht sei. Indes glaubte Rose, daß die Hauptsache sich auch so werde erreichen lassen. Zur Erwerbung von Grundeigentum für den Hafen und die Schiffahrtsanstalten an der Geeste und am Neuenländer Siel werde Hannover, versicherte er, gerne die Hand reichen, über gewisse bremische Schiffspolizeimaßnahmen werde man Verträge schließen können. Er erinnerte dabei an Vegesack, wo Bremen bis 1803 auch nur das Eigentum, nicht aber die Hoheit besessen habe.

Indes gerade die unerquicklichen Verhältnisse in Vegesack hatten in Smidt die Überzeugung erweckt, daß der neue Hafenplatz nur unter bremischer Staatshoheit seinen Zweck völlig erfüllen werde. Er erinnerte daran, daß ihm Graf Münster im Winter 1814 auf 1815 in Wien einmal gesagt habe: „Ich wäre wohl imstande gewesen, bei der jetzigen Gelegenheit gegen die Selbständigkeit Bremens zugunsten Hannovers etwas zu unternehmen, aber ich habe es nicht gewollt, weil ich überzeugt bin, daß das unabhängige Bremen, in der Mitte des hannoverschen Landes belegen, nützlicher für dasselbe ist, als wenn Bremen zu einer hannoverschen Munizipalstadt gemacht würde.“ Das gleiche Argument wandte Smidt jetzt auf den Geestehafen an. Er betonte vor allem, daß Bremen nur, wenn es die Sicherheit habe, auch für die Nachkommen etwas zu tun, zu so bedeutenden Geldopfern, wie der Hafen erheische, sich entschließen werde, und daß eben deshalb auch

Hannover nur dann für sich selbst den Vorteil von der Anlage ziehen werde. Denn den Hauptzweck, die Herüberziehung des Schiffsverkehrs vornehmlich auf das rechte Weserufer, werde Hannover ohne Hilfe Bremens nicht bewirken können.

Wie wenig man in Hannover eine Vorstellung von den finanziellen Erfordernissen eines großen Hafenetablissements hatte, mochte Smidt aus den Worten Roses entnehmen, wenn man aus dem Geestehafen etwas Ordentliches hätte machen wollen, so würde man 200 000 Taler mehr haben verwenden müssen, als geschehen. In Bremen hatte man gerade über den Kostenpunkt des ganzen Projekts noch keinerlei Anschläge gemacht, aber man wußte zweifellos schon, daß sie weit über jene Summe hinausschreiten würden. Smidt aber bemerkte sich die Summe von 200 000 Talern, und so ist sie in den Vertrag hineingekommen.

Trotz aller Entgegnungen, die ihm Bremer und Rose machten, und trotzdem, daß man im Kabinettsrat dahin sich ausgesprochen hatte, von einer Hoheitsübertragung könne nicht die Rede sein, beharrte Smidt darauf, daß ohne diese das ganze Projekt für Bremen ohne hinreichende Bedeutung sei. Er wurde von Gildemeister, der, von Berlin zurückkehrend, am 22. Juni in Hannover eintraf und auf Smidts Wunsch dort blieb, in seiner Meinung bestärkt, und so nahm Smidt, von Bremer um Entwerfung von Traktatsbasen aufgefordert, die bremische Hoheit sowohl über den Hafenplatz wie über das Neuenlander Siel und über eine kurze Verbindungsstrecke zwischen Vegesack und dem Hauptteil des bremischen Staatsgebiets in die Basen auf. Er durfte das wagen, weil es ihm gelungen war, in Hannover ein so lebhaftes Interesse für den Plan zu erwecken, daß er hoffen konnte, seine Entschiedenheit werde auch die Bedenken gegen einen Gebietsaustausch beseitigen. Deshalb setzte auch ein Artikel seiner Basen fest, daß Bremen einen Teil seines Gebiets am rechten Wummeufer mit voller Staatshoheit an Hannover abtrete. Er hatte in der Tat die Genugtuung, daß gegen die Hauptsache keine weitere Einwendung erhoben wurde; nur gegen die Überlassung der Hoheit am Neuenlander Siel und für die Strecke zwischen Vegesack und der Lesum sträubte sich Rose noch, versprach aber nach London seine Bedenken nicht zu äußern.

Als Smidt die Basen den Ministern v. Arnswaldt und v. Ompteda einzeln vorlas, sagte ihm jener: „Die Anträge, die Sie uns gemacht haben, finde ich so vorteilhaft für Hannover wie für Bremen.

Dem Herrn v. Bremer hat die Sache gleich bei Ihrer ersten Unterredung mit ihm eingeleuchtet und uns übrigen auch, sobald er uns davon sagte", und Ompteda bemerkte: „Wenn man nur in England auf die Sache eingeht, so kann, hoffe ich, viel Gutes daraus erwachsen." Ein Memoire, welches Gildemeister und Smidt zur Erläuterung der einzelnen Bestimmungen des Projekts für den Grafen Münster in London aufsetzten, schloß für diesmal die Verhandlungen in Hannover ab. Smidt hatte wohl alle Ursache, als er voll guter Zuversicht und froher Hoffnung am 28. Juni nach Bremen zurückkehrte.

Indessen hat es doch noch mehr als anderthalb Jahre gedauert, bis ein definitiver Vertrag zustande kam, der beide Teile befriedigte. Man hatte anfänglich in England jede Art von Hoheitsübertragung abgelehnt. Der unermüdliche Smidt war in dieser Zeit fortwährend damit beschäftigt, neue Projekte zu entwerfen, die er dann, von endlosen Memoiren und Briefen an Rose begleitet, nach Hannover schickte, er nahm von den Senatoren Heineken, Horn und Pavenstedt, von den Altermännern Volte, Fritze und Rodewaldt Denkschriften entgegen, welche ausführlich die Gründe und Gegengründe des Projektes erörterten. Denn Smidt hatte mit der genialen Sicherheit, die ihm bei der Verfolgung eines neuen Zieles eigen war, so plötzlich das Leben des bremischen Gemeinwesens in eine neue Bahn gewiesen, hatte im Vertrauen auf die Richtigkeit seines Gedankens so schnell der Verwirklichung sich zugewandt, daß die Einzelerwägungen über die sicheren oder wahrscheinlichen Folgen der Ausführung erst hinterdrein hinkten. Es war aber ein Triumph für Smidts staatsmännischen Blick, daß jene Denkschriften fast übereinstimmend günstig für das Projekt ausfielen, denn die Befürchtungen Pavenstedts, daß die neue Anlage viel mehr dem hannoverschen als dem bremischen Interesse dienen werde, namentlich dann, wenn Hannover mit Umgehung Bremens eine Eisenbahn direkt vom Hafen zur Hauptstadt bauen sollte, wurden von den anderen Denkschriften siegreich zurückgewiesen.

Dazu kamen noch zahlreiche Reisen, die Smidt nach Hannover machen mußte. Die erste fand gegen Ende Dezember 1825 statt, und hierbei gelang es denn Smidt, mit Bremer und Rose zur Aufstellung eines gemeinsamen Entwurfs zu kommen, dessen nachdrückliche Empfehlung an den Grafen Münster man in Hannover übernahm. Aber nicht gleich jetzt und auf schriftlichem Wege sollte es dem Grafen vor-

gelegt werden, sondern es sollte, wie man unter Zustimmung Smidts beschloß, damit gewartet werden, bis Münster im Sommer, wie er zu tun gedachte, wieder nach Deutschland komme. Dies geschah in der zweiten Hälfte des Juni. In Hannover hatte Münster alsbald mit Bremer und Rose Unterredungen über die Hafenanlage und zeigte sich dabei den letztgetroffenen Vereinbarungen geneigt. Das war freilich kein Wunder, denn in diesem letzten Entwurfe war jedes Wort, das von einer Hoheit über den Hafenbezirk oder auch von einer geteilten Hoheit, wie es in einem späteren Entwurfe von Smidt hieß, fortgeblieben und nur noch von einem begrenzten Bezirke zur Anlegung von bremischen Schiffswerften, der mit voller Staatshoheit an Bremen abgetreten werden sollte, war die Rede. Smidt hoffte darauf, daß ihm in seiner persönlichen Zusammenkunft mit Münster gelingen werde, etwas mehr herauszuschlagen.

Er sollte im Mai die Stimmführung für die städtische Kurie am Bundestage übernehmen und hielt sich auf der Reise dahin einige Tage in Hannover auf, um mit Rose ein paar Details zu besprechen und ihm ein Memoire zu überreichen, das für den Grafen Münster bestimmt war und weitere Erläuterungen zu den Abmachungen vom 6. Januar enthielt.

Auch in Frankfurt behielt er den Hafen beständig im Auge, wenn auch ohne darüber zu sprechen. Die Emanzipation der südamerikanischen Staaten, die in mindestens einer seiner Denkschriften eine Rolle spielte, war es, die in seinem Kopfe die Verbindung herstellte zwischen dem Hafen und Brasilien. Als er am 20. Mai dem Herrn v. Münch seinen ersten Besuch abstattete, und wieder, als er acht Tage später bei ihm war, lenkte er beidemal das Gespräch auf Brasilien, das von seinem ursprünglichen kleinen Mutterstaat, von Portugal, unmöglich mit einer hinlänglichen Zahl von Kolonisten versorgt werden könne. Wenn Deutschland dort einspringe wie Hessen-Darmstadt, das jetzt schon via Bremen tue, so werde das von unberechenbarem Einfluß sein auf die deutsche Industrie und dem deutschen Ausfuhr- und Einfuhrhandel neue Wege eröffnen. Was man bisher als wesentliche Eigenschaften des Kolonialsystems und der Kolonialpolitik betrachtet habe, die fortdauernde Hoheit des Mutterstaates, das zeige sich in neueren Zeiten überall als auf die Länge nicht haltbar, aber deutsche Sprache, deutsche Sitten und Bedürfnisse könnten den Mangel deutscher Kolonien in der Neuen Welt wohl ersetzen.

An Gildemeister aber schrieb er drei Wochen später: „Ich glaube, wir sollten Peter Polmado (einen Südamerikaner, der sich in Bremen eingeführt hatte), der wirklich für die grand tour bei den neuen Republiken geeignet scheint, dazu annehmen. Vielleicht wenden sich die Dinge so, daß wir ihn am Ende beim Kongreß von Panama, wenn dieser zu einer transatlantischen Bundesversammlung höherer Potenz als die hiesige erwachsen sollte, beglaubigen. Ich glaube daran, weil ich nicht zweifle, daß es der jugendlichen Energie jener Republiken gelingen werde, die Durchgrabung der Landenge von Panama im nächsten Dezennium zustande zu bringen, und sehe damit einer Evolution des Welthandels entgegen, wogegen alles, was wir bisher erlebt haben, als Kinderspiel erscheinen dürfte. Auch auf Deutschlands kommerzielle Verhältnisse muß eine solche Weltbegebenheit den entschiedensten Einfluß äußern. Die freie Rheinfahrt bis ins Meer sehe ich, wenn sie nicht schon früher zustande kommt, wonach es mir doch aussieht, damit als gegeben an, weil die Niederländer dann kein Interesse mehr finden werden, sich derselben zu widersetzen, sondern die gegenwärtigen liberalen Handelsprinzipien der Engländer aus eigenem Vorteil zu den ihrigen machen werden, da eine aktive Teilnahme der inländischen Rheinuferstaaten an dem Welthandel dem ihrigen nur zum Soutien dienen und ihre Kräfte verstärken wird. Auch wir können das dann ruhiger ansehen, wenn wir uns nur von jetzt an als die klugen Jungfrauen benehmen, denen, wenn der Bräutigam kommt, das Öl in den Lampen nicht gebricht. Vielleicht läßt sich aus diesen höheren Ansichten auch Graf Münster für den Geesthafen gewinnen, ich werde es wenigstens versuchen."

Um Anfang Juli erhielt Smidt die Nachricht, daß Münster in Hannover angelangt sei. Er zögerte nicht, sich auch dahin aufzumachen, fuhr am 6. Juli von Frankfurt ab und war am 8. in Hannover. Hier fand er für sich und Rose eine Einladung, nach Schloß Derneburg zu kommen, wo der Minister v. Bremer schon sei. Das im Hildesheimschen gelegene Schloß des Grafen war bald erreicht. Und dort kam es dann am 11. Juli zu einer Präliminarkonvention, die mit den Abmachungen vom 6. Januar völlig übereinstimmte, nur daß der damals in einem Separatartikel festgesetzte Gebietsaustausch von fünfzig Morgen für die bremischen Werften gegen eine Strecke Landes zwischen Lilienthal und Ottersberg an Hannover, die mit voller Hoheit geschehen sollten, jetzt als Art. III in den Hauptvertrag aufgenommen

wurde. Münster hatte noch dem Verlangen Smidts, auch einen Teil des eigentlichen Hafenbezirks, wenn nicht diesen ganz, unter voller Hoheit an Bremen abzutreten, nicht zugestimmt.

Smidt reiste einstweilen nach Frankfurt zurück, nahm sich aber vor, Münster noch wieder zu sprechen, bevor er nach England zurückkehre. Das geschah am 19. oder 20. August, wo er in Hannover neue Unterredungen mit Münster hatte. Vielleicht war es bei diesem Anlaß, daß es Smidt gelang, noch etwa fünfzig Morgen des Hafenbezirks mit voller Hoheit für Bremen zu gewinnen. Am 21. August schickte er einen Bericht nach Bremen, in dem er seinen am 15. dem Fürsten Metternich auf Johannisberg abgestatteten Besuch meldet und zugleich, daß er nach Tische ein längeres Gespräch mit ihm über Brasilien gehabt habe. Er zeigte zugleich an, daß er hoffe, am 24. gegen Abend in Bremen einzutreffen. Hier machte er zuerst die Bekanntschaft van Ronzelens, des niederländischen Wasserbautechnikers, den Altermann Fritze auf einer Reise nach Amsterdam kennengelernt und für den Hafenbau gewonnen hatte. Ronzelen war schon Anfang August in Bremen eingetroffen; er nahm am 13. und 14. August an der Besichtigung des Geländes an der Geeste teil, die Senator Heineken, Altermann Fritze und Kapitän Luytges zusammen mit dem Wasserbaudirektor Geheimrat v. Schulte und dem Baurat Mosengel für Hannover vornahmen. Die Terrainaufnahme und Auspeilungen ergaben ein in jedem Betrachte günstiges Resultat, so daß, wie Heinekes Bericht vom 16. August an Smidt sagt, „sobald van Ronzelen an Ort und Stelle seinen ganzen Plan auseinandersetzte, Schulte und Mosengel ganz warm wurden und einstimmig behaupteten, es werde ein Werk, wie Deutschland es noch nicht aufzuweisen habe, und wenn Hannover nicht für lange Zeit alle dazu etwa disponiblen Gelder an der Ems versplittert hätte, so hätte es sich die Ehre der Ausführung gar nicht müssen nehmen lassen". Die Besichtigung des Geländes am Neuenlander Siel ergab dagegen, daß er für die Anlage eines Löschplatzes wenig geeignet sei. Van Ronzelen entwarf, nach Bremen zurückgekehrt, sofort eine Skizze für den Hafenbau, deren Ausführbarkeit von dem hannoverschen Techniker sofort bestätigt wurde.

Am 7. November gab Smidt in der Senatsversammlung einen umständlichen Bericht über die gesamten seit dem Juni 1825 von der auswärtigen Kommission geführten Verhandlungen. Wir heben daraus nur einiges heraus, um nicht zu vieles wiederholen zu müssen: „Nur

durch angestrengten Fleiß und kalkulierende Sparsamkeit, nur durch ein immer reges industriöses Genie hat sich bisher für Bremen eine Handelsprovinz zwischen Rhein und Elbe erhalten und erweitern lassen; denn wenn es ihm durch die sorgsame Kultur einzelner Handelszweige auch von Zeit zu Zeit gelungen ist, mit seinem Handelsgebiet die mächtigeren Nachbarströme zu überschreiten, wie es noch jetzt mit dem Tabaksverkehr der Fall ist, so darf nicht vergessen werden, daß dies nur ein mäßiger Ersatz gegenseitiger Überschreitung der ihm von der Natur angewiesenen Handelsbahnen ist, wie die vielfachen Waren, welche in der Regel nicht direkt, sondern nur über Hamburg oder Amsterdam von uns bezogen werden, hinreichend an den Tag legen.

„Der politisch-merkantilische Horoskop Bremens deutet aber in jeder Hinsicht auf ein notwendiges Eintreten noch bedeutenderer Anstrengungen dieser Art, um bei der schon beginnenden neuen Gestaltung vielfacher, seine Handelsexistenz bedingender Verhältnisse den nachteiligen Folgen seiner Lage zwischen Elbe und Rhein und seiner Entfernung von dem naturgemäßen Lade- und Löschplatze der Weserschiffahrt nicht zu erliegen.

„Denn wenn an der einen Seite die Vollendung der Emanzipation und die wechselnden Handelsbedürfnisse der transatlantischen Staaten im allgemeinen auf zunehmenden Handelsflor Deutschlands günstige Wirkung äußern dürften, so ist doch von der entschieden größeren Rezeptivität des Rheins und der Elbe für die Kultur der damit eröffneten neuen Verkehrszweige wohl zu erwarten, daß sie nicht bloß eine bedeutendere Masse derselben, sondern diese zugleich in einer beschleunigteren Strömung an sich ziehen werden. Der vollständigere und reichere Markt ist es aber, was durch bessere Auswahl und wohlfeilere Preise zur Überflügelung anderer nach allen Richtungen befähigt. Haben beide Nachbarflüsse sich mittels der Unternehmung der Rheinisch-Westindischen Kompanie doch jetzt schon über Bremen hinweg vorteilhaft die Hand gereicht. Eilt der deutsche Teil des Rheins seiner Entfesselung von den niederländischen Banden doch mit jedem Jahre sichtlicher entgegen. Droht nicht die Ems und ihre Verbindung mit dem Rheine, für die man die stipulierten Millionen doch nicht nutzlos wird verwendet haben wollen, sogar unserer Handelsprovinz noch weit näherzurücken und ihre Grenzen noch von einer andern bis dahin ungefährdet gebliebenen Seite zu beschränken? Hat nicht Hamburg den brasilianischen Handel schon fast ausschließlich in seine Kanäle zu

leiten gewußt? Wird die aufkommende, mit den Gefahren der Meere und Flüsse noch weniger vertraute Schiffahrt der südamerikanischen Staaten sich nicht vor allem nach sicheren Ankerplätzen auf dem Kontinente umsehen, von welchen die Waren auf dem schnellsten Wege in die Packhäuser geliefert und der sehnlich erwartete Vorschuß dann unverzüglich geleistet werden kann? Wird der ganze Verkehr mit jenen Gegenden, da er nur durch größere Seeschiffe betrieben werden kann, nicht bald für das bei seiner Erbauung und bei seinen Hafenanstalten nur auf die Nord- und Ostseeschiffahrt berechnete Bremen als ungeeignet erscheinen? Und was wird von allem diesem die Folge sein, wenn die Zeit einmal kommt, wo auch in der Wagschale der Politik das alternde Europa von der kräftigeren Neuen Welt überwogen und die Notwendigkeit geeigneter Befriedigungspunkte für die Bedürfnisse dieser es sein wird, was über die Fortdauer selbständiger Existenz der kleineren europäischen Kontinentalstaaten vorzugsweise entscheidet?"

Der Bericht gab sodann eine geschichtliche Erzählung von den gesamten Verhandlungen bis zu der Präliminarkonvention von Derneburg und deren Ratifikation durch den Senat und den König Georg IV.

Am 20. November erhielt Smidt die Nachricht, daß der Kaufkontrakt über die Leher Außendeichsländereien seitens der Krone Hannover für Bremen abgeschlossen sei. Es waren nur, einschließlich 75 schon früher im Eigentum des hannoverschen Fiskus gewesenen Ländereien, 342 kalenbergische Morgen, das heißt 158 Morgen weniger, als in der Derneburger Konvention festgesetzt war; aber es waren im Augenblick nicht mehr zu erhalten, und so mußte sich Bremen mit dem kleineren Terrain vorläufig begnügen.

Auf den 24. November wurde der Bürgerkonvent zusammenberufen und ihm unter Verpflichtung jedes einzelnen Mitgliedes auf strengste Verschwiegenheit Mitteilung von dem Präliminarvertrage gemacht. Dem Antrage des Senats ging eine eingehende Motivierung voraus, die gleichfalls von Smidt verfaßt war. Die Bürgerschaft trat den Anträgen vollständig bei, die auch eine Autorisation der Finanzdeputation enthielten, bei der Aufstellung des Budgets für 1827 die Mehrbedürfnisse für den Hafenbau zu berücksichtigen; sie fügte nur den Wunsch hinzu, daß ihr der definitive Vertrag zur Ratifikation mitgeteilt werden möge. Mit einem Dank für die Herren, die sich so eifrig für die Sache bemüht hätten, schloß die Bürgerschaft.

Man glaubte nun in Bremen nach anderthalbjährigen Mühen,

den Vertrag abschließen zu können. Smidt reiste deshalb am 24. Dezember nach Hannover. Aber hier fand er noch eine Fülle von Schwierigkeiten, unter denen die bedeutendste war, daß Hannover in bezug auf den neuen Hafen auch Verträge mit fremden Regierungen abschließen zu können meinte. Über diesen Punkt hatte Smidt aber niemals berichtet, weil er ihn mit Hinweis auf die Basen glaubte erledigt zu haben. Nun aber wurde er aufs neue angeregt, wobei Hannover so argumentierte: Wir treten die Hoheit nur ab für die Werften, folglich bleibt der Hafen ein hannoverscher; wenn wir nun mit einem auswärtigen Staate einen Reziprozitätsvertrag schließen, mit dem Bremen einen solchen nicht hat, und dessen Schiffe werden in Bremerhaven anders behandelt als unser Traktat es aussagt, so heißt es, wir seien traktatbrüchig, und unsere Schiffe riskieren in den fremden Häfen eine üble Behandlung. Dagegen lautete Smidts Argument so: Der Hauptzweck ist bei dem ganzen Unternehmen dahin gegangen, den fremden Staaten, mit denen wir Handelsverträge haben oder zu schließen dächten, etwas anzubieten zu haben, um sie zu reellen Gegenleistungen zu vermögen oder sie unter Bedrohung mit Repressalien zum Abschlusse oder zur Innehaltung solcher Traktate zu nötigen. Könnte aber auch Hannover mit fremden Staaten solche Verträge abschließen, so würden diese sehr töricht handeln, sich deshalb an Bremen zu wenden, weil sie die nämlichen Vorteile bei Hannovers geringerem Interesse am Seehandel dort viel billiger erreichen könnten. Wir würden deshalb im Grunde nur für Hannover arbeiten und unser Geld ausgeben.

Rose war der erste, der auch in dieser Sache erkannte, daß Bremen nicht anders handelt konnte als Smidt sagte, aber er machte noch einen Versuch, für Bremerhaven die Geeste einzustellen, bis ihn Smidt darauf hinwies, das sei eine Sache, die im Grunde Bremen nichts angehe, sondern allein Hannover.

Ob es Smidt wirklich bei seinem letzten Zusammensein mit dem Grafen Münster im August oder erst jetzt geglückt ist, seinen letzten Wunsch erfüllt zu sehen, das heißt in die etwa 100 Morgen, die mit voller Hoheit abgetreten wurden, auch einen Teil des eigentlichen Hafens mit hineinzuziehen, ergibt sich nicht. Genug, daß er, als er mit dem am 11. Januar 1827 abgeschlossenen Vertrage in der Tasche nach Bremen zurückkehrte, alles erreicht hatte, was er vornehmlich wünschte, als er den Plan zuerst faßte.

Der so zu glücklichem Abschlusse gediehene Vertrag wurde am 28. Fe-

bruar von König Georg IV. und am 9. März von Senat und Bürgerschaft zu Bremen ratifiziert. Am 10. April wechselten Smidt und Bremer in des letzteren Hause in Hannover die Ratifikationen aus und trafen Abrede, daß die Übergabe der beiderseits abgetretenen Gebiete, unter Vorbehalt genauer Grenzregulierung, ohne weitere Förmlichkeit am 1. Mai stattfinden solle.

Das Hauptlebenswerk Smidts war geschaffen. Er hatte seiner Vaterstadt wieder einen Seehafen gegeben, er zweifelte nicht daran, daß die Kaufmannswelt das ihrige tun werde, um den ihr gegebenen frischen Impuls zum Segen Bremens zu verwerten. Er sah die bremische Flagge über die Ozeane kreuzen, die Schiffe mit Auswanderern oder mit Waren vollgepfropft, an den Bremerhavener Kais sah er sich ein buntes Treiben entwickeln.

Er ließ sich auch nicht davon abhalten, dabei gegenwärtig zu sein, wenn auf dem zukunftsreichen Boden an der Geeste zum erstenmal die Flagge seiner Vaterstadt wehte. Gemeinsam mit Senator Heineken, dem Altermann Rodewald und einem Regierungssekretär fuhr er am 30. April nach Lehe. Es mußte ihm eine eigene Genugtuung sein, als am nächsten Morgen auf dem früher hannoverschen Hafenhause die bremische Flagge gehißt und von der hannoverschen Flagge am linken Geesteufer und von dem auf der Weser liegenden bremischen Schiffe „Johann Karl" salutiert wurde, und als er dann mittags mit hundertjährigem Rheinwein auf das Gedeihen Bremerhavens anstieß.

Den Eindruck, den diese bescheidene Feier auf Smidt gemacht hatte, gab er schon am nächsten Tage wieder in einem Briefe, den er an Gildemeister richtete, der sich eben auf einer Reise nach Brasilien befand, von der wir im nächsten Kapitel näheres hören werden.

Schon am 12. Mai schrieb er wieder dahin, wie eifrig die auswärtigen Zeitungen jetzt Bremerhaven besprechen, „wobei denn einzelne die Backen allzu voll nehmen. So ist unser auswärtiger Ruhm über die Geschichte in vollem Steigen, während hier die Malveillans sich von allen Seiten daran zu reiben suchen".

Schon unter dem 10. März hatte ihm zunächst Gondela gratuliert. Der dabei erwähnte, er habe das erste davon durch einen oldenburgischen Studenten im vorigen Monat gehört, der auch die Zahl der Morgen Landes, die Bremen erhalten würde, genau habe angeben können, und daß man in Oldenburg schon damit rechne, daß Brake sehr darunter leiden werde. Und am 31. März schrieb ihm Rist aus Altona: „Du

hast Dir ein großes und bleibendes Verdienst mehr durch die Anregung und Ausführung des wahrhaft großartigen Gedankens um Deine Vaterstadt erworben. Die Vorteile des neuen Hafens müssen für Bremen unermeßlich werden, wenn nicht besondere Hindernisse eintreten."

Inzwischen war van Ronzelen als Baurat in den bremischen Staatsdienst getreten, um die Oberleitung des gesamten Baues zu übernehmen. Aber während die Arbeiten begannen und rüstig fortschritten, zeigten sich in Bremen Mißtrauen, Unzufriedenheit, ja offene Feindseligkeit gegen das neue Unternehmen. Die Malveillans, wie Smidt sich ausdrückte, traten mit ihren Bedenken hervor. Die dem Handelsstande Fernstehenden sahen in den großen Geldopfern, die die Anlage erforderte, eine unbegründete einseitige Begünstigung eines Teiles der Staatsangehörigen, um so ungerechtfertigter, als ihnen die Notwendigkeit des Werkes nicht einleuchtete. Andere, die den Vorteil eines eigenen Seehafens nicht ganz verkannten, schien doch der Aufwand in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen zu stehen; sie sahen eine unheilvolle Verwirrung der bremischen Staatsfinanzen voraus, weil selbst, wenn das Unternehmen gelang, doch die Hafeneinnahmen niemals die Zinsen des Anlagekapitals und die jährlichen Unterhaltungskosten decken würden. Unter den Kaufleuten sahen die, die ein oberländisches Geschäft betrieben, in dem Werke eine ungerechte Bevorzugung des Importhandels, und selbst unter denen, die mit letzterem sich beschäftigten, gab es viele, die, je weiter die Anlage gedieh, um so unzufriedener sich aussprachen, weil Oldenburg neuerdings die bremische Schiffahrt viel zuvorkommender behandle und damit die Überflüssigkeit der bremischen Bestrebungen erwiesen sei. Daß dieses freundlichere Verhalten Oldenburgs nur zeigte, wie überzeugt man dort von dem ernstlichen Willen Bremens und der Möglichkeit seiner Durchführung sei, wurde gänzlich übersehen. Endlich kam noch die Trägheit der Masse hinzu, sich an neue Ideen zu gewöhnen. Man solle nur soundsoviel daranwenden, um die Pfütze wieder zuzuwerfen, solche Reden hörte man vielfach in der Stadt.

Die Deputation, der unter dem Vorsitze Smidts die Verwaltung Bremerhavens anvertraut war, ließ sich durch das alles nicht hemmen, sondern förderte das Werk derartig rasch, daß der Hafen bis in den Sommer 1830 zur Aufnahme von Schiffen bereit war. Aber das erste Schiff, das durch die Schleuse in den Hafen legte, war am 13. September ein unter amerikanischer Flagge segelnder Schoner.

So groß war noch die Abstinenz der bremischen Reeder gegen den neuen Hafen, daß bis zum Schlusse des Jahres von 18 Schiffen nur 12 bremische Bremerhaven ansegelten und daß im Jahre 1831 von 1095 für Bremen bestimmten Schiffen nur 95 Bremerhaven aufsuchten. Doch besserte sich das Verhältnis bis 1835 schon derartig, daß unter 1085 Schiffen 284 in dem neuen Hafen löschten. Im Todesjahre seines Gründers, 1857, wurde der bremische Seehafen von 917 Schiffen mit 177682 Lasten besucht. Doch war damals schon seit 1851 ein zweites größeres Bassin eröffnet.

So über alles Erwarten hat sich die Zuversicht bewährt, mit der Smidt in einem der gefahrvollsten Momente seinen staatsmännischen Willen und seine persönliche Energie einsetzte, um, unterstützt von wenigen Freunden, dem Handel seiner Vaterstadt neue Bahnen anzuweisen.

Zehntes Kapitel

Bremen, Kassel, Wien, Frankfurt

Noch ehe Bremerhaven in seinen Gedanken aufgetaucht war, beschäftigte Smidt sich schon 1824 mit Abschluß eines Handelsvertrages mit England und beauftragte damit James Colquhoun, den hansischen Konsul in London. Als er dies in Lübeck und Hamburg anregte, fand er wohl in Lübeck bereitwillige Zustimmung, aber Hamburg war nicht zu einem Entschlusse zu bringen. Inzwischen war es Colquhoun schon im Juli geglückt, durch eine Order of Council eine Gleichstellung der hansischen Schiffe mit den britischen zu erwirken. Gleich darauf machte er sich an den Entwurf des Handelsvertrags, den er im September nach Bremen übersandte. Da mittlerweile auch Hamburg auf Wunsch der englischen Regierung Bremen und Lübeck beigetreten war, so konnte im September 1825 der Vertrag abgeschlossen und unterzeichnet werden.

Nun aber faßte Smidt Amerika ins Auge, und zwar zuerst Brasilien, mit dem er sich, wie wir gehört haben, schon vielfach beschäftigt hatte. Nach einigen Schwankungen beschloß man, den Senator Gildemeister nach Rio zu schicken und ihm als Sachverständigen und des Landes Kundigen den Kaufmann Kalkmann mitzugeben. Gildemeister selbst aber wählte des Bürgermeisters zweiten Sohn Heinrich Smidt, der sich noch zum Studium der Jurisprudenz in Heidelberg aufhielt, zum Begleiter als Sekretär, in dankbarer Erinnerung daran, daß er selbst einst den Vater in gleicher Eigenschaft nach Paris begleiten durfte. Dann erst trat man mit der Frage, ob sie sich anschließen wollten, an die anderen Hansestädte. Beide stimmten zu, und Hamburg wählte den Syndikus Karl Sieveking zum Gesandten nach Rio. Ende Januar begab sich Gildemeister mit seinen zwei bremischen Begleitern nach Hamburg, wohin von Lübeck aus auch Syndikus Gütschow kam. Die Besprechung zwischen Gildemeister, Sieveking und Gütschow führte zu voller Übereinstimmung. Ende Februar reisten die drei Bremer über Brüssel nach Paris, wo sie mit Sieveking, der inzwischen in Bremen und bei Smidt gewesen war, wieder zusammentrafen.

Dort machten sie Rumpff, der jetzt hansischer Ministerresident in Paris war, willig, eine der ihrigen gleichartige Sendung nach den Vereinigten Staaten zu übernehmen. Sieveking reiste dann voran nach London, während Gildemeister noch die Ankunft des mexikanischen Ministers Camacho abwartete, der zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Frankreich herübergekommen war. Aber mit ihm hatten auch schon seit längerer Zeit Vorbesprechungen wegen eines gleichartigen Vertrages mit den Hansestädten stattgefunden, zu dessen Abschluß mit Colquhoun in London sich Camacho bereit erklärte. Dieser Vertrag war unter den drei amerikanischen der erste, der fertig wurde, aber es hat länger als ein Jahrzehnt gedauert, bis seine Ratifikation von seiten Mexikos erfolgte. Schneller ging es mit den beiden anderen Verträgen. Die nach Rio bestimmte hansische Gesandtschaft schiffte sich in Falmouth ein und kam nach zweimonatlicher Fahrt am 7. Juni in ihrem Bestimmungsorte an. Am 17. November konnte Gildemeister noch aus Rio an Smidt die Nachricht über den glücklichen Abschluß des Vertrages senden.

Aber als Smidt diese Nachricht erhielt, mußte er schon seit vollen zwei Monaten das Bett hüten, das er erst nach zwei weiteren Monaten verlassen durfte. Indes hoffte er schon seit Anfang Februar auf allmähliche Besserung seines Befindens, wie er seinem Sohne und Gildemeister nach England schrieb, als diese ihm ihre glückliche Rückkehr nach Falmouth gemeldet hatten. „Seit ein paar Tagen," heißt es in seiner Antwort vom 2. Februar, „frage ich mit dem alten Bürger:

Täuschet ihr in eurem Wechseltanze,
Du o Wunsch und du o Hoffnung mich?
Oder naht im Purpurwolkenkranze
Frohen Trittes die Gesundheit sich?

Er hatte sich nicht getäuscht; sein Arzt und Freund Treviranus hatte ihn, in richtiger Schätzung von Smidts grenzenloser Arbeitslust, wahrscheinlich länger als notwendig war, im Bette gehalten. Als er endlich wieder genesen war, erhielt er auch den von Rumpff bereits am 20. Dezember 1827 abgeschlossenen Vertrag mit den Vereinigten Staaten, zu dem er noch einen Zusatzartikel am 4. Juni 1828 erlangte.

Von Mitte Juli bis Mitte August 1828 brauchte Smidt eine Badekur in Pyrmont und begab sich dann nach Kassel, wo er mit anderen guten Bekannten auch den Bürgermeister Thomas aus Frankfurt, einen ihm seit langem befreundeten Mann, wieder traf. Es galt Abreden über einen Mitteldeutschen Handelsverein, der am 24. September von sech-

zehn deutschen Staaten, unter ihnen auch Bremen und Frankfurt, begründet wurde. Auch im nächsten Jahre fuhr er wieder, diesmal mit seinem Sohne Heinrich, zu gleichartigen Konferenzen nach Kassel. Von dort schrieb er am 24. Juni an seine Frau, es verlange ihn dringend nach dem Altermann Fritze, der mit seinen kaufmännischen Kenntnissen ihm zu Hilfe kommen müsse. Da Frau Fritze ihren Mann begleiten werde, so schlug Smidt seiner Frau vor, mit Fritzes zu kommen, weil sie seit acht Jahren nicht aus dem bremischen Gebiet herausgekommen sei. Sie kam indessen nicht, da auch Fritze sich inzwischen entschlossen hatte, allein nach Kassel zu reisen. Dort war er reichlich eine Woche mit Smidt zusammen gewesen, als dieser sich bereit fand, Fritze auf einige Tage nach Bremen zu begleiten. Aber daraus wird nichts, weil unterwegs nach Höxter ihr Wagen umgeworfen wird, wobei Smidt nur eine unbedeutende Verletzung am rechten Daumen davonträgt, aber Fritze den Arm bricht. So trennen sich die beiden, während Fritze in Höxter auf den Dr. Treviranus wartet, um mit ihm zusammen zu Schiffe nach Bremen zu fahren, kehrt Smidt auf dem Landwege über Pyrmont und Hannover nach Bremen zurück. Der Sohn Heinrich war inzwischen in Kassel geblieben. Dort erhielt er aber in den acht Tagen, die der Vater in Bremen zubrachte, nicht weniger als drei Briefe von ihm. In dem ersten schreibt er, daß er auf einem Diner bei Senator Löning in Oberneuland von dem Kaufmann Iken so freundlich eingeladen sei, Gevatter zu stehen bei einem Schiffe, das er in Vegesack bauen lasse und Bürgermeister Smidt zu nennen beabsichtige, daß er es nicht habe ablehnen können. Ferner, daß er am gleichen Tage abends bei dem Konsul Delius gewesen sei, auf einem zu Ehren des preußischen Gesandten in Hamburg, Grafen Grote, gegebenen Feste. Der Graf habe ihm dabei gesagt: er habe mit Vergnügen gehört, daß sein Vetter (der hannoversche Graf Grote) in Kassel jederzeit ein System der Mäßigung gepredigt und ein gutes Benehmen mit Preußen empfohlen habe. „Ich bestätigte das vollkommen und fügte hinzu, die Kasseler Verhandlungen hätten von Anfang an den Geist vollkommenster Ruhe geatmet und seien nie auf irgendeine leidenschaftliche Seite geneigt. Ich hoffe zuversichtlich, daß die an verschiedenen Orten stattgefundenen Bemühungen zur Erleichterung des deutschen Handels diesen Zweck am Ende wirklich herbeiführen dürften, und daß man sich weiter dazu von allen Seiten hilfreiche Hand bieten werde. Er erwiderte, das sei die rechte Ansicht, und Preußen habe auch keine andere.“

Und doch meldete er schon zwei Tage später, daß Rose ihm aus Hannover geschrieben habe: „Davon überzeuge ich mich immer mehr, daß wir suchen müssen, durch offene und freimütige Expektorationen gegen Preußen mit demselben auf einen besseren Fuß zu kommen, und ich werde in diesem Sinne zu agieren suchen." Zum drittenmal schrieb er dem Sohne drei Tage später, d. h. an dem Tage, an dem er abends wieder zurückreisen wollte nach Kassel, das Resultat seiner Reise sei im wesentlichen, daß man in Bremen nichts anderes ihm zu raten wüßte als er selbst, und daß man ihm vollkommen vertraue.

Daß seine Frau mit ihm komme, davon findet sich keine Andeutung in den Briefen, die er an den Sohn gerichtet hat. Und doch wissen wir bestimmt, daß Frau Mine in Begleitung ihrer Tochter noch im Spätsommer und einem Teile des Herbstes in Kassel gewesen ist. Das bezeugen die von ihren Söhnen und deren Cousine Johanne Noltenius, die inzwischen den Smidtschen Hausstand führte, an Frau Mine nach Kassel gerichteten Briefe. Diese sprechen eigentlich nur von ihrer Liebe zur Dunge, die der Bürgermeister vor einigen Jahren durch den Ankauf des Nachbargutes vergrößert hatte. Erst am 17. Oktober kehrte Smidt in Begleitung seiner Frau und Tochter und seines Sohnes Heinrich nach Bremen zurück.

Doch schon im Juni des Jahres 1830 trieb es ihn wieder nach Frankfurt, wohin er seinen Sohn Heinrich wieder mitnahm. Vielleicht ging die Fahrt schon vor sich in dem bequemen Wagen, den Smidt sich in Bremen hatte erbauen lassen, und den Sieveking 1835, als er Smidt in Hannover getroffen hatte und mit ihm zusammen nach Bremen fuhr, folgendermaßen beschrieb: „Er hat ihn sich in Bremen erbauen lassen, um damit seine Gesandtschaftsreisen zu machen. Er trägt durchaus das Gepräge seiner Persönlichkeit. Ohne den geringsten Anspruch auf Eleganz entspricht er seinem Zwecke. Ein festverschlossenes Fensterverdeck erweitert die geräumige Halbchaise. In einem Netze darüber liegen mehrere Dutzend gestopfter, angerauchter, zerbrochener und noch jungfräulicher Tonpfeifen. Für den gehörigen Vorrat des trefflichsten Kanasters, für Federspulen und Tabaksbeutel ist gesorgt. Vor den Vordersitz einnehmenden Koffern, Mantelsäcken, blechernen Aktenkasten, Eßwaren, Büchern und Zeitungen ist eine Laterne geschnallt, wie es heißt, um bei Nacht das Licht nicht zu entbehren, wahrscheinlich jedoch nur, um den Fidibus anzuzünden, eine große Uhr mit dem auf fünf gestellten Wecker hängt zur Seite. Eine solche Uhr, die zugleich repetiert,

soll in Wien nicht mehr als sieben bis acht Louisdor kosten. Du kannst Dir denken, welches Tabakgas sich in diesem, vor der atmosphärischen Luft auch beim Aussteigen auf den Stationen aufs ängstlichste geschützten Raume bildet."

Vermutlich in diesem Wagen fuhren Smidt und sein Sohn am 21. Juni über Hannover, Braunschweig, Göttingen, Kassel nach Frankfurt, Rose und Grote wurden in Hannover, Amsberg in Braunschweig, die Brüder Grimm und Heeren in Göttingen besucht; so kam man erst am 26. Juni abends in Frankfurt an. Smidt hörte sogleich, daß Fürst Metternich auf Johannisberg und Herr v. Münch bei ihm sei. Er schrieb daher an diesen, um seinen Besuch auf dem Johannisberge oder auf der Rückreise in Frankfurt anzumelden, und bekam umgehend die Nachricht, daß ihn der Fürst am 30. in Johannisberg erwarte.

Fürst Metternich erwies sich sehr liebenswürdig bei der Unterhaltung, die er mit Smidt allein hatte und die außer einigen Geschäften des Bundes, den Aufstand gegen den Herzog Karl von Braunschweig und dessen schimpfliche Flucht, den Mitteldeutschen Verein und schließlich Bremerhaven berührte. Ebenso zeigte er sich bei Tische, an dem außer seinen beiden Töchtern auch die österreichischen Botschafter in London und Paris, Fürst Esterhazy und Graf Apponyi, und noch einige andere teilnahmen. Smidt fuhr noch abends nach Wiesbaden zurück, wo er am Vormittag seinen Sohn gelassen hatte, und am nächsten Morgen so zeitig nach Frankfurt, daß er vor Beginn der Bundestagssitzung dort eintraf.

Am 1. Juli machte Smidt noch zwei Festlichkeiten mit, die beide zu Ehren Metternichs stattfanden, ein Diner bei Herrn v. Münch und ein Souper bei Herrn v. Nagler. Es folgte noch am 3. Juli ein Diner bei Rothschild. Hier war es, wo Metternich nach Tische zu Smidt sagte, er sei nie nach den Hansestädten gekommen, würde sie aber gern einmal kennenlernen, und Smidt, ohne auf die erwartete Einladung einzugehen, antwortete: „In Bremen dürften nur zwei Gegenstände Metternichs Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, ein sehr neues und ein ganz altes, Bremerhaven und die republikanische Verfassung, die von 1433 datiere und dergestalt mit der Zeit fortgeschritten sei, daß sie in ihren wesentlichen Gründzügen noch sich erhalten habe, und man sich wohl dabei fühle. Beides möchte er sonst auf diese Weise nicht leicht in Deutschland finden."

Am 24. Juli fuhr Smidt mit seinem Sohne auf dem Dampfschiff nach

Mainz, in der Gesellschaft des Historikers Aschbach, der damals noch in Bonn war. In Mainz im „Rheinischen Hof" trafen sie Clemens Brentano, „der höchst interessant war, sich unsere Zigarren gut schmecken ließ und aus alter und neuer Zeit Dichtung und Wahrheit mit gewohnter geläufiger Zunge vortrug". Am 25. fuhren sie weiter im Nachen nach Nieder-Walluf und gingen zu Fuße von da nach Schlangenbad, wo Naglers besucht wurden. Nachmittags marschierten sie weiter nach Schwalbach, wo sie an der Table d'hote außer verschiedenen Bekannten auch den ihnen noch unbekannten Paganini trafen. Den Kaffee nahmen sie mit Herrn und Frau v. Giech, einer Tochter des alten Ministers vom Stein, und anderen, und übernachteten in Schwalbach. Frühzeitig von dort aufgebrochen, erreichten sie noch vormittags Wiesbaden, wo sie neben vielen bekannten Bremern den badischen Minister v. Berstett, Herrn v. Marschall, den französischen Gesandten in Kassel, Herrn de Cabre, antrafen, der eben zum Gesandten bei dem Deutschen Bunde ernannt war. Auch den Professor Aschbach fanden sie in Wiesbaden wieder und fuhren nachmittags mit ihm zurück nach Frankfurt, wo sie um 6 Uhr eintrafen, und die genußreichen Tage abschlossen, indem sie das Theater besuchten, das auf Smidts besonderen Wunsch Goethes Bürgergeneral gab. „Sonst wären wir vielleicht in Wiesbaden geblieben, wo Paganini an dem nämlichen Abend ein Konzert gab. Übrigens trifft man diesen Strauchräuber (so nimmt er sich im Äußern wirklich aus) ja wohl sonst noch irgendwo einmal wieder an."[1])

Am 28. Juli fand Smidt abends bei Stralenheims den Herrn v. Münch, der den Moniteur vom 26. durch Kuriergelegenheit aus Paris erhalten hatte, mit den Ordonnanzen vom 25., „die wie Du Dir denken kannst, die größte Sensation machten und in ihren Folgen vielleicht welthistorisch werden können". Smidt ließ sich dadurch nicht abhalten, in der Nacht vom 29. zum 30. mit seinem Sohne nach Heidelberg zu fahren, wo ein Rendezvous mit Wangenheim stattfinden sollte.

Am 31. abends treffen in Heidelberg die ersten Nachrichten ein über die in Paris ausgebrochenen Unruhen. Nun ist Smidt wieder in seinem Fahrwasser, er kann ordentliche Berichte nach Bremen schicken, die er nicht mehr nur mit dem Besuche auf dem Johannisberge und mit den zu Metternichs Ehren veranstalteten Festlichkeiten anzufüllen braucht, sondern er kann ernstliche politische Betrachtungen anstellen, er kann

1) Aus dem Briefe Smidts an seine Frau.

selbst seiner Frau schreiben: „Was sagt Ihr zu der neuen Revolution? Hier (in Heidelberg) ist alles voll davon. Man muß nun erst absehen, welche Wendung die Dinge in Frankreich nehmen. Beruhigen sich dieselben nur irgend so, daß man keinen Krieg zu befahren hat, so habe ich alle Ursache zu hoffen, daß der nächste Monat uns dort fröhlich wiedervereinigt." Und ungefähr das gleiche schrieb er, nach Frankfurt zurückgekehrt, auch von dort an Frau Mine. „Vor vierzehn Tagen war hier alles darüber einverstanden, daß die Bundesversammlung mit dem Anfang des September Ferien machen würde. Nun aber die neue französische Revolution dazwischengetreten ist, würde es sich doch gar zu kläglich ausnehmen, wenn die Bundesversammlung auf und davon gehen wollte, ehe sie wenigstens mit einiger Zuversicht erwarten darf, daß diese Aufregung sich innerhalb der Grenzen Frankreichs beschwichtigen und den allgemeinen Frieden ungestört lassen werde. Das muß sich indes doch in vier Wochen einigermaßen näher zeigen, und einige meinen, wenn bis dahin die Sache sich nicht verschlimmert, so könnte man doch wenigstens auf zwei Monate Ferien machen."

Seine Frau aber, die fast fortwährend auf der Dunge ist und nur ab und an in Bremen, schrieb ihm zurück: „Die Politik berührt mich wenig. Daher verzeihst Du mir leicht den Wunsch, so gern Du von dort die Dinge auch aus einem höheren Standpunkte anschauen magst, sehne ich mich doch darnach, Dich hier im engen Kreise zu haben bei mir und den Kindern."

Es dauerte lange, bis dieser Wunsch erfüllt wurde. Denn Smidt war nur zu bald geneigt, die Unruhen, die die Verjagung Karls X. und die Wahl Louis Philipps in Frankreich hervorriefen, auch nach Deutschland sich verbreiten zu sehen. Und gab dazu nicht, was er in der nächsten Nähe, in beiden Hessen und in Baden erlebte, genügenden Anlaß? Bald kam auch die belgische Revolution dazu und die luxemburgischen Streitigkeiten. Seine Berichte über das alles klangen nicht gut. In einem langen Briefe, den er am 25. September an seinen Freund Rose nach Hannover richtete, läßt er alle die unruhigen Bewegungen in Deutschland und im Ausland Revue passieren und sagt zum Schlusse: „Ich fürchte diesen Kriegsausbruch nur zu sehr und halte ihn für näher, als man glaubt, wenn ihn gleich der König der Franzosen und die, welche es treu mit ihm halten, gewiß nicht wollen." In einem Berichte, den er am nächsten Tage nach Bremen schrieb, heißt es: „In Frankfurt ist noch alles ruhig, aber von fremden Emissären,

die den Geist der Unruhe zu verbreiten bemüht sind, hat man hier fortwährend Spuren, ohne ihnen hinreichend auf den Grund kommen zu können. Man findet immer mehr Ursache, anzunehmen, daß eine geheime Verbindung französischer und deutscher, namentlich preußischer Karbonari bei diesen finsteren Umtrieben wirksam sei. Die französischen Journale geben dabei die mots d'ordre an, nach denen operiert wird." Ebenso sind seine Berichte vom 27. und 28. ganz voll von Nachrichten, die aus Hessen und Baden kommen und von den Beratungen, die sie im Bundestage veranlassen. Am 8. Oktober, wo im Bundestage die beiden Hessen, Braunschweig, Baden und Luxemburg vorgenommen wurden, gab es eine besonders verworrene Diskussion, weil niemand wußte, ob in Braunschweig nun eigentlich Herzog Karl oder Herzog Wilhelm der Landesfürst sei, und wen der nassau-braunschweigische Bundestagsgesandte Herr v. Marschall eigentlich vertrete.

Inzwischen aber wurde Smidts Aufmerksamkeit mehr als gewöhnlich auch nach Bremen gerichtet. Die Bauherren und die Diakonen der bremischen Hauptkirche, des Doms, verlangten nach einer Parochie und nach Parochialrechten, und hatten dies beim Senate vertraulich angeregt. Es war eine schwierige Frage, die noch heute keine Lösung gefunden hat. Smidt hat sie zweimal ausführlich behandelt, ohne doch eine befriedigende Antwort darauf zu finden. Er hatte darauf eine Entgegnung gar nicht erwartet, er bekam aber eine, wie er sie sonst nur von dem Syndikus Sienen aus Hamburg zu erhalten pflegte. Darauf schrieb er am 5. Oktober eine vertrauliche Antwort, in der es heißt: „Durch Ihr Gleichnis mit den Zwergen haben Sie mich gezwungen, über Dinge zu sprechen, worüber ich lieber nicht spräche, da ich wohl weiß, daß man sie mir gleich zur Eitelkeit auslegt. Mit von Sienen habe ich schon meine Not, der aus seiner steifen Hamburger Peruque gar nicht herauskann und mir in jedem Briefe schreibt, da wir zu klein seien, um einen eigenen Willen geltend machen zu können, so sei es das beste, der Mehrheit sich anzuschließen. Danz will auch nichts mehr. Die Lübecker beweisen mir dagegen das größte Vertrauen, und so hatte ich als Stimmführer mit Bremen die Majorität. Nun Sie aber auch schreiben, wir Zwerge könnten doch nichts, und darum wäre es besser, ich käme zurück und betriebe die Domsangelegenheit dort, die wichtiger für uns wäre, als was ich hier aussitzen könnte, so werde ich ja wohl forciert, Ihnen zu beweisen, daß mitunter auch ein Zwerg etwas aussitzt. Denn hätte man nicht diese Möglichkeit,

so wäre es allerdings besser, ich reiste gleich nach Hause und man schickte einen Jabruder hierher. Jener logische Schluß von der Größe der Staaten auf den Einfluß ihrer Repräsentanten ist aber ganz unrichtig. Jene müssen auch alles durch einzelne Menschen machen, ihr Rat wie ihr Mut in dringenden Fällen steckt immer in einzelnen Personen. Nun bilde ich mir wahrlich nicht ein, mehr Verstand und Kenntnisse zu haben, als andere in gleicher Lage, ich rühme mich nur einer guten Portion Phantasie, die eine Naturgabe ist. Diese reizt mich auch, mir eine Menge Fälle als möglich zu denken und mich zu fragen und zu überlegen, was eintretendenfalls zu tun. Kommt nun so ein Fall, und er ist mir schon in der Phantasie vorgekommen, so weiß ich, was ich will und erschrecke nicht, während andere, bei denen die Phantasie nicht vorgearbeitet hat, nicht wissen, was sie wollen und was in dem Augenblick zweckmäßig ist. Sie begehren daher guten Rat, und wenn ich in der Lage bin, ihn zu geben und sie ihn annehmen, so ist das ein Glücksfall, über den ich mich freuen kann, wenn er der Republik zugute kommt, mir aber nichts einbilde."

Noch im selben Monat regte ein Mitglied der bremischen Bürgerschaft die konstitutionellen Fragen wieder an. Es geschah ohne Zweifel mit Rücksicht auf die in weiten Kreisen Deutschlands herrschenden Unruhen. Da aber der Senat diese Frage in seiner dem nächsten Konvente, am 7. Dezember, gemachten Proposition mit Stillschweigen übergangen hatte, so stellte dasselbe Mitglied der Bürgerschaft nunmehr den Antrag, alle sonstigen Anträge des Senats auszusetzen. Ihm fielen sofort die zahlreich erschienenen jungen Kaufleute, unter ihnen Duckwitz, bei und so wurde der Antrag mit 20 Stimmen Majorität zum Beschlusse erhoben.[1]) Nun mußte die Bürgerschaft in kurzer Zeit zum zweitenmal, es geschah am 17. Dezember, versammelt werden, um die anderen Anträge des Senats noch vor Jahresschluß zur Beratung zu bringen und die Verfassungssache auf Grund einer ausführlichen Mitteilung des Senats weiterhin auszusetzen. Dieses Mal waren hundert und einige sechzig Mitglieder zum Konvente erschienen.[2])

Wenige Tage nach diesem Konvente kam endlich Smidt wieder in Bremen an. Er war anstatt zwei Monate sechs Monate in Frankfurt geblieben, hatte von dort auch nicht bloß Johannisberg und Heidel-

[1]) Nach Hermann Smidts Mitteilungen an den Vater gerichtet, 8. Dezember, nach Frankfurt.

[2]) Nach desselben Mitteilung an den Vater gerichtet, 20. Dezember, nach Hannover.

berg, Schlangenbad und Schwalbach besucht, sondern das schöne Sommerwetter auch benutzt, um Koblenz und Ems, wo die Frau Rumpf besucht wurde, ferner auch Bonn wiederzusehen, wo außer August Wilhelm Schlegel und Ernst Moritz Arndt jetzt auch Bethmann Hollweg, seit einem Jahre Bonner Professor, und Smidts Landsmann, der Botaniker Ludolf Treviranus, aufgesucht werden konnten, der erst kürzlich seine Professur in Breslau mit einer in Poppelsdorf vertauscht hatte.

In Bremen gehörte es zu Smidts ersten Aufgaben, den Vorschlag über die konstitutionellen Fragen fertigzustellen. Er sollte in dem ersten Konvent vorgelegt werden, einer Deputation, zu der der Senat fünf seiner Mitglieder unter dem Vorsitze Smidts erwählte. Der Konvent fand am 8. Februar 1831 statt. Die Bürgerschaft wählte dazu neun ihrer Mitglieder, forderte aber, daß die vierzehn der Deputation angehörigen Personen sich eidlich verpflichten sollten, „über ihre Beratungen oder deren Gegenstände, bis ihre Resultate dem Konvente vorgelegt worden, niemand, weder einer Person noch einem Kollegium oder einer sonstigen Behörde Bericht zu erstatten oder irgend Weisungen und Instruktionen weder direkt noch indirekt einzuholen und anzunehmen". Diese seltsame Maßregel hat wahrscheinlich erheblich mit verschuldet, daß auch dieser erneute Versuch, eine zeitgemäße Verfassung zu schaffen, mißlang. Den Ansichten der jüngeren Welt entsprach es gewiß nicht, daß die Deputation in völliger Isolierung ihr wichtiges Werk ausarbeiten sollte. Nur, wenn sie in lebendigem Verkehre mit allen Kreisen der Bürgerschaft stand, wenn sie ihre Ansichten und Absichten von Zeit zu Zeit der öffentlichen Beurteilung vorlegte, war zu hoffen, daß es ihr gelingen werde, eine den Bedürfnissen der Zeit genügende Verfassung zustande zu bringen. Aber, wenn man gehofft hatte, durch den allen Mitgliedern der Deputation abverlangten Eid um so freier zu sein, so traf man damit nur den Mann, der damals Tun und Lassen in Bremen war, und schlug sein Werk nieder, ehe es ausgereift war.

Smidt hat nichtsdestoweniger an der neuen Verfassung eifrig gearbeitet, wie er denn am wenigsten zu den Männern gehörte, die eine Arbeit nur unternehmen, um sie als Deckung für den Rückzug zu den Zuständen zu benutzen, die angeblich durch jene Arbeit überwunden werden sollen. Aber gewiß ist auch, daß Smidt den Augenblick, in dem die Gemüter von einer tiefen Bewegung ergriffen sind, für den un=

günstigsten hielt, um ein dauerndes Werk zu schaffen, daß er daher dessen Vollendung gerne verzögert hat bis „durch den Stillstand der unlängst auch in Deutschland vorwaltenden Bewegung einer unbefangenen Würdigung aller einschlagenden Verhältnisse hinreichender Raum zugeführt war".[1])

Smidt hatte sich schon, während er mit dem Großen Hauptquartier nach Paris unterwegs war, namentlich in Paris selbst, noch mehr alsdann in Wien und in den ersten Jahren in Frankfurt eifrig mit der Verfassung beschäftigt, er wußte genau, was er wollte. Er wollte eine auf wesentlich breiterer Basis beruhende Bürgerschaft, wollte womöglich die Justiz von der Verwaltung gänzlich getrennt, wollte die Regierungsgewalt des Senats möglichst verstärkt haben. Das waren die hauptsächlichsten Forderungen, die er an die revidierte Verfassung stellte. Als die wichtigste aber erschien ihm die dritte, und gerade über die hatte er die ernstlichsten Kämpfe mit den bürgerlichen Deputierten zu bestehen. Smidt begleitete den am 25. Mai 1837 beendeten Entwurf der Verfassung mit einer Einleitung und mit Motiven zu zahlreichen Einzelbestimmungen, die seinen subjektiven Anschauungen eine historische Begründung geben sollten.

Als nun der Senat oder Smidt — denn es ist einerlei, wer den Fehler beging — gegen den Wunsch der Bürgerschaft dieser die Einleitung mit dem Entwurfe und den zugehörigen Gesetzen mitteilte, da war die Geduld der bürgerlichen Deputierten erschöpft. Sie sahen sich zu einem Protest veranlaßt, an dessen Schluß es hieß: Der Entwurf sei endlich durch Einstimmen und Überstimmen, unter Ermüdung und Vorhalten so zustande gebracht, wie er vorliege.

Der Erfolg dieser Erklärung war, daß die Bürgerschaft niemals mit einem Worte auf diesen Entwurf eingegangen ist. Er ruhte, bis nach elf Jahren die Revolution ihn weckte, um aus seinen Prämissen eine völlig entgegengesetzte Ordnung der Staatsgewalten herauszuziehen. Es war wohl die schwerste, vielleicht die einzige Niederlage, die Smidt erlebte.

Wir sind den Tatsachen etwas vorausgeeilt. Ehe es zu diesem unglücklichen Ende der Verfassungssache kam, hatte Smidt als Vertreter der vier freien Städte noch eine Reise nach Wien machen müssen. Die Einladung dazu war von Wien mit Zustimmung Berlins ausgegangen und lautete, ohne jede nähere Bezeichnung der Gegenstände, die

[1]) Aus dem von Smidt 1837 verfaßten Begleitbericht zu der Verfassung.

besprochen werden sollten, einfach dahin, die sämtlichen deutschen Staaten, doch die in der engeren Bundesversammlung nur kurienweise vertretenen, auch jetzt nur durch eine Gesamtstimme, möchten zum 1. Januar 1834 einen Vertrauensmann nach Wien senden. Für die freien Städte hieß das: schickt Smidt, denn niemand anders erfreute sich bei ihnen allen eines so allgemeinen Vertrauens. Als Smidt auf der Reise nach der Donaustadt anderthalb Tage in Hannover rastete und in Frankfurt einen Aufenthalt von drei bis vier Tagen nahm, ergab sich, daß man auch dort wie hier nichts Näheres über die Konferenzen wußte. Was in Frankfurt noch lebhafter, als die Wiener Konferenzen interessierte, waren die Folgen eines Aufruhrs, der am 3. April 1833 geherrscht hatte, eines Aufruhrs, der freilich nach kurzer Zeit durch das Gendarmeriekorps unterdrückt worden war, der aber doch in den Kreisen des Bundestages durch die Bedrohung einzelner Mitglieder mit dem Tode noch lange eine zitternde Bewegung wachhielt. Man behauptete nicht ohne Grund, daß der dortige Senat die Sicherheit der Bundesgesandten nicht verbürgen könne und hatte sich deshalb schon mit dem Gedanken vertraut gemacht, den Bundestag nach einem Orte außerhalb Frankfurts zu verlegen. Smidt geriet dadurch in eine üble Lage. Als Gesandter der Stadt Frankfurt und gleichzeitig Mitglied des Bundestages fühlte er sich verpflichtet, nach beiden Seiten hin Versuche zum Ausgleich zu machen. Er sollte ihm das indes nicht gelingen, was einerseits an dem Eigensinne des Frankfurter Senats lag, andererseits aber an dem Umstande, daß der Präsidialgesandte der Bundesversammlung, Graf v. Münch-Bellinghausen, schon seit geraumer Zeit in Wien war und, wie man sich in Frankfurt erzählte, auch gar keine Neigung zeigte, dahin zurückzukehren.

So mußte sich Smidt entschließen, nach Wien weiterzureisen, ohne diese Sache in den rechten Gang gebracht zu haben. Am 29. Dezember traf er mit seinem Sohne Heinrich dort ein. Die ganze Reise wurde mit Ausnahme eines Tages unter fortwährenden heftigen Regenstürmen zurückgelegt. Vater und Sohn konnten indessen noch zufrieden sein, daß sie ohne Unfall und ohne ernstliches Unwohlsein die weite Fahrt überstanden hatten. Eine Privatwohnung war, dank der Fürsorge des Herrn v. Pilat, schon seit vierzehn Tagen für die Smidts gemietet, so daß sie gleich am nächsten Tage dahin übersiedeln konnten. Die Mölker Bastei zeichnete sich nicht nur durch helle freundliche

Zimmer aus, sondern auch dadurch, daß sie in der Nähe der Staatskanzlei lag, wo voraussichtlich die Sitzungen stattfinden würden. Überdies wohnte ein Smidt längst bekannter und befreundeter Mann, der königlich sächsische Bevollmächtigte Freiherr v. Minkwitz, in einem Flügel desselben Gebäudes.

Am 31. Dezember 1833 machte Smidt seinen ersten Besuch bei dem Fürsten Metternich, der ihn mit gewohnter Freundlichkeit empfing und ihm sagte, er habe den Regierungen der Bundesstaaten nur den Vorschlag gemacht, Bevollmächtigte von erprobtem Vertrauen und hinreichender Kunde der besonderen Lagen und Verhältnisse ihrer Länder zu senden. Er äußerte sich besonders zufrieden über den Bevollmächtigten der freien Städte. Er hoffte bei den Verhandlungen auf gegenseitiges Vertrauen, Offenheit und Diskretion rechnen zu können. Nachdem die sämtlichen Bevollmächtigten in Wien eingetroffen waren, unter ihnen statt des anfänglich erkrankten Ancillon der Graf Albrecht v. Alvensleben, der auch nach Ancillons Genesung auf dessen Wunsch noch in Wien verblieb, wurden die Konferenzen am 13. Januar eröffnet. Wie es mit ihnen bestellt war, ergibt am deutlichsten ein Brief Smidts, der zunächst durch Kuriergelegenheit nach Frankfurt an Bürgermeister Thomas und der dann weiter an Senator Heineken nach Bremen ging. In diesem Schreiben vom 30. Januar 1834 heißt es: „Daß es mit der Veranlassung der hiesigen Konferenzen ziemlich so zusammenhänge, wie wir es in Frankfurt auguriert haben, scheint sich mir immer mehr zu bestätigen, und daher begreift sich's auch, daß wenig oder nichts vorbereitet ist, selbst nicht einmal durch Verabredung mit Preußen. Es nimmt wieder den Gang wie 1819/20, wo man auch vorher über allerlei gesprochen hatte, und es sich doch erst bei den hiesigen Arbeiten und durch dieselben ergab, was herauskam. Fast jeder ist mit dem Gedanken hierher gekommen, daß man vorgelegte Arbeiten zu kritisieren haben dürfte, nicht aber mit dem, daß er selbst schaffen helfen solle. Man kann aber nicht unverrichteter Sache wieder fortgehen und muß also daran die Aufgabe zu lösen, sich über Prinzipien einzuverstehen, nach denen man regieren will, damit nicht aus Furcht oder Popularitätslust, der eine heute dies und der andere morgen das nachgebe, nur um Ruhe zu bekommen."

So geschah es, daß auf des Fürsten Metternich Vorschlag anfänglich fünf Abteilungen gebildet wurden, zu denen später noch einige andere hinzutraten, und daß jede mit einem bestimmten Personal besetzt wurde,

doch mit der Freiheit auch aus anderen Abteilungen sich zu ergänzen. Die erste Abteilung stand anfangs unter der Leitung des Bayern, Freiherrn v. Giese, der aber schon bald durch den Herrn v. Mieg ersetzt wurde, weil jener zur Eröffnung der bayrischen Ständeversammlung nach München zurückkehren mußte. Smidt, der von Beginn an zu dieser Abteilung gehörte, hat auch später in ihr und bis zum Schlusse eine bedeutende Rolle gespielt. Das war namentlich der Fall, seit er die siebzehn Stimmen der engeren Bundesversammlung in Verbindung gebracht hatte mit dem zuerst von ihm sogenannten Schiedsrichteramte. Er wünschte bei Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen so zu verfahren, daß jede der beiden Parteien zwei ausgezeichnete Männer, einen der zehn Jahre lang in der Verwaltung und einen der ebenso lange in der Justiz tätig gewesen sei, zu Schiedsrichtern erwählt würden. Diese Schiedsrichter oder Spruchmänner, wie sie Herr v. Mieg lieber benannt sehen wollte, sollten auf acht Jahre gewählt werden. Man fand dies aber viel zu lange, namentlich wenn man ihre Namen bekanntmachen wollte. Einen Mann, der als ausgezeichnet vielleicht schon weit und breit in Deutschland bekannt sein mochte, der aber nun erst recht die Aufmerksamkeit auf seinen Namen gerichtet sehen würde, und dieses acht Jahre lang, das schien manchem unerträglich. Die Sache ging zurück an die Kommission, die sie bearbeitet hatte. Und hier sah man wohl ein, daß acht Jahre viel zu weit gegriffen seien, man schränkte die Zeit auf die die Schiedsrichter gewählt werden sollten, auf drei Jahre ein. Aber auch ihre Namen nicht bekanntzumachen, wie von manchen Seiten vorgeschlagen worden war, konnte man sich nicht entschließen. Als in einer neuen Plenarsitzung der Gegenstand wieder aufgenommen wurde und Smidt für die erste Kommission zufällig das erste Wort erhielt, da sprach er sich gegen Metternich und Ancillon und zwei oder drei andere so bestimmt für die Öffentlichkeit der Namen der Schiedsrichter aus, daß kaum noch einer der Bevollmächtigten sich anders zu äußern wagte.

Smidt aber war vollkommen überzeugt, daß mit der gesuchten Heimlichkeit das Ganze allen Kredit verlieren würde. Er führte deshalb aus, was denn die würdigen Männer denken sollten, denen man zumute, ganz anonym einen wichtigen Spruch abzugeben. Jede Verheimlichung ihrer Namen werde Zweifel an ihrer Gediegenheit erregen, werde dem Mißtrauen von vornherein Nahrung verschaffen, und es werde gerade zu den besorgten Verdächtigungen führen. Während die

vertrauensvollste Offenheit in dieser Sache dem besseren Teile des Volkes nur zusagen könne und, auf den deutschen Nationalcharakter berechnet, eine wohltätige Wirkung gewiß nicht verfehlen werde.

Bei der Abstimmung ergab sich dann, daß nahezu zwei Drittel der Versammlung für die Offentlichkeit gewesen sei. Smidt hatte einen großen Triumph gefeiert. Nichtsdestoweniger fuhr er noch abends spät zu Metternich, um sich zu vergewissern, daß der Fürst ihm nichts übelgenommen habe. Er fand ihn in der besten Stimmung, wurde von ihm in sein Kabinett begleitet, wie er das gewöhnlich tut, wenn er mit jemand ein vertrauliches Wort zu wechseln wünscht. Er fing gleich von der Sache an und sagte geradezu: nun die Offentlichkeit beschlossen sei, so sei ihm auch das im Grunde ganz recht, so wie er das Geheimnis, wenn das beliebt wäre, ernstlich hätte bewahren wollen. Man müßte nichts halb tun, dabei komme man immer schlecht weg. Er erzählte mir dann noch etliche politische Neuigkeiten, und wie ich ihn bat, er möge mir doch sagen, ob er über die Verhältnisse Frankfurts noch etwas in die Konferenz zu bringen beabsichtige, da erwiderte er, geschehen müsse etwas in der Sache, es gelte ein Mittel zu finden, um die Sicherstellung der Bundesversammlung mit der Selbständigkeit Frankfurts in Harmonie zu bringen. Er wolle mit Graf Münch die Sache überlegen und mich dann einladen, an dieser Überlegung teilzunehmen.

Von den übrigen Dingen, die in Plenarsitzungen vorgetragen wurden, interessierten Smidt hauptsächlich die Handelssachen, die so wenig wie die schiedsrichterliche zu dem ursprünglichen Programm gehörten. Sie wurde erst nachträglich durch Herrn v. Ompteda, den hannoverschen Bevollmächtigten angeregt, aber auch dann nicht wie eine extraordinäre Sache behandelt, sondern wie eine gewöhnliche Bundessache angesehen. So ging es auch verschiedenen anderen Angelegenheiten, die wie die Presse, der Nachdruck, die Universitäten usw. schon früher in gesetzliche Schranken genommen worden waren und jetzt nur neuen Anlaß dazu gaben.

Am 14. Juni 1834 war die Ministerialkonferenz beendigt, sie hatte also fünf Monate gedauert. Smidt ließ fast bei allen Teilnehmern ein gutes Andenken zurück, das beste vielleicht bei dem Fürsten Metternich. Das beruhte auf Gegenseitigkeit, denn sooft nur der Name Metternich von Smidt genannt wurde, geschah es mit Auszeichnung oder mit Hervorhebung seines außerordentlichen Präsidialtalents.

Über Prag und Dresden, Berlin, Lübeck und Hamburg machte Smidt die Rückreise nach Bremen, wo indes nur ein Aufenthalt von ungefähr einem Monat genommen werden konnte, weil dann wieder in der Bundestagsversammlung die Stimmführung für Bremen einsetzte. Als indes Smidt am 18. August zu diesem Zwecke in Frankfurt eintraf, fand er den Grafen Münch noch keineswegs dort, es dauerte vielmehr noch länger als zwei Monate, bis er endlich ankam. Und nun erst konnten die Abmachungen der Wiener Konferenzen am Bundestage vorgenommen werden, und zwar zunächst die das schiedsrichterliche Institut betreffenden Artikel. Da diese bei der Ratifikation von sämtlichen Stimmen einfach gutgeheißen waren, so lag nichts im Wege sie zum Bundesgesetze zu erheben, was nur bei Stimmeneinhelligkeit geschehen konnte. Nachdem dies vollzogen war, wurde in der engeren Versammlung die Wahl der Spruchmänner in die Wege geleitet, und für diese der 15. Dezember als Schlußtermin gesetzt. Man hoffte noch, bei Innehaltung dieses Termins die Gesamtliste der Spruchmänner am 1. Januar 1835 publizieren zu können. Aber es fehlten am 18. Dezember noch die Anzeigen von Österreich, Preußen, Holstein und von der 15. Stimme. Von diesen gingen im Laufe der nächsten Woche nur Österreich und die 15. Stimme ein, während Preußen und Holstein nach wie vor ausblieben.

Obwohl Syndikus Sieveking am 3. Januar 1835 eine Stunde vor Anfang der ersten Sitzung des Jahres glücklich in Frankfurt angekommen und damit die Stimmführung für die freien Städte von Bremen auf Hamburg übergegangen war, blieb Smidt noch bis zum Ende des Monats in Frankfurt, wo ihm seine Frau schon seit längerer Zeit Gesellschaft geleistet hatte. So war Smidt, mit Unterbrechung von wenig mehr als einem Monat länger als ein Jahr von Bremen entfernt gewesen. Es war hohe Zeit, daß er dahin zurückkehrte, um namentlich sein wichtigstes Geschäft, die Neugestaltung der Verfassung wiederaufzunehmen. Mit welchem Erfolge oder vielmehr Mißerfolge das geschah, haben wir bereits gehört.

Als Smidt im Jahre 1838 sich wieder nach Frankfurt begab, fand er durch die Thronbesteigung des Königs Ernst August eine tiefe Erschütterung in Hannover. Der Auflösung der Landstände, der Degradierung der Minister mit Ausnahme des einzigen Scheele, folgte unmittelbar die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von 1833. Der Magistrat und die Alterleute von Osnabrück, die Osnabrücker Land-

gemeinden, die Stadt Hildesheim, die Stadt Esens und andere freisinnige Gemeinden fanden sich bald veranlaßt, sich klagend an den Bundestag zu wenden. Hier aber traten die beiden deutschen Großmächte und manche andere Staaten auf Ernst Augusts Seite oder wiesen doch die klagenden Kommunen ab. Schon Ende August 1839 rühmte sich der König, er habe seinen Prozeß in Frankfurt gewonnen. Wenn auch Smidt als Stimmführer der freien Städte es nicht für angemessen hielt, sich vor den monarchischen Staaten vorzudrängen, sondern solange wie möglich mit seiner Abstimmung zurückzuhalten, so machte doch das Schicksal der sieben Göttinger Professoren und ganz besonders der drei Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus, die die Landesverweisung betroffen hatte, auf ihn einen viel stärkeren Eindruck, als was im Bundestag vorging.

Zwei Todesfälle berührten Smidt im Jahre 1838 schmerzlich. Im August starb plötzlich sein alter Freund Reinhold, der sich ganz nach Hamburg zurückgezogen hatte, nachdem er 1832 in den Ruhestand getreten war. Smidt hatte noch vor vierzehn Tagen einen seiner gehaltvollen Briefe empfangen und war im Begriffe ihn zu beantworten, als er durch den Syndikus Banks die Todesnachricht erhielt. Noch ungleich tiefer wurde er aber betroffen, als am 1. November der Bürgermeister Thomas in Frankfurt vom Tode dahingerafft wurde. „Von dem herben Geschick,“ schreibt Smidt, „welches uns hier durch den plötzlichen Verlust des trefflichen Thomas betroffen hat, konnte ich im ersten Schmerze nur dunkle Mitteilungen machen, die ich meinem Sohne auftrug. Frankfurt hat seinen besten Bürger an ihm verloren und ich einen Freund, mit dem ich alles teilen konnte, was mir das Herz und den Geist bewegte.“ Noch zwei oder dreimal kommt er auf den Tod des Mannes zurück, der ihm in den letzten Jahren so nahe gestanden hatte wie nur die Freunde der Jugendjahre. So sagt er z. B., im Begriffe zu seinem Freunde Wangenheim nach Koburg abzureisen, am 14. Dezember: „Auch ist es mir ein dringendes Bedürfnis, mich einmal nach alter Weise über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in Ruhe mit ihm (Wangenheim) auszusprechen, zumal mir das seit des unvergeßlichen Thomas Verlust hier in dem Grade, wie ich es mit diesem gewohnt war, nicht mehr zuteil geworden ist.“

Nachdem er den Besuch bei Wangenheim in Koburg ausgeführt und am 25. Dezember morgens in aller Frühe bei Perthes in Gotha

eingetroffen war, schreibt Smidt von hier aus an Heineken: „Daß mir die sieben Tage in Koburg wie sieben Stunden verflossen sind, können Sie sich denken. Außer zum Herzoge, zu dem Minister Carlowitz und dem Prinzen von Reuß, bin ich nicht aus dem Hause meines Freundes gekommen. Morgen denke ich nach Weimar zu fahren, dort wenigstens einen Tag zu bleiben, dann nach Jena, wo ich den Herren, die mich vor zehn Jahren unverdienterweise mit dem Doktorhut beschenkten, doch einen Tag widmen muß, und dann von da über Leipzig, Braunschweig und Hannover nach Hause."

Während der Verhandlungen über den Elsflether Zoll hatte Smidt eine scharfsinnige Entwicklung der rechtlichen Natur der Flußstraßen niedergeschrieben; diese war einige Jahre später in die Hände der juristischen Fakultät der einzigen Hochschule, die er besucht hatte, geraten und hatte der Fakultät Anlaß gegeben, Smidt ehrenhalber zum Doktor juris zu erheben. Aber erst jetzt, zehn Jahre nach jener Ehrung, fand er Zeit und Gelegenheit seinen Dank der Fakultät auch mündlich auszusprechen.

Noch einen Mann gab es in Jena, den zu besuchen Smidt mutmaßlich nicht unterlassen hat. Er war der dort im Exil lebende Dahlmann.

Elftes Kapitel

Smidt und Duckwitz, Bürgermeister-Jubiläum

Smidt hatte das Jahr 1839 zum größten Teil in Bremen, zum kleineren in Frankfurt zugebracht und von hier aus einen kurzen Ausflug nach Stuttgart gemacht, wo in diesem Jahre die Generalkonferenz des Zollvereins stattfand. Smidt, wenn auch hieran nicht beteiligt, nahm doch neuerdings an der Zollvereinspolitik das größte Interesse. Im nächsten Frühjahr führte ihn ein ähnlicher Zweck nach Berlin, wohin er den jungen Kaufmann Duckwitz mitnahm, weil er des Beirats eines Sachverständigen bedurfte. Es galt nämlich eine Zollerleichterung für Zucker und Reis zu erlangen, die sehr zum Schaden Bremens, Hamburg und sogar Holland schon zugestanden war. Man erkannte in Berlin das Bremen angetane Unrecht und war bereit, einen ähnlichen Vertrag wie mit Holland auch mit Bremen abzuschließen. Bei dieser Gelegenheit hörte Smidt in Hannover, daß man dort jetzt bereit sei, eine Eisenbahn auf Staatskosten nach Harburg zu bauen. Er erinnerte sich daran, daß er schon vor dreizehn Jahren bei seinen Verhandlungen über Bremerhaven gelegentlich auch einer Eisenbahn von Braunschweig nach Harburg einerseits, nach Bremen andererseits gedacht hatte. Jetzt ließ ihn dieser Gedanke nicht wieder los. Vor der Reise nach Berlin schon hatte er in Duckwitz einen Mann kennengelernt, der ihm ähnlich war in der praktischen Erfassung von Dingen. Diesen beschloß er zur Hilfe zu gewinnen zunächst für die Eisenbahnsache. Duckwitz wurde am 2. November 1840 zum Altermann der Kaufmannschaft gewählt und schon dreieinhalb Monate später, am 16. Februar des folgenden Jahres, wohl nicht ohne Einwirkung Smidts zum Senator. Nun standen die beiden Männer sich möglichst nahe; Smidt avancierte zum väterlichen Freunde, Duckwitz zum stets getreuen Helfer, und das hat gedauert bis zu Smidts Ableben. Wie manche Ideen haben sie nicht gemeinsam gehegt und ausgeführt, so daß man von diesem Zeitpunkt manchmal im Zweifel sein kann, welchem von beiden die erste Anregung zufällt. Das erste,

das nach langem Mühen gelang, war die Eisenbahn nach Hannover, die auf gemeinsame Kosten von Bremen und Hannover gebaut wurde. Der Vertrag über dieses gemeinsame Unternehmen wurde am 14. April 1845 in Nienburg abgeschlossen. Nominell war Smidt mit dem Abschlusse betraut, in Wirklichkeit aber waren es Duckwitz und des Bürgermeisters zweiter Sohn, der damalige Archivar Heinrich, die als bremische Kommissare den Vertrag abschlossen und unterzeichneten. Ein zweites ursprünglich von Duckwitz ausgehendes Unternehmen war ein Handels- und Schiffahrtsbund, der womöglich sämtliche Staaten Deutschlands umfassen sollte, um wenigstens auf diesem Gebiete Deutschland als eine Einheit dem Auslande gegenüberzustellen. Er hatte diesen Gedanken schon in mehreren Denkschriften ausgeführt und dem Senate vorgelegt, als Smidt ihn ergriff und veranlaßte, daß die Schrift vom 8. November 1844 einer Anzahl einflußreicher Staatsmänner Deutschlands zugesandt wurde. Dies hatte zur Folge, daß im Frühjahr 1847 in Bremen Kommissare Preußens und Hannovers erschienen, die mit Duckwitz dessen Arbeit durchsprachen. Doch blieb die Sache liegen teils wegen des mangelnden Interesses Preußens, teils auch weil das Jahr 1848 andere Dinge in den Vordergrund schob. Um so größeren Erfolg hatte dagegen ein drittes Unternehmen, das gleichfalls ursprünglich in Duckwitz' Haupte entstanden, doch sobald er davon hörte, auch in Smidt zündete. Es war das amerikanische Dampfschiffsunternehmen nach einem Hafen des europäischen Kontinents. Wenn Duckwitz und Smidt dafür Bremerhaven vorschlugen, so mußten sie das gegen Havre, Antwerpen, Rotterdam, Glückstadt (für Dänemark) und Lissabon erkämpfen. Aber es gelang mit Hilfe des amerikanischen Konsuls A. Dudley Mann und des bremischen Kaufmanns C. T. Gevekoht, der in Baltimore etabliert gewesen war und von der Zeit her viele persönliche Beziehungen in den Staaten hatte. Kaum hatte Smidt dies erfahren und daß Gevekoht kein Geschäft mehr habe und in jeder Hinsicht geeignet sei für eine Sendung nach Amerika, so rief er: „Holen Sie ihn mir sogleich her, er muß mit dem nächsten Steamer weg." So rasch war der bald Zweiundsiebzigjährige noch immer mit seinen Entschlüssen. Es dauerte wenige Tage, so saß Gevekoht, mit Kreditiven an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgerüstet, auf einem Dampfer der Cunardlinie von Liverpool nach Newyork, wo er bald nach Mitte Dezember 1845 eintraf. Während nun in Amerika Gevekoht und der dahin schon im Frühjahr mit dem

bremischen Ehrenbürgerbrief in der Tasche zurückgekehrte Konsul Mann eifrig für die Verwirklichung des Unternehmens arbeiteten, waren auch im diesseitigen Gebiete mancherlei Vorkehrungen zu treffen. Das Fahrwasser der Weser bedurfte der Verbesserung und dafür der Zustimmung Hannovers, ein Postvertrag war vorzubereiten, um ihn demnächst mit Amerika abzuschließen, wünschenswert war, daß die hauptsächlichsten Erzeugnisse Amerikas, wie Tabak, Baumwolle, Reis und Tran, von den hannoverschen Transitzöllen befreit wurden. Duckwitz hatte genug zu tun, wenn er das alles rechtzeitig fertigstellen sollte. Am meisten Mühe aber hatte er voraussichtlich mit dem Postvertrag, weil er darin noch gar keine Erfahrung hatte. Er wurde indessen beruhigt, als ihm Smidt zusagte, ihm eine Instruktion geben zu wollen. Als er Smidt deshalb aufsuchte, so lautete die Instruktion: „Nehmen Sie sich in acht, ein Postvertrag ist ein Vertrag mit dem Satan; man glaubt, man erlangt was, und hat doch am Ende nichts!"

In Amerika ging die Sache gut, wie es schien, bis auf die Zeichnung der Aktien. Hier stockte sie. Auf dringendes Zuraten Gevekohts mußte erst Deutschland zu Hilfe kommen. Bremen ging voran und zeichnete auf Smidts und Duckwitz' Antrag 100 000 Dollars, Preußen und andere folgten nach, und so kamen aus Deutschland beinahe 300 000 Dollars zusammen.

Mit dieser Unterstützung konnte man wenigstens zwei von den vier Dampfern, die ursprünglich gefordert waren, in Bewegung setzen. Als der erste, „Washington" genannt, auf der Bremerhavener Reede ankam, am 19. Juni 1847, wurden sein Kapitän und der Abgesandte des Generalpostmeisters der Vereinigten Staaten und die Passagiere, unter denen einige Zeitungsreporter sich befanden, dort festlich begrüßt, ebenso in Bremen, als sie mit einem der kleinen Flußdampfer dahin geleitet waren. Hier empfing sie, umgeben vom Senate, der Präsident Smidt, dessen ausdrucksvolle Züge, von dichtem weißem Haupthaar umrahmt, manche der Amerikaner an ihren Präsidenten Jackson erinnerten. Man führte die Gäste auf das Rathaus, wo bei dem Diner Smidt sie mit einem Trinkspruch auf die Vereinigten Staaten begrüßte und als Geschenk der Staaten an Bremen ein großes Modell des „Washington" entgegennahm.

Wir sind, um die von Smidt gemeinsam mit Duckwitz geplanten und ausgeführten Unternehmungen nicht zu unterbrechen, etwas vorausgeeilt und müssen jetzt noch einiges, was Smidt allein angeht, nach-

holen. Während er im Jahre 1842 in Frankfurt weilte, wurde dort bekannt, daß der König und die Königin von Preußen im Spätsommer nach Köln kommen würden, um die Wiederaufnahme des Dombaus in feierlicher Weise zu beginnen. Smidt war sofort entschlossen, auch nach Köln zu fahren, um dem Königspaare seine Aufwartung zu machen und dem Dombaufest beizuwohnen. Nachdem er den König und die Königin bald nach ihrer Ankunft begrüßt hatte, war er am nächsten Tage bei der feierlichen Grundsteinlegung für den Neubau und der bei dieser Gelegenheit vom Könige gehaltenen vortrefflichen Rede zugegen und nahm an dem Diner teil, das in mehreren Zelten in der Nähe des Doms eingenommen wurde.

Zwei Jahre später, im September 1844, fand in Bremen die Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte statt, zu deren erstem Geschäftsführer Smidt gewählt war, weil es derzeit in Bremens Mauern keinen berühmten Naturforscher mehr gab. Zum zweiten Geschäftsführer, dem die Hauptarbeiten bei der Tagung zufielen, hatte man einen Enkel von Olbers,[1]) den Dr. med. Gustav Woldemar Focke, gewählt. Bei einer Fahrt nach Bremerhaven fungierte der Kapitän Johann Wilhelm Wendt als Festordner. Von ihm sagte dort Smidt in einer kurzen Ansprache: „Es wird den Herren allen interessant sein, zu erfahren, daß unser junger Freund Kapitän Wendt schon viermal die Welt umsegelt hat." Eine Mitteilung, die damals allgemeines Aufsehen erregte. Für Wendt hat sich Smidt auch weiter interessiert und beigetragen, als er am 1. Januar 1847 den Betrieb des ersten für den praktischen Dienst bestimmten elektrischen Telegraphen eröffnete.

Smidt ist in den vierziger Jahren wiederholt für die Freiheit der bremischen Kirchengemeinden eingetreten: 1841 hatte der Pastor Mallet von der Stephanikirche in dem von ihm redigierten „Bremer Kirchenboten" gewaltig gegen den Pastor Paniel von der Anschariikirche geschmäht, weil er in ihm das Haupt des Neurationalismus sah. Die Bauherren der Anschariikirche beklagten sich darauf im August über Mallet beim Präsidenten Bürgermeister Smidt, der zugleich Vorsitzender der kirchlichen Kommission war. Dieser zitierte Mallet vor jene Kommission und ließ ihm eine ernste Verwarnung zukommen. Drei Wochen danach beschwert sich Mallet beim Senat über Smidt in einer sehr langen Eingabe, in der er die Tatsachen mannigfaltig verdreht. Zum

[1]) Olbers war am 2. März 1840 gestorben.

Beispiel hatte Smidt gesagt, die Regierung werfe sich nicht zum Richter in dogmatischen Streitigkeiten auf; Mallet überträgt das in seiner Eingabe vom 29. August: die Regierung kenne kein Dogma. Smidt stellt nur die Tatsachen richtig, weil eine förmliche Untersuchung hier und in ganz Deutschland ein unliebsames Aufsehen erregen würde, und er begnügt sich damit, Mallet nochmals ernstlich zu verwarnen.

Im Herbst 1844 ließ der Pastor Nagel, angeregt durch die Versammlung der Naturforscher, in dem Sonntagsblatt der Weserzeitung „Einiges über den Einfluß der Naturwissenschaften auf Religion und Volksbildung" erscheinen. Dieser Artikel führte zu einem heftigen Kampfe zwischen der bibelgläubigen und der freisinnigen Partei. Es kam schließlich so weit, daß das Ministerium Nagel aus seinem Schoße ausstieß und Miene machte, seine Absetzung zu beantragen. Da trat seine Gemeinde für ihn ein und suchte den Schutz des Senates für ihren Prediger nach. Der Senat aber erließ am 30. Juli 1845 den von Smidt verfaßten Beschluß: „daß, da sogenannte Glaubensgerichte im bremischen Freistaate ordnungsmäßig nicht beständen, es auch keiner Behörde gestattet sei, sich eigenmächtig dazu aufzuwerfen. Pastor Nagel könne und dürfe nicht vom Ministerium ausgeschlossen werden, und dieses werde keine Sitzung halten, ohne ihn dazu einzuladen". So war durch Smidt und Nagel der Freiheit der bremischen Kirchengemeinden für alle Zukunft die Bahn gebrochen.

Aber Smidt hat auch zwei ganz neue Kirchen erbaut, die zu Bremerhaven und die zu Mittelsbüren. Die erste ist ein völliger Neubau, zu dem der Grundstein am 29. Mai 1846 gelegt wurde, aber der Bau mußte bald sistiert werden, weil sich Risse in ihm zeigten, erst 1853 wurde er wieder aufgenommen und 1855 zu Ende geführt. Die zweite Kirche ist ein Bau, der an die Stelle eines sehr alten getreten ist, und wurde 1846/47 errichtet. Er liegt recht hübsch auf der Kappe des Deiches, heute von Bäumen umgeben. Die Kirche führt den Namen der „moderlosen" schon seit Jahrhunderten, ohne daß es gelungen wäre, das Rätsel des Namens sicher zu lösen. Smidt hat der Weihe des Grundsteins der Bremerhavener Kirche beigewohnt und dabei nicht nur eine längere Rede gehalten, sondern dazu auch einen Kirchengesang gedichtet. Gewiß ein Zeugnis seiner Liebe zu der von ihm gegründeten Stadt. Wir führen hier aus dem zehn Verse langen Gedichte nur den ersten auf:

O Herr, der du die Welt gegründet
Durch deines Willens Schöpferkraft,
Wir stehen hier vor dir verbündet,
Demütige Zeugen deiner Macht.

Auch bei der Einweihung der Mittelsbürener Kirche ist Smidt, der den Neubau eifrig gefördert hatte, zugegen gewesen und hat auch sie durch eine Ansprache an die Gemeinde, die er von einer am Turm der Kirche errichteten Tribüne hielt, und durch denselben Weihegesang verherrlicht.

Am 14. November 1845 beantragte die Bürgerschaft beim Senate, daß er sich mit ihr verbinden möge, um den nächstjährigen 26. April, den Tag, an dem vor fünfundzwanzig Jahren Herr Senator Smidt zur Bürgermeisterwürde erhoben worden sei, festlich zu begehen. Sie hielt es nicht für erforderlich, diesen Antrag zu begründen, sondern berief sich nur auf das innigste Dankgefühl, das jeden Genossen des bremischen Staats dazu bewegen müsse. Der Senat stimmte mit großer Freude zu und bestätigte die Deputation, die für Vorbereitung und Ausführung der Feier zu sorgen habe. Die Feier wurde aber, da die gesamte Bevölkerung Bremens daran teilnahm, ein echtes Volksfest, das deutlich zeigte, wieviel Liebe und Verehrung Smidt sich erworben habe. Schon am Vorabend kamen mancherlei Geschenke an, denen um 9 Uhr unter dem Vortritt der Musik des hanseatisch-bremischen Regiments 250 Sänger der Liedertafeln folgten, die, begleitet von 600 Lichtern und Fackeln, vor Smidts Hause an der Contrescarpe eine Reihe von Liedern vortrugen. Dieser Gesang war noch kaum beendet, als der Stadtgraben vor dem Hause und der dahinterliegende Teil des Walles im schönsten bengalischen Lichte erstrahlten.

Am Festtage selbst fanden sich morgens früh die sämtlichen Waisenkinder ein und sangen einen Choral. Um 7 Uhr erschien zum zweitenmal die Regimentsmusik und spielte fast eine Stunde lang vornehmlich ernste Weisen. Sie löste wieder die unlängst neuorganisierte Schützengesellschaft ab, die unter lustigem Hörnerschalle heranzog und ebenso fröhlich unter hellem Klange wieder abzog. Dann kamen die Gratulanten, Verwandte und Freunde, Abgesandte von Vegesack und Bremerhaven, Lehrer, Pastoren, Militär, Älterleute, hannoversche Beamte der umliegenden Ortschaften, die Konsuln, die zum Teil Glückwunschschreiben ihrer Herren überreichten, die Vertreter des lübeckischen und des hamburgischen Senats. Zuletzt erschien die Festdeputation, die in einem reich geschmückten Kasten von Jakarandaholz eine Urkunde überreichte,

laut welcher ein von dem bremischen Künstler Karl Steinhäuser in Rom auszuführendes Denkmal des Bürgermeisters Smidt in der großen Halle des Rathauses aufgestellt werden sollte. Dazu überreichte sie noch eine in Gold ausgeprägte Denkmünze mit dem Porträtmedaillon des Bürgermeisters. Das Fest schloß mit einem Diner im Rathause, an dem fast 300 Personen teilnahmen, und endlich mit einer allgemeinen Illumination, die selbst auch die kleinsten und bescheidensten Häuser mitmachten.[1]) Die von Smidt gegründete Tochterstadt Bremens hatte besonderen Anlaß, das Fest mitzufeiern. Es geschah ebenfalls am 26. April und wiederholte sich in origineller Weise am 28. desselben Monats, als Smidt selbst mit den aus Lübeck gekommenen Gästen und anderen Freunden nach Bremerhaven hinuntergefahren war. Als das Schiff am Bremerhavener Kai angekommen war, wurde es zur Überraschung Smidts von weißgekleideten Mädchen empfangen, die Blumen streuten und ihn und seine Gäste bis zur anderen Seite des Hafens begleiteten. Er ging ins Hafenhaus, um für die Gäste zu sorgen, und gelangte von da ungestört zum Drydock und dessen Besichtigung. Dann aber blieb es ihm nicht erspart, er wurde nach dem Marktplatz gezogen, wo sich plötzlich alle Fenster öffneten und aus hundert Kehlen das Bremerhavener Lied erklang. Smidt dankte, nachdem er einige Verse angehört, indem er in die Fenster hinein grüßte, und führte seine Gäste nach der im Bau begriffenen Kirche. Aber auf einen Wink sammelten sich die Sänger auf dem Marktplatz und zogen, während sie das Lied zu Ende sangen, Smidt und seinen Gästen nach. Um 2 Uhr fuhr das Dampfschiff unter Kanonendonner wieder zurück nach Bremen, in Brake, Elsfleth und Vegesack auch von Kanonenschüssen begrüßt. Gegen 8 Uhr landeten die Herren wieder in Bremen.

Ende August desselben Jahres fand die erste sogenannte Germanistentagung in Frankfurt statt. Smidt, der zum Bundestage dort war, besuchte wenigstens einige der Versammlungen. So war er auch gegenwärtig am 24. August, als Uhland vorschlug, Jakob Grimm zum ersten Präsidenten zu wählen. Außer diesen beiden ihm seit langer Zeit bekannten Männern sah er andere wieder, wie Dahlmann und Gervinus, und knüpfte neue Bekanntschaften an. Er hatte daran Gefallen gefunden und ging daher auch zu der zweiten und letzten Tagung der Ger-

[1]) Eine eingehende Schilderung der Feier hat die Frau Heinr. Smidt für die Familie aufgesetzt und ihre älteste Tochter in dem Werke „Der alte Smidt" S. 400—421 abgedruckt.

manisten, die Ende September 1847 in Lübeck stattfand. Hier fand er Jakob Grimm und Dahlmann wieder, aber auch Beseler, Bluhme, Heffter und von der Pforten, Stenzel, Bethmann, Thöl und Müllenhof und eine Reihe anderer gelehrter und patriotischer Männer.

Er kannte Lübeck seit einundvierzig Jahren, aber er hatte es nie in einer so festlichen Stimmung gesehen wie damals. Heise war noch an der Spitze des Hohen Gerichtshofes, zu dem Smidt selbst ihn 1821 mitberufen hatte, aber er hielt sich fern von den Germanisten, doch hatte er zweimal oder dreimal in jenen Tagen an seiner gastfreien Tafel ältere und jüngere Freunde und Bekannte versammelt, unter denen Smidt gewiß nicht fehlte.



Bürgermeister Smidt

Zwölftes Kapitel

Die Revolutionsjahre

Am Schlusse des Jahres 1847 hatte eine Anzahl von Männern, unter denen die Handwerker die Mehrheit bildeten, den Beschluß gefaßt, einen Bürgerverein und in ihm ein Organ zu gemeinsamer Besprechung öffentlicher Angelegenheiten zu gründen. Am Anfange des folgenden Jahres trat er ins Leben unter dem Vorsitze des Tischlermeisters Wischmann. Indes hütete man sich anfänglich davor, heimische Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, denn noch bestand das Verbot politischer Vereine. Aber aus Frankreich, Italien, aus der Schweiz, ja aus Bayern und aus Schleswig-Holstein gab es genug zu berichten, was die Mitglieder des Vereins über öffentliche Angelegenheiten aufklären konnte. Da trat die Pariser Februarrevolution ein, der König war entflohen, die Republik proklamiert. Mit einem Schlage waren hier wie anderwärts die Zungen gelöst. Die bremischen Tagesblätter sprachen freier; die Reform der Verfassung, die öffentlichen Verhandlungen der Bürgerschaft waren die Losung des Tages. Zum 7. März luden die Führer des Bürgervereins nach dem Krameramtshause eine allgemeine Bürgerversammlung ein, die dem Senate am nächsten Tage eine von den Schullehrern Feldmann und Kotzenberg entworfene Petition vorlegen sollte. Sie forderte die Berufung einer Konstituante zur Feststellung einer neuen Verfassung im Einvernehmen mit dem Senate, die Öffentlichkeit und den vollständigen Druck der Verhandlungen dieser Versammlung und die uneingeschränkte Preßfreiheit. Die Petition erhielt an jenem Abend einige hundert Unterschriften, zu denen am nächsten Morgen, als sie in einem jetzt verschwundenen Kaffeehause am Domshofe wieder ausgelegt wurde, noch einige tausend hinzukamen. Erst hier wurde der Bittschrift als dringender Wunsch der Bürgerschaft noch hinzugefügt: Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Geschworenengerichte bei politischen, kriminellen und Preßvergehen und endlich Förderung des vom ganzen deutschen Volke ausgesprochenen Verlangens nach einem Parlament. Es waren ungefähr die gleichen

Wünsche, die um dieselbe Zeit in fast allen Teilen Deutschlands sich regten.

So ging die Sturmpetition — wie sie regelmäßig genannt wird — zu dem im nahen Rathause versammelten Senate ab. Kaum aber hatte die Deputation von zwölf Bürgern sich dafür in Bewegung gesetzt, als der Ruf erscholl: „Wir müssen die Abgesandten begleiten.“ Sogleich stürmten einige hundert auf die große Halle des Rathauses, Tausende nach dem Markte. Inzwischen nahm der Präsident des Senats, Bürgermeister Schumacher, die von Feldmann verlesene Adresse entgegen und lud die Deputation ein, während der Senat über die ihm überbrachten Wünsche berate, in der zwischen der Halle und dem Sitzungszimmer befindlichen alten Witheitsstube zu verweilen.

Nun fing eine lebhafte und lange Debatte im Senate an, an der nur einer keinen Teil nahm; Smidt saß innerlich ganz zusammengesunken da, niemand forderte ihn auf zu sprechen, bis er aus dem Halbschlaf erwachte. Dann trat er hinaus auf den Balkon des Rathauses, und als er drunten Kopf an Kopf seine Bremer stehen sah, da stieg er zu ihnen hinab. Und wie sie eine Gasse für ihn freimachten und ein Hoch auf den alten Smidt ausriefen, da ermahnte er sie: „Geht nach Hause, haltet Ruhe!“

Am 15. März fuhr Smidt nach Hannover und von da am folgenden Tage nach Harburg und am Nachmittage nach Hamburg. Sein erster Besuch galt hier dem Syndikus Banks, den er hoffte in Frankfurt, seinem eigentlichen Ziele, wiederzusehen. Von Banks hörte er auch, wie es scheint, das Erste über die Entlassung und die Flucht Metternichs aus Wien. Er besuchte dann noch den französischen, den englischen, den preußischen Gesandten und einige Mitglieder des Rats und kehrte am 19. März nach Bremen zurück. Aber nur für wenige Tage, denn schon am 23. ist er über Wunstorf abends in Köln. Am 24. ist er morgens früh bei dem Oberpräsidenten Eichmann und fährt dann nach Bonn, wo Arndt und Dahlmann aufgesucht werden. Den ersteren fand er rüstig und lebhaft, auch einem erfreulichen Endresultate der gegenwärtigen Krise entgegensehend, aber doch schon ein wenig als schwatzhaften Greis vor, Dahlmann viel besonnener und interessanter, lebhaft das Für und Wider der Fragen der Zeit erörternd. Er will auch nach Frankfurt kommen, vorher aber nach Heidelberg gehen, um sich mit Gervinus zu beraten, wie man die Verhandlungen so leiten könne, daß sie nicht ins Wilde gehen.

Von Bonn aufwärts geht's mit dem Dampfschiffe. Was hat Smidt da nicht alles hören müssen über den König von Preußen, der als Harlekin mit bunten Bändern angetan durch die Straßen reitet und meint, man solle ihn zum König oder Kaiser von Deutschland wählen. Auch der Prinz von Preußen kommt sehr schlecht weg. Aber eine Republik will man nicht, ein Monarch muß an der Spitze stehen.

Am 25. März gegen Abend trifft Smidt in Frankfurt ein. Welch eine Veränderung ist hier vorgegangen, die Straßen sind besetzt von bunt durcheinander gemischtem Volk, das Freiheitslieder singt oder brüllt; hie und da wird ein Tisch oder Stuhl aufgestellt, ein Unbekannter besteigt diese Rednertribüne und hält eine improvisierte Ansprache an die Leute, die je nach der Meinung des zufällig anwesenden Publikums mit tosendem Beifall oder mit lautem Lachen begrüßt wird.

In den vornehmeren Kreisen der Stadt ist nicht minder eine Veränderung der Physiognomie eingetreten. Sie zeigt sich namentlich in der Eschenheimer Gasse, wo mehr als die Hälfte des Bundestages erneuert ist. Auch der Vorsitzende Graf Colloredo, ein alter Bekannter Smidts, ist schon abberufen, wenn auch im Augenblick noch in Funktion. Ihm galt der erste förmliche Besuch, den Smidt am 26. März machte. Er war sowenig wie Smidt selbst für eine Verlegung des Bundestages nach Potsdam oder Berlin, wiewohl er von Wien diesen Auftrag erhalten hatte, wohl aber stimmte er dem bei, daß man der auf den 31. März nach Frankfurt berufenen Versammlung ein freundliches Entgegenkommen zeigen müsse. Mit Smidt war er einverstanden, als dieser seine Absicht bekundete, morgen oder übermorgen nach Darmstadt zu fahren, um mit dem neuen hessischen Minister Heinrich v. Gagern die Idee zu besprechen, daß man die von den Regierungen berufenen siebzehn Vertrauensmänner, sobald sie nach und nach in Frankfurt eingetroffen seien, gleich zu beschäftigen habe.

Smidt führte diese Fahrt am nächsten Tage aus, traf sogleich den alten Gagern und ging mit diesem in die Zweite Kammer, wo Heinrich v. Gagern eben ein Vertrauensvotum für die Regierung forderte wegen der Vorkehrungen gegen den geplanten Einfall deutsch-polnischer Freischärler aus Frankreich. Das Vertrauensvotum erhielt der Minister, mit dem Smidt dann die oben erwähnte Idee besprach.

Noch aus Darmstadt schrieb Smidt an seinen Sohn Heinrich: „Unsere eigenen inneren Angelegenheiten sind jetzt Nebensache, sie können wie

Spreu vor dem Winde zerstieben, wenn eine kräftige Organisation Deutschlands, die es im Notfall mit Russen und Franzosen zugleich aufnehmen kann, erreicht wird.“ „Zufrieden ist man jetzt schon mit jedem, der nicht die deutsche Republik oder ein deutsches Einkammersystem will. Die Anhänger einer deutschen Republik, die in einer Heidelberger Versammlung unterlagen, wollen ihre Anstrengungen verdoppeln, um sie bei der Versammlung in Frankfurt durchzubringen, und das Einkammersystem soll dazu die Losung sein, wobei jede Vertretung von deutschen Staaten als solcher, also auch die Bundesversammlung, wegfallen soll.“

Am 29. März meldet Smidt, der täglich mit seinem Sohne Heinrich korrespondiert: „Duckwitz und Gevekoht treffen soeben bei mir ein. Wurm (aus Hamburg) traf gestern abend ein und hat mehrere Stunden bei mir zum Teil in Gesellschaft von Banks u. a. zugebracht. Wurm äußerte sich radikaler als irgendein anderer. Er meint, die Versammlung vom 31., das sogenannte Vorparlament, soll sich der Sache Deutschlands annehmen, das Parlament soll aus ihr hervorgehen. Alles, was jetzt von irgendeiner Regierung ausgeht, sei schon verdächtig und unbrauchbar, so auch die siebenzehn, weil sie von den Regierungen ernannt seien. Welcker, Jordan, Uhland, Gagern seien jetzt alle schon unpopulär. Die Versammlung müsse alles neu machen, die Bundesversammlung auflösen usw. Wir haben ihn tüchtig mit kaltem Wasser begossen, heute wird er schon einen anderen Ton anstimmen. Uhland hat ihn auch schon vorgehabt.“

Als am 31. März morgens auf dem Römer das Vorparlament sich versammelte und Smidt unerwarteterweise zum Alterspräsidenten erkoren wurde (Itzstein sollte es sein, der aber, wie sich ergab, zwei Jahre jünger war als Smidt), da schlug er Heinrich v. Gagern zum Präsidenten vor. Indes, der Baron Breidenbach, ein Schwager Gagerns, bemerkte, angeblich aus Neid gegen das Ministerium Gagerns, es werde sich doch nicht schicken, daß der Minister eines Fürsten Präsident dieser Versammlung würde, und schlug daher Mittermaier vor, der von der Mehrheit gewählt wurde. Aber es ging mit Mittermaiers Präsidium so kläglich, daß man Smidt von vielen Seiten sein Bedauern aussprach, daß sein Vorschlag nicht durchgegangen sei. „Der Buffo Struve und der Bandit Hecker machten rasenden Lärm, wollten Deutschland nivellieren, alle bestehenden Staaten abschaffen, kamen aber mit nichts durch. Ein Koryphäe von ihnen, Professor Voigt aus

Gießen, mußte über das allgemeine Geschrei herunter von der Tribüne, wie er kaum zwei Minuten gesprochen hatte."

Smidt hat am 2. April Duckwitz beredet, sich in den Fünfziger-Ausschuß wählen zu lassen, hat auch seinen Namen auf die Kandidatenliste gebracht.[1]) Am 14. schon schreibt Smidt an seinen Sohn: „Duckwitz bekommt bei den Fünfzigern immer mehr Ansehen und Einfluß, namentlich auch dadurch, weil er der einzige Kaufmann unter ihnen ist. Ich hörte gestern abend die Österreicher über ihn sprechen. Curanda sagte: Duckwitz hat die Beredsamkeit, welche aus Kunde der Verhältnisse hervorgeht und sich daher mit der Zuversicht ausspricht, die Effekt macht, während die meisten anderen nur die literarische Beredsamkeit haben, wie sie in Zeitungen und Journalen aufgetischt wird, und zwar viel glänzendere Redensarten bringt, die indes hinterher wie Seifenblasen zerplatzen."

Aber schon am 26. April heißt es: „Duckwitz beginnt auch die Dinge mehr mit offenen Augen anzusehen und die Hoffnung aufzugeben, daß dieser Ausschuß irgend zum Heile führen könne."

Am 15. schreibt Duckwitz an Heinrich Smidt: „Es ist Tatsache, daß Ihr Vater und Nostitz[2]) gar nicht entbehrt werden können und daß eine totale Kopflosigkeit eintritt, wenn diese Frankfurt verlassen. — Wie die Sache liegt, müssen Sie wissen, und der Senat muß es auch wissen, daß Ihr Vater ein großes Opfer bringt, auf dem Posten zu bleiben, solange es für des Vaterlandes Wohl gut ist."

Gervinus hat mit Schreiben an Smidt vom 3. April die Wahl der Städte zum Vertrauensmann angenommen. Smidt ist nun der Meinung, da er die Stimmführung nicht habe, könne er ohne weiteres abreisen, aber er sei nun einmal in den Ausschuß für die Revision der Bundesakte gewählt, und Dahlmann und andere gäben ihm zu verstehen, daß er im Grunde der einzige sei, zu dem die siebenzehn Männer so volles Vertrauen hätten, daß er als notwendiges Mittelglied der Verständigung nicht davonlaufen dürfe. Ein Braunschweiger hatte kürzlich geäußert, es wäre doch fatal, wenn Smidt seine Dimission nehmen müßte, ob man nicht gelegentlich eine Erklärung des Ausschusses veranlassen könne, daß er nicht zu den Mißliebigen gehöre. Aber Smidt hat dar-

---

[1]) Duckwitz erzählt in seinen „Denkwürdigkeiten" S. 225 letzte und vorletzte Zeile: „Zu meinem großen Schrecken befand ich mich auch auf der Liste der Kandidaten für den 50er Ausschuß." Dies stimmt nicht mit dem überein, was Smidt am 3. April darüber an seinen Sohn geschrieben hat.

[2]) Nostiz, der königl. sächs. Gesandte zur B. V.

auf geantwortet, er könne das durchaus nicht wünschen, denn in wenigen Wochen könne sich die politische Witterung so gestalten, daß der ganze Ausschuß der Fünfziger mißliebig werde.

Smidt berichtet über eine Versammlung vom 20. April, zu der die sieben Mitglieder der Revisionskommission der Bundesversammlung, fünf von den Siebzehnern und sieben von Fünfzigern sich eingefunden hatten, um über die Bestellung einer Exekutivkommission zu beraten, die etwa ein mit umfassenden Befugnissen ausgestattetes neues Präsidium darstellen sollte. Es wurden verschiedene Vorschläge laut. Wie es gar nicht enden wollte, schrieb Smidt auf einen Zettel, den er stillschweigend an Colloredo gab, ob es nicht zweckmäßig sei, daß er äußere, da die Meinungen sich schon mehr angenähert hätten, so möchte es ratsam erscheinen, durch eine Kommission von drei Mitgliedern, aus jeder der drei Potenzen (Bundestag, Siebzehner, Fünfziger) einen, einen Vergleichsvorschlag entwerfen zu lassen, und daß er dazu Welcker, Schmerling und Soiron vorschlagen möge. Er machte dann diesen Vorschlag, der auch genehmigt wurde. Bei Gelegenheit der Debatte gaben sich bei mehreren Mitgliedern der Fünfziger Besorgnisse kund, daß sie durch diese Exekutivkommission über Bord geworfen werden oder doch von ihrem Einfluß bedeutend verlieren könnten. Gegen diese Besorgnisse zog Welcker mit einer donnernden Philippika los. Ob die Fünfziger denn glaubten, fragte er, daß sie so fest in der öffentlichen Meinung gewurzelt seien, daß sie das Regiment Deutschlands führen könnten. Sie schlagen vor, daß die Exekutivkommission aus der Mitte der Bundesversammlung zu erwählen sei, und arbeiten doch durch die von ihnen ausgehenden Zeitungsartikel und Reden täglich darauf hin, das Ansehen der Bundesversammlung zu untergraben, ob darin irgendeine Konsequenz sei? Ob sie sich denn einbildeten, daß die neugewählten Mitglieder der Bundesversammlung ihre Instrumente seien? Ob denn die Regierungen der deutschen Bundesstaaten das Gesandtschaftsrecht aufgegeben und ihnen übertragen hätten? Wenn sie nach allen Richtungen hin Emissäre an die Regierungen ausschickten, um ihnen ihren Willen kundzutun, so seien das ja bloß Versuche, die, wenn ihre Vorschläge nicht zweckmäßig befunden würden, völlig effektlos bleiben müßten. Er nehme gar keinen Anstand, sich so auszusprechen, weil er durch sein bisheriges Benehmen über allen Verdacht, daß er irgendeine Reaktion begünstigen wolle, hinaus zu sein glaube.

Am folgenden Tage schreibt Smidt abends um 12 Uhr: „Das war

heute ein furchtbarer Tag. Von 9 morgens bis gegen 6 Uhr nachmittags gab es Kommissions- und Bundestagssitzungen. In der Eschenheimer Straße rannte Max v. Gagern leichenblaß an mir vorbei und ruft mir zu: Mein Bruder ist geblieben. Dann traf ich auf Welcker, der mir das Nähere erzählte. Gagern hatte zuerst einen anderen Offizier als Parlamentär zu Hecker geschickt, dieser aber darauf bestanden, daß Gagern selbst kommen sollte. Nach einigen Nachrichten soll Gagern, nachdem sich Hecker zurückgezogen, sein Pferd noch nicht bestiegen haben, wie die mörderischen Schüsse aus dem Gehölze ihn trafen. Alles hatte sich in diesen letzten Tagen so gewendet, daß ich in der Ferne einiges Licht zu entdecken glaubte. Die Exekutivkommission schien zustandezukommen. Dieser Gagern sollte der dritte sein. Nun liegt das alles wieder in Trümmern! — Und der alte Vater, der dieser Tage so fröhlich unter dem Blütendach seiner Söhne wanderte. Wäre ich nicht morgen noch gebunden, weil Banks übermorgen erst nach London geht, ich säße schon bei ihm in Hornau." Das hat Smidt wirklich am 24. April getan. Am 25. schreibt er darüber nur die wenigen Worte: „Bei Gagern war es gestern herzzerreißend für mich, ihm aber schien mein Besuch einen wohltätig lindernden Eindruck zu hinterlassen."

„Meine größte Sorge ist jetzt," schreibt Smidt am 30. April an seinen Sohn Heinrich, „wie irgend dazu zu gelangen sei, daß es hier nur irgendeine Behörde gebe, welche der Nationalversammlung gegenüberzustellen sei, um mit derselben über die künftige Verfassung zu paktieren, wozu ich noch gar keinen Rat sehe, da der 18. Mai gewiß erscheinen wird, ehe es über die Exekutivkommission zu irgendeinem Beschlusse kommt. Existiert aber eine solche Behörde gar nicht, so bekommen wir eine oktroyierte Verfassung von unten, statt dergleichen sonst von oben oktroyiert werden, und wahrscheinlich dann unter dem terroristischen Einflusse kommunistischer Massen. Ob und wie dem zu entgehen, ist die Hauptfrage, die ich diesen Abend mit Gagern beraten will." Das geschieht dann in Darmstadt, scheint aber zu einem Resultat noch nicht geführt zu haben. Am 1. Mai fährt Smidt zwischen 6 und 7 Uhr mit Gagern und seiner Frau nach Frankfurt zurück, wo dann die Begräbnisfeier für den General mit allem militärischen Pomp stattfindet.

Am 2. Mai ist abends spät eine Sitzung der Revisionskommission, wo Smidt seine Idee einer besonderen Behörde, die der Nationalver-

sammlung gegenübergestellt werden soll, wieder verficht. „Ich habe darauf," schreibt er seinem Sohne am 3. Mai, „gestern mit aller Energie, die ich aufzubieten imstande war, gedrungen und dabei vorzugsweise die Autorität meiner Jahre zu Hilfe genommen, indem ich freimütig äußerte, da ich der einzige in diesem Zirkel sei, der die erste französische Revolution in einem schon zur Beobachtung geeigneten Alter erlebt habe, so möge es mir gestattet sein, die damals stattgefundenen und in der Natur der Verhältnisse begründeten Folgen eines durch Oktroyierung von unten begründeten Verfassungswerks etwas näher zu schildern, was dann mit einigen sprechenden Zügen geschah und nicht ohne Eindruck zu bleiben schien."

Zwei Tage später ist es Smidt, als ob ihm ein Stein vom Herzen gewälzt sei, weil durch einen Beschluß des Bundestages die Möglichkeit wenigstens eröffnet ist, daß Deutschland nicht zu einer Republik oder zum Aufgehen in das Preußentum verurteilt werde.

Ein paar Tage später erneuerte Smidt die schon 1840 von ihm in Berlin gemachte Bekanntschaft mit dem jungen preußischen Diplomaten von Usedom, der zum Nachfolger Dönhoffs bestimmt war. „Er ist mir wie damals rund und offen erschienen, und ich glaube, daß ich mich gut mit ihm stehen werde. Da er direkt von Berlin kam, so erkundigte ich mich, ob man hinsichtlich der Bestellung der Triumvirn (der drei Männer, die man damals für die Exekutivkommission ins Auge gefaßt hatte) dort schon einen Entschluß gefaßt habe. Er erwiderte, wir warten auf das, was Österreich tun wird. Denn ernennt dieses den Erzherzog Johann, so werden wir auch wohl einen Prinzen nehmen müssen." Während einer Kommissionssitzung des folgenden Tages wurde Smidt herausgerufen und fand im Vorzimmer Eichmann, den er einlud, nach der Sitzung wieder zu ihm zu kommen. Aber mit Eichmann kam auch Usedom wieder. Nun wurde ein Stündchen vergnügt verplaudert, und Eichmann hatte gerade erzählt, wie man sich am Rhein über den Übermut der Fünfziger höchlich mokiere, als es ihm einfiel, zu Dahlmann hinaufzugehen, der mit Smidt, Gervinus, Duckwitz und Gevekoht im gleichen Gasthause wohnte. Usedom aber blieb noch länger bei Smidt und setzte diesen in einige Verlegenheit: „Er sagte mir nämlich," schreibt Smidt, „er habe jetzt mehrere Jahre in Italien zugebracht, wisse von den Bundesverhandlungen und was seit der allgemeinen Bewegung in Deutschland vorgekommen sei, eigentlich so viel wie gar nichts. Eichmann habe ihm aber gesagt, daß ich es mit

Preußen gut meine und er sich nur immer an meinen Rat halten möge. Das wolle er denn auch tun. Wie ich da mit Ehren durchkommen werde, muß sich finden. Ich denke am besten mit voller Offenheit auch in den Verhältnissen, wo ich nicht preußisch gesinnt sein kann."

Zu den Änderungen, die im Bundestage vorgegangen waren, gehörte auch die Besetzung Hannovers, die jetzt von dem Klosterrat v. Wangenheim wahrgenommen wurde; mit diesem trat aber Smidt bald in ein ähnliches Freundschaftsverhältnis wie mit dem ehemaligen Vertreter Württembergs. Es zeigte sich das namentlich, als der hannoversche Wangenheim mit Smidt überlegte, ob und wie die Nationalversammlung durch den Bundestag zu begrüßen sei, weil jene auf den Antrag des Bundestages berufen war. Der nach Abrede von Wangenheim ausgearbeitete, von Smidt mit einigen Änderungen gutgeheißene Entwurf solcher Mitteilung hatte im allgemeinen die Zustimmung der Revisionskommission erhalten. Eine kurze Schilderung der gegenwärtigen Lage Deutschlands darin aufzunehmen, war von Usedom in einem Gespräch mit Smidt noch angeregt und von diesem gebilligt worden.

So war denn alles für die Eröffnung der Nationalversammlung am 18. Mai vorbereitet. Smidt besuchte sie morgens eine kurze Zeit, ging aber, weil er den Alterspräsidenten nicht verstehen konnte, bald wieder fort. Am zweiten Tage fand nur die Wahl des Präsidiums statt; Smidt, wenn auch für die Wahl Heinrichs v. Gagern zum ersten Präsidenten im hohen Grade interessiert, war doch zu Hause geblieben. Er hatte seit acht Tagen Besuch von seiner Tochter und seinem Sohne Johann. Mit der Tochter machte er am 22. Mai eine Fahrt nach dem Gagernschen Gute Hornau, wo sie auf das herzlichste aufgenommen wurden. „Mein alter Freund," schreibt Smidt, „rafft sich doch wieder auf. Er hat eine Epistel an die Nationalversammlung geschrieben, die bereits in der Druckerei ist und in wenigen Tagen erscheinen wird."

Einen Tag vor diesem Ausflug hatte Smidt frühmorgens einen Besuch von Heinrich v. Gagern, „der sich in alter freundschaftlicher Offenheit über seine persönliche Lage gegen mich aussprach. Er befindet sich in einer großen Klemme bei dem Herannahen des Zeitpunktes, wo er zwischen dem Präsidium der Nationalversammlung und dem Ministerium in Darmstadt zu optieren haben wird, da sich, wie er mir des näheren geschildert hat, beides unmöglich vereinigen läßt. Der Großherzog, sagte er, hat sich mir mit vollem Vertrauen in die Arme geworfen, ich darf ihn als rechtlicher Mann nicht verlassen, und ich

weiß keinen anderen. Eher zeigt sich vielleicht in der Nationalversammlung jemand, dem das allgemeine Vertrauen entgegenkommt."

Am selben Tage reiste Colloredo nach Wien ab, Smidt sah ihn noch kurz vorher im Palais. Er war sehr herzlich und tiefbetrübt über die neuesten Vorgänge in Wien; so ratlos, sagte er, hat es in Österreich noch nie ausgesehen.

Am 26. Mai schreibt Smidt seinem Sohne: „Jakob Grimm ist auch zum Repräsentanten gewählt und vor einigen Tagen hier eingetroffen, ein wahrer Gewinn für die Aufrechterhaltung meines heiteren Sinnes in der hiesigen sonst in vielfacher Hinsicht drückenden Atmosphäre. So freue ich mich auch der näheren Bekanntschaft mit dem Baron v. Stockmar, der ungemein verständig und unterrichtet ist, während ich mit manchen anderen der neuen Bundesgesandten fast gar nichts auszutauschen habe, da sie bisher immer in sehr beschränktem Kreise gelebt und allgemeine historische und philosophische Ansichten ihnen böhmische Dörfer sind."

Am gleichen Tage waren Usedom und Wangenheim mehrere Stunden bei Smidt, um über die Exekutivkommission und andere Dinge zu sprechen. Das Resultat war, daß Smidt ersucht wurde, baldmöglichst mit H. v. Gagern sich zu verständigen über eine vertrauliche Zusammenkunft zwischen ihm und noch einigen anderen Mitgliedern des Bundestages und der Nationalversammlung. Die Versammlung fand am 31. Mai statt. Zu ihr waren geladen vom Bundestag Schmerling, Usedom, Closen (Bayern), Wangenheim, Stockmar und Smidt, von der Nationalversammlung Heinrich und Max v. Gagern, Bassermann, Beckerath und Saucken-Tarputschen. Es handelte sich vornehmlich um Organisation und Kompetenz der Exekutivkommission. Alles war einverstanden, daß eine solche Bestellung nötig sei und daß sie womöglich in vierzehn Tagen zusammenkommen müsse.

Vom Parlament wurde Ende Juni mit weit überwiegender Majorität der Erzherzog Johann zum Träger der provisorischen Zentralgewalt erwählt. Er nahm die Berufung an und reiste bald nach Frankfurt ab. Smidt hatte sogleich beschlossen, auf kurze Zeit nach Bremen zu gehen, wünschte aber, daß seine Ankunft möglichst geheim bleibe. Er reiste am 2. Juli ab und war am 12. wieder in Frankfurt. Seine Frau und Tochter sah er nicht, sie waren seit einiger Zeit in Nenndorf, wohin die Tochter, nachdem sie Anfang Juni mit ihrem Bruder Johann aus Frankfurt zurückgekehrt war, ihre Mutter ins Bad begleitet hatte. Die

Reise Smidts ging beidemal über Köln, Wunstorf. Als er auf dem Rückwege abends in Köln eintraf und dort zu übernachten dachte, sah er zu seiner Überraschung aus der Zeitung, daß der Erzherzog schon in Frankfurt angekommen sei. Er entschloß sich deshalb, mit dem Nachtschiff gleich weiterzufahren, und traf am zweiten Tage nach seiner Abreise 4 Uhr nachmittags in Frankfurt ein. Hier fand er die ganze politische Welt mit der Bildung des Ministeriums für den Reichsverweser beschäftigt. Drei Minister waren sogut wie ernannt: der für das Innere Herr v. Schmerling, der für den Krieg General v. Peucker und der für die Justiz Dr. Heckscher. Es fehlten noch mindestens drei weitere: der für die auswärtigen Angelegenheiten, der für Handelssachen und der für Finanzen.

Smidt war eifrig bemüht, für das Handelsministerium Duckwitz zu gewinnen. Er war nach der letzten Sitzung des Bundestages durch Schmerling aufgefordert worden, sogleich nach Schluß dieser Sitzung zum Erzherzog zu kommen. Er berichtet darüber seinem Sohne folgendermaßen: „Ich begab mich dann zum Erzherzoge, der mich aufs freundlichste aufnahm, sich der älteren Bekanntschaft aus verschiedenen Zeiten lebhaft erinnerte und, nachdem er den Glückwunsch des Senats von mir entgegengenommen, sogleich begann, sich über seine eigentümliche Lage offen zu expektorieren, wie er noch diesen Abend nach Wien zurück müsse, und zwar möglichst bald wiederzukommen, auch seine Familie mitzubringen denke, sich aber doch nicht von hier entfernen möge, ohne vorab für die Besetzung der Ministerien tunlichst gesorgt zu haben, und wie er sich dabei in den meisten Fällen auf das Urteil anderer verlassen müsse, da er nur wenige zu den verschiedenen Posten geeignete selbst kenne. Er erwähnte dann des Handelsministers und wünschte, über Duckwitz näheres zu hören, ob ich riete, es ihm anzuvertrauen, und ob ich dafür einstehen könne, daß er einen Antrag zur Übernahme des Ministeriums nicht ausschlagen werde. Auf die beiden ersten Fragen konnte ich ihm ausführlich dienen, auf die letzte aber nur erwidern, daß unser Freund auf die Möglichkeit eines solchen Antrages nur durch die öffentlichen Blätter aufmerksam geworden sein könnte, sich aber, da er dergleichen gar nicht erwarten könne, nie darüber geäußert hätte, und daß er bei allem Interesse für die Sache die Schwierigkeit der ihm dadurch zuteil werdenden großen Aufgabe leicht als so groß ansehen könnte, daß er sich derselben nicht gewachsen glaube, wenn er ihr auch gewachsen wäre, daß ich jedoch, wenn

die Wahl auf ihn falle, nicht unterlassen würde, ihm die Annahme derselben als patriotische Pflicht zu schildern und mir alle Mühe deshalb geben, im Notfall selbst deshalb nach Hause reisen würde. Der Erzherzog erwiderte dann, daß es ihm selbst ja nicht besser gegangen, er habe die Wahl zum Reichsverweser auch nicht gesucht, aber wenn so etwas unerwartet und ungesucht komme, so halte er das für einen höheren Ruf, dem man, ohne sich lange zu besinnen, als einem solchen folgen und es dann sogut machen müsse, als es mit gutem Willen zu machen sei. Beim Abschiede sprach er noch die Voraussetzung aus, daß ich doch hierbleiben und nicht abgehen werde. Ich erwiderte, wie ich es zwar nicht mit Bestimmtheit voraussetzen, aber doch für möglich halten könnte, daß der Senat mich für die nächste Zeit bei ihm als Reichsverweser akkreditieren könnte. „Das würde mich sehr freuen," erwiderte er, „ich hätte dann einen alten Freund bei mir."

Der Reichsverweser, der sich eigentlich entschlossen hatte, am Abend nach der Smidt gewährten Audienz nach Wien zurückzureisen, kam doch erst am nächsten Morgen dazu. Von den drei Ministern, die er einstweilen hatte, begleitete ihn Heckscher. Das war für Smidt recht unbequem. Denn Heckscher würde, wie Smidt annahm, als Hamburger und als Jude gewiß die ernstlichsten Versuche machen Smidts Protegé Duckwitz gegen einen der vielen Kandidaten, die Hamburg für das Handelsministerium aufgestellt hatte, aus dem Wege zu schlagen. Indes, wenn dieser Versuch auch gemacht sein sollte, einen Erfolg hatte er nicht. Schmerling blieb der aufrichtige Freund von Duckwitz, und dieser erhielt, sobald der Erzherzog von Wien wieder eingetroffen war, seine Ernennung zum Minister.

Aber in diese Ministerkombinationen sah sich auch Smidt wiederholt verwickelt. Zum erstenmal wurde er in einem anonymen Artikel des Frankfurter Journals, der aus der kurhessischen Grafschaft Schaumburg, also vermutlich aus Rinteln, stammte, als Kandidat für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten aufgeführt. „Du kannst Dir denken, wie sehr unangenehm mir dergleichen sein muß," schrieb er am 21. Juli an seinen Sohn Heinrich, „da ich bisher hier nur danach gestrebt habe, in der Stille tätig zu sein und keinerlei Aufmerksamkeit auf meine Persönlichkeit gerichtet zu sehen. Auch kann ich dergleichen ja so wenig möglich, als auch nur im geringsten wünschenswert für mich finden, da ich für die wenigen Jahre, die mir nach zu leben übrig bleiben mögen, gar keinen ambitionellen Tendenzen Raum gebe." Aber

was jetzt nur der Einfall eines Anonymus war, wiederholte sich in etwas ernsterer Weise zu Anfang August, als man niemand für das auswärtige Ministerium finden konnte. Da kamen Stockmar, der für sich jedes Ministerium aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt hatte, und Duckwitz, beide mit Zustimmung des Reichsverwesers, auf den Gedanken, es Smidt anzubieten, obwohl er beiden bei Gelegenheit des Schaumburgischen Artikels gesagt hatte, er würde sich niemals dazu entschließen, einmal, weil er 75 Jahre alt sei und für die kurze Zeit seines Lebens nicht die Chancen einer solchen Stellung riskieren wolle, ferner weil die Wahl von zwei Bremern zu Ministern die größte Eifersucht erregen würde. Das wirkte, und da gleichzeitig der Fürst von Leiningen sich entschloß das auswärtige Amt anzunehmen, auch wenn ihm einstweilen keine Aussicht gemacht werden konnte, den Vorsitz im Ministerrat damit zu verbinden, wie er gewünscht hatte, so war doch das Ministerium am Abend des 4. August fertig, denn Beckerath hatte schon früher das Finanzministeramt übernommen.

Um dieselbe Zeit waren die Mitglieder des jetzt aufgelösten Bundestages Bevollmächtigte der einzelnen Staaten bei der Zentralgewalt geworden. Dies war es, worauf der Erzherzog bei der ersten Visite, die ihm Smidt gemacht hatte, am Schlusse der Audienz angespielt hatte, und worauf er dann die schmeichelhafte Bemerkung gemacht hatte. Von da ab ist Smidt ziemlich oft bei dem Reichsverweser als guter Ratgeber erschienen.

Am 5. September kam der Malmöer Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark zur Sprache in der Nationalversammlung. Die Verwerfung des Waffenstillstandes mit siebzehn Stimmen war das Resultat. Unmittelbar darauf hatte das Ministerium seine Entlassung gefordert und dem Erzherzog empfohlen, dem Sieger Dahlmann die Bildung eines neuen Ministeriums aufzuerlegen. „Das kommt von der verfluchten Professorenwirtschaft,“ rief jemand am Abend im Englischen Hofe so laut aus, daß man es überall hören konnte. Smidt bewahrte sich seine Ruhe, er meinte der Katzenjammer werde der Trunkenheit des Übermutes folgen, nach einigen Tagen werde man zur Besinnung und zur Retirade kommen. Preußen könne und werde den Waffenstillstand behaupten.

Daß es Dahlmann nicht gelingen werde, ein Ministerium zu bilden, hatte Smidt richtig vorausgesehen. Er wußte es schon am 8. September nachmittags. Am selben Tage kam Stockmar zu Smidt, der Fürst

Leiningen, habe ihn soeben besucht und ihn aufgefordert, sogleich zum Erzherzog zu kommen. Es handle sich um eine freie Aussprache über den Ministerwechsel. Der Erzherzog sehe ein, daß er wohl auf das alte Ministerium rekurrieren müsse, doch ohne Heckscher zum Wiedereintritt aufzufordern. Deshalb suche er einen neuen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten. Stockmar aber kenne keine der beiden Persönlichkeiten, mit Bezug auf die er mit Smidt seit dem 5. öfter gesprochen habe, Banks nämlich und Nostitz.

Vor diese Frage gestellt, mußte sich Smidt seiner Überzeugung nach unbedingt für Banks aussprechen. Der habe die Sache, auf die es hier ankomme, bis zum letzten Augenblicke praktisch verfolgt, er gelte bei Palmerston etwas, sei durch Bremen von allem, was darin vorgekommen, unterrichtet, habe, die auswärtigen Angelegenheiten in Hamburg geleitet, kenne daher die diplomatischen Formen und sei der fremden Sprachen mächtig. Er könne sprechen und schweigen, wie es an der Zeit sei, und trete gentlemenlike auf.

Nach einer Stunde kam Stockmar mit der vollen Zustimmung des Erzherzogs und mit der Bitte an Smidt zurück, noch heute an Banks zu schreiben, daß ein solcher Ruf voraussichtlich an ihn ergehen werde. Daß Smidt dieser Bitte entsprach, versteht sich von selbst. Unter dem 12. September traf schon eine Antwort von Banks aus London ein. Er schreibt, daß er die erforderliche Qualifikation für das Amt nicht besitzen dürfte, da er kein Redner sei, ferner daß seine Gesundheit nicht fest genug sei und daß er, falls Heckscher nicht aus eigener Bewegung abgehen wolle, ihm auf keinen Fall im Wege stehen möge. Smidt, der Banks schon am 17. abends in Frankfurt erwartete, hat ihm nach Deutz noch geschrieben, daß es gerade die Redseligkeit Heckschers sei, die ihn unbeliebt gemacht habe. Der Minister der äußeren Angelegenheiten müsse mehr schweigen als reden und immer nur wenige Worte. Der Erzherzog war sehr froh, als er diese Nachricht durch Smidt erhielt. Er konnte nicht voraussehen, daß Banks gerade an dem furchtbarsten Tage, den Frankfurt erlebte, eintreffen würde.

So aber war es. Es wurde am 14., 15. und 16. September eine neue Beratung und Abstimmung über den Waffenstillstand gehalten, der diesmal mit einigen zwanzig Stimmen genehmigt wurde. Darüber kam es schon am 16. abends zu einer gewaltigen Aufregung, die die Westendhalle beim Bahnhofe mit Fenstereinwerfen und zerbrochenen Spiegelscheiben bezahlen mußte, dann zog die Bande nach Heckschers

in der Nähe gelegenen Wohnung und kühlte auch dort ihren Mut durch das Einwerfen von einem Dutzend Fenstern. Endlich aber durch das Gerücht, Heckscher sei im Englischen Hofe, wurde die immer wütender gewordene Menge auf dieses Haus gelenkt, warf zunächst alle straßenseitig gelegenen Fenster ein, drang dann ins Haus, um Heckscher herauszuholen und ihn — denn schon stand ihr Verlangen nach Blut — aufzuhängen. Zum Glück gelang es den im Hause befindlichen überlegenen Kräften die Wütenden aus dem Hausflur auf die Straße zu drängen und die Haustür zu sperren. Dabei passierte es Smidts jüngstem Sohne Wilhelm, jetzt Bewirtschafter des Gutes Dunge, daß er mit herausgedrängt wurde. Er war erst am Abend vorher mit seiner Mutter, seiner Schwester und seinem Bruder Johann in Frankfurt angekommen und hatte mit seinem Bruder den ganzen Tag von morgens 9 Uhr bis 8 Uhr abends in der Paulskirche gesessen. Und nun passierte ihm dieses am späten Abend. Er hatte noch den glücklichen Einfall, sich nach dem beliebten Manne, dem Hecker, zu erkundigen und was den veranlassen könnte, hier im Englischen Hofe zu sein. Auf die Entgegnung, daß nicht Hecker, sondern Heckscher gesucht würde, tat er als ob ihm dieser ganz unbekannt sei. Und auf die Frage nach seinem Beruf gab er an, er sei Schiffskapitän und wolle hier hören, ob es nun gegen Dänen wieder losgehen werde, denn dann sei er willens gegen sie einen Kaper auszurüsten. So kam er glücklich nach Hause.

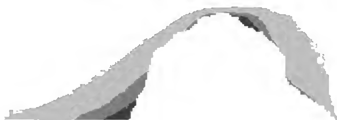
Am nächsten Tage, es war ein Sonntag, hatte Smidt mit Stockmar und seiner Frau verabredet einen Ausflug nach Wilhelmsbad zu machen, wohin er seine Tochter und seine beiden Söhne mitnahm. Auf dem Rückwege stiegen die beiden Söhne aus, um in einem ihnen schon bekannten Gartenhause zu Abend zu essen. Die Tochter aber ging mit dem Vater zu ihrer Mutter, bei der sie den Staatsrat Seebeck antrafen, der seit einiger Zeit zu den regelmäßigen Gästen des Smidtschen Hauses gehörte. Mit diesem ging Smidt um 9 Uhr noch in den Englischen Hof. Dort trafen sie mehrere, die am Nachmittage auf der Pfingstweide gewesen waren und die blutigen Reden mit angehört hatten, mit denen Zitz, Wesendonk, Simon von Trier und andere Mitglieder der äußersten Linken der Nationalversammlung, die 258, die gestern für den Waffenstillstand gestimmt hatten, für Volksverräter erklärten und andere wütende Redensarten und wilde Drohungen gegen

sie ausstießen. Was zu tun sei, wurde auf den nächsten Tag verschoben.

Am 18. morgens erfährt Smidt, daß am Abend vorher der Senat dem Erzherzoge erklärt habe, er sei nicht imstande die Sicherheit der Nationalversammlung zu verbürgen. Darauf sei erwidert, man habe in Voraussetzung dieses Falles in Mainz bereits vier Bataillone Österreicher und Preußen marschfertig stehen und den Gouverneur angewiesen, auf die erste Requisition des regierenden Bürgermeisters die Truppen auf der Eisenbahn nach Frankfurt zu schicken. Indes habe der Bürgermeister v. d. Heyde in der Besorgnis, daß die Stadt von Einquartierung zu arg belastet werde, nur zwei Bataillone, requiriert, die dann auch nach Mitternacht hier eingetroffen seien. Er besuchte dann Camphausen und erfuhr von ihm, da die Order, die Truppen von Mainz kommen zu lassen, doch von einem verantwortlichen Ministerium erteilt werden müsse, habe der Reichsverweser sich entschlossen, das abgegangene Ministerium, soweit es hier sei, auf acht Tage wieder mit voller Verantwortlichkeit in Funktion zu setzen. Sie sprachen dann weiter und kamen endlich dahin, daß kein anderer Rat bleibe, als Heinrich von Gagern mit der Bildung des neuen Ministeriums zu betrauen.

Als Smidt von Camphausen gegangen war, traf er Banks, der in der Nacht angekommen war, und im Begriffe zu Smidt zu gehen. Nachdem sie eine Stunde lang eine Menge von Nachrichten ausgetauscht hatten, und nun zu Stockmar zu gehen vorhatten, begegneten sie vor dessen Hause dem ehemaligen preußischen Minister von Arnim, der gestern Abend von Bonn kommend hier eingetroffen war. Er erzählte von seinen Erlebnissen in der Paulskirche, die er soeben besucht hatte. Daß dort wegen der Aufstellung österreichischer und preußischer Truppen um die Paulskirche ein gewaltiger Sturm sich erhoben habe, daß Deputierte der einzelnen Vereine, die die gestern verabredete Erklärung hätten vortragen wollen, wieder hinausgeworfen seien, und daß bei einem nochmaligen Versuche die österreichischen Truppen die Bajonette gebraucht und ein halbes Dutzend niedergestoßen hätten, die jedoch noch sämtlich am Leben sein sollten. Endlich, daß man selbst allenthalben Barrikaden errichte und nirgends Miene mache, es zu hindern.

Dann erst ging man zu Stockmar hinein, konnte aber mit diesem nicht viel sprechen, weil Arnim nicht die mindeste Miene machte, sich



zu entfernen. Smidt ging mit Banks dann zu Duckwitz auf sein in der Eschenheimergasse belegenes Bureau, wo sie ihn allein antrafen. Duckwitz war sehr ungehalten über den Bürgermeister von der Heyde, daß er nur die Hälfte der ihm angebotenen Truppen von Mainz habe kommen lassen. Die Folge sei die Errichtung der Barrikaden, und daß man sich ihrer nicht zu widersetzen wage. Er begreife das so wenig, wie Smidt es bis zu diesem Augenblicke begriffen habe. Er erzählte dann noch, daß man 2000 Mann Infanterie, ein Detachement Kavallerie und Artillerie, die diesen Nachmittag einrücken würden, aus Darmstadt verschrieben habe. Noch mehr Truppen seien aus Mainz verschrieben; so daß bis morgen etwa 8000 Mann zur Verfügung sein würden.

„Dann begleitete mich Banks zu Mutter und Mine und unterhielt sich eine Viertelstunde mit ihnen, und ging dann weiter. Dann kamen Johann und Wilhelm, die mit uns bei Mutter zu Mittag aßen. Dabei erzählten sie, was in der Paulskirche vorgegangen, und von den Barrikadenbauten. In zehn Minuten sei so eine Barrikade fertig gewesen. Nach Tische um etwa 3 Uhr ging Smidt nach dem Römischen Kaiser in der Zeil, wo Duckwitz, Gevekoht und Dröge mit Altermann Gabin und seiner Frau (aus Bremen) essen wollten, aber Gabin war nicht wohl und so hatten er und seine Frau allein im ersten Stock gegessen. Am Ende der Zeil war eine hohe Barrikade errichtet, und so entwickelte sich vor den Augen Smidts, der mit Duckwitz heraufgekommen war, zu Gabin, ein Gefecht zwischen der Barrikade und den preußischen Truppen, die nahe vor dem Römischen Kaiser standen. Smidt sah wiederholt einzelne aus den Reihen fallen, die verwundet oder als Leichen in den Gasthof getragen wurden. Auch aus manchem Hause wurde den Aufständischen durch Schießen auf die Truppen Hilfe geleistet. Bald nach 5 Uhr hörte das Schießen auf, und Smidt wie Duckwitz beeilten sich, nach Hause zu kommen. Dort saß Smidt seit 6 Uhr im Hinterhause seines Hauswirts und schrieb an dem für Heinrich bestimmten Briefe. Um 10 Uhr fügt er noch hinzu: „Dr. Frey, unser Wirt, will gehört haben, daß die Barrikaden sämtlich genommen seien, oder doch besetzt und nicht mehr in den Händen der Revolutionäre wären.“ „Mutter ist wie immer unter solchen Umständen ruhig und herzhaft.“

Am folgenden Abend aber schrieb er: „Wie ich gestern zwischen fünf und sechs Uhr nach Mutters Wohnung ging, wußte ich noch nichts von

den Greueltaten, die wahrscheinlich um die nämliche Zeit begangen wurden. General Auerswald wollte den anrückenden Truppen entgegenreiten, um sie zu benachrichtigen, wo in der Stadt Barrikaden errichtet seien, und hatte um seinen Rat geltend zu machen, seine Generalsuniform angelegt. Unterwegs trifft er den Fürsten Lichnowski, der sich entschließt, ihn (ebenfalls zu Pferde) zu begleiten. In der Gegend von Bethmanns Garten außer dem Friedberger Tore fallen aus der Promenade Schüsse auf sie, ohne sie zu treffen. Sie schlagen dann den Weg nach der Friedberger Chaussee ein. Hier kam ihnen von Bornheim Turner und anderes Gesindel entgegen, die ebenfalls auf sie feuern. Fortwährend von diesen und von anderen verfolgt, steigen sie ab, lassen die Pferde laufen, klettern durch mehrere Gärten und flüchten in das Haus eines Handelsgärtners namens Schmidt, worin sie sich verstecken. Auerswald wirft seine Uniform von sich und der Gärtner gibt ihm seinen Schlafrock. Die weggeworfene Uniform muß den Verfolgern den Weg zu dem Keller, in den sie sich geflüchtet, gezeigt haben. Jene dringen hinein, Auerswald erhält von ihnen sofort einen Sensenhieb, der ihm den Schädel spaltet und mehrere Schüsse, woran er wahrscheinlich schon verschieden war, ehe man seine Leiche noch furchtbar mißhandelte. Desto kannibalischer verfuhr man mit Lichnowski. Man befestigte ein Papier an ihm, worauf das Wort Vogelfrei geschrieben stand, schoß nach ihm wie nach einer Scheibe, schnitt ihm mit Sensen das Fleisch von dem Arme, zerschlug ihm mit Knitteln die Beine. Er wurde, da er noch nicht tot war, zuerst in Bethmanns Garten getragen, und von da in ein anderes Haus, wo er unter furchtbaren Schmerzen gestern Abend zwischen 11 und 12 Uhr verschieden ist."

Am 21. September ist morgens das feierliche Leichenbegräbnis von Auerswald und Lichnowski und der übrigen ehrenvoll im Kampfe Gefallenen.

Smidts Frau und Tochter sind am 25. September aus der Kajüte (wie Smidt die provisorische Wohnung nennt) in die eigentliche Wohnung des Dr. Frey gezogen, am 26. September zieht auch Smidt dahin, der vorher eine Wohnung vor dem Tore gehabt hatte.

Im Oktober schreibt Smidt, nachdem er in den voraufgehenden Monaten vielen Besuch von Landsleuten gehabt hat, wiederholt von heimischen Dingen, mit denen er bisher im allgemeinen zufrieden zu sein geschienen hat, die ihm jetzt aber widerstreiten. Am 6. Oktober

heißt es: „Es ist besonders für die Regierungen kleiner Staaten jetzt die höchste Zeit konservatorische Energie zu zeigen, da allenthalben aufmerksam darauf gemacht, daß gerade in diesen Staaten durch Schwäche der Regierungen anarchische Zustände sich mehren, woraus dann der Schluß gezogen wird, daß man sie bei definitiver Regulierung der deutschen Verhältnisse benachbarten größeren unterordnen müsse. Zugleich darf ich pflichtmäßig nicht verhehlen, wie ich von allen Bremern, die ich hier gesehen, auf die Frage wie es denn möglich sei, daß Gesinnungen und Stimmungen, wie man sie früher bei uns gar nicht gekannt, die Oberhand zu gewinnen schienen und daß die Mehrzahl unserer gewiß rechtlich und konservatorisch gesinnten Bürger die Wühler nicht im Zaume zu halten wissen, immer die Antwort erhalte, das würde gewiß der Fall sein, wenn der Senat darin voranginge, und man sich nur darauf verlassen könne, an diesem einen festen und sicheren Rückhalt zu haben. Dieser scheine aber das Los der meisten anderen deutschen Regierungen zu teilen, welche durch die Besorgnis bei einem festen Auftreten sich inpopulär zu machen, sich nur passiv dabei verhielten und deren Schwäche darüber selbstredend täglich steigen müsse."

In einem Schreiben vom 7. Oktober heißt es: „Hermann Meier ist gestern Abend eingetroffen, und hat uns heute besucht. Er wird hier auch wohl von jeder Hinneigung zur Linken kuriert werden, wie das auch bei den anderen Bremern der Fall gewesen ist, und Ihr (seine beiden Söhne Hermann und Heinrich sind gemeint) auch bei Winkelmann und Dröge bemerken werdet. Bei dem Letzteren muß man sich nur immer in acht nehmen, keine Freude über die Ergreifung von energischen Maßregeln zu bezeugen, sonst wittert er gleich Reaktion und macht Miene, umzubullen. Denn er hat sich einmal daran gewöhnt, allen Fürsten und Regierungen das Schlimmste zuzutrauen. Von der Preußischen hat er besonders eine übertrieben schlechte Meinung. Er ist zwar ein Widersacher der Linken, aber mehr als Parteimann. Für Wahrung der bremischen Handelsinteressen interessiert er sich, aber nicht für Kräftigung Bremens als Einzelstaat. Bei Winkelmann werdet Ihr ähnliche Nuancen finden, jedoch minder potenziert. Er ist überhaupt viel vorsichtiger in seinen Äußerungen, wie Dröge. Bei beiden, aber noch weit mehr bei Gevekoht, waltet ein gründlicher Haß gegen Hamburg vor, von dem auch Duckwitz nicht frei ist. Mir ist das oft leid, weil die Erhaltung der hanseatischen Eintracht dadurch bedroht wird. Es ist wahr, daß die Anmaßung der Hamburger unaus-

stehlich ist, aber Gevekoht hat sie mitunter auch von seiner Seite so hautain behandelt, daß sie ihm unmöglich grün sein können. Mit Banks habe ich fortwährend in alter Eintracht verkehrt. Er fühlt auch, daß er die ehrenvolle Rolle, die ihm jetzt zuteil geworden, mir zu danken hat. — Die Spannung mit den Hamburgern wurzelt vorzugsweise im Handelsneid und in ihrem großen Widerwillen gegen die von Duckwitz festgehaltene Handelspolitik. Auch Banks hat sich mit dieser noch gar nicht aussöhnen können, und hat mir wiederholt sein aufrichtiges Bedauern bezeugt, daß Hamburg und Bremen aus diesem Grunde jetzt verschiedene Wege suchen und gehen müßten. — Ich bin weit mehr besorgt, daß Hamburg hinsichtlich der künftigen Stellung in der deutschen Verfassung, durch seine große Bevölkerung und Handelsbedeutung sich Vorteile vor Bremen zu verschaffen bemüht sein könnte und habe deshalb den Ruhm, welchen sie sich durch ihre Marinestiftung mehr zu erschleichen als reell zu erwerben gewußt, nicht ohne allen Neid betrachtet. Wir hatten durch die grandiose Entwicklung unserer Seeschiffahrt, unseres Schiffbaues und unserer Hafenanlagen uns ihnen bereits gleichgestellt. Diese vorteilhafte Stellung haben wir, wie ich besorge, im Laufe unserer Verfassungswirren verpaßt, und deshalb, nicht aber wegen veränderter Rechte des Staates, worauf ich einen besonderen Wert gar nicht lege, kann ich einen gewissen Groll gegen Wischmann und die Schulmeister schwer besiegen. — Übrigens höre ich von allen Bremern, die hierherkommen, laute Klagen über die Furchtsamkeit der meisten Mitglieder des Senats und selbst derjenigen — von denen man Besseres erwarten dürfte — Bredenkamp, Mohr, Albers usw. werden als feige Hasen geschildert, die nur den Kopf in den Busch stecken und nichts riskieren wollen. Misegaes und Ellerhorst sprachen sich laut darüber aus, und auch Witte und jetzt Iken stellen es nicht in Abrede."

In einem Schreiben an seinen Schwager, den Bürgermeister Noltenius, schreibt Smidt am 21. Oktober: „Die Mediatisierungslust der kleineren deutschen Staaten, ihr Aufgehen in größeren als unausweichlich verkündend, wird mündlich wie durch die Presse täglich rücksichtsloser ausgesprochen. Man faßt zwar zunächst nur die monarchisch regierten ins Auge und die teure Unterhaltung ihrer Fürstenfamilien, aber um die beabsichtigte Willkür zu verschleiern, sucht man ein Prinzip auf, nach welchem sie sich in ein System bringen lassen, und hat es so ausgeklügelt: Preußen werde, wenn Österreich aus dem Bunde

scheiden sollte, gar zu übermächtig, und man müsse daher andere deutsche Staaten durch Zuteilung der benachbarten kleinen zu verstärken bemüht sein. Da ist dann von numerischer Größe der Bevölkerung die Rede, die als Bedingung bleibender Selbständigkeit aufzustellen sei, und diese wird so gegriffen, daß auch die freien Städte unter das Messer fallen. Höchstens, meint man, könne mit Hamburg eine Ausnahme gemacht werden wegen der Bank, und da es doch zuträglich sein könnte, einen Freihafen an der Nordsee zum Weltmarktverkehr, an dem kein Einzelstaat größeres Anrecht habe wie die anderen, aufzustellen.

„Bremen hatte sich seit der französischen Zeit allmählich zu einer Weltstellung emporgerungen, in der es auch neben Hamburg genannt wurde, ja es erfreute sich selbst jenem gegenüber in Deutschland einer gewissen Popularität. Diese ist aber leider, seit wir uns der allgemeinen Revolution früher als Hamburg anschlossen und nur mit uns selbst beschäftigt waren, immer mehr verschwunden. —

„Die Art meiner hiesigen Wirksamkeit ist von der früheren völlig verschieden und nur in Beziehung auf die Zentralgewalt eine analoge. Diese hat sich aber nach dem Beschlusse vom 28. Juni alles Einflusses auf die Konstituierung der deutschen Verfassung zu enthalten. Die Potenzen, von denen unsere künftigen Geschicke mehr oder minder abhängen, sind also nicht der Erzherzog und seine Minister, sondern die einflußreichen Mitglieder der Nationalversammlung, und in dieser Beziehung habe ich, was Bremens spezielle Interessen betrifft, von Gevekoht und Dröge wenig Hilfe und Unterstützung, sie sind zu sehr Parteimänner der Klubs geworden, zu denen sie sich halten, und gefallen sich zu sehr darin, Deutschland im allgemeinen regieren zu helfen, als daß sie eine vorzugsweise Sorge für bremische Interessen noch festzuhalten vermöchten, sie haben auch nicht das Zeug dazu, mit den doktrinären Professoren, die das einbrocken, fertig zu werden." So kommt er allmählich auf sein Hauptanliegen, das ist seine Bitte, ihm seinen Sohn, den Syndikus Heinrich, zur Hilfe zu schicken.

Er wiederholte sie noch dringender am 24. Oktober und meldet endlich am 2. November, daß sein Sohn am 1. glücklich eingetroffen sei.

Aber er fährt fort, sich über Bremen oder andere zu beschweren. So klagt er am 20. November: „Wohin sind wir seit zwei Monaten gekommen, wie hat die allgemeine Demoralisation zugenommen! Die hiesigen grauenvollen Szenen am 18. September hatten im deutschen Publikum doch einen Effekt allgemeinen Unwillens hervorgebracht, und

Blum wurde dabei nicht schuldlos erachtet. Jetzt feiert man in allen deutschen Gauen den Tod dieses Barrikadenhelden, als sei ein deutscher Messias in ihm gekreuzigt, und in Bremen hat man sich auch nicht gescheut, dies Affenspiel mit aufzuführen."

Im Schreiben vom 22. heißt es: „Meine hiesige Lage und die Aussichten in unsere Zukunft, welche sie darbietet, haben sich inzwischen nicht freudiger gestaltet, und was ich von dort vernehme, trägt auch nicht viel dazu bei, mich aufzurichten. Unsere eigenen Blätter bemühen sich ja schon, die Vorteile unserer Mediatisierung aufzuzählen. Mit den hanseatischen Schwesterstädten suchen sie uns aufs geflissentlichste zu verfeinden, indem sie den Wählern derselben ihre Spalten öffnen und die Mitglieder des Senats zu verdächtigen bemüht sind. Hannover und Oldenburg zu verunglimpfen, wird nicht von ihnen versäumt. Das Reichsministerium entgeht ihren Lästerungen so wenig, wie alles, was von der Mehrheit der Nationalversammlung mit Mühe und Not noch aufrechterhalten wird, um der von allen Seiten anragenden Anarchie zu wehren. Gegen die Regierungen Österreichs und Preußens nehmen sie die vollste Rache für das frühere Verbot des Debits in diesen Ländern, selbst die Steuerverweigerung in Preußen wird von ihnen mit sophistischen Gründen entschuldigt. — Von der Apotheose Blums, der an den Greuelszenen des 18. September nicht schuldlos war, bis zur Empfehlung, ihm zur Sühne einiger seiner früheren standhaften Gegner der Rache des sogenannten Volkes zu empfehlen, ist nur ein Schritt." — „Wir stehen nicht auf einem Rechtsboden, wir stehen auf dem Boden des revolutionären Aufstandes," rief vor einigen Tagen ein Redner in der Nationalversammlung aus, den unsere Zeitungen zum Reichsminister empfehlen. In öffentlichen Blättern heißt es, nicht Österreich und Windisch-Grätz, sondern Heinrich v. Gagern habe Blum durch seine Doktrin gemordet. Da ist es denn freilich nicht zu verwundern, wenn man jeden Morgen fragen wird, ist in der verflossenen Nacht auch eine Untat vorgefallen."

Am 10. Dezember sagt Smidt: „Wir rücken der Zeit immer näher, wo es hier in der Hauptsache zu einer bestimmten Wendung kommen muß. Es liegt jetzt so, daß der Verfassungsausschuß, welcher der Mehrheit der Nationalversammlung sicher zu sein glaubt, auf den kühnen Griff antragen wird, den König von Preußen zum Kaiser oder erblichen Oberhaupt des deutschen Bundesstaates zu ernennen, ohne sich um Österreich weiter umzusehen. Der König von Preußen will auf

keinen Fall jene Würde nur von der Nationalversammlung übertragen haben, sondern nur annehmen, wenn die deutschen Fürsten und Regierungen sie ihm anbieten und übertragen. Das aber ist's gerade, was der Ausschuß will. Das Phantom der durch die Nationalversammlung gehandhabten deutschen Volkssouveränität geht ihm über alles, und darin ist die große Mehrheit der Nationalversammlung mit ihm einverstanden. Das Projekt des kühnen Griffs geht also dahin, daß die Nationalversammlung, nachdem die Debatten über den kleinen noch übrigen Teil der Verfassung beendigt sind, jene Erhebung Preußens beschließen und sich dann sofort auflösen solle."

Am 15. Dezember notiert Smidt in seinem Briefe, daß Schmerling und der Unterstaatssekretär Würth abgegangen seien und daß Gagern das Präsidium des Ministerrats und vorläufig die beiden von Schmerling innegehabten Ministerien des Innern und des Äußern übernommen habe. Er hatte schon früher geäußert und hat es später wiederholt, daß er nicht glaube, daß Gagern sich eigne zum Ministerposten, und das zeigte sich gleich in den nächsten Wochen. Er nahm schon am 21. März mit dem gesamten Ministerium seine Entlassung, aber es entstand daraus ein Provisorium, das bis zum 10. Mai dauerte.

Smidt hatte am Ende des Jahres persönlich einen bitteren Schlag erlebt. Ihm war seine über alles geliebte Frau entrissen, mit der er am voraufgehenden Neujahrstage die Goldene Hochzeit hatte feiern können. Sie war schon damals leidend gewesen; sie wurde es immer mehr und mehr, aber Smidt selbst wollte nicht recht an ihre Krankheit glauben. Er übte wohl die zarteste Rücksicht auf sie, als sie sich zu ihrer letzten Reise nach Frankfurt entschlossen hatte; er schrieb den Söhnen, sie möchten alles tun für die Bequemlichkeit der Mutter und kein Geld dabei sparen. Aber als sie dann mit ihrer Tochter und ihren zwei jüngsten Söhnen glücklich in Frankfurt eingetroffen war, da hieß es in den Briefen an die älteren Söhne immer nur, Mutter geht es gut, und als sie den 18. September, der sie kaum berührte, gut überstanden hatte: Mutter hat, wie immer bei solchen Gelegenheiten, sich mutig und herzhaft gezeigt. So hatte er denn bis auf die letzten Lebenstage, wo bei der Gattin der Schlaf sich nicht einstellen wollte, immer in der Täuschung gelebt, es handle sich nur um eine vorübergehende Schwäche. Ja, als er am 29. Dezember gegen Abend in eine Versammlung sämtlicher Bevollmächtigten gehen mußte und als er,

gleich nach 9 Uhr wieder nach Hause gekommen, gehört hatte, daß endlich der Schlaf sich eingefunden hatte, da setzte er sich beruhigt an den Schreibtisch, um noch nach Bremen und nach Lübeck über die Beschlüsse der Versammlung zu berichten. Als er damit etwa 10½ Uhr fertig war, da streckte er sich auf das Sofa, um noch die Abendblätter zu lesen; aber kaum war das geschehen, als er seine Tochter Mine, die er schon ruhend geglaubt hatte, in sein Zimmer treten sah und mit dem ersten Blick auf sie wußte, was vorgegangen war, auch wohl, daß er sich ein Jahr lang getäuscht habe über das Befinden seiner Gattin. Die Dahingeschiedene wurde in Frankfurt, wo sie schon vor zwanzig Jahren eine geliebte Tochter verloren hatte, an ihrem Hochzeitstage zur letzten Ruhe begleitet.

Smidts Tagewerk ging seinen alten Gang, er hatte Besuche zu empfangen oder zu machen, er hatte an den Verhandlungen der Bevollmächtigten teilzunehmen, er besuchte hin und wieder die Versammlung des Nationalvereins, wenn auch mit wachsendem Mißbehagen, er berichtete nach Bremen, bisweilen auch nach Hannover und Lübeck, er schrieb an seine unzähligen Freunde und Bekannten, er verbrachte die Abendstunden am häufigsten im Englischen Hofe, wo er immer mit den Bestunterrichteten seine Gedanken austauschen konnte.

Es war die Zeit, in der Preußens und Österreichs Verhalten zum Deutschen Reich hauptsächlich in Frage stand, in der am 4. März 1849 die neue österreichische Verfassung verkündigt wurde, die alle habsburgischen Länder zu einem Einheitsstaate zusammenfaßte, in der am 28. März Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser und erblichen Oberhaupte der deutschen Nation erwählt wurde, aber, wie man schon lange vorher wußte, diese Würde, weil sie ihm ausschließlich von der Nationalversammlung angeboten wurde, abzulehnen entschlossen war. Die Zeit, in der die Linke des Parlaments täglich an Gewicht zunahm, während die Rechte zusammenschmolz, in der nach Smidts oft wiederholtem Ausdruck die rote Republik näher und näher rückte.

Zweimal war er inzwischen ein paar Tage in Bremen gewesen, Anfang Februar und Anfang April.

Nachdem das Ministerium Gagern am 10. Mai endgültig abgedankt hatte, glückte es dem Reichsverweser am 16. Mai, einen Ministerrat unter der Leitung Grävells zusammenzubringen. Aber dieser hielt sich nur knapp drei Wochen. Er war schon, als er sein sogenanntes Programm vorgelegt hatte, mit schallendem Gelächter empfangen wor-

den; er hatte sich später so viele Eigenmächtigkeiten erlaubt, daß das Ministerium seinen Abgang verlangte.

Inzwischen hatte sich Preußen mit Hannover und dem Königreich Sachsen zu einem engeren Bündnis vereinigt. Einige kleinere Staaten, wie die thüringischen und bald auch Oldenburg und Mecklenburg und mancher andere, hatten ihre Neigung zu erkennen gegeben, auch hinzuzutreten. Smidt drängte eifrig darauf, den gleichen Schritt zu tun, weil man, je später man damit komme, um so schlechtere Bedingungen sich gefallen lassen müßte. Preußen hatte nach dem Vorgange Österreichs seine Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung abgerufen, war aber nicht bei allen damit durchgedrungen, so daß Simson, Beseler und andere namhafte Preußen erst mit den beiden Gagern am 21. Mai aus der Nationalversammlung austraten.

Bald darauf, noch vor Ende Mai, beschloß das, was vom Parlament noch übrig war, die Sitzungen nach Stuttgart zu verlegen, was bis zum 3. Juni geschah. Aber schon am 20. Juni vormittags hatte Smidt die Nachricht aus Stuttgart, daß am 18. das Rumpfparlament gesprengt sei. Der Sitzungssaal und wohin sich der kleine Zug der Abgeordneten sonst begeben hatte, war militärisch besetzt. So fand, was vor einem Jahre in Frankfurt mit überschäumender Begeisterung angefangen, in Stuttgart ein klägliches Ende.

Dreizehntes Kapitel

Nachklänge der Revolution.

Smidt hatte es endlich durchgesetzt für Bremen in das Dreikönigsbündnis einzutreten, und blieb daher, nachdem er Ende Juni Frankfurt verlassen hatte, nur wenige Tage in Bremen und reiste dann, wieder in Begleitung seiner Tochter, nach Berlin weiter. Am 9. Juli kamen sie dort an. Smidt trat auf Grund einer ihm am 17. vom Senate gegebenen Vollmacht am 23. unter Vorbehalt der Ratifikation, zu der nach der neuen Verfassung auch die Zustimmung der Bürgerschaft gehörte, in das Bündnis ein. Aber die Bürgerschaft, die seit ihrer Neuwahl im April 1849 ein wesentlich anderes Bild zeigte als die Konstituante, lehnte die Ratifikation ab. Und erst, als der Senat zum drittenmal mit der gleichen Sache an die Bürgerschaft herantrat, gelang es, eine kleine Majorität für die Ratifikation zu gewinnen, aber nur dadurch, daß Smidt sich entschlossen hatte, inzwischen selbst nach Bremen zu gehen und dort die Angelegenheit zu betreiben. Am 20. August war er in Bremen eingetroffen, am 30. war er befriedigt von dem tags vorher errungenen Siege über Hannover, wo man ihn allseitig beglückwünscht hatte, zurückgekehrt. Am 1. September war er wieder in Berlin. Am 4. konnte er die Ratifikation des Senats und der Bürgerschaft in verfassungsmäßiger Form einreichen. Damit trat er zugleich in den Verwaltungsrat des Dreikönigsbündnisses ein.

Es galt, eine Verfassung für ganz Deutschland zu machen, für die man die vor einem halben Jahre in Frankfurt aufgestellte als Vorbild nahm. Diese Verfassung sollte alsdann einem Reichstage vorgelegt werden, für den man Zeit und Ort noch nicht gewählt hatte. Erst als an Stelle des Generals v. Canitz im Oktober der frühere königlich preußische Minister v. Bodelschwingh zum Leiter des Verwaltungsrats ernannt war, wurde diese Frage in Beratung genommen. Und zwar entschied sich Preußen für Mitte Januar und für Erfurt als den gelegensten Ort, ohne doch diesen gegen andere Orte vorschreiben zu wollen. Diesem Vorschlage stimmten alle verbündeten Staaten bei, ausgenommen Königreich Sachsen, Hannover und Mecklenburg-

Strelitz. Es erhob sich eine lebhafte Debatte, an der außer dem Vorsitzenden die Vertreter Sachsens und Hannovers und die Vertreter beider Hessen namentlich teilnahmen. Der Vertreter Hannovers, v. Wangenheim, wurde dabei so leidenschaftlich, daß man gleich vermutete, er habe etwas mehr im Sinne, als nur Opposition zu machen gegen den Vorschlag Bodelschwinghs. Indes blieben er wie der Vertreter Sachsens, Herr v. Zeschau, noch ungefähr vierzehn Tage in Berlin, und erst am 22. Oktober hieß es, die Vertreter Sachsens und Hannovers seien nach Dresden und Hannover zurückgereist. Erst am folgenden Tage wurde bekannt, daß beide vor ihrer Abreise eine Kollektivnote an den Verwaltungsrat gerichtet hätten, ungefähr folgenden Inhalts: Der Beschluß, die Wahlen zum Reichstage auf den 15. Januar auszuschreiben, sei eine die äußere und innere Sicherheit Deutschlands bedrohende Maßregel, da nichts hierin geschehen könne, ehe man sich mit Österreich verständigt habe. Die Vorschläge zur Reichsverfassung seien für ganz Deutschland gemacht, sie müßten sich aber gegen alle Folgen verwahren, die daraus entstehen könnten, daß man sie nur mit einzelnen Staaten in Ausführung zu bringen versuche. Das Bündnis vom 26. Mai wollten sie übrigens aufrecht halten, aber die Berufung des Reichstages gehe darüber hinaus.

Smidt war vom 30. September bis 8. Oktober einmal wieder in Bremen gewesen und hatte dort die Wahl des Schullehrers Feldmann in den Senat erlebt, des einzigen, der unter der Herrschaft der extremen Linken in den Senat gekommen ist. Als Smidt wieder in Berlin war, fragte er fast in jedem Briefe an seinen Sohn Heinrich an, wie sich Feldmann im Senate benehme; er hatte nicht das vollste Vertrauen zu ihm und fürchtete namentlich, aber wohl mit Unrecht, seine Schwatzhaftigkeit.

In Berlin galt es vor allem noch, den Verfassungsentwurf fertigzustellen, daneben auch die Zukunft der deutschen Kriegsflotte ins Auge zu fassen. Man bot preußischerseits an, sie nach dem Hafen von Swinemünde zu bringen, als sich das aber wegen der befürchteten Fortdauer des Krieges mit Dänemark als unzweckmäßig erwies, kam man doch zurück auf das frühere Projekt, sie unter der Aufsicht Hannovers oder Oldenburgs zu lassen und die Schiffe, solange die Flüsse vom Eis gesperrt wären, zum Kreuzen in die Nordsee zu schicken. Dadurch würde auch die Mannschaft zusammengehalten und verwachse mit den Schiffen.

Die Weihnachtsferien des Verwaltungsrats brachten Smidt und seine

Tochter wieder in Bremen zu, auf dem Hinwege sich ein paar Stunden in Hannover aufhaltend, weil Smidt das Verlangen hatte, sich dort nach dem Verhalten des Landes zu dem Bündnisse vom 26. Mai zu erkundigen. Was er erfuhr, machte ihn nicht zweifelhaft, daß Hannover das Bündnis bald kündigen werde. Und so geschah es wirklich. Smidts waren nach dreiwöchentlichem Aufenthalte in Bremen noch nicht lange wieder in Berlin gewesen, als dort die Kündigung eintraf.

Nun galt es noch, die Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage, der nach längerer Debatte, worin die verschiedensten Orte genannt waren, doch nach Erfurt einberufen wurde, ferner eine Additionalakte, welche dem neuen Staatsgebilde den Namen Union gab. Am 15. März begaben sich endlich Smidt und seine Tochter mit vielen anderen Personen nach Erfurt, wohin zum 16. die Fortsetzung der Verwaltungsratsitzungen einberufen war.

Am 20. März wurde das Staaten- und das Volkshaus in gemeinsamer Sitzung eröffnet. Fast unmittelbar darauf erkrankte Smidt an einer heftigen Erkältung, die ihn mehrere Tage ans Haus fesselte und auch dann noch nötigte, eine der wenigen Droschken zu benutzen, die es in Erfurt gab. Eben in diesen Tagen wartete er morgens und abends ängstlich auf die Ankunft der beiden Bremer, deren Wahl ihm schon am 16. mitgeteilt worden war, Duckwitz und Winkelmann, die aber, wie es schien, gar keine Eile hatten, nach Erfurt zu kommen. Endlich am 25. März, während Smidt gerade mit einem Schreiben nach Bremen beschäftigt war, traf Winkelmann bei ihm ein, und Smidt „hörte nun mit Teilnahme und Betrübnis die Ursache, die Duckwitz abgehalten hatte, mit Winkelmann zu reisen". Wir kennen den Grund nicht, aber es kann nichts erhebliches gewesen sein, denn Smidt drückt sich so darüber aus: „Er muß jetzt vor allem sorgen, körperlich reisefähig zu werden, seine Gesundheit muß uns über alles gehen." Die Wahl Duckwitz' zum Staatenhause aber hatte sich so abgespielt: der Senat hatte ordnungsmäßig drei Kandidaten der Bürgerschaft in Vorschlag gebracht, diese aber mit geringer Mehrheit es abgelehnt, die Wahl vorzunehmen; als der Senat darauf nochmals die Sache der Bürgerschaft vorgelegt hatte, war diese bei dem ersten Verhalten geblieben, nicht so aber der übrige Teil der Versammlung, dieser hatte vielmehr seine sämtlichen zweiundfünfzig Stimmen für Duckwitz abgegeben. Solche Minoritätswahlen waren aber mehrere vorgekommen, wie Smidt schon bei seinem letzten Besuche Bremens auch für dieses

vorausgesehen hatte. Sobald er reisefähig war, konnte sich Duckwitz daher auf den Weg nach Erfurt machen. Zur größten Freude Smidts traf er am Abend des 28. März dort ein. Smidt hatte so gut für seinen Freund vorgesorgt, daß diesem, noch ehe er formell in das Staatenhaus aufgenommen war, erlaubt wurde, an den Sitzungen teilzunehmen. Das Verhältnis zwischen Smidt und Duckwitz war nach wie vor gut. Es hatte wohl noch an Wärme gewonnen durch das, was sie gemeinsam erlebt hatten. Am 11. April schrieb Duckwitz an Heinrich Smidt: „Ihr Vater ist außerordentlich liebenswürdig, wahrhaft reizend, und es macht mir großes Vergnügen, mit ihm soviel zu verkehren. Wir sind in politischer Hinsicht in vollkommenster Harmonie." Nur in einer Beziehung wichen sie voneinander ab, Smidt empfand es peinlich, daß er künftig nichts mehr zu sagen habe. „Er sagt täglich: Ich kann nicht darüber hinwegkommen, daß, wenn die Reichsregierung eingesetzt ist, wir nirgends einen Loffel mehr zu waschen haben, und daß, wenn etwas Bundesartiges zustande kommt, Frankfurt sich selbst vertritt, Bremen aber durch die Unionsgewalt vertreten werden wird." Man sieht, wie sicher Smidt darauf rechnete, daß diesmal eins oder das andere bei dem Versuche, Deutschland in den Sattel zu heben, herauskommen werde. Aber er täuschte sich. In Erfurt gelang es freilich, die Unionsverfassung bis Ende April zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, doch sobald dann auf Friedrich Wilhelms Einladung die sämtlichen Unionsfürsten und die freien Städte in der zweiten Maiwoche in Berlin zusammengekommen waren, gab es hier, unter der Führung des Kurfürsten von Hessen und seines Ministers Hassenpflug, so viele Bedenken über die Ausführung des Planes, daß man nicht vom Flecke rückte. Man mußte es zum drittenmal versuchen und versammelte sich nun wieder in Frankfurt, wohin Smidt, wie nach Berlin, seine Tochter mitnahm. Vom 13. Juni bis zum 18. August blieben sie dort, aber auch da kam nichts zustande.

Smidt konnte sich einmal vier Monate in Bremen ausruhen, wo er seit Mitte März 1848 niemals so lange gewesen war. Zweimal hatte er es in dieser kurzen Zeit erlebt, daß die Bürgerschaft einen schweren Fehler begangen hatte, zum drittenmal kam es bei seiner jetzigen längeren Anwesenheit in Bremen vor. Die Bürgerschaft hatte nach der Verfassung eine Vakanz im Oberappellationsgericht zu besetzen und wählte dazu einen oldenburgischen Juristen, der zu ihren Gesinnungsgenossen gehörte; sie hatte aber dabei nicht bedacht, daß die Wahl von

den Senaten der anderen drei Städte zu genehmigen sei. Da diese Genehmigung versagt wurde und die Bürgerschaft, zu einem neuen Wahlvorschlag aufgefordert, sich weigerte, diesen vorzunehmen, so wählte der Senat, um die Vertragspflicht zu erfüllen, einseitig einen anderen Juristen in die erledigte Stelle.

Weit mehr aber als dieser Vorgang verletzte Smidt, was er kurz zuvor in Frankfurt in den Zeitungen gelesen, dann durch einen Brief Rumpfs aus Paris gehört hatte und was ihm gleich danach durch den preußischen Minister des Innern bestätigt wurde, daß auf einer Versammlung in Braunschweig Bremen zum Zentralplatz der demokratischen Wühlerei erkoren sei und daß Rösing und Dulon offen als an ihre Spitze getreten verkündet wurden. Das ging aus von Mazzini, und Smidt sah darin eine Zerstörung des deutschen und speziell des bremischen Patriotismus, wie er sie ärger noch kaum je gehört hatte.

Ein letzter Versuch, Deutschland unter einen Hut zu bringen, ging von Dresden aus. Smidt, den seine vielfachen Bemühungen noch nicht mürbe gemacht hatten, ließ sich willig auch dahin schicken. Er fuhr, wiederum von seiner Tochter begleitet, am 20. Dezember dahin ab und war am Abend des 21. in Dresden. Dort trafen sich Vertreter fast aller Regierungen Deutschlands zusammen; die Leitung hatten Österreich unter dem Fürsten Schwarzenberg und Preußen unter v. Manteuffel übernommen. Smidt nahm an, daß „eine Revision der bestehenden Bundesgesetze als Zweck der gegenwärtigen Konferenzen angenommen worden sei, nicht aber ein völliger Umbau des vertragsmäßigen Bundesgebäudes". Zu dieser Ansicht hatten ihn gleich die ersten Konferenzen gebracht, und er hatte daraus den Schluß gezogen, daß ihm als dem einzigen, der in dem gegenwärtigen Kreise mitzuwirken berufen sei, auch ein maßgebendes Urteil zustehe über das, was man bei dem ersten Aufbau des Deutschen Bundes gewollt habe. Daraus ergab sich für ihn die folgende Kritik der jetzt den Hansestädten zugewiesenen Stellung: „Bei den Erwägungen, welche dem Abschluß der Bundesakte vorhergingen und bei Festsetzung der den freien Städten angewiesenen Stellung im Bunde wurde so wenig aus dem geringen Umfange ihrer Territorialgebiete und Volkszahl auf ihre Unbedeutendheit für die Förderung deutscher Gesamtinteressen gefolgert, als an ihren republikanischen Verfassungen irgend Anstoß genommen. Man erblickte in diesen freien Verfassungen vielmehr eine naturgemäße Bedingung erfolgreicher Widmung ihrer Genossen zu freier Beweglichkeit in der

Sphäre des Handels und Verkehrs, die nur an wenigen Punkten Deutschlands für den Weltseehandel geeignet erscheint. — Man stellte daher die den freien Städten eigentümlichen Befähigungselemente in den Vordergrund und verschmähte es, die Zahlengrößen auf sie anzuwenden. In der Konsequenz dieser Ansicht wurde ihnen nicht bloß eine eigene Stimme in der engeren Bundesversammlung zugeteilt, sondern auch in betreff der Seelenzahl, welche für die Einrichtung der obersten Gerichte als Norm angenommen ward, eine Ausnahme festgestellt." Was hat nun dazu geführt, auf das Verhältnis der freien Städte zum Bunde jetzt lediglich das Prinzip der Zahlengröße anzuwenden? Haben sie ihre Bundespflichten nicht erfüllt oder liegt die Vermutung nahe, daß sie es künftig nicht tun dürften? Was die von ihnen gehegten Erwartungen zur Geltendmachung ihrer Lage und Stellung durch Förderung des deutschen Handels und Verkehrslebens betrifft, so möchte weder in negativer noch in positiver Beziehung behauptet werden können, daß dabei eine Täuschung eingetreten sei. Handel und Verkehr sind von ihnen nicht mit Abgaben beschwert oder durch unnötigen Aufenthalt belästigt, vielmehr durch das entgegengesetzte Verfahren begünstigt worden. Zur Förderung von Eisenbahnen und Dampfschiffsverbindungen haben sie es an den außerordentlichsten Anstrengungen nicht fehlen lassen. Ihre vorteilhafte Lage an Strömen und Meeren ist keineswegs auf egoistische Weise von ihnen ausgebeutet oder die Teilnahme an der durch so viele Einrichtungen begründeten freien Handelsbeweglichkeit ihrer Bewohner als ein Monopol derselben behandelt. Die Korrektionen der ihr Handelsgebiet durchströmenden Flüsse sind von ihnen nicht vernachlässigt, der Verkehr auf denselben vielmehr durch kolossale Uferbauten und Hafenanlagen erleichtert und erweitert und damit zugleich dem Auslande zur Vervielfältigung seines Verkehrs mit Deutschland eine Bequemlichkeit nach der andern dargeboten worden. Die deutsche Schiffahrt hat sich seit 35 Jahren verdoppelt, ihr Umfang reiht sich an die britische und amerikanische, sie nimmt mithin den dritten Platz unter den kultivierten Völkern ein, ihr Schiffbau wird als musterhaft, die Zuverlässigkeit ihrer Schiffskapitäne als nachahmungswürdig anerkannt. Die hanseatischen Flaggen werden jetzt auf allen Meeren erblickt, in den Hafenplätzen aller Weltteile finden sich deutsche Kontore und Kommanditen etabliert, der Mangel eigener Kolonien findet sich dadurch ersetzt und die Solidität ihres Kredits verstärkt. Eine bedeutende Anzahl von Schiffahrts- und Handels-

verträgen ist von den Hansestädten mit transatlantischen Staaten abgeschlossen, welche nie zuvor in direkten Verkehr mit Deutschland getreten waren. In keinem dieser Traktate haben die Städte Vorteile für sich stipuliert, welche nicht zugleich dem gesamten Deutschland zum Vorteil gereichten, in dessen Interesse die bestmögliche Verwertung seiner Erzeugnisse wie die vorteilhafteste Beziehung seiner in fernen Landen und Klimaten heimischen Bedürfnisse sorgfältig wahrgenommen wird. Wenn in diesen Verträgen zugleich stipuliert ist, daß es jedem deutschen Seeschiffahrt betreibenden Staate zustehen solle, sich denselben unter den gleichen Bedingungen anzuschließen, wenn die hanseatischen Konsuln und Agenten instruiert sind, sich der in ihrem Bereiche befindlichen Untertanen jedes anderen deutschen Bundesstaates, welcher für die Bestellung ähnlicher Organe nicht gleiche Sorge getragen, anzunehmen, wenn die Städte auf diesem Wege ein Ansehen gewonnen, welches nicht nach dem Umfange ihrer Territorien, sondern nach dem ihres Handels, ihrer Schiffahrt und dem des Kredits ihrer Börsen berechnet wird, wenn sie deutschem Einflusse auf entfernte Staaten geöffnet haben, kann es dann dem wohlverstandenen Interesse Deutschlands frommen, wenn man die Träger seiner Ehre zu fremden Nationen von der Handhabe seiner Politik förmlich ausschließt, wenn man sie in öffentlichen Urkunden jenen gegenüber in einer herabwürdigenden Stellung erscheinen läßt, sie daher unter Kuratel zu setzen nötig erachtet? Und würden sie ein solches Urteil nicht selbst als ein gerechtes anerkennen, wenn sie sich der angesonnenen Unterordnung freiwillig fügten?"

Smidt hatte in den letzten Dresdener Tagen von dort noch einen kurzen Ausflug nach Berlin gemacht und war mit allgemein ungünstigen Eindrücken nach Dresden zurückgekehrt. Am 18. Mai fand die letzte Tagung der Dresdener Konferenzen statt. Übrigens sagt Smidt in seinem letzten Briefe aus Dresden vom 17. Mai: „Übrigens kann ich nicht leugnen, daß ich mit besserem Mute von Dresden nach Frankfurt gehe, als ich von Bremen nach Dresden kam. Die ersten Monate waren hier die bedenklichsten, und erst seit dem 23. Februar ließ sich wieder etwas freier in die Zukunft blicken." Es war der Tag, an dem die oben mitgeteilte Erklärung von Smidt abgegeben wurde.

Vierzehntes Kapitel

Das Ende der bremischen Verfassungswirren

Über Jena, wo sie Seebecks besuchen wollten, kamen Smidt mit Tochter und Bürgermeister Brehmer aus Lübeck ungefähr am 25. Mai in Frankfurt an. Smidt und seine Tochter freuten sich, ihre vorigjährige Wohnung wieder zu beziehen, „wo wir doch die Sonne, wenn sie überhaupt scheint, wieder zu sehen bekommen, und nicht, wie in dem Dresdener Logis, immer im Schatten sitzen". Bei seinen ersten Besuchen fand Smidt nur den Grafen Thun zu Hause, der ihn aufs freundlichste empfing, andere Bundestagsgesandte sah er indes beim Essen im Englischen Hof, darunter auch Herrn v. Bismarck-Schönhausen, der als Vertreter des ordentlichen Gesandten, des Generals v. Rochow, geschickt war.

Er konnte nur mit dem hannoverschen Gesandten v. Schele ein paar Wort wechseln, weil dessen Wagen vor der Tür stand, um ihn nach Rumpenheim zur Herzogin von Cambridge zu bringen. Das Gespräch betraf aber die Zukunft der deutschen Kriegsflotte, über die man schon vor zwei Monaten in Dresden sich für bremische Ohren nicht sehr erfreulich ausgesprochen hatte. Smidt hatte damals folgendermaßen darüber berichtet: „Daß es um die künftige Erhaltung der deutschen Flotte sehr mißlich aussieht und daß man schwerlich auf Hafenanlagen zur Unterbringung derselben Bedacht nehmen dürfte, läßt sich leider aus den über diesen Gegenstand gestern erfolgten Äußerungen schon abnehmen. Gelegentlich geäußerte Ansichten gehen dahin, daß man die Flotte Stück für Stück den Meistbietenden unter den Bundesgenossen zuschlagen müsse, ohne jedoch auswärtige Staaten bei den Aufgeboten konkurrieren zu lassen." Jetzt faßt er sein Urteil so zusammen, „daß man sich einigermaßen schämt, die Flotte aufzugeben, und deshalb die Schuld gern von sich abwälzen und jedem andern zuwälzen möchte, es aber doch gern sehe, wenn man der Last dieser Unterhaltung entledigt würde, ohne sich gar zu sehr zu blamieren. Österreich scheint eine Verwahrung seiner Seemacht im Adriatischen Meere ernstlich zu beabsichtigen, es will aber als europäische Macht allein

darüber verfügen, um sie im Mittelländischen Meere gebrauchen und Sardinien damit imponieren zu können. Preußen möchte in der Ostsee eine ähnliche Rolle spielen und sähe es am liebsten, wenn es die deutsche Flotte unter ihrem Wert für sich allein akquirieren könnte. Hannover allein möchte wohl etwas daranwenden, um in Verbindung mit den Hansestädten die Anfänge einer Kriegsmarine der Nordsee zu begründen und sich zugleich in der Glorie der Leitung dieser Macht zu sonnen. — Unter den Zollvereinsstaaten gibt es mehrere, die sich der Aufgebung der Flotte als der einzigen Errungenschaft, die sich zur Ehre Deutschlands behaupten lasse, reell schämen und es auch einigermaßen schwierig finden, das Aufgeben vor ihren Kammern zu rechtfertigen, an der anderen Seite aber ebenso schwierig, sie zu bleibenden bedeutenden Ausgaben für Erhaltung der Flotte zu vermögen. Sie möchten den Nordseestaaten gerne den größten Teil dieser Ausgaben zugewälzt sehen, oder, und dies scheint neuerdings mehreren in den Kopf gekommen zu sein, ein Äquivalent in dem Anschluß der Nordseestaaten an den Zollverein zu finden. Wenn dies damit zu erreichen wäre, haben mir schon mehrere zu verstehen gegeben, würden sie gerne bereit sein, den für die Flotte erforderlichen Aufwand gleichmäßig mit den Nordseestaaten zu bestreiten".

Am 22. Juni fuhr Smidt mittags mit Herrn v. Fritsch (aus Weimar) nach dem Johannisberg, um dem Fürsten Metternich einen Besuch abzustatten. Smidt schreibt darüber: Er nahm uns sehr freundlich auf und lud uns zum Mittagessen auf 6 Uhr ein, was wir indes ablehnten, da wir abends hierher zurückzukehren wünschten. Dann unterhielt er sich eine Stunde sehr lebhaft mit uns. Wir gehören jetzt zu den alten Leuten, sagte er zu mir, und da kommt uns die lange Erfahrung zugute. So kam er auf die Zustände von 1813 und 1814, wie alles in Deutschland chaotisch aussah, bis man endlich den Versuch mit dem Föderativstaat machte und ihn über 30 Jahre durchgeführt hat. Jetzt ist auch eine Art chaotischen Zustandes wiedergekehrt, aber doch nicht so arger Art wie damals, und wie man gefunden, daß nichts anderes übrig bleibe, als den Föderativstaat wieder aufzunehmen.

Dann ließ er sich noch ausführlich aus über die dermaligen französischen Zustände und über seinen Aufenthalt in Belgien, den er als sehr zusagend schilderte. Endlich führte er seine Gäste noch zur Fürstin, die Smidt, was ihr Gesicht betrifft, weniger verändert fand als in der Gestalt. Sie war gleich freundlich wie ihr Gatte.

Weit mehr als die Flottenfrage interessierte die innere Lage Bremens Smidt, die die namentlich von ihm seit einem Jahre immer wieder betonte Festigkeit des Senats endlich bringen sollte. Besonders in Dresden hatte er über die Frage ein eingehendes Gespräch mit dem preußischen Minister v. Alvensleben. In seinem Berichte darüber heißt es: „Es kam so heraus, als gehe man von der Voraussetzung aus, daß ein Zustand, welchen der Art. XXVI der Wiener Schlußakte schildere, für Bremen bereits dahin eingetreten, daß die Verbreitung aufrührerischer Bewegungen von dort zu besorgen sei, wodurch die Sicherheit der Bundesstaaten gefährdet wäre, und daß, wenn auch kein tatsächlicher Ausbruch erfolgt sei, die Regierung sich doch bereits in einem solchen Zustande der Schwäche befinde, welche es ihr unmöglich mache, jene Verbreitung durch eigene Kräfte zu verhindern und die Hilfe des Bundes zu begehren und die Bundesversammlung sich dadurch bereits verpflichtet achten müsse, auch unaufgefordert ihre Sorge für die Sicherheit des Bundes durch irgend tatsächliches Einschreiten zu betätigen."

Zwei Monate später hatte Smidt eine ganz andere Anschauung gewonnen. Aus dem damals dem Bundestage in Frankfurt vorliegenden Antrage schloß er, „daß er uns zu einer verständigen Rehabilitierung unserer inneren Zustände reell zu Hilfe kommen werde, und die Vorbereitungen, welche der Senat durch seine Anträge über Abänderung für die Vertretung der Bürgerschaft und des Verfahrens bei Ergänzung des Senats getroffen hat, können dadurch nur als gerechtfertigt erscheinen. Auch kann ich nur raten, in dieser Richtung bei jeder sich darbietenden Gelegenheit weiter vorzugehen und anzudeuten, daß es weder mit den Gesetzen über Gestaltung und Wirksamkeit der gemeinschaftlichen Deputationen noch mit dem Konfliktsverfahren so bleiben könne, wie es in der Verfassungsurkunde angegeben ist. Der nachteilige Ausfall der letzten Ergänzungswahlen der Bürgerschaft könnte sich am Ende als ein heilsames Ergebnis erweisen, da es vielen Leuten, welche den Gang dieser Dinge bisher apathisch ansahen, die Augen öffnen und die Notwendigkeit der erforderlichen Garantie gegen sonst kaum zu vermeidende Mißbräuche einleuchtend machen muß".

„Unsere Demokraten teilen sich in zwei wesentlich verschiedene Hälften. Nur die bei weitem geringere Hälfte, an deren Spitze Dulon und Konsorten stehen, ist zu den eigentlichen Revolutionärs zu zählen, während der andern Operationsfeld nicht Deutschland, sondern nur

Bremen ist, wie sich das namentlich jetzt bei den Handwerkern auf die krasseste Weise herausgestellt hat. Gegen die erstere ist meiner Ansicht nach mit der größten Energie angriffsweise zu verfahren, wozu mit der gegen Dulon und Konsorten begonnenen Untersuchung schon ein guter Anfang gemacht ist. Wir müssen Bremen von diesem Gesindel zu epurieren bemüht sein und uns davon durch keinerlei doktrinäre Bedenken abwenden lassen. Unsere Regierung wird dadurch ihren guten Ruf vollends herstellen, und wir werden eine Bundeseinmischung in unsere inneren Verhältnisse dann um so weniger zu besorgen haben. Daß eine solche aber von der größeren Hälfte unserer Linken keineswegs zusagend gefunden werden könne, daß sie um die Sendung von Bundeskommissarien, die nicht ohne Begleitung einer hinreichenden militärischen Macht erscheinen würden, und deren Anordnungen zu vermeiden, sich am Ende schon entschließen werden, in die erforderlichen Abänderungen unserer Gesetze und Einrichtungen zu willigen, läßt sich vorhersehen und ohne Zweifel auch bewirken, wenn das aut aut ihnen gehörig ins Licht gestellt und dabei mit derjenigen Besonnenheit und Umsicht verfahren wird, welche keinen Zweifel aufkommen läßt, daß der Senat aus keinerlei egoistischen Absichten, sondern nur um des gemeinen Besten und der Erhaltung unserer freien Verfassung willen auf die erforderlichen Abänderungen dringe."

Darin täuschte sich Smidt doch, wenn er annahm, die Bürgerschaft werde aus eigener Ansicht dazu kommen, die vom Senat erlassenen Verordnungen und Gesetze anzuerkennen. Sie war noch zu sehr von dem Gefühle beherrscht, das durch das Wort Volkssouveränetät hervorgerufen wurde.

Smidt schreibt am 21. Oktober 1851: „Auf diesen Abend habe ich eine Zusammenkunft mit Nostitz verabredet. Ich denke, ihn wiederholt auf die cardo quaestionis (den Angelpunkt der Frage) aufmerksam zu machen, daß das Prinzip der Volkssouveränetät und die daraus hervorgegangenen Gestaltungen vermöge des mit jenem Prinzip in engster Verbindung stehenden Kopfzahlwahlverfahrens als mit dem Bundesgesetze und Bundeszwecke unvereinbar anzusehen und durch die Aufhebung der Grundrechte und der Beschlüsse vom 23. August als verurteilt zu betrachten seien. Daraus wird dann folgen, daß wir mit der jetzigen Bürgerschaft über die Reorganisationen unserer sozialen Einrichtungen nicht weiter verhandeln können, da ihre Wahl aus jenem Prinzip hervorgegangen und wegen solches Festhaltens auch die Verschiedenheit

ihrer Ansichten und des Senats über die Konsequenz der Bundesbeschlüsse nach unserer Verfassung am Ende nur durch das aus dem Prinzip der Volkssouveränetät ebenfalls hervorgegangene sogenannte Konfliktsverfahren geschlichtet werden können. Die Ergänzungsweise des Senats, das Verfahren bei den Deputationsverhandlungen, bei Ernennung der Beamten sind ebenfalls Konsequenzen jenes Prinzips, und wir können aus diesem Zirkel gar nicht heraus, wir bleiben unfähig, die Bundesbeschlüsse zur Ausführung zu bringen, solange man jenes Prinzip nicht selbst verdammt. Geschieht das aber, so rechtfertigen sich alle Anträge des Senats in ihrer Wesenheit, wenn auch nicht gerade in jedem Detail."

In dem durch fünf Personen gebildeten Ausschuß für diese Sache stand an der Spitze Graf Thun, Referent war der Sachse Herr v. Nostitz. Auf ihrer beider Wunsch verfaßte Smidt eine ausführliche Darstellung der bremischen Verfassung, wie sie in alten Zeiten war und wie sie seit den Jahren 1848 und 1849 wurde. Er hat das Dokument sicherlich nicht an einem Tage zu Papier gebracht, aber er unterzeichnete es am 17. November 1851. Doch hat es von diesem Tage an noch drei und einen halben Monat gedauert, bis die Arbeit von allen fünf Ausschußmitgliedern unterschrieben war. Sein Sohn Heinrich leistete ihm von Mitte Januar an Hilfe, die dankbar von Smidt anerkannt wurde. So ging es schließlich noch schneller, als Smidt erwartet hatte, zu Ende mit der Verfassungssache. Am 6. März 1852 kam Smidt mit der Nachricht aus der Bundesversammlung zurück, daß alles in Ordnung sei. Ein Schlußwort, das auf Graf Thuns Aufforderung Smidt der Verhandlung beifügte, während er im übrigen nichts zu sagen hatte, weil Frankfurt die städtische Stimme führte, war doch nicht ohne Eindruck geblieben. Denn er benutzte die Gelegenheit, um von Dulons Tun und Treiben zu reden, von dem Gutachten, das die Heidelberger Theologische Fakultät auf das Begehren des bremischen Senats gegen Dulon erstattet hatte, von dessen auf Grund jenes Gutachtens am 1. März erfolgter Suspension von seinem Amte, von der Feier des Revolutionstages, dem 8. März, und was man von diesem Tage zu erwarten habe, wenn Smidt nicht imstande sei, dem durch eine telegraphische Depesche vorzubeugen.

Aber Smidt erhielt, wie schon gesagt ist, jene Ermächtigung. Und so schrieb er am 8. März an Senator Mohr, seinen Korrespondenten, wenn sein Sohn Heinrich nicht in Bremen war, „als ich am Sonntag

aufstand, und nicht nötig fand, mir auf einen Zettel zu notieren, welche Besuche ich im Laufe des Tages zu machen und was ich dabei zu äußern oder zu befürworten nicht zu vergessen hätte, fühlte ich mich so federleicht, wie es im Laufe der heute beendigten drei Jahre, während welcher dieser Revolutionsalpdruck auf uns lag, niemals der Fall war. Mir war zu Sinne, als sollte ich gleich jenem Ritter in der Ballade ausrufen:

Knapp sattle mir mein Dänenroß, daß ich mir Ruh erreite,
Es wird mir hier zu eng im Schloß, ich will und muß ins Weite.

oder als sollte ich den Meinigen mit Maria Stuart zurufen:

Laß mich der jungen Freiheit froh genießen,
Laß mich ein Kind sein, sei es mit!

Es war ein heiteres Wetter, heller Sonnenschein bei mildem Frost. — So beschlossen wir, gegen Mittag nach Wiesbaden zu fahren, um den alten Gagern, der sich darüber beklagt hatte, daß meine Tochter, die er zur Taufe gehalten, (ihn) diesmal unbesucht gelassen, vor unserer Abreise noch einmal zu sehen. Wir hatten ein Kupee im Eisenbahnwagen für uns allein. Versetzung im Geiste nach Bremen, wie es dort wohl bei Eingang der telegraphischen Depesche vom Sonnabend aussehen, welche Sensation dieselbe zu seiner Zeit im Publikum machen, wie es am 8. März wohl dort hergehen möge, war der einzige Gegenstand unserer Unterhaltung. Wir besahen in Biberich im herzoglichen Garten das wunderschöne Treibhaus, wo Kamelien und Erika in voller Blüte standen und zahlreiche tropische Gewächse in künstlicher Sommerluft dufteten, begaben uns dann weiter nach Wiesbaden, wo wir den Abend bei dem alten Gagern und einigen seiner Kinder verplauderten und diesen Morgen nach Frankfurt zurückkehrten."

In der Erwartung aber, eine telegraphische Antwort auf ihre Depesche vorzufinden, sahen Smidts sich getäuscht. Sie fanden nur einen Brief vom 5. März, der die durch Dulons Suspension bewirkte Aufregung schilderte.

„Dieser Dulonsche Notstand," fährt der Brief an Mohr vom 8. fort, „ist jetzt (wie der verstorbene Graf Buol zu sagen pflegte) mein geringster Kummer, denn auf die Kanzel wird er einmal nicht wieder kommen, der Bundesbeschluß vom 6. März muß ihm, wenn derselbe gehörig ausgebeutet wird, und wenn er in Bremen nichts mehr ausrichten kann, am Ende Lust machen, den Fußstapfen Kassebehrs (?) nachzutreten und zuzusehen, ob jenseits des Ozeans noch ephemere Lor-

beeren für ihn wachsen möchten. Die, welche ihn uns zugeführt, mögen ihm dann die Stiefel schmieren und den Reisesäckel füllen."

„Auch die Linke fürchte ich nicht mehr, ihr Reich ist jetzt zu Ende, meine Sorge ist nur dahin gerichtet, wie der Bundesbeschluß so zu benutzen und geltend zu machen, daß uns eine heitere Zukunft aus dieser Quelle erwachse und daß es uns nimmer gereue, ihn gewissermaßen aus dem Felde hervorgerufen zu haben. Dazu gehört vor allem Mut, zu versuchen, wieder auf eigenen Füßen zu stehen, keinen Rat von denen zu begehren, welche uns im Stiche ließen, wie es galt, und sich jetzt dagegen mit ihren Vorschlägen aufzudrängen versuchen werden. Die Linke, solange sie noch die Majorität in der jetzigen Bürgerschaft hat, mag protestieren, interpellieren, Anträge machen, fragen, was nun werden solle. Man muß ihr gar keine andere Antwort geben, als wir haben euch ja wiederholt vorhergesagt, wie es kommen werde, wenn ihr bei eurer Hartnäckigkeit verbleibt. Jetzt sind die Folgen eingetreten, ihr habt's ja nicht besser haben wollen, ihr müßt jetzt abwarten, was sich weiter begeben wird."

Am 13. März reiste Smidt mit Sohn und Tochter über Köln zunächst nach Hannover, wo er am 14. morgens eintraf, am Abend des folgenden Tages war er in Bremen. Dort wurde erst am 19. durch das Gesetzblatt und durch Anschlag an den Straßenecken der Bundesbeschluß vom 6. März zur allgemeinen Kunde gebracht. Da in diesem Beschlusse unter anderem dem Senate dringend empfohlen war, die am 8. März durch den Tod des Bürgermeisters Noltenius, des Schwagers von Smidt, vakant gewordene Stelle im Rate bis auf weiteres nicht wieder zu besetzen, so unterließ der Senat natürlich die Anberaumung der Wahlhandlung. Das hatte zur Folge, daß die Bürgerschaft am 20. März mit einer Mehrheit von 30 Stimmen den Senat nicht mehr als verfassungsmäßig anerkennen wollte. Am 24. März traf der durch den Bundesbeschluß vom 6. zum Bundeskommissar ernannte, ehemals hannoversche Kriegsminister Generalmajor Jacobi in Bremen ein. Im Einverständnis mit ihm erließ der Senat am 29. eine Verordnung, in der es einleitend hieß, der Beschluß der Bürgerschaft vom 20. habe die letzte Hoffnung des Senats zerstört, mit dieser Bürgerschaft die notwendige Neuordnung der Verfassung zu beschließen. Er löse deshalb die Bürgerschaft auf, setze die Artikel der Verfassung über die Presse, über das Vereins- und Versammlungsrecht außer Kraft und verkünde die provisorische Geltung des am 27. September vorgelegten Gesetzes

über die Wahl in die Bürgerschaft. Für die Deputationen, deren Geschäfte keine Unterbrechung dulden, behielt sich der Senat die Berufung geeigneter Staatsbürger vor. Das Geschworenengericht wurde suspendiert. Die Wahlen zur neuen Bürgerschaft von 150 Vertretern gingen ohne Teilnahme der demokratischen Partei in voller Ruhe vor sich. Am 3. Mai verkündete der Senat ein provisorisches Gesetz über die Deputationen. Am 14. Mai konstituierte sich die neue Bürgerschaft.

Wenngleich wir nicht mit Bestimmtheit wissen, wieviel von den neuen Gesetzen und Verordnungen auf Smidt zurückzuführen sind, so können wir doch sagen, daß er den lebhaftesten Anteil daran genommen hat. Ihm lag vor allem daran, wieder Ruhe und Ordnung in seinem lieben Bremen herrschen zu sehen, und das hat er erreicht. Es gelang ihm auch, Dulons Entlassung aus seinem Amte zu erwirken, sie erfolgte durch Beschluß des Senats vom 19. April, und nicht lange darauf, wie Smidt in einem seiner letzten Briefe aus Frankfurt schon vorhergesehen hatte, seine Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Smidt aber kehrte Ende Juli noch einmal zurück nach Frankfurt, wo er wenig mehr als vierzehn Tage blieb. Das Hauptergebnis seines dortigen Aufenthalts war, daß er in vertraulicher Unterredung von Nostitz dessen Zustimmung zu den Verhandlungen über die bremische Verfassung erhielt.

Fünfzehntes Kapitel

Lebensabend

Das Leben Smidts neigte sich seinem Ende zu. Das kam auch zum Ausdruck durch sein häufigeres und längeres Verweilen in Bremen. 1852 war er kaum drei Monate in Frankfurt gewesen, das nächste Jahr brachte er ganz in Bremen zu, 1854, wo noch einmal die Führung der städtischen Stimme ihm zufiel, war er wieder sieben Monate in dem ihm so vertrauten Frankfurt. Es war das letztemal. Er wäre vielleicht nicht hingegangen, wenn er nicht Gefahr für sein liebes Deutschland in dem großen Brande gesehen hätte, der in der Krim und an der Ostsee ausgebrochen war. Einen Brand, der wie vor vierzig und fünfzig Jahren drohte, ganz Europa in Flammen zu setzen. Indes so weit kam es diesmal nicht. Smidt erlebte noch das Ende des Krieges, der 1856 durch den dritten Pariser Frieden abgeschlossen wurde.

Neben der Gefahr für kriegerische Verwicklung, die zahlreiche Debatten veranlaßte, kam noch eine bremische Frage wieder vor, nämlich der Schlußbericht des Generals Jacobi. Er wurde unter allseitiger Dankbezeugung für den Bundeskommissar wegen der zweckmäßigen Ausrichtung seiner Kommission als erledigt angesehen. Dies gab Smidt noch einmal Veranlassung, in einem Ehrenbürgerbriefe dem Referenten des Ausschusses für die bremische Verfassungssache dem ihm nahe befreundeten Geheimrat Nostitz den Dank des Senats zu bezeugen für einen uneigennützig der Stadt geleisteten Dienst. Er hat dieses Mittel im ganzen, soviel wir wissen, achtmal angewandt. Zum erstenmal geschah es 1809 für Herrn v. Villers nach Beendigung der Hamburger Konferenzen, zum zweitenmal nach der Befreiung unserer Stadt von der französischen Herrschaft durch den General v. Tettenborn, wobei das kurz vorher von Hamburg gegebene Beispiel mitwirkte. Dann folgten die beiden Ehrenbürgerbriefe, die Smidt ausführlich begründet hatte und die mit Zustimmung des Senats 1816 an den Freiherrn vom Stein und an den Oberst v. Lützow verliehen wurden. Im Jahre 1828 wiederum zwei, den einen an James Colquhoun bei

dessen Besuch in Bremen wegen seiner einsichtsvollen und tätigen Wirksamkeit zur Förderung des bremischen Handelsflors, den andern an den königlich sächsischen Geheimrat Hans Georg v. Carlowitz wegen der erfolgreichen Leitung der Verhandlungen, die zum Abschluß des mitteldeutschen Handelsvereins führten. Im Jahre 1847 kam hinzu die höchste Ehrenbezeugung, die dem Konsul der Vereinigten Staaten, Ambrose Dudley Mann, bei seiner Rückberufung nach Washington verliehen wurde wegen seiner vielfachen Bemühungen um die Förderung des bremischen Handels und eines beschleunigten Schiffahrtsverkehrs mit Nordamerika. Zum achten- und letztenmal wurde der bremische Bürgerbrief durch Smidt verliehen dem obengenannten königlich sächsischen Geheimrat Gottlieb v. Nostitz und Jänkendorf.

Erst diese Zusammenstellung ergibt, was Smidt jedesmal der höchsten Auszeichnung der Republik für würdig erachtete.

Smidt konnte noch an der neuen Verfassung mitwirken, die 1854 ins Leben trat; und er hat sich selbst überwunden, indem er dem demokratischen Zuge, der sich in drei Jahren in unvermuteter Stärke geregt hatte, in der Neuordnung des Staatswesens einen breiteren Einfluß ließ, als seinen persönlichen Neigungen entsprach, und als die im Augenblicke obwaltenden Verhältnisse gefordert hätten. Er hat damit erreicht, daß die neue Verfassung im wesentlichen unverändert durch manche Stürme, die über Deutschland dahingebraust sind, hindurchgegangen ist. Ja, daß sie noch mehr als sechzig Jahre nach seinem Tode aufrecht stand.

Als Smidt in seinem vierundachtzigsten Lebensjahre noch einmal das Präsidium des Senates übernommen hatte, war er schon längere Zeit kränklich gewesen, mehrmals hatte ihn sein jüngerer Kollege Diederich Meier vertreten müssen. Dann wieder war Smidt genesen und Meier erkrankte. Noch einmal konnte jener, wie es seit alter Zeit üblich war, als Präsident des Senates das Vorrecht genießen, einen zum Bürgermeister oder zum neuen Ratmanne Erwählten durch eine kurze oder längere Rede in sein Amt einzuführen. Es geschah das letztemal bei Einführung des Senators Grave durch Bürgermeister Smidt in sein Amt am 6. März 1857. Zum Schlusse aber wurde Meier vierzehn Tage früher als sein Bürgermeisterkollege vom Tode ereilt.

Auf diese Weise geschah es, daß Smidt allein übrig blieb von den letzten auf Lebenszeit gewählten Bürgermeistern. Nach seinem Tode, der am 7. Mai 1857 erfolgte, wurde der erste periodische Bürgermeister

gewählt. Smidts Begräbnis, am 11. Mai, gestaltete sich zu einer Feier, an der ganz Bremen teilnahm. Auch die geistig Ärmsten hatten eine Ahnung davon, daß mit Smidt eine historische Persönlichkeit vom Schauplatze abgetreten sei. Aber draußen auf der Reede von Bremerhaven verkündeten die halbstock gesetzten Flaggen dreier transatlantischen Dampfer, daß dieser Repräsentant des alten Bremen das Meiste dazu getan habe, um dem jungen Bremen, das eben seine Siegeslaufbahn über die Ozeane begonnen hatte, die Wege für seine künftige Entwicklung zu bahnen.

Als am 13. Mai 1857 der Senat der Bürgerschaft die offizielle Anzeige von Smidts am 7. Mai erfolgtem Hinscheiden machte, da sagte er: „Die unvergeßlichen Verdienste, welche der Verewigte um Bremen sich erworben hat, stehen zu lebendig vor den Augen aller seiner Mitbürger, als daß der Senat es nicht für entbehrlich erachten sollte, einer Trauer Worte zu leihen, welche als eine allgemeine sich schon betätigt hat. Wie der Name des Dahingeschiedenen in den Geschichtsbüchern seiner dankbaren Vaterstadt hinfort mit unauslöschlichen Zügen leuchten wird, so möge auch der Geist, in welchem er für Bremens Wohl strebte und wirkte, in unserer Mitte fortleben." Die Bürgerschaft aber antwortete: „Sie hat die Anzeige von dem Hinscheiden unseres Bürgermeisters Smidt mit den Gefühlen der tiefen ernsten Trauer empfangen, von welchen die Gesamtheit der bremischen Staatsgenossen bei dem Eintreten dieses schmerzlichen Ereignisses einmütig sich durchdrungen gezeigt hat. Der außerordentlichen Bedeutung des Verewigten für unsern Freistaat und der Schwere des in ihm erlittenen Verlustes sich in vollem Umfange bewußt, verzichtet auch die Bürgerschaft auf den Versuch, Einzelheiten des reichen Bildes, welches sein Leben darbietet, hier hervorzuheben. Die großen Eigenschaften und die unter Gottes Segen erzielten Erfolge der Wirksamkeit des Entschlafenen werden den Zeitgenossen unvergeßlich sein, und den Nachlebenden aus Werken entgegentreten, an denen sein schaffender, tatkräftiger Geist den hervorragendsten Anteil nahm. Bremen wird zu allen Zeiten stolz darauf sein, einen solchen Mann unter seine Bürger gezählt zu haben."

So hohe Töne haben Senat und Bürgerschaft niemals vorher und niemals nachher beim Tode eines Senatsmitgliedes angeschlagen. Aber in dem seither verflossenen Zeitalter hat jede neue Beschäftigung mit dem Wirken Smidt's bestätigt, daß sie keineswegs zu hoch gegriffen waren.

Mit seinem Tode war auch der Zeitpunkt gekommen, wo man hätte sein Standbild aufrichten sollen, das man schon 1846 bei seinem Bürgermeisterjubiläum zu setzen beschlossen hatte. Aber was man damals vorgesehen hatte, konnte man jetzt nicht ausführen, da man gerade mit einem Umbau der Rathaushalle beschäftigt war. So konnte erst dritthalb Jahre nach seinem Hinscheiden die Aufstellung des Standbildes erfolgen, das schon 1848 von Steinhäuser in Rom angefertigt war. Der Bürgermeister Duckwitz hielt dabei am 5. November 1860, Smidts Geburtstag, eine inhaltreiche Denkrede. Er sagt darin: „Wir finden den Gefeierten auf jedem Schritt und Tritt allemal da, wo es sich um den Fortschritt handelte; er beseitigte den Ton der Demut und Unterwürfigkeit, der noch aus dem vorigen Jahrhundert herübergenommen war, und setzte an dessen Stelle ein Benehmen republikanischer Würde in allen staatlichen Verhältnissen, nach innen wie nach außen. Wer sich selbst achtet, den achten auch andere, und so gelang es unserm Freistaate eine geachtete Stellung in höherem Grade zu verschaffen, als er sie je zuvor innegehabt hatte. — So wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die spätere Zeit diese Periode des Aufschwungs Bremens einst für unser Gemeinwesen als das Smidtsche Zeitalter bezeichnet."

Noch einmal haben Senat und Bürgerschaft am 5. November 1873 die hundertste Wiederkehr von Smidts Geburtstag festlich begangen, und dabei hat der schon zum Bürgermeister erhobene Senator Otto Gildemeister, der jüngste Freund Smidts, eine herrliche Festrede gehalten, in der er zum Schlusse den guten Bürger feierte. Den Mann zu dessen Gedächtnisse auch heute wieder jener uralte Akkord ertönt, den vor zwei Jahrtausenden der Dichter zum Ruhme echter Bürgergröße anstimmte, der Hymnus, an welchem die Jahrhunderte nichts verändern, der Preis des wahren Patrioten, ausharrend und treu, derselbe in Glück und Unglück, rechtschaffenen Wandels, rein von Frevel, integer vitae, scelerisque purus.

Personen-Register



DATE DUE
